

BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT

FACHSERIE

1

Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980

Heft 9

Textliche Auswertung der Wahlergebnisse



**HERAUSGEBER: STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN
VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH STUTTGART UND MAINZ**

BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT

FACHSERIE

1

Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980

Heft 9

Textliche Auswertung der Wahlergebnisse

Statist. Bundesamt - Bibliothek



11-13340



HERAUSGEBER: STATISTISCHES BUNDESAMT WIESBADEN
VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH STUTTGART UND MAINZ
Bestellnummer: 2012109 — 80900

Erschienen im April 1982

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 16,80

Vorwort

Mit dem vorliegenden Heft wird die Veröffentlichung der Ergebnisse der Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980 abgeschlossen. Damit sind in der Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit die folgenden Einzelhefte erschienen:

März 1980,	Heft 1	Ergebnisse früherer Bundestags- und Landtagswahlen sowie der Europawahl 1979 nach Ländern,
Mai 1980,	Heft 2	Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise 1980,
Mai 1980,	Heft 3	Vergleichszahlen aus früheren Wahlen für die Bundestagswahlkreise 1980,
6. Oktober 1980,	Heft 4	Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen,
Oktober 1980,	Heft 5	Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen,
Februar 1981,	Heft 6	Allgemeine Wahlergebnisse nach Wahlkreisen, Sitzverteilung und Abgeordnete,
Juli 1981,	Heft 7	Wahlergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen,
Mai 1981,	Heft 8	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter,
April 1982,	Heft 9	Textliche Auswertung der Wahlergebnisse.

Die Hefte 1 bis 3 dienten der Vorbereitung der Wahl, die Hefte 6 bis 9 enthalten die ausführlichen Wahlergebnisse. Außerdem ist - wie bei den früheren Wahlen - im September 1980 innerhalb der Fachserie 1 das Sonderheft "Die Wahlbewerber für die Wahl zum 9. Deutschen Bundestag 1980" erschienen.

Das Textheft erläutert die Rechtsgrundlagen der Wahl, die Ergebnisfeststellung und die Wahlergebnisse. Zur Analyse der Wahlergebnisse standen die Unterlagen des Bundeswahlleiters zur Verfügung, in denen die von den Wahlorganen (Wahlvorstände, Kreiswahlausschüsse, Landeswahlausschüsse, Bundeswahlausschuß) festgestellten endgültigen Wahlergebnisse für das gesamte Wahlgebiet, die einzelnen Länder, Wahlkreise, Gemeinden und Wahlbezirke nachgewiesen sind. Darüber hinaus konnte auf die Ergebnisse der repräsentativen Bundestagswahlstatistik 1980 zurückgegriffen werden, bei der auf Stichprobenbasis - wie schon seit 1953 - die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter festgestellt wurden.

Der Veranschaulichung dienen etwas über 100 Texttabellen sowie insgesamt 28 Schaubilder. Ferner wird auf die im Selbstverlag der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn - Bad Godesberg, Am Michaelshof 8 erschienene "Karte der Wahlkreise für die Wahl zum 9. Bundestag der Bundesrepublik Deutschland" aufmerksam gemacht.

Wie im Textheft 1976 wurden auch in diesem Heft, mit wenigen Ausnahmen, in den Anhang auch diejenigen Texttabellen aufgenommen, die in ihrem Umfang über das normale Maß hinausgehen. Außerdem wurde gegenüber 1976 neu aufgenommen eine Tabelle "Wahlbeteiligung nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden nach Ländern".

Quellennachweise der vom Statistischen Bundesamt und den einzelnen Statistischen Landesämtern herausgegebenen Veröffentlichungen zu Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen, sind wegen des großen Umfangs nicht mehr in die Hefte der Fachserie aufgenommen worden. Quellennachweise können in hektographierter Form vom Statistischen Bundesamt, Abt. VIII bezogen werden.

Diese Veröffentlichung wurde in der Abteilung "Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Wohnungswesen, Wahlen, Allgemeine Auslandsstatistik" des Direktors beim Statistischen Bundesamt Herberger in der Gruppe des Leitenden Regierungsdirektors Würzberger von dem Referenten Regierungsoberamtsrat Weber bearbeitet.

Wiesbaden, im April 1982

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes
Franz Kroppenstedt

1	Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung	
1.1	Allgemeine Rechtsgrundlagen und Wahlsystem	11
1.1.1	Wahlsystem	12
1.1.2	Wahlkreiseinteilung und Abgeordnetenzahl	13
1.1.3	Stimmzettel und Wahlvorschläge	15
1.1.4	Wahlrecht und Wählbarkeit	21
1.2	Rechtsgrundlagen und Durchführung der besonderen Wahlstatistik	22
1.3	Wahlorgane und Ergebnisfeststellung	25
2	Ergebnisse	
2.1	Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung	
2.1.1	Wahlberechtigte	29
2.1.2	Wähler und Wahlbeteiligung	35
3	Ungültige Stimmen	41
4	Gültige Erststimmen	
4.1	Nach Parteien	44
4.2	Im Wahlkreis Gewählte	46
4.3	Nach Gemeindegrößenklassen und anderen Merkmalen	50
5	Gültige Zweitstimmen	
5.1	Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in Bund und Ländern	51
5.2	Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in den Wahlkreisen	53
5.3	Stimmabgabe der Briefwähler	54
5.4	Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter	55
5.5	Stimmabgabe in Stadt und Land	62
5.6	Stimmabgabe der evangelischen und katholischen Wähler	63
5.7	Stimmabgabe der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen bzw. Beamten und Angestellten	65
6	Kombination der Erst- und Zweitstimmen	68
7	Sitzverteilung und Erfolgswert der Stimmen	
7.1	Sitzverteilungsverfahren	70
7.2	Ergebnis der Sitzverteilung 1980 und früher	72
7.3	Erfolgswert der Stimmen	74
7.4	Sitzverteilung nach verschiedenen Berechnungsverfahren	76
8	Die Gewählten	
8.1	Allgemeines	77
8.2	Alte und neue Abgeordnete	77
8.3	Männliche und weibliche Abgeordnete	79
8.4	Alter der Abgeordneten	80
8.5	Geburtsort der Abgeordneten	82
8.6	Beruf oder Stand der Abgeordneten	83

A n h a n g

1	Wahlrechtsgrundlagen	
1.1	Auszüge aus dem Grundgesetz	86
1.2	Auszüge aus dem Bundeswahlgesetz (BWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975, ergänzt um das fünfte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 20. Juli 1979	86
1.3	Auszüge aus der Bundeswahlordnung (BWO) vom 8. November 1979	90
2	Wahlbewerber	
2.1	Zugelassene Landeslisten 1980 nach Parteien und Ländern	93
2.2	Zugelassene Kreiswahlvorschläge 1980 nach Parteien und Ländern	94
2.3	Landeslisten, Kandidaturen und Kandidaten bei den Bundestagswahlen nach Parteien 1949 bis 1980	95
2.4	Landeslisten, Kandidaturen und Kandidaten bei der Bundestagswahl 1980 nach Parteien und Ländern	96
2.5	Kandidaten bei der Bundestagswahl 1980 nach Geburtsjahren und Parteien	97
2.6	Kandidaten bei der Bundestagswahl 1980 nach Berufsbereichen, ausgewählten Berufsabschnitten und -gruppen sowie Parteien	98
3	Wahlbezirke	
3.1	Wahlbezirke nach der Zahl der Wahlberechtigten in den Ländern 1980	100
3.2	Wahlbezirke nach der Zahl der Wahlberechtigten in den Wahlkreisen 1980	101
4	Wahlberechtigte mit Wahlschein und Wähler mit einfachem Briefwahlschein 1957 - 1980 ..	106
5	Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen in den Ländern 1980 und 1976	108
6	Wahlbeteiligung nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden nach Ländern 1980	109
7	Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den 1980 gewählten Wahlkreisbewerber	117
8	Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen 1980 und 1976	119
9	Erststimmenabgabe nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen bzw. Beamten und Angestellten in den Gemeinden	123
10	Stimmabgabe der Männer und Frauen in den Ländern 1980 nach dem Alter	124
11	Zweitstimmenabgabe nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden	127
12	Personelle Veränderungen im Deutschen Bundestag innerhalb der einzelnen Legislaturperioden 1949 bis 1980	132
13	Abgeordnete im Deutschen Bundestag nach Alter, Geschlecht und Partei 1949 bis 1980 ...	134
14	Berliner Abgeordnete im Deutschen Bundestag nach Alter, Geschlecht und Partei 1949 bis 1980	135
15	Alphabetisches Verzeichnis der bei den Bundestags- und Landtagswahlen von 1946 bis 1980 aufgetretenen Parteien und Wählergemeinschaften	136
16	Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestagswahlen 1980 und 1976	142
17	Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1981 sowie bei der Europawahl 1979	
17.1	SPD, CDU, CSU, F.D.P. und Sonstige insgesamt	146
17.2	Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wählergemeinschaften	149
18	Stimmabgabe der Briefwähler, der übrigen Wähler und der Wähler insgesamt in den Ländern 1957 bis 1980	156
19	Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler, der Briefwähler und der Wähler insgesamt nach Wahlkreisen 1980	160
20	Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen	
20.1	1871 bis 1913	186
20.2	1919 bis 1933	188

T e x t t a b e l l e n

1	Bundestagswahlkreise	
1.1	Bundestagswahlkreise vor und bei der Bundestagswahl 1965	14
1.2	Wahlkreisänderungen zur Bundestagswahl 1969	14
1.3	Wahlkreisänderungen zur Bundestagswahl 1972	14
1.4	Wahlkreisänderungen zur Bundestagswahl 1976	14
1.5	Wahlkreisänderungen zur Bundestagswahl 1980	15
2	Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge und der Landeslisten auf den Stimmzetteln 1980 innerhalb der Länder	18
3	Zugelassene Landeslisten, Kreiswahlvorschläge und Kandidaten	
3.1	Zugelassene Landeslisten 1980 nach Parteien	19
3.2	Zugelassene Kreiswahlvorschläge 1980 nach Parteien	19
3.3	Kandidaturen und Kandidaten bei den Bundestagswahlen seit 1949	19
3.4	Kandidaten 1980 nach Altersgruppen und Parteien	20
3.5	Kandidaten 1980 nach Berufsbereichen, ausgewählten Berufsabschnitten und -gruppen sowie Parteien	21
4	Repräsentative Wahlstatistik	
4.1	Altersgruppen der repräsentativen Bundestagswahlstatistik seit 1953	22
4.2	Stichprobenumfang der repräsentativen Wahlstatistik seit 1953	24
4.3	Totalergebnisse der Bundestagswahl 1980 im Vergleich mit den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik	24
5	Wahlbezirke nach der Zahl der Wahlberechtigten seit 1972	25
6	Wahlkreise 1980 in der Ordnung der Zeitfolge des Eingangs ihrer Schnellmeldungen beim Bundeswahlleiter	26
7	Zwischenergebnisse und hochgerechnete Ergebnisse in der Wahlnacht 1980	27
8	Sitzungstage der Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses 1980 durch die Kreiswahlausschüsse	28
9	Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten 1949 bis 1980	29
10	Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten nach Geschlecht und Alter 1976 bis 1980 ...	30
11	Wahlberechtigte und Wähler mit Wahlschein 1957 bis 1980	31
12	Wahlberechtigte 1980 ohne und mit Sperrvermerk für ausgegebene Wahlscheine	31
13	Wahlberechtigte ohne und mit Wahlschein nach dem Alter 1976 bis 1980	32
14	Eingegangene Wahlbriefe nach Ländern 1980	33
15	Zurückgewiesene Wahlbriefe nach Zurückweisungsgründen 1980	33
16	Briefwähler unter den Wählern insgesamt 1957 bis 1980	33
17	Anteil der Briefwähler nach Ländern 1976 bis 1980	33
18	Wahlkreise nach dem Anteil der Briefwähler 1957 bis 1980	34
19	Wahlkreise mit dem höchsten und geringsten Anteil an Briefwählern 1980	34
20	Wahlkreise in den Ländern mit der höchsten und geringsten Zahl von Wahlbe- rechtigten 1980	35

	Seite
21 Wahlbeteiligung in den Ländern bei den Bundestagswahlen 1980 und 1976 sowie bei den vorangegangenen Landtags- und Kommunalwahlen	35
22 Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen 1969 bis 1980	36
23 Wahlkreise 1980 mit der höchsten und der geringsten Wahlbeteiligung	36
24 Wahlbeteiligung der Wahlscheinwähler 1957 bis 1980	38
25 Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen 1957 bis 1980	38
26 Relation wahlberechtigter Männer und Frauen nach Altersgruppen 1972 bis 1980	40
27 Wahlbeteiligung nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden im Bundesgebiet ohne Berlin 1980	40
28 Ungültige Stimmen 1953 bis 1980	41
29 Art der ungültigen Stimmen der Männer und Frauen 1980	42
30 Ungültige Erst- und Zweitstimmen der Männer und Frauen nach dem Alter 1980	43
31 Ungültige Erst- und Zweitstimmen der Wähler insgesamt, der Briefwähler und der Wähler ohne Briefwähler 1957 bis 1980	44
32 Veränderungen der gültigen Erststimmen nach Parteien 1953 bis 1980	45
33 Differenzen Erst- zu Zweitstimmen nach Parteien 1953 bis 1980	45
34 Wahlkreissitze nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten 1949 bis 1980	46
35 Wahlkreise 1980, in denen die Mehrheit der Erststimmen von der CDU bzw. CSU an die SPD übergegangen ist	46
36 Von den Wahlkreissiegern gewonnene Stimmenmehrheiten 1949 bis 1980	48
37 Erststimmen für die Parteien nach Abstand des höchsten vom zweithöchsten Ergebnis in den Wahlkreisen 1980	48
38 Die 34 Bundestagswahlkreise 1980 mit einem Abstand des zweithöchsten Erststimmergebnisses bis unter 5 000 Stimmen	48
39 Abstände zwischen den Erststimmen für die Wahlkreissieger und die Erstunterlegenen 1949 bis 1980	49
40 Wahlkreisabgeordnete des Deutschen Bundestages nach Ländern und Parteien 1980 und 1976	50
41 Stimmabgabe bei den Bundestags- und Landtagswahlen seit 1976 und bei der Europawahl 1979 nach Ländern	52
42 Wahlkreise 1980 mit den meisten Zweitstimmen für die SPD, CDU bzw. CSU und F.D.P. ...	53
43 Die 248 Wahlkreise nach dem Anteil der Zweitstimmen für die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien 1969 bis 1980	54
44 Gültige Stimmen der Briefwähler nach Parteien 1957 bis 1980	54
45 Abweichung der Stimmenanteile der Briefwähler gegenüber den Wählern ohne Briefwähler 1957 bis 1980	55
46 Anteil der Männer- und Frauenstimmen an den Gesamtstimmen für die jeweilige Partei 1957 bis 1980	55
47 Zweitstimmen nach Geschlecht und Partei 1953 bis 1980	56

48	Zweitstimmen nach Geschlecht und Partei in den Ländern 1980	58
49	Wählerschaft der Parteien nach Alter und Geschlecht 1976 bis 1980	59
50	Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter 1972 bis 1980	60
51	Zweitstimmen nach Geschlecht und Partei in ausgewählten Geburtsjahrgangs- und Altersgruppen bei verschiedenen Wahlen	61
52	Stimmabgabe in Stadt und Land 1961 bis 1980	62
53	Stimmabgabe nach dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen in den Gemeinden 1961 bis 1980	63
54	Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen und dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen in den Gemeinden 1980	64
55	Stimmabgabe nach dem Bevölkerungsanteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden 1980 und 1976	65
56	Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Bevölkerungsanteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden 1980	66
57	Stimmabgabe nach dem Bevölkerungsanteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden 1980 und 1976	67
58	Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Bevölkerungsanteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden 1980	67
59	Gültige Zweitstimmen in Kombination mit den abgegebenen Erststimmen 1957 bis 1980 ...	68
60	Ausgewählte Stimmenkombination 1961 bis 1980	68
61	Kombination der Erst- und Zweitstimmen 1980	69
62	Berechnung der auf die Landeslistenverbindung entfallenen Sitze 1980	70
63	Für Veränderung der Sitzverteilung um einen Sitz erforderliche Stimmenverschiebung 1980	71
64	Berechnung der Verteilung der Sitze der SPD, CDU und F.D.P. auf ihre Landeslisten 1980	72
65	Gewählte bei der Wahl zum 9. Deutschen Bundestag nach Geschlecht	73
66	Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1980	73
67	Wahlberechtigte ohne Einfluß auf die Sitzverteilung 1980	75
68	Durchschnittszahlen der Wahlberechtigten und der Zweitstimmen je Abgeordneten 1980 ..	75
69	Sitzverteilung 1980 nach unterschiedlichen Wahlsystemen - Verteilung auf das gesamte Wahlgebiet	76
70	Sitzverteilung 1980 nach unterschiedlichen Wahlsystemen - Verteilung auf die einzelnen Länder	76
71	Abgeordnete, ohne und einschließlich vom Berliner Abgeordnetenhaus Gewählte, nach dem Geschlecht 1949 bis 1980	77
72	Abgeordnete nach der Häufigkeit der Zugehörigkeit zu einem Deutschen Bundestag 1949 bis 1980	77
73	Alte und neue Abgeordnete im 9. Deutschen Bundestag	78
74	Personelle Veränderungen im 8. Deutschen Bundestag	79

	Seite
75 Frauen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1980	79
76 Abgeordnete im 9. Deutschen Bundestag nach Alter, Geschlecht und Partei	80
77 Abgeordnete im Deutschen Bundestag nach Altersgruppen und Geschlecht 1949 bis 1980 ..	80
78 Durchschnittsalter der Bundestagsabgeordneten nach Geschlecht und Partei 1980 und 1976	81
79 Abgeordnete im 9. Deutschen Bundestag nach Geburtsjahrgang und Partei	81
80 Abgeordnete im 9. Deutschen Bundestag nach Geburtsort und Partei	82
81 Abgeordnete des 9. Deutschen Bundestages nach beruflicher Zugehörigkeit und Partei	83

S c h a u b i l d e r

1 Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten 1980 gegenüber 1976 nach Alter und Geschlecht	31
2 Wahlberechtigte und Wahlschein bei den Bundestagswahlen 1976 und 1980 nach Alter und Geschlecht	32
3 Wähler ohne und mit Wahlschein 1957 bis 1980	32
4 Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen bei der Bundestagswahl 1980	37
5 Wähler und Nichtwähler bei der Bundestagswahl 1980 nach Alter und Geschlecht	39
6 Wahlbeteiligung der Männer und Frauen bei den Bundestagswahlen 1972, 1976 und 1980 sowie bei der Europawahl 1979 nach dem Alter	39
7 Wahlbeteiligung nach dem Anteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mit- helfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Ge- meinden 1980	41
8 Ungültige Stimmabgabe der Wähler 1953 bis 1980	41
9 Ungültige Erst- und Zweitstimmen der Briefwähler und Wähler ohne Briefwähler 1957 bis 1980	44
10 Gültige Erststimmen nach Parteien 1961 bis 1980	44
11 Wahlkreise nach der Parteizugehörigkeit der Wahlkreissieger bei der Bundestags- wahl 1980	47
12 Stimmenanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1980	51
13 Stimmenanteile bei den Bundestagswahlen (BW) 1976 und 1980 und bei den letzten Landtagswahlen (LW)	52
14 Mit Wahlbrief abgegebene gültige Stimmen nach Parteien 1957 bis 1980	55
15 Abweichung der Stimmanteile der Briefwähler gegenüber den Wählern ohne Brief- wähler 1957 bis 1980	55

16	Zweitstimmen der Männer und Frauen bei den Bundestagswahlen 1961 bis 1980 nach Parteien	56
17	Stimmabgabe der Männer und Frauen in den Ländern 1980 und 1976	57
18	Wählerschaft der Parteien bei der Bundestagswahl 1980 nach Alter und Geschlecht	59
19	Stimmabgabe der Männer und Frauen bei der Bundestagswahl 1980 nach dem Alter	60
20	Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen 1980 und 1976	62
21	Stimmabgabe nach dem evangelischen Bevölkerungsanteil in den Gemeinden 1980 und 1976	64
22	Stimmabgabe nach dem Bevölkerungsanteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden 1980 und 1976	66
23	Stimmabgabe nach dem Bevölkerungsanteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden 1980 und 1976	66
24	Sitze der Parteien im Deutschen Bundestag 1949 bis 1980	74
25	Die 497 Abgeordneten des 9. Deutschen Bundestages nach der Häufigkeit der Zugehörigkeit zu einem Deutschen Bundestag	78
26	Weibliche Abgeordnete im 1. bis 9. Deutschen Bundestag	79
27	In den 9. Deutschen Bundestag Gewählte Männer und Frauen nach Geburtsjahren	82
28	Abgeordnete des 9. Deutschen Bundestages nach dem Geburtsort	83

Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet ohne Berlin

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts aber weniger als die
Hälfte der kleinsten Einheit, die in der
Tabelle zur Darstellung gebracht werden
kann
- . = kein Nachweis vorhanden
- X = Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Frage-
stellung trifft nicht zu

1 Rechtsgrundlagen und Ergebnisfeststellung

1.1 Allgemeine Rechtsgrundlagen und Wahlsystem

Allgemeine Rechtsgrundlage für Bundestagswahlen sind die Artikel 38 und 39 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Danach muß die Wahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim sein. Die Wahlperiode beträgt in der Regel vier Jahre. Voraussetzung für die Wahlberechtigung bzw. Wählbarkeit war bei den bisherigen Bundestagswahlen die Vollendung folgender Lebensjahre:

Zeitraum bzw. Wahljahr	Wahlberechtigung	Alter für Wählbarkeit
1949 - 1969	21	25
1972	18	21
ab 1976	18	18

Bei den Landtagswahlen (in Hamburg und Bremen Wahl zur Bürgerschaft, in Berlin (West) Wahl zur Stadtverordnetenversammlung) setzte die Wahlberechtigung bzw. Wählbarkeit die Vollendung folgender Lebensjahre voraus:

Zeitraum bzw. Wahljahr	Wahlberechtigung	Alter für Wählbarkeit
Schleswig-Holstein		
1947 - 1967	21	25
1971	18	21
ab 1975	18	18
Hamburg		
1946 - 1966	21	25
1970	18	23
1974	18	21
ab 1978	18	18
Niedersachsen		
1947 - 1967	21	25
1970 - 1978	18	21
Bremen		
1946 - 1967	21	25
1971	18	21
ab 1975	18	18
Nordrhein-Westfalen		
1947 - 1966	21	25
1970	18	23
ab 1975	18	18
Hessen		
1946 - 1966	21	25
1970 - 1978	18	21
Rheinland-Pfalz		
1947 - 1967	21	25
1971 - 1975	18	21
ab 1979	18	18
Baden-Württemberg ¹⁾		
1946 - 1968	21	25
1972	18	21
ab 1976	18	18
Bayern		
1946 - 1966	21	25
1970 - 1978	18	21
Saarland		
1947	21	25
1962 - 1965	20	25
1970	18	23
ab 1975	18	18
Berlin (West)		
1946 - 1967	21	25
1971	18	23
1975 - 1981	18	21

Nur in den Ländern Niedersachsen, Hessen, Bayern und Berlin (West), ist bei Landtagswahlen das Alter der Wählbarkeit noch auf die Vollendung des 21. Lebensjahres abgestellt.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurde 1972 eine Bundestagswahl vor Ablauf der an sich vierjährigen Legislaturperiode durchgeführt. Am 22. September 1972 hatte der Bundespräsident den 1969 gewählten Bundestag auf Vorschlag des Bundeskanzlers aufgelöst und als Tag der Wahl des 7. Deutschen Bundestages den 19. November 1972 bestimmt (BGBI. I S. 1833 u. 1834).

Das Wahlsystem sowie die Mitgliederzahl des Deutschen Bundestages und die Einteilung des Wahlgebietes in Wahlkreise zu bestimmen, überläßt das Grundgesetz der einfachen Gesetzgebung. Bisher regelten drei Bundeswahlgesetze (BWG 49, 53, 56), ergänzt durch Bundeswahlordnungen (BWO), dieses weite, ihnen vom Grundgesetz überlassene Gebiet. Im Gegensatz zu den Gesetzen, nach denen der 1. Deutsche Bundestag 1949 und der 2. Deutsche Bundestag 1953 gewählt worden sind, bestimmte § 57 des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956 (BGBI. I S. 383) seine Fortgeltung. Die Wahl zum 9. Deutschen Bundestag wurde danach im wesentlichen nach den gleichen Vorschriften durchgeführt wie die Bundestagswahlen am 15. September 1957, 17. September 1961, 19. September 1965, 28. September 1969, 19. November 1972 und 3. Oktober 1976.

Die Wahlrechtsentwicklung vom 1. bis 3. Bundeswahlgesetz ist ausführlich gelegentlich der Besprechung der Ergebnisse der 3. Bundestagswahl 1957 behandelt worden²⁾. Dort ist dargelegt, daß von Gesetz zu Gesetz neben den vielen gleichbleibenden Bestimmungen andere bedeutende Änderungen erfahren haben. Da gewisse Entwicklungstendenzen auf diese gesetzgeberischen Maßnahmen zurückzuführen sind, dürfen sie bei einem Vergleich der Ergebnisse der beiden ersten Bundestagswahlen 1949 und 1953 mit denen aller späteren Wahlen nicht unbeachtet bleiben. Dagegen enthalten alle Änderungen, die das Bundeswahlgesetz von 1956 bis zur 9. Bundestagswahl 1980 erfahren hat, keine wesentlichen Neuerungen. Vor allem haben sie - bis auf die verfassungsrechtliche Änderung des Wahlalters - keinen unmittelbaren Einfluß auf die Wahlergebnisse selbst.

Die bisherigen rechtlichen Grundlagen sind:

Bundeswahlgesetze

- Wahlgesetz zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland vom 15. Juni 1949 (BGBI. I S. 21)

- Wahlgesetz zum zweiten Bundestag und zur Bundesversammlung vom 8. Juli 1953 (BGBI. I S. 470)

- Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 (BGBI. I S. 383)

Änderungen des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956 erfolgten durch das

- Gesetz über die Eingliederung des Saarlandes vom 23. Dezember 1956 (BGBI. I S. 1011)

- Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 14. Februar 1964 (BGBI. I S. 61)

- Gesetz über das Verfahren bei Änderungen des Gebietsbestandes der Länder nach Artikel 29 Abs. 7 des Grundgesetzes vom 16. März 1965 (BGBI. I S. 65)

1) Vor dem 25.4.1952 ehemalige Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern.

2) "Statistik der Bundesrepublik Deutschland", Bd. 200, Heft 3 (Textheft).

- Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 503, 515)
- Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 4. Juni 1969 (BGBl. I S. 473)
- Erstes Gesetz zur Reform des Strafrechts vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 645, 663)
- Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 3. Juli 1972 (BGBl. I S. 1061)
- Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469, 545)
- Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1593)
- Fünftes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 20. Juli 1979 (BGBl. I S. 1149)

Neufassungen (Bundeswahlgesetz, Wahlkreiseinteilung)

- Bekanntmachung der Neufassung des Bundeswahlgesetzes vom 3. Juli 1972 (BGBl. I S. 1100, 1534)
- Bekanntmachung der Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland vom 29. September 1972 (BGBl. I S. 1849)
- Bekanntmachung der Neufassung des Bundeswahlgesetzes vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325)
- Bekanntmachung der Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland vom 4. August 1976 (BGBl. I S. 2133, 2799)
- Bekanntmachung zur Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland vom 25. Oktober 1979 (BGBl. I S. 1776)
- Zweite Bekanntmachung zur Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland vom 15. Januar 1980 (BGBl. I S. 80)
- Dritte Bekanntmachung zur Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland vom 23. April 1980 (BGBl. I S. 541)

Bundeswahlordnungen

- Bundeswahlordnung 15. Juli 1953 (BGBl. I S. 514)
- Bundeswahlordnung vom 16. Mai 1957 (BGBl. I S. 441, 532)
- Bundeswahlordnung (BWO) vom 8. November 1979 (BGBl. I S. 1805)

Änderungen der Bundeswahlordnung vom 16. Mai 1957 erfolgten durch die

- Verordnung zur Änderung der Bundeswahlordnung vom 30. Mai 1961 (BGBl. I S. 621)
- Verordnung zur Änderung der Bundeswahlordnung vom 8. April 1965 (BGBl. I S. 229)
- Verordnung zur Änderung der Bundeswahlordnung vom 28. Juli 1972 (BGBl. I S. 1353)
- Verordnung zur Änderung der Bundeswahlordnung vom 24. Juli 1975 (BGBl. I S. 2043)

Neufassungen (Bundeswahlordnung)

- Bekanntmachung der Neufassung der Bundeswahlordnung vom 31. Mai 1961 (BGBl. I S. 917, GMBL. S. 306)
- Bekanntmachung der Neufassung der Bundeswahlordnung vom 8. April 1965 (BGBl. I S. 239, 373)
- Bekanntmachung der Neufassung der Bundeswahlordnung vom 3. September 1975 (BGBl. I S. 2384)

Die Bundeswahlordnung (BWO) vom 8. November 1979 ist förmlich neu. Sie geht sachlich weitgehend auf die Bundeswahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. September 1975 (BGBl. I S. 2384) zurück und berücksichtigt, neben den Aus-

wirkungen des fünften Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 20. Juli 1979 (BGBl. I S. 1149), vor allem die in der Europawahlordnung vom 23. August 1978 (BGBl. I S. 1405) enthaltenen Neuerungen.

Auf die Bedeutung der Wahlrechtsänderungsgesetze vom 14. Februar 1964, 4. Juni 1969, 3. Juli 1972, 24. Juni 1975 und 20. Juli 1979 wird in den Abschnitten über die Wahlkreiseinteilung und die bei der Bundestagswahl 1980 auftretenden Parteien eingegangen; die Auswirkung der Herabsetzung des Wahlalters werden in den Abschnitten über die Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen unterschiedlichen Alters besprochen.

Der Wortlaut der genannten Artikel des Grundgesetzes sowie einige wichtige Bestimmungen des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung sind unter "1 Wahlrechtsgrundlagen" im Anhang abgedruckt. Das Bundeswahlgesetz gilt in der Neufassung vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325), geändert durch das fünfte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 20. Juli 1979 (BGBl. I S. 1149). Die Änderungen betreffen u.a.

- die Wahlkreiseinteilung,
- die Aufstellung von Parteibewerbern und die Unterzeichnung von Wahlvorschlägen,
- den Ausschluß vom Wahlrecht wegen geistigen Gebrechens,
- die Besetzung, Beschlußfähigkeit und Verpflichtung der Wahlvorstände,
- die Lockerung der Zuständigkeit für die Einsetzung von Briefwahlvorständen (mögliche Verlagerung auf Gemeinden, mehrere Gemeinden oder Kreise),
- die Eingrenzung der Veröffentlichung des Ergebnisses von Wählerbefragungen nach der Stimmabgabe.

1.1.1 Wahlsystem

Im Gegensatz zur Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 wird im Grundgesetz die Regelung des Wahlsystems dem Wahlgesetz überlassen. In der Hauptsache ist zwischen dem Verhältniswahlsystem und dem Mehrheitswahlsystem zu unterscheiden, zwischen denen die verschiedensten Verbindungen möglich sind. Bei ersterem reichen die einzelnen Parteien ihre Wahlvorschläge als Listen ein, in denen eine an sich unbegrenzte Zahl von Wahlbewerbern benannt sein kann. Beim Mehrheitswahlsystem ist dagegen die Persönlichkeitswahl vorausgesetzt. Das Wahlgebiet ist (in der Regel) in so viele Wahlkreise eingeteilt wie Abgeordnete überhaupt oder nach diesem System gewählt werden sollen. Jede Partei oder Wählergruppe kann dann für jeden Wahlkreis (meistens) einen Bewerber namhaft machen. Gewählt ist der Bewerber, der die (absolut oder relativ) meisten im Wahlkreis abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigt. Bei der Listenwahl folgt die Zuteilung der Sitze entweder im Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen oder die einzelnen Listen erhalten für eine vorher bestimmte Zahl gewonnener Stimmen einen Sitz, je nachdem, ob die zahlenmäßige Zusammensetzung des Parlaments von vornherein festgelegt ist oder nicht.

Nach dem Reichswahlgesetz vom 17. April 1920 (RGBl. I S. 627), das dem in der Verfassung festgelegten Grundsatz der reinen Verhältniswahl folgte, zog von den eingereichten Vorschlagslisten für je 60 000 abgegebene gültige Stimmen ein Bewerber in den Reichstag ein. Die Abgeordnetenzahl des Reichstags war damit im hohen Maße von der Bevölkerungsentwicklung und der Wahlbeteiligung abhängig. Abgesehen von möglichen Überhangmandaten ist die Abgeordnetenzahl des Deutschen Bundestages dagegen gesetzlich bestimmt. Nach dem allen Bundeswahlgesetzen eigenen Wahlsystem wird ein Teil der Abgeordneten nach den Grundsätzen der (relativen) Mehrheitswahl in Wahlkreisen, der andere nach den Grundsätzen der Verhältniswahl aus Parteilisten gewählt. Dem föderalistischen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland entsprechen dabei L a n d e s l i s t e n der Parteien.

Seit 1953 hat der Wähler zwei Stimmen: eine Erststimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten und eine Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste. Die Zahl der Abgeordneten einer jeden Partei richtet sich nach dem Verhältnis der für sie auf die Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen. Die mit der Erststimme gewonnenen Wahlkreissitze sind auf die Abgeordnetenmandate, die einer Partei in jedem Land nach den Zweitstimmen zustehen, anzurechnen. In den Wahlkreisen errungene Sitze verbleiben einer Partei dabei auch dann, wenn sie die nach dem Verhältnis der Zweitstimmen ermittelte Zahl im Lande übersteigen. In einem solchen Falle erhöht sich die gesetzlich vorgegebene Gesamtzahl der Sitze des Deutschen Bundestages um die Unterschiedszahl. Diese Sitze werden Überhangmandate genannt. Abgesehen von den Überhangmandaten handelt es sich somit um eine Verhältniswahl, bei der lediglich die Hälfte der Abgeordneten als Person gewählt wird.

Das von Wahlgesetz zu Wahlgesetz komplizierter gewordene Auszählungsverfahren wird unter Abschnitt 7.1 ausführlich erläutert. Dort wird deutlich, daß nicht alle von den zuständigen Wahlausschüssen zugelassenen Parteien bei der Verteilung der Sitze berücksichtigt werden. Das Bundeswahlgesetz enthält zur Verhinderung der Zersplitterung der Wählerstimmen und zur Sicherung regierungsfähiger Mehrheiten eine "Sperrklausel". Seit 1957 werden bei der Sitzverteilung nur solche Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 % der im Bund abgegebenen gültigen Zweitstimmen oder mindestens 3 Wahlkreissitze erhalten haben. Parteien nationaler Minderheiten sind hiervon ausgenommen.

1.1.2 Wahlkreiseinteilung und Abgeordnetenzahl

Die Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahl hängt eng mit dem geltenden Wahlsystem und insbesondere damit zusammen, daß für Bundestagswahlen - im Gegensatz etwa zu den früheren Reichstagswahlen - die Zahl der zu wählenden Abgeordneten gesetzlich festgelegt ist. Im geltenden Bundeswahlrecht ist nicht nur gesagt, wie viele Abgeordnete überhaupt zu wählen sind, sondern darüber hinaus in welchem Zahlenverhältnis die Wahlkreissitze zu den Landessitzen stehen sollen. In diesem Zusammenhang ist die Entwicklung der Zahl der Wahlkreise von der ersten zur fünften Bundestagswahl von Interesse, die von 242, nach der Rückgliederung des Saarlandes (1957) zu 247 und schließlich 1965 zu 248 Wahlkreisen führte. In 248 Wahlkreisen wurde auch 1969, 1972, 1976 und 1980 gewählt.

Insgesamt waren bei der Bundestagswahl 1949 400, bei der 2. Bundestagswahl 1953 484, bei den Bundestagswahlen 1957 und 1961 jeweils 494 und bei der 5. bis 9. Bundestagswahl schließlich 496 Abgeordnete mittels Stimmzettel zu wählen. Dazu kamen 1949 8 (ab 1952 19) Bundestagsabgeordnete aus dem Lande Berlin, die dort durch das Abgeordnetenhaus gewählt werden. Seit der 2. Bundestagswahl 1953 entsendet das Berliner Abgeordnetenhaus 22 Abgeordnete in den Deutschen Bundestag.

Da der vollen Anwendung des Bundeswahlgesetzes in Berlin (West) noch Hindernisse entgegenstehen, ist im folgenden unter Wahlgebiet nur das Bundesgebiet ohne Berlin gemeint, und wenn hier und im folgenden von Bundesgebiet gesprochen wird, umgekehrt darunter das Wahlgebiet ohne Berlin zu verstehen.

Im 1. Bundestagswahlgesetz, das auch die Zahl der in den einzelnen Ländern zu wählenden Abgeordneten bestimmte, war den Landesregierungen aufgegeben, die ihren Ländern zugeteilten Sitze zwischen Wahlkreissitzen und Sitzen aus den Landesergänzungsvorschlägen (Landeslisten) im ungefähren Verhältnis 6 : 4 zu verteilen.

Demgemäß wurde das Gebiet der einzelnen Länder entsprechend ihren Einwohnerzahlen und das Bundesgebiet insgesamt in 242 Wahlkreise eingeteilt. Zur Erhöhung der Zahl der Abgeordneten im 2. Deutschen Bundestag von 400 auf 484 wurde nur das Zahlenverhältnis der in Wahlkreisen und aus Landeslisten zu wählenden von 6 : 4 auf 1 : 1 geändert. Die eine Hälfte der Abgeordneten wird seitdem in Wahlkreisen, die andere Hälfte

aus Landeslisten gewählt. Eine weitere Änderung ergab sich aus der Rückgliederung des Saarlandes. Nach § 14 des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes vom 23. Dezember 1956 (BGBl. I S. 1011) wurde das Saarland, dessen Bevölkerung 1957 erstmalig mitwählen konnte, in 5 Bundestagswahlkreise eingeteilt. Dem Verhältnis der Wahlkreis- und Landeslistenabgeordneten entsprechend erhöhte sich dadurch die gesetzliche Zahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages am Ende der 2. und für die 3. und 4. Wahlperiode von 484 auf 494. Bis 1961 blieb auch die räumliche Abgrenzung der Wahlkreise unberührt.

Im Prinzip sollte neben der Gesamtzahl der Abgeordneten aus jedem Land auch die Zahl der Wahlkreisabgeordneten etwa dem Bevölkerungsanteil der Länder entsprechen. Infolge der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung sowohl in den Ländern als auch in den Wahlkreisen kam aber der Grundsatz, daß 50 % der Abgeordneten nach Mehrheitswahl in den Wahlkreisen und 50 % aus den Landeslisten gewählt werden sollten, ohne eine Änderung der Wahlkreise bald nur noch für das Bundesgebiet, aber nicht mehr in den Ländern zur Geltung.

Das kommt daher, daß die Einwohnerzahl des Bundesgebietes von 1949 bis 1980 stark gestiegen ist und die Zunahme regional sehr unterschiedlich war. Dies hat dazu geführt, daß in den meisten Ländern die Zahl der Wahlkreise bald nicht mehr dem Bevölkerungsanteil entsprach. Da die Zahl der Abgeordneten der einzelnen Parteien im Bundestag nach der geschilderten Verbindung zwischen Mehrheitswahl und Verhältniswahl letzten Endes von den für die Landeslisten abgegebenen Stimmen abhängt, wiegen kleinere Unterschiede nicht übermäßig schwer. Nach den Einwohnerzahlen völlig gleiche Wahlkreise kann es ohnehin praktisch niemals geben.

Größere Unterschiede von Land zu Land dürfen aber insbesondere deshalb nicht unbeachtet bleiben, weil sie zu Überhangmandaten führen können. Überhangmandate sind zwar beim gegenwärtigen Wahlsystem nicht ganz zu vermeiden, da sie auch durch schwache Wahlkreismehrheiten oder durch Wahlabsprachen entstehen können. Jedoch kann die mit der Zulassung von Überhangmandaten verbundene Differenzierung des Stimmengewichts nur in engen Grenzen zulässig sein (BVerfGE 7.63 [75]). Der Verfassungsgrundsatz der gleichen Wahl darf nicht dadurch verletzt werden, daß immer mehr Überhangmandate durch die Ungleichheit der Wahlkreise entstehen, da sich auf diese Weise Manipulationsmöglichkeiten eröffnen, deren Verfassungsmäßigkeit im Falle eines Mißbrauchs angezweifelt werden müßte. Dem kann entgegengewirkt werden, wenn die Wahlkreiseinteilung von Zeit zu Zeit der regionalen Bevölkerungsentwicklung angepaßt wird.

Die Aufgabe, in jeder Wahlperiode einen Bericht mit Vorschlägen über Änderungen der Wahlkreiseinteilung zu erstatten, wurde der vom Bundespräsidenten ernannten ständigen Wahlkreiskommission übertragen, die sich aus dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, einem Richter des Bundesverwaltungsgerichtes und fünf weiteren Mitgliedern zusammensetzt.

Der erste Bericht ist der Bundesregierung nach der Bundestagswahl 1957 am 20. Juni 1958 erstattet, mit Drucksachen-Nr. 677 vom 25. November 1958 dem Deutschen Bundestag vorgelegt und als Beilage zum Bundesanzeiger 1958 Nr. 241 auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Gesetzgeberische Konsequenzen haben diese Vorschläge der Wahlkreiskommission nicht gehabt. Auch der 4. Bundestag wurde auf der Grundlage der Wahlkreiseinteilung für die Bundestagswahl 1949 gewählt.

Eine Anpassung der Wahlkreiseinteilung an die geänderten Verhältnisse ist erst für die Bundestagswahl 1965 durch das Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 14. Februar 1964 geschehen. Diese neue Wahlkreiseinteilung basiert auf den Vorschlägen der Wahlkreiskommission vom 4. September 1962, die in der Bundestagsdrucksache IV/741 vom 12. November 1962 und im Bundesanzeiger 1962, Nr. 228 enthalten sind. Nennenswerte Änderungen hat die von der Wahlkreiskommission vorgeschlagene Wahlkreiseinteilung im Gesetzgebungsverfahren nur für Bayern und Niedersachsen erfahren. Dabei wurde auch eine Erhöhung der Zahl der Wahlkreise von 247 auf 248 und der gesetzlichen Gesamtzahl der Abgeordneten (ohne die Abgeordneten aus Berlin) von 494 auf 496 vorgenommen.

1.1 Bundestagswahlkreise vor und bei der Bundestagswahl 1965

Land	Anzahl der Wahlkreise			
	vor der Bundes- tagwahl 1965	bei	davon in ihrer Abgrenzung	
			unver- ändert	ver- ändert
Schleswig-Holstein.	14	11	1	10
Hamburg	8	8	-	8
Niedersachsen	34	30	11	19
Bremen	3	3	3	-
Nordrhein-Westfalen	66	73	30	43
Hessen	22	22	12	10
Rheinland-Pfalz ...	15	16	11	5
Baden-Württemberg .	33	36	9	27
Bayern	47	44	13	31
Saarland	5	5	5	-
Bundesgebiet ohne Berlin ...	247	248	95	153

Diese Einteilung des Wahlgebietes (also des Bundesgebietes ohne Berlin) ist im wesentlichen auch für die Bundestagswahl 1969 gültig geblieben und eine neue Wahlkreiskarte deshalb auch erst wieder für die 7. Bundestagswahl aufgelegt worden¹⁾. Der Gesetzgeber hat lediglich eine Anpassung der Wahlkreisgrenzen an die bis zum 1. Oktober 1968 stattgefundenen Änderungen der Grenzen der kreisfreien Städte, Landkreise, Gemeinden und auch der gemeindefreien Gebiete angeordnet.

1.2 Wahlkreisänderungen zur Bundestagswahl 1969

Land	Anzahl der Wahlkreise		
	insgesamt	davon in ihrer Abgrenzung	
		unver- ändert	ver- ändert
Schleswig-Holstein.	11	9	2
Hamburg	8	8	-
Niedersachsen	30	22	8
Bremen	3	3	-
Nordrhein-Westfalen	73	65	8
Hessen	22	18	4
Rheinland-Pfalz ...	16	16	-
Baden-Württemberg .	36	30	6
Bayern	44	38	6
Saarland	5	5	-
Bundesgebiet ohne Berlin ...	248	214	34

Wegen des unterschiedlichen Standes der Verwaltungsreform in den Ländern blieben die im Bericht der Wahlkreis Kommission vom 15. Oktober 1970 (Bundestagsdrucksache VI/1627) gemachten Änderungsvorschläge im wesentlichen unberücksichtigt. Der Gesetzgeber hat

- Grenzänderungen nur bei jenen Wahlkreisen vorgenommen, deren Bevölkerungszahl von der durchschnittlichen Bevölkerung aller Wahlkreise um mehr als 33 1/3 vom Hundert nach oben oder unten abgewichen ist,
- kommunale Grenzänderungen auf Grund von Verwaltungsreformen nur bis zum Stichtag vom 1. Juli 1972 berücksichtigt und
- einer Neuabgrenzung der Wahlkreise nur im Aachener Raum zugestimmt, weil dort die kommunale Neugliederung umfassend und auf absehbare Zeit abschließend geregelt worden ist.

1) Sie ist im Maßstab 1 : 1 500 000 ausgedruckt und kann von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung in Bonn-Bad Godesberg bezogen werden.

1.3 Wahlkreisänderungen zur Bundestagswahl 1972

Land	Anzahl der Wahlkreise					
	ins- ge- samt	un- ver- än- dert	davon in ihrer Abgrenzung verändert			
			nur durch		Zu- und Ab- gang	zu- sam- men
			Zu- gang	Ab- gang		
Schleswig-Holstein.	11	-	3	4	4	11
Hamburg	8	6	1	1	-	2
Niedersachsen	30	26	-	3	1	4
Bremen	3	3	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	73	39	15	6	13	34
Hessen	22	9	4	1	8	13
Rheinland-Pfalz ...	16	-	1	4	11	16
Baden-Württemberg .	36	8	10	2	16	28
Bayern	44	8	9	8	19	36
Saarland	5	5	-	-	-	-
Bundesgebiet ohne Berlin ...	248	104	43	29	72	144

Die Grenzen der 248 Bundestagswahlkreise sind für die Bundestagswahl 1976 im Vergleich zur Bundestagswahl 1972 wiederum in 144 Fällen geändert worden. Die Neuabgrenzung so vieler Bundestagswahlkreise war notwendig, weil in sechs Wahlkreisen die für den 30. September 1973 ermittelte deutsche Bevölkerung um mehr als 33 1/3 % nach oben oder unten vom Bundesdurchschnitt (226 678) abwich. Im übrigen hat sich der Gesetzgeber bemüht, so weit wie möglich Wahlkreise zu schaffen, deren deutsche Bevölkerung um nicht mehr als ± 25 % vom Durchschnitt abweicht. Nach der Neuabgrenzung gab es (wiederum nach dem Stand am 30.9.1973) keine Wahlkreise mit mehr als ± 33 1/3 % Abweichung vom Bundesdurchschnitt und nur 23 Wahlkreise, in denen die Abweichung der Einwohnerzahl vom Bundesdurchschnitt zwischen ± 25 % und 33 1/3 % betrug.

Ein weiterer wichtiger Grund für die Neuabgrenzung war die Anpassung der Wahlkreisgrenzen an die veränderten Verwaltungsgrenzen. Eine Deckungsgleichheit der Wahlkreisgrenzen mit den Grenzen der kreisfreien Städte, Landkreise und kreisangehörigen Gemeinden hat sich jedoch nicht in allen Fällen verwirklichen lassen. Insbesondere für Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, wo die inzwischen vollzogene Gebiets- und Verwaltungsreform weitgehend unberücksichtigt blieb, ergaben sich daher zahlreiche Durchschneidungen von Kreis- und Gemeindegrenzen.

1.4 Wahlkreisänderungen zur Bundestagswahl 1976

Land	ins- ge- samt	Anzahl der Wahlkreise				
		un- ver- än- dert	davon in ihrer Abgrenzung verändert			
			nur durch		durch Zu- und Ab- gang	zu- sam- men
			Zu- gang	Ab- gang		
Schleswig-Holstein.	11	4	2	1	4	7
Hamburg	8	6	1	1	-	2
Niedersachsen	30	1	6	1	22	29
Bremen	3	3	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	73	67	3	3	-	6
Hessen	22	3	6	3	10	19
Rheinland-Pfalz ...	16	10	3	3	-	6
Baden-Württemberg .	36	7	8	2	19	29
Bayern	44	3	2	4	35	41
Saarland	5	-	-	-	5	5
Bundesgebiet ohne Berlin ...	248	104	31	18	95	144

Im ganzen sind nur 104 Bundestagswahlkreise völlig unverändert geblieben; in vielen Fällen blieb die Deckungsgleichheit mit der früheren Abgrenzung aber zum größten Teil erhalten.

Der Bericht der Wahlkreiskommission für die 8. Wahlperiode war bis zum 14. Juni 1978 zu erstatten. Er ist als Bundestagsdrucksache 8/1876 am 7. Juni 1978 veröffentlicht worden. Die im Anschluß daran vom Deutschen Bundestag vorgenommene neue Einteilung der Bundestagswahlkreise für die Bundestagswahl 1980, die sich mit den Vorschlägen der Wahlkreiskommission nur hinsichtlich der Verteilung der Wahlkreise auf die Länder und für 189 der insgesamt 248 Wahlkreise deckt, ist mit dem fünften Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 20. Juli 1979 (BGBl. I S. 1149) als Anlage zu Artikel 1 Nr. 15 dieses Änderungsgesetzes veröffentlicht worden.

Die neue Abgrenzung der 248 Bundestagswahlkreise brachte gegenüber 1976 Änderungen der Grenzen bei 191 Wahlkreisen. Bezogen auf die Länder haben bei dieser Neuabgrenzung Hamburg einen und Nordrhein-Westfalen zwei Wahlkreise weniger als bei der Bundestagswahl 1976 und die Länder Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern je einen Wahlkreis mehr. Einen Überblick über die Verteilung der Wahlkreise auf die Länder, wie sie für die Bundestagswahl 1976 galt und wie sie sich aufgrund der Neuabgrenzung für die Bundestagswahl 1980, unter Berücksichtigung der Zahl der Grenzänderungen von Wahlkreisen innerhalb der einzelnen Bundesländer ergibt, enthält Tabelle 1.5.

1.5 Wahlkreisänderungen zur Bundestagswahl 1980

Land	Wahlkreise 1976 insgesamt	Zu- bzw. Abgang ganzer Wahlkreise 1980 gegenüber 1976 ¹⁾	Wahlkreise 1980 insgesamt	Davon	
				Wahlkreise mit unveränderten Grenzen	veränderten
Schleswig-Holstein	11	-	11	11	-
Hamburg	8	- 1	7	1	7
Niedersachsen	30	+ 1	31	4	26
Bremen	3	-	3	3	-
Nordrhein-Westfalen	73	- 2	71	3	70
Hessen	22	-	22	8	14
Rheinland-Pfalz	16	-	16	13	3
Baden-Württemberg	36	+ 1	37	2	34
Bayern	44	+ 1	45	9	35
Saarland	5	-	5	3	2
Bundesgebiet ohne Berlin	248	-	248	57	191

1) Neuverteilung gemäß § 3 BWG Abs. 2 Ziff. 3.

Unverändert sind die Abgrenzungen der Wahlkreise gegenüber 1976 nur in den Ländern Schleswig-Holstein und Bremen geblieben. Im Saarland, wo zwei der insgesamt fünf Wahlkreise geändert wurden, und in Rheinland-Pfalz, wo drei der insgesamt 16 Wahlkreise sich in ihrer Abgrenzung änderten, handelt es sich nur um geringfügige Änderungen, die Gemeindedurchschnitten durch Wahlkreisgrenzen beseitigten.

In Hamburg erfuhr nur der Wahlkreis Hamburg-Eimsbüttel (Nr. 14) in seiner Abgrenzung keine Veränderung. Die vier in Niedersachsen in ihrer Abgrenzung unverändert gebliebenen Wahlkreise sind Cuxhaven (Nr. 24), Stade (Nr. 25), Braunschweig (Nr. 45) und Göttingen (Nr. 49). Bei den in Nordrhein-Westfalen in ihren Grenzen unverändert gebliebenen drei Wahlkreisen handelt es sich um Bonn (Nr. 63), Wuppertal II (Nr. 70) und Oberhausen (Nr. 86, vorher 85). In Hessen, wo nur Gemeindedurchschnitten durch Änderungen der Wahlkreisgrenzen beseitigt worden sind, blieben insgesamt acht Wahlkreise unverändert. Dabei handelt es sich um die Wahlkreise Waldeck (Nr. 124, vorher 126), Kassel (Nr. 125, vorher 127), Werra-Meißner (Nr. 126, vorher 128), Schwalm-Eder (Nr. 127, vorher 129 Fritzlar), Hersfeld (Nr. 128, vorher 130), Marburg (Nr.

129, vorher 131) und Fulda (Nr. 132, vorher 134). Die zwei in Baden-Württemberg in ihrer Abgrenzung unverändert gebliebenen Wahlkreise sind Göppingen (Nr. 167, vorher 172) und Karlsruhe (Nr. 175, vorher 178). Bei den in Bayern unverändert gebliebenen neun Wahlkreisen handelt es sich um die fünf Wahlkreise der Landeshauptstadt München (Nrn. 203 bis 207, vorher 204 bis 208) und um die Wahlkreise Passau (Nr. 215), Nürnberg-Nord (Nr. 230), Bad Kissingen (Nr. 234) und Oberallgäu (Nr. 242).

Die Forderung, Kreis- oder Gemeindegrenzen bei der Wahlkreiseinteilung einzuhalten, konnte allerdings bei der Neuabgrenzung nicht voll erfüllt werden. So werden von Wahlkreisgrenzen geschnitten - unter Berücksichtigung der Neugliederung der Landkreise im Raum Friesland/Wittmund/Ammerland, die am 1. Januar 1980 in Kraft getreten ist - immer noch insgesamt 16 der 90 kreisfreien Städte bzw. Stadtkreise (einschl. Freie und Hansestadt Hamburg) und 54 der insgesamt 237 Landkreise bzw. Kreise.

Bei jeder Neuabgrenzung von Wahlkreisen wird von verschiedenen Seiten die Frage gestellt, welche Auswirkungen dies auf die Erststimmenergebnisse haben kann. Diese Frage läßt sich nur indirekt beantworten, indem man die Erststimmen vorhergegangener Bundestagswahlen für die neu abgegrenzten Wahlkreise zusammenstellt und damit eine Aussage darüber macht, wie die Wahlkreismehrheiten gewesen wären, wenn die Wahlkreise schon damals der Abgrenzung der Bundestagswahlkreise 1980 entsprochen hätten.

Die Wahlkreiseinteilung für die 9. Bundestagswahl ist in der Anlage zu Artikel 1 Nr. 15 des "Fünftes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 20. Juli 1979" (BGBl. I S. 1149) abgedruckt. In der ersten Bekanntmachung zur Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Bundestag der Bundesrepublik Deutschland vom 25. Oktober 1979 (BGBl. I S. 1776) werden die Wahlkreise 130 und 131, in der zweiten Bekanntmachung vom 15. Januar 1980 (BGBl. I S. 80) die Wahlkreise 21 und 22 und in der dritten Bekanntmachung vom 23. April 1980 (BGBl. I S. 541) die Wahlkreise 222, 228 und 229 auf Grund der zwischenzeitlich eingetretenen kommunalen Verwaltungsreformen lediglich neu beschrieben. Eine Karte der Wahlkreise für die Wahl zum 9. Deutschen Bundestag der Bundesrepublik Deutschland ist im Maßstab 1 : 1 500 000 von der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn-Bad Godesberg, hergestellt worden und kann von dort bezogen werden.

1.1.3 Stimmzettel und Wahlvorschläge

Seit der 2. Bundestagswahl 1953 stehen dem Wähler je eine Stimme für die Mehrheitswahl (Erststimme) und eine für die Verhältniswahl (Zweitstimme) zur Verfügung. Mit der Erststimme wählt er die Person seines Vertrauens aus den Wahlkreisvorschlägen seines Heimatwahlkreises, die Zweitstimme gibt er der Landesliste seiner Partei. Bei der 1. Bundestagswahl 1949 wählte er dagegen bei gleichem Wahlsystem mit nur einer Stimme sowohl den Wahlkreisbewerber als auch die Landesliste, wenn dieser parteipolitisch gebunden war. Die Stimmen der Wähler, die sich damals für einen Parteilosen (oder den Bewerber einer Partei ohne zugelassene Landesliste) entschieden, waren ungeteilt auch dann verloren, wenn ihr Kandidat unterlag (BWG 49, § 10). Seitdem bleibt in diesem Falle die Zweitstimme gültig. Als Folge davon ist ab 1953 zwischen ungültigen Stimmzetteln und ungültigen Stimmen zu unterscheiden. Beim Nichtankreuzen eines Wahlbewerbers oder einer Landesliste ist nur die Erst- oder Zweitstimme ungültig, der Stimmzettel selbst aber gültig.

Nur mit der Erststimme haben die Wähler demnach heute wie damals einen unmittelbaren Einfluß auf die personelle Zusammensetzung des Deutschen Bundestages. Bei der Abgabe der Zweitstimme ist ihnen diese Möglichkeit weitgehend entzogen. Welche Landeslistenbewerber gewählt werden, richtet sich (neben der Zahl der Zweitstimmen für eine Landesliste) nach der

Rangfolge des Platzes, den sie auf den Landeslisten innehaben. Die Aufstellung der Bewerber für die Kreiswahlvorschläge und Landeslisten und die Bestimmung der Reihenfolge geschieht nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes durch die Parteiorgane.

Ein Muster des Stimmzettels, der bei der Wahl zum 9. Deutschen Bundestag am 5. Oktober 1980 in Baden-Württemberg, Wahlkreis 179 Mannheim I, verwendet wurde, zeigt Seite 17. Beide Stimmen werden danach auf ein und denselben Stimmzettel abgegeben. Die Reihenfolge der rechts aufgeführten Landeslisten, die nur Parteien einreichen können, richtet sich für die im letzten Bundestag vertretenen Parteien nach der Stimmenzahl, die sie bei der vorangegangenen Bundestagswahl im Land auf sich vereinigen konnten, im Übrigen nach dem Alphabet. Infolgedessen ist die Reihenfolge von Land zu Land nicht einheitlich und kann auch von Wahl zu Wahl wechseln (s. Tabelle 2). Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind für die Abgabe der Erststimmen die Wahlkreiskandidaten auf der linken Seite des Stimmzettels auf gleicher Höhe mit der Landesliste ihrer Partei angegeben. Auf der linken Seite entsteht eine Leerzeile, wenn die Partei zwar mit einer Landesliste zugelassen ist, im Wahlkreis, in dem der Stimmzettel gilt, aber keinen Wahlkreisvorschlag eingereicht hat oder dieser wegen gesetzlicher Mängel nicht zugelassen wurde. Bei Parteilos oder Wahlkreisbewerbern, die von Parteien ohne Landeslisten vorgeschlagen sind, bleibt die entsprechende Zeile auf der rechten Seite leer.

Kreiswahlvorschläge können von Parteien und für parteilose Wahlbewerber eingereicht werden. Landeslisten - wie schon gesagt - nur von Parteien. Jeder Kreiswahlvorschlag darf nur den Namen eines Bewerbers enthalten. Doppelbewerbungen im gleichen oder einem anderen Wahlkreis sind nicht zulässig. Landeslisten können von den Parteien mit einer beliebigen Zahl von Bewerbern eingereicht werden. Die Bewerber dürfen aber nur auf einer Landesliste stehen. Doppelkandidaturen in einem Wahlkreis und auf einer Landesliste sind dagegen erlaubt. Von dieser Möglichkeit wird z.B. von weniger aussichtsreichen Wahlkreisbewerbern zur "Absicherung" der Kandidatur ziemlich häufig Gebrauch gemacht. Die Vorschriften zur Bewerberaufstellung zu einer Bundestagswahl sind im Bundeswahlgesetz und in der Bundeswahlordnung enthalten. Dabei ist die im Grundgesetz enthaltene Vorschrift zu beachten, daß die innere Ordnung der Parteien demokratischen Grundsätzen entsprechen muß.

Die Feststellung darüber, welche politischen Vereinigungen bei einer Bundestagswahl als Partei auftreten können, trifft seit der Wahl 1965 der Bundeswahlausschuß für alle Wahlorgane verbindlich. Dazu gehören zunächst alle Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren. Bei der Bundestagswahl 1980 handelte es sich dabei um die

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD),
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU),
Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU),
Freie Demokratische Partei (F.D.P.),
DIE GRÜNEN (GRÜNE).

Diese Parteien brauchten, weil ihre Resonanz in der Bevölkerung durch mindestens fünf Abgeordnete im Bundestag oder in einem Landtag bereits hinreichend dokumentiert war, für ihre Wahlvorschläge auch keine Unterstützungsunterschriften beizubringen.

Alle anderen politische Vereinigungen, die sich an der Bundestagswahl 1980 mit Wahlvorschlägen als Partei beteiligen wollten, hatten für ihre Anerkennung als Partei durch den Bundeswahlausschuß dem Bundeswahlleiter ihre Teilnahme an der Wahl mit drei Unterschriften des Bundesvorstandes und einem

Hinweis der satzungsgemäßen Bestellung des Vorstandes anzuzeigen. Aufgrund dieser Unterlagen und der Satzungen und Programme, die dem Bundeswahlleiter bereits nach den Bestimmungen des Parteiengesetzes¹⁾ vorlagen, bzw. mit der Anzeige eingereicht wurden, konnten folgende weitere politische Vereinigungen als Parteien Wahlvorschläge einreichen:

Aktion Soziale Gemeinschaft (ASG),
Bürgerpartei,
Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung) (C.B.V.),
CHRISTLICHE PARTEI (CP),
Deutsche Freiheitspartei (DFP),
Deutsche Kommunistische Partei (DKP),
DEUTSCHE UNION (DU),
DEUTSCHE VOLKSPARTEI (DVP),
Europäische Arbeiterpartei (EAP),
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW),
Mündige Bürger,
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD),
UNABHÄNGIGE ARBEITER-PARTEI (Deutsche Sozialisten) (UAP),
VOLKSFRONT (V),
Volkssozialistische Bewegung Deutschlands (Partei der Arbeit) - VSBD (PDA).

Außerdem müssen Parteien dieser Art zur Unterstützung ihrer Wahlvorschläge Unterschriften von Wahlberechtigten beibringen, und zwar für einen Kreiswahlvorschlag mindestens 200 gültige Unterschriften von Wahlberechtigten aus dem Wahlkreis und für die Zulassung einer Landesliste die Unterschriften von 1 vT der Wahlberechtigten des Landes bei der letzten Bundestagswahl, jedoch höchstens 2 000. In Nordrhein-Westfalen z.B. also 2 000, in Bremen, dem kleinsten Bundesland, für 1980 nur 528 und für die kommende Wahl 1984 523. Von 200 gültigen Unterschriften müssen auch Kreiswahlvorschläge von Wählergruppen oder parteilosen Einzelbewerbern unterstützt sein.

In seiner ersten Sitzung am 28. August 1980 hat der Bundeswahlausschuß von den insgesamt 18 Vereinigungen, die entsprechend der gesetzlichen Vorschrift (§ 18 Abs. 2 BWG) bis spätestens am siebenundvierzigsten Tag vor der Wahl (19. August 1980) ihre Beteiligung an der Wahl angezeigt hatten, insgesamt drei Vereinigungen

Absoluter Staat und Weltfrieden,
Gotteswelt-Gesetze-Partei,
Sozialliberale Partei Deutschlands (SLPD),

nicht als Partei anerkannt, weil die Anzeige nicht den gesetzlichen Bestimmungen des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung entsprach oder, so im Fall der SLPD, nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse keine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit der Zielsetzung der Vereinigung zu erkennen war.

Die vom Bundeswahlausschuß als Partei anerkannten Vereinigungen

Aktion Soziale Gemeinschaft (ASG),
CHRISTLICHE PARTEI (CP),
DEUTSCHE VOLKSPARTEI (DVP) sowie
Mündige Bürger,

die Landeslisten - Mündige Bürger im Wahlkreis 228 (Erlangen) auch einen Kreiswahlvorschlag - eingereicht hatten, sind von den Landeswahlausschüssen bzw. von dem Kreiswahlausschuß zur Wahl nicht zugelassen worden, weil ihre Wahlvorschläge nicht durch die gesetzlich festgelegte Zahl von gültigen Unterschriften unterstützt waren. Die Deutsche Freiheitspartei (DFP), die sich in Schleswig-Holstein, Hamburg und Bayern mit

¹⁾ Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967 (BGBl. I S. 773), zuletzt geändert durch das dritte Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die politischen Parteien vom 21. Dezember 1979 (BGBl. I S. 2358).

Stimmzettel

für die Wahl zum Deutschen Bundestag im Wahlkreis 179 Mannheim I
am 5. Oktober 1980

Sie haben 2 Stimmen

MUSTER



hier 1 Stimme

für die Wahl

**eines Wahlkreisabgeordneten
(Erststimme)**



hier 1 Stimme

für die Wahl

**einer Landesliste (Partei)
(Zweitstimme)**

1	Dr. Bugl, Josef Physiko-Chemiker Mannheim Elisabeth-von- Thadden-Str. 7 CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	<input type="radio"/>
2	Nagel, Werner Feinmechaniker Mannheim Sandhofer Str. 289 SPD	Sozial- demokratische Partei Deutschlands	<input type="radio"/>
3	Michael, Horst Wissenschaftl. Angest. Mannheim Eichelsheimer Str. 44 FDP/DVP	Freie Demokratische Partei / Demokratische Volkspartei	<input type="radio"/>
4	Lalla, Detlev Maschinenschlosser Mannheim Gärtnerstr. 84 DKP	Deutsche Kommunistische Partei	<input type="radio"/>
6	Kunz, Rosa Musikerzieherin Lottstetten Hauptstr. 10 EAP	Europäische Arbeiterpartei	<input type="radio"/>
7	Berndt, Karin Krankenschwester Mannheim M 4, 11 KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschland	<input type="radio"/>
9	Schipke, Hans-Jürgen Schüler Mannheim Schimperstr. 15 V	VOLKSFRONT	<input type="radio"/>

<input type="radio"/>	CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands Dr. Wörner, Frau Dr. Wisniewski, Kolb, Dr. Bugl, Dr. Czaja	1
<input type="radio"/>	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Dr. Hauff, Huonker, Schäfer, Haar, Offergeld	2
<input type="radio"/>	FDP/ DVP	Freie Demokratische Partei / Demokratische Volkspartei Gallus, Grüner, Dr. Haussmann, Hölscher, Dr. Vohrer	3
<input type="radio"/>	DKP	Deutsche Kommunistische Partei Keller, Frau Stroheker, Hummel, Frau Sprenger-Schoch, Peter	4
<input type="radio"/>	GRÜNE	DIE GRÜNEN Hoss, Dr. Nestle, Frau Muscheler, Frau Beck-Oberdorf, Heidt	5
<input type="radio"/>	EAP	Europäische Arbeiterpartei Hellenbroich, Weißbach, Frau Schäfer, Frau Kunz, Ortmann	6
<input type="radio"/>	KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschland Köhler, Schöpfer, Frau Lux, Frau Berndt, Frau Bentin	7
<input type="radio"/>	NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands Schützinger, Kuhnt, Kessebrock, Lehner, Frau Fleischer	8
<input type="radio"/>	V	VOLKSFRONT Kienzler, Frau Heinz, Frau Jäckel, Pirker, Frau Möhrle	9

2 Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge und der Landeslisten auf den
Stimmzetteln innerhalb der Länder
- § 30 Abs. 3 Bundeswahlgesetz -

Land	E ¹⁾ Z ²⁾	Reihenfolge der Kreiswahlvorschläge und der Landeslisten auf den Stimmzetteln													
		Platz ³⁾ bzw. Liste													
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Schleswig-Holstein	E	SPD	CDU	F.D.P.	DKP	GRÜNE ⁴⁾	EAP ⁴⁾	KBW		V ⁴⁾	WGR ⁴⁾				
	Z	SPD	CDU	F.D.P.	DKP	GRÜNE	EAP	KBW	NPD	V					
Hamburg	E	SPD	CDU	F.D.P.	DKP	GRÜNE ⁴⁾	EAP ⁴⁾	KBW		V					
	Z	SPD	CDU	F.D.P.	DKP	GRÜNE	EAP	KBW	NPD	V					
Niedersachsen	E	SPD	CDU	F.D.P.	DKP	GRÜNE ⁴⁾	EAP ⁴⁾	KBW		V	WGR ⁴⁾				
	Z	SPD	CDU	F.D.P.	DKP	GRÜNE	EAP	KBW	NPD	V					
Bremen	E	SPD	CDU	F.D.P.		DKP	GRÜNE	EAP	KBW		V				
	Z	SPD	CDU	F.D.P.	Bü ⁵⁾	DKP	GRÜNE	EAP	KBW	NPD	V				
Nordrhein-Westfalen	E	SPD	CDU	F.D.P.	Bü ⁴⁾⁵⁾	DKP	GRÜNE ⁴⁾	EAP ⁴⁾	KBW ⁴⁾		V ⁴⁾	UAP ⁴⁾	WGR ⁴⁾		
	Z	SPD	CDU	F.D.P.	Bü ⁵⁾	DKP	GRÜNE	EAP	KBW	NPD	V				
Hessen	E	SPD	CDU	F.D.P.	DKP	GRÜNE	EAP ⁴⁾	KBW ⁴⁾		V	WGR ⁴⁾				
	Z	SPD	CDU	F.D.P.	DKP	GRÜNE	EAP	KBW	NPD	V					
Rheinland-Pfalz	E	CDU	SPD	F.D.P.	DKP	GRÜNE ⁴⁾	EAP ⁴⁾	KBW ⁴⁾			Bü ⁴⁾⁵⁾				
	Z	CDU	SPD	F.D.P.	DKP	GRÜNE	EAP	KBW	NPD	V					
Baden-Württemberg	E	CDU	SPD	FDP/DVP	DKP	GRÜNE ⁴⁾	EAP ⁴⁾	KBW ⁴⁾		V ⁴⁾	DU ⁴⁾	WGR ⁴⁾			
	Z	CDU	SPD	FDP/DVP	DKP	GRÜNE	EAP	KBW	NPD	V					
Bayern	E	CSU	SPD	F.D.P.			DKP	GRÜNE ⁴⁾	EAP ⁴⁾	KBW ⁴⁾		V ⁴⁾	DFP ⁴⁾	DU ⁴⁾	WGR ⁴⁾
	Z	CSU	SPD	F.D.P.	Bü ⁵⁾	C.B.V.	DKP	GRÜNE	EAP	KBW	NPD	V			
Saarland	E	CDU	SPD	F.D.P./ DPS	DKP	GRÜNE ⁴⁾	EAP ⁴⁾			KBW ⁴⁾					
	Z	CDU	SPD	F.D.P./ DPS	DKP	GRÜNE	EAP	NPD	V						

1) Erststimme.

2) Zweitstimme.

3) Bei Parteien und Wählergruppen, die nur Kreiswahlvor-
schläge eingereicht haben, verschiebt sich die Platznum-

mer, wenn sie nicht in allen Wahlkreisen innerhalb des
Landes auftreten.

4) Nicht in allen Wahlkreisen.

5) Bürgerpartei (hat lt. Satzung keine Abkürzung).

Landeslisten und in den Wahlkreisen 200 (Freising) und 205
(München-Ost) mit Kreiswahlvorschlägen an der Wahl betei-
ligen wollte, konnte sich nur im Wahlkreis 200 dem Wähler stel-
len, da sie nur dort die gesetzlich geforderte Zahl von gül-
tigen Unterstützungsunterschriften beibringen konnte. Die
Volkssozialistische Bewegung Deutschlands (Partei der Arbeit)
- VSBD (PdA) - hatte - wie schon 1976 - weder Landeslisten noch
Kreiswahlvorschläge eingereicht, so daß sie schon aus diesem
Grund nicht auf dem Stimmzettel erscheinen konnte. Die
DEUTSCHE UNION (DU) und die UNABHÄNGIGE ARBEITER-PARTEI
(Deutsche Sozialisten) - UAP - hatten keine Landeslisten auf-
gestellt, sie nahmen nur mit Direktkandidaten an der Wahl
teil.

Der Wähler konnte somit am 5. Oktober 1980 seine Stimmen für
folgende Parteien abgeben, sei es für Landeslisten- oder
Wahlkreisbewerber:

Partei	Landesliste in ...	Wahlkreisbewerber in ...
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	allen Ländern	allen Wahlkreisen
Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)	allen Ländern außer in Bayern	allen Wahlkreisen außer in Bayern
Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)	Bayern	allen Wahlkreisen von Bayern
Freie Demokratische Partei (F.D.P.)	allen Ländern	allen Wahlkreisen
Bürgerpartei	Bremen, Nord- rhein-West- falen, Bayern	3 Wahlkreise (69 Wuppertal I, 80 Viersen und 150 Kreuznach)

Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung) (C.B.V.)	Bayern	keinem Wahlkreis
Deutsche Freiheits-Partei (DFP)	keinem Land	1 Wahlkreis (200 Freising)
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	allen Ländern	allen Wahlkreisen
DEUTSCHE UNION (DU)	keinem Land	2 Wahlkreisen (170 Neckar- zaber und 238 Augsburg-Stadt)
DIE GRÜNEN (GRÜNE)	allen Ländern	228 Wahlkreisen (verteilt auf alle Länder)
Europäische Arbeiterpartei (EAP)	allen Ländern	62 Wahlkreisen (verteilt auf alle Länder)
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)	allen Ländern außer im Saarland	160 Wahlkreisen (verteilt auf alle Länder)
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	allen Ländern	keinem Wahlkreis
UNABHÄNGIGE ARBEITER-PARTEI (Deutsche Sozialisten) (UAP)	keinem Land	4 Wahlkreisen (88 Essen I, 109 Ennepe-Ruhr- Kreis I, 110 Bochum I und 111 Bo- chum II - Ennepe-Ruhr- Kreis II)
VOLKSFRONT (V)	allen Ländern	63 Wahlkreisen (verteilt auf alle Länder außer Rhein- land-Pfalz und Saarland)

Von den insgesamt 15 an der Bundestagswahl 1980 teilgenommenen Parteien sind 5 zum erstenmal aufgetreten:
Im einzelnen sind dies:

- Bürgerpartei,
- Deutsche Freiheits-Partei (DFP),
- DEUTSCHE UNION (DU),
- DIE GRÜNEN (GRÜNE),
- VOLKSPRONT (V).

Von den bei der Bundestagswahl 1976 aufgetretenen 17 Parteien haben die

- Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD),
- Aktionsgemeinschaft VIERTE PARTEI (AVP),
- 5 %-BLOCK Partei (5 %-BLOCK),
- Gruppe Internationale Marxisten (GIM),
- Kommunistische Partei Deutschlands (KPD),
- RECHT und FREIHEIT PARTEI (RFP),
- VEREINIGTE LINKE (VL),

zur Wahl 1980 nicht mehr kandidiert.

Für die 93 (1976: 95) Landeslisten hatten die Parteien insgesamt 2 325 (1976: 2 700) Wahlbewerber aufgestellt, darunter 515 (1976: 415) Frauen.

3.1 Zugelassene Landeslisten 1980 nach Parteien

Partei	Landeslisten	Bewerber		
		insgesamt	männlich	weiblich
SPD	10	459	385	74
CDU	9	427	348	79
CSU	1	59	50	9
F.D.P.	10	326	269	57
Sonstige	63	1 054	758	296
davon:				
Bürgerpartei	3	27	23	4
C.B.V.	1	7	6	1
DKP	10	380	262	118
GRÜNE	10	166	113	53
EAP	10	77	40	37
KBW	9	97	65	32
NPD	10	218	196	22
V	10	82	53	29
Insgesamt ...	93	2 325	1 810	515
dagegen: 1976 ...	95	2 700	2 285	415

Die SPD, F.D.P., DKP, GRÜNE, EAP, NPD und V waren in allen 10 Ländern mit Landeslisten vertreten, die CDU in allen Ländern außer Bayern, die CSU nur in Bayern, der KBW in allen Ländern außer dem Saarland und die Bürgerpartei in Bremen, Nordrhein-Westfalen und Bayern. Nur mit einer Landesliste beteiligte sich auch die C.B.V. in Bayern.

Über die zugelassenen Landeslisten in den Ländern unterrichtet Tabelle 2.1 im Anhang, aus der sich auch ablesen läßt, wieviele Namen auf den Listen der einzelnen Parteien standen. Tabellen mit den Namen und Stimmen aller Parteien, die seit 1949 bei Bundestags- und Landtagswahlen aufgetreten sind, enthält Tabelle 17 im Anhang.

Mit Wahlkreisbewerbern kandidierten in allen 248 Wahlkreisen die SPD, die CDU bzw. CSU, die F.D.P. und die DKP. Für die "GRÜNE" waren 228, für den KBW 160, für die V 63, für die EAP 62, für die UAP vier, für die Bürgerpartei drei, für die DU zwei Kreiswahlvorschläge und für die DFP ein Kreiswahlvorschlag zugelassen worden.

In 9 verschiedenen Wahlkreisen waren auch parteilose Wählergruppen (bzw. Einzelbewerber) zur Wahl angetreten, und zwar in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Hessen je eine und in Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern je zwei.

Die Gesamtzahl der Kreiswahlvorschläge und damit auch der Wahlkreisbewerber belief sich auf 1 524 (1976: 1 540), darunter 233 (1976: 141) Frauen.

3.2 Zugelassene Kreiswahlvorschläge 1980 nach Parteien

Partei bzw. Wählergruppe	Bewerber		
	insgesamt	männlich	weiblich
SPD	248	228	20
CDU	203	189	14
CSU	45	45	-
F.D.P.	248	216	32
Sonstige	780	613	167
davon:			
Bürgerpartei	3	2	1
DFP	1	1	-
DKP	248	216	32
DÜ	2	2	-
GRÜNE	228	188	40
EAP	62	34	28
KBW	160	109	51
UAP	4	4	-
V	63	48	15
Wählergruppen/Einzelbewerber	9	9	-
Insgesamt ...	1 524	1 291	233
dagegen: 1976 ...	1 540	1 399	141

Wie sich die zugelassenen Kreiswahlvorschläge auf die Länder verteilen ist der Tabelle 2.2 im Anhang zu entnehmen.

Von den insgesamt 2 953 Kandidaten, die sich um die 496 Mandate im 9. Deutschen Bundestag bewarben, kandidierten 628 (1976: 544) nur in einem Wahlkreis, 1 429 (1976: 1 704) nur auf einer Landesliste und 896 (1976: 996) sowohl in einem Wahlkreis als auch auf einer Landesliste. Von den 1 524 Wahlkreisbewerbern standen somit rd. 60 % auch auf einer Landesliste ihrer Partei.

Da auf den Landeslisten 1980 insgesamt 2 325 und auf den Kreiswahlvorschlägen 1 524 Wahlbewerber zugelassen waren, ergaben sich insgesamt 3 849 Kandidaturen. Von den 1 524 Wahlkreisbewerbern kandidierten rund 60 % gleichzeitig auf einer Landesliste. Die Zahl der Kandidaten betrug daher nur 2 953 darunter 592 Frauen. Die Gesamtzahl setzt sich zusammen aus:

- 628 Personen, die sich nur in einem der 248 Wahlkreise bewarben,
- 1 429 Personen, die sich nur auf einer der 93 Landeslisten von 12 Parteien bewarben und
- 836 Personen, die sich sowohl im Wahlkreis als auch auf einer Landesliste ihrer Partei bewarben.

3.3 Kandidaturen und Kandidaten bei den Bundestagswahlen

Jahr der Wahl	Kandidaturen				Kandidaten		
	auf Landesliste	im Wahlkreis	insgesamt	darunter Doppelkandidaturen	insgesamt	männlich	weiblich
1949	1 308	1 656	2 964	640	2 324	2 117	207
1953	2 089	1 792	3 881	1 065	2 816	2 544	272
1957	2 073	1 700	3 773	1 059	2 714	2 506	208
1961	1 990	1 521	3 511	952	2 559	2 313	246
1965	2 017	1 433	3 450	965	2 485	2 245	240
1969	2 243	1 406	3 649	1 015	2 634	2 385	249
1972	2 284	1 287	3 571	817	2 754	2 462	292
1976	2 700	1 540	4 240	996	3 244	2 794	450
1980	2 325	1 524	3 849	896	2 953	2 361	592

Die Anzahl der männlichen Kandidaten war 1980 gegenüber 1976 um 433 niedriger, die der weiblichen aber um 142 höher. Die Zahl der weiblichen Kandidaten hat sich somit gegenüber den Bundestagswahlen 1949 bis einschließlich 1972 mehr als verdoppelt. Von den 592 Frauen kandidierten 78 (1976: 35) nur in einem Wahlkreis, 360 (1976: 309) nur auf einer Landesliste und 154 (1976: 106) sowohl in einem Wahlkreis als auch auf einer Landesliste.

Von den 2 953 Kandidaten waren 1 859 oder 63,0 % (1976: 58,3 %) unter 45 Jahre alt. Im einzelnen waren 5,7 % unter 25 Jahre alt, 28,5 % hatten ein Alter von 25 bis 34 Jahren, 28,8 % von 35 bis 44 Jahren, 31,0 % von 45 bis 59 Jahren und 6 % von 60 und mehr Jahren. Der jüngste Kandidat war ein 18 Jahre alter Gymnasiast auf Platz 27 der Landesliste der NPD in Baden-Württemberg. Ältester Kandidat war ein auf Platz 2 der Landesliste der Bürgerpartei in Bayern kandidierender 80jähriger Rentner. Sämtliche Kandidaten der EAP und des KBW sowie der Kandidat der DFU waren unter 45 Jahre alt. Etwas über 70 % (1976: 60 %) der weiblichen Kandidaten waren unter 45 Jahre alt, von den männlichen Kandidaten kamen - wie 1976 - 58 % auf diese Altersgruppe.

Nach einzelnen Geburts- und Altersjahren sowie nach Parteien sind die Angaben der im Anhang enthaltenen Tabelle 2.5 zu entnehmen.

Partei bzw. Wählergruppe		Kandidaten					
		ins- gesamt	davon im Alter von ... bis ... Jahren				
			18 - 24	25 - 34	35 - 44	45 - 59	60 und mehr
SPD	zusammen	483	2	52	204	209	16
	weiblich	74	-	8	31	34	1
CDU	zusammen	493	18	53	179	225	18
	weiblich	82	-	4	30	47	1
CSU	zusammen	89	2	9	36	39	3
	weiblich	9	-	-	4	5	-
F.D.P.	zusammen	368	2	68	140	133	25
	weiblich	59	-	9	21	23	6
Sonstige	zusammen	1 520	143	660	291	310	116
	weiblich	368	44	205	59	47	13
davon:							
Bürgerpartei	zusammen	29	2	5	3	15	4
	weiblich	4	1	-	-	3	-
C.B.V.	zusammen	7	-	2	3	2	-
	weiblich	1	-	-	-	1	-
DFP	zusammen	1	-	-	1	-	-
	weiblich	-	-	-	-	-	-
DKP	zusammen	574	36	215	112	168	43
	weiblich	137	15	67	28	24	3
DU	zusammen	2	-	-	-	1	1
	weiblich	-	-	-	-	-	-
GRÜNE	zusammen	302	40	116	83	47	16
	weiblich	72	9	31	15	12	5
EAP	zusammen	82	16	65	1	-	-
	weiblich	38	7	31	-	-	-
KBW	zusammen	188	14	158	16	-	-
	weiblich	61	4	50	7	-	-
NPD	zusammen	218	19	33	45	71	50
	weiblich	22	3	4	3	7	5
UAP	zusammen	4	-	-	2	2	-
	weiblich	-	-	-	-	-	-
V	zusammen	104	15	65	21	2	1
	weiblich	33	5	22	6	-	-
Wählergruppen/Einzel- bewerber	zusammen	9	1	1	4	2	1
	weiblich	-	-	-	-	-	-
Insgesamt ...	insgesamt	2 953	167	842	850	916	178
	weiblich	592	44	226	145	156	21
dagegen 1976	insgesamt	3 244	219	780	891	1 089	265
	weiblich	450	53	108	110	142	37

3.5 Kandidaten 1980 nach Berufsbereichen, ausgewählten Berufsabschnitten und -gruppen sowie Parteien

Berufsbereich, -abschnitt, -gruppe	Kandidaten											
	ins- gesamt	SPD	CDU	CSU	F.D.P.	Son- stige	DKP	GRÜNE	EAP	KBW	NPD	V
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischerei- berufe	97	7	27	4	22	37	11	12	-	4	7	-
Bergleute	10	-	1	-	-	9	7	-	-	1	-	1
Fertigungsberufe	441	35	27	1	9	369	185	17	3	85	38	33
darunter:												
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	162	17	6	-	1	138	73	4	2	25	14	18
Elektriker	52	3	5	-	2	42	21	2	1	7	7	4
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeits- angabe	45	-	2	-	-	43	16	2	-	18	1	5
Technische Berufe	204	28	33	-	31	112	32	32	7	13	17	10
Dienstleistungsberufe	1 915	399	354	79	276	807	290	183	56	70	128	45
darunter:												
Warenkaufleute	67	4	8	-	10	45	16	5	3	1	14	2
Bank- und Versicherungskaufleute	44	6	10	-	3	25	6	5	3	-	10	-
Verkehrsberufe	46	2	3	1	-	40	14	5	3	5	8	3
Unternehmer, Organisatoren, Wirtschafts- prüfer	83	24	20	2	20	17	2	5	3	-	7	-
Administrativ entscheidende Berufstätige ..	331	139	77	52	46	17	4	7	1	2	3	-
Bürofach- und Bürohilfskräfte	398	65	44	6	38	245	126	24	12	18	47	9
Sicherheitswahrer	55	11	21	4	9	10	-	4	-	-	5	-
Rechtswahrer, -berater	138	28	46	8	36	20	2	8	-	-	5	-
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare ..	88	8	13	1	11	55	40	3	8	1	1	1
Ärzte, Apotheker	52	1	7	-	12	32	2	9	2	7	3	7
Übrige Gesundheitsdienstberufe	47	4	3	-	1	39	9	8	4	11	1	5
Sozialpflegerische Berufe	69	7	9	2	1	50	14	13	5	10	-	6
Lehrer	303	74	55	3	55	116	27	65	9	6	3	6
Geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	107	19	27	-	28	33	9	11	-	4	2	3
Sonstige Arbeitskräfte und ohne nähere Tätigkeitsangabe	286	14	51	5	30	186	49	58	16	15	28	15
Insgesamt ...	2 953	483	493	89	368	1 520	574	302	82	188	218	104
dagegen: 1976 ...	3 244	650	611	103	388	1 492	517	-	80	104	354	-

Hinsichtlich der beruflichen Gliederung¹⁾ der 2 953 Kandidaten der einzelnen Parteien gehörten 64,8 % einem Dienstleistungsberuf an, 15 % einem Fertigungsberuf und 6,9 % einem technischen Beruf, der Rest verteilte sich, wie Tabelle 3.5 zeigt, auf die übrigen Berufsbereiche. Die Tabelle gibt darüber hinaus für die 1 915 Kandidaten mit einem Dienstleistungsberuf eine weitere Untergliederung nach ausgewählten Berufsgruppen.

Eine tiefer gegliederte Übersicht über die Kandidaten nach Berufsbereichen, ausgewählten Berufsabschnitten und -gruppen sowie Parteien ist im Anhang als Tabelle 2.6 zu finden.

1.1.4 Wahlrecht und Wählbarkeit

Wahlberechtigt waren nach § 12 BWG 1980 alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens 3 Monaten im Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhielten bzw. nicht nach § 13 vom Wahlrecht ausgeschlossen waren. Wahlberechtigt waren bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch Beamte, Soldaten, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst, die auf Anordnung ihres Dienstherrn außerhalb des Geltungsbereiches des Bundeswahlgesetzes eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhielten, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes. Vom Wahlrecht ausgeschlossen waren nach § 13 BWG, wer infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besaß, wer entmündigt ist oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht, sofern sie nicht durch eine Bescheinigung des Vormundschaftsgerichtes nachgewiesen haben, daß die Pflegschaft auf Grund ihrer Einwilligung angeordnet ist. Außerdem waren ausgeschlossen Personen,

1) Grundlage ist die amtliche Berufssystematik, Ausgabe 1975.

die nach § 63 des Strafgesetzbuches in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht sind sowie Personen, die infolge Richterspruchs auf Grund landesrechtlicher Vorschriften wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche nicht nur einstweilig in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht sind.

Die Wahlbewerber mußten mindestens seit einem Jahr Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sein und das 18. Lebensjahr vollendet haben. Nicht wählbar war, wer vom aktiven Wahlrecht (§ 13 BWG) ausgeschlossen war oder wer infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besaß. Auch der Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, der diese Rechtsstellung durch Ausschlagung der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1955 (BGBl. I S. 65) erlangte, hatte kein passives Wahlrecht.

Wählen kann grundsätzlich nur, wer in einem Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat. Wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist und keinen Wahlschein besitzt, kann nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerverzeichnis er geführt wird. Wer einen Wahlschein hat, kann an der Wahl in dem Wahlkreis, in dem der Wahlschein ausgestellt ist, entweder durch persönliche Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk dieses Wahlkreises oder schriftlich durch Briefwahl teilnehmen.

Um brieflich wählen zu können, muß sich der Wahlberechtigte beim Wahlamt seines Wohnorts einen Wahlschein, einen Stimmzettel, einen Wahlumschlag für den Stimmzettel mit Siegelmarke zu dessen Verschuß und einen Wahlbriefumschlag besorgen. Nach Ausfüllen des Stimmzettels sind diese Unterlagen an die auf dem Wahlbriefumschlag aufgedruckte Stelle zu senden. Zur Feststellung des Ergebnisses der Briefwahl werden bei den Empfängerstellen besondere Briefwahlvorstände

gebildet. Jedermann, der Anspruch auf Ausstellung eines Wahlscheines hat, kann auch die Unterlagen für die Briefwahl anfordern. Es handelt sich also bei der Briefwahl um eine Sonderform der schon lange üblichen Wahlscheinwahl.

Die Briefwahl ist seit der 3. Bundestagswahl zulässig. Mit ihrer Einführung 1957 wurde die Freizügigkeit der örtlichen Ausübung des Wahlrechts für die Wahlscheininhaber beschränkt. Sie können seitdem nur noch in ihrem Heimatwahlkreis wählen. Durch die Verbindung mit dem Heimatwahlkreis ist gleichzeitig jede Manipulation des Wahlausgangs durch planmäßige Konzentration von Wahlscheinstimmen auf einige Wahlkreise ausgeschlossen.

1.2 Rechtsgrundlagen und Durchführung der besonderen Wahlstatistik

Bei der allgemeinen Wahlstatistik handelt es sich in der Hauptsache um eine Dokumentation der von den Wahlorganen festgestellten Wahlergebnisse. In der besonderen Wahlstatistik werden die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe verschiedener Bevölkerungsgruppen untersucht. Rechtsgrundlagen sind § 51 Abs. 2 des Bundeswahlgesetzes und § 85 der Bundeswahlordnung.

Erste Auszählungen dieser Art sind im Jahre 1953 ohne Beteiligung von Rheinland-Pfalz, Bayern und des Saarlandes durchgeführt worden. Sie wurden seit 1957 unter Beteiligung aller Bundesländer wiederholt und werden seit vielen Jahren häufig auch bei Landtags- und Kommunalwahlen durchgeführt (meist mit der für die Bundestagswahl vereinbarten Altersgliederung).

Die repräsentative Bundestagswahlstatistik für 1980 beruht auf den Auswertungen der Wahlergebnisse von 1 763 ausgewählten Wahlbezirken für die Feststellung der Wahlbeteiligung und auf 1 863 ausgewählten Wahlbezirken für die Untersuchung der Stimmabgabe. Die Stichprobenwahlbezirke wurden nach dem Zufallsprinzip aus den rd. 58 000 Wahlbezirken (ohne Briefwahlbezirke) je Bundesland ausgewählt. Die Auswahlsätze für die einzelnen Bundesländer richteten sich danach, inwieweit auch für regionale Gliederungen unterhalb der Länder (Regierungsbezirke in Nordrhein-Westfalen) und kleinere Parteien noch aussagefähige Ergebnisse gewonnen werden sollten. Bei der Bundestagswahl 1980 liegt für Baden-Württemberg und für Rheinland-Pfalz ein Auswahlatz von rd. 2,0 %, für Hessen ein Auswahlatz von 2,7 %, für Niedersachsen ein Auswahlatz von 3,1 %, für Schleswig-Holstein, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Bayern ein Auswahlatz von je rd. 4 %, für Bremen ein Auswahlatz von 5,2 % und für das Saarland ein solcher von 5,6 % zugrunde. Bezogen auf die Zahl der Wahlberechtigten ergab sich im Bundesdurchschnitt (für die Untersuchung der Wahlbeteiligung) ein Auswahlatz von 3,4 %, das entspricht etwa 1,3 Mill. Wahlberechtigten. Die Zahlenbasis der repräsentativen Wahlstatistik ist damit - wie bisher - weit breiter als bei entsprechenden Untersuchungen nichtamtlicher Stellen, die sich immer nur auf wenige tausend Personen stützen. Außerdem handelt es sich bei der repräsentativen Bundestagswahlstatistik nicht um die Auswertung von Angaben, die von Personen über ihr Wahlverhalten vor oder nach der Wahl gemacht wurden, sondern um die statistische Auswertung der Wählerverzeichnisse und Stimmzettel.

Zur Untersuchung der Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter wurden nur die Wählerverzeichnisse der Stichprobenwahlbezirke statistisch ausgewertet. Die Auszählungen über die Stimmabgabe wurden dagegen durch Ausgabe von Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck (Mann, Frau, Geburtsjahrgruppe) ermöglicht (vgl. Muster des Stimmzettels Seite 23). Wie Tabelle 4.1 ausweist, wurden für die Feststellung der Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 1953 bis 1961 insgesamt sieben, 1965 und 1969 neun und ab 1972 aufgrund der Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre zehn Altersgruppen gebildet. Der Untersuchung der Stimmabgabe lagen bei den genannten Wahlen insgesamt drei, vier bzw. fünf Altersgruppen zugrunde. Eine

Verletzung des Wahlheimnisses ist bei solchen Auszählungen in keiner Weise zu befürchten. In die zur Feststellung der Wahlbeteiligung herangezogenen Wählerverzeichnisse konnten

4.1 Altersgruppen der repräsentativen Bundestagswahlstatistik

Bundestagswahlen		
1953 bis 1961	1965 und 1969	ab 1972
Alter von ... bis ... Jahren		
Wahlbeteiligung		
21 - 24	21 - 24	18 - 20
25 - 29	25 - 29	21 - 24
30 - 39	30 - 34	25 - 29
40 - 49	35 - 39	30 - 34
50 - 59	40 - 44	35 - 39
60 - 69	45 - 49	40 - 44
70 und mehr	50 - 59	45 - 49
	60 - 69	50 - 59
	70 und mehr	60 - 69
		70 und mehr
Stimmabgabe		
21 - 29	21 - 29	18 - 24
30 - 59	30 - 44	25 - 34
60 und mehr	45 - 59	35 - 44
	60 und mehr	45 - 59
		60 und mehr

die Gemeindebehörden, die Wahlvorstände und sogar die Öffentlichkeit (während der Auslegungsfrist für die Wählerverzeichnisse) ohnehin Einblick nehmen. Aber auch die Methode zur Feststellung der Stimmabgabe der Männer und Frauen läßt keine Verletzung des Wahlheimnisses zu. Zwar haben die die Auszählung durchführenden Organe beispielsweise feststellen können, wieviele Frauen oder Männer einer jeden Altersgruppe eine bestimmte Partei gewählt haben, da aber zu jeder Altersgruppe der Männer und Frauen zahlreiche Personen gehören, können daraus keinerlei Anhaltspunkte für die Stimmabgabe einer Einzelperson gewonnen werden. Im übrigen mußten die ausgewählten Wahlbezirke mindestens 290 Wahlberechtigte aufweisen. Zum weiteren Schutz des Wahlheimnisses ist es außerdem nicht statthaft, Ergebnisse für einzelne Stichprobenwahlbezirke zu veröffentlichen. Die Wähler selbst wurden durch Plakate (Format DIN A 3) auf die Verwendung von Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck für die repräsentative Wahlstatistik aufmerksam gemacht. Das Plakat hatte den folgenden Wortlaut:

"Bekanntmachung

In diesem Wahllokal werden für wahlstatistische Auszählungen Stimmzettel verwendet, aus denen Geschlecht und Geburtsjahrgruppe der Wähler zu erkennen sind. Das Verfahren ist nach § 51 Abs. 2 Bundeswahlgesetz in Verbindung mit § 85 Bundeswahlordnung zulässig.

Dabei ist jede Verletzung des Wahlheimnisses ausgeschlossen.

Der Kreiswahlleiter

(Unterschrift)"

Stimmzettel

für die Wahl zum Deutschen Bundestag im Wahlkreis 44 Salzgitter-Wolfenbüttel am 5. Oktober 1980

Sie haben 2 Stimmen

MUSTER

X

hier 1 Stimme

für die Wahl

eines Wahlkreisabgeordneten

(Erststimme)

X

hier 1 Stimme

für die Wahl

einer Landesliste (Partei)

(Zweitstimme)

1	Junghans, Hans-Jürgen Dipl.-Ing. Salzgitter 51 Dahlenberg- weg 10	SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands	<input type="radio"/>
2	Jahn, Ernst-Henning Realschul- lehrer a.D. Uehrde, Orts- teil Watzum Hauptstr. 35	CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands	<input type="radio"/>
3	Bernsdorf, Robert Agrar-Ing. Salzgitter 1 Oststr. 18	F.D.P. Freie Demokratische Partei	<input type="radio"/>
4	Scharte, Wolfgang Ausgeber Salzgitter 1 Gadensted- terstr. 16	DKP Deutsche Kommunistische Partei	<input type="radio"/>
5	Bernhauser, Peter Heizungs- monteur Salzgitter 1 Renpfad 15	GRÜNE Die Grünen	<input type="radio"/>
7	Hartwig, Hans-Georg Elektro- mechaniker Wolfenbüttel Am Kurzen Holze 7	KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland	<input type="radio"/>

<input type="radio"/>	SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands Dr. Ehrenberg, Franke, Rohde, Hauck, Dr. Ahrens	1
<input type="radio"/>	CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands Kiep, Franke, Frau Benedix-Engler, Dr. Sprung, Broll	2
<input type="radio"/>	F.D.P. Freie Demokratische Partei Kleinert, Wolfgramm, Dr. Wendig, Bredehorn, Neuhausen	3
<input type="radio"/>	DKP Deutsche Kommunistische Partei Fritsch, Kampe, Frau Harms, Wötzel, Frau Meyer	4
<input type="radio"/>	GRÜNE DIE GRÜNEN Frau Scholing, Otto, Frau Schwarzenberger, Pastoor, Frau Wasmund	5
<input type="radio"/>	EAP Europäische Arbeiterpartei Frau Hellenbroich, Frau Müller, Beimel, Frau Prager, Frau Dannenberg-Mietzko	6
<input type="radio"/>	KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland Detjen, Krüger, Frau Rosenbaum, Frau Schubert, Frau Andersen	7
<input type="radio"/>	NPD Nationaldemokratische Partei Deutschlands Dr. Schimmerohn, Eigenfeld, Frau Dr. Steffens, Bundt, Schwach	8
<input type="radio"/>	V VOLKSFRONT Frau Apel, Peinemann, Coldewey, Frau Walter, Frau Peinemann	9

4.2 Stichprobenumfang der repräsentativen Wahlstatistik

Wahljahr	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saarland
Stichprobenwahlbezirke											
	Anzahl										
1953	470 ¹⁾	24	16	67	6	136	40	37	45	99	x
1957	1 007	96	16	246	6	115	41	32	53	365	37
1961	1 126	97	55	245	11	121	78	31	59	391	38
1965	1 163 ²⁾	46	59	187	21	125	88	65 ³⁾	137	392	43
1969	1 322 ²⁾	92	53	207	26	138	89	83 ³⁾	144	445	45
1972	1 009 ²⁾	93	64	202	26	141	87	84 ³⁾	156	112	44
1976	1 306 ²⁾	92	62	188	27	142	123	67 ³⁾	141	406	58
1979 4)	1 751 ²⁾	96	62	194	27	568	120	68 ³⁾	142	418	56
1980	1 763 ²⁾	96	59	194	27	576	124	68 ³⁾	142	420	57
Wahlberechtigte und Wähler in der Stichprobe											
	Prozent										
1953	1,5	1,6	1,4	1,4	2,0	1,7	1,6	1,5	1,4	1,3	x
1957	2,2	4,4	1,3	4,1	1,5	1,0	1,2	1,0	1,0	4,1	4,3
1961	2,4	4,4	4,0	4,1	2,4	0,9	2,0	1,0	1,0	4,1	4,1
1965	2,4 ⁵⁾	2,1	4,1	3,1	3,7	1,0	2,1	2,0 ⁶⁾	2,3	3,9	3,9
1969	2,5 ⁵⁾	3,9	4,1	3,1	4,3	1,1	2,0	2,0 ⁶⁾	2,1	4,1	4,3
1972	1,9 ⁵⁾	4,0	4,2	3,0	5,0	1,1	1,9	2,1 ⁶⁾	2,1	1,0	4,2
1976	2,6 ⁵⁾	4,1	4,0	3,1	4,9	1,0	3,0	2,1 ⁶⁾	2,0	4,0	5,5
1979 4)	3,4 ⁵⁾	4,3	4,0	3,1	5,2	4,1	2,7	2,1 ⁶⁾	2,0	4,0	5,4
1980	3,4 ⁵⁾	4,3	3,9	3,1	5,2	4,1	2,7	2,1 ⁶⁾	2,0	4,0	5,6

1) Ohne Saarland.

2) Für Stimmabgabe 1969 und 1976: je 1 405, 1972: 1 089, 1979: 1 851, 1980: 1 863 Wahlbezirke.

3) Für Stimmabgabe: 1969: 166, 1972: 164, 1976: 166, 1979 und 1980: je 168 Wahlbezirke.

4) Wahl zum Europäischen Parlament.

5) Für Stimmabgabe 1969 und 1972: je 2,7 %, 1976: 2,8 %, 1979: 3,7 %, 1980: 3,6 % Wähler in der Stichprobe.

6) Für Stimmabgabe 1969 und 1972: je 5,0 %, 1976 und 1979: je 5,1 %, 1980: 5,2 % Wähler in der Stichprobe.

Weitere methodische Ausführungen enthält das vorangegangene Heft 8: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter. Darin sind die Durchführung der Wahl in den Stichprobenbezirken, Auszählung und Aufbereitung sowie die Genauigkeit der Ergebnisse näher erläutert. Außerdem enthält dieses Heft die vollständigen Ergebnisse und einige Bemerkungen zum Stichprobenplan. Ausführlicher sind die Grundlagen des Stichprobenplans anlässlich der Einführung der repräsentativen Bundestagswahlstatistik in Heft 2 von Band 100 der "Statistik der Bundesrepublik Deutschland" behandelt.

Im vorliegenden Heft werden nur Auszüge der Ergebnisse gebracht. Sie werden auch nicht in einem besonderen Abschnitt behandelt, sondern jeweils im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Totalauszählungen. Soweit möglich, wurden dabei insbesondere Vergleichszahlen aus vorherigen Bundestagswahlen mit herangezogen.

Bei einem Vergleich der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik mit den Totalergebnissen ist zu beachten, daß

- die Feststellungen über die Wahlbeteiligung auf die Wahlberechtigten ohne Wahrscheinlichkeit beschränkt bleiben mußten (wegen der im Vergleich zu den übrigen Wahlberechtigten höheren Wahlbeteiligung der Wahrscheinlichen wird in den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik die Wahlbeteiligung deshalb etwas zu niedrig ausgewiesen; Bundesgebiet total: 88,6 %, Stichprobe: 87,6 %),

- für die Auszählung über die Stimmverteilung die Briefwähler nicht einbezogen werden konnten (in den Ergebnissen spiegelt sich also nur die Stimmabgabe der Urnenwähler wider).

Die aus den Stichprobenbezirken gewonnenen Ergebnisse wurden zunächst länderweise auf die Totalzahlen der Wahlberechtigten bzw. Wähler hochgerechnet. Aus den hochgerechneten Länderergebnissen wurde dann durch Zusammenfassung das Ergebnis für das Bundesgebiet ohne Berlin ermittelt. Ein Vergleich der Ergebnisse der Stichprobe mit den entsprechenden Totalergebnissen zeigt bei den einzelnen Parteien nur geringe, kaum ins Gewicht fallende Abweichungen (siehe Tabelle 4.3).

4.3 Totalergebnisse der Bundestagswahl 1980 im Vergleich mit den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik

Land	T = Totalergebnis, S = Stichprobe	Wähler auf 1 000 Wahl- berechtigte	Von 1 000 gültigen Zweitstimmen ²⁾ entfielen auf						
			SPD	CDU	F.D.P.	CSU	Sonstige	darunter	
								DKP	GRÜNE
Schleswig-Holstein ...	T	883	474	383	127	-	16	1	12
	S	883	473	375	133	-	18	2	14
Hamburg	T	878	528	300	142	-	30	5	22
	S	878	529	303	140	-	29	4	22
Niedersachsen	T	886	474	395	113	-	18	1	15
	S	886	473	399	109	-	18	1	15
Bremen	T	868	535	279	151	-	35	5	25
	S	868	513	292	160	-	34	4	25
Nordrhein-Westfalen ..	T	879	476	398	109	-	16	2	11
	S	879	479	394	111	-	16	2	11
Hessen	T	893	470	403	105	-	22	2	12
	S	893	474	398	104	-	24	2	17
Rheinland-Pfalz	T	893	431	454	98	-	17	2	19
	S	893	429	457	97	-	17	2	12
Baden-Württemberg	T	856	375	486	118	-	21	1	16
	S	856	380	480	120	-	20	1	17
Bayern	T	864	331	-	76	576	17	1	12
	S	864	331	-	77	575	17	1	12
Saarland	T	899	487	419	78	-	16	3	10
	S	899	491	418	75	-	16	3	10
Bundesgebiet ohne Berlin	T	876	434	340	106	102	18	2	14
	S	876	435	338	106	102	19	2	14
dagegen:									
Europawahl 1979 ...	T	634	417	390	58	97	38	4	30
	S	637	419	388	59	97	38	4	31
Bundestagswahl 1980 ..	T	902	432	375	78	106	9	3	x
	S	904	433	374	78	106	8	3	x

1) Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten ohne Wahrschein.

2) Ohne Briefwähler.

Um die (unterschiedliche) Stimmabgabe in Stadt und Land, nach Religionszugehörigkeit und nach der Stellung im Beruf (Selbstständige und Mithelfende Familienangehörige bzw. Beamte und Angestellte) - wenn auch ohne Kombination mit den Angaben für Geschlecht und Alter - feststellen und untersuchen zu können, wurden die Gesamtergebnisse nach der Wahl entsprechend aufbereitet. Die ausführlichen Zahlen enthält die Tabelle 11 des Anhangs.

1.3 Wahlorgane und Ergebnisfeststellung

Für die organisatorische Vorbereitung und Durchführung einer Bundestagswahl sind nach dem Bundeswahlgesetz und der Bundeswahlordnung die Gemeindebehörden, die Kreiswahlleiter, die Landeswahlleiter und der Bundeswahlleiter zuständig. Die Hauptvorbereitungen beginnen, wenn der Wahltag durch den Bundespräsidenten bestimmt ist.

Die Wahlorgane sind im einzelnen:

- der Bundeswahlleiter und der Bundeswahlausschuß für das Wahlgebiet,
- ein Landeswahlleiter und ein Landeswahlausschuß für jedes Land,
- ein Kreiswahlleiter und ein Kreiswahlausschuß für jeden Wahlkreis,
- ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk und
- mindestens ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlkreis zur Feststellung des Briefwahlergebnisses¹⁾. (Wieviele Briefwahlvorstände zu bilden sind, um das Ergebnis der Briefwahl noch am Wahltag feststellen zu können, bestimmt der Kreiswahlleiter.)

Das Schwergewicht der Vorbereitungsarbeiten liegt bei den Gemeindebehörden. Die Arbeit beginnt mit der Aufstellung der Wählerverzeichnisse, in denen der Familienname und die Vornamen, der Geburtstag und die Anschrift der Wahlberechtigten enthalten sein müssen; denn wählen kann nur, wer in einem Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat. Wahlberechtigte, die in mehreren Gemeinden eine Wohnung haben, sind im Wählerverzeichnis derjenigen Gemeinde zu führen, in der sich ihre Hauptwohnung befindet. Stichtag für die Eintragung der Wahlberechtigten in die Wählerverzeichnisse für die Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 war der 31. August 1980 (= 35. Tag vor der Wahl).

Bei einer Verlegung der Wohnung oder Neugründung einer Wohnung und Anmeldung bei der Meldebehörde in der Zeit

- vom 35. bis 21. Tag vor der Wahl (31.8. bis 14.9.1980) erfolgte eine Aufnahme in das Wählerverzeichnis des Zugortes nur auf Antrag;
- vom 20. bis 15. Tag vor der Wahl (15.9. bis 20.9.1980) erfolgte eine Aufnahme in das Wählerverzeichnis der neuen Gemeinde nur auf Einspruch;
- vom 14. Tag vor der Wahl bis zum Wahltag erfolgte keine Eintragung in das Wählerverzeichnis der neuen Gemeinde;
- nach dem Stichtag (31.8.1980) erfolgte bei Umzügen innerhalb der Gemeinde keine Aufnahme in das Wählerverzeichnis des neuen Wahlbezirks.

Am 14. September 1980 wurden die Wählerverzeichnisse von der Gemeindebehörde beurkundet und in der Zeit vom 15. bis 20. September 1980 öffentlich ausgelegt.

Durch die öffentliche Auslegung, auf die die Gemeinden durch öffentliche Bekanntmachung hinweisen mußten, konnte jedermann

1) Neu für die Bundestagswahl 1980 war, daß zur Feststellung des Briefwahlergebnisses Wahlvorsteher und Wahlvorstände statt für jeden Wahlkreis auch für einzelne oder mehrere Gemeinden oder für jeden Kreis innerhalb des Wahlkreises eingesetzt werden können; die Anordnung hierfür traf die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle.

feststellen, ob er für die Bundestagswahl 1980 als Wahlberechtigter geführt wurde. Gegen Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit des Wählerverzeichnisses konnte er Einspruch bei der Gemeindebehörde erheben.

Über die Eintragung in das Wählerverzeichnis erhielten die Wahlberechtigten bis spätestens 14. September 1980 eine Mitteilung (Wahlbenachrichtigung), auf der u.a. der Familienname und die Vornamen, das Wahllokal und die Wahlzeit sowie die Nummer des Wahlberechtigten im Wählerverzeichnis eingetragen sind. Die Wahlbenachrichtigung war in das zuständige Wahllokal mitzubringen, ebenso der Personalausweis.

Ferner hatten die Gemeindebehörden für mehrere 100 000 Personen, die einen Kreiswahlvorschlag oder eine Landesliste mit ihrer Unterschrift unterstützten, die Wahlrechtsbescheinigung auszustellen, für die nahezu 3 000 Wahlbewerber die Wahlbarkeit zu bescheinigen sowie die Wahllokale zu bestimmen und einzurichten. Eine noch schwierigere Aufgabe war für die Gemeinden die Gewinnung der ehrenamtlichen Helfer für den Wahlvorstand in den Wahllokalen, der sich aus dem Wahlvorsteher und seinem Stellvertreter und weiteren drei bis fünf Beisitzern zusammensetzt.

Im Bundesgebiet gibt es rd. 58 000 Wahlbezirke ohne Anstalts- und Briefwahlbezirke. Die Wahlbezirke sollen so abgegrenzt sein, daß allen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird. Nach § 12 BWO soll kein Wahlbezirk mehr als 2 500 Einwohner umfassen. Die Anzahl der Wahlberechtigten eines Wahlbezirks darf andererseits aber auch nicht so gering sein, daß erkennbar wird, wie die einzelnen Wahlberechtigten gewählt haben. Sehr kleine Gemeinden sind daher zu einem Wahlbezirk zusammenzufassen.

5 Wahlbezirke nach der Zahl der Wahlberechtigten

Wahlbezirke von ... bis unter Wahlberechtigte	Wahlbezirke ¹⁾ insgesamt		
	1972	1976	1980
	Anzahl		
unter 200	5 876	5 265	4 624
200 - 400	7 513	7 274	6 989
400 - 600	7 239	7 874	8 230
600 - 800	10 478	11 607	12 235
800 - 1 000	10 866	11 290	11 725
1 000 - 1 500	12 142	11 991	12 028
1 500 - 2 000	1 757	1 511	1 671
2 000 und mehr	188	141	139
Insgesamt ...	56 059	56 953	57 641

1) Ohne Briefwahl- und Anstaltswahlbezirke.

Die Gliederung der Wahlbezirke nach der Zahl der Wahlberechtigten in den Ländern bzw. für die einzelnen Wahlkreise enthalten die Tabellen 3.1 und 3.2 im Anhang.

Beim Kreiswahlleiter waren bis spätestens 1. September 1980 die Kreiswahlvorschläge für die Wahlkreis-kandidaten einzureichen, für die sich der Wähler mit der Erststimme entscheidet. Die Landeswahlleiter nahmen bis zum gleichen Termin die Landeslistenvorschläge der Parteien entgegen, für die der Wähler seine Zweitstimme abgibt. Aufgabe der Kreiswahlleiter und der Landeswahlleiter war es dann vorzuprüfen, ob die Zustimmungserklärung der Bewerber für ihre Kandidatur vorlag, ob sie wählbar waren, ob die Bewerber von den Parteien vorschriftsmäßig aufgestellt worden sind, ob die evtl. beizubringenden Unterschriften für die Unterstützung der Wahlvorschläge in Ordnung waren und für jede Unterschrift auch eine Wahlrechtsbescheinigung vorlag. Damit bereiteten die Kreiswahlleiter und Landeswahlleiter die Sitzungen ihrer Wahlausschüsse vor, die am 5. September 1980 über die Zulassung oder Zurückweisung der Kreiswahlvorschläge und Landeslisten entschieden.

Der Bundeswahlausschuß hat am 28. August 1980 für alle Wahlorgane verbindlich festgestellt, welche politischen Vereinigungen für die Bundestagswahl 1980 als Parteien anzuerkennen waren. Dazu hatten diejenigen Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, dem Bundeswahlleiter bis zum 19. August 1980 ihre Teilnahme an der Wahl mit drei Unterschriften des Bundesvorstandes und dem Hinweis auf die beim Bundeswahlleiter gemäß § 6 Abs. 3 des Parteiengesetzes befindlichen Unterlagen anzuzeigen. Lagen diese Unterlagen dem Bundeswahlleiter nach dem neuesten Stand noch nicht vor, so mußten Satzung, das schriftliche Programm sowie der Nachweis über die satzungsgemäße Bestellung des Bundesvorstandes der Anzeige beigelegt sein.

Der Bundeswahlausschuß war außerdem die letzte Entscheidungsinstanz in solchen Fällen, in denen sich eine Partei über die Zurückweisung ihrer Landesliste oder der Landeswahlleiter über die Zulassung einer Landesliste beschwerte. In seiner Beschwerdeverhandlung am 11. September 1980 hat der Bundeswahlausschuß die Beschwerden wegen der Zurückweisung der Landeslisten der Aktion Soziale Gemeinschaft (ASG) in allen Bundesländern, der Bürgerpartei in Schleswig-Holstein, der CHRISTLICHEN PARTEI (CP) und der Deutschen Freiheits Partei (DFP) in Bayern sowie der Deutschen Volkspartei in Schleswig-Holstein und Niedersachsen durch die Landeswahlausschüsse behandelt. In allen Fällen wurden die Beschwerden zurückgewiesen und so die Entscheidungen der Landeswahlausschüsse bestätigt.

Von allen eingereichten Wahlvorschlägen erhielt der Bundeswahlleiter ein Doppel; außerdem gingen ihm Abschriften der Niederschriften über die Sitzungen der Kreiswahlausschüsse und Landeswahlausschüsse zu, in denen über die Zulassung der Wahlvorschläge entschieden wurde. Hieraus entstand eine umfangreiche Datensammlung aller Wahlbewerber, geordnet nach Bewerbern im Wahlkreis, auf den Landeslisten und nach dem Alphabet der Kandidaten.

Diese Unterlagen setzten den Bundeswahlleiter instand, ggf. Beschwerde gegen die Zulassung eines Kreiswahlvorschlages beim Landeswahlausschuß einzulegen, was jedoch bei den fünf letzten Wahlen - im Gegensatz zu 1961 - nicht nötig war. Weiterhin hat der Bundeswahlleiter die Datensammlung dazu benutzt, um Mitte September 1980 ein Namensverzeichnis aller Wahlbewerber für die Bundestagswahl 1980 getrennt nach Wahlkreisbewerbern, Landeslistenbewerbern und nach dem Alphabet, mit zahlenmäßigen Übersichten über die Kandidaten nach dem Alter und in beruflicher Gliederung unter dem Titel "Die Wahlbewerber für die Wahl zum 9. Deutschen Bundestag 1980", zu veröffentlichen. Schließlich war diese Datensammlung die Grundlage für die Feststellung der Namen der Gewählten.

Den Wahlorganen obliegt auch die Feststellung der Wahlergebnisse für die entsprechenden Wahlgebiete, ihre Bekanntgabe und ihre Weitermeldung an die nächsthöheren Wahlorgane. Ist die Gemeinde in mehrere Wahlbezirke eingeteilt, so meldet der Wahlvorsteher das Wahlergebnis seines Wahlbezirks der Gemeindebehörde (Verbandsgemeinde u.ä.), welche die Wahlergebnisse

6 Wahlkreise in der Ordnung der Zeitfolge des Eingangs ihrer Schnellmeldung beim Bundeswahlleiter

Uhrzeit	Vor- liegende Meldungen ins- gesamt	In der angegebenen Zeitspanne eingegangene Ergebnisse nach Nr. des Wahlkreises (Name des Wahlkreises)	Landesergebnis (Nr. des letzten Wahlkreises)
<u>5.10.1980</u>			
20.25	1	167 (Göppingen)	
20.40	3	164 (Böblingen), 238 (Augsburg-Stadt)	
20.46	4	157 (Ludwigshafen)	
20.48	5	122 (Märkischer Kreis I)	
20.51	6	248 (Homburg)	
20.57	7	175 (Karlsruhe-Stadt)	
21.01-21.15	17	161, 168, 198, 244, 195, 194, 146, 158, 095, 127	
21.16-21.30	41	086, 181, 182, 087, 078, 118, 156, 162, 149, 077, 112, 125, 109, 193, 074, 245, 072, 075, 107, 235, 063, 091, 119, 123	
21.31-21.45	69	189, 247, 029, 100, 155, 188, 246, 098, 192, 159, 174, 055, 231, 177, 196, 202, 064, 183, 066, 170, 056, 152, 212, 108, 153, 186, 187, 226	Saarland (246)
21.46-22.00	92	028, 169, 058, 151, 163, 213, 014, 079, 131, 032, 160, 221, 165, 172, 225, 081, 145, 178, 018, 216, 024, 166, 173	
22.01-22.15	128	128, 184, 220, 083, 121, 124, 136, 147, 227, 003, 176, 199, 085, 185, 047, 084, 101, 137, 150, 209, 021, 171, 214, 053, 234, 139, 069, 070, 057, 133, 148, 219, 033, 076, 026, 217	
22.16-22.30	151	104, 071, 230, 046, 088, 113, 019, 232, 240, 068, 096, 228, 006, 102, 190, 201, 223, 034, 236, 002, 067, 140, 154	Rheinland-Pfalz (154)
22.31-22.45	173	031, 130, 027, 089, 011, 073, 129, 179, 180, 007, 099, 097, 051, 054, 094, 134, 203, 023, 204, 020, 135, 004	
22.46-23.00	202	012, 090, 093, 114, 008, 052, 065, 120, 126, 048, 050, 105, 103, 233, 116, 206, 237, 017, 106, 111, 013, 036, 037, 239, 200, 210, 005, 115, 117	Bremen (50)
23.01-23.15	223	016, 092, 025, 061, 059, 110, 241, 015, 062, 144, 205, 082, 207, 030, 060, 242, 044, 222, 142, 045, 040	Hamburg (015)
23.16-23.30	238	043, 080, 229, 211, 035, 208, 218, 022, 042, 010, 038, 039, 243, 049, 009	Nordrhein-Westfalen (80)
23.31-23.45	245	191, 215, 041, 138, 224, 132, 197	Niedersachsen (041), Bayern (224), Baden-Württemberg (197)
23.54	246	141 (Groß-Gerau)	
<u>6.10.1980</u>			
0.09	247	001 (Flensburg-Schleswig)	Schleswig-Holstein (001)
1.46	248	143 (Darmstadt)	Hessen (143)

aller Wahlbezirke der entsprechenden Verwaltungseinheit zusammenfaßt und dem Kreiswahlleiter meldet. Der Landeswahlleiter kann außerdem anordnen, daß die Wahlergebnisse kreisangehöriger Gemeinden in Wahlkreisen mit mehreren Verwaltungskreisen über die zuständige Kreisverwaltungsbehörde an den Kreiswahlleiter gemeldet werden.

Bei der Übermittlung der Wahlergebnisse ist zwischen der sog. "Schnellmeldung" in der Wahlnacht und dem endgültigen Wahlergebnis zu unterscheiden. Nach den Schnellmeldungen durch Boten, Fernsprecher, Fernschreiber, Telegramm usw. ermittelt der Kreiswahlleiter das vorläufige Ergebnis im Wahlkreis, der Landeswahlleiter das vorläufige Ergebnis im Land und der Bundeswahlleiter das vorläufige Ergebnis für das ganze Wahlgebiet. Der Kreiswahlleiter gibt bei der Meldung auch an, welcher Wahlkreisbewerber als gewählt gelten kann. Der Landeswahlleiter meldet dem Bundeswahlleiter die Wahlkreisergebnisse zunächst einzeln und danach das Landesergebnis. Die Gesamtzahl der Abgeordneten aus den einzelnen Bundesländern geht erst aus dem Ergebnis für das ganze Wahlgebiet hervor und wird vom Bundeswahlleiter vorläufig festgestellt.

Der Bundeswahlleiter erhielt in seinem Büro in Bonn, Bundeshaus, die Schnellmeldungen mit den vorläufigen Wahlergebnissen über Bildschirme mit angeschlossenem Drucker. Dazu waren die Landeswahlleiter mit der Zentrale des Bundeswahlleiters durch Leitungen der Bundespost verbunden, die für die Wahlnacht durchgeschaltet waren. Bei den Landeswahlleitern wurde der Inhalt der eingehenden Schnellmeldungen der Kreiswahlleiter in die von der Zentrale angeforderte Wahlkreismaske mittels der zu jedem Bildschirmgerät gehörender Tastatur eingesetzt und durch ein besonderes Kommando in den Speicher der Datensichtstation bei der Zentrale übertragen. In der Datensichtstation des Bundeswahlleiters waren die Wahlkreisergebnisse 1976 nach der Abgrenzung der Wahlkreise 1980 und die Namen der Wahlbewerber 1980 gespeichert. Die in der Zentrale gespeicherten Ergebnisse konnten von den angeschlossenen Datensichtstationen in aufbereiteter Form angefordert werden. Im einzelnen waren es die folgenden Übersichten und Listen:

- Wahlkreisergebnis von jedem vorliegenden Wahlkreis
- Landeszwischenergebnis von jedem Land
- Landesergebnis von jedem Land

- Bundeszwischenergebnis
- Bundesergebnis
- Wahlprognose
- Übersicht über die bis zum Zeitpunkt der Abrufung eingegangenen bzw. noch fehlenden Wahlkreisergebnisse für jedes Land oder das Bundesgebiet
- Sitzverteilung
- Übersicht der Wahlkreise mit Angaben über den Wechsel der Erststimmenmehrheiten
- Übersicht der letzten zum Zuge gekommenen d'Hondt'schen Teilzahlen bei der Sitzverteilung
- Alphabetisches Verzeichnis der Gewählten
- Übersicht der Gewählten nach Wahlkreisen
- Übersicht der Gewählten nach Landeslisten.

Das erste Wahlergebnis traf um 20.25 Uhr ein und kam wie 1976 (20.11 Uhr) und wie 1972 (20.12 Uhr) wieder aus dem Wahlkreis Göppingen. Mit 100 bis 22.04 Uhr eingegangenen Meldungen standen dem Bundeswahlleiter um diese Zeit 40 Wahlkreisergebnisse mehr zur Verfügung als 1976 (60). Bis 23.54 Uhr lagen dem Bundeswahlleiter bereits die Ergebnisse von 246 Wahlkreisen vor. Der vorletzte Wahlkreis (1 Flensburg-Schleswig) ging um neun Minuten nach Mitternacht und der letzte Wahlkreis (143 Darmstadt) am 6. Oktober 1980 um 1.46 Uhr ein, so daß das vorläufige Gesamtergebnis um insgesamt 50 Minuten früher vorlag als 1976 (2.36 Uhr).

Der Ausgang der Wahl aber stand auch nach den Prognoseergebnissen des Bundeswahlleiters praktisch schon vor weniger als dreieinhalb Stunden nach Schließung der Wahllokale fest. Um 21.23 Uhr wich die auf der Basis von 30 bis dahin eingegangenen Wahlkreisergebnissen durchgeführte Hochrechnung nur noch für die F.D.P. um 0,1 Prozentpunkte vom amtlich festgestellten und vom Bundeswahlleiter als vorläufig bekanntgegebenen Endergebnis ab.

Zu welcher Uhrzeit die Ergebnisse der einzelnen Wahlkreise einliefen, und bis wann jeweils alle Wahlkreisergebnisse der Länder vorlagen, damit Landesergebnisse berechnet werden konnten, sagt Tabelle 6 aus. Darüber, daß es nicht mehr als 30 Wahlkreisergebnisse bedarf, um den Ausgang einer Bundestagswahl zu erkennen, weil sich die so gewonnenen Ergebnisse auch bei Verdoppelung oder Vervielfachung der Basis kaum noch ändern, unterrichtet Tabelle 7.

7 Zwischenergebnisse und hochgerechnete Ergebnisse in der Wahlnacht

Zahl der Wahlkreis- ergebnisse	Datum und Uhrzeit des Eingangs des jeweils letzten Wahlkreis- ergebnisses		Zwischenergebnis (Z) und Hochrechnungsergebnis (H) in %									
			Anteil der gültigen Zweitstimmen für									
			SPD		CDU und CSU ¹⁾		F.D.P.		GRÜNE		übrige Parteien	
			Z	H	Z	H	Z	H	Z	H	Z	H
10	5.10.	21.04	42,8	42,9	43,7	44,6	11,5	10,6	1,5	1,4	0,4	0,4
20		21.16	42,5	43,2	45,0	44,4	10,6	10,5	1,5	1,5	0,4	0,4
30		21.23	43,6	42,9	43,5	44,5	11,0	10,7	1,5	1,5	0,4	0,4
40		21.28	42,7	42,9	44,4	44,4	11,0	10,8	1,4	1,4	0,4	0,5
50		21.34	42,6	43,1	44,7	44,3	10,8	10,7	1,4	1,4	0,4	0,5
60		21.40	41,9	43,1	45,7	44,4	10,5	10,6	1,4	1,4	0,4	0,5
70		21.46	41,5	43,1	46,3	44,4	10,4	10,6	1,4	1,4	0,4	0,5
80		21.52	41,5	43,1	46,1	44,4	10,5	10,6	1,4	1,4	0,4	0,5
90		21.58	41,6	43,1	46,0	44,4	10,5	10,6	1,5	1,4	0,4	0,5
100		22.04	41,4	43,1	46,3	44,4	10,4	10,6	1,5	1,4	0,4	0,4
110		22.08	41,5	43,1	46,2	44,4	10,3	10,5	1,5	1,4	0,4	0,5
120		22.11	41,4	43,1	46,4	44,5	10,3	10,5	1,5	1,5	0,4	0,5
130		22.15	41,3	43,1	46,5	44,5	10,3	10,5	1,4	1,4	0,4	0,5
140		22.21	41,7	43,1	46,2	44,5	10,3	10,5	1,4	1,4	0,4	0,5
150		22.29	41,6	43,0	46,2	44,5	10,3	10,5	1,4	1,4	0,4	0,5
160		22.35	41,9	43,0	45,8	44,5	10,4	10,5	1,4	1,4	0,4	0,5
170		22.40	42,1	43,0	45,5	44,5	10,4	10,6	1,5	1,5	0,4	0,5
180		22.49	42,6	43,0	45,0	44,5	10,4	10,6	1,5	1,5	0,4	0,5
190		22.52	42,7	42,9	44,8	44,5	10,5	10,6	1,5	1,5	0,4	0,5
200		22.58	42,7	42,9	44,8	44,6	10,5	10,6	1,5	1,5	0,4	0,5
210		23.05	43,1	42,8	44,3	44,6	10,6	10,6	1,5	1,5	0,4	0,5
220		23.09	43,1	42,8	44,3	44,6	10,6	10,6	1,5	1,5	0,4	0,5
230		23.19	42,9	42,8	44,6	44,6	10,6	10,6	1,5	1,5	0,4	0,5
240		23.31	42,8	42,9	44,6	44,5	10,6	10,6	1,5	1,5	0,4	0,5
Vorläufiges Endergebnis			42,9		44,5		10,6		1,5		0,4	

1) CSU nur in Bayern.

8 Sitzungstage der Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses durch die Kreiswahlausschüsse

Land	Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses durch die Kreiswahlausschüsse am						
	6.10.	7.10.	8.10.	9.10.	10.10.	11.10.	13.10
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
	Tag nach der Wahl für ... Wahlkreise						
Schleswig-Holstein	-	-	-	1	10	-	-
Hamburg	-	-	-	-	7	-	-
Niedersachsen	-	-	4	23	4	-	-
Bremen	-	-	-	-	2	-	1
Nordrhein-Westfalen	-	-	17	23	29	-	2
Hessen	-	-	-	4	15	3	-
Rheinland-Pfalz	-	-	3	9	4	-	-
Baden-Württemberg	-	2	1	5	25	-	4
Bayern	-	2	24	16	3	-	-
Saarland	1	-	-	2	1	-	1
Bundesgebiet ohne Berlin ...	1	4	49	83	100	3	8

Die Feststellung der endgültigen Wahlergebnisse ist Aufgabe der Kreiswahlausschüsse, der Landeswahlausschüsse und des Bundeswahlausschusses. Im Gegensatz zu früher sind die Kreiswahlausschüsse seit 1953 berechtigt, Rechenfehler der Wahlvorstände zu berichtigen und über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen abweichend zu beschließen (§ 76 BWO). Der Landeswahlausschuß ist berechtigt, rechnerische Berichtigungen an den Feststellungen der Wahlvorstände und der Kreiswahlausschüsse vorzunehmen (§ 77 BWO).

Die insgesamt 216 Kreiswahlausschüsse haben für die 248 Wahlkreise in der Zeit vom 6. bis 13. Oktober 1980 die endgültigen Wahlkreisergebnisse festgestellt (Tabelle 8).

Gemäß § 8 Abs. 2 BWG kann für mehrere benachbarte Wahlkreise ein gemeinsamer Kreiswahlleiter und ein gemeinsamer Kreiswahlausschuß gebildet werden. Die Anordnung hierzu trifft der Landeswahlleiter. Diese Vorschrift fand auf die folgenden Wahlkreise Anwendung:

Lfd. Nr.	Nr. und Name des Wahlkreises
----------	------------------------------

1	36 Stadt Hannover I 37 Stadt Hannover II
2	50 Bremen-Ost 51 Bremen-West
3	59 Köln I 60 Köln II 61 Köln III 62 Köln IV
4	64 Rhein-Sieg-Kreis I 65 Rhein-Sieg-Kreis II
5	69 Wuppertal I 70 Wuppertal II
6	72 Mettmann I 73 Mettmann II
7	74 Düsseldorf I 75 Düsseldorf II
8	76 Neuss I 77 Neuss II
9	82 Wesel I 83 Wesel II
10	84 Duisburg I 85 Duisburg II
11	88 Essen I 89 Essen II 90 Essen III
12	91 Recklinghausen I 92 Recklinghausen II
13	93 Gelsenkirchen I 94 Gelsenkirchen II - Recklinghausen III

14	110 Bochum I 111 Bochum II - Ennepe-Ruhr-Kreis II
15	113 Dortmund I 114 Dortmund II 115 Dortmund III
16	122 Märkischer Kreis I 123 Märkischer Kreis II
17	138 Frankfurt am Main I - Main-Taunus 139 Frankfurt am Main II 140 Frankfurt am Main III

18	162 Stuttgart-Süd 163 Stuttgart-Nord
19	165 Esslingen 166 Nürtingen
20	169 Ludwigsburg 170 Neckar-Zaber
21	173 Backnang - Schwäbisch Gmünd 174 Aalen - Heidenheim

22	179 Mannheim I 180 Mannheim II
23	203 München-Mitte 204 München-Nord 205 München-Ost 206 München-Süd 207 München-West
24	230 Nürnberg-Nord 231 Nürnberg-Süd

Von den Landeswahlausschüssen wurden die Zweitstimmenergebnisse für das jeweilige Land in der Zeit zwischen dem 14. und 17. Oktober festgestellt und zwar am

14.10.1980 für das Saarland

15.10.1980 für Hamburg

Bremen
Nordrhein-Westfalen
Bayern

16.10.1980 für Niedersachsen
Baden-Württemberg

17.10.1980 für Schleswig-Holstein
Hessen
Rheinland-Pfalz

Der Bundeswahlausschuß ist zur Feststellung des endgültigen Ergebnisses der Bundestagswahl am 21. Oktober 1980 - am 16. Tag nach dem Wahltag - zusammengetreten (1972 bereits am 13. Tage). Die amtliche Bekanntmachung des endgültigen Wahlergebnisses erfolgte im Bundesanzeiger Nr. 200 vom 24. Oktober 1980.

Neben den Zahlen für die Wahlberechtigten, Wähler und abgegebenen Stimmen hat der Bundeswahlausschuß auch die Namen derjenigen Abgeordneten festgestellt, die aus den Landeslisten gewählt worden sind. Die Benachrichtigung dieser Gewählten erfolgte durch die Landeswahlleiter, die Benachrichtigung der gewählten Wahlkreisabgeordneten durch die Kreiswahlleiter.

Die von den Wahlausschüssen festgestellten und von den Kreiswahlleitern, Landeswahlleitern und dem Bundeswahlleiter öffentlich bekanntgemachten Ergebnisse sind nur insoweit endgültig, als der neue Bundestag aufgrund dieser Ergebnisse zusammentritt. Wahlprüfungsverfahren können diese Ergebnisse noch ändern. Eine Wahlprüfung wird auf Einspruch durchgeführt. Einsprüche können von den Landeswahlleitern und dem Bundeswahlleiter in amtlicher Eigenschaft und sonst von je-

dem Wahlberechtigten eingelegt werden. Erstere sind gesetzlich dazu verpflichtet zu prüfen, ob die Wahl nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung durchgeführt worden ist. Nach Art. 41 des Grundgesetzes ist die Wahlprüfung Sache des Bundestages. Näheres regelt das Wahlprüfungsgesetz vom 12. März 1951 (BGBl. I S. 166), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1593). Gegen die Entscheidung des Bundestages ist Beschwerde an das Bundesverfassungsgericht zulässig. Eine solche Beschwerde kann nach § 48 Bundesverfassungsgerichtsgesetz ein Wahlberechtigter, dessen Einspruch vom Bundestag verworfen worden ist, binnen eines Monats seit der Beschlußfassung des Bundestages beim Bundesverfassungsgericht erheben, wenn ihm mindestens 100 Wahlberechtigte beitreten.

2 Ergebnisse

2.1 Wahlberechtigte, Wähler und Wahlbeteiligung

2.1.1 Wahlberechtigte

Obwohl die Deutsche Bevölkerung rückläufig ist, bzw. derzeit stagniert, hat sich die Zahl der Wahlberechtigten aufgrund des Nachrückens stark besetzter Geburtsjahrgänge in das Wahlalter weiter erhöht. Wie sich aus der Tabelle 9, in der neben der Entwicklung der Wahlberechtigtenzahl von der 1. bis 9. Bundestagswahl auch die Veränderung von Wahl zu Wahl dargestellt sind, ergibt, sind die Zunahmen sehr unterschiedlich. Von den beiden größten Zunahmen hat die eine ihre Ursache in der Rückgliederung des Saarlandes, das 1957 zum erstenmal mitwählte und ist die zweite auf die Herabsetzung des aktiven Wahlalters vom 21. auf das vollendete 18. Lebensjahr 1972 zu-

rückzuführen. Sieht man von diesen beiden Ursachen ab, war die Zunahme zwischen der 2. und 3. Bundestagswahl mit 1,6 Mill. noch fast 3 mal so groß wie zwischen der 7. und 8. Bundestagswahl (0,6 Mill.) und 8. und 9. Bundestagswahl (0,5 Mill.). Die überhaupt größten Zunahmen waren mit knapp 2 Mill. zwischen 1949 und 1953 und reichlich 2 Mill. zwischen 1957 und 1961 zu verzeichnen. Etwa 5 % des Zuwachses zwischen 1949 und 1953 dürfte dadurch bedingt gewesen sein, daß zur 1. Bundestagswahl aus politischen Gründen noch nicht alle Deutschen im wahlberechtigten Alter wählen durften. Größer war sicherlich der Anteil des Zuwachses durch die vielen Deutschen, die erst in diesen Jahren aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrten. Während der dritten Wahlperiode sind die starken Jahrgänge aus der Zeit gegen Ende der 30er Jahre in das wahlfähige Alter aufgerückt.

9 Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten

Tag der Wahl Geschlecht	Wahlberechtigte	Veränderung seit der vergangenen Wahl			
		insgesamt	und zwar durch		
			Tod von Wahlberechtigten	Erstwähler	Wanderung
14. 8.1949	31 200 000	-	-	-	-
6. 9.1953	33 120 000	+ 1 920 000 ¹⁾	- 1 750 000	+ 2 800 000	+ 770 000
15. 9.1957	35 400 000	+ 2 280 000 ²⁾	- 2 000 000	+ 3 520 000 ²⁾	+ 760 000
17. 9.1961	37 440 000	+ 2 040 000	- 2 150 000	+ 3 470 000	+ 720 000
Männer	17 030 000	+ 970 000	- 1 100 000	+ 1 770 000	+ 300 000
Frauen	20 410 000	+ 1 070 000	- 1 050 000	+ 1 700 000	+ 420 000
19. 9.1965	38 510 000	+ 1 070 000	- 2 470 000	+ 2 930 000	+ 610 000
Männer	17 460 000	+ 430 000	- 1 260 000	+ 1 495 000	+ 195 000
Frauen	21 050 000	+ 640 000	- 1 210 000	+ 1 435 000	+ 415 000
28. 9.1969	38 680 000	+ 170 000	- 2 680 000	+ 2 520 000	+ 330 000
Männer	17 365 000	- 95 000	- 1 350 000	+ 1 310 000	- 55 000
Frauen	21 315 000	+ 265 000	- 1 330 000	+ 1 210 000	+ 385 000
19.11.1972	41 450 000	+ 2 770 000 ³⁾	- 2 205 000	+ 4 520 000 ³⁾	+ 455 000
Männer	18 955 000	+ 1 590 000	- 1 100 000	+ 2 315 000	+ 375 000
Frauen	22 495 000	+ 1 180 000	- 1 105 000	+ 2 205 000	+ 80 000
3.10.1976	42 060 000	+ 610 000	- 2 765 000	+ 3 210 000	+ 165 000
Männer	19 200 000	+ 245 000	- 1 365 000	+ 1 645 000	- 35 000
Frauen	22 860 000	+ 365 000	- 1 400 000	+ 1 565 000	+ 200 000
5.10.1980	43 230 000	+ 1 170 000	- 2 625 000	+ 3 645 000	+ 150 000
Männer	19 840 000	+ 640 000	- 1 285 000	+ 1 865 000	+ 60 000
Frauen	23 390 000	+ 530 000	- 1 340 000	+ 1 780 000	+ 90 000

1) Einschl. etwa 100 000 Personen, die durch die Entnazifizierungsbestimmungen erst 1953 wahlberechtigt wurden.
2) Einschl. 660 000 Personen durch Rückgliederung des Saarlandes.

3) Einschl. 2,2 Mill. infolge Herabsetzung des Wahlalters vom 21. auf das 18. Lebensjahr, und zwar reichlich 1,1 Mill. Männer und knapp 1,1 Mill. Frauen.

Von den bei der Bundestagswahl 1976 vorhandenen 42,1 Mill. Wahlberechtigten sind bis zur Bundestagswahl 1980 rd. 2,6 Mill. verstorben. Etwa 3,6 Mill. Bundesbürger rückten in das wahlfähige Alter auf. Eine weitere Vermehrung ist durch Zuwanderung eingetreten, die mit 150 000 allerdings kleiner war, als diejenige mit 165 000 von der Bundestagswahl 1972 bis zur Bundestagswahl 1976.

Die Gesamtzunahme von 1 170 000 von der Bundestagswahl 1976 bis zur Bundestagswahl 1980, die nahezu doppelt so hoch ist wie von der Bundestagswahl 1972 bis 1976 verteilt sich auf rd. 640 Tausend Männer und 530 000 Frauen. Die bei der Bundestagswahl 1972 erstmals festgestellte größere Zunahme bei den Männern hat sich 1980 wiederholt. Die Zahl der weiblichen Wahlberechtigten übersteigt jedoch wie bei allen Bundestagswahlen, die Zahl der männlichen beachtlich und zwar:

1961 um 3,38 Mill. oder 19,8 %
 1965 um 3,59 Mill. oder 20,6 %
 1969 um 3,95 Mill. oder 22,7 %
 1972 um 3,54 Mill. oder 18,7 %
 1976 um 3,66 Mill. oder 19,1 %
 1980 um 3,55 Mill. oder 17,9 %

Nicht ganz um ein Sechstel war bei der Bundestagswahl 1980 die Zahl der weiblichen Wahlberechtigten größer als diejenige der männlichen. Wie bei allen bisherigen Bundestagswahlen hatten damit die Frauen abermals die Gelegenheit, das Wahlergebnis stärker zu beeinflussen als die Männer.

Veränderungen in der Zahl der Wahlberechtigten je Altersgruppe ergeben sich von Wahl zu Wahl durch die unterschiedlichen Stärken der Geburtsjahrgänge der Wahlberechtigten. Bei der Bundestagswahl 1976 war bei den wahlberechtigten Männern gegenüber der Bundestagswahl 1972 eine Zunahme der Zahl der unter 21jährigen, der 25- bis 29jährigen, ferner der 35- bis 59jährigen und der 70jährigen und älteren zu verzeichnen gewesen. Bei der Bundestagswahl 1980 war dagegen gegenüber 1976 - wenn auch zum Teil nur geringfügig - eine Zunahme der Zahl der wahlberechtigten Männer in den Altersgruppen der unter 35jährigen, der 40- bis 59jährigen und gleichfalls der 70jährigen und älteren festzustellen. Bei den Frauen hatte sich die Zahl der Wahlberechtigten von 1972 bis 1976 in den Al-

10 Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten nach Geschlecht und Alter

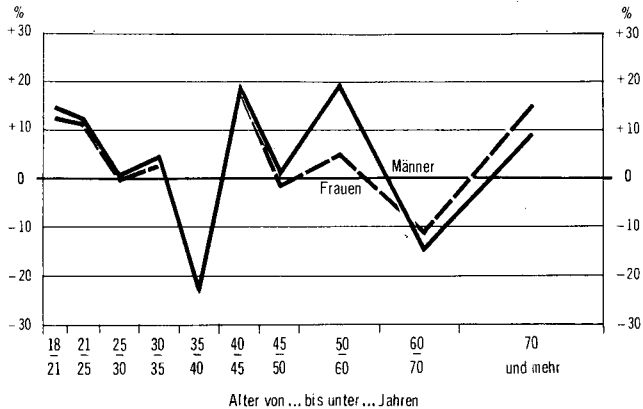
Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahlberechtigte ¹⁾			Veränderung			
	Bundestagswahl 1980	Europawahl 1979	Bundestagswahl 1976	1980 gegen 1979		1980 gegen 1976	
			1 000		%	1 000	%
Insgesamt							
unter 21	2 579,5	2 216,7	2 273,8	+ 362,8	+ 16,4	+ 305,7	+ 13,4
21 - 25	3 332,3	3 227,5	2 985,1	+ 104,8	+ 3,2	+ 347,2	+ 11,6
25 - 30	3 708,1	3 681,9	3 697,9	+ 26,2	+ 0,7	+ 10,2	+ 0,3
30 - 35	3 497,9	3 301,9	3 379,2	+ 196,0	+ 5,9	+ 118,7	+ 3,5
35 - 40	3 576,4	4 023,6	4 638,0	- 447,2	- 11,1	- 1 061,1	- 22,9
40 - 45	4 492,1	4 379,7	3 783,2	+ 112,4	+ 2,6	+ 708,9	+ 18,7
45 - 50	3 582,3	3 503,1	3 610,3	+ 79,2	+ 2,3	- 28,0	- 0,8
50 - 60	6 871,0	6 930,4	6 179,9	- 59,4	- 0,9	+ 691,1	+ 11,2
60 - 70	5 291,0	5 288,7	6 067,3	+ 2,3	+ 0,0	- 776,3	- 12,8
70 und mehr	6 296,3	6 290,2	5 584,1	+ 6,1	+ 0,1	+ 712,2	+ 12,8
Insgesamt ...	43 227,1 ²⁾	42 843,5 ³⁾	42 198,8 ⁴⁾	+ 383,6	+ 0,9	+ 1 028,3	+ 2,4
Männer							
unter 21	1 307,0	1 126,2	1 142,6	+ 180,8	+ 16,1	+ 164,4	+ 14,4
21 - 25	1 689,2	1 636,5	1 504,6	+ 52,7	+ 3,2	+ 184,6	+ 12,3
25 - 30	1 869,4	1 860,7	1 858,1	+ 8,7	+ 0,5	+ 11,3	+ 0,6
30 - 35	1 774,8	1 661,2	1 698,4	+ 113,6	+ 6,8	+ 76,4	+ 4,5
35 - 40	1 803,9	2 036,1	2 357,5	- 232,2	- 11,4	- 553,6	- 23,5
40 - 45	2 266,0	2 211,6	1 898,5	+ 54,4	+ 2,5	+ 367,5	+ 19,4
45 - 50	1 795,8	1 752,8	1 794,1	+ 43,0	+ 2,5	+ 1,7	+ 0,1
50 - 60	3 092,4	3 053,8	2 580,6	+ 38,6	+ 1,3	+ 511,8	+ 19,8
60 - 70	2 062,2	2 080,6	2 420,3	- 18,4	- 0,9	- 358,1	- 14,8
70 und mehr	2 181,7	2 217,5	2 007,2	- 35,8	- 1,6	+ 174,5	+ 8,7
Insgesamt ...	19 842,4	19 637,1	19 261,9	+ 205,3	+ 1,0	+ 580,5	+ 3,0
Frauen							
unter 21	1 272,5	1 090,5	1 131,2	+ 182,0	+ 16,7	+ 141,3	+ 12,5
21 - 25	1 643,2	1 590,9	1 480,4	+ 52,3	+ 3,3	+ 162,8	+ 11,0
25 - 30	1 838,7	1 821,2	1 839,8	+ 17,5	+ 1,0	- 1,1	- 0,1
30 - 35	1 723,1	1 640,6	1 680,9	+ 82,5	+ 5,0	+ 42,2	+ 2,5
35 - 40	1 772,5	1 987,5	2 280,5	- 215,0	- 10,8	- 508,0	- 22,3
40 - 45	2 226,1	2 168,1	1 884,7	+ 58,0	+ 2,7	+ 341,4	+ 18,1
45 - 50	1 786,5	1 750,3	1 816,2	+ 36,2	+ 2,1	- 29,7	- 1,6
50 - 60	3 778,6	3 876,6	3 599,3	- 98,0	- 2,5	+ 179,3	+ 5,0
60 - 70	3 228,8	3 208,1	3 647,0	+ 20,7	+ 0,6	- 418,2	- 11,5
70 und mehr	4 114,6	4 072,7	3 577,0	+ 41,9	+ 1,0	+ 537,6	+ 15,0
Insgesamt ...	23 384,7	23 206,4	22 937,0	+ 178,3	+ 0,8	+ 447,7	+ 2,0

1) Ohne die nicht in den Wählerverzeichnissen eingetragenen Wahlberechtigten.
 2) Total 43 231 741 Wahlberechtigte.

3) Total 42 751 940 Wahlberechtigte.
 4) Total 42 058 015 Wahlberechtigte.

Schaubild 1

VERÄNDERUNG DER ZAHL DER WAHLBERECHTIGTEN 1980 GEGENÜBER 1976 NACH ALTER UND GESCHLECHT



Statistisches Bundesamt 81 0031

tersgruppen der unter 30jährigen, der 35- bis 44jährigen, der 50- bis 59jährigen und - wie bei den Männern - in der Gruppe der 70jährigen und älteren erhöht. 1980 ergab sich gegenüber der Bundestagswahl 1976 bei den Frauen eine Zunahme in den Altersgruppen der unter 25jährigen, der 30- bis 34jährigen, der 40- bis 44jährigen, ferner der 50- bis 59jährigen und der 70jährigen und älteren. Die Zahl der Wahlberechtigten im Alter von 70 Jahren und älter hat von der Bundestagswahl 1976 auf 1980 um 12,8 % (Männer: 8,7 %; Frauen: 15,0 %) zugenommen (Tabelle 10).

11 Wahlberechtigte und Wähler mit Wahlschein

Wahljahr	Von 100		
	Wahlberechtigte erhielten einen Wahlschein	Wählern	
		insgesamt wählten mit Wahlschein	mit Wahlschein waren Briefwähler
1957	5,4	5,7	87,3
1961	5,9	6,3	91,9
1965	7,1	7,7	95,2
1969	6,8	7,4	95,8
1972	7,1	7,4	97,1
1976	10,4	10,9	98,6
1979 ¹⁾	7,9	11,0	98,7
1980	12,2	13,1	99,0

1) Wahl zum Europäischen Parlament.

In Bezug auf die Dokumentation des Wahlrechts lassen sich die Wahlberechtigten in folgende drei Gruppen einteilen:

- in die Wählerverzeichnisse aufgenommene Wahlberechtigte ohne Sperrvermerk "W" für ausgegebene Wahlscheine: 37 946 594,
- in die Wählerverzeichnisse aufgenommene Wahlberechtigte mit Sperrvermerk "W" für ausgegebene Wahlscheine: 5 280 648,

- nicht in die Wählerverzeichnisse aufgenommene Wahlberechtigte mit Wahlschein gemäß § 25 Abs. 2 der Bundeswahlordnung: 4 499.

Bei der zuletzt genannten Gruppe handelt es sich um Personen, die einen Wahlschein erhalten haben, weil sie aus einem von ihnen nicht zu vertretenden Grund nicht in den Wählerverzeichnissen standen.

Die Ergebnisse nach einzelnen Ländern sind der Tabelle 12 zu entnehmen.

Bei der Bundestagswahl 1957, bei der zum ersten Male brieflich gewählt werden konnte, ließen sich 1,9 Mill. oder 5,4 % aller in den Wählerverzeichnissen als wahlberechtigt vermerkten Personen einen Wahlschein ausstellen. Im Jahr 1965 wurden bereits an 2,7 Mill., 1969 etwas über 2,6 Mill., 1972 nahezu 3 Mill., 1976 fast 4,4 Mill. und bei der Bundestagswahl 1980 schließlich an fast 5,3 Mill. Wahlberechtigte Wahlscheine ausgegeben. Die größte Zunahme ist mit 3,3 Prozentpunkten von der 7. zur 8. Bundestagswahl erfolgt.

Nahezu jeder achte Wahlberechtigte hatte sich damit für die Bundestagswahl 1980 einen Wahlschein ausstellen lassen. Bei der Bundestagswahl 1976 war es jeder zehnte und bei der Europawahl 1979 jeder dreizehnte. Betrachtet man die Anteile der Wahlberechtigten mit Wahlschein nach Altersgruppen, so liegt wie 1976 der höchste Anteil in der Altersgruppe der 70jährigen und älteren Personen. Für diese Gruppe von Wahlberechtigten, in der Männer zu 19,4 % (1976: 14,9 %) und Frauen sogar zu 25,6 % (1976: 20,9 %) einen Wahlschein erhielten, dürften in der Hauptsache Gebrechlichkeit und Krankheit die Antragsgründe gewesen sein. Die niedrigsten Anteile der Wahlberechtigten mit einem Wahlschein liegen 1980 - wie auch 1976 - bei den unter 21jährigen und in den Altersgruppen von 35 bis unter 50 Jahren. Allerdings ist im Vergleich zu 1976 darauf hinzuweisen, daß die Unterschiede zwischen den Altersgruppen geringer werden. Hinsichtlich dieser Struktur besteht zwischen Männern und Frauen kein wesentlicher Unterschied außer der Feststellung, daß die Anteile der wahlberechtigten Frauen, die mit Wahlschein wählen wollten, in den Altersgruppen 21 bis unter 25 Jahre und 45 Jahre und älter etwas höher sind als die der Männer.

Im Hinblick auf die Zunahme des Anteils der Wahlberechtigten mit Wahlschein von 10,7 % im Jahr 1976 auf 12,2 % bei der Bundestagswahl 1980, was einer relativen Zunahme um 14,0 % entspricht, zeigt eine Darstellung der relativen Zunahmen nach Altersgruppen einige Unterschiede. Hierbei sind allerdings die im Vergleich zur Bundestagswahl 1976 veränderten Jahrgangsstärken mit zu berücksichtigen, was sich besonders bei den Altersgruppen über 35 Jahre auswirkt.

12 Wahlberechtigte 1980 ohne und mit Sperrvermerk für ausgegebene Wahlscheine

Land	Wahlberechtigte						
	insgesamt	laut Wählerverzeichnis				nach § 25 Abs. 2 BWO	
		ohne		mit			
		Sperrvermerk					
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%
Schleswig-Holstein	1 928 108	1 711 901	88,8	216 074	11,2	133	0,01
Hamburg	1 253 335	1 070 981	85,5	181 921	14,5	433	0,03
Niedersachsen	5 363 576	4 799 298	89,5	563 660	10,5	618	0,01
Bremen	523 161	463 646	88,6	59 431	11,4	84	0,02
Nordrhein-Westfalen ...	12 374 314	10 612 051	85,8	1 761 804	14,2	459	0,00
Hessen	4 001 747	3 552 089	88,8	449 243	11,2	415	0,01
Rheinland-Pfalz	2 759 777	2 471 079	89,5	288 554	10,5	144	0,01
Baden-Württemberg	6 370 535	5 693 586	89,4	675 877	10,6	1 072	0,02
Bayern	7 827 420	6 841 187	87,4	985 117	12,6	1 116	0,01
Saarland	829 768	730 776	88,1	98 967	11,9	25	0,00
Bundesgebiet ohne Berlin	43 231 741	37 946 594	87,8	5 280 648	12,2	4 499	0,01

13 Wahlberechtigte ohne und mit Wahlschein
nach dem Alter

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahlberechtigte ¹⁾				
	ohne		mit		1976
	Wahlschein				
	1980		1979 ²⁾		
	1 000		%		
	Insgesamt				
unter 21	2 341,8	237,8	9,2	5,1	8,1
21 - 25	2 932,0	400,3	12,0	7,0	10,8
25 - 30	3 257,7	450,4	12,1	7,2	10,6
30 - 35	3 130,0	368,0	10,5	6,4	9,7
35 - 40	3 229,7	346,7	9,7	5,7	8,4
40 - 45	4 076,7	415,5	9,2	5,3	7,5
45 - 50	3 250,6	331,7	9,3	5,4	7,7
50 - 60	6 069,4	801,7	11,7	7,9	9,8
60 - 70	4 555,4	735,5	13,9	10,6	11,4
70 und mehr .	5 103,3	1 193,0	18,9	13,9	18,7
Insgesamt ...	37 946,6	5 280,5	12,2	8,1	10,7

Männer					
unter 21	1 183,6	123,4	9,4	5,0	7,7
21 - 25	1 495,0	194,1	11,5	6,7	10,0
25 - 30	1 641,9	227,4	12,2	7,3	10,7
30 - 35	1 582,2	192,6	10,9	6,6	10,1
35 - 40	1 622,3	181,7	10,1	5,9	8,5
40 - 45	2 056,9	209,1	9,2	5,1	7,5
45 - 50	1 631,5	164,2	9,1	5,1	7,6
50 - 60	2 749,4	343,0	11,1	7,3	9,2
60 - 70	1 778,7	283,5	13,7	10,5	10,8
70 und mehr ..	1 827,1	354,6	16,3	11,1	14,9
Zusammen ...	17 568,7	2 273,6	11,5	7,4	9,8

Frauen					
unter 21	1 158,2	114,4	9,0	5,2	8,5
21 - 25	1 437,0	206,2	12,5	7,4	11,7
25 - 30	1 615,8	223,0	12,1	7,2	10,4
30 - 35	1 547,8	175,3	10,2	6,2	9,3
35 - 40	1 607,4	165,1	9,3	5,6	8,3
40 - 45	2 019,8	206,4	9,3	5,5	7,4
45 - 50	1 619,1	167,4	9,4	5,8	7,8
50 - 60	3 319,9	458,7	12,1	8,3	10,1
60 - 70	2 776,7	452,1	14,0	10,6	11,7
70 und mehr ..	3 276,2	838,4	20,4	14,9	20,9
Zusammen ...	20 377,9	3 006,9	12,9	8,7	11,4

1) Ohne die nicht in den Wählerverzeichnissen eingetragenen Wahlberechtigten. - 2) Wahl zum Europäischen Parlament.

Es ergeben sich die folgenden relativen Zunahmen:

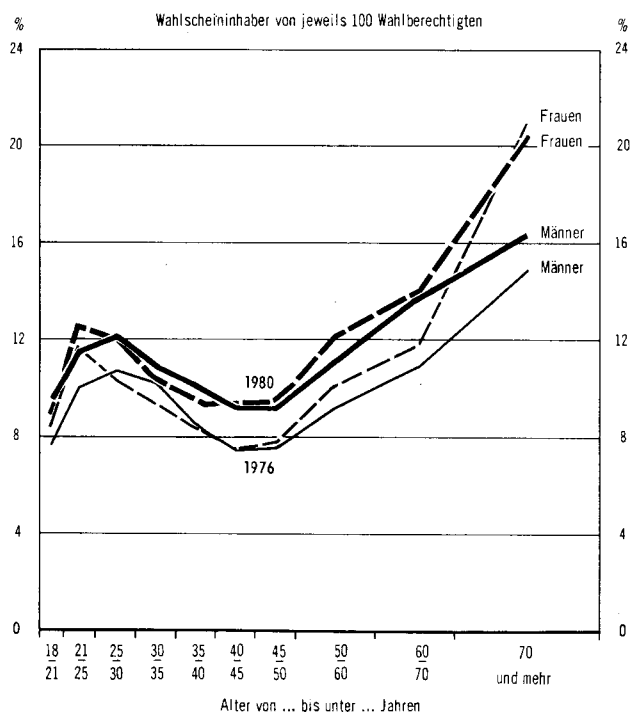
Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Prozent	
		Männer	Frauen
unter 25	26,0	33,5	19,3
25 - 35	13,9	13,2	14,7
35 - 45	13,5	14,1	12,8
45 - 60	19,1	24,4	15,5
60 und mehr	14,2	18,7	12,4

Damit stellt sich die Frage, wie sich die Zahl der Wahlberechtigten mit Wahlschein allein aufgrund der Veränderung der Altersstruktur verändert hätte. Wären die altersspezifischen Wahlscheinanteile von 1976 auch 1980 beobachtet worden, so hätte 1980 die Zahl der Wahlscheinwähler 4,63 Mill. betragen, was gegenüber dem tatsächlich beobachteten Anteil von 12,2 % einem solchen von 10,7 % entsprochen hätte. Veränderungen der Altersstruktur der Wähler haben demnach kaum Einfluß auf die Zahl der Wähler mit Wahlschein, so daß die Zunahme weitgehend auf einer größeren Neigung der Wähler beruht mit Wahlschein zu wählen.

Mit einfachem Wahlschein, d.h. persönlich in einem beliebigen Wahllokal des Wahlkreises oder vor einem beweglichen Wahlvorstand in Altersheimen, Krankenhäusern und Strafanstalten haben bei der Bundestagswahl 1980 rd. 49 000 Wahlberechtigte oder 1,0 % aller Wahlscheinwähler gewählt, während es 1965 noch 125 000 oder 5 % waren. Bei der Bundestagswahl 1957 mit

Schaubild 2

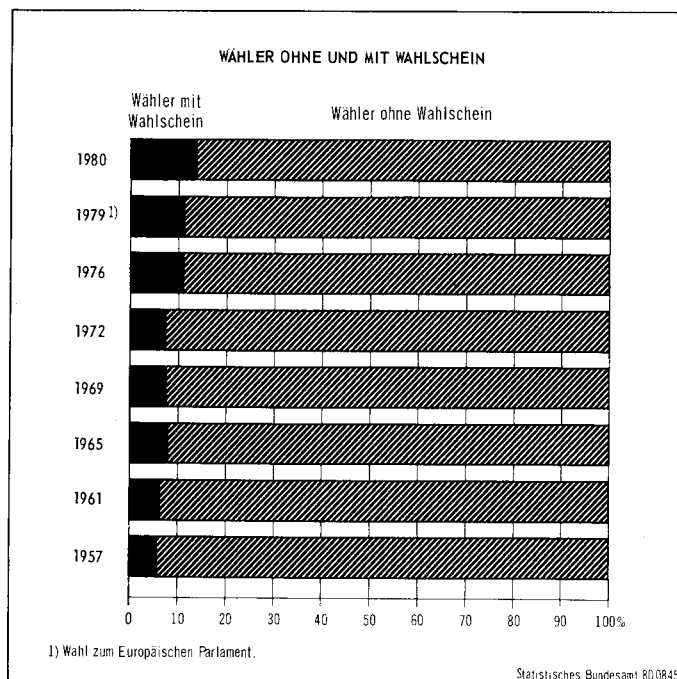
WAHLBERECHTIGTE MIT WAHLSCHHEIN BEI DEN BUNDESTAGSWAHLEN 1976 UND 1980 NACH ALTER UND GESCHLECHT



der ersten Möglichkeit der Briefwahl, haben sich noch rd. 225 000 des einfachen Wahlscheines bedient, obwohl es damals insgesamt 3,3 Mill. weniger Wahlscheinwähler gab. Danach ist es ausschließlich die Zahl der Briefwähler, die in den vielen Jahren seit 1957 um fast 3,5 Mill. oder mehr als das dreifache größer geworden ist.

Nach Ländern, seit 1957, sind die Ergebnisse über die Wahlberechtigten und Wähler mit einfachem und Briefwahlschein der Übersicht 4 im Anhang zu entnehmen.

Schaubild 3



1) Wahl zum Europäischen Parlament.

Statistisches Bundesamt 80 0845

Bei den zuständigen Stellen (Gemeinden bzw. übergeordneten Verwaltungseinheiten oder Kreiswahlleiter) sind insgesamt 5 146 581 Wahlbriefe eingegangen. Von diesen trafen allerdings 10 153 (0,2 %) erst nach dem Ende der Wahlzeit (5. Oktober 1980, 18 Uhr) ein. Sie waren, wie die Wähler, die nach offizieller Schließung des Wahllokals ihre Stimmen abgeben wollten, zurückzuweisen, d.h. die Wahlbriefe galten als nicht abgegeben (§ 39 Abs. 4 Nr. 1 BWG). Knapp die Hälfte der verspätet eingegangenen Wahlbriefe stammten aus zwei Bundesländern, nämlich aus Bayern mit 2 806 (0,3 %) und aus dem bevölkerungsmäßig größten Bundesland Nordrhein-Westfalen mit 2 108 (0,1 %).

14 Eingegangene Wahlbriefe nach Ländern

Land	Eingegangene Wahlbriefe			
	insgesamt	davon		
		rechtzeitig	verspätet	
	Anzahl			%
Schleswig-Holstein	208 309	208 132	177	0,1
Hamburg	178 826	178 578	248	0,1
Niedersachsen	546 608	545 489	1 119	0,2
Bremen	57 147	57 028	119	0,2
Nordrhein-Westfalen	1 724 823	1 722 715	2 108	0,1
Hessen	436 522	435 544	978	0,2
Rheinland-Pfalz	281 528	280 804	724	0,3
Baden-Württemberg	656 868	655 114	1 754	0,3
Bayern	959 323	956 517	2 806	0,3
Saarland	96 627	96 507	120	0,1
Bundesgebiet				
ohne Berlin ¹⁾	5 146 581 ¹⁾	5 136 428 ¹⁾	10 153	0,2
dagegen 1979 ²⁾	3 182 639 ¹⁾	3 165 471 ¹⁾	17 168	0,5
1976 ...	4 230 440 ¹⁾	4 219 763 ¹⁾	10 677	0,3

- 1) Außerdem 1980: 1 044, 1979: 531, 1976: 859 Wahlbriefe, die gemäß Vereinbarung von den Postdienststellen dem Bundeswahlleiter zugeleitet wurden, weil sie nicht im roten Wahlbriefumschlag – nur auf diesem steht die Empfängeranschrift –, sondern im blauen Wahlumschlag zur Post gegeben wurden.
- 2) Wahl zum Europäischen Parlament.

Rechtzeitig eingegangen sind 5 136 428 Wahlbriefe, von denen aber 144 486 (2,8 %) zurückgewiesen werden mußten, weil sie den in Paragraph 39 Abs. 4 Nr. 2 bis 8 BWG¹⁾ festgelegten Formvorschriften nicht entsprachen. Am häufigsten lag mit 75 216 (52,1 %) der Grund für die Zurückweisung darin, daß

1) § 39 Abs. 4 Nr. 2 bis 8 BWG in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325), geändert durch Gesetz vom 20. Juli 1979 (BGBl. I S. 1149).

15 Zurückgewiesene Wahlbriefe nach Zurückweisungsgründen

Gegenstand der Nachweisung	Anzahl	%
Von den rechtzeitig eingegangenen Wahlbriefen wurden zurückgewiesen 1), weil:		
dem Wahlbriefumschlag kein oder kein gültiger Wahlumschlag beilag (Nr. 2)	75 216	52,1
dem Wahlbriefumschlag kein Wahlumschlag beilag (Nr. 3)	4 650	3,2
weder der Wahlbriefumschlag noch der Wahlumschlag verschlossen war (Nr. 4)	1 328	0,9
der Wahlbriefumschlag mehrere Wahlumschläge, aber nicht eine gleiche Anzahl gültiger und mit der vorgeschriebenen Versicherung an Eides Statt versehener Wahlscheine enthielt (Nr. 5)	1 012	0,7
der Wähler oder die Person seines Vertrauens die vorgeschriebene Versicherung an Eides Statt zur Briefwahl auf dem Wahlschein nicht unterschrieben hat (Nr. 6)	59 024	40,9
kein amtlicher Wahlumschlag benutzt worden ist (Nr. 7)	1 547	1,1
ein Wahlumschlag benutzt worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abwich oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthielt (Nr. 8)	1 709	1,2
Insgesamt ...	144 486	100
dagegen: 1979 2) ...	100 831	-
1976 ...	120 551	-

1) Nach § 39 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 bis 8 BWG.

2) Wahl zum Europäischen Parlament.

dem Wahlbriefumschlag überhaupt kein oder kein gültiger Wahlumschlag beilag. Danach folgte mit 59 024 (40,9 %) Wahlbriefen die Gruppe derjenigen Wähler, bei denen die vorgeschriebene Versicherung an Eides Statt zur Briefwahl auf dem Wahlschein nicht unterschrieben war. Die wenigsten Wahlbriefe (1 012 oder 0,7 %) waren zurückzuweisen, weil der Wahlbriefumschlag mehrere Wahlumschläge, aber nicht eine gleiche Anzahl gültiger und mit der vorgeschriebenen Versicherung an Eides Statt versehene Wahlscheine enthielt. Gegenüber 1976 hat die Zahl der zurückgewiesenen Wahlbriefe um rd. 24 000 oder 19,9 % zugenommen. Die Gesamtzahl der eingegangenen Wahlbriefe hatte sich in der gleichen Zeit um rd. 900 000 (21,7 %) erhöht.

Die Zahl der rechtzeitig eingegangenen Wahlbriefe (ohne zurückgewiesene = Briefwähler) betrug 4 991 942 das entspricht einem Anteil von 13,0 % der Wähler. Dieser Anteil lag um 2,3 Prozentpunkte über demjenigen von 1976, als 4,1 Mill. brieflich wählten. 1980 gab es damit den bisher höchsten Anteil an Briefwählern. Dagegen nahm die Zahl der Wähler mit einfachem Wahlschein – wie bereits ausgeführt –, von denen es bei der Bundestagswahl 1976 noch rd. 60 000 gegeben hatte, um weitere rd. 11 000 ab.

16 Briefwähler unter den Wählern insgesamt

Wahljahr	Wähler		
	insgesamt	darunter Briefwähler	
		Anzahl	%
1957	31 072 894	1 537 094	4,9
1961	32 849 624	1 891 604	5,8
1965	33 416 207	2 443 935	7,3
1969	33 523 064	2 381 860	7,1
1972	37 761 589	2 722 424	7,2
1976	38 165 753	4 099 212	10,7
1979 1)	28 098 872	3 064 640	10,9
1980	38 292 176	4 991 942	13,0

1) Wahl zum Europäischen Parlament.

Diese unterschiedliche Entwicklung zeigt sehr deutlich, daß der einfache Wahlschein weiter an Bedeutung verliert. Die Entscheidung zur Briefwahl wird auch dadurch begünstigt, daß nach den jetzt geltenden Vorschriften jeder Wahlberechtigte, dem auf seinen begründeten Antrag ein Wahlschein erteilt wird, gleichzeitig auch die Unterlagen für die Briefwahl erhält, es sei denn, daß er ausdrücklich zu erkennen gibt, vor einem Wahlvorstand innerhalb seines Wahlkreises wählen zu wollen. Bei der Einführung der Briefwahl im Jahr 1957 war entweder ein einfacher Wahlschein oder ein Briefwahlschein zu beantragen. Ab 1961²⁾ entfiel die Trennung in einfachen Wahlschein und Briefwahlschein. Diese Vereinfachung dürfte die dargestellte zahlenmäßige Entwicklung mit beeinflussen haben.

Der Anteil der Briefwähler an den Wählern insgesamt betrug bei der Bundestagswahl 1976 insgesamt 10,7 % gegenüber 13,0 % bei der Bundestagswahl 1980. Die Abweichung der Länderergebnisse gegenüber dem Bundesdurchschnitt war 1976 ähnlich stark ausgeprägt wie bei der Wahl 1980. Bei der Wahl 1976 wurde in

2) Verordnung zur Bundeswahlordnung vom 30.6.1961 (BGBl. I S. 621).

17 Anteil der Briefwähler nach Ländern Prozent

Land	Bundestagswahl 1976	Europa-wahl 1979	Bundestagswahl 1980
Schleswig-Holstein	11,4	10,4	11,7
Hamburg	14,2	16,2	15,5
Niedersachsen	11,2	9,4	11,1
Bremen	9,8	10,9	12,1
Nordrhein-Westfalen	11,2	10,9	15,2
Hessen	10,9	10,0	11,7
Rheinland-Pfalz	8,9	10,1	10,9
Baden-Württemberg	9,4	8,4	11,6
Bayern	10,6	14,5	13,6
Saarland	10,3	10,2	12,6
Bundesgebiet ohne Berlin	10,7	10,9	13,0

18 Wahlkreise¹⁾ nach dem Anteil der Briefwähler

Anteil der Briefwähler von ... bis unter ... %	1957		1961		1965		1969		1972		1976		1980	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 4	57	23,1	19	7,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4 - 6	152	61,5	153	61,9	72	29,0	58	23,4	35	14,1	-	-	-	-
6 - 8	33	13,4	54	21,9	98	39,5	137	55,2	154	62,1	11	4,4	2	0,8
8 - 10	5	2,0	18	7,3	59	23,8	38	15,3	50	20,2	86	34,7	30	12,1
10 - 12	-	-	3	1,2	12	4,8	13	5,2	6	2,4	94	37,9	77	31,0
12 - 14	-	-	-	-	6	2,4	2	0,8	3	1,2	36	14,5	58	23,4
14 - 16	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	5,6	41	16,5
16 - 18	-	-	-	-	1	0,4	-	-	-	-	6	2,4	25	10,1
18 - 20	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	0,4	10	4,0
20 und mehr	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	2,0
Insgesamt ...	247	100	247	100	248	100	248	100	248	100	248	100	248	100

1) In der jeweiligen Abgrenzung bei der Wahl.

Rheinland-Pfalz mit 8,9 % der niedrigste und in Hamburg mit 14,2 % der höchste Anteil an Briefwählern gezählt. Auch bei der Bundestagswahl 1980 hatte Rheinland-Pfalz mit 10,9 % den geringsten und Hamburg mit 15,5 % den höchsten Briefwahlanteil. In den einzelnen Ländern hat sich der Anteil der Briefwähler 1980 gegenüber 1976 zwischen + 4,0 und - 0,1 Prozentpunkten verändert:

Nordrhein-Westfalen	+ 4,0
Bayern	+ 3,0
Bremen	+ 2,3
Saarland	+ 2,3
Baden-Württemberg	+ 2,2
Rheinland-Pfalz	+ 2,0
Hamburg	+ 1,3
Hessen	+ 0,8
Schleswig-Holstein	+ 0,3
Niedersachsen	- 0,1

Die Zahl der Wahlkreise, in denen zu 10 % und mehr brieflich gewählt wurde, hat sich von 1961 bis 1980 von 3 (1,2 %) auf 216 (87,1 %) erhöht. Die stetig zunehmende Bedeutung der Briefwahl wird auch dadurch deutlich, daß es 1980 nur noch zwei (1976: 11) Wahlkreise gab, in denen weniger als 8 % der Wähler ihre Stimmen brieflich abgaben. Wie Tabelle 18 ausweist, lag in den Wahlen 1957 und 1961 diese untere Grenze noch bei unter 4 % und in den Wahlen 1965, 1969 und 1972 bei 4 %.

Die höchsten Anteile an Briefwählern haben seit jeher die Großstädte. Unter den 34 Wahlkreisen mit den höchsten Anteilen an Briefwählern steht - wie auch 1976 und davor - Bonn mit einem Briefwahlanteil von 23,2 % an der Spitze. Grund dafür sind die dort in ein besonderes Wählerverzeichnis einzu-tragenden Beamten, Soldaten, Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst, die auf Anordnung ihres Dienstherrn außerhalb des Geltungsbereiches des Bundeswahlgesetzes eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich außerhalb desselben aufhalten sowie die Angehörigen ihres Hausstandes. Ohne den genannten Personenkreis hat die Stadt Bonn einen Briefwahlanteil von 18,9 %. Sie würde bei einer Ordnung nach den Anteilen dann erst an achter Stelle nach dem Wahlkreis München-Süd zu nennen sein. Einen Briefwahlanteil von über 20 % haben noch die in Nordrhein-Westfalen liegenden Wahlkreise Düsseldorf I (22,2 %), Köln II (22,0 %) und Krefeld (21,9 %) sowie der bayerische Wahlkreis München-Mitte mit 21,3 %. Unter den ersten 15 Wahlkreisen mit dem höchsten Anteil an Briefwählern (18,2 % und mehr) befinden sich acht Wahlkreise in Nordrhein-Westfalen und sieben Wahlkreise in Bayern. Die an 16., 23. und 33. Stelle stehenden Wahlkreise gehören zu Hamburg, die an 22. und 30. Stelle stehenden Wahlkreise zu Baden-Württemberg und der an 29. Stelle stehende Wahlkreis zu Hessen. Bei allen übrigen in der Tabelle 19 genannten Wahlkreise mit dem höchsten Anteil an Briefwählern handelt es sich um baye-rische bzw. nordrhein-westfälische Wahlkreise. Den gering-

19 Wahlkreise mit dem höchsten und geringsten Anteil an Briefwählern

Wahlkreise mit dem							
höchsten			geringsten				
Anteil an Briefwählern							
Name (Nr.)	Land	%	Name (Nr.)	Land	%		
Bonn (63)	NW	23,2	Cloppenburg - Vechta (27)	Ndsa	7,9		
Düsseldorf I (74)	NW	22,2	Bitburg (151)	RhPf	8,0		
Köln II (60)	NW	22,0	Diepholz (28)	Ndsa	8,3		
Krefeld (79)	NW	21,9	Delmenhorst - Wesermarsch (23)	Ndsa	8,3		
München-Mitte (203)	Bay	21,3	Cochem (149)	RhPf	8,4		
Münster (99)	NW	19,3	Schwäbisch Hall (172)	BaWü	8,6		
Köln I (59)	NW	19,3	Neckar-Zaber (170)	BaWü	8,6		
München-Süd (206)	Bay	18,9	Verden (29)	Ndsa	8,6		
München-Ost (205)	Bay	18,6	Mittelems (26)	Ndsa	8,7		
München-West (207)	Bay	18,5	Pirmasens (160)	RhPf	8,9		
Starnberg (210)	Bay	18,4	Kaiserslautern (159)	RhPf	9,0		
Essen III (90)	NW	18,4	Stade (25)	Ndsa	9,0		
München-Land (208)	Bay	18,2	Rhein-Neckar (182)	BaWü	9,2		
Düsseldorf II (75)	NW	18,2	Gifhorn - Peine (40)	Ndsa	9,4		
Würzburg (237)	Bay	18,2	Osnabrück-Land (32)	Ndsa	9,4		
Hamburg-Nord (15)	Hmb	18,0	Lahn-Dill (130)	Hess	9,5		
Aachen (53)	NW	18,0	Odenwald - Tauber (181)	BaWü	9,5		
München-Nord (204)	Bay	17,7	Unterems (20)	Ndsa	9,5		
Nürnberg-Nord (230)	Bay	17,7	Schwalm-Eder (127)	Hess	9,6		
Bochum I (110)	NW	17,6	Zollernalb - Sigmaringen (198)	BaWü	9,6		
Köln III (61)	NW	17,2	Backnang - Schwäbisch-Gmünd (173)	BaWü	9,6		
Stuttgart-Süd (162)	BaWü	17,1	Gießen (131)	Hess	9,6		
Hamburg-Altona (13)	Hmb	16,9	Steinburg - Dithmarschen-Süd (3)	SchH	9,7		
Köln IV (62)	NW	16,9	Fulda (132)	Hess	9,7		
Hagen (108)	NW	16,9	Oldenburg - Ammerland (22)	Ndsa	9,8		
Leverkusen - Rheinisch-Bergischer Kreis II (68)			NW	16,8	Soltau - Rotenburg (30)	Ndsa	9,8
Dortmund III (115)			NW	16,8	Aalen - Heidenheim (174)	BaWü	9,9
Oberallgäu (242)			Bay	16,7	Kreuznach (150)	RhPf	9,9
Frankfurt am Main II (139)			Hess	16,7	Emmendingen - Lahr (187)	BaWü	9,9
Karlsruhe-Stadt (175)			BaWü	16,5	Karlsruhe-Land (176)	BaWü	9,97
Dortmund I (113)			NW	16,5	Coburg (224)	Bay	9,97
Traunstein (211)			Bay	16,4	Segeberg - Stormarn (8)	SchH	9,99
Hamburg-Eimsbüttel (14)			Hmb	16,4			
Bochum II - Ennepe-Ruhr-Kreis II (111)			NW	16,4			

20 Wahlkreise in den Ländern mit der höchsten und geringsten Zahl von Wahlberechtigten

Land	Durchschnittliche Zahl der Wahlberechtigten je Wahlkreis	Wahlkreise mit der	
		höchsten	geringsten
	Anzahl	Zahl von Wahlberechtigten	
		Nr. und Name des Wahlkreises (Anzahl der Wahlberechtigten)	
Schleswig-Holstein	175 283	10 Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd (205 065)	9 Ostholstein (138 094)
Hamburg	179 048	15 Hamburg-Nord (196 466)	18 Hamburg-Harburg (146 905)
Niedersachsen	173 019	43 Hildesheim (211 507)	35 Harburg (134 056)
Bremen	174 387	50 Bremen-Ost (199 374)	51 Bremen-West (144 431)
Nordrhein-Westfalen	174 286	74 Düsseldorf I (233 518)	121 Olpe - Siegen II (132 138)
Hessen	181 898	144 Odenwald (217 224)	127 Schwalm-Eder (141 081)
Rheinland-Pfalz	172 486	153 Montabaur (215 770)	149 Cochem (132 481)
Baden-Württemberg	172 177	177 Rastatt (228 790)	192 Waldshut (121 392)
Bayern	173 943	228 Erlangen (224 808)	203 München-Mitte (126 043)
Saarland	165 954	248 Homburg (172 715)	244 Saarbrücken I (159 046)
Bundesgebiet ohne Berlin	174 322	74 Düsseldorf I (233 518)	192 Waldshut (121 392)

sten Anteil an Briefwählern hatte mit 7,9 % der niedersächsischen Wahlkreis Cloppenburg - Vechta, gefolgt von dem rheinland-pfälzischen Wahlkreis Bitburg mit 8,0 %. Unter den 32 Wahlkreisen, die einen Briefwahlanteil von weniger als 10 % haben, befinden sich elf in Niedersachsen, neun in Baden-Württemberg, fünf in Rheinland-Pfalz, vier in Hessen, zwei in Schleswig-Holstein und einer in Bayern.

Stellt man die Durchschnittszahl der Wahlberechtigten je Bundesland fest, zeigt sich, daß Hessen mit 181 898 Wahlberechtigten die größte und das Saarland mit 165 954 Wahlberechtigten die niedrigste Zahl von Wahlberechtigten je Wahlkreis aufweist. Unter dem Bundesdurchschnitt (174 322 Wahlberechtigte je Wahlkreis) liegen Nordrhein-Westfalen (174 286), Bayern (173 943), Niedersachsen (173 019), Rheinland-Pfalz (172 486), Baden-Württemberg (172 177) und das Saarland (165 954), darüber Hessen (181 898), Hamburg (179 048), Schleswig-Holstein (175 283) und Bremen (174 387). Der Wahlkreis im Bundesgebiet ohne Berlin mit der höchsten Zahl von Wahlberechtigten ist 74 Düsseldorf I (233 518). Er liegt mit 34,0 % über dem Bundesdurchschnitt. Der Wahlkreis mit der niedrigsten Zahl an Wahlberechtigten ist 192 Waldshut (121 392). Er liegt mit 30,4 % unter dem Bundesdurchschnitt. Nach Ländern sind die entsprechenden Angaben der Tabelle 20 zu entnehmen.

2.1.2 Wähler und Wahlbeteiligung

Die Zahl der Wähler ist von 38,17 Mill. im Jahr 1976 auf 38,29 Mill. gestiegen. Die Zunahme der Zahl der Wähler erreichte mit 0,13 Mill. aber nur etwas über ein Zehntel der hinzugekommenen Wahlberechtigten. Dementsprechend liegt die Wahlbeteiligung, die 1980 bei 88,6 % lag, um 2,1 Prozentpunkte unter derjenigen von 1976. Damit wurde 1980, hinter 1972 (91,1 %) und 1976 (90,7 %), die dritthöchste Wahlbeteiligung bei allen Bundestagswahlen erzielt. Von 100 Wahlberechtigten haben bei den Bundestagswahlen seit 1949 gewählt:

14. 8.1949:	78,5
6. 9.1953:	86,0
15. 9.1957:	87,8
17. 9.1961:	87,7
19. 9.1965:	86,8
28. 9.1969:	86,7
19.11.1972:	91,1
3.10.1976:	90,7
5.10.1980:	88,6

21 Wahlbeteiligung in den Ländern bei den Bundestagswahlen 1980 und 1976 sowie bei den vorangegangenen Landtags- und Kommunalwahlen

Land	Von 100 Wahlberechtigten haben gewählt			
	Bundestagswahl		Landtagswahl ¹⁾	Kommunalwahl ²⁾
	1980	1976		
Schleswig-Holstein	89,0	90,6	83,3 (29. 4.1979)	78,3 (5. 3.1978)
Hamburg	88,8	91,1	76,6 (4. 6.1978)	76,6 (4. 6.1978)
Niedersachsen	89,3	91,4	78,5 (4. 6.1978)	91,4 (3.10.1976)
Bremen	87,8	90,0	78,5 (7.10.1979)	78,5 (7.10.1979)
Nordrhein-Westfalen	89,0	91,3	80,0 (11. 5.1980)	69,9 (30. 9.1979)
Hessen	89,9	91,9	87,7 (8.10.1978)	76,3 (22. 3.1981)
Rheinland-Pfalz	89,9	91,5	81,4 (18. 3.1979)	78,4 (10. 6.1979)
Baden-Württemberg	86,6	89,1	72,0 (16. 3.1980)	62,6 (22. 6.1980)
Bayern	87,6	89,6	76,6 (15.10.1978)	78,3 (5. 3.1978)
Saarland	90,6	92,9	85,0 (27. 4.1980)	81,3 (10. 6.1979)

1) In Hamburg und Bremen Wahl zur Bürgerschaft.

2) Wahl zu den Gemeindevertretungen in den kreisfreien Städten und den Kreisvertretungen der Landkreise; in

Hamburg zu den Bezirksversammlungen, in Bremen zur Bremischen Bürgerschaft und in Baden-Württemberg Wahl zu den Gemeinderäten.

Daran, daß nur knapp 5,0 Mill. oder 11,4 % (1976: 3,9 Mill. oder 9,3 %) der Wahl fernblieben, läßt sich das ungewöhnlich hohe Interesse am Ausgang von Bundestagswahlen ablesen.

Bei den Reichstagswahlen vor dem Ersten Weltkrieg und danach bis 1932 kam eine solche Wahlbeteiligung nicht vor. Sie betrug z.B. bei den Reichstagswahlen vom

7. Dezember 1924: 78,8 %

20. Mai 1928: 75,6 %

6. November 1932: 80,6 %.

Auch im Kaiserreich war die Wahlbeteiligung niedriger. Bei der Reichstagswahl 1877 belief sie sich auf 60,6 %, bei der Reichstagswahl 1890 auf 71,6 % und bei der Reichstagswahl 1912 auf 84,9 % (s. Tabellen 20.1 und 20.2 im Anhang).

Die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 1980, 1976 und 1972, wie auch bei den vorangegangenen Bundestagswahlen, kann ferner als relativ hoch bezeichnet werden, wenn man sie mit entsprechenden Ergebnissen im Ausland vergleicht und sich dabei auf solche Länder beschränkt, in denen keine Wahlpflicht besteht. So betrug die Wahlbeteiligung bei der Wahl zum(r)

Französischen Nationalversammlung am 21. Juni 1981 .. 75,0 %

Schwedischen Reichstag am 12. Oktober 1979 90,7 %

Britischen Unterhaus am 3. Mai 1979 76,0 %.

Die Wahlbeteiligung bei Landtags- und Kommunalwahlen wurde bisher regelmäßig, und z.T. erheblich, übertroffen. Bundestagswahlen finden von allen politischen Wahlen demnach bei weitem das größte Interesse.

22 Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen

Wahlbeteiligung von ... bis unter ... %	Zahl der Wahlkreise mit nebenstehender Wahlbeteiligung				
	1969	1972	1976	1976 1)	1980
unter 80	3	-	-	-	-
80 - 82	7	-	-	-	-
82 - 84	24	-	1	1	8
84 - 86	64	2	3	3	18
86 - 88	64	6	18	17	64
88 - 90	67	51	55	56	91
90 - 92	19	101	104	102	64
92 - 94	-	86	62	65	3
94 - 95	-	2	5	4	-
Insgesamt ...	248	248	248	248	248

1) Umgerechnet auf die Grenzen der Wahlkreise 1980.

Am höchsten war die Wahlbeteiligung mit 90,6 % (1976: 92,9 %) wieder im Saarland, am zweit- und dritthöchsten in Rheinland-Pfalz und in Hessen mit jeweils 89,9 % (1976: 91,5 % bzw. 91,9 %). In allen übrigen Ländern lag sie darunter: Die niedrigsten Wahlbeteiligungen hatten wieder Baden-Württemberg mit 86,6 % (1976: 89,1 %) und Bayern mit 87,6 % (1976: 89,6 %). Der Rückgang der Wahlbeteiligung gegenüber 1976 lag in den einzelnen Ländern zwischen 1,6 und 2,5 Prozentpunkten. Den geringsten Rückgang verzeichneten mit 1,6 Prozentpunkten Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz, den stärksten Rückgang wies mit 2,5 Prozentpunkten Baden-Württemberg auf.

Ordnet man die Länder nach dem Umfang, in dem ihre Wahlberechtigten an der Bundestagswahl 1980 teilnahmen, ergibt sich folgende Reihenfolge:

Saarland	90,6 %
Hessen	89,9 %
Rheinland-Pfalz	89,9 %
Niedersachsen	89,3 %
Schleswig-Holstein	89,0 %
Nordrhein-Westfalen	89,0 %
Hamburg	88,8 %
Bremen	87,8 %
Bayern	87,6 %
Baden-Württemberg	86,6 %

23 Wahlkreise 1980 mit der höchsten und der geringsten Wahlbeteiligung

Nr.	Name	Wahlbeteiligung in %	
		des Wahlkreises	1980 1976 1)

Wahlkreise mit der höchsten Wahlbeteiligung

247	Sankt Wendel	93,0	94,7
128	Hersfeld	92,7	94,0
126	Werra-Meißner	92,3	94,0
97	Coesfeld - Steinfurt	91,8	94,2
121	Olpe - Siegen II	91,8	93,9
119	Hochsauerlandkreis	91,5	93,8
141	Groß-Gerau	91,5	93,5
43	Hildesheim	91,5	93,2
42	Hannover-Land II	91,5	93,2
144	Odenwald	91,5	93,5

Wahlkreise mit der geringsten Wahlbeteiligung

203	München-Mitte	82,2	83,8
213	Deggendorf	82,4	84,9
217	Straubing	83,3	86,1
172	Schwäbisch Hall	83,5	86,3
186	Lörrach-Müllheim	83,7	87,0
59	Köln I	83,7	85,5
204	München-Nord	83,9	85,7
192	Waldshut	83,9	87,7
188	Offenburg	84,1	87,9
78	Mönchengladbach	84,2	87,9

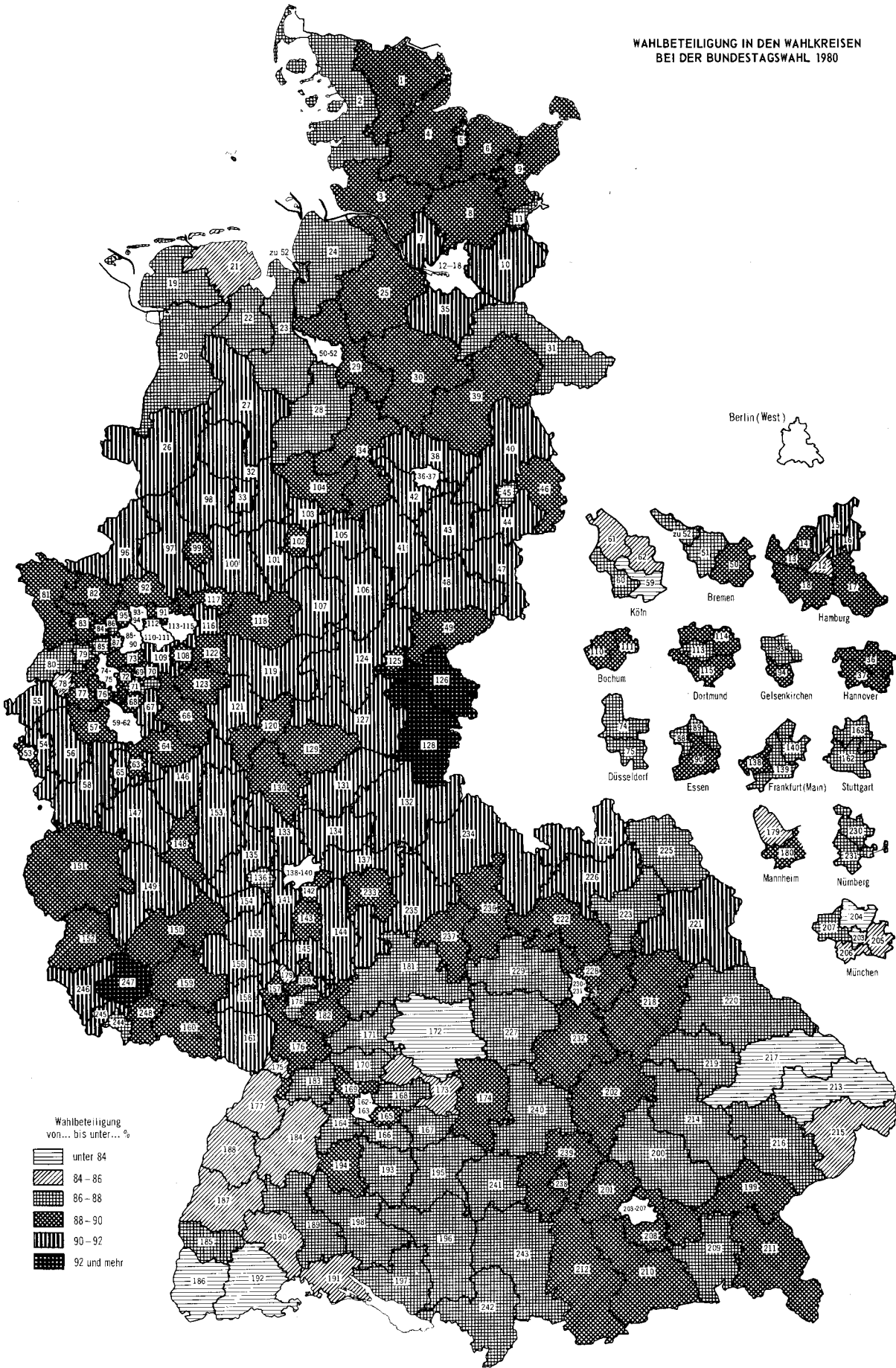
1) Umgerechnet auf die Grenzen der Wahlkreise 1980.

Wegen des in den überwiegenden Teilen des Bundesgebietes mehr oder weniger leichten Rückgangs der Wahlbeteiligung, hat sich auch die Zahl der Wahlkreise, in denen die Wahlbeteiligung mehr als 90 % betrug, von 171 im Jahre 1976 auf 67 vermindert. Dabei sind in den neu abgegrenzten Wahlkreisen die Ergebnisse von 1976 auf die Wahlkreise 1980 umgerechnet worden (Tabelle 22). Andererseits hat die Zahl der Wahlkreise mit einer relativ niedrigen Wahlbeteiligung (unter 86 %) gegenüber 1976 von 4 auf 26 zugenommen.

Die Namen der Wahlkreise mit der höchsten und der niedrigsten Wahlbeteiligung enthält Tabelle 23. Vier der 10 Wahlkreise mit der höchsten Wahlbeteiligung 1980 lagen auch schon 1976 an der Spitze. Von den 10 Wahlkreisen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung fanden sich damals sogar sechs in dieser Reihe, unter ihnen 2 der 5 Wahlkreise in die die Großstadt München eingeteilt ist. 1969 gehören sogar alle 5 Münchener Wahlkreise mit Prozentsätzen von 78 bis 82 zu den 10 Wahlkreisen mit der geringsten Wahlbeteiligung.

Neben München zeigen auch Wahlkreise anderer größerer Städte eine verhältnismäßig niedrige Wahlbeteiligung. Wie in München (Wkr. 203 München-Mitte: 82,2 %) handelt es sich dann auch hier häufig um die Wahlkreise mit dem Stadtkern, z.B. 12 Hamburg-Mitte (85,7 %), 59 Köln I (83,7 %) oder 139 Frankfurt am Main II (86,0 %). Es wäre jedoch falsch, hieraus schon zu schließen, daß sich in allen großen Städten besonders viele Wahlberechtigte der Stimme enthielten. Die zwei Wahlkreise von Hannover z.B. zeigen Wahlbeteiligungen von 88,6 % bzw. 88,8 %. Auch in den meisten Ruhrgebiets-Städten entspricht die Wahlbeteiligung etwa dem Bundesdurchschnitt. Ebenso falsch wäre es für alle ländlichen Wahlkreise eine relativ hohe Wahlbeteiligung anzunehmen. Im Wahlkreis 186 Lörrach - Müllheim betrug sie nur 83,7 % und im Wahlkreis 213 Deggendorf sogar nur 82,4 %. Vor allem ist die niedrige Wahlbeteiligung in Bayern nicht allein auf den geringen Wahleifer der Münchener zurückzuführen. Eine weit unter dem Bundesdurchschnitt liegende Wahlbeteiligung zeigt sich auch in vielen nicht-großstädtischen Wahlkreisen. Von

WAHLBETEILIGUNG IN DEN WAHLKREISEN
BEI DER BUNDESTAGSWAHL 1980



den insgesamt 45 Wahlkreisen blieb sie außer in den 5 Münchener Wahlkreisen noch in 20 weiteren unter 88 %.

Auch die Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten ohne Wahrschein ging gegenüber 1976 zurück. Der Rückgang machte hier 2,6 Prozentpunkte aus. Nur die Wahlbeteiligung der Wahrscheinwähler lag 1980 um 0,1 Prozentpunkte höher als 1976. Mit 95,3 % lag somit die Wahlbeteiligung bei den Wahrscheinwählern 1980 am höchsten. Bei der Bundestagswahl 1957 betrug sie erst 91,9 %. Sie ist seither ständig - wenn auch zum Teil geringfügig - gestiegen. Für die Gruppe der Wahrscheininhaber ist generell die Wahlbeteiligung immer höher als bei den Wählern ohne Wahrschein; bei der Bundestagswahl 1980 waren es 7,7 % und 1969 sogar 7,8 Prozentpunkte mehr. Bei der Bundestagswahl 1972 betrug der Prozentsatz für die Wahlbeteiligung der Wahrscheininhaber nur 4,2 Prozentpunkte mehr. Mit 96,3 % lag die Wahlbeteiligung der Wähler mit Wahrschein am höchsten im Saarland, gefolgt mit 95,6 % von Bremen und von Baden-Württemberg und Bayern mit einer jeweiligen Wahlbeteiligung von 95,5 %, während die Wahlbeteiligung dieser Gruppe in Nordrhein-Westfalen dem Bundesdurchschnitt (95,3 %) entsprach. In Rheinland-Pfalz lag sie mit 94,8 % am niedrigsten, gegenüber der Wahlbeteiligung der Wähler ohne Wahrschein aber um 5,5 Prozentpunkte höher.

Die Wahlbeteiligung der Personen mit Briefwahlunterlagen unter den Wahlberechtigten mit Wahrschein läßt sich nicht genau ermitteln, da über die Zahl der Personen, an die Unterlagen für die Briefwahl ausgegeben worden sind, keine genauen Angaben vorliegen. Bei dem sehr kleinen Anteil der Wähler mit einfachem Wahrschein (48 618 oder 0,97 %) kann aber die Wahlbeteiligung aller Wahrscheininhaber fast als identisch mit der Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten mit Unterlagen für die Briefwahl angesehen werden.

24 Wahlbeteiligung der Wahrscheinwähler

Wahljahr	Von 100 Wahlberechtigten		
	insgesamt	ohne Wahrschein	
		haben gewählt	mit Wahrschein
1957	87,8	87,5	91,9
1961	87,7	87,4	93,8
1965	86,8	86,2	93,7
1969	86,7	86,1	93,9
1972	91,1	90,8	95,0
1976	90,7	90,2	95,2
1979 ¹⁾	65,7	63,4	92,4
1980	88,6	87,6	95,3

1) Wahl zum Europäischen Parlament

Es könnte eigentlich von den Wahlberechtigten, die sich der Mühe der Besorgung eines Wahlscheines unterzogen haben, eine nahezu vollständige Wahlbeteiligung erwartet werden. Bei der Wertung ist jedoch zu berücksichtigen, daß teilweise Wahlbriefe bei den dafür zuständigen Stellen erst nach dem 5. Oktober 1980, 18 Uhr, eintrafen oder aus formalen Gründen zurückgewiesen werden mußten. Die rd. 144 000 Absender solcher Wahlbriefe galten nicht als Wähler. Hätten sie als Wähler mit ungültiger Stimme angesehen werden können, so könnte man folgern, daß nur noch rd. 155 000 oder 2,9 % der Wahrscheininhaber ihren Wahrschein ungenutzt gelassen haben.

Weitere Aufschlüsse über die Wahlbeteiligung gibt die repräsentative Wahlstatistik. Da in dieser Statistik die Wahlberechtigten mit Wahrschein aus eingangs genannten Gründen nicht berücksichtigt werden können, beträgt sie hier nur

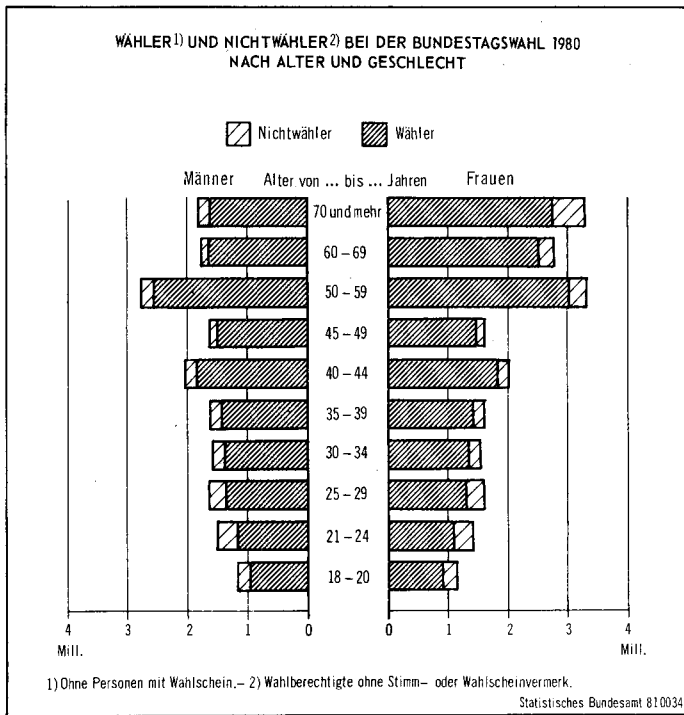
25 Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahlbe- rechtigte ¹⁾	Wähler ¹⁾								
		1980	1979 2)	1976	1972	1969	1965	1961	1957	
		Anzahl			von 100 Wahlberechtigten					
Insgesamt										
unter 21	2 341 800	1 883 600	80,4	55,1	84,1	84,6	-	-	-	-
21 - 25	2 932 000	2 314 000	78,9	50,2	82,9	84,4	76,6	76,8	79,5	80,6
25 - 30	3 257 700	2 678 400	82,2	51,8	86,5	88,2	81,4	81,7	84,1	84,6
30 - 35	3 130 000	2 698 000	86,2	56,0	89,2	90,8	86,1	86,2	89,2	88,5
35 - 40	3 229 700	2 862 900	88,6	61,0	91,5	92,3	87,8	88,2		
40 - 45	4 076 700	3 682 700	90,3	66,2	92,7	93,1	89,4	89,0		
45 - 50	3 250 600	2 963 500	91,2	67,6	93,6	93,9	89,6	88,8	90,4	90,5
50 - 60	6 069 400	5 600 000	92,3	69,7	93,8	94,1	89,6	89,4	90,5	90,8
60 - 70	4 555 400	4 198 000	92,2	73,2	93,7	93,2	88,6	88,5	89,3	89,7
70 und mehr	5 103 300	4 375 700	85,7	67,5	88,0	85,9	79,5	79,3	80,5	81,1
Insgesamt ...	37 946 600	33 256 800	87,6	63,6	90,4	90,8	86,1	85,9	87,4	87,8
Männer										
unter 21	1 183 600	966 000	81,6	56,1	84,9	85,0	-	-	-	-
21 - 25	1 495 000	1 193 100	79,8	51,1	83,0	83,9	76,3	76,1	78,9	80,9
25 - 30	1 641 900	1 344 400	81,9	51,5	86,3	87,6	80,4	81,6	84,5	85,3
30 - 35	1 582 200	1 357 000	85,8	54,9	88,8	90,4	86,2	86,6		
35 - 40	1 622 300	1 429 300	88,1	59,5	91,0	92,4	88,5	89,2	90,1	89,6
40 - 45	2 056 900	1 857 400	90,3	65,5	92,8	93,4	90,4	90,3		
45 - 50	1 631 500	1 493 700	91,6	68,1	93,9	94,5	91,3	90,8	91,6	91,8
50 - 60	2 749 400	2 560 200	93,1	70,5	94,8	95,2	91,6	91,3	92,0	92,4
60 - 70	1 778 700	1 663 900	93,5	74,7	94,8	94,5	91,1	91,2	91,8	92,9
70 und mehr	1 827 100	1 636 300	89,6	72,3	91,2	90,2	85,9	86,4	87,1	88,3
Zusammen ...	17 568 700	15 501 200	88,2	63,6	90,8	91,4	87,5	87,5	88,9	89,6
Frauen										
unter 21	1 158 200	917 600	79,2	54,1	83,2	84,3	-	-	-	-
21 - 25	1 437 000	1 120 900	78,0	49,2	82,9	85,0	77,0	77,5	80,0	80,3
25 - 30	1 615 800	1 334 000	82,6	52,1	86,8	88,8	82,5	81,7	83,7	84,0
30 - 35	1 547 800	1 341 000	86,6	57,0	89,7	91,3	86,0	85,7		
35 - 40	1 607 400	1 433 700	89,2	62,4	92,0	92,3	87,0	87,3	88,5	87,6
40 - 45	2 019 800	1 825 300	90,4	67,1	92,6	92,8	88,5	88,0		
45 - 50	1 619 100	1 469 800	90,8	67,7	93,3	93,5	88,5	87,4	89,5	89,4
50 - 60	3 319 900	3 039 800	91,6	69,1	93,0	93,3	88,2	88,1	89,2	89,4
60 - 70	2 776 700	2 534 100	91,3	72,3	93,0	92,2	86,7	86,4	87,3	87,4
70 und mehr	3 276 200	2 739 400	83,6	64,7	86,0	83,3	75,7	74,8	75,8	75,3
Zusammen ...	20 377 900	17 755 600	87,1	63,6	90,0	90,2	84,9	84,6	86,2	86,3

1) Ohne Personen mit Wahrschein.

2) Wahl zum Europäischen Parlament.

Schaubild 5



87,6 %. Das ist zugleich die Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten ohne Wahlschein nach der Totalstatistik.

Die Frauen unter den Wahlberechtigten haben ihr zahlenmäßiges Übergewicht von rd. 3,5 Mill. am Wahltag nicht voll ausgenutzt, denn die Männer beteiligten sich zu 88,2 %, die Frauen aber nur zu 87,1 % an der Wahl. Früher war dieser Unterschied aber noch größer. Im Jahre 1957 betrug er 3,3, 1969 noch 2,6 und bei der Bundestagswahl 1972 immerhin noch 1,2

Prozentpunkte. Damals gingen rd. 240 000 Frauenstimmen dadurch verloren, daß die weiblichen Wähler nicht im gleichen Umfang zum Wahllokal gingen, wie die Männer, 1980 aber nur noch rd. 220 000. Das Interesse der Frauen am demokratischen Staatsleben steht danach dem der Männer kaum noch nach.

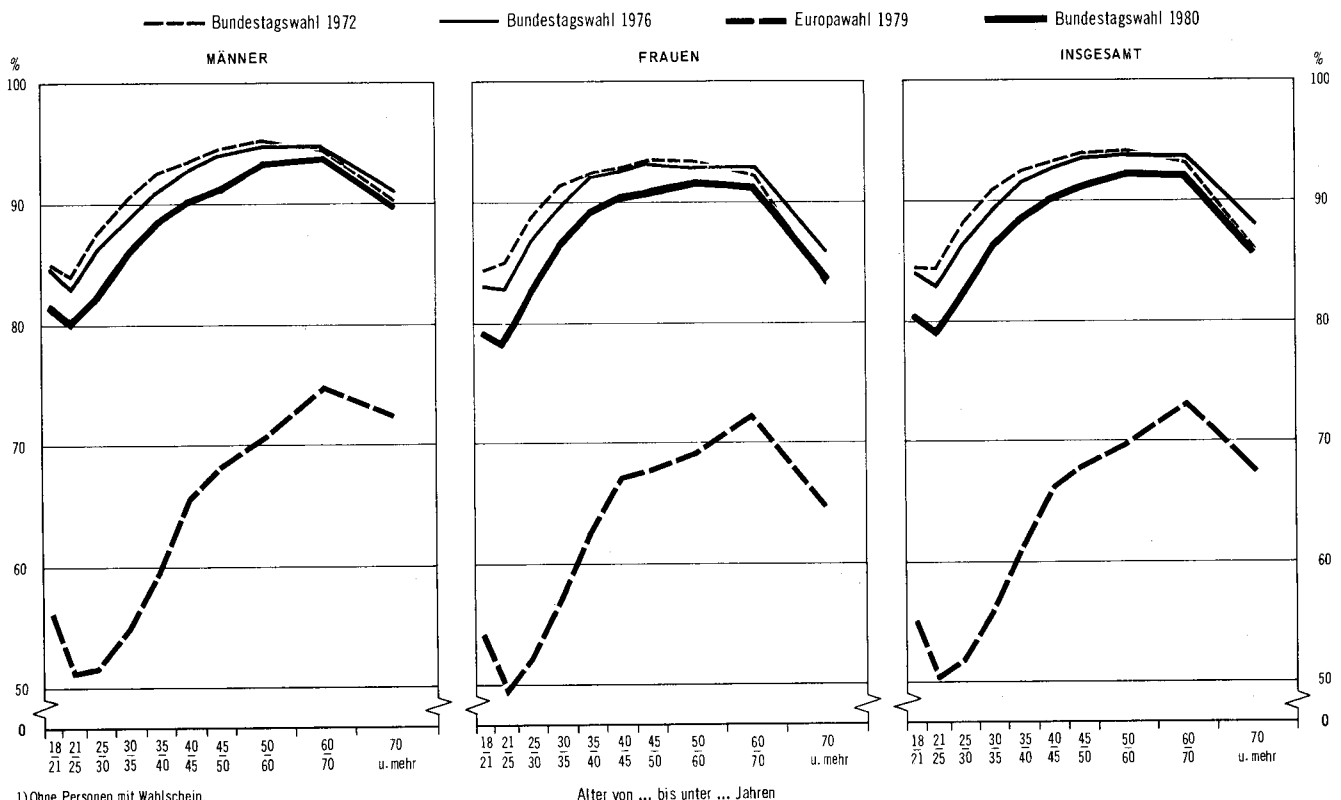
Die Feststellungen über die Wahlbeteiligung nach dem Alter wurden von zunächst sieben (1957 und 1961) über neun (1965 und 1969), ab 1972 auf nunmehr zehn Altersgruppen erweitert, so daß einmal auch für die 30- bis 50jährigen eine Unterscheidung nach fünfjährigen Altersgruppen möglich ist, zum anderen die Wahlbeteiligung der Jüngsten besonders beobachtet werden kann. Aber nicht sie, die 18- bis 20jährigen, die 1972 zum erstenmal wählen durften, sondern wiederum die 21- bis 24jährigen hatten die geringste Wahlbeteiligung. Von ihnen blieben etwas über 21 % der Wahl fern (1976: 17,1 %). Die Erstwähler sind zugleich die Altersgruppe, in der die Wahlbeteiligung bis 1969 am stärksten abgenommen hat. Bei der Wahl 1957 betrug sie 80,6 % und bei der Wahl 1969 nur noch 76,6 %. 1972 stieg sie auf 84,6 % an und 1980 fiel sie auf 80,4 %.

Die niedrigere Wahlbeteiligung der jungen Wähler hängt möglicherweise damit zusammen, daß es eine gewisse Zeit dauert, bis bei ihnen ein tieferes Interesse an den politischen Fragen wach wird und die nötige Sicherheit gewonnen worden ist, zwischen den politischen Parteien eine Entscheidung zu treffen.

Mit zunehmendem Alter wächst die Wahlbeteiligung. Auch Personen, die bei früheren Wahlen abseits gestanden haben, werden also allmählich Wähler. Den größten Wahleifer legten mit 93,5 % die 60- bis 70jährigen Männer an den Tag. Eine so hohe Wahlbeteiligung ergab sich für die Frauen in keiner Altersgruppe. Bei ihnen sind es die 50- bis 60jährigen, für die mit 91,6 % die höchste Wahlbeteiligung festgestellt werden konnte. Nach dem 60. Lebensjahr sinkt die Wahlbeteiligung der Frauen schneller und tiefer, als die der Männer. Von den über 70jäh-

Schaubild 6

**WAHLBETEILIGUNG¹⁾ DER MÄNNER UND FRAUEN BEI DEN BUNDESTAGSWAHLEN 1972, 1976 UND 1980
SOWIE BEI DER EUROPAAWAHL 1979 NACH DEM ALTER**
Wähler von jeweils 100 Wahlberechtigten



26 Relation wahlberechtigter Männer und Frauen
nach Altersgruppen

Alter von etwa ... bis unter ... Jahren	Auf 1 000 wahlberechtigte ¹⁾ Männer entfielen ... wahlberechtigte Frauen		
	1972	1976	1980
18 - 21	985	990	974
21 - 25	952	984	973
25 - 30	960	990	984
30 - 35	966	990	971
35 - 40	972	967	983
40 - 45	976	993	982
45 - 50	1 232	1 012	995
50 - 60	1 423	1 395	1 222
60 - 70	1 393	1 507	1 566
70 und mehr ..	1 771	1 782	1 886
Insgesamt ...	1 187	1 191	1 179

1) Ohne die nicht in den Wählerverzeichnissen eingetragenen Wahlberechtigten.

rigen Frauen gingen 83,6 % (1976: 86,0 %), von den über 70jährigen Männern aber noch 89,6 % (1976: 91,2 %) zum Wahllokal.

Von 1976 bis 1980 ist die Wahlbeteiligung in allen Altersgruppen, wenn auch in unterschiedlichem Umfang, gefallen. Bei den Männern betrug der Rückgang in den einzelnen Altersgruppen zwischen 4,4 (25 bis 29 Jahre) und 1,3 Prozentpunkten (60 bis 69 Jahre) und bei den Frauen zwischen 4,9 (21 bis 24 Jahre) und 1,4 Prozentpunkte (50 bis 59 Jahre).

Die Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen in den Ländern enthält die Tabelle 5 im Anhang.

Auf Auszählungen in der repräsentativen Wahlstatistik nach Gemeindegrößenklassen bzw. nach dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen in den Gemeinden in Kombination mit dem Geschlecht und Alter wurde auch 1980 verzichtet. An ihre Stelle sind Totalauszählungen über die Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen jeweils in Kombination mit dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen in den Gemeinden, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden bzw. der Beamten und Angestellten in den Gemeinden getreten. Da hierbei die Briefwähler den einzelnen Gemeinden (in einer Anzahl von Fällen mittels Schätzung) zugerechnet wurden, sind aus diesen Auszählungen erstmals auch für die Wahlbeteiligung Werte angefallen.

27 Wahlbeteiligung nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden im Bundesgebiet ohne Berlin

Von ... bis unter ... %	a = Wahl- betei- ligung, b = Zahl der Gemein- den	Wähler von 100 Wahlberechtigten										
		in allen Gemein- den	in Gemeinden von ... bis unter ... Einwohner									
			unter 1 000	1 000 2 000	2 000 3 000	3 000 5 000	5 000 10 000	10 000 20 000	20 000 50 000	50 000 100 000	100 000 200 000	200 000 und mehr
Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden ¹⁾												
unter 10	a	89,4	90,8	89,0	88,8	88,7	89,4	90,0	90,8	-	-	-
	b	2 444	1 014	640	305	265	150	61	9	-	-	-
10 - 20	a	89,1	91,4	90,0	89,4	89,1	89,4	89,4	89,6	87,2	86,9	88,3
	b	920	101	133	126	138	210	140	57	12	2	1
20 - 30	a	87,6	92,0	90,3	89,3	88,8	89,3	89,2	89,1	88,4	88,4	85,2
	b	374	37	32	40	44	78	65	54	14	5	5
30 - 40	a	88,7	91,6	89,5	90,1	89,2	89,9	89,2	89,2	87,7	88,1	88,0
	b	182	19	27	11	30	31	21	31	7	3	2
40 - 50	a	88,0	92,6	89,4	88,9	87,7	90,6	90,1	88,7	89,0	88,0	87,0
	b	171	27	22	15	20	23	25	18	11	4	6
50 - 60	a	88,1	92,0	90,2	90,6	89,1	89,7	89,4	88,2	88,1	88,1	87,4
	b	279	50	33	19	23	47	45	32	13	9	8
60 - 70	a	88,4	90,2	90,0	89,2	88,4	88,5	88,8	88,6	87,8	88,0	88,0
	b	440	95	50	22	66	81	58	48	11	7	2
70 - 80	a	88,9	90,2	88,6	89,1	88,5	88,7	89,8	89,0	88,2	88,1	88,8
	b	585	119	91	63	86	107	72	30	9	4	4
80 - 90	a	89,3	89,7	88,7	88,5	89,4	89,7	90,2	89,6	88,0	84,6	88,2
	b	1 160	377	198	113	132	165	106	56	10	1	2
90 - 100	a	88,9	89,4	89,0	88,8	89,2	88,8	88,2	87,6	-	-	-
	b	1 937	1 287	368	107	84	49	37	5	-	-	-
Insgesamt ...	a	88,6 ²⁾	90,1	89,1	89,0	88,9	89,3	89,5	89,1	88,1	88,0	87,3
	b	8 492 ²⁾	3 126	1 594	821	888	941	630	340	87	35	30

Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden¹⁾

unter 10	a	88,2	92,0	90,7	90,4	88,9	90,6	90,6	89,2	88,8	88,4	87,6
	b	234	59	23	7	11	22	27	34	20	15	16
10 - 20	a	88,6	91,4	90,5	90,0	89,8	89,8	89,9	89,1	87,9	87,7	87,0
	b	2 216	339	269	194	260	409	379	265	67	20	14
20 - 30	a	89,1	90,7	89,9	89,5	88,9	89,1	88,7	89,3	-	-	-
	b	2 121	647	419	234	286	310	186	39	-	-	-
30 - 40	a	88,8	90,0	89,2	88,3	88,7	88,6	88,0	89,9	-	-	-
	b	1 650	725	363	188	193	148	31	2	-	-	-
40 - 50	a	88,1	89,3	87,7	87,9	87,5	88,6	87,4	-	-	-	-
	b	1 184	612	286	132	103	44	7	-	-	-	-
50 - 100	a	88,0	89,3	87,7	87,8	86,6	87,1	-	-	-	-	-
	b	1 087	744	234	66	35	8	-	-	-	-	-

Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden¹⁾

unter 10	a	87,5	89,1	86,8	86,6	86,2	88,7	-	-	-	-	-
	b	628	458	131	29	9	1	-	-	-	-	-
10 - 20	a	88,2	89,7	88,2	88,0	87,7	88,0	87,3	-	-	-	-
	b	2 897	1 476	681	327	288	113	12	-	-	-	-
20 - 30	a	89,4	90,7	90,0	89,5	89,2	89,4	89,5	-	-	-	-
	b	2 807	946	541	312	369	421	186	32	-	-	-
30 - 40	a	89,2	91,2	90,6	90,4	89,8	89,7	89,5	89,3	88,8	88,8	87,4
	b	1 475	223	193	118	176	283	282	156	32	9	3
40 - 50	a	88,3	90,4	91,5	90,3	90,1	90,1	89,7	88,8	87,9	87,9	87,4
	b	528	20	36	31	33	93	119	128	42	13	13
50 - 90	a	87,5	95,8	89,3	91,7	90,6	89,3	90,2	89,2	87,0	87,5	87,2
	b	157	3	12	4	13	30	31	24	13	13	14

1) Nach dem Ergebnis bei der Volkszählung 1970 umgerechnet auf den Gebietsstand bei der Bundestagswahl 1980.

2) Außerdem 3 Gemeinden und 6 bewohnte gemeindefreie Grundstücke, die aufgrund ihrer geringen Zahl von Wahlberechtigten keinen eigenen Wahlbezirk bilden konnten und deshalb anderen Gemeinden zugeordnet wurden.

Wie Tabelle 27 ausweist, hatten insgesamt 374 Gemeinden bei einem Anteil von 20 bis unter 30 % Evangelischen im Durchschnitt die niedrigste Wahlbeteiligung (87,6 %) und 2 444 Gemeinden bei einem Anteil von unter 10 % Evangelischen im Durchschnitt die höchste Wahlbeteiligung (89,4 %). Nach Größenklassen gegliedert, hatten 27 Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern und einem Anteil von 40 bis unter 50 % Evangelischen im Durchschnitt die höchste Wahlbeteiligung (92,6 %) und die Stadt Bremerhaven (Einwohnergröße 100 000 bis unter 200 000) bei einem Anteil von 81 % Evangelischen die niedrigste Wahlbeteiligung (84,6 %).

Bei einem Anteil von 20 bis unter 30 % Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen oder Beamten und Angestellten haben im Durchschnitt 2 121 Gemeinden mit 89,1 % bzw. 2 807 Gemeinden mit 89,4 % die höchste Wahlbeteiligung. Die geringste Wahlbeteiligung weisen im Durchschnitt 1 087 Gemeinden bei einem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen von 50 bis unter 100 % (88,0 %) aus. Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten von unter 10 % bzw. 50 bis unter 90 % sind es 628 bzw. 152 Gemeinden mit einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von jeweils 87,5 %.

Nach Ländern wird die Wahlbeteiligung nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden in der Tabelle 6 im Anhang dargeboten.

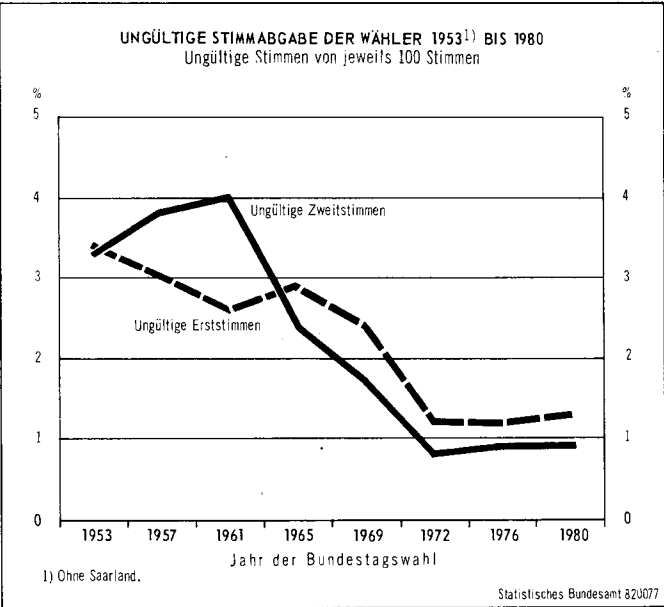
3 Ungültige Stimmen

Ungültig sind die Stimmen, die den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lassen sowie die Stimmen, die einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten. Ist nur die Erst- oder nur die Zweitstimme ungültig, gilt die andere Stimme¹⁾. Wie Tabelle 29 zeigt, handelt es sich in der Praxis fast nur um folgende Fälle, die auch gleichzeitig vorkommen können:

- a) der Stimmzettel ist auf beiden Seiten oder nur auf der Erst- oder Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen;
- b) es sind auf beiden Seiten oder nur auf der Erst- oder Zweitstimmenseite mehrere Wahlvorschläge angekreuzt.

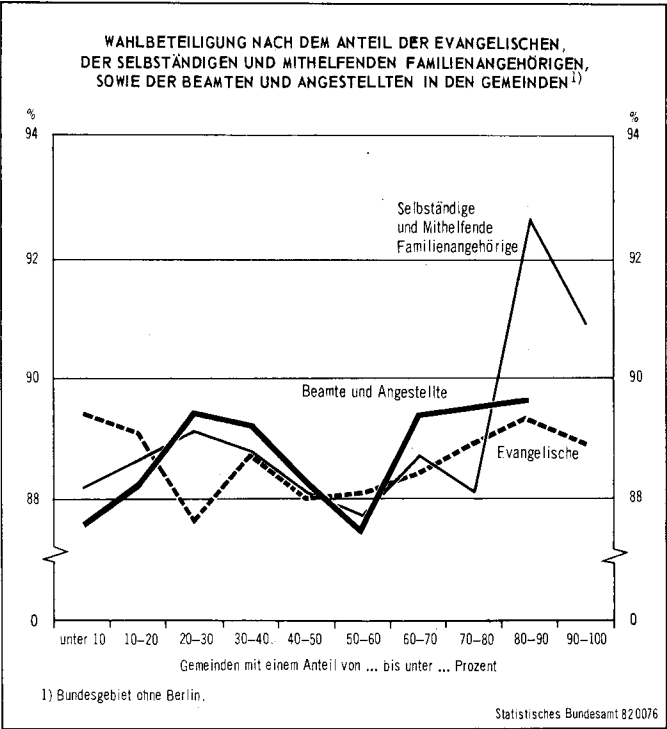
In dem zuerst genannten Fall hat der Wähler absichtlich oder aus Unachtsamkeit darauf verzichtet, sich für einen Wahlkreisvorschlag oder eine Landesliste oder für beides zu entscheiden; im zweiten Falle kann vom Wahlvorstand nicht darüber befunden werden, welches Kreuz gelten soll.

Schaubild 8



1) Wegen der Besonderheit der Abgabe von zwei Stimmen auf einem Stimmzettel ist der Vergleich der ungültigen Stimmen bei Bundestagswahlen mit den ungültigen Stimmen bei anderen politischen Wahlen, bei denen nur eine Stimme abzugeben ist, nicht ohne weiteres möglich.

Schaubild 7



Verfolgt man die Entwicklung seit der Bundestagswahl 1953, bei der es zum ersten Mal zwei Stimmen gab, so sank der Anteil der ungültigen Erststimmen bis 1961 von 3,4 auf 2,6 %; in der gleichen Zeit hat sich der Anteil der ungültigen Zweitstimmen von 3,3 auf 4,0 % ständig erhöht. Bei der Bundestagswahl 1965 stieg der Anteil der ungültigen Erststimmen auf 2,9 %, fiel dann aber bis 1976 auf 1,2 % und stieg 1980 leicht auf 1,3 % an. Der Anteil der ungültigen Zweitstimmen hatte sich schon 1965 auf 2,4 % vermindert und betrug 1972 nur noch 0,8 %; er liegt 1980 - wie 1976 - bei 0,9 %. Wenn sich auch 1976 und 1980 der Trend zu einer weiteren Abnahme der ungültigen Stimmen nicht fortgesetzt hat, so wurden 1980 doch weniger ungültige Erst- und Zweitstimmen abgegeben als in allen Bundestagswahlen vor 1972. Das läßt darauf schließen, daß die Technik der Abgabe von zwei Stimmen auf einem Stimmzettel heute weit besser verstanden wird als in den ersten zwanzig Jahren der Einführung des Zweistimmensystems.

28 Ungültige Stimmen

Wahljahr	Ungültige			
	Erststimmen		Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
1953 ¹⁾	959 790	3,4	928 278	3,3
1957	916 680	3,0	1 167 466	3,8
1961	845 158	2,6	1 298 723	4,0
1965	979 158	2,9	795 765	2,4
1969	809 548	2,4	557 040	1,7
1972	457 810	1,2	301 839	0,8
1976	470 109	1,2	343 253	0,9
1980	485 645	1,3	353 195	0,9

1) Ohne Saarland

Die Untersuchung der ungültigen Stimmen im Rahmen der repräsentativen Wahlstatistik gibt in der Gliederung nach Geschlecht und Alter - trotz des geringen Prozentsatzes - Hinweise auf das Wahlverhalten. Bei der Untersuchung der ungültigen Stimmen werden folgende drei Gruppen unterschieden: Erst- und Zweitstimme, nur Erststimme, nur Zweitstimme.

29 Art der ungültigen Stimmen der Männer und Frauen

Wähler ¹⁾ nach Art der ungültigen Stimmen	Wahljahr	Insgesamt		Männer		Frauen	
		1 000	%	1 000	%	1 000	%
Ungültige Erst- und Zweitstimme							
Erst- und Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen	1980	107	19,4	46	21,4	61	18,0
	1976	103	17,1	47	20,6	56	15,0
Erststimmenseite leer oder durchgestrichen, Zweitstimmenseite mehrere Kreuze	1980	54	9,7	19	8,8	35	10,3
	1976	33	5,5	12	5,1	22	5,8
Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen, Erststimmenseite mehrere Kreuze	1980	27	4,9	10	4,8	17	5,0
	1976	18	3,0	7	3,1	11	3,0
Beide Seiten mehrere Kreuze	1980	20	3,6	8	3,8	12	3,4
	1976	16	2,7	7	3,0	9	2,5
Eine Seite leer oder durchgestrichen, auf der anderen Seite sonstige Ursachen	1980	2	0,4	1	0,4	1	0,3
	1976	2	0,3	1	0,3	1	0,3
Beide Seiten sonstige Ursachen	1980	5	0,9	3	1,3	3	0,7
	1976	4	0,6	2	0,8	2	0,5
Zusammen ...	1980	216	38,9	87	40,4	128	38,0
	1976	176	29,2	75	32,8	101	27,1
	1972	179	33,0	78	36,8	101	30,5
	1969	281	23,9	128	29,5	153	20,6
	1965	341	24,2	149	30,0	192	21,1
	1961	339	18,0	154	22,0	184	15,6
Ungültige Erst- und gültige Zweitstimme							
Erststimmenseite leer oder durchgestrichen ...	1980	220	39,6	86	39,9	133	39,4
	1976	262	43,5	97	42,5	165	44,2
Erststimmenseite mehrere Kreuze	1980	10	1,8	3	1,6	6	1,9
	1976	10	1,7	4	1,6	7	1,8
Sonstige Ursachen	1980	1	0,3	1	0,2	1	0,3
	1976	2	0,3	1	0,3	1	0,3
Zusammen ...	1980	231	41,7	90	41,8	141	41,6
	1976	274	45,5	101	44,3	173	46,3
	1972	257	47,5	95	44,8	163	49,2
	1969	607	51,6	203	46,8	404	54,4
	1965	627	44,5	193	38,9	434	47,6
	1961	584	31,0	208	29,7	376	31,9
Ungültige Zweit- und gültige Erststimme							
Zweitstimmenseite leer oder durchgestrichen ...	1980	98	17,7	35	16,0	63	18,7
	1976	138	22,8	48	20,8	90	24,1
Zweitstimmenseite mehrere Kreuze	1980	9	1,6	3	1,6	5	1,6
	1976	13	2,1	4	1,8	9	2,3
Sonstige Ursachen	1980	1	0,2	0	0,2	1	0,2
	1976	2	0,3	1	0,3	1	0,2
Zusammen ...	1980	107	19,4	39	17,8	69	20,5
	1976	152	25,2	52	22,9	100	26,6
	1972	106	19,5	39	18,4	67	20,2
	1969	288	24,5	103	23,7	185	24,9
	1965	439	31,2	154	31,0	285	31,3
	1961	959	51,0	339	48,4	620	52,5
Insgesamt ...	1980	555	100	217	100	338	100
	1976	602	100	228	100	374	100
	1972	542	100	211	100	331	100
	1969	1 176	100	434	100	742	100
	1965	1 408	100	497	100	911	100
	1961	1 882	100	701	100	1 180	100

1) Ohne Stimmen der Briefwähler.

Die Ergebnisse von 1980 zeigen, daß die Zahl der Personen, die beide Stimmen ungültig abgegeben haben, rd.- 216 000 (Männer 87 000, Frauen 128 000) betrug. Sie ist gegenüber 1976 um rd. 40 000 (Männer 12 000 und Frauen 27 000) gestiegen. Die Zahl der ungültigen Erst- und Zweitstimmen ist - trotz Zunahme der Wähler - seit 1965 (341 000) ständig gesunken und lag mit 176 000 bei der Bundestagswahl 1976 am niedrigsten. Von den 216 000 Wählern (beide Stimmen ungültig) haben 107 000 den Stimmzettel unausgefüllt gelassen oder durchgestrichen und damit offenbar gar nicht die Absicht gehabt, sich für einen Wahlvorschlag zu entscheiden. Anders kann es jedoch bei den rd. 81 000 Wählern gewesen sein, die auf einer Seite des Stimmzettels mehrere Kreuze gemacht und die andere Seite leergelassen oder durchgestrichen hatten, sowie bei den 20 000 Wählern mit mehreren Kreuzen auf beiden Seiten des Stimmzettels. Ein Teil der genannten 81 000 Wähler könnte angenommen haben, die beiden Stimmen sollten entweder nur als Erststimmen oder nur als Zweitstimmen abgegeben werden, ein Teil der 20 000 Wähler wohl auch, es könnten auf beiden Seiten des Stimmzettels je zwei Wahlvorschläge angekreuzt werden.

Die Zahl der Wähler mit ungültiger Erst- und gültiger Zweitstimme betrug 1980 rd. 231 000 (Männer 90 000, Frauen 141 000). Bei diesen Wählern könnte es sich in erster Linie um Anhänger von Parteien gehandelt haben, für die es zwar eine Landesliste, aber keinen Kreiswahlvorschlag gab, oder um Personen, die dem Wahlkreis kandidaten ihrer Partei keine Erfolgsaussichten einräumten.

Im Gegensatz zu der 1980 angestiegenen Zahl von Wählern, die beide Stimmen ungültig abgaben, hat sich die Zahl der Wähler mit ungültiger Erst- und gültiger Zweitstimme (231 000), ebenso wie die Zahl der Wähler mit ungültiger Zweit- und gültiger Erststimme (107 000), gegenüber 1976 vermindert. Dabei handelt es sich überwiegend um Personen, welche die für die Abgabe der Erst- oder der Zweitstimme vorgesehene Stimmzettelseite leer gelassen oder durchgestrichen hatten. In welchem Umfang hier Unkenntnis oder Nachlässigkeit eine Rolle gespielt haben, läßt sich nicht feststellen. Sicherlich wird es aber unter diesen 220 000 bzw. 98 000 Wählern viele gegeben haben, die sich zwar für eine Landesliste, aber nicht für die Person eines Wahlkreisbewerbers oder umgekehrt für die Person eines Wahlkreisbewerbers, aber für keine Landesliste entscheiden mochten. Es ist kaum anzunehmen, daß die Verminderung der Zahl der Wähler mit ungültiger Erst- und gültiger Zweitstimme (1961: 584 000) und die Zahl der Wähler mit gültiger Erst- und ungültiger Zweitstimme (1961: 959 000) um 353 000 bzw. 852 000 seit der Bundestagswahl 1961 in so großem Umfang auf einen "Abbau" von Vorbehalten gegenüber den Kreiswahlvorschlägen bzw. Landeslisten der Parteien beruht. Richtiger wird es sein, daß der Anteil der Wähler, die annehmen, mit der Abgabe nur der Erst- bzw. nur der Zweitstimme die wichtigste ihrer Möglichkeiten erschöpft zu haben, inzwischen sehr klein geworden ist. Die Aufklärung der Öffentlichkeit über das Zweistimmensystem wird zu dem Rückgang der Zahl der ungültigen Zweitstimmen von 4,2 % bei der Wahl 1961 auf 1,0 % bei der Wahl 1980 oder um etwas über drei Viertel ebenso beigetragen haben wie die Neugestaltung des Stimmzettels seit der Wahl 1965.

Geht man von der Gesamtzahl der rd. 555 000 ungültigen Stimmen aus und gliedert sie nach dem Geschlecht auf, so zeigt sich, daß von Männern 217 000 und von Frauen 338 000 ungültig abgegeben worden sind.

Wie Tabelle 30 ausweist, waren von 100 Erststimmen der Männer 1,1 % und von 100 Erststimmen der Frauen 1,5 %, von 100 Zweitstimmen der Männer 0,8 % und von 100 Zweitstimmen der Frauen 1,1 % ungültig. Unterscheidet man nach dem Alter, so wählten die 60jährigen und Älteren mit 2,1 % der Erststimmen und 1,5 % der Zweitstimmen häufiger ungültig als die übrigen Altersgruppen. Da die Abgabe von nur einer ungültigen Stimme häufig auf der Ablehnung entweder aller Kreiswahlvorschläge

30 Ungültige Erst- und Zweitstimmen der Männer und Frauen nach dem Alter

Alter von ... bis unter ... Jahren	Von jeweils 100 Wählern ¹⁾ wählten mit der					
	Erststimme ungültig	und zwar		Zweitstimme ungültig	und zwar	
		auch mit Zweitstimme	nur mit Erststimme		auch mit Erststimme	nur mit Zweitstimme
Insgesamt						
18 - 25	1,1	0,5	0,6	0,7	0,5	0,2
25 - 35	0,8	0,4	0,4	0,6	0,4	0,2
35 - 45	1,0	0,5	0,5	0,7	0,5	0,2
45 - 60	1,3	0,7	0,6	1,0	0,7	0,3
60 und mehr	2,1	1,0	1,1	1,5	1,0	0,5
Insgesamt ...	1,3	0,6	0,7	1,0	0,6	0,3
dagegen 1976 ...	1,3	0,5	0,8	1,0	0,5	0,4
1972 ...	1,3	0,5	0,7	0,8	0,5	0,3
1969 ...	2,6	0,9	1,7	1,7	0,9	0,8
1965 ...	3,1	1,1	2,0	2,5	1,1	1,4
1961 ...	2,9	1,1	1,9	4,2	1,1	3,2
Männer						
18 - 25	1,0	0,5	0,6	0,6	0,5	0,2
25 - 35	0,8	0,3	0,4	0,5	0,3	0,2
35 - 45	0,9	0,4	0,5	0,6	0,4	0,2
45 - 60	1,2	0,6	0,6	0,9	0,6	0,3
60 und mehr	1,7	0,9	0,8	1,3	0,9	0,4
Zusammen ...	1,1	0,6	0,6	0,8	0,6	0,2
dagegen 1976 ...	1,1	0,5	0,6	0,8	0,5	0,3
1972 ...	1,1	0,5	0,6	0,7	0,5	0,2
1969 ...	2,1	0,8	1,3	1,5	0,8	0,7
1965 ...	2,4	1,0	1,4	2,1	1,0	1,1
1961 ...	2,5	1,0	1,4	3,4	1,0	2,4
Frauen						
18 - 25	1,1	0,5	0,6	0,8	0,5	0,2
25 - 35	0,8	0,4	0,5	0,6	0,4	0,2
35 - 45	1,1	0,5	0,5	0,8	0,5	0,3
45 - 60	1,4	0,7	0,7	1,1	0,7	0,4
60 und mehr	2,4	1,1	1,3	1,7	1,1	0,6
Zusammen ...	1,5	0,7	0,8	1,1	0,7	0,4
dagegen 1976 ...	1,5	0,6	1,0	1,1	0,6	0,5
1972 ...	1,4	0,5	0,9	0,9	0,5	0,4
1969 ...	3,0	0,9	2,1	1,9	0,9	1,0
1965 ...	3,8	1,2	2,6	2,9	1,2	1,7
1961 ...	3,3	1,1	2,3	4,9	1,1	3,8

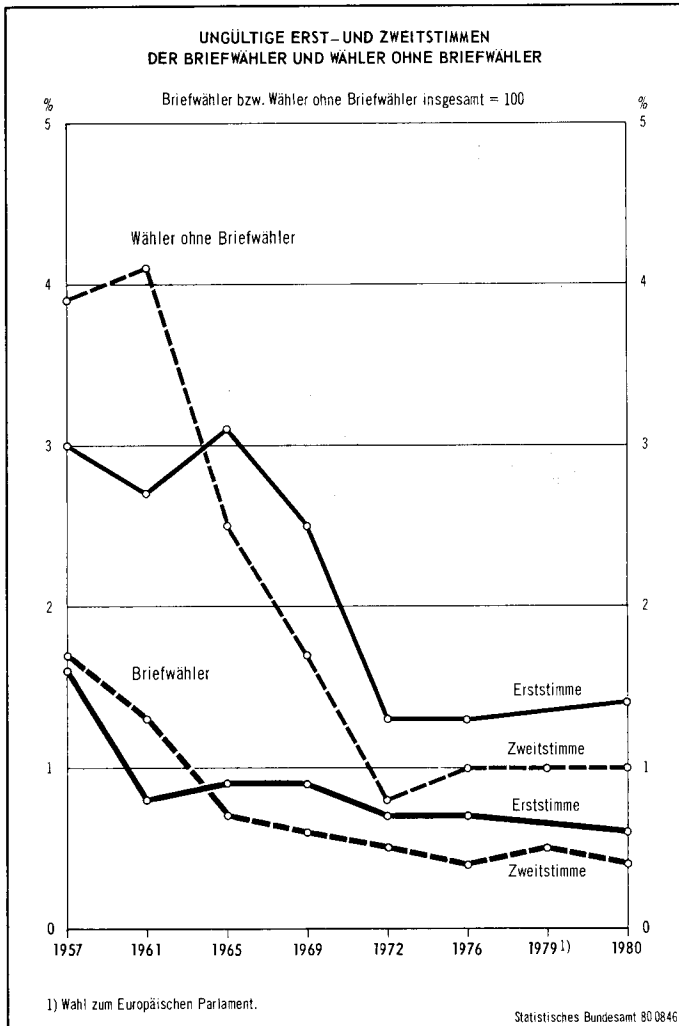
1) Ohne Stimmen der Briefwähler.

oder aller Landeslisten und nicht nur auf Mißverständnissen und Fehlern beruhen wird, könnte man versuchen, die ungültigen Stimmen der älteren Wähler hieraus zu erklären. Man würde dabei unterstellen, daß ältere Wähler, die etwa doppelt so häufig wie die jüngsten Wähler nur eine Stimme abgegeben haben, besonders kritisch sind. Etwa doppelt so häufig wie die unter 35jährigen haben die 60jährigen und Älteren aber auch mit beiden Stimmen ungültig gewählt. Man wird daher eher folgern dürfen, daß es für den älteren Wähler relativ schwierig ist, den Stimmzettel auszufüllen.

Kennzeichnend für die Wahlberechtigten mit Briefwahlunterlagen war nicht nur die höhere Wahlbeteiligung, sondern - wie schon immer - auch der geringere Anteil der von ihnen abgegebenen ungültigen Erst- und auch Zweitstimmen.

Bei der Bundestagswahl 1980 lagen die Anteile der von den Briefwählern abgegebenen ungültigen Erst- und Zweitstimmen um 57 bzw. 60 % niedriger als bei den Wählern ohne Wahlschein. Bei der Bundestagswahl 1965 hatten diese Anteilssätze sogar 71 bzw. 72 % betragen.

Schaubild 9



Der Anteil der ungültigen Erststimmen betrug bei den Briefwählern 0,6 % und bei den Wählern ohne Briefwähler 1,4 %. Bei den ungültigen Zweitstimmen lagen diese Anteile bei 0,4 und 1,0 %. Gegenüber 1976 hat sich bei den Erststimmen der Anteil der ungültigen Briefwahlstimmen um 0,1 Prozentpunkte vermindert und bei den Wählern ohne Briefwähler um den gleichen Wert erhöht. Die Anteile der ungültigen Zweitstimmen sind gegenüber 1976 dagegen unverändert geblieben. Der Grund für die niedrigen Anteilsätze der ungültigen Stimmen dürfte bei den Briefwählern nicht nur darin gelegen haben, daß sie in vertrauter Umgebung den Stimmzettel ausfüllen konnten und genügend Zeit für das Durchlesen der Hinweise besaßen; es wird u.a. auch das größere politische Interesse, das daran zu erkennen ist, daß sie sich der Mühe unterzogen, die Unterlagen für die Briefwahl zu besorgen, eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben.

31 Ungültige Erst- und Zweitstimmen der Wähler
insgesamt, der Briefwähler und der Wähler
ohne Briefwähler

Wahljahr	Von 100		
	Wählern insgesamt	Briefwählern	Wählern ohne Briefwähler
haben ungültig gewählt			
Erststimme			
1957	3,0	1,6	3,0
1961	2,6	0,8	2,7
1965	2,9	0,9	3,1
1969	2,4	0,9	2,5
1972	1,2	0,7	1,3
1976	1,2	0,7	1,3
1980	1,3	0,6	1,4
Zweitstimme			
1957	3,8	1,7	3,9
1961	4,0	1,3	4,1
1965	2,4	0,7	2,5
1969	1,7	0,6	1,7
1972	0,8	0,5	0,8
1976	0,9	0,4	1,0
1979 1)	0,9	0,5	1,0
1980	0,9	0,4	1,0

1) Wahl zum Europäischen Parlament; bei dieser Wahl gab es nur eine Stimme.

4 Gültige Erststimmen

4.1 Nach Parteien

Bei der Bundestagswahl 1980 gab es 37 806 531 Erststimmen, die darüber entschieden, welche Wahlkreisabgeordneten in den Deutschen Bundestag einziehen. Wie Tabelle 32 zeigt, war die Zahl der gültigen Erststimmen bei der Bundestagswahl 1953 - bei der zum ersten Mal mit zwei Stimmen gewählt wurde - um über 10 Mill. kleiner.

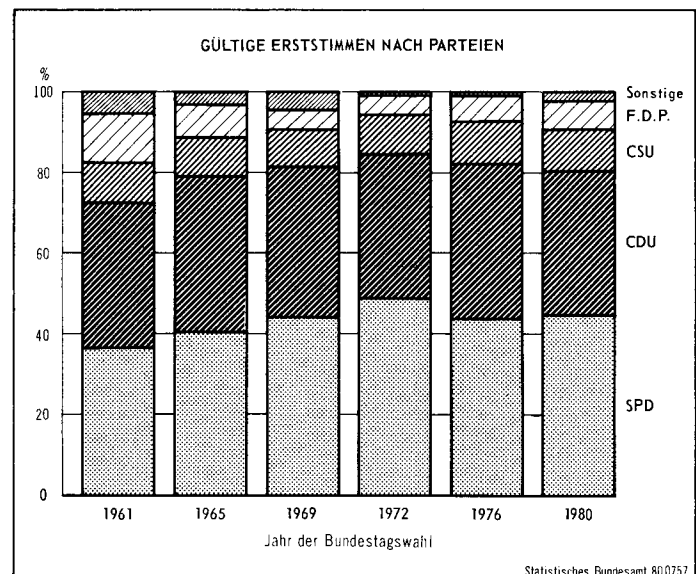
Die Zunahme der gültigen Erststimmen war von Wahl zu Wahl sehr unterschiedlich. Von 1953 auf 1957 hatte sie 9,6 % betragen, von 1957 auf 1961 6,1 %, anschließend 1,4 % (1961/65) und 0,9 % (1965/69). Von 1969 auf 1972 war dann eine sehr hohe Zunahme von 14,0 % zu verzeichnen, die neben einer höheren Wahlbeteiligung insbesondere auf die grundgesetzliche Ausdehnung des Wahlalters auch auf die 18- bis 20jährigen zurückzuführen war. Von 1972 auf 1976 betrug die Zunahme nur noch 1,1 %. Sie ging von 1976 auf 1980 wegen der geringeren Wahlbeteiligung auf 0,3 % zurück.

Betrachtet man die Entwicklung nach Parteien, so ist bei der SPD festzustellen, daß sie bis 1972 kontinuierlich ihren Anteil an den gültigen Erststimmen von 29,5 % bei der Wahl 1953 auf 48,9 % erhöhen konnte. Bei der Bundestagswahl 1976 mußte sie gegenüber 1972 einen Rückgang von 5,2 Prozentpunkten hinnehmen. Von 1976 bis 1980 erhöhte sich ihr Anteil wieder um 0,8 Prozentpunkte auf 44,5 %.

Die Entwicklung der Erststimmenanteile der CDU und CSU nahm einen wechselhaften Verlauf. 1953 betrug ihr Anteil 43,7 %, stieg 1957 auf 50,3 % und schwankte dann bis 1976 zwischen 45,4 % (1972) und 48,8 % (1965). Bei der Bundestagswahl 1980 lag der Anteil der Erststimmen der CDU und CSU mit 46,0 % unter dem Ergebnis der Bundestagswahl von 1976 (48,9 %).

Auch die F.D.P. hatte einen wechselhaften Erststimmenanteil. 1969 und 1972 lag er mit jeweils 4,8 % am niedrigsten. 1976 ist der Anteil wieder angestiegen, und zwar auf 6,4 % und hat sich 1980 auf 7,2 % erhöht.

Schaubild 10



32 Veränderungen der gültigen Erststimmen nach Parteien

Wahljahr Veränderung von ... bis ...	Einheit	Gültige Erststimmen				
		insgesamt	SPD	CDU, CSU 1)	F.D.P.	Sonstige
1953	Anzahl	27 519 760	8 131 257	12 027 945	2 967 566	4 392 992
Veränderung 1953 - 1957 ..	Anzahl	+ 2 636 454	+ 1 520 412	+ 3 133 605	- 691 332	- 1 326 231
1957	Anzahl	30 156 214	9 651 669	15 161 550	2 276 234	3 066 761
Veränderung 1957 - 1961 ..	Anzahl	+ 1 848 252	+ 2 020 388	- 433 813	+ 1 590 035	- 1 328 358
1961	Anzahl	32 004 466	11 672 057	14 727 737	3 866 269	1 738 403
Veränderung 1961 - 1965 ..	Anzahl	+ 432 583	+ 1 326 417	+ 1 108 230	- 1 303 975	- 698 089
1965	Anzahl	32 437 049	12 998 474	15 835 967	2 562 294	1 040 314
Veränderung 1965 - 1969 ..	Anzahl	+ 276 467	+ 1 403 900	- 604 643	- 1 007 643	+ 484 853
1969	Anzahl	32 713 516	14 402 374	15 231 324	1 554 651	1 525 167
Veränderung 1969 - 1972 ..	Anzahl	+ 4 590 263	+ 3 825 865	+ 1 694 114	+ 235 862	- 1 165 578
1972	Anzahl	37 303 779	18 228 239	16 925 438	1 790 513	359 589
Veränderung 1972 - 1976 ..	Anzahl	+ 391 865	- 1 756 918	+ 1 506 233	+ 627 170	+ 15 380
1976	Anzahl	37 695 644	16 471 321	18 431 671	2 417 683	374 969
Veränderung 1976 - 1980 ..	Anzahl	+ 110 887	+ 337 540	- 1 023 099	+ 302 797	+ 493 649
1980	Anzahl	37 806 531	16 808 861	17 408 572	2 720 480	868 618
	%	100	44,5	46,0	7,2	2,3

1) CSU nur in Bayern, 1957 auch im Saarland.

33 Differenzen Erst- zu Zweitstimmen nach Parteien

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen		Differenz Erst- zu Zweitstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Prozentpunkte
6.9.1953						
SPD	8 131 257	29,5	7 944 943	28,8	+ 186 314	+ 0,7
CDU	9 577 659	34,8	10 016 594	36,4	- 438 935	- 1,6
CSU 1)	2 450 286	8,9	2 427 387	8,8	+ 22 899	+ 0,1
F.D.P.	2 967 566	10,8	2 629 163	9,5	+ 338 403	+ 1,3
Sonstige	4 392 992	16,0	4 533 185	16,5	- 140 193	- 0,5
Insgesamt ...	27 519 760	100	27 551 272	100	- 31 512	x
15.9.1957						
SPD	9 651 669	32,0	9 495 571	31,8	+ 156 098	+ 0,2
CDU	11 975 400	39,7	11 875 339	39,7	+ 100 061	+ 0,0
CSU 2)	3 186 150	10,6	3 133 060	10,5	+ 53 090	+ 0,1
F.D.P.	2 276 234	7,5	2 307 135	7,7	- 30 901	- 0,2
Sonstige	3 066 761	10,2	3 094 323	10,3	- 27 562	- 0,1
Insgesamt ...	30 156 214	100	29 905 428	100	+ 250 786	x
17.9.1961						
SPD	11 672 057	36,5	11 427 355	36,2	+ 244 702	+ 0,3
CDU	11 622 995	36,3	11 283 901	35,8	+ 339 094	+ 0,5
CSU 1)	3 104 742	9,7	3 014 471	9,6	+ 90 271	+ 0,1
F.D.P.	3 866 269	12,1	4 028 766	12,8	- 162 497	- 0,7
Sonstige	1 738 403	5,4	1 796 408	5,7	- 58 005	- 0,3
Insgesamt ...	32 004 466	100	31 550 901	100	+ 453 565	x
19.9.1965						
SPD	12 998 474	40,1	12 813 186	39,3	+ 185 288	+ 0,8
CDU	12 631 319	38,9	12 387 562	38,0	+ 243 757	+ 0,9
CSU 1)	3 204 648	9,9	3 136 506	9,6	+ 68 142	+ 0,3
F.D.P.	2 562 294	7,9	3 096 739	9,5	- 534 445	- 1,6
Sonstige	1 040 314	3,2	1 186 449	3,6	- 146 135	- 0,4
Insgesamt ...	32 437 049	100	32 620 442	100	- 183 393	x
28.9.1969						
SPD	14 402 374	44,0	14 065 716	42,7	+ 336 658	+ 1,3
CDU	12 137 148	37,1	12 079 535	36,6	+ 57 613	+ 0,5
CSU 1)	3 094 176	9,5	3 115 652	9,5	- 21 476	+ 0,0
F.D.P.	1 554 651	4,8	1 903 422	5,8	- 348 771	- 1,0
Sonstige	1 525 167	4,7	1 801 699	5,5	- 276 532	- 0,8
Insgesamt ...	32 713 516	100	32 966 024	100	- 252 508	x
19.11.1972						
SPD	18 228 239	48,9	17 175 169	45,8	+ 1 053 070	+ 3,1
CDU	13 304 813	35,7	13 190 837	35,2	+ 113 976	+ 0,5
CSU 1)	3 620 625	9,7	3 615 183	9,7	+ 5 442	+ 0,0
F.D.P.	1 790 513	4,8	3 129 982	8,4	- 1 339 469	- 3,6
Sonstige	359 589	1,0	348 579	0,9	+ 11 010	+ 0,1
Insgesamt ...	37 303 779	100	37 459 750	100	- 155 971	x
3.10.1976						
SPD	16 471 321	43,7	16 099 019	42,6	+ 372 302	+ 1,1
CDU	14 423 157	38,3	14 367 302	38,0	+ 55 855	+ 0,3
CSU 1)	4 008 514	10,6	4 027 499	10,6	- 18 985	- 0,0
F.D.P.	2 417 683	6,4	2 995 085	7,9	- 577 402	- 1,5
Sonstige	374 969	1,0	333 595	0,9	+ 41 374	+ 0,1
Insgesamt ...	37 695 644	100	37 822 500	100	- 126 856	x
5.10.1980						
SPD	16 808 861	44,5	16 260 677	42,9	+ 548 184	+ 1,6
CDU	13 467 207	35,6	12 989 200	34,2	+ 478 007	+ 1,4
CSU 1)	3 941 365	10,4	3 908 459	10,3	+ 32 906	+ 0,1
F.D.P.	2 720 480	7,2	4 030 999	10,6	- 1 310 519	- 3,4
Sonstige	868 618	2,3	749 646	2,0	+ 118 972	+ 0,3
Insgesamt ...	37 806 531	100	37 938 981	100	- 132 450	x

1) CSU nur in Bayern.

2) CSU nur in Bayern und im Saarland.

Die sonstigen Parteien, die 1953 noch 16 % an gültigen Erststimmen hatten, konnten 1972 und 1976 gerade noch 1 % erreichen. 1980 belief sich ihr Anteil auf 2,3 % der gültigen Erststimmen.

Seit der Bundestagswahl 1961 hatten nur die Wahlkreiskandidaten der SPD, CDU und der CSU Aussichten, Wahlkreismandate zu erringen. Viele Anhänger der übrigen Parteien dürften daher ihre Erststimme nicht den Wahlkreiskandidaten ihrer Partei, sondern den wirklich aussichtsreichen Wahlkreisbewerbern gegeben haben. Hieraus erklärt es sich teilweise, daß die SPD seit 1953 sowie die CDU - mit Ausnahme von 1953 - jeweils mehr Erst- als Zweitstimmen erhalten haben (Tabelle 33).

Die SPD hat 1980 rd. 548 000 (1976: 372 302) Erststimmen mehr als Zweitstimmen erhalten, 1972 waren es sogar über eine Million. Ihr Erststimmenanteil von 44,5 % liegt infolgedessen um 1,6 Prozentpunkte über ihrem Zweitstimmenanteil. Die CDU erhielt rd. 478 000 (1976: 55 855) und die CSU rd. 33 000 mehr Erst- als Zweitstimmen. Bei der F.D.P. waren es rd. 1 311 000 (1976: 577 402) weniger Erst- als Zweitstimmen. Hieraus ergeben sich deutliche Anhaltspunkte für die Annahme, daß viele Wähler, welche der F.D.P. die Zweitstimme gaben, mit ihrer Erststimme Kandidaten der SPD, der CDU und CSU oder der übrigen Parteien unterstützt haben.

4.2 Im Wahlkreis Gewählte

Mit der Erststimme entschieden sich die Wähler für einen Wahlkreis-(Direkt-)Kandidaten. Gewählt war, wer in seinem Wahlkreis die meisten Erststimmen erhielt.

34 Wahlkreissitze nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten

Wahljahr	Ins-gesamt	Davon nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten				
		SPD	CDU	CSU	F.D.P.	Son-stige
1949 ...	242	96	91	24	12	19 ¹⁾
1953 ...	242	45	130	42	14	11 ²⁾
1957 ...	247	46	147	47	1	6 ³⁾
1961 ...	247	91	114	42	-	-
1965 ...	248	94	118	36	-	-
1969 ...	248	127	87	34	-	-
1972 ...	248	152	65	31	-	-
1976 ...	248	114	94	40	-	-
1980 ...	248	127	81	40	-	-

1) Davon BP: 11, DP: 5, Wählergruppen: 3.
2) Davon DP: 10, Zentrum: 1.
3) DP.

Bei der Wahl 1976 gewann die SPD 114 Wahlkreissitze; auf die CDU entfielen 94 und auf die CSU 40. Geht man dagegen von den Erststimmen aus, die 1976 in den für 1980 maßgebenden Wahlkreisen abgegeben wurden, vermindert sich die Zahl der Wahlkreise mit SPD-Mehrheiten auf 109 und erhöht sich die Zahl der Wahlkreise mit CDU-Mehrheiten auf 98 und die der CSU auf 41.

Wie Tabelle 35 ausweist, ging bei der Wahl 1980 in 18 Wahlkreisen (17 CDU, 1 CSU) die Erststimmenmehrheit an die SPD verloren; andererseits gab es keinen Wahlkreis mit einem Wechsel der Mehrheit von der SPD an die CDU bzw. CSU. Für die SPD ergaben sich daher 127 Wahlkreissitze statt bisher 109 (bzw. 114 in der früheren Abgrenzung), für die CDU aber nur 81 statt bisher 98 (bzw. 94) und für die CSU 40 wie bisher (bzw. statt 41). Keinen Wechsel der Erststimmenmehrheiten gab es in den sieben Wahlkreisen von Hamburg und in den drei Wahlkreisen von Bremen, wo die SPD wieder alle Wahlkreismandate errang; ferner im Saarland, wo sich die SPD-Kandidaten

wieder in den gleichen drei von insgesamt fünf Wahlkreisen durchsetzten. In Schleswig-Holstein fielen in allen 11 Wahlkreisen die Sitze der SPD zu, was zu einem Überhangmandat führte. Nach den Zweitstimmen hatte die SPD nämlich nur einen Anspruch auf insgesamt 10 Sitze. Mehr als die Hälfte der Wahlkreissitze fielen der SPD in Niedersachsen (23 von 31), Nordrhein-Westfalen (44 von 72) und Hessen (19 von 22) zu. Umgekehrt verhält es sich in Rheinland-Pfalz, wo die CDU - wie 1976 - in 10 von 16 Wahlkreisen jeweils die meisten Erststimmen erhielt, vor allem aber in Baden-Württemberg und in Bayern, wo bis auf sechs Wahlkreise in Baden-Württemberg und fünf in Bayern alle Wahlkreise an die CDU bzw. CSU gefallen sind. Die F.D.P. hat seit 1961 keinen Wahlkreisabgeordneten mehr.

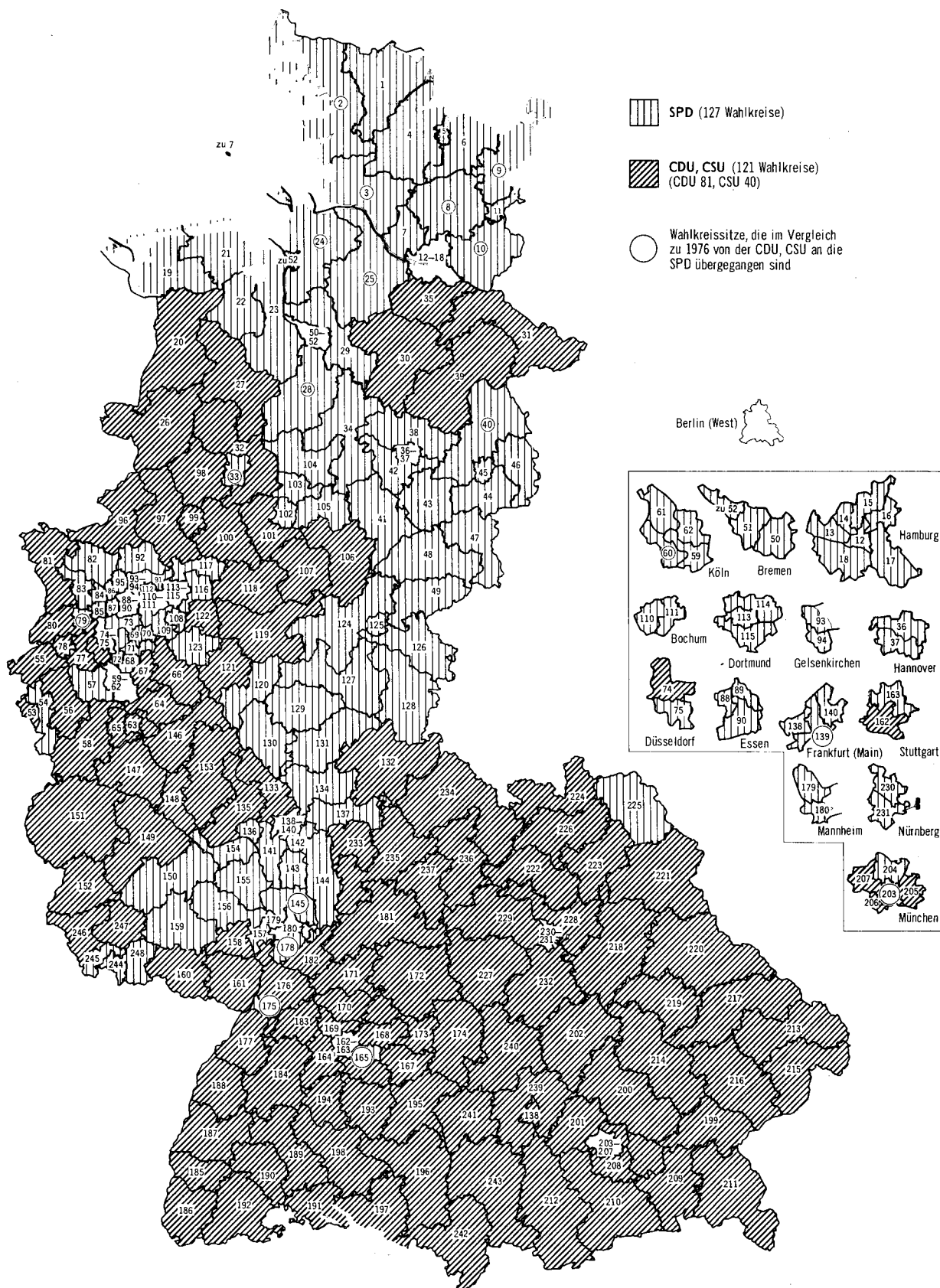
35 Wahlkreise 1980, in denen die Mehrheit der Erststimmen von der CDU bzw. CSU an die SPD übergegangen ist

Wahlkreis (Nr.)	Anteil der Erststimmen				1980 gegenüber 1976	
	SPD		CDU, CSU ¹⁾		SPD	CDU
	1980	1976 ²⁾	1980	1976 ²⁾		
	%					
Nordfriesland - Dithmarschen-Nord (2)	44,9	43,5	44,1	48,1	+ 1,4	- 4,0
Steinburg - Dithmarschen-Süd (3)	48,1	44,9	42,9	48,4	+ 3,2	- 5,5
Segeberg - Stormarn-Nord (8)	45,9	44,0	43,3	47,5	+ 1,9	- 4,2
Ostholstein (9) ...	48,8	45,9	43,5	46,9	+ 2,9	- 3,4
Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd (10)	46,6	45,1	42,6	46,5	+ 1,5	- 3,9
Cuxhaven (24)	50,9	45,9	42,3	48,0	+ 5,0	- 5,7
Stade (25)	46,5	43,2	43,0	50,2	+ 3,3	- 7,2
Diepholz (28)	46,0	41,9	41,9	48,7	+ 4,1	- 6,8
Osnabrück (33)	49,4	46,8	43,5	47,3	+ 2,6	- 3,8
Gifhorn - Peine (40)	48,7	45,8	43,3	48,6	+ 2,9	- 5,3
Köln II (60)	44,0	43,8	43,9	46,8	+ 0,2	- 2,9
Krefeld (79)	46,9	43,8	44,6	48,1	+ 3,1	- 3,5
Frankfurt am Main II (139)	44,4	43,5	42,4	45,3	+ 0,9	- 2,9
Bergstraße (145) ..	47,3	45,6	44,9	48,5	+ 1,7	- 3,6
Esslingen (165) ...	47,6	45,3	46,4	49,0	+ 2,3	- 2,6
Karlsruhe-Stadt (175)	45,2	44,4	43,9	47,5	+ 0,8	- 3,6
Heidelberg (178) ..	44,9	43,1	43,6	48,4	+ 1,8	- 4,8
München-Mitte (203)	45,6	43,5	41,9	46,2	+ 2,1	- 4,3

1) CSU nur in Bayern.
2) In der Abgrenzung der Wahlkreise für die Bundestagswahl 1980.

Wie aus dem Schaubild 11 zu ersehen ist, stellt die SPD auch 1980 im norddeutschen und westdeutschen Raum sowie in Hessen und im Saarland die meisten Wahlkreisabgeordneten. Im Süden dagegen dominiert, mit Ausnahme in den Wahlkreisen 163 (Stuttgart-Nord), 165 (Esslingen), 175 (Karlsruhe-Stadt), 178 (Heidelberg) 179/180 (Mannheim I und II), 203/204 (München-Mitte und München-Nord), 225 (Hof) und 230/231 (Nürnberg-Nord und Nürnberg-Süd), die CDU bzw. CSU.

WAHLKREISE NACH DER PARTEIZUGEHÖRIGKEIT DER WAHLKREISSIEGER BEI DER BUNDESTAGSWAHL 1980



36 Von den Wahlkreissiegern gewonnene Stimmenmehrheiten

Jahr der Wahl 1)	Zahl der Wahlkreissieger					
	insgesamt	mit einem Anteil der gültigen Erststimmen von ... bis unter ... %				
		unter 40	40 — 50	50 — 60	60 — 70	70 und mehr
Insgesamt						
1949	242	154	60	19	6	3
1953	242	46	81	71	34	10
1957	247	26	89	68	48	16
1961	247	19	131	53	34	10
1965	248	2	101	100	37	8
1969	248	1	84	117	44	2
1972	248	—	42	147	55	4
1976	248	—	92	98	52	6
1980	248	—	93	112	40	3
SPD						
1949	96	75	20	1	—	—
1953	45	21	23	1	—	—
1957	46	10	31	5	—	—
1961	91	6	74	11	—	—
1965	94	1	56	35	2	—
1969	127	—	52	64	11	—
1972	152	—	22	102	27	1
1976	114	—	56	47	11	—
1980	127	—	49	69	9	—
CDU						
1949	91	36	29	17	6	3
1953	130	17	37	39	27	10
1957	147	12	45	51	27	12
1961	114	13	50	28	16	7
1965	118	1	41	54	16	6
1969	87	1	28	38	18	2
1972	65	—	20	33	10	2
1976	94	—	32	43	17	2
1980	81	—	39	35	5	2
CSU						
1949	24	18	5	1	—	—
1953	42	1	13	21	7	—
1957	47	—	10	12	21	4
1961	42	—	7	14	18	3
1965	36	—	4	11	19	2
1969	34	—	4	15	15	—
1972	31	—	—	12	18	1
1976	40	—	4	8	24	4
1980	40	—	5	8	26	1
Sonstige und Parteilose						
1949	31	25	6	—	—	—
1953	25	7	8	10	—	—
1957	7	4	3	—	—	—

1) 1949 und 1953 ohne Saarland.

37 Erststimmen für die Parteien 1980 nach Abstand des höchsten vom zweithöchsten Ergebnis in den Wahlkreisen

Anzahl der Wahlkreise

Abstand des höchsten vom zweithöchsten Ergebnis der Erststimmen	Mehrheit der Erststimmen			
	insgesamt	SPD	CDU	CSU
Relativer Abstand von ... bis unter ... %				
unter 1	9	3	6	-
1 - 2	8	4	4	-
2 - 5	30	12	15	3
5 - 10	48	31	15	2
10 - 20	77	50	23	4
20 - 30	36	17	11	8
30 - 40	32	10	5	17
40 - 50	8	-	2	6
Insgesamt ...	248	127	81	40
Absoluter Abstand von ... bis unter ... Stimmen				
unter 1 000	7	2	5	-
1 000 - 2 000	5	4	1	-
2 000 - 3 000	7	1	6	-
3 000 - 5 000	15	6	6	3
5 000 - 10 000	24	14	10	-
10 000 - 15 000	34	20	12	2
15 000 - 20 000	27	18	6	3
20 000 - 30 000	55	31	21	3
30 000 - 40 000	26	16	5	5
40 000 - 50 000	21	11	4	6
50 000 - 60 000	14	3	3	8
60 000 - 70 000	10	1	1	8
70 000 und mehr	3	-	1	2
Insgesamt ...	248	127	81	40

Die SPD bekam von ihren 127 Wahlkreissitzen 78 mit absoluten Mehrheiten. Im Wahlkreis 89 (Essen II) erreichte sie mit 66,6 % ihren höchsten Anteil. 49 ihrer Wahlkreisgewinner hatten weniger als die Hälfte der Wähler hinter sich. Mit nur 44,0 % der gültigen Erststimmen errang die SPD im Wahlkreis 60 (Köln II) das Direktmandat. Sie hat gegenüber dem unterlegenen CDU-Kandidaten aber nur einen Vorsprung von 103 Stimmen.

Von ihren 81 Wahlkreissitzen hat die CDU 42 mit absoluten Mehrheiten gewonnen. In zwei Wahlkreisen erhielt sie mehr als 70 % der Erststimmen. Es sind dies die Wahlkreise 27 (Cloppenburg - Vechta) mit 71,5 % und 196 (Biberach) mit 70,6 %. In 39 Wahlkreisen benötigten die Bewerber weniger als die Hälfte der gültigen Erststimmen des Wahlkreises. Im Wahlkreis 162 (Stuttgart-Süd) reichten hierzu 41,9 %.

38 Die 34 Bundestagswahlkreise 1980 mit einem Abstand des zweithöchsten Erststimmenergebnisses bis unter 5 000 Stimmen

Wahlkreis (Nr.)	Partei mit dem höchsten zweit-höchsten		Abstand zwischen den Ergebnissen	
	Erststimmen-ergebnis		Anzahl	%
Köln II (60)	SPD	CDU	103	0,1
Stuttgart-Süd (162)	CDU	SPD	237	0,1
Sankt Wendel (247)	CDU	SPD	331	0,2
Nürnberg-Nord (230)	SPD	CSU	350	0,2
Lüneburg - Lüchow-Dannenberg (31)	CDU	SPD	419	0,4
Steinfurt II (98)	CDU	SPD	630	0,4
Aachen (53)	CDU	SPD	631	0,5
Saarlouis (246)	CDU	SPD	1 063	0,7
Nordfriesland - Dithmarschen-Nord (2)	SPD	CDU	1 113	0,8
Esslingen (165)	SPD	CDU	1 529	1,2
Heidelberg (178)	SPD	CDU	1 961	1,3
Karlsruhe-Stadt (175)	SPD	CDU	1 993	1,2
Harburg (35)	CDU	SPD	2 151	1,8
Düsseldorf I (74)	CDU	SPD	2 164	1,1
Heilbronn (171)	CDU	SPD	2 185	1,2
Soltau - Rotenburg (30) ...	CDU	SPD	2 378	2,0
Montabaur (153)	CDU	SPD	2 607	1,4
Märkischer Kreis I (122) ..	CDU	SPD	2 624	2,0
Frankfurt am Main II (139) ..	SPD	CDU	2 729	2,0
Neustadt - Speyer (158) ...	CDU	SPD	3 371	2,3
Krefeld (79)	SPD	CDU	3 383	2,3
Hof (225)	SPD	CSU	3 402	1,9
München-Ost (205)	CSU	SPD	3 552	2,4
München-Mitte (203)	SPD	CSU	3 776	3,7
Bergstraße (145)	SPD	CDU	3 783	2,4
Freiburg (185)	CDU	SPD	3 946	2,5
Kreuznach (150)	SPD	CDU	4 142	2,6
Neuss I (76)	CDU	SPD	4 162	3,4
Neuwied (146)	CDU	SPD	4 378	2,3
Osnabrück-Land (32)	CDU	SPD	4 453	3,3
Segeberg - Stormarn-Nord (8)	SPD	CDU	4 554	2,6
Coburg (224)	CSU	SPD	4 595	3,3
Pforzheim (183)	CDU	SPD	4 663	2,9
München-Süd (206)	CSU	SPD	4 792	3,2

Die CSU gewann die 40 Wahlkreissitze - mit Ausnahme von fünf - mit absoluten Mehrheiten. Im Wahlkreis 213 (Deggendorf) erhielt sie 72,0 % (1976: 73,3 %) der gültigen Erststimmen. Mit nur 44,4 % (1976: 47,8 %) gewann sie den Wahlkreis 206 (München-Süd).

Mit weniger als 40 % der Erststimmen konnten 1949 noch 154 Wahlkreise errungen werden. 1953 waren es noch 46, danach 19, 1965 noch 2 und 1969 nur noch einer. Dabei handelt es sich um den Wahlkreis 63 Bonn, in dem die CDU mit 37,9 % zu ihrem Wahlsieg kam (s. auch Tabelle 36 und Tabelle 7 im Anhang).

Für den Übergang des Wahlkreissitzes an eine andere Partei genügen oft wenige Stimmen, da es zahlreiche Wahlkreise gibt, in denen das Stimmenverhältnis zwischen SPD und CDU bzw. CSU ziemlich ausgeglichen ist. In 7 Fällen war bei der Bundestagswahl 1980 die Zahl der Erststimmen für Wahlkreissieger der SPD um weniger als 2 % größer als die Zahl der Erststimmen für die unterlegenen Kandidaten der CDU und CSU und in weiteren 10 Fällen die Zahl der Erststimmen für Wahlkreissieger der CDU und CSU um weniger als 2 % größer als die Zahl der Erststimmen für die unterlegenen Kandidaten der SPD. Bis zu 5 % machte der Vorsprung von 19 Wahlkreissiegern der SPD und von 28 Wahlkreissiegern der CDU und CSU, bis zu 10 % der Vorsprung von 50 Wahlkreissiegern der SPD und von 45 Wahlkreissiegern der CDU und CSU aus. Geht man von den zuletzt genannten Zahlen aus, so würde in den 50 Wahlkreisen mit einem Stimmenvorsprung der SPD um weniger als 10 % eine Abwanderung von bereits 5 % der SPD-Wähler zur CDU bzw. CSU genügen, damit die SPD 50 Wahlkreise verliert und die CDU und CSU 50 Wahlkreise gewinnt, was dazu führen würde, daß die CDU und CSU nahezu drei Viertel aller Wahlkreisabgeordneten stellt. Ein entsprechender Stimmenumschwung in den 45 Wahlkreisen mit einem Vorsprung der CDU bzw. CSU von weniger als 10 % würde dagegen für die CDU und CSU eine Reduzierung ihrer Wahlkreissitze von 121 auf 76 zur Folge haben. Je nachdem, won welcher Entwicklung man ausgeht, sind also sehr unterschiedliche Ergebnisse zu erwarten. Selbst im ungünstigsten Falle könnte die CDU und CSU jedoch nicht allzu viele Wahlkreissitze verlieren, weil sie von den insgesamt 121 Wahlkreissitzen 76 oder fast zwei Drittel mit einem Vorsprung

von 10 und mehr % errungen hat. Von den 127 Wahlkreissiegern der SPD hatten 77 einen solchen Vorsprung vor den Kandidaten der CDU und CSU.

Die Zahl der Erststimmen für einen Wahlkreisbewerber hängt von seiner Parteizugehörigkeit, von der Wirkung seiner Persönlichkeit und von Wahlabsprachen ab. Soweit es sich um die beiden letzten dieser drei Faktoren handelt, läßt sich ihre Wirkung daran ablesen, ob die Wahlkreiskandidaten erheblich mehr Erststimmen erhalten haben als ihre Partei Zweitstimmen. In 124 Fällen überstieg die Zahl der Erststimmen für einen Kandidaten der SPD bzw. CDU oder CSU die Zahl der Zweitstimmen für die Landesliste seiner Partei um mehr als 3 000. Dabei handelt es sich um 81 Kandidaten der SPD und 43 der CDU und CSU. Mehr als 5 000 machte der Unterschied bei 29 SPD- und 9 CDU bzw. CSU-Kandidaten aus. Es sind dies - in der Ordnung nach der Abweichung der Erst- und Zweitstimmen im Wahlkreis - die Kandidaten:

Wkr.Nr.	Name	Partei	Stimmen
17	Schmidt, Helmut*)	SPD	10 814
165	Hauff, Dr. Volker*)	SPD	10 315
72	Holtz, Dr. Uwe*)	SPD	9 219
150	Pieroth, Elmar**)	CDU	9 211
204	Vogel, Dr. Hans-Jochen*)	SPD	8 551
169	Wissmann, Matthias*)	CDU	8 404
171	Spöri, Dr. Dieter**)	SPD	7 683
63	Ehmke, Prof. Dr. Horst**)	SPD	6 739
73	Schemken, Heinz	CDU	6 699
208	Gantzer, Dr. Peter Paul	SPD	6 650
15	Apel, Dr. Hans*)	SPD	6 605
5	Gansel, Norbert Tronje*)	SPD	6 555
66	Waffenschmidt, Dr. Horst*)	CDU	6 545

39 Abstände zwischen den Erststimmen für die Wahlkreissieger und die Erstunterlegenen

Abstände	Jahr ¹⁾	Zahl der Wahlkreise													
		insgesamt	mit einem Abstand der gültigen Erststimmen von ... bis unter ... % ²⁾												
			unter 1	1 — 2	2 — 5	5 — 10	10 — 15	15 — 20	20 — 30	30 — 40	40 — 50	50 — 60	60 — 70	70 und mehr	
Insgesamt	1949	242	14	4	33	61	50	30	30	9	8	—	2	1	
	1953	242	13	5	23	34	25	21	49	30	25	13	3	1	
	1957	247	10	12	22	34	27	25 ³⁾	37	27	31	18	4	—	
	1961	247	12	13	25	48	37	19 ³⁾	40	23	19	8	2	1	
	1965	248	7	12	21	43	46	32	46	18	18	4	1	—	
	1969	248	5	7	21	47	48	32	51	25	10	2	—	—	
	1972	248	11	9	18	36	46	35	49	37	7	—	—	—	
	1976	248	10	15	32	50	35	21	41	30	12	2	—	—	
	1980	248	9	8	30	48	42	35	36	32	8	—	—	—	
dar. zwischen SPD - CDU, CSU	1949	57	1	2	8	14	21	5	5	—	1	—	—	—	
	1953	34	5	1	6	14	4	2	2	—	—	—	—	—	
	1957	44	5	5	10	12	4	6	2	—	—	—	—	—	
	1961	91	4	8	11	28	23	10	6	1	—	—	—	—	
	1965	94	4	5	9	27	26	14	9	—	—	—	—	—	
	1969	127	4	4	14	26	30	18	26	5	—	—	—	—	
	1972	152	6	5	8	24	33	25	28	19	4	—	—	—	
	1976	114	8	9	18	26	18	9	16	10	—	—	—	—	
	1980	127	3	4	12	31	31	19	17	10	—	—	—	—	
CDU, CSU - SPD	1949	83	3	—	8	20	10	11	16	8	5	—	2	—	
	1953	159	5	3	9	11	16	14	37	25	24	12	2	1	
	1957	185	4	6	9	19	21	18 ³⁾	32	26	29	17	4	—	
	1961	156	8	5	14	20	14	9 ³⁾	34	22	19	8	2	1	
	1965	154	3	7	12	16	20	18	37	18	18	4	1	—	
	1969	121	1	3	7	21	18	14	25	20	10	2	—	—	
	1972	96	5	4	10	12	13	10	21	18	3	—	—	—	
	1976	134	2	6	14	24	17	12	25	20	12	2	—	—	
	1980	121	6	4	18	17	11	16	19	22	8	—	—	—	

1) 1949 und 1953 ohne Saarland.
2) Absolute Differenz der prozentualen Stimmenanteile.

3) Darunter ein Wahlkreis, in dem die F.D.P. und nicht die SPD nach der CDU mit einem Abstand von 15,1 % Erstunterlegener war (Wahlkreis 173 Crailsheim).

4	Simonis, Heide Marie*)	SPD	6 349
79	Hauser, Hansheinz**)	CDU	6 309
175	Cortier, Dr. Peter*)	SPD	6 262
133	Sperling, Dr. Dietrich**)	SPD	5 789
136	Schmitt, Rudi*)	SPD	5 785
164	Odendahl, Doris Frieda	SPD	5 776
57	Lennartz, Klaus*)	SPD	5 721
135	Leber, Georg**)	SPD	5 706
60	Fuchs, Anke*)	SPD	5 601
154	Brandt, Hugo*)	SPD	5 583
16	Pawelczyk, Alfons*)	SPD	5 457
104	Ibrügger, Fritz Lothar*)	SPD	5 436
7	Ueberhorst, Reinhard*)	SPD	5 344
10	Kuhlwein, Eckart Adolf*)	SPD	5 343
11	Engholm, Björn*)	SPD	5 343
168	Laufs, Dr. Paul*)	CDU	5 338
173	Schulte, Dr. jur. Dieter*)	CDU	5 323
232	Stücklen, Richard*)	CSU	5 284
163	Conradi, Peter*)	SPD	5 243
120	Schmidt, Hermann*)	SPD	5 242
174	Abelein, Prof. Dr. Manfred*)	CDU	5 137
144	Klein, Heinrich*)	SPD	5 135
34	Schirmer, Friedel*)	SPD	5 121
162	Haar, Ernst**)	SPD	5 084
82	Jens, Dr. Uwe*)	SPD	5 041

*) Direkt in den Deutschen Bundestag gewählt.

**) Über die Landesliste der Partei in den Deutschen Bundestag gewählt.

Von den genannten insgesamt 38 Kandidaten der SPD, CDU und CSU gingen 28 als Wahlkreissieger hervor, 7 kamen über die Landesliste ihrer Partei in den Deutschen Bundestag und 3 (Heinz Schemken, Dr. Peter Paul Gantzer und Doris Frieda Odendahl) haben ihr Ziel, in den Deutschen Bundestag gewählt zu werden, nicht erreicht.

Weniger Erst- als ihre Partei Zweitstimmen erhielten insgesamt 52 (1976: 137) Kandidaten. Dabei handelt es sich um 39 Kandidaten der SPD, einen Kandidaten der CDU und um 12 Kandidaten der CSU. Bis auf folgende 4 Fälle liegen diese Abweichungen unter 3 000 Stimmen.

Wkr.Nr.	Name	Partei	Stimmen
214	Zimmermann, Dr. Friedrich*)	CSU	5 038
193	Mann, Hans-Joachim	SPD	3 764
220	Koller, Franz	SPD	3 555
210	Gutsch, Manfred	SPD	3 138

*) Direkt in den Deutschen Bundestag gewählt.

Von den genannten vier Kandidaten ging einer als Wahlkreissieger hervor, die übrigen drei Kandidaten kamen nicht in den Deutschen Bundestag.

Nur 16 weniger Erst- als seine Partei (CDU) Zweitstimmen erzielte der im Wahlkreis 132 (Fulda) gewählte Dr. Alfred Dregger.

Einen Überblick über die Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger und den Erstunterlegenen, mit Vergleichszahlen für 1976, vermittelt Tabelle 8 im Anhang.

4.3 Nach Gemeindegrößenklasse und anderen Merkmalen

Wie seit 1972 wurden auch 1980 durch Addition der Totalzahlen für die Gemeinden, Ergebnisse in der Gliederung nach Gemeindegrößenklassen und nach dem evangelischen Bevölkerungsanteil in den Gemeinden, ab 1976 erweitert um die Stellung im Beruf (Selbständige einschl. Mithelfende Familienangehörige bzw. Beamte und Angestellte), gewonnen. Dabei sind auch Ergebnisse über die Erststimmenabgabe angefallen (vgl. Tabelle 9 im Anhang).

40 Wahlkreisabgeordnete des Deutschen Bundestages nach Ländern und Parteien

Land	Abgeordnete insgesamt		Davon					
			SPD		CDU		CSU	
	1980	1976	1980	1976	1980	1976	1980	1976
Schleswig-Holstein	11	11	11	6	-	5	-	-
Hamburg	7	8	7	8	-	-	-	-
Niedersachsen	31	30	23	18	8	12	-	-
Bremen	3	3	3	3	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen	71	73	44	45	27	28	-	-
Hessen	22	22	19	17	3	5	-	-
Rheinland-Pfalz	16	16	6	6	10	10	-	-
Baden-Württemberg	37	36	6	4	31	32	-	-
Bayern	45	44	5	4	-	-	40	40
Saarland	5	5	3	3	2	2	-	-
Wahlgebiet ohne Berlin ...	248	248	127	114	81	94	40	40

5.1 Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in Bund und Ländern

Mit der Erststimme hatten die Wähler die Möglichkeit, für 248 Bundestagsabgeordnete darüber zu entscheiden, wer sie im Deutschen Bundestag vertreten soll. Über die Gesamtzahl der Abgeordneten einer jeden Partei oder über das Stärkeverhältnis der Parteien im 9. Deutschen Bundestag entschieden jedoch allein die Zweitstimmen.

Bei der Bundestagswahl 1980 wurden 37 938 981 gültige Zweitstimmen abgegeben. Davon erhielten die

SPD	16 260 677 oder 42,9 %
CDU	12 989 200 oder 34,2 %
F.D.P.	4 030 999 oder 10,6 %
CSU	3 908 459 oder 10,3 %

Die restlichen 749 646 Stimmen verteilten sich auf folgende Parteien:

GRÜNE	569 589 oder 1,5 %
DKP	71 600 oder 0,2 %
NPD	68 096 oder 0,2 %
Bürgerpartei	11 256 oder 0,0 %
V	9 319 oder 0,0 %
KBW	8 174 oder 0,0 %
EAP	7 666 oder 0,0 %
C.B.V.	3 946 oder 0,0 %

Von den gültigen Zweitstimmen erhielt die SPD 42,9 %; sie ist damit wieder stärkste Partei. Im Vergleich zur Wahl 1976, bei der ihr Zweitstimmenanteil 42,6 % ausmachte, gewann sie 0,3 Prozentpunkte hinzu. Sie hat damit nach 1972 mit 45,8 % ihr zweitbestes Ergebnis bei Bundestagswahlen erzielt.

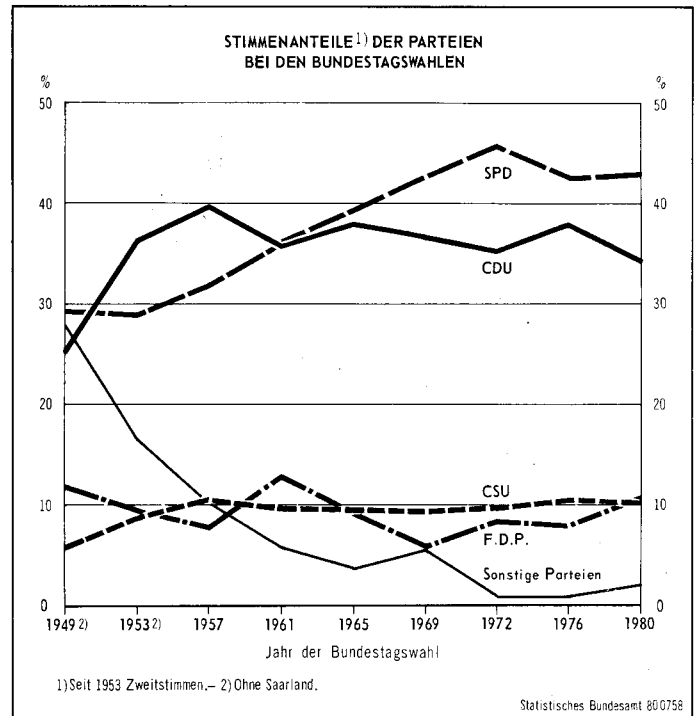
Gegenüber 1976, 1972 bzw. 1969 hatte der Stimmenanteil der SPD in den einzelnen Bundesländern um folgende Prozentpunkte zu- bzw. abgenommen:

	1976	gegenüber 1972	1969
Saarland	+ 2,2	+ 0,4	+ 8,4
Niedersachsen	+ 1,2	- 1,2	+ 3,1
Rheinland-Pfalz	+ 1,1	- 2,1	+ 2,7
Hessen	+ 0,7	- 2,1	- 1,8
Baden-Württemberg	+ 0,6	- 1,7	+ 0,7
Schleswig-Holstein	+ 0,3	- 1,9	+ 3,2
Bayern	- 0,1	- 5,1	- 1,9
Nordrhein-Westfalen	- 0,1	- 3,6	+ 0
Hamburg	- 0,9	- 2,7	- 2,9
Bremen	- 1,5	- 5,6	+ 0,5

Stärkste Partei ist 1980 die SPD wieder in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Hessen sowie im Saarland, wo sie 1976 diese Rolle der CDU überlassen mußte.

Die CDU, die 1976 noch einen Zweitstimmenanteil von 38,0 % erzielte, kam 1980 nur auf einen Anteil von 34,2 %. Sie liegt damit um 3,8 Prozentpunkte unter dem Ergebnis von 1976 und hat 1980 das zweitniedrigste Ergebnis aller neun Bundestagswahlen erzielt. Das niedrigste Ergebnis mit 25,2 % erreichte sie bei der Bundestagswahl 1949.

Auch für die CSU ergab sich eine Verminderung des Stimmenanteils von 60,0 % im Jahr 1976 auf 57,6 % bei der Bundestagswahl 1980. Trotz der Verminderung des Stimmenanteils um 2,4 Prozentpunkte hat die CSU 1980 ihr zweitbestes Wahlergebnis nach 1976 erzielt.



Der Stimmenanteil der CDU bzw. der CSU in Bayern hatte sich 1980 gegenüber 1976, 1972 bzw. 1969 in den einzelnen Bundesländern im einzelnen um folgende Prozentpunkte verändert:

	1976	gegenüber 1972	1969
CDU			
Niedersachsen	- 5,9	- 2,9	- 5,4
Schleswig-Holstein	- 5,2	- 3,1	- 7,3
Baden-Württemberg	- 4,8	- 1,3	- 2,2
Hamburg	- 4,7	- 2,1	- 2,8
Rheinland-Pfalz	- 4,3	- 0,3	- 2,2
Hessen	- 4,2	+ 0,3	+ 2,2
Nordrhein-Westfalen	- 3,9	- 0,4	- 3,0
Saarland	- 3,9	- 5,6	- 3,8
Bremen	- 3,7	- 0,8	- 3,5
CSU			
Bayern	- 2,4	+ 2,5	+ 3,2

Stärkste Partei war 1980 die CDU bzw. CSU in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg bzw. Bayern.

Die F.D.P. hat mit einem Stimmenanteil von 10,6 % - gegenüber 1976 waren das 2,7 Prozentpunkte mehr - ihr drittbestes Wahlergebnis (1961: 12,8 %, 1949: 11,9 %) erzielt.

Die Veränderungen der Stimmenanteile der F.D.P. in den Ländern des Bundesgebietes machten 1980 gegenüber 1976, 1972 bzw. 1969 folgende Prozentpunkte aus:

	1976	gegenüber 1972	1969
Schleswig-Holstein	+ 3,9	+ 4,1	+ 7,5
Hamburg	+ 3,9	+ 2,9	+ 7,8
Niedersachsen	+ 3,4	+ 2,8	+ 5,7
Bremen	+ 3,3	+ 4,0	+ 5,8
Nordrhein-Westfalen	+ 3,1	+ 3,1	+ 5,5
Baden-Württemberg	+ 2,9	+ 1,8	+ 4,5
Rheinland-Pfalz	+ 2,2	+ 1,7	+ 3,5
Hessen	+ 2,1	+ 0,4	+ 3,9
Bayern	+ 1,6	+ 1,7	+ 3,7
Saarland	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,1

41 Stimmabgabe bei den Bundestags- und
Landtagswahlen seit 1976
und bei der Europawahl 1979 nach Ländern
Prozent

Bundestags- wahl 1) (BW) Landtags- wahl (LW) Europawahl (EW)	Anteil der Stimmen					
	SPD	CDU, CSU	F.D.P.	Son- stige	darunter	
					NPD	GRÜNE
Schleswig-Holstein						
BW 1976	46,4	44,1	8,8	0,7	0,3	- ³⁾
LW 1979	41,7	48,3	5,7	4,3	0,2	2,4 ⁴⁾
EW 1979	43,7	47,9	5,2	3,2	-	2,7 ⁴⁾
BW 1980	46,7	38,9	12,7	1,7	0,1	1,4
Hamburg						
BW 1976	52,6	35,9	10,2	1,4	0,2	- ⁵⁾
LW 1979	51,5	37,6	4,8	6,1	0,3	4,5 ⁴⁾
EW 1979	52,2	36,9	6,3	4,6	-	3,5 ⁴⁾
BW 1980	51,7	31,2	14,1	3,0	0,2	2,3
Niedersachsen						
BW 1976	45,7	45,7	7,9	0,7	0,3	- ⁶⁾
LW 1978	42,2	48,7	4,2	5,0	0,4	3,9 ⁴⁾
EW 1979	44,7	45,8	5,3	4,2	-	3,6 ⁴⁾
BW 1980	46,9	39,8	11,3	2,0	0,1	1,6
Bremen						
BW 1976	54,0	32,5	11,8	1,6	0,3	- ⁴⁾
EW 1979	53,0	32,7	8,3	6,1	-	4,7 ⁴⁾
LW 1979	49,4	31,9	10,7	7,9	0,4	6,5 ⁷⁾
BW 1980	52,5	28,8	15,1	3,7	0,2	2,7
Nordrhein-Westfalen						
BW 1976	46,9	44,5	7,8	0,8	0,2	- ⁴⁾
EW 1979	44,6	45,8	5,8	3,8	-	3,0 ⁴⁾
LW 1980	48,4	43,2	4,98	3,4	-	3,0 ⁸⁾
BW 1980	46,8	40,6	10,9	1,7	0,1	1,2
Hessen						
BW 1976	45,7	44,8	8,5	1,0	0,3	- ⁹⁾
LW 1978	44,3	46,0	6,6	3,1	0,4	2,0 ⁴⁾
EW 1979	45,4	44,8	6,2	3,7	-	2,8 ⁴⁾
BW 1980	46,4	40,6	10,6	2,4	0,2	1,8
Rheinland-Pfalz						
BW 1976	41,7	49,9	7,6	0,9	0,4	-
LW 1979	42,3	50,1	6,4	1,2	0,7	-
EW 1979	41,1	49,2	6,4	3,3	-	2,4 ⁴⁾
BW 1980	42,8	45,6	9,8	1,8	0,2	1,4
Baden-Württemberg						
BW 1976	36,6	53,3	9,1	1,0	0,4	- ⁴⁾
EW 1979	34,3	52,3	8,1	5,3	-	4,5 ⁴⁾
LW 1980	32,5	53,4	8,3	5,8	0,1	5,3 ¹⁰⁾
BW 1980	37,2	48,5	12,0	2,2	0,2	1,8
Bayern						
BW 1976	32,8	60,0	6,2	1,0	0,4	- ¹¹⁾
LW 1978	31,4	59,1	6,2	3,3	0,6	1,8 ⁴⁾
EW 1979	29,2	62,5	4,7	3,7	-	2,9 ⁴⁾
BW 1980	32,7	57,6	7,8	1,8	0,2	1,3
Saarland						
BW 1976	46,1	46,2	6,6	1,1	0,4	- ⁴⁾
EW 1979	44,0	46,4	5,8	3,8	-	2,4 ⁴⁾
LW 1980	45,4	44,0	6,9	3,7	-	2,9 ¹⁰⁾
BW 1980	48,3	42,3	7,8	1,6	0,2	1,1
Bundesgebiet ohne Berlin						
BW 1976	42,6	48,6 ¹²⁾	7,9	0,9	0,3	- ⁴⁾
EW 1979	40,8	49,2 ¹³⁾	6,0	4,0	-	3,2 ⁴⁾
BW 1980	42,9	44,5 ¹⁴⁾	10,6	2,0	0,2	1,5

- 1) Zweitstimmen.
- 2) CSU nur in Bayern.
- 3) Grüne Liste Schleswig-Holstein.
- 4) Sonstige politische Vereinigung "DIE GRÜNEN".
- 5) Davon: Bunte Liste 3,5 %, Grüne Liste Umweltschutz - GLU 1,0 %.
- 6) Grüne Liste Umweltschutz - GLU.
- 7) Davon: Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz - Bremen - AL 1,4 %, Bremer Grüne Liste 5,1 %.
- 8) Davon: DIE GRÜNEN 3,0 %, Grüne Partei Deutschlands - GPD 0,0 %, Union Konkreter Umweltschutz 0,0 %.
- 9) Davon: Grüne Aktion Zukunft - GAZ 0,9 %, Grüne Liste Hessen - Wählergemeinschaft für Umweltschutz und Demokratie - GLH 1,1 %, Grüne Liste Umweltschutz - GLU 0,0 %.
- 10) DIE GRÜNEN.
- 11) Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher - DIE GRÜNEN.
- 12) Davon: CDU 38,0 %, CSU 10,6 %.
- 13) Davon: CDU 39,1 %, CSU 10,1 %.
- 14) Davon: CDU 34,2 %, CSU 10,3 %.

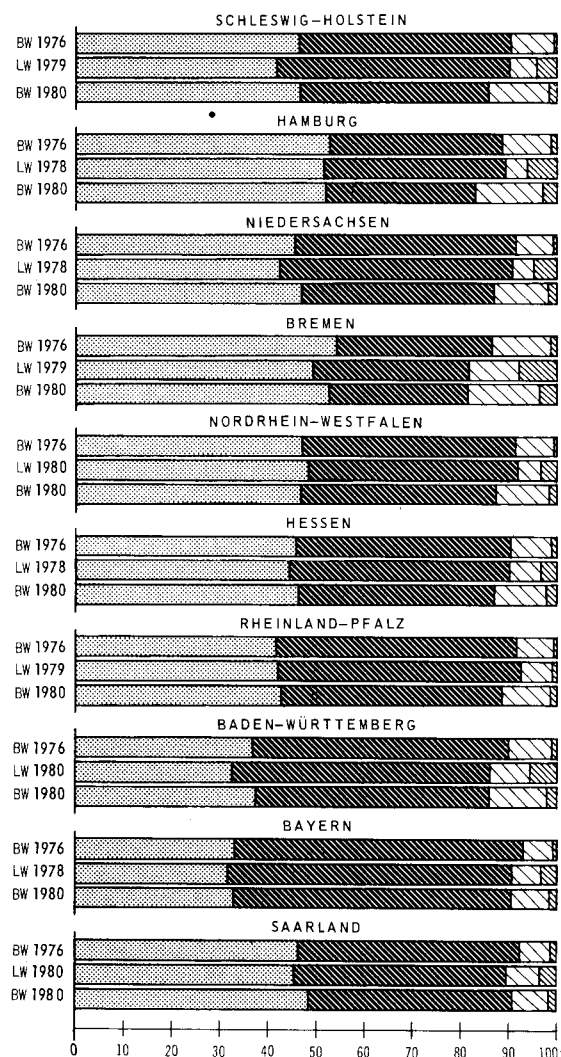
Faßt man die Zweitstimmen für die Parteien der gegenwärtigen Regierungskoalition (SPD und F.D.P.) und für die Opposition (CDU und CSU) zusammen, ergeben sich für die Koalition 53,5 % und für die Opposition 44,5 %. Alle übrigen Parteien haben 2 % der Zweitstimmen auf sich vereinigen können. Die bei der Bundestagswahl 1980 zum ersten Mal aufgetretenen GRÜNEN erhielten insgesamt 1,5 %. In Bremen errangen die GRÜNEN mit 2,7 % ihren höchsten und im Saarland mit 1,1 % den niedrigsten Anteil. Die DKP und auch die NPD kamen jeweils nur noch auf einen Anteil von 0,2 %. Im Jahr 1976 waren es noch 0,3 % gewesen. Die Zahl der Zweitstimmen für alle übrigen Parteien ist 1980 mit jeweils 0,0 % ohne Bedeutung. Ausführliche Ergebnisse nach Ländern enthält die Tabelle 17 im Anhang.

Schaubild 13

STIMMANTEILE BEI DEN BUNDESTAGSWAHLEN (BW) 1976 UND 1980
UND BEI DEN LETZTEN LANDTAGSWAHLEN (LW)

Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf 1)

SPD CDU in Bayern CSU F.D.P. Sonstige



1) Bundestagswahlen Zweitstimmen.

Statistisches Bundesamt 8206/78

5.2 Verteilung der Zweitstimmen auf die Parteien in den Wahlkreisen

Die Zahl der Wahlkreise, in denen die SPD 1976 schwach vertreten war, hat sich gegenüber 1976, wo sie sich gegenüber 1972 erhöht hatte, wieder vermindert. Geht man von den Grenzen der Bundestagswahlkreise 1980 aus, gab es nach dem Wahlergebnis 1976 insgesamt 57 Wahlkreise, in denen der Anteil weniger als 35 % betrug; bei der Bundestagswahl 1980 waren es 48 solcher Wahlkreise. Die Zahl der Wahlkreise, in denen mehr als 50 % der Zweitstimmen für die SPD abgegeben wurden, hat sich von 49 auf 50 und die Zahl der Wahlkreise mit mehr als 60 % der Zweitstimmen für die SPD von 7 auf 8 erhöht. Die zehn Wahlkreise, in denen die SPD ihre meisten Zweitstimmen erhalten hat, gehen aus der Tabelle 42 hervor. Es handelt sich mit Ausnahme des Wahlkreises 19 Aurich - Emden um großstädtische Wahlkreise.

Bei der CDU und CSU hat sich die Zahl der Wahlkreise mit weniger als 35 % Zweitstimmen von 18 bei der Bundestagswahl 1976 (in den Grenzen der Wahlkreise 1980) auf insgesamt 39 bei der Bundestagswahl 1980 erhöht. In 64 Wahlkreisen hatten sie über die Hälfte der Zweitstimmen bekommen. Bei der Bundestagswahl 1976 war dies noch in 101 Wahlkreisen der Fall. Die Zahl der Wahlkreise mit mehr als 60 % Zweitstimmen für die CDU und CSU hat sich von 42 (1976) auf 27 (1980) vermindert. 1972 waren es 29 und 33 bei der Bundestagswahl 1969. Bei den zehn Wahlkreisen, in denen die CDU bzw. CSU ihre meisten Zweitstimmen erhielt, handelt es sich durchweg um ländliche Gebiete mit einem überwiegenden Anteil katholischer Bevölkerung.

Mehr als 10 % Zweitstimmen erhielt die F.D.P. 1980 in 149 Wahlkreisen, 1976 waren es 50; 1969 nur 8. In 99 oder in zwei Fünftel aller Wahlkreise belief sich ihr Stimmenanteil auf weniger als 10 %. In insgesamt sieben Wahlkreisen (alle in Bayern) wurden keine 5 % der gültigen Zweitstimmen erzielt. Die Wahlkreise mit besonders vielen Stimmen für die F.D.P. liegen vor allem in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Die meisten Stimmen erhielt die F.D.P. - wie bei der Bundestagswahl 1976 - im Wahlkreis 162 Stuttgart-Süd.

Von den nicht im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien erzielten die GRÜNEN in 12 Wahlkreisen unter 1 %, in 207 Wahlkreisen 1 % bis unter 2 %, in 25 Wahlkreisen 2 % bis unter 3 % und in 4 Wahlkreisen 3 % bis unter 4 % der gültigen Zweitstimmen. Alle übrigen Parteien blieben mit ihren Stimmanteilen in den einzelnen Wahlkreisen unter 1 %.

Gegenüber 1976 hat die SPD in 72 Wahlkreisen - 1976 gegenüber 1972 in allen Wahlkreisen - Zweitstimmenverluste hinnehmen müssen und zwar in 53 Wahlkreisen bis zu einem Prozentpunkt und in 19 Wahlkreisen zwischen einem und drei Prozentpunkten. Die höchste Abnahme hatte sie mit 2,3 Prozentpunkten im Wahlkreis 231 Nürnberg-Süd. In 176 Wahlkreisen konnte die SPD 1980 gegenüber 1976 Stimmengleichheit bzw. Stimmengewinne bis 3,4 Prozentpunkte verbuchen. Die Wahlkreise mit einer Zunahme von 3 bis 3,4 Prozentpunkten sind 151 Bitburg (3,4) und 28 Diepholz (3,0).

Die CDU und die CSU (nur in Bayern) hatten gegenüber 1976 in allen 248 Wahlkreisen Zweitstimmenverluste hinnehmen müssen und zwar in 12 Wahlkreisen unter 2 Prozentpunkten, in 89 Wahlkreisen zwischen 2 bis unter 4 Prozentpunkten, in 120 Wahlkreisen zwischen 4 bis unter 6 Prozentpunkten und in 27 Wahlkreisen zwischen 6 bis unter 8 Prozentpunkten. Die zehn höchsten Abnahmen (7,0 bis 7,6 Prozentpunkte) hatte die CDU in niedersächsischen Wahlkreisen. 7,6 Prozentpunkte waren es in den Wahlkreisen 25 (Stade) und 28 (Diepholz), 7,5 im Wahlkreis 24 (Cuxhaven), 7,4 in den Wahlkreisen 22 (Oldenburg - Ammerland), 29 (Verden) und 31 (Lüneburg - Lüchow-Dannenberg), 7,2 im Wahlkreis 26 (Mittellems), 7,1 in den Wahlkreisen 19 (Aurich - Emden) und 30 (Soltau - Rotenburg) sowie 7,0 Prozentpunkte im Wahlkreis 20 (Unterems). Die geringste Abnahme (0,7 Prozentpunkte) hatte die CSU im Wahlkreis 231 (Nürnberg-Süd).

42 Wahlkreise 1980 mit den meisten Zweitstimmen für die SPD, CDU bzw. CSU und F.D.P.

Wahlkreis		Zweitstimmen in %	
Nr.	Name	1980	1976 1)
Die 10 Wahlkreise, in denen 1980 die SPD ihre meisten Zweitstimmen erhielt			
89	Essen II	64,7	65,5
85	Duisburg II	64,2	65,5
114	Dortmund II	63,3	62,9
112	Herne	62,7	63,8
93	Gelsenkirchen I	62,3	63,3
94	Gelsenkirchen II - Recklinghausen III	60,4	61,5
19	Aurich - Emden	60,3	57,4
111	Bochum II - Ennepe-Ruhr-Kreis II.	60,3	60,7
95	Bottrop - Recklinghausen IV	59,2	58,8
86	Oberhausen	59,0	58,3

Die 10 Wahlkreise, in denen 1980 die CDU bzw. CSU²⁾ ihre meisten Zweitstimmen erhielt

216	Rottal-Inn	70,5	71,9
213	Deggendorf	70,3	72,7
27	Cloppenburg - Vechta	69,0	75,6
196	Biberach	68,9	73,7
217	Straubing	68,2	69,8
234	Bad Kissingen	67,7	70,3
243	Ostallgäu	67,5	69,8
211	Traunstein	65,9	68,2
220	Schwandorf	65,8	67,3
215	Passau	65,6	67,9

Die 10 Wahlkreise, in denen 1980 die F.D.P. ihre meisten Zweitstimmen erhielt

162	Stuttgart-Süd	19,4	14,5
50	Bremen-Ost	17,7	13,7
15	Hamburg-Nord	16,5	11,7
60	Köln II	16,4	12,4
22	Oldenburg - Ammerland	16,3	12,8
208	München-Land	16,2	12,8
168	Waiblingen	16,0	12,2
69	Wuppertal I	15,9	12,9
35	Harburg	15,7	10,8
164	Böblingen	15,7	11,2

- 1) In der Abgrenzung der Wahlkreise für die Bundestagswahl 1980.
2) Nur Wahlkreise 199 bis 243.

Abnahmen um 5 und mehr Prozentpunkte hatten 7 Wahlkreise (von insgesamt 11) in Schleswig-Holstein, 3 (von insgesamt 7) in Hamburg, 25 (von insgesamt 31) in Niedersachsen, 18 (von insgesamt 71) in Nordrhein-Westfalen, 2 (von insgesamt 22) in Hessen, 3 (von insgesamt 16) in Rheinland-Pfalz und in 22 Wahlkreisen (von insgesamt 37) in Baden-Württemberg.

Die F.D.P. hatte in allen 248 Wahlkreisen gegenüber 1976 Zweitstimmengewinne erzielt und zwar in 57 Wahlkreisen unter 2 Prozentpunkten, in 172 Wahlkreisen zwischen 2 und unter 4 Prozentpunkten und in 19 Wahlkreisen zwischen 4 und 4,9 Prozentpunkten. Die höchsten Zunahmen (4,9 Prozentpunkte) erfuhr sie in den Wahlkreisen 35 (Harburg) und 162 (Stuttgart-Süd). Die geringste Zunahme (0,5 Prozentpunkte) hatte sie im Wahlkreis 150 (Kreuznach) erfahren.

43 Die 248 Wahlkreise nach dem Anteil der Zweitstimmen für die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien

Anteil der Zweitstimmen von ... bis unter ... %	Zahl der Wahlkreise mit nebenstehendem Stimmenanteil der											
	SPD				CDU und CSU ¹⁾				F.D.P.			
	1969 ²⁾	1972 ³⁾	1976 ⁴⁾	1980	1969 ²⁾	1972 ³⁾	1976 ⁴⁾	1980	1969 ²⁾	1972 ³⁾	1976 ⁴⁾	1980
75 - 80	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-
70 - 75	-	-	-	-	3	2	4	2	-	-	-	-
65 - 70	-	5	2	-	13	9	19	11	-	-	-	-
60 - 65	4	13	5	8	17	18	18	14	-	-	-	-
55 - 60	21	21	18	15	22	18	21	18	-	-	-	-
50 - 55	29	45	24	27	27	24	38	19	-	-	-	-
45 - 50	63	56	54	63	40	39	47	37	-	-	-	-
40 - 45	35	40	46	40	39	46	58	54	-	-	-	-
35 - 40	38	29	42	47	61	56	24	54	-	-	-	-
30 - 35	27	29	27	21	25	25	15	27	-	-	-	-
25 - 30	22	8	23	22	1	11	3	12	-	-	-	-
20 - 25	8	2	7	5	-	-	-	-	-	-	-	-
15 - 20	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	17
10 - 15	-	-	-	-	-	-	-	-	8	69	50	132
5 - 10	-	-	-	-	-	-	-	-	155	149	171	92
unter 5	-	-	-	-	-	-	-	-	85	30	27	7

1) CSU nur in Bayern.
2) Nach den Grenzen der Wahlkreise 1972.

3) Nach den Grenzen der Wahlkreise 1976.
4) Nach den Grenzen der Wahlkreise 1980.

5.3 Stimmabgabe der Briefwähler

Der Anteil der Briefwähler unter den Anhängern der einzelnen Parteien weist Unterschiede auf, die in ihrer Tendenz schon seit 1957 bestehen.

Von den gültigen Zweitstimmen je Partei wurden bei der Bundestagswahl 1980 für die CDU 13,8 %, für die F.D.P. 13,7 % für die CSU 13,6 % und für die SPD 12,0 % mit Wahlbrief abgegeben. Bei den "Sonstigen Parteien" waren es sogar 18,9 %, also beinahe ein Fünftel, die brieflich wählten. Bei der SPD, die 1957 einen Briefwähleranteil von nur 3,3 % aufwies, hat bis 1980 eine kontinuierliche Zunahme an Briefwählern stattgefunden. Das gleiche trifft auch für die CSU zu, die 1957 einen Briefwahlanteil von 5,3 % hatte. Bei der CDU und der F.D.P. mit einem Briefwahlanteil von jeweils 6,3 % im Jahr 1957 verlief die diesbezügliche Entwicklung wechselhaft. Auch bei den "Sonstigen Parteien" mit einem Anteil von 4,4 % bei der Bundestagswahl 1957 war dies der Fall gewesen. Während bei der Bundestagswahl 1976 die Differenz in der Höhe der mit Wahlbrief abgegebenen Stimmenzahl zwischen SPD - "Sonstige Parteien" blieben außer Betracht - und CDU noch + 2,6 Prozentpunkte, bei der CSU noch + 1,7 und bei der F.D.P. noch + 2,8 Prozentpunkte betragen hatte, haben sich diese Differenzwerte bei der Bundestagswahl 1980 bei der CDU auf + 1,8 bei der CSU auf + 1,6 und bei der F.D.P. auf + 1,7 Prozentpunkte vermindert.

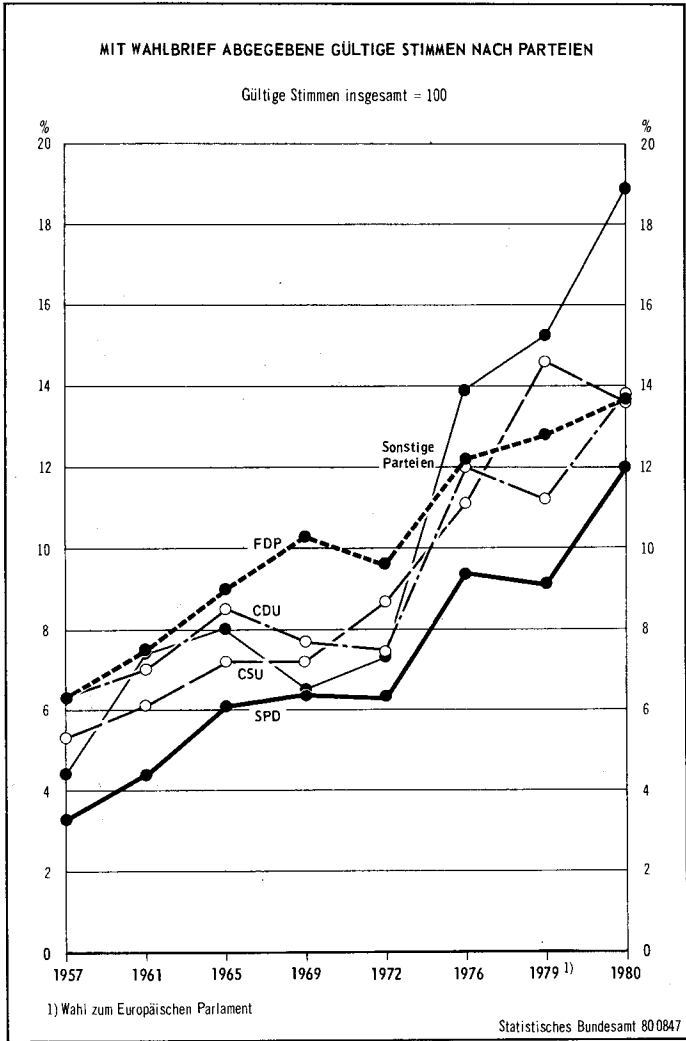
Von den abgegebenen gültigen Zweitstimmen der Briefwähler entfielen 1980 auf die SPD 39,2 %, auf die CDU 36,1 %, auf die F.D.P. 11,1 % und auf die CSU 10,7 %. Die "Sonstigen Parteien" hatten einen Anteil von 2,8 %. 1957 hatte die SPD bei den Briefwählern einen Stimmenanteil von 21,0 %, die CDU jedoch einen von 49,3 % erzielt. Auch bei der CSU war der Stimmenanteil mit 11,0 % im Jahr 1957 noch geringfügig höher als 1980 gewesen, während er bei der F.D.P. mit 9,7 % unter dem vom 1980 gelegen hatte. Die Entwicklung zeigt bei der SPD bis 1972 eine ständige - ins Gewicht fallende - Zunahme, 1976 trat dann eine Abnahme ein. 1980 wurde von der SPD wieder fast das Ergebnis von 1972 erreicht (siehe Tabelle 44). Bei der CDU verlief diese Entwicklung gerade umgekehrt: Stetige Abnahme bis 1972, Zunahme von 5,4 Prozentpunkten bei der Wahl 1976 und dann wieder eine Abnahme um 6 Prozentpunkte bei der Wahl 1980. Auch bei der CSU waren - wie bei der CDU - Abnahmen bei den Stimmanteilen der Briefwähler bis 1972 zu ver-

zeichnen. Während bei der CDU jedoch 1976 eine starke Zunahme festzustellen war, trat bei der CSU schon damals wieder eine rückläufige Entwicklung ein. Bei der F.D.P. wie auch bei den "Sonstigen Parteien" waren die Stimmanteile der Briefwähler in ihrer Höhe sehr wechselnd.

44 Gültige Stimmen der Briefwähler nach Parteien

Partei	Wahl- jahr	Von 100 Zweitstimmen			
		für neben- stehende Parteien wurden mit Wahl- brief abgegeben	der		
			Brief- wähler	Wähler ohne Brief- wähler	Wähler ins- gesamt
SPD	1957	3,3	21,0	32,3	31,8
	1961	4,4	27,1	36,8	36,2
	1965	6,1	32,0	39,9	39,3
	1969	6,4	38,2	43,0	42,7
	1972	6,3	39,6	46,3	45,8
	1976	9,4	36,9	43,2	42,6
	1980	12,0	39,2	43,4	42,9
CDU	1957	6,3	49,3	39,2	39,7
	1961	7,0	42,3	35,4	35,8
	1965	8,5	43,3	37,5	38,0
	1969	7,7	39,1	36,4	36,6
	1972	7,5	36,7	35,1	35,2
	1976	12,0	42,1	37,5	38,0
	1980	13,8	36,1	34,0	34,2
F.D.P. ..	1957	6,3	9,7	7,6	7,7
	1961	7,5	16,2	12,6	12,8
	1965	9,0	11,5	9,3	9,5
	1969	10,3	8,3	5,6	5,8
	1972	9,6	11,1	8,1	8,4
	1976	12,2	8,9	7,8	7,9
	1980	13,7	11,1	10,6	10,6
CSU	1957	5,3	11,0	10,4	10,5
	1961	6,1	9,8	9,5	9,6
	1965	7,2	9,3	9,6	9,6
	1969	7,2	9,5	9,4	9,5
	1972	8,7	11,6	9,5	9,7
	1976	11,1	10,9	10,6	10,6
	1980	13,6	10,7	10,2	10,3
Sonstige.	1957	4,4	9,0	10,4	10,3
	1961	7,4	4,7	5,8	5,7
	1965	8,0	3,9	3,6	3,6
	1969	6,5	4,9	5,5	5,5
	1972	7,3	0,9	0,9	0,9
	1976	13,9	1,1	0,9	0,9
	1980	18,9	2,8	1,8	2,0

Schaubild 14



Von den Wählern ohne Briefwähler hatten mit ihrer Zweitstimme 43,4 % SPD, 34,0 % CDU, 10,6 % F.D.P. und 10,2 % CSU gewählt. Der Anteil der CDU-Wähler unter den Briefwählern ist auch 1980 höher (2,1 Prozentpunkte) als unter den Wählern ohne Briefwähler; umgekehrt ist der Anteil der SPD-Wähler unter den Briefwählern niedriger (4,2 Prozentpunkte) als unter den Wählern ohne Briefwähler. Wenn man die Entwicklung seit 1957 betrachtet (siehe Tabelle 45), ist jedoch festzustellen, daß sich das Stimmverhalten der Briefwähler und der Wähler im Wahllokal immer mehr angleicht. Bei der CSU und der

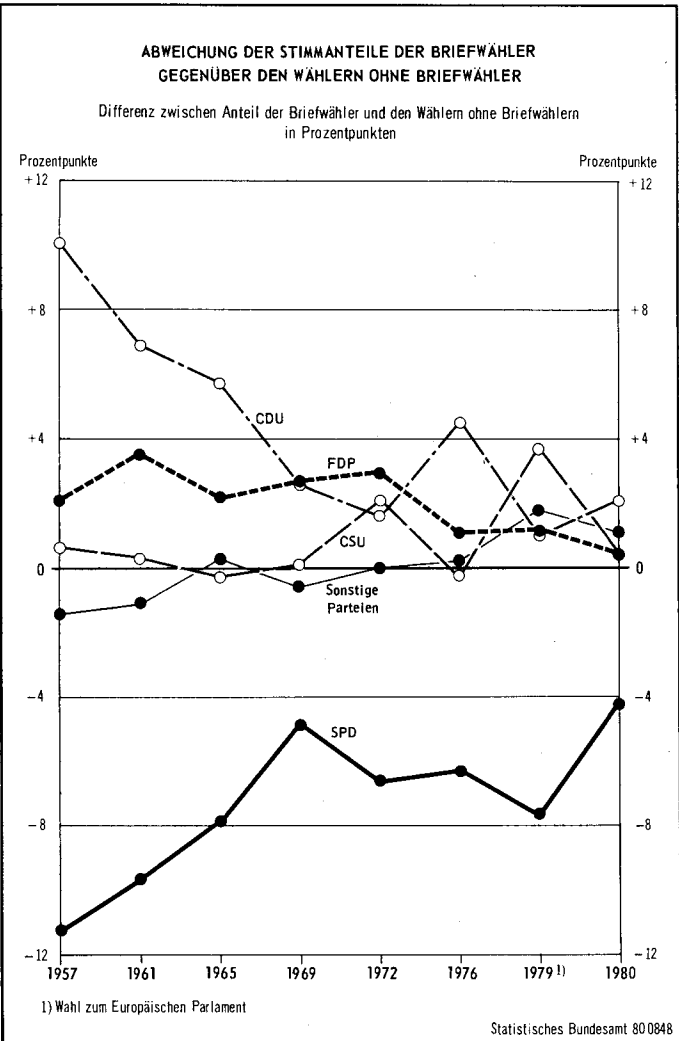
45 Abweichung der Stimmanteile der Briefwähler gegenüber den Wählern ohne Briefwähler
Prozentpunkte

Wahljahr	SPD	CDU	F.D.P.	CSU	Sonstige
1957	- 11,3	+ 10,1	+ 2,1	+ 0,6	- 1,4
1961	- 9,7	+ 6,9	+ 3,6	+ 0,3	- 1,1
1965	- 7,9	+ 5,8	+ 2,2	- 0,3	+ 0,3
1969	- 4,8	+ 2,6	+ 2,7	+ 0,1	- 0,6
1972	- 6,7	+ 1,6	+ 3,0	+ 2,1	+ 0,0
1976	- 6,3	+ 4,6	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,2
1979 1) ..	- 7,7	+ 1,0	+ 1,2	+ 3,8	+ 1,8
1980	- 4,2	+ 2,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,0

1) Wahl zum Europäischen Parlament.

F.D.P. ist die Abweichung der parteispezifischen Stimmanteile bei den beiden Wählergruppen nur noch gering (0,5 Prozentpunkte). Auch bei den "Sonstigen Parteien", die bei der Bundestagswahl 1972 überhaupt keinen Unterschied zwischen den entsprechenden Stimmanteilen aufwiesen, ist die Abweichung mit 1,0 Prozentpunkten ebenfalls nicht besonders hoch.

Schaubild 15



5.4 Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter

Die gültigen Stimmen ohne Briefwahlstimmen wurden, wie bei den Wahlen 1957 und 1961, zu 46,7 % von Männern und zu 53,3 % von Frauen abgegeben. Bei den übrigen Bundestagswahlen (1965 bis 1976) lagen die Anteile bei den Männern etwas niedriger und bei den Frauen entsprechend höher. Unter den Wählern aller vier im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien sind die Frauen in der Mehrzahl und zwar liegt ihr Anteil bei der CDU

46 Anteil der Männer- und Frauenstimmen an den Gesamtstimmen für die jeweilige Partei
Prozent

Wahljahr	Ins-gesamt	SPD	CDU	F.D.P.	CSU	Sonstige
Männerstimmen ¹⁾						
1957	46,7	51,7	42,2 ²⁾	50,3	.	49,6
1961	46,7	51,3	41,7	49,4	41,2	51,2
1965	46,2	51,2	41,2	47,7	41,5	56,8
1969	46,0	49,0	40,4	49,4	41,3	63,8
1972	46,4	47,1	44,6	49,6	45,0	66,2
1976	46,3	46,6	45,6	47,8	45,3	65,3
1979 3) ...	46,2	46,8	45,0	46,6	45,0	53,5
1980	46,7	46,2	47,0	45,9	46,7	56,0
Frauenstimmen ¹⁾						
1957	53,3	48,3	57,8 ²⁾	49,7	.	50,4
1961	53,3	48,7	58,3	50,6	58,8	48,8
1965	53,8	48,8	58,8	52,3	58,5	43,2
1969	54,0	51,0	59,6	50,6	58,7	36,2
1972	53,6	52,9	55,4	50,4	55,0	33,8
1976	53,7	53,4	54,4	52,2	54,7	34,7
1979 3) ...	53,8	53,2	55,0	53,4	55,0	46,5
1980	53,3	53,8	53,0	54,1	53,3	44,0

1) Zweitstimmen ohne Stimmen der Briefwähler.

2) CDU und CSU.

3) Wahl zum Europäischen Parlament; bei dieser Wahl gab es nur eine Stimme.

mit 53,0 % unter dem Durchschnitt, bei der CSU entspricht er mit 53,3 % genau dem Durchschnitt und bei der SPD und der F.D.P. geht er mit 53,8 bzw. 54,1 % über den Durchschnitt hinaus. Bei den nicht im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien war der Anteil der männlichen Wähler mit 56,0 % besonders groß. Bei der DKP betrug dieser Anteil 61,2 % und bei den GRÜNEN 53,9 %.

Der Anteil der Männerstimmen hat sich bei der SPD von 51,7 % bei der Bundestagswahl 1957 von Bundestagswahl zu Bundestagswahl bis auf 46,2 % bei der Bundestagswahl 1980 vermindert, während umgekehrt in gleichem Maße die Anteile der Frauen von 48,3 % (1957) auf die bereits erwähnten 53,8 % bei der Wahl 1980 angestiegen sind. Schon bei der Bundestagswahl 1969 erhielt auch die SPD - wie die CDU und CSU von jeher - mehr Frauen- als Männerstimmen. Die Differenz zwischen den Anteilen der männlichen und weiblichen Wähler beträgt bei der SPD jetzt 7,6 gegenüber 3,4 Prozentpunkte im Jahr 1957. Die CDU sowie die CSU mit einem Männerstimmenanteil von 47,0 bzw. 46,7 % bei der Bundestagswahl 1980 hatten zusammengekommen 1957 einen Anteil von 42,2 % gehabt. Der Unterschied zwischen Frauen- und Männerstimmen betrug bei der CDU 6,0 und bei der CSU 6,6 Prozentpunkte gegenüber 15,6 Prozentpunkte (CDU und CSU zusammen) bei der Wahl 1957. Mit einem Männerstimmenanteil von 45,9 % bei der Wahl 1980 lag die F.D.P. erstmals unter dem Durchschnitt (46,7 %). Bei der Bundestagswahl 1957 hatte sie einen Anteil von 50,3 % (Durchschnitt 46,7 %). Bei den übrigen Parteien überwiegt, wie bereits ausgeführt, der Männerstimmenanteil. Die DKP lag um 14,5 Prozentpunkte und die Partei DIE GRÜNEN um 7,2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt.

Die Veränderungen der Stimmanteile für die einzelnen Parteien zwischen der Bundestagswahl 1976 und 1980 sind in der Tendenz sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Wählern wiederzufinden. Nur sind sie bei den Männern

47 Zweitstimmen nach Geschlecht und Partei
Prozent

Wahljahr	Zweitstimmen ¹⁾		
	Insgesamt	Männer	Frauen

SPD

1953 ²⁾	29,9	32,5	27,6
1957 ³⁾	31,9	35,3	28,9
1961	36,1	39,7	32,9
1965	39,8	44,0	36,2
1969	42,8	45,6	40,4
1972	46,3	46,9	45,7
1976	43,3	43,6	43,1
1979 ⁴⁾	41,9	42,5	41,4
1980	43,5	43,1	43,9

CDU⁵⁾

1953 ²⁾	43,3	38,9	47,2
1957 ³⁾	49,3	44,6	53,5
1961	35,7	31,9	39,0
1965	37,7	33,5	41,3
1969	36,5	32,1	40,3
1972	35,1	33,8	36,3
1976	37,4	36,8	38,0
1979 ⁴⁾	38,8	37,8	39,6
1980	33,8	34,0	33,5

F.D.P.

1953 ²⁾	11,0	11,7	10,4
1957 ³⁾	8,0	8,6	7,4
1961	12,9	13,6	12,2
1965	9,4	9,7	9,2
1969	5,6	6,1	5,3
1972	8,2	8,8	7,7
1976	7,8	8,1	7,6
1979 ⁴⁾	5,9	5,9	5,8
1980	10,6	10,5	10,8

CSU

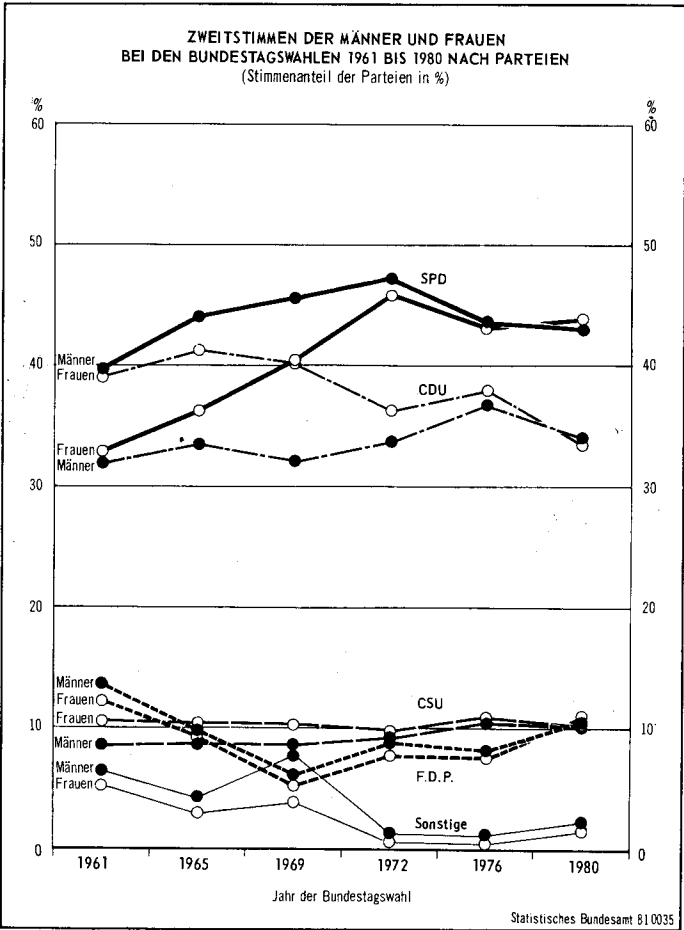
1961	9,6	8,5	10,6
1965	9,6	8,6	10,4
1969	9,5	8,5	10,3
1972	9,5	9,2	9,7
1976	10,6	10,4	10,8
1979 ⁴⁾	9,7	9,4	9,9
1980	10,2	10,2	10,2

Sonstige

1953 ²⁾	15,8	16,9	14,8
1957 ³⁾	10,8	11,5	10,2
1961	5,8	6,4	5,3
1965	3,5	4,3	2,9
1969	5,6	7,7	3,7
1972	0,9	1,3	0,6
1976	0,8	1,2	0,5
1979 ⁴⁾	3,8	4,4	3,3
1980	1,9	2,2	1,5

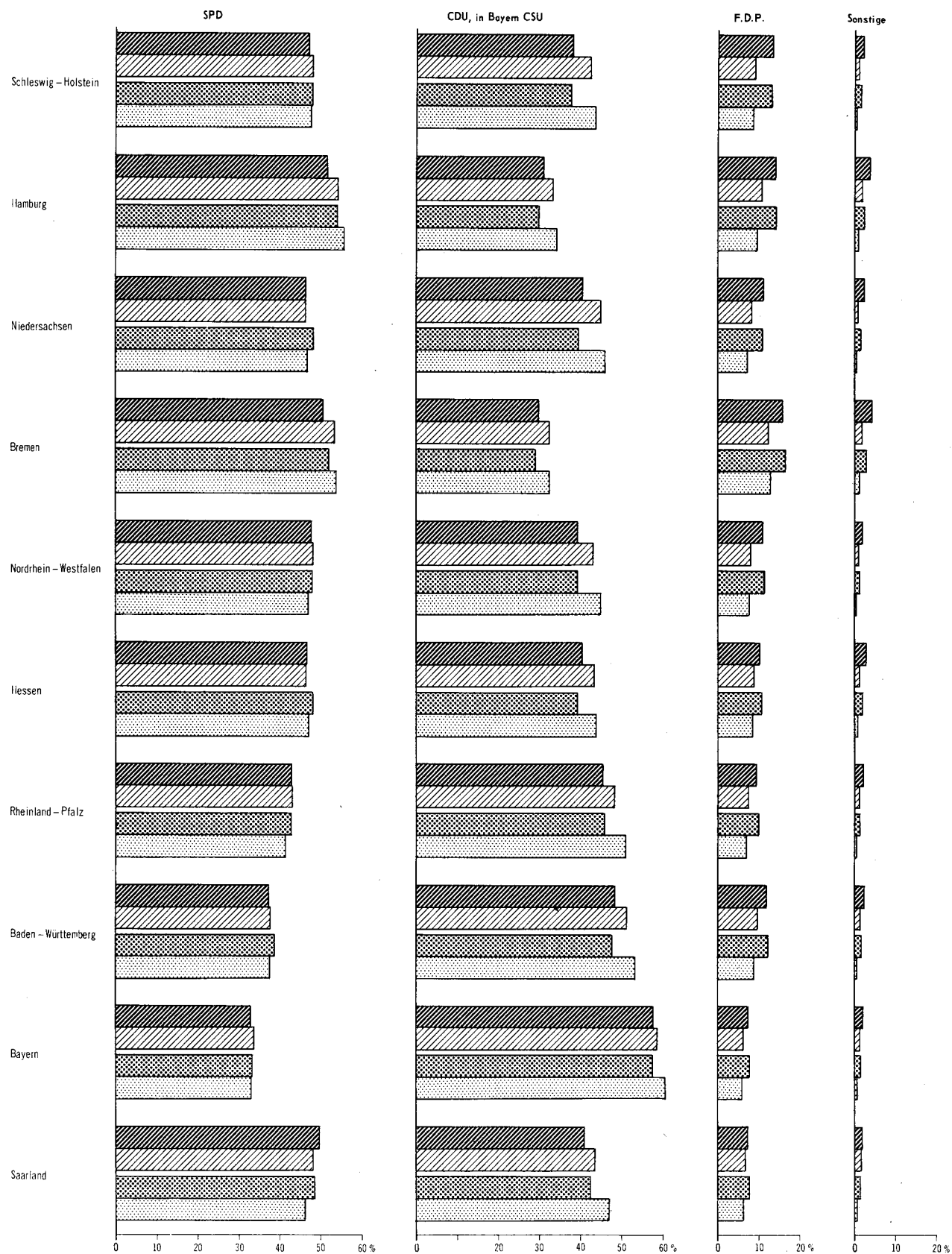
1) Ohne Stimmen der Briefwähler.
2) Ohne Rheinland-Pfalz, Bayern und Saarland.
3) Ohne Saarland.
4) Wahl zum Europäischen Parlament, bei dieser Wahl gab es nur eine Stimme.
5) 1953 und 1957 CDU und CSU.

Schaubild 15



STIMMABGABE DER MÄNNER UND FRAUEN IN DEN LÄNDERN 1976 UND 1980
Zweitstimmenanteil in %

Männer 1980 1976 Frauen 1980 1976



und Frauen von unterschiedlicher Höhe. 1976 hatten 43,6 % der männlichen Wähler und 43,1 % der weiblichen Wähler ihre Zweitstimme der SPD gegeben. Bei der Bundestagswahl 1980 betrug der Anteil der SPD bei den Männern 43,1 % und bei den Frauen 43,9 %. Der Anteil der SPD-Wählerschaft ging gegenüber 1976 bei den Männern um 0,5 Prozentpunkte zurück und stieg bei den Frauen um 0,8 Prozentpunkte an. Für die CDU und die CSU ist 1980 gegenüber 1976 eine beachtliche Abnahme der Stimmanteile eingetreten, die sich bei den Wählerinnen stärker als bei den männlichen Wählern zeigte. Der Stimmanteil der CDU lag 1976 bei den Wählerinnen um 4,5 und bei den männlichen Wählern um 2,8 Prozentpunkte höher als 1980. Bei der CSU waren es 0,6 bzw. 0,2 Prozentpunkte mehr. 1980 haben von den männlichen Wählern 34,0 % CDU und 10,2 % CSU gewählt. Dies sind zusammengenommen insgesamt 3,0 Prozentpunkte Männerstimmen weniger als bei der Wahl 1976. Die gleiche Feststellung gilt für die Wählerinnen, die 1980 mit 33,5 % CDU und mit 10,2 % CSU gewählt hatten. Sie haben gegenüber 1976 damit insgesamt um 5,1 Prozentpunkte weniger diesen beiden Parteien ihre Zweitstimme gegeben. 1980 war der auf die CDU und CSU entfallene Stimmenanteil der Wählerinnen der niedrigste aller seitherigen Bundestagswahlen.

Die F.D.P. hatte 1980 gegenüber 1976 eine Zunahme um 2,4 Prozentpunkte bei den männlichen Wählern und um 3,2 Prozentpunkte bei den Wählerinnen erfahren. 10,5 % männliche bzw. 10,8 % weibliche Wähler hatten nämlich der F.D.P. ihre Zweitstimme gegeben. Einen noch höheren Anteil hatte sie 1953 mit 11,7 % und 1961 mit 13,6 % bei den männlichen Wählern und mit 12,2 % im Jahr 1961 bei den Wählerinnen. Von den sonstigen Parteien haben DIE GRÜNEN insgesamt 1,4 % (männlich 1,6 %, weiblich 1,2 %) und die DKP insgesamt 0,2 % Zweitstimmen erhalten.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 1976 ist festzustellen, daß die SPD bei den Männern einen Stimmenverlust um einen halben Prozentpunkt hinnehmen mußte und bei den Frauen mehr als einen dreiviertel Prozentpunkt hinzugewann. Die Stimmengewinne der F.D.P. waren bei den Frauen um nahezu einen Prozentpunkt höher als bei den Männern. Die Stimmenverluste der CDU waren dagegen bei den Frauen ausgeprägter als bei den Männern, während es bei der CSU gerade umgekehrt war. Mit Ausnahme der Bundesländer Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern hat die SPD in allen anderen Bundesländern mehr Stimmen von den Männern wie auch von den Frauen erhalten als die CDU und CSU. Über 50 % der Zweitstimmen der Männer wie auch der Frauen erhielt die SPD in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Die CDU kam in Baden-Württemberg mit einem Anteil von 48,3 % Männer- und 47,6 % Frauenstimmen zu ihren höchsten Anteilen, während die CSU in Bayern mit 57,6 % Männer- und 57,5 % Frauenstimmen die überhaupt höchsten Anteile einer Partei in einem Bundesland erzielte.

Zur Feststellung der Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter wurden 1980 wie auch 1976 und 1972 fünf Altersgruppen gebildet. 1969 und 1965 waren es vier und vor 1965 nur drei Altersgruppen.

Im einzelnen handelt es sich 1980 um die folgenden Geburtsjahr- bzw. Altersgruppen:

Geburtsjahr	entsprechend etwa Alter
1956 - 1962	unter 25 Jahre
1946 - 1955	25 bis unter 35 Jahre
1936 - 1945	35 bis unter 45 Jahre
1921 - 1935	45 bis unter 60 Jahre
1920 und früher	60 Jahre und älter.

Zunächst sei für die Parteien festgestellt, wieviel Prozent ihrer Wähler sie in jeder Altersgruppe haben. Dabei ergibt sich, immer beginnend mit den Parteien mit den höchsten Prozentsätzen, folgende Reihenfolge der Parteien in den fünf festgelegten Altersgruppen:

- 18- bis unter 25jährige: GRÜNE - Sonstige
(ohne DKP u. GRÜNE) - DKP - SPD - F.D.P. -
CDU - CSU;
- 25- bis unter 35jährige: DKP - GRÜNE - F.D.P. -
SPD - Sonstige (ohne DKP u. GRÜNE) -
CSU - CDU;
- 35- bis unter 45jährige: F.D.P. - CDU - CSU -
SPD - Sonstige (ohne DKP u. GRÜNE) - GRÜNE -
DKP;
- 45- bis unter 60jährige: Sonstige (ohne DKP u.
GRÜNE) - CDU - CSU - SPD - F.D.P. - DKP - GRÜNE;
- über 60jährige: CDU - CSU - SPD - DKP - Sonstige
(ohne DKP u. GRÜNE) - F.D.P. - GRÜNE.

48 Zweitstimmen nach Geschlecht und Partei
in den Ländern
Prozent

Land	Zweitstimmen ¹⁾				
	SPD	CDU	F.D.P.	CSU	Sonstige
Insgesamt					
Schleswig-Holstein.	47,3	37,7	13,3	-	1,8
Hamburg	52,9	30,3	14,0	-	2,9
Niedersachsen	47,3	39,9	10,9	-	1,8
Bremen	51,3	29,2	16,0	-	3,4
Nordrhein-Westfalen	47,6	39,8	10,9	-	1,6
Hessen	47,4	39,8	10,4	-	2,4
Rheinland-Pfalz ...	42,9	45,7	9,7	-	1,7
Baden-Württemberg .	38,0	48,0	12,0	-	2,0
Bayern	33,1	-	7,7	57,5	1,7
Saarland	49,1	41,8	7,5	-	1,6
Bundesgebiet ohne Berlin	43,5	33,8	10,6	10,2	1,9
Männer					
Schleswig-Holstein.	46,7	38,0	13,3	-	2,0
Hamburg	51,5	30,9	13,9	-	3,7
Niedersachsen	46,3	40,5	11,0	-	2,2
Bremen	50,5	29,7	15,6	-	4,2
Nordrhein-Westfalen	47,7	39,4	10,9	-	1,9
Hessen	46,7	40,3	10,2	-	2,8
Rheinland-Pfalz ...	42,9	45,5	9,5	-	2,1
Baden-Württemberg .	37,3	48,3	11,9	-	2,4
Bayern	32,9	-	7,5	57,6	2,1
Saarland	49,7	40,9	7,5	-	1,8
Bundesgebiet ohne Berlin	43,1	34,0	10,5	10,2	2,2
Frauen					
Schleswig-Holstein.	47,8	37,5	13,2	-	1,5
Hamburg	54,0	29,8	14,0	-	2,2
Niedersachsen	48,1	39,4	10,9	-	1,5
Bremen	52,0	28,9	16,4	-	2,8
Nordrhein-Westfalen	48,0	39,3	11,4	-	1,3
Hessen	48,0	39,3	10,7	-	2,0
Rheinland-Pfalz ...	42,8	45,8	10,0	-	1,3
Baden-Württemberg .	38,6	47,6	12,1	-	1,7
Bayern	33,2	-	7,8	57,5	1,5
Saarland	48,6	42,5	7,6	-	1,4
Bundesgebiet ohne Berlin	43,9	33,5	10,8	10,2	1,5

1) Ohne Stimmen der Briefwähler.

49 Wählerschaft der Parteien nach Alter und Geschlecht

Partei	Von 100 gültigen Zweitstimmen ¹⁾ für die jeweilige Partei wurden abgegeben von Wählern im Alter von ... bis unter ... Jahren														
	18 - 25			25 - 35			35 - 45			45 - 60			60 und mehr		
	1976	1979 ²⁾	1980	1976	1979 ²⁾	1980	1976	1979 ²⁾	1980	1976	1979 ²⁾	1980	1976	1979 ²⁾	1980
Insgesamt															
SPD	13,4	11,4	14,3	17,0	15,4	17,5	19,9	19,6	18,3	24,0	26,4	25,1	25,7	27,2	24,8
CDU	9,4	8,1	9,4	14,8	11,5	12,8	21,7	21,3	20,4	25,3	28,0	27,7	28,8	31,2	29,7
F.D.P.	12,7	11,8	13,6	22,1	17,1	20,3	23,6	23,3	24,3	23,4	25,2	24,0	18,2	22,6	17,8
CSU	11,2	9,3	11,7	15,7	12,6	15,8	20,9	18,8	19,8	24,3	27,3	26,0	28,0	32,0	26,8
Sonstige	19,8	31,8	36,7	16,9	24,0	25,6	15,4	15,2	12,3	26,3	17,1	14,7	21,6	12,0	10,7
dar.: DKP	25,0	16,7	15,4	20,4	22,7	28,2	12,0	12,4	11,1	21,0	22,3	20,9	21,7	25,8	24,4
GRÜNE	x	36,1	43,3	x	25,5	27,2	x	15,7	12,1	x	15,2	11,0	x	7,5	6,5
Insgesamt ...	11,6	10,7	12,7	16,4	14,0	16,2	20,9	20,2	19,7	24,5	26,7	25,7	26,6	28,3	25,6
Männer															
SPD	14,6	12,4	15,5	18,4	16,5	18,8	21,6	21,2	19,9	23,4	26,9	25,6	22,0	23,1	20,3
CDU	10,5	9,3	10,7	16,0	12,4	14,0	23,8	23,1	22,1	24,9	28,6	28,3	24,9	26,7	24,9
F.D.P.	13,4	12,8	14,6	22,6	17,9	21,3	23,3	24,5	25,6	22,7	25,4	24,2	16,0	19,4	14,3
CSU	12,7	10,7	13,1	17,3	13,9	17,3	22,8	20,4	21,6	23,2	27,2	25,8	23,9	27,8	22,2
Sonstige	19,8	33,4	37,5	16,8	25,0	25,7	15,4	15,1	12,2	25,6	15,8	14,0	22,4	10,7	10,6
dar.: DKP	23,8	16,0	14,3	20,6	21,9	27,0	12,5	13,8	10,7	19,7	22,8	22,4	23,4	25,5	25,7
GRÜNE	x	38,6	45,4	x	26,9	28,1	x	15,1	11,7	x	13,2	9,3	x	6,2	5,6
Zusammen ...	12,8	12,0	14,0	17,7	15,1	17,4	22,8	21,7	21,2	23,9	27,0	26,1	22,9	24,1	21,2
Frauen															
SPD	12,5	10,6	13,3	15,8	14,5	16,5	18,4	18,2	17,0	24,4	26,0	24,6	28,9	30,8	28,7
CDU	8,5	7,1	8,3	13,8	10,7	11,6	20,0	19,8	18,8	25,6	27,5	27,2	32,1	34,8	34,1
F.D.P.	12,1	10,9	12,8	21,6	16,5	19,5	22,1	22,2	23,2	24,1	25,0	23,8	20,2	25,4	20,7
CSU	9,9	8,2	10,4	14,3	11,4	14,4	19,2	17,4	18,3	25,2	27,5	26,2	31,3	35,5	30,8
Sonstige	19,8	30,0	35,7	17,0	22,8	25,5	15,6	15,4	12,6	27,5	18,5	15,4	20,2	13,4	10,8
dar.: DKP	27,1	18,0	17,3	20,0	24,2	30,2	10,9	10,0	11,7	23,4	21,4	18,6	18,7	26,4	22,3
GRÜNE	x	33,4	40,8	x	24,0	26,1	x	16,3	12,6	x	17,4	13,0	x	8,9	7,5
Zusammen ...	10,6	9,6	11,6	15,3	13,1	15,1	19,3	18,9	18,4	25,0	26,5	25,4	29,8	32,0	29,6

1) Ohne Stimmen der Briefwähler.

2) Wahl zum Europäischen Parlament; bei dieser Wahl gab es nur eine Stimme.

Aus der Altersgliederung der Wähler, die mit ihrer Zweitstimme eine bestimmte Partei gewählt haben, lassen sich auch Rangordnungen der Parteien nach dem Alter ihrer Wählerschaft aufstellen. Nimmt man z.B. die Anteile der unter 45 Jahre alten Wähler, dann ergibt sich für 1980 folgende Reihenfolge:

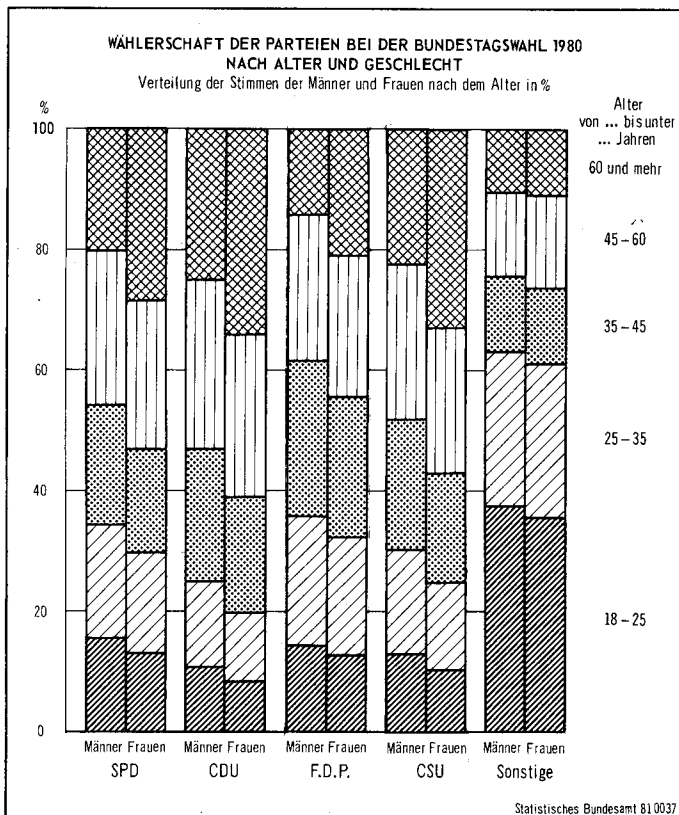
	Insgesamt	Männer	Frauen
	Prozent		
GRÜNE	82,5	85,1	79,5
F.D.P.	58,2	61,4	55,5
DKP	54,7	51,9	59,1
SPD	50,1	54,1	46,7
CSU	47,2	52,0	43,0
CDU	42,6	46,8	38,7

Unter der Wählerschaft der "GRÜNEN" waren die unter 45jährigen am stärksten vertreten. Dasselbe gilt auch für die Altersgruppe der unter 25jährigen (43,3 %). Mit einem Anteil von 58,2 % folgte bei den unter 45jährigen die F.D.P., die 1976 einen Anteil von 58,4 % hatte. Relativ hoch war auch der Anteil der unter 45jährigen DKP-Wähler, wobei der Anteil dieser Altersgruppe unter den DKP-Wählerinnen um 7,2 Prozentpunkte höher als bei den DKP-Wählern war. Die Anteile der unter 45jährigen SPD-Wähler sind gegenüber 1976 sowohl insgesamt als auch bei den Männern zurückgegangen; bei den Frauen sind sie gleich geblieben. Bei der CDU wie auch bei der CSU hat der Anteil der unter 45jährigen Wähler wegen der allgemeinen Stimmenverluste dieser Parteien (3,8 bzw. 0,3 Prozentpunkte) abgenommen. Bei der CDU sind es 3,3 Prozentpunkte und bei der CSU 0,6 Prozentpunkte. Die Abnahme beträgt bei den Frauen in dieser Altersgruppe gegenüber 1976 bei der CDU 3,6 und bei der CSU 0,3 Prozentpunkte. Von den in die Untersuchung einbezogenen Parteien hat die CDU die relativ älteste Wählerschaft.

Vergleicht man die Altersverteilung der Wählerschaft bei den Parteien mit den in den Zeilen "Zusammen" von Tabelle 49 ausgewiesenen Durchschnittswerten bei Männern und Frauen, so war z.B. der Anteil der 18- bis 24jährigen Wählerschaft der "GRÜNEN" nahezu dreieinhalbfach so hoch wie der Anteil dieser Altersgruppe an allen Wählern. Bei der weiblichen Wähler-

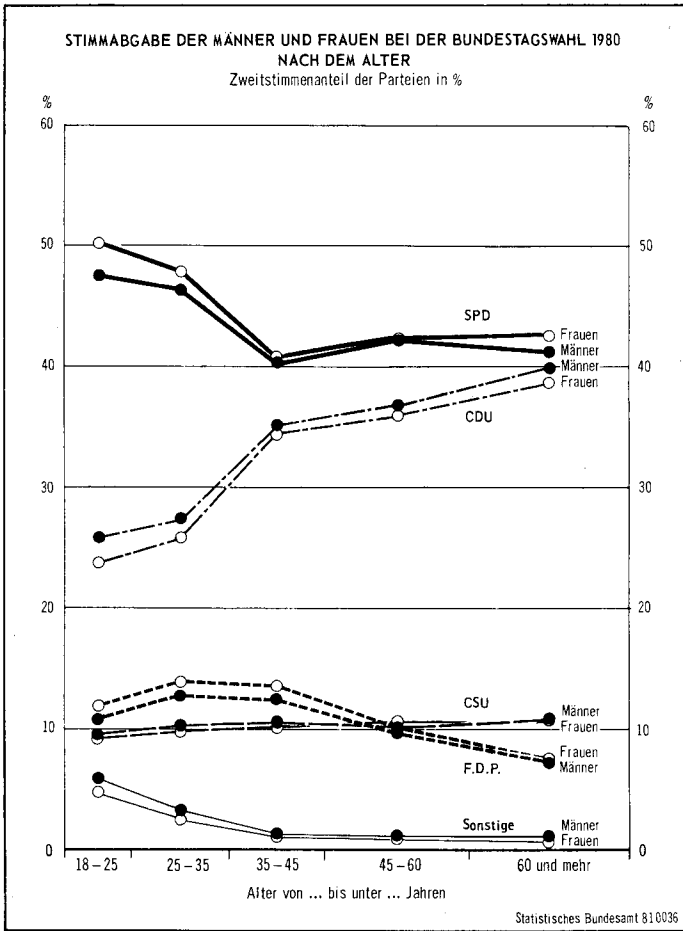
schaft dieser Partei war diese Präferenz am stärksten ausgeprägt. Unter der F.D.P.-Wählerschaft waren sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen - wie 1976 - die 25- bis 44jährigen überdurchschnittlich hoch vertreten, während es unter der Wählerschaft der CDU und CSU viele über 45jährige und noch mehr über 60jährige gab. Bei der weiblichen Wähler-

Schaubild 18



lerschaft der CDU hatte diese bei den über 60jährigen einen Stimmenanteil von 34,1 % und bei derjenigen der CSU einen solchen von 30,8 %. Die "GRÜNEN" hatten unter ihrer Wählerschaft in diesem Alter insgesamt nur einen Anteil von 6,5 % (Männer: 5,6 %; Frauen: 7,5 %).

Schaubild 19



Weitere Informationen sind zu gewinnen, wenn man die Stimmverteilung in den einzelnen Altersgruppen untersucht. Auch bei der Bundestagswahl 1980 war die SPD in allen ausgewiesenen Altersgruppen der Männer und Frauen stärkste Partei. Nimmt man jedoch die Stimmen der CDU und der CSU zusammen, so ergibt sich - wie auch schon 1976 - ein Überwiegen der SPD-Stimmen nur noch bei den 18- bis 34jährigen Männern und Frauen. Mit steigendem Alter bleiben die Stimmenanteile der SPD zugunsten der CDU- und CSU-Stimmen zurück, wobei diese altersmäßige Zunahme bei der CDU deutlicher als bei der CSU erkennbar wird. Bei der F.D.P. ist, ausgehend von der jüngsten Altersgruppe, bei den Männern wie auch bei den Frauen ein Ansteigen des Stimmenanteils bis zur Altersgruppe von 25 bis 34 Jahre vorhanden. Mit zunehmendem Alter vermindern sich die Stimmanteile bis auf 7,1 % bei den Männern und 7,5 % bei den Frauen im Alter von 60 und mehr Jahren. Die Stimmanteile der Männer und die der Frauen liegen - wie das Schaubild 19 zeigt - nicht allzusehr auseinander. Die größten Abweichungen zwischen den Anteilen der Männer- und Frauenstimmen gibt es in der Altersgruppe der 18- bis 24jährigen. Dort ist bei der SPD der Anteil der Frauenstimmen um 2,7 Prozentpunkte größer als derjenige der Männer und bei der CDU der Anteil der Männerstimmen um 2,1 Prozentpunkte höher als derjenige der Frauen. Bei der SPD und der F.D.P. überwiegen in allen Altersgruppen die Anteile der Frauenstimmen. Bei der CSU ist dies nur in der Altersgruppe der 45- bis 59jährigen der Fall. Dagegen überwiegen bei der CDU und bei den unter dem Begriff "Sonstige" zusammengefaßten Parteien sowie bei der CSU, mit Ausnahme der vorher genannten Altersgruppe, die Anteile der Männerstimmen.

50 Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter

	Von 100 gültigen Zweitstimmen ¹⁾ bei der Bundestagswahl					
Alter von ... bis unter ... Jahren	1972		1976		1980	
	entfielen auf					
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
	Wähler im Alter von ... Jahren auf nachstehende Parteien					

SPD

18 - 25	54,3	55,0	49,4	50,2	47,6	50,3
25 - 35	48,1	47,5	45,3	44,5	46,4	47,9
35 - 45	48,4	47,3	41,4	40,9	40,3	40,7
45 - 60	45,0	43,6	42,7	42,1	42,2	42,5
60 und mehr	42,5	42,0	42,0	42,0	41,2	42,6
Insgesamt ...	46,9	45,7	43,6	43,1	43,1	43,9

CDU

18 - 25	26,1	26,9	30,0	30,2	26,0	23,9
25 - 35	31,6	32,9	33,2	34,1	27,4	25,9
35 - 45	32,3	34,2	38,4	39,3	35,3	34,4
45 - 60	35,2	37,9	38,3	39,0	36,8	35,9
60 und mehr	39,6	41,6	40,3	41,1	39,9	38,7
Insgesamt ...	33,8	36,3	36,8	38,0	34,0	33,5

F.D.P.

18 - 25	9,6	8,5	8,5	8,6	10,9	11,9
25 - 35	10,5	10,1	10,3	10,7	12,8	13,9
35 - 45	8,9	8,3	9,0	8,7	12,6	13,6
45 - 60	8,9	7,7	7,7	7,4	9,7	10,1
60 und mehr	6,7	5,7	5,7	5,2	7,1	7,5
Insgesamt ...	8,8	7,7	8,1	7,6	10,5	10,8

CSU

18 - 25	8,7	9,0	10,3	10,0	9,6	9,1
25 - 35	8,9	9,0	10,1	10,1	10,2	9,7
35 - 45	9,2	9,6	10,4	10,7	10,4	10,2
45 - 60	9,2	10,0	10,1	10,9	10,1	10,6
60 und mehr	9,7	10,1	10,9	11,4	10,7	10,6
Insgesamt ...	9,2	9,7	10,4	10,8	10,2	10,2

Sonstige

18 - 25	1,4	0,6	1,8	1,0	6,0	4,7
25 - 35	0,9	0,4	1,1	0,8	3,3	2,6
35 - 45	1,1	0,6	0,8	0,4	1,3	1,1
45 - 60	1,7	0,7	1,2	0,6	1,2	0,9
60 und mehr	1,5	0,6	1,1	0,4	1,1	0,6
Insgesamt ...	1,3	0,6	1,2	0,5	2,2	1,5

1) Ohne Stimmen der Briefwähler.

Im Vergleich zu 1976 haben bei der jüngsten Altersgruppe der Männer (18 bis 24 Jahre) die SPD, die CDU sowie die CSU und bei den Frauen nur die CDU und die CSU Stimmeneinbußen erfahren müssen. Bei den Männern waren es bei der SPD 1,8 bei der CDU 4,0 und bei der CSU 0,7 Prozentpunkte. Bei den Frauen in dieser Altersgruppe waren es bei der CDU sogar 6,3 und bei der CSU 0,9 Prozentpunkte gewesen. Die höchsten Stimmeneinbußen hatte die CDU bei den männlichen Wählern (5,8 Prozentpunkte) und bei den Wählerinnen (8,2 Prozentpunkte) in der Altersgruppe 25 bis 34 Jahre erfahren. Geringfügige Stimmen-

einbußen hat die SPD gegenüber der Wahl 1976 bei den männlichen Wählern in allen Altersgruppen ab 35 Jahre und bei den Frauen in der Altersgruppe 35 bis 44 Jahre gehabt. Die Stimmanteile der CDU lagen bei den Männern und bei den Frauen in allen Altersgruppen beachtlich unter und diejenigen der F.D.P. über den Anteilen bei der Bundestagswahl 1976. Die CSU hat lediglich von den 25- bis 34jährigen Männern etwas mehr Stimmen als 1976 bekommen, bei den 35- bis 59jährigen Männern sind ihre Anteile gleich geblieben und in den übrigen Altersgruppen der Männer sowie in allen Altersgruppen der Frauen lagen sie geringfügig unter den Anteilen von 1976.

Von den unter 25jährigen Männern erhielt die SPD im Saarland mit 55,9 % (1976: 52,7 %), gefolgt von Bremen mit 55,6 % (1976: 63,7 %), Hamburg mit 54,0 % (1976: 62,6 %), Schleswig-Holstein mit 52,5 % (1976: 57,8 %), Nordrhein-Westfalen mit 52,3 % (1976: 53,4 %), Hessen mit 52,0 % (1976: 54,6 %) und Niedersachsen mit 51,9 % (1976: 54,0 %) über dem Bundesdurchschnitt (47,6 %) liegende Zweitstimmenanteile. Unter dem Bundesdurchschnitt lagen diese Anteile in Bayern mit 34,3 % (1976: 34,9 %), Baden-Württemberg mit 44,6 % (1976: 45,8 %) und Rheinland-Pfalz mit 47,3 % (1976: 50,3 %). Das gleiche Bild ergibt sich bei den gleichaltrigen Frauen, von denen die SPD (bei einem Bundesdurchschnitt von 50,3 %) in Bremen mit 61,4 % die meisten und in Bayern mit 36,4 % die wenigsten Zweitstimmenanteile erzielte.

In der gleichen Altersgruppe kamen CDU und CSU (mit einem Bundesdurchschnitt von 35,6 % Männer- und 43,7 % Frauenstimmen) in Bayern (CSU) bei den Männern auf 53,5 % und bei den Frauen auf 51,5 % Zweitstimmen, gefolgt von der CDU in Baden-Württemberg mit 37,2 % bzw. 35,2 %. Extrem niedrig war dagegen der Stimmanteil der CDU in Bremen mit 18,1 % bei den Männern und 15,7 % bei den Frauen.

Die F.D.P. hatte mit 15,5 % bei den Männern in Schleswig-Holstein und mit 16,4 % bei den Frauen in Hamburg bei den jüngsten Wählern ihre höchsten und mit 7,3 % bei den Männern in Bayern sowie im Saarland und mit 6,8 % bei den Frauen im Saarland ihre niedrigsten Anteile erzielt.

In dem Stadtstaat Hamburg erhielt die SPD bei den 60jährigen und älteren Männern wie auch Frauen noch über 50 % liegende Stimmanteile (50,7 % bzw. 55,6 %). Über dem Bundesdurchschnitt von 41,2 % bei den Männern und 42,6 % bei den Frauen lag dieser Anteil noch in Nordrhein-Westfalen (46,1 % bei den Männern und 46,6 % bei den Frauen), Bremen (45,1 % bzw. 49,6 %), Hessen (44,5 % bzw. 47,2 %), Niedersachsen (43,3 % bzw. 46,1 %), Schleswig-Holstein (42,6 % bzw. 45,9 %) und im Saarland (42,5 % bei den Männern). Am niedrigsten entschieden sich die 60jährigen und älteren Männer und Frauen in Bayern für die SPD (33,3 % bzw. 32,6 %).

Der Stimmenanteil von CDU und CSU bei den 60jährigen und älteren betrug 50,6 % bei den Männern und 49,3 % bei den Frauen. Weit darüber lag er für die CSU in Bayern mit 59,6 % bzw. 60,8 % und für die CDU in Baden-Württemberg mit 55,9 % bzw. 54,8 %. Die wenigsten Stimmen von den Wählern dieses Alters erhielt die CDU in Hamburg mit 38,8 % bei den Männern und 34,7 % bei den Frauen.

Die F.D.P. erreichte ein besonders gutes Ergebnis bei den 60jährigen und älteren Frauen in Bremen mit 12,8 % (Bundesdurchschnitt 7,3 %) und bei den Männern mit 11,8 % (Bundesdurchschnitt 7,1 %). Von den 60jährigen und älteren Frauen gaben in Bayern und im Saarland nur 5,8 % und von den Männern gleicher Altersgruppe in Bayern ebenfalls 5,8 %, im Saarland aber 6,2 %, dieser Partei ihre Zweitstimme (s. Tabelle 10) im Anhang).

51 Zweitstimmen nach Geschlecht und Partei
in ausgewählten Geburtsjahrgangs- und Altersgruppen
bei verschiedenen Wahlen
Prozent

Geburtsjahrggruppe (Alter von ... bis unter ... Jahren)	Wahl- jahr	Zweitstimmen ¹⁾				
		SPD	CDU	F.D.P.	CSU	Son- stige
Männer						
1902-1931 (30-60) ..	1961	40,7	30,2	14,4	8,0	6,7
1935 und früher (45 und älter) ...	1980	41,8	38,2	8,5	10,4	1,2
1910-1924 (45-60) ..	1969	43,8	31,5	6,2	8,3	10,2
1920 und früher (60 und älter) ...	1980	41,2	39,9	7,1	10,7	1,1
Frauen						
1902-1931 (30-60) ..	1961	33,7	37,7	12,8	10,2	5,6
1935 und früher (45 und älter) ...	1980	42,6	37,4	8,7	10,6	0,7
1910-1924 (45-60) ..	1969	39,0	40,7	5,4	10,3	4,7
1920 und früher (60 und älter) ...	1980	42,6	38,7	7,5	10,6	0,6

1) Ohne Stimmen der Briefwähler.

Die Unterschiede in der Stimmenabgabe nach Altersgruppen werfen die Frage auf, inwieweit die festgestellten Unterschiede im Wahlverhalten einzelner Altersgruppen - auch im Vergleich mit früheren Bundestagswahlen - damit zusammenhängen, daß sich mit zunehmendem Alter das Stimmverhalten ändert, oder ob hierin auch generationsspezifische Einstellungen und Verhaltensweisen zum Ausdruck kommen. Derartige Betrachtungen sind in der allgemeinen Bevölkerungsstatistik dadurch relativ einfach möglich, daß man z.B. dann, wenn die Ergebnisse für einen längeren Zeitraum in fünf oder zehn Altersgruppen gegliedert vorliegen, ohne weiteres untersuchen kann, wie sich die Verhältnisse bei den z.B. heute 40- bis 50jährigen in den letzten 10 Jahren geändert haben, wenn man für den Zeitpunkt von 10 Jahren die Altersgruppe der 30- bis 40jährigen und die darin beobachteten Strukturen mit denen der heute 40- bis 50jährigen vergleicht. Eine derartige Betrachtung stößt jedoch in der repräsentativen Wahlstatistik auf drei Schwierigkeiten. Die eine liegt generell in den gewählten Altersgruppen der repräsentativen Wahlstatistik. Eine zweite Schwierigkeit besteht darin, daß seit 1953 die Abgrenzung der Altersgruppen zweimal geändert worden ist (siehe Tabelle 4.1). Drittens kommt hinzu, daß die Bundestagswahlen im allgemeinen einen vierjährigen Rhythmus haben, so daß also allenfalls bei Einhaltung dieses Rhythmus eine Betrachtung über einen Zeitraum von 20 Jahren möglich wäre. Die Betrachtung, inwieweit sich das Wahlverhalten mit zunehmendem Alter ändert oder nicht, ist in der repräsentativen Wahlstatistik daher nur für ausgewählte Geburtsjahrgangs- und Altersgruppen in grober Annäherung möglich, wobei bei den zum Vergleich herangezogenen Geburtsjahrgangsgruppen Randunschärfen in Kauf genommen werden müssen. So waren die 30- bis 60jährigen 1961 - das sind die Geburtsjahrgänge 1902 bis 1931 - bei der Bundestagswahl 1980 um 19 Jahre älter, also 49 bis 79 Jahre alt. Da diese Altersgruppe in der repräsentativen Wahlstatistik aber nicht gebildet werden kann, werden für den näherungsweisen Generationsvergleich dafür 1980 diejenigen, die 45 Jahre und älter waren, herangezogen, das sind dann die Geburtsjahrgänge 1935 und früher. In der Tabelle 51 wird diese Darstellung für zwei Geburtsjahrgangsgruppen für die Bundestagswahlen von 1961 und 1980 sowie 1969 und 1980 gegeben. Dabei zeigt sich für die hier untersuchten Generationen bei den Männern hinsichtlich der SPD-Anteile und der CSU-Anteile kaum eine Änderung mit zunehmendem Alter, wohl aber bei den CDU- und F.D.P.-Anteilen. Bei den Frauen ist die Entwicklung, was die SPD- und CDU-Anteile betrifft, genau umgekehrt wie bei

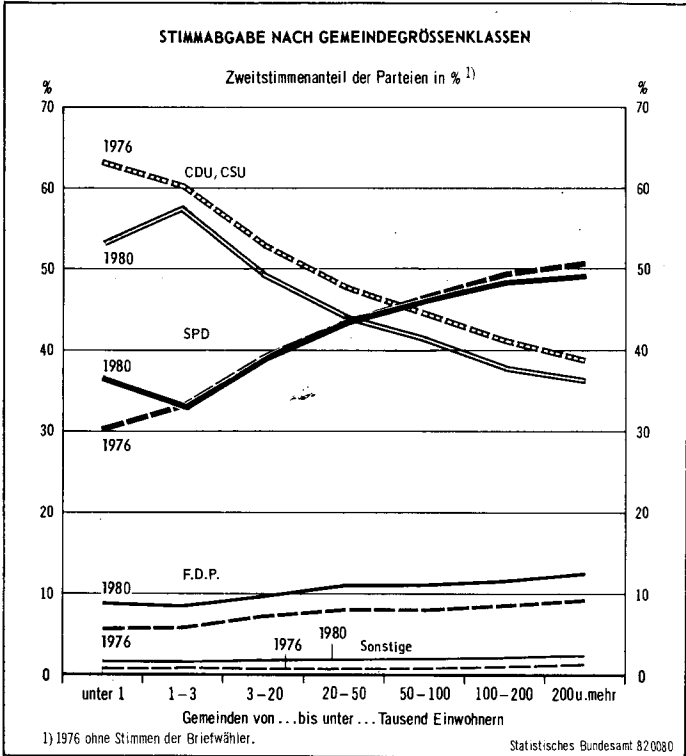
den Männern. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, daß sowohl generationsspezifische Einflüsse als auch Änderungen der Einstellung mit zunehmendem Alter für die Stimmabgabe eine Rolle spielen, allerdings in unterschiedlichem Maße bei Frauen und Männern, und zwar in Abhängigkeit von der Partei, die man zehn oder zwanzig Jahre zuvor gewählt hatte. Wären nur generationsspezifische Einflüsse maßgebend, so dürften sich kaum Abweichungen in den in der Tabelle 51 dargestellten Anteilen zeigen. Mehr als derartige Hinweise lassen sich bei dieser Betrachtung aus den bereits geschilderten Gründen nicht gewinnen.

5.5 Stimmabgabe in Stadt und Land

Im Gegensatz zu den Wahlen vor 1972, bei denen die Zahlen über die Stimmabgabe in Stadt und Land, auch nach Geschlecht und Alter, auf einer Gliederung der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik nach den Einwohnerzahlen der Gemeinden mit Auswahlbezirken beruhten, handelt es sich 1980 - wie 1976 und 1972 - um Ergebnisse einer Totalzählung der Gemeindergebnisse ohne Gliederung nach dem Geschlecht und Alter.

Mehr Stimmen als die SPD erhielten die CDU und CSU bei der Bundestagswahl 1980 im Durchschnitt der Gemeinden von weniger als 50 000 Einwohnern. In den Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern (1976 mit weniger als 20 000 Einwohnern) konnten sie sogar mehr als 50 % der gültigen Zweitstimmen auf sich vereinigen. In den Gemeinden mit 200 000 und mehr Einwohnern betrug ihr Stimmenanteil jedoch nur 36,3 % (1976: 38,9 %), verglichen mit 53,1 % (1976: 63,3 %) mit weniger als 1 000 Einwohnern. Umgekehrt verhält es sich bei der SPD, für die sie sich in diesen Gemeinden 36,4 % (1976: 30,3 %) der Wähler, in den Gemeinden mit 200 000 und mehr Einwohnern aber 49,1 % (1976: 50,8 %) entschieden haben. Während sich die Stimmenanteile der CDU und CSU von den kleinsten zu den größten Gemeinden um knapp 17 (1976: um etwas über 24) Prozentpunkte vermindern, steigen sie bei der SPD um nahezu 13 (1976: um mehr als 20) Prozentpunkte an. Die SPD erhielt 1980 im Durchschnitt in keiner der Größenklassen über 50 % der gültigen Zweitstimmen. 1976 war dies noch im Durchschnitt der Gemeinden von 200 000 und mehr Einwohnern der Fall. Der Anteil der Zweitstimmen für die F.D.P. betrug bei einem Bundesdurch-

Schaubild 20



52 Stimmabgabe in Stadt und Land

Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Jahr	Von 100 gültigen Zweitstimmen in nebenstehenden Gemeinden entfielen auf			
		SPD	CDU, CSU 2)	F.D.P.	Son- stige
unter 1 000 ...	1961	25,9	54,8	12,3	7,0
	1965	29,7	57,6	10,0	2,8
	1969	27,6	60,2	4,8	7,4
	1972	34,3	58,8	6,0	1,0
	1976	30,3	63,3	5,6	0,8
	1980	36,4	53,1	8,8	1,7
1 000 - 3 000 ...	1961	32,3	48,8	12,4	6,5
	1965	33,5	54,4	9,0	3,0
	1969	34,5	53,8	5,2	6,4
	1972	38,4	54,5	6,2	0,9
	1976	33,2	60,3	5,8	0,8
	1980	33,1	57,4	7,8	1,7
3 000 - 10 000 ...	1961	35,7	47,2	11,6	5,5
	1965	37,0	50,3	9,7	3,1
3 000 - 20 000 ...	1969	41,3	48,0	5,5	5,1
	1972	43,1	48,4	7,7	0,9
	1976	39,1	53,0	7,2	0,7
	1980	38,8	49,7	9,6	1,8
10 000 - 50 000 ...	1961	37,3	42,7	14,2	5,8
	1965	40,1	46,4	10,0	3,5
20 000 - 50 000 ...	1969	44,9	44,8	5,6	4,7
	1972	47,6	43,3	8,3	0,9
	1976	43,4	47,9	8,0	0,7
	1980	42,9	44,1	11,2	1,9
50 000 - 100 000 ...	1969	47,4	41,5	5,5	5,6
	1972	50,7	39,9	8,4	0,9
	1976	46,5	44,6	8,0	0,8
	1980	46,0	41,2	10,8	2,0
50 000 - 200 000 ...	1961	38,0	43,1	13,6	5,2
	1965	44,9	42,5	8,6	3,9
	1969	48,0	40,9	5,8	5,2
	1972	51,1	39,2	8,8	1,0
	1976	47,8	43,1	8,2	0,9
	1980	47,0	39,7	11,2	2,1
100 000 - 200 000 ...	1969	47,3	41,1	6,4	5,3
	1972	51,5	38,3	9,2	1,0
	1976	49,4	41,2	8,5	0,9
	1980	48,3	37,9	11,6	2,2
200 000 und mehr	1961	43,2	38,5	13,0	5,2
	1965	47,9	38,6	9,1	4,4
	1969	51,9	36,5	6,3	5,3
	1972	53,8	35,5	9,8	1,0
	1976	50,8	38,9	9,2	1,1
	1980	49,1	36,3	12,3	2,3
Insgesamt	1961	36,2	45,3	12,8	5,7
	1965	39,3	47,6	9,5	3,6
	1969	42,7	46,1	5,8	5,5
	1972	45,8	44,9	8,4	0,9
	1976	42,6	48,6	7,9	0,9
	1980	42,9	44,5	10,6	2,0

1) Nach dem jeweiligen Gebietsstand der Gemeinde; 1961 bis 1976 ohne Stimmen der Briefwähler.
2) CSU nur in Bayern.

schnitt von 10,6 % (1976: 7,9 %) in den kleinsten Gemeinden 8,8 % (1976: 5,6 %) und in den Gemeinden mit 200 000 und mehr Einwohnern 12,3 % (1976: 9,2 %). Bei den sonstigen Parteien betrug der Anteil der Zweitstimmen in allen Gemeindegrößen um die 2 %.

Stimmeneinbußen mußten die CDU und CSU im Durchschnitt in allen Größenklassen der Gemeinden hinnehmen. Mit etwas über 10 Prozentpunkten waren sie in den Gemeinden unter 1 000 Einwohnern am höchsten. Auch die SPD hatte im Durchschnitt der Gemeinden mit Ausnahme in der Größenklasse mit unter 1 000 Einwohnern Stimmenverluste erfahren. Am höchsten waren sie mit 1,7 Prozentpunkten im Durchschnitt der Gemeinden mit 200 000 und mehr Einwohnern. In der Größenklasse unter 1 000 Einwohnern betrug die Zunahme im Durchschnitt 6,1 Prozentpunkte.

5.6 Stimmabgabe der evangelischen und katholischen Wähler

In derselben Weise wie die Stimmabgabe nach Stadt und Land ist der Zusammenhang zwischen Stimmabgabe und Religionszugehörigkeit untersucht worden. Dazu wurden die auf Magnetband genommenen Ergebnisse über die Stimmabgabe 1980 um den Anteil der evangelischen Bevölkerung der Gemeinde bei der Volkszählung 1970 - umgerechnet auf den Gebietsstand der Gemeinde am Tag der Bundestagswahl - ergänzt und für die

53 Stimmabgabe nach dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen in den Gemeinden

Partei	Wahljahr	insgesamt	Stimmabgabe ¹⁾										
			Anteil der evangelischen Bevölkerung ²⁾ von ... bis unter ... %										
			unter 10	10	20	30	40	50	60	70	80	90	90 und mehr
			in % der gültigen Zweitstimmen nebenstehender Parteien										
SPD	1961	36,2	16,5	27,8	33,9	30,6	38,0	43,7	42,0	45,3	42,3	37,3	
	1965	39,3	21,6	32,0	36,6	38,2	46,0	48,7	43,0	44,8	44,1	40,2	
	1969	42,7	22,3	33,5	42,4	43,1	50,8	50,8	47,8	50,0	47,6	40,0	
	1972	45,8	26,7	37,2	44,3	46,0	54,7	52,2	49,4	52,0	51,5	46,3	
	1976	42,6	24,2	33,3	40,6	41,2	50,9	49,6	46,0	49,6	49,1	44,1	
	1980	42,9	26,0	33,5	39,8	40,6	49,8	48,3	45,8	48,7	48,7	45,7	
CDU und CSU ³⁾	1961	45,3	74,2	59,8	49,3	52,9	46,1	37,7	36,1	32,3	33,4	34,3	
	1965	47,6	72,1	58,6	51,4	51,7	42,2	38,2	40,3	39,2	40,4	42,9	
	1969	46,1	70,2	58,1	47,1	46,6	39,1	37,6	39,3	37,6	39,8	45,7	
	1972	44,9	69,3	56,8	46,7	43,6	36,5	36,9	39,6	37,0	38,7	45,0	
	1976	48,6	71,6	60,4	50,2	49,5	40,3	40,6	43,8	40,1	41,6	47,7	
	1980	44,5	67,4	56,8	47,1	46,0	37,6	37,9	39,9	36,4	37,4	41,5	
F.D.P.	1961	12,8	5,7	8,4	11,2	12,7	11,8	13,1	16,1	15,9	16,5	18,1	
	1965	9,5	4,5	6,9	8,5	7,6	8,3	8,7	12,5	11,3	11,4	13,9	
	1969	5,8	2,6	3,8	5,4	5,8	5,5	6,0	7,1	6,6	6,5	6,6	
	1972	8,4	3,2	5,3	8,2	9,5	7,8	9,8	9,9	10,1	8,8	7,7	
	1976	7,9	3,5	5,6	8,3	8,5	7,9	8,7	9,3	9,3	8,6	7,6	
	1980	10,6	5,1	8,0	11,2	11,4	10,8	11,6	12,2	12,6	11,9	11,0	
Sonstige	1961	5,7	3,7	3,9	5,6	4,0	4,2	5,7	5,9	6,5	7,9	10,4	
	1965	3,6	1,8	2,5	3,6	2,5	3,5	4,4	4,1	4,6	4,1	3,1	
	1969	5,5	4,9	4,6	5,1	4,6	4,6	5,6	5,7	5,8	6,1	7,6	
	1972	0,9	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9	1,1	1,1	1,0	0,9	1,0	
	1976	0,9	0,7	0,7	0,9	0,8	0,9	1,0	0,9	1,0	0,8	0,7	
	1980	2,0	1,5	1,7	2,0	2,0	1,9	2,2	2,1	2,3	2,0	1,9	

1) 1961 bis 1976 ohne Stimmen der Briefwähler.
2) Nach dem jeweiligen Gebietsstand der Gemeinde; 1961 bis 1969 aufgrund der evangelischen Bevölkerung in den Gemeinden bei

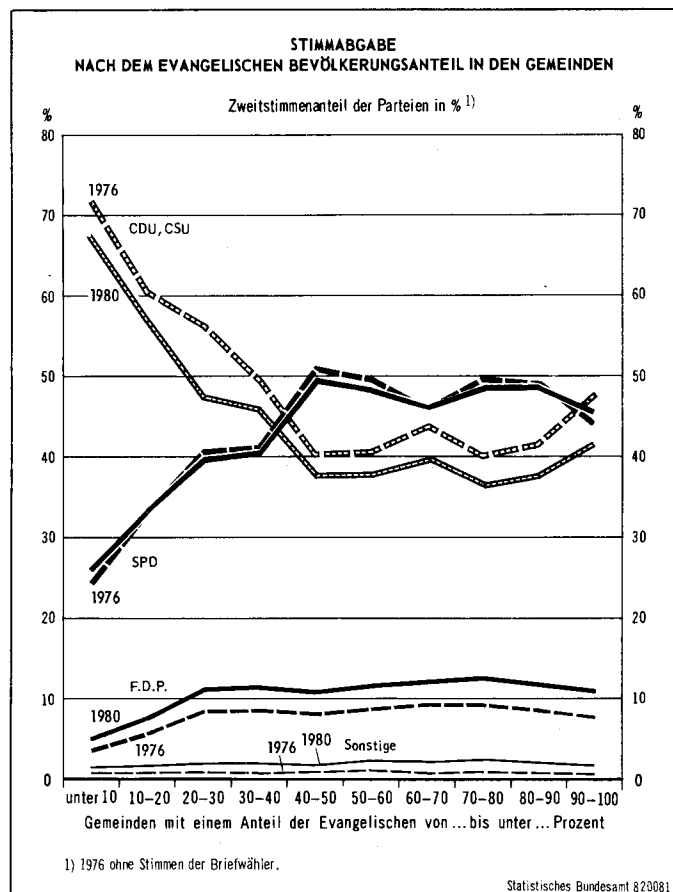
der Volkszählung 1961; 1972 bis 1980 bei der Volkszählung 1970.
3) CSU nur in Bayern.

54 Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen in den Gemeinden

Partei	Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Anteil der evangelischen Bevölkerung von ... bis unter ... %									
		unter 10	10 — 20	20 — 30	30 — 40	40 — 50	50 — 60	60 — 70	70 — 80	80 — 90	90 und mehr
		in % der gültigen Zweitstimmen nebenstehender Parteien									
SPD	unter 1 000	22,2	26,9	29,2	33,4	40,6	46,1	46,1	46,7	47,8	42,8
	1 000 - 3 000	22,6	29,1	30,0	30,8	35,4	41,5	42,8	44,3	43,9	43,9
	3 000 - 20 000	27,6	31,8	34,3	35,9	40,9	42,7	43,8	45,4	48,2	47,5
	20 000 - 50 000	37,6	34,9	39,3	41,3	43,6	43,8	45,1	48,2	49,2	53,0
	50 000 - 100 000	-	40,2	41,5	43,2	51,9	46,0	46,8	49,0	49,0	-
	100 000 - 200 000	-	31,1	43,0	46,7	50,7	51,4	48,7	49,8	57,6	-
	200 000 und mehr	-	41,9	42,7	39,1	52,7	51,0	47,6	51,4	51,4	-
CDU CSU ¹⁾	unter 1 000	71,7	64,8	62,7	57,1	47,7	41,4	40,7	38,4	39,0	44,5
	1 000 - 3 000	71,3	61,7	59,8	60,1	54,5	46,1	43,5	42,3	44,3	43,7
	3 000 - 20 000	65,6	58,7	53,3	51,3	46,2	43,4	42,4	40,9	38,9	39,3
	20 000 - 50 000	53,7	55,2	48,6	46,1	42,6	40,6	40,2	37,9	36,5	33,4
	50 000 - 100 000	-	50,0	47,0	44,8	35,9	40,1	39,4	36,4	36,2	-
	100 000 - 200 000	-	58,9	43,7	38,0	36,9	35,2	37,6	33,7	27,4	-
	200 000 und mehr	-	44,0	42,4	44,8	34,7	35,6	36,3	32,5	30,9	-
F.D.P.	unter 1 000	4,7	6,8	6,4	7,9	9,8	10,9	11,4	13,0	11,5	10,8
	1 000 - 3 000	4,7	7,4	8,4	7,7	8,2	10,5	11,8	11,4	10,0	10,5
	3 000 - 20 000	5,2	7,7	10,4	10,9	11,0	12,0	11,8	11,7	11,1	11,3
	20 000 - 50 000	7,1	8,2	10,4	10,7	11,7	13,3	12,7	12,1	12,4	11,6
	50 000 - 100 000	-	8,0	9,9	10,0	10,3	11,8	11,6	12,3	12,8	-
	100 000 - 200 000	-	8,4	11,4	12,5	10,5	11,4	11,6	13,7	12,1	-
	200 000 und mehr	-	12,0	12,7	14,2	10,8	11,1	14,2	13,4	14,5	-
Sonstige	unter 1 000	1,4	1,5	1,7	1,7	1,9	1,6	1,7	1,9	1,7	1,9
	1 000 - 3 000	1,5	1,7	1,8	1,4	1,9	1,9	1,9	2,0	1,9	1,9
	3 000 - 20 000	1,5	1,7	2,0	1,9	1,9	1,9	2,1	2,0	1,9	1,9
	20 000 - 50 000	1,6	1,7	1,7	1,8	2,1	2,3	2,1	1,9	1,8	2,1
	50 000 - 100 000	-	1,8	1,6	2,0	1,9	2,1	2,2	2,2	1,9	-
	100 000 - 200 000	-	1,7	1,9	2,8	1,9	2,1	2,1	2,9	2,9	-
	200 000 und mehr	-	2,1	2,3	1,9	1,8	2,3	1,9	2,7	3,2	-

1) CSU nur in Bayern.

Schaubild 21



Aufbereitung 10 Anteilsgruppen gebildet. Auf die Berücksichtigung des Anteils der Katholiken konnte verzichtet werden, weil die Bevölkerung, die nicht evangelisch oder katholisch ist, nur rd. 6 % ausmacht. Es kann daher davon ausgegangen werden, daß bei einem Bevölkerungsanteil der Evangelischen von beispielsweise 20 bis 30 % der Anteil der Katholiken ungefähr 70 bis 80 % beträgt.

In noch stärkerem Umfang als von der Größe der Gemeinden wurde das Wahlergebnis durch die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung bestimmt. In den fast rein katholischen Gemeinden (Anteil der Evangelischen unter 10 %) entfielen auf die CDU und CSU 67,4 % (1976: 71,6 %), in den fast rein evangelischen Gemeinden (Anteil der Evangelischen über 90 %) jedoch nur noch 41,5 % (1976: 47,7 %) der gültigen Zweitstimmen.

Noch niedriger war ihr Stimmanteil mit nur rund 38 % in den Gemeinden mit stark gemischter Bevölkerung. Wie die Ergebnisse 1980 zeigen, bei denen das Merkmal Religionszugehörigkeit auch mit der Gemeindegrößenklasse kombiniert wurde, ist der Grund hierfür darin zu suchen, daß es sich bei diesen Gemeinden häufig um Großstädte handelt, in denen aus anderen Ursachen als der Konfession die CDU und CSU nicht so stark sind. Die SPD erhielt in den rein katholischen Gemeinden nur 26,0 %, in den konfessionell stark gemischten Gemeinden aus genannten Gründen aber um die 50 % und in den rein evangelischen Gemeinden 45,7 % der Zweitstimmen.

Auch für die F.D.P. wurden in den Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung weit weniger Stimmen gezählt als in Gemeinden, in denen die Evangelischen vorherrschen.

Die CDU und CSU hatte im Durchschnitt in allen Gemeinden gegenüber 1976 Einbußen erfahren. In den überwiegend katholischen wie auch überwiegend evangelischen Gemeinden verloren sie etwa 4 bis 6 Prozentpunkte. Auch die SPD hatte im Durchschnitt der Gemeinden mit Ausnahme in den nahezu rein katholischen bzw. evangelischen Gemeinden Stimmenverluste hinnehmen müssen. In den Gemeinden mit einem Anteil der Evangelischen von 40 bis unter 60 % betrug die Abnahme mehr als 1 Prozentpunkt. In den nahezu rein katholischen Gemeinden betrug die Zunahme des Stimmenanteils gegenüber 1976 insgesamt 1,8 Prozentpunkte und in den nahezu rein evangelischen Gemeinden 1,6 Prozentpunkte.

Wie Tabelle 54 zeigt, in der die Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen mit dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden kombiniert dargestellt ist, konnte die SPD im Durchschnitt mit 57,6 % ihren höchsten Stimmenanteil in den Großstädten unter 200 000 Einwohnern und einem Anteil der evangelischen Bevölkerung von 80 bis unter 90 % erreichen. Ihren geringsten Stimmenanteil erhielt sie mit 22,2 % in den katholischen Dörfern. In etwa umgekehrt verhält es sich bei der CDU und CSU. Ähnlich wie bei der SPD, nur auf sehr viel tieferem Niveau, beeinflussten Siedlungs- und Konfessionsstruktur die Neigung der Wähler, sich mit ihrer Zweitstimme für die F.D.P. zu entscheiden.

5.7 Stimmabgabe der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen bzw. Beamten und Angestellten

In Ergänzung zu den Feststellungen über die Stimmabgabe in Stadt und Land und die Stimmabgabe der evangelischen und katholischen Wähler ist wie 1976 auch wieder die Stimmabgabe

der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen bzw. der Beamten und Angestellten untersucht worden. Auch hierfür wurden die auf Magnetband genommenen Ergebnisse über die Stimmabgabe 1980 um die Anteile der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen bzw. der Beamten und Angestellten an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen der Gemeinde bei der Volkszählung 1970 - umgerechnet auf den Gebietsstand der Gemeinde am Tag der Bundestagswahl 1980 - ergänzt und für die Aufbereitung ebenfalls 10 dekadische Anteilsgruppen gebildet.

Die SPD hat dort, wo im Durchschnitt der Gemeinden der Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen am niedrigsten war, ihre meisten Stimmen (52,3 %) und dort, wo dieser Anteil am höchsten war, die wenigsten Stimmen (17,7 %) errungen. Bei der CDU und CSU ist es gerade umgekehrt (34,9 % bzw. 73,2 %). Die F.D.P. erzielte ihren höchsten Anteil mit 11,5 % in der Stufe 10 bis unter 20 % und den geringsten Anteil (6,1 %) in der Stufe 50 bis unter 60 %.

Der Kombinationstabelle "56 Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Bevölkerungsanteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden" ist zu entnehmen, daß die SPD im Durchschnitt in den Großstädten von 200 000 und mehr Einwohnern mit einem Anteil von 53,3 % in der Gruppe mit einem Anteil von Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen von weniger als 10 % den höchsten Stimmenanteil erzielte. Die CDU und CSU hatten dagegen in den Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern in der Gruppe 90 und mehr Prozent Selbständige und Mithelfende Familienangehörige 86,6 % der Stimmen für sich verbuchen können.

55 Stimmabgabe nach dem Bevölkerungsanteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden

Partei	Wahl-jahr	Stimmabgabe ¹⁾								
		ins-gesamt	Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen ²⁾ von ... bis unter ... %							
			unter 10	10 — 20	20 — 30	30 — 40	40 — 50	50 — 60	60 — 70	70 und mehr
			in % der gültigen Zweitstimmen nebenstehender Parteien							
SPD	1980	42,9	52,3	43,5	37,7	32,1	26,6	20,9	18,4	17,7
	1976	42,6	53,6	44,2	36,9	31,2	24,8	19,7	15,3	12,0
CDU, CSU ³⁾	1980	44,5	34,9	42,9	51,3	57,9	64,4	71,3	73,2	73,2
	1976	48,6	37,6	46,5	55,8	62,0	69,0	74,4	78,8	82,6
F.D.P.	1980	10,6	10,7	11,5	9,2	8,3	7,3	6,1	6,8	7,4
	1976	7,9	7,9	8,5	6,6	6,1	5,4	5,0	5,1	4,7
Sonstige	1980	2,0	2,1	2,0	1,8	1,7	1,7	1,7	1,6	1,7
	1976	0,9	1,0	0,9	0,7	0,7	0,8	0,9	0,8	0,8

1) 1976 ohne Stimmabgabe der Briefwähler.
2) Aufgrund der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden bei der Volkszählung 1970.

3) CSU nur in Bayern.

56 Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Bevölkerungsanteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden

Partei	Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen von ... bis unter ... %									
		unter 10	10 — 20	20 — 30	30 — 40	40 — 50	50 — 60	60 — 70	70 — 80	80 — 90	90 und mehr
		In % der gültigen Zweitstimmen nebenstehender Parteien									
SPD	unter 1 000 ..	38,6	43,0	42,5	38,2	32,7	26,3	20,5	19,3	11,6	6,7
	1 000 - 3 000 ..	39,7	42,0	38,6	31,3	25,1	18,9	16,1	16,8	-	-
	3 000 - 20 000 ..	46,5	42,2	37,7	31,2	25,7	20,1	19,5	-	-	-
	20 000 - 50 000 ..	49,5	42,9	34,7	43,4	-	-	-	-	-	-
	50 000 - 100 000 ..	52,0	44,1	-	-	-	-	-	-	-	-
	100 000 - 200 000 ..	52,7	45,1	-	-	-	-	-	-	-	-
	200 000 und mehr ...	53,3	45,2	-	-	-	-	-	-	-	-
CDU, CSU ¹⁾	unter 1 000 ..	53,0	47,6	47,1	50,3	56,2	63,4	70,4	70,6	82,4	86,6
	1 000 - 3 000 ..	52,0	47,7	51,1	59,1	66,2	73,9	76,8	75,1	-	-
	3 000 - 20 000 ..	41,7	45,5	51,1	59,0	65,8	73,3	70,0	-	-	-
	20 000 - 50 000 ..	37,6	43,8	54,0	42,9	-	-	-	-	-	-
	50 000 - 100 000 ..	35,2	43,1	-	-	-	-	-	-	-	-
	100 000 - 200 000 ..	34,2	40,6	-	-	-	-	-	-	-	-
	200 000 und mehr ...	33,8	38,6	-	-	-	-	-	-	-	-
F.D.P.	unter 1 000 ..	7,0	7,8	8,8	9,7	9,3	8,6	7,6	8,3	4,8	4,2
	1 000 - 3 000 ..	6,7	8,6	8,6	7,9	6,9	5,4	5,5	6,5	-	-
	3 000 - 20 000 ..	10,0	10,4	9,4	8,1	6,9	5,0	8,2	-	-	-
	20 000 - 50 000 ..	11,0	11,4	9,4	12,5	-	-	-	-	-	-
	50 000 - 100 000 ..	10,8	10,8	-	-	-	-	-	-	-	-
	100 000 - 200 000 ..	10,8	12,2	-	-	-	-	-	-	-	-
	200 000 und mehr ...	10,6	13,8	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige	unter 1 000 ..	1,5	1,6	1,6	1,8	1,8	1,8	1,5	1,8	1,1	2,6
	1 000 - 3 000 ..	1,7	1,7	1,7	1,7	1,8	1,7	1,6	1,6	-	-
	3 000 - 20 000 ..	1,8	1,9	1,8	1,7	1,6	1,5	2,3	-	-	-
	20 000 - 50 000 ..	1,9	1,9	1,8	1,3	-	-	-	-	-	-
	50 000 - 100 000 ..	1,9	2,0	-	-	-	-	-	-	-	-
	100 000 - 200 000 ..	2,3	2,1	-	-	-	-	-	-	-	-
	200 000 und mehr ...	2,2	2,4	-	-	-	-	-	-	-	-

1) CSU nur in Bayern.

Schaubild 22

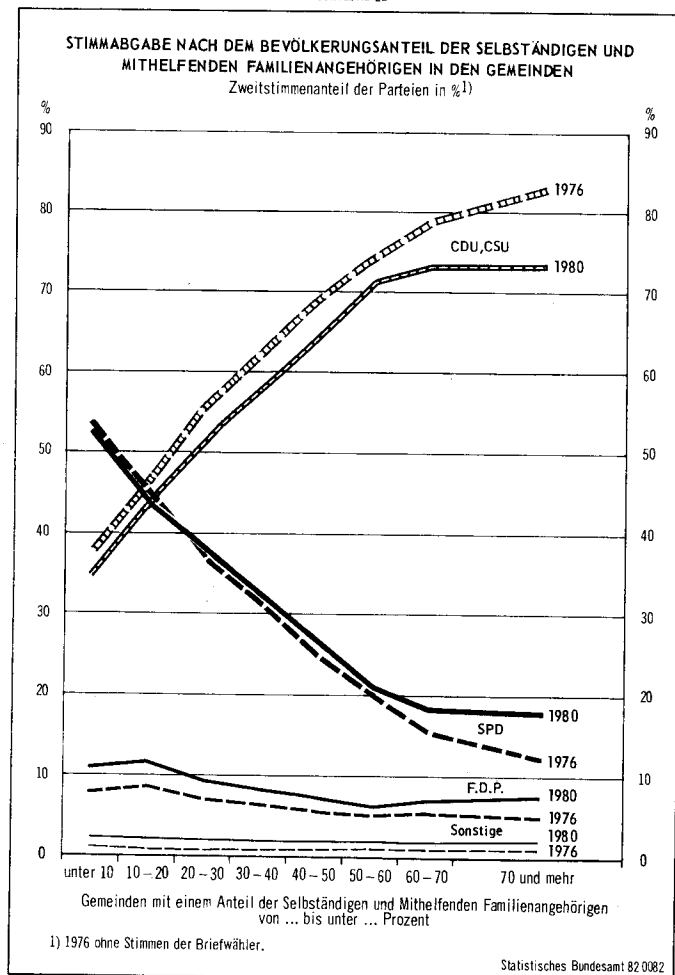
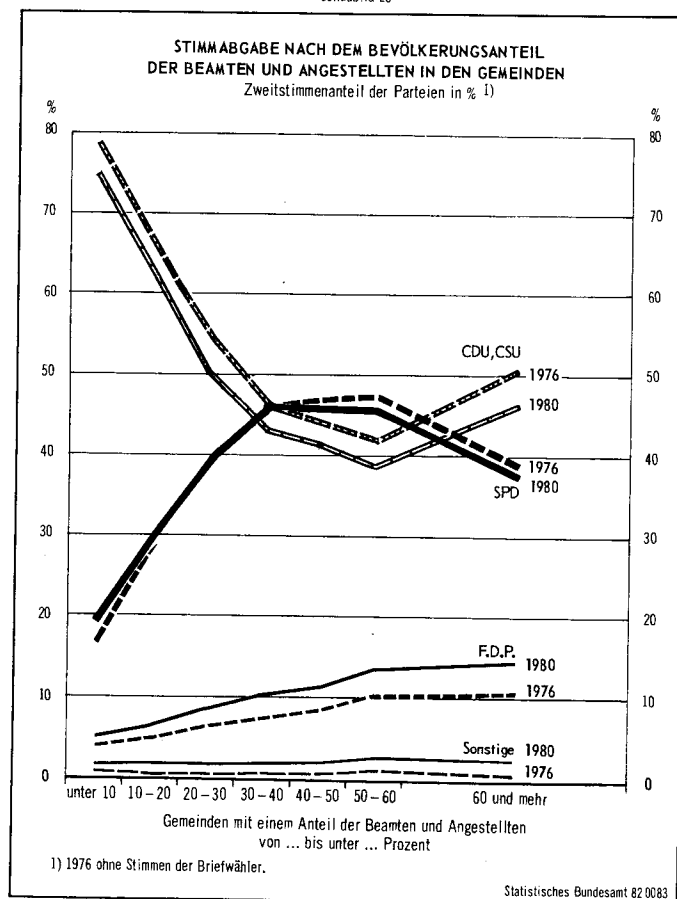


Schaubild 23



57 Stimmabgabe nach dem Bevölkerungsanteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden

Partei	Wahljahr	Stimmabgabe ¹⁾							
		ins- gesamt	Anteil der Beamten und Angestellten ²⁾ von ... bis unter ... %						
			unter 10	10	20	30	40	50	60
				20	30	40	50	60	und mehr
				in % der gültigen Zweitstimmen nebenstehender Parteien					
SPD	1980	42,9	19,2	29,8	39,0	45,3	45,5	45,5	37,1
	1976	42,6	16,8	28,2	38,5	45,7	46,5	47,0	38,0
CDU und CSU ³⁾	1980	44,5	74,3	62,0	50,6	42,8	41,2	38,3	46,1
	1976	48,6	78,6	66,1	54,6	46,2	44,4	41,6	50,6
F.D.P.	1980	10,6	5,0	6,5	8,6	10,1	11,3	13,6	14,7
	1976	7,9	3,7	4,9	6,2	7,3	8,3	10,3	10,7
Sonstige	1980	2,0	1,5	1,6	1,7	1,8	2,0	2,6	2,1
	1976	0,9	0,9	0,8	0,7	0,8	0,8	1,1	0,8

1) 1976 ohne Stimmabgabe der Briefwähler.

2) Aufgrund der Beamten und Angestellten in den Gemeinden bei der Volkszählung 1970.

3) CSU nur in Bayern.

Die F.D.P. konnte ihren höchsten Stimmenanteil mit 13,8 % im Durchschnitt der Gemeinden mit 200 000 und mehr Einwohnern mit einem Anteil von 10 bis unter 20 % Selbständigen und Mit-helfenden Familienangehörigen erzielen.

Wie der Tabelle 57 zu entnehmen ist, erzielte die SPD bei einem Anteil von 40 bis unter 50 % und 50 bis unter 60 % Beamten und Angestellten im Durchschnitt der Gemeinden mit jeweils 45,5 % ihren höchsten Anteil und mit einem Anteil dieser Personengruppe von unter 10 % mit 19,2 % den niedrigsten Stimmenanteil. Bei der CDU und CSU ist es gerade umgekehrt (41,2 und 38,3 bzw. 74,3 %). Die F.D.P. hat ihren höchsten Stimmenanteil (14,7 %) dort erzielt, wo der Anteil der Beamten und Angestellten im Durchschnitt der Gemeinden am höchsten war (60 % und mehr). Den geringsten Anteil (5,0 %) verbuchte sie dort, wo der Anteil der Beamten und Angestellten im Durchschnitt der Gemeinden unter 10 % lag.

Mit einem Stimmenanteil von 61,0 % hat die SPD im Durchschnitt der Großstädte mit 200 000 und mehr Einwohnern und einem Anteil von 30 bis unter 40 % Beamten und Angestellten ihr höchstes Ergebnis erzielt. Das niedrigste Ergebnis mit 17,5 % verbuchte sie im Durchschnitt der Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern und einem Anteil von unter 10 % Beamten und Angestellten. Bei der CDU und CSU ist es dagegen wieder genau umgekehrt (29,1 bzw. 76,9 %). Die F.D.P. erzielte ihren höchsten Stimmenanteil mit 16,6 % im Durchschnitt der Gemeinden von 3 000 bis unter 20 000 Einwohnern mit einem Anteil von 70 bis unter 80 % Beamten und Angestellten. Den geringsten Anteil erreichte sie mit 4,1 % im Durchschnitt der Gemeinden von 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern bei einem Anteil der Beamten und Angestellten von weniger als 10 %. Weitere Einzelheiten siehe Tabelle 58.

58 Stimmabgabe nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Bevölkerungsanteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden

Partei	Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Anteil der Beamten und Angestellten von ... bis unter ... %								
		unter 10	10	20	30	40	50	60	70	80
		20	30	40	50	60	70	80	90	
in % der gültigen Zweitstimmen nebenstehender Parteien										
SPD	unter 1 000 ..	22,2	34,5	41,6	41,0	44,9	18,1	-	43,7	-
	1 000 - 3 000 ..	17,5	27,4	38,6	40,7	39,4	35,1	35,8	-	35,5
	3 000 - 20 000 ..	18,5	30,2	38,6	41,3	40,2	36,9	36,5	42,7	-
	20 000 - 50 000 ..	-	-	41,3	44,1	42,1	41,3	41,9	-	-
	50 000 - 100 000 ..	-	-	-	48,6	44,8	43,4	-	-	-
	100 000 - 200 000 ..	-	-	-	54,1	48,2	44,5	42,8	-	-
	200 000 und mehr ...	-	-	-	61,0	50,8	47,2	35,3	-	-
CDU ¹⁾ CSU ¹⁾	unter 1 000 ..	69,9	55,5	47,2	46,2	40,9	76,0	-	43,7	-
	1 000 - 3 000 ..	76,9	64,8	50,8	47,2	47,4	49,8	45,6	-	55,5
	3 000 - 20 000 ..	75,8	61,9	51,1	46,6	45,7	45,7	45,4	39,4	-
	20 000 - 50 000 ..	-	-	48,9	43,5	44,3	41,7	41,7	-	-
	50 000 - 100 000 ..	-	-	-	39,8	42,2	41,7	-	-	-
	100 000 - 200 000 ..	-	-	-	34,3	38,3	39,8	43,7	-	-
	200 000 und mehr ...	-	-	-	29,1	36,5	36,5	47,4	-	-
F.D.P.	unter 1 000 ..	6,5	8,3	9,6	11,1	12,1	4,1	-	11,7	-
	1 000 - 3 000 ..	4,1	6,1	8,8	10,4	11,3	12,9	16,3	-	7,9
	3 000 - 20 000 ..	4,2	6,3	8,6	10,2	12,0	15,3	16,1	16,6	-
	20 000 - 50 000 ..	-	-	8,2	10,7	11,6	14,8	14,7	-	-
	50 000 - 100 000 ..	-	-	-	9,9	11,1	12,3	-	-	-
	100 000 - 200 000 ..	-	-	-	10,0	11,5	12,9	12,0	-	-
	200 000 und mehr ...	-	-	-	8,3	10,8	13,7	15,0	-	-
Sonstige	unter 1 000 ..	1,4	1,7	1,7	1,7	2,1	1,8	-	1,0	-
	1 000 - 3 000 ..	1,5	1,7	1,8	1,8	1,9	2,2	2,3	-	1,1
	3 000 - 20 000 ..	1,4	1,6	1,8	1,9	2,0	2,1	2,0	1,3	-
	20 000 - 50 000 ..	-	-	1,5	1,8	2,0	2,2	1,7	-	-
	50 000 - 100 000 ..	-	-	-	1,7	1,9	2,6	-	-	-
	100 000 - 200 000 ..	-	-	-	1,7	2,0	2,8	1,6	-	-
	200 000 und mehr ...	-	-	-	1,6	1,9	2,6	2,3	-	-

1) CSU nur in Bayern.

Maßgebend für die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag sind die Zweitstimmen. Die Erststimmen wirken sich über die Wahl der Wahlkreisabgeordneten nur auf die *personelle* Zusammensetzung der Hälfte der Mitglieder des Deutschen Bundestages aus. Verwirklicht wird dieses System einer teilweise personifizierten Verhältniswahl, indem aufgrund der Zweitstimmen zunächst die Sitze festgestellt werden, die einer jeden Partei in Bund und Ländern im ganzen zustehen. In einem weiteren Schritt werden von diesen Ergebnissen die von den Parteien mit den Erststimmen errungenen Wahlkreissitze abgezogen. Die restlichen Sitze werden sodann aus den Landeslisten der Parteien in der Reihenfolge der Bewerber besetzt¹⁾. Damit wird erreicht, daß der Anhänger einer Partei, der bereit ist, dieser Partei seine Zweitstimme zu geben, mit seiner Erststimme auch den Kandidaten einer anderen Partei wählen kann, ohne auf diese Weise die Zahl der Sitze seiner Partei im Bundestag zu schmälern. Wählen viele Anhänger einer Partei A, der sie die Zweitstimme geben, wegen des besonderen Ansehens oder der besseren Siegesaussichten mit ihrer Erststimme den Wahlkreisbewerber einer Partei B, vermindern sie zwar die Zahl der Wahlkreissitze der Partei A, nicht aber die Gesamtzahl ihrer Sitze, weil von der Partei A entsprechend mehr Landeslistenbewerber in den Deutschen Bundestag einziehen.

Von der Möglichkeit des "Stimmensplittings" machen nicht allzu viele Wähler Gebrauch. 1980 gaben von den Wählern, deren Zweitstimme gültig war, 89,2 % beide Stimmen derselben Partei; 10,2 % wählten mit der Erststimme Wahlkreiskandidaten einer anderen Partei (bei 0,7 % der Stimmzettel mit gültiger Zweitstimme war die Erststimme ungültig). Von der Möglichkeit des Stimmensplittings bei früheren Bundestagswahlen, bei denen solche Untersuchungen durchgeführt worden waren, hatten Gebrauch gemacht: 1961 4,3 %, 1965 6,6 %, 1969 8,8 %, 1972 8,8 %, 1976 6,0 %.

Da der Anteil der Wähler mit gültiger Zweitstimme, jedoch ungültiger Erststimme sehr klein war, darf angenommen werden, daß das System der zwei Stimmen gut verstanden worden ist und das Splitting, das 1980 bei 10,2 % der Zweitstimmenwähler bisher am häufigsten vorkam, bewußt genutzt wurde.

Die stärkste Koppelung zwischen Erst- und Zweitstimme ist verständlicherweise bei denjenigen Parteien vorhanden, die in der Regel die Chance haben, ein Wahlkreismandat zu gewinnen. Am häufigsten zeigte sich die Koppelung von Erst- und Zweitstimme bei der CDU und der CSU. 1980 hat gegenüber der Wahl 1976 die gleichlautende Stimmabgabe für die Erst- und Zweitstimme für diese Parteien um 0,1 bzw. 0,8 Prozentpunkte abgenommen. Von den Zweitstimmenwählern der CDU haben 97,1 % auch ihre Erststimme dieser Partei gegeben. Bei der CSU be-

1) Näheres siehe Abschnitt 7.

60 Ausgewählte Stimmenkombination

		Von 1 000 abgegebenen Zweitstimmen					
für die		entfielen auf Erststimmen					
	für die	1961	1965	1969	1972	1976	1980
SPD	SPD	955	947	934	941	950	924
	CDU	11	17	25	14	9	16
	F.D.P.	6	6	14	30	25	35
	CSU	4	6	6	4	3	5
CDU	SPD	10	22	31	14	11	12
	CDU	955	938	935	969	972	971
	F.D.P.	12	15	12	8	8	8
F.D.P.	SPD	31	67	248	529	299	355
	CDU	66	175	92	67	68	116
	F.D.P.	865	703	620	382	607	485
	CSU	15	33	14	12	12	17
CSU	SPD	13	26	33	19	13	15
	F.D.P.	8	10	7	6	8	9
	CSU	957	941	930	963	969	961

trug dieser Anteil 96,1 %. Die Ursache des hohen Anteils der Abgabe gleichlautender Erst- und Zweitstimmen könnte darin liegen, daß die Wähler gerade dieser beiden genannten Parteien keine Notwendigkeit gesehen hatten, durch ihre Erststimme einem anderen Wahlkreiskandidaten zum Erfolg zu verhelfen, wenn vermutet werden konnte, daß der Wahlkreiskandidat der CDU oder der CSU mit einiger Wahrscheinlichkeit das Mandat gewinnen würde. Die gleiche Situation war sicherlich auch für die SPD gegeben, deren Zweitstimmenwähler zu 92,4 % auch ihre Erststimme der SPD gaben.

Das stärkste Stimmensplitting war auch 1980 wieder bei der F.D.P. festzustellen. Von den Zweitstimmenwählern dieser Partei haben nämlich nur 48,5 % - 1976 immerhin 60,7 % - auch ihre Erststimme für einen Wahlkreiskandidaten dieser Partei abgegeben. 35,5 % der Zweitstimmenwähler der F.D.P. gaben ihre Erststimme Kandidaten der SPD und 13,3 % Kandidaten der CDU bzw. CSU. Das auffallend hohe Stimmensplitting zwischen SPD und F.D.P. bei der Wahl 1972 hat sich 1980 zwar nicht wiederholt, war aber 1980 um 5,6 Prozentpunkte höher als 1976. Allerdings hatten auch die CDU und die CSU gegenüber 1976 einen um 5,3 Prozentpunkte höheren Anteil bei dem Splitting der F.D.P.-Wähler zu verzeichnen. Das Stimmensplitting bei den F.D.P.-Wählern war nach 1972 bei der Bundestagswahl 1980 das zweithöchste. Andererseits haben 8,0 % der Wähler, die ihre Erststimme einem Wahlkreiskandidaten der SPD gaben, mit der Zweitstimme die F.D.P. gewählt. 1976 waren es nur 5,3 %.

59 Gültige Zweitstimmen in Kombination mit den abgegebenen Erststimmen

Jahr	Von 1 000 Wählern ¹⁾ mit gültiger Zweitstimme war die Erststimme								
	für dieselbe Partei			für eine andere Partei			ungültig		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
1957 ²⁾	916	915	917	64	69	60	20	16	24
1961	937	937	937	43	48	39	20	15	24
1965	914	918	911	65	69	62	21	14	27
1969	905	902	907	78	85	71	18	13	22
1972	905	900	909	88	94	82	8	7	9
1976	932	928	935	60	65	55	8	6	10
1980	892	890	893	101	104	99	7	6	8

1) Ohne Briefwähler.- 2) Ohne Saarland.

61 Kombination der Erst- und Zweitstimmen

Partei	Geschlecht	Von 100 Wählern ¹⁾ , die mit der Erststimme bzw. Zweitstimme nebenstehende Partei bzw. ungültig wählten, wählten mit der anderen Stimme							
		SPD	CDU	F.D.P.	CSU	Sonstige	darunter		ungültig
							DKP	GRÜNE	
Erststimmen = 100									
SPD	insgesamt	89,4	0,9	8,4	0,3	0,7	0,0	0,6	0,3
	männlich	88,8	1,0	8,8	0,4	0,9	0,0	0,7	0,2
	weiblich	89,9	0,9	8,0	0,3	0,5	0,0	0,5	0,4
CDU	insgesamt	2,0	93,7	3,5	-	0,5	0,0	0,3	0,4
	männlich	1,8	93,9	3,5	-	0,5	0,0	0,3	0,3
	weiblich	2,1	93,6	3,5	-	0,4	0,0	0,3	0,4
F.D.P.	insgesamt	21,4	3,7	72,2	1,3	1,2	0,0	0,9	0,2
	männlich	20,3	3,9	72,7	1,4	1,5	0,0	1,1	0,2
	weiblich	22,2	3,6	71,7	1,2	1,0	0,0	0,8	0,3
CSU	insgesamt	2,1	-	1,7	95,4	0,5	0,0	0,2	0,4
	männlich	1,9	-	1,7	95,5	0,5	0,0	0,2	0,4
	weiblich	2,2	-	1,7	95,2	0,4	0,0	0,2	0,5
Sonstige	insgesamt	27,8	5,3	10,2	2,5	53,7	7,3	42,8	0,5
	männlich	27,2	5,6	9,5	2,5	54,9	8,3	42,4	0,4
	weiblich	28,5	5,0	11,0	2,6	52,2	6,1	43,2	0,6
darunter: DKP	insgesamt	24,7	3,0	2,9	1,9	66,5	59,3	4,0	1,0
	männlich	24,6	3,3	2,4	1,9	67,1	59,3	3,9	0,7
	weiblich	24,8	2,5	3,7	1,9	65,5	59,4	4,2	1,6
GRÜNE ..	insgesamt	28,6	5,5	11,3	2,7	51,5	0,2	49,6	0,4
	männlich	27,9	5,9	10,7	2,7	52,6	0,2	50,2	0,3
	weiblich	29,5	5,1	12,0	2,7	50,3	0,2	49,0	0,5
Ungültig	insgesamt	20,6	12,9	5,5	7,3	5,5	0,2	1,9	48,2
	männlich	16,7	11,6	6,4	7,5	8,7	0,3	2,6	49,2
	weiblich	23,1	13,8	4,9	7,3	3,3	0,1	1,4	47,6

Zweitstimmen = 100

SPD	insgesamt	92,4	1,6	3,5	0,5	1,4	0,1	1,2	0,6
	männlich	93,0	1,5	3,1	0,4	1,6	0,2	1,4	0,4
	weiblich	91,9	1,7	3,9	0,5	1,2	0,1	1,1	0,8
CDU	insgesamt	1,2	97,1	0,8	-	0,3	0,0	0,3	0,5
	männlich	1,3	97,1	0,8	-	0,4	0,0	0,4	0,4
	weiblich	1,1	97,1	0,8	-	0,3	0,0	0,2	0,6
F.D.P.	insgesamt	35,5	11,6	48,5	1,7	2,1	0,1	2,0	0,7
	männlich	38,0	11,8	45,5	1,7	2,3	0,1	2,1	0,7
	weiblich	33,4	11,3	51,1	1,6	1,9	0,1	1,8	0,7
CSU	insgesamt	1,5	-	0,9	96,1	0,5	0,0	0,5	1,0
	männlich	1,6	-	0,9	96,0	0,6	0,0	0,5	0,8
	weiblich	1,4	-	0,9	96,2	0,5	0,0	0,4	1,1
Sonstige	insgesamt	16,8	8,8	4,8	2,5	63,1	9,3	51,1	4,0
	männlich	17,3	8,6	4,5	2,6	62,6	10,4	49,4	4,5
	weiblich	16,1	9,2	5,1	2,5	63,8	7,9	53,3	3,3
darunter: DKP	insgesamt	5,9	1,5	1,1	0,3	89,9	87,1	1,7	1,3
	männlich	5,6	1,0	0,6	0,4	90,9	88,3	1,5	1,5
	weiblich	6,4	2,3	1,8	0,3	88,4	85,2	2,2	0,8
GRÜNE ..	insgesamt	18,7	7,0	4,8	1,4	66,2	0,7	64,9	1,8
	männlich	19,9	6,3	4,5	1,3	66,1	0,8	64,6	1,9
	weiblich	17,4	7,8	5,1	1,6	66,4	0,6	65,2	1,7
Ungültig	insgesamt	13,7	12,5	1,7	4,3	1,1	0,3	0,7	66,6
	männlich	12,5	10,8	1,6	4,6	1,2	0,3	0,7	69,3
	weiblich	14,4	13,6	1,8	4,2	1,0	0,3	0,7	64,9

1) Ohne Stimmen der Briefwähler

Von den DKP-Wählern hatten 87,1 % ihre Erst- und Zweitstimme gekoppelt; 5,9 % gaben ihre Erststimme einem Kandidaten der SPD. Die Zweitstimmenwähler der Partei "DIE GRÜNEN" gaben zu

64,9 % auch ihre Erststimme dieser Partei und unterstützten mit 18,7 % einen Kandidaten der SPD und mit 8,4 % einen Kandidaten der CDU bzw. CSU.

7 Sitzverteilung und Erfolgswert der Stimmen

7.1 Sitzverteilungsverfahren

Die Sitzverteilung der Bundestagswahl 1980 erfolgte nach den für die Landeslisten abgegebenen Stimmen. Landeslisten einer Partei gelten nach § 7 BWG dabei als verbunden, soweit nicht erklärt wird, daß eine oder mehrere beteiligte Landeslisten von der Listenverbindung ausgeschlossen sein sollen. Verbundene Listen gelten bei der Sitzverteilung im Verhältnis zu den übrigen Listen als eine Liste. Bei der Verteilung der Sitze werden nur die Landeslisten der Parteien berücksichtigt, die insgesamt mindestens 5 % (Sperrklausel) der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten haben.

Von den insgesamt zwölf Parteien, die an der Bundestagswahl 1980 mit Landeslisten teilgenommen hatten, haben - wie schon seit 1961 - nur die SPD, CDU, F.D.P. und CSU mindestens 5 % der gültigen Zweitstimmen auf sich vereinigen können. Die für die übrigen acht Parteien (Bürgerpartei, C.B.V., DKP, GRÜNE, EAP, KBW, NPD, V) insgesamt abgegebenen 749 646 (2 %) gültigen Zweitstimmen mußten somit bei der Verteilung der Sitze unberücksichtigt bleiben.

Nach der Feststellung, welche Parteien mehr als 5 % der gültigen Zweitstimmen erhalten haben, wird die Sitzverteilung vom Bundeswahlleiter wie folgt vorgenommen:

- 1. Stufe: Verteilung der für das Bundesgebiet ohne Berlin gesetzlich festgelegten Zahl von 496 Sitzen auf die SPD, CDU, F.D.P. und CSU nach dem Ergebnis der für sie im gesamten Wahlgebiet abgegebenen Zweitstimmen unter Anwendung des d'Hondt'schen Höchstzahlverfahrens.
- 2. Stufe: Verteilung der für jede Partei berechneten Sitze auf ihre Landeslisten nach dem Verhältnis der Zweitstimmen einer jeden Partei für ihre Landeslisten, wiederum nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren.

Nachdem damit die 496 Sitze auf die Parteien und ihre Landeslisten aufgeteilt sind, wird festgestellt, wer von den Landeslistenbewerbern einen Sitz erhält. Dazu werden zuerst die von jeder Partei in den einzelnen Ländern mit den Erststimmen gewonnenen Wahlkreissitze von den Sitzen, die ihnen in dem betreffenden Land nach der vorhergehenden Berechnung zustanden, abgezogen. Die restlichen Sitze werden von Bewerbern auf den Landeslisten besetzt. Um die Namen der gewählten Landeslistenbewerber festzustellen, wurden auf den Landeslisten der einzelnen Parteien zunächst die Bewerber gestrichen, die zugleich in einem Wahlkreis kandidiert hatten und dort Wahlkreissieger wurden, weil das durch Persönlichkeitswahl über die Erststimme gewonnene Wahlkreismandat Vorrang hat. Auf die nichtgestrichenen Bewerber wurden sodann in der Reihenfolge ihrer Plätze auf der Landesliste so lange Sitze verteilt, bis die Gesamtzahl der nach Abzug der Zahl der Direktmandate noch zu vergebenden Landeslistensitze ausgeschöpft ist.

Bei dieser Berechnung kann es vorkommen, daß eine Partei in einem Land mehr Wahlkreisabgeordnete stellt, als ihr nach den Zweitstimmen Abgeordnete zustehen. In einem solchen Fall ziehen alle im Wahlkreis Gewählten in den Deutschen Bundestag ein. Die Folge ist, daß sich die Gesamtzahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages durch sogenannte "Überhangmandate" entsprechend erhöht. Ein solches Überhangmandat gab es erstmals wieder seit 1961 bei der Bundestagswahl 1980. Bei der Verteilung der auf die SPD entfallenen 217 Sitze auf ihre Landeslisten ergab sich nämlich, daß der SPD in Schleswig-Holstein nur 10 Sitze zufielen, sie aber alle 11 Wahlkreissitze gewann. Demzufolge erhöhte sich die Gesamtzahl der von der SPD gewonnenen Sitze von 217 um einen auf 218 und die Gesamtsitze (ohne Berlin) von 496 auf 497 bzw. einschließlich Berlin (West) von 518 auf 519.

Wie bei der Verteilung der Sitze auf die Parteien (1. Stufe) im einzelnen gerechnet wurde, ergibt sich beispielhaft aus Tabelle 62. In der ersten Zeile dieser Tabelle stehen beim Teiler 1 in den Spalten "Höchstzahl" die Gesamtzahlen der Zweitstimmen, welche die vier bei der Sitzverteilung zu berücksichtigenden Parteien im ganzen Bundesgebiet ohne Berlin erhalten haben, also z.B. die Zahl 16 260 677 für die SPD oder die Zahl 3 908 459 für die CSU. Anschließend wurden die in der ersten Zeile stehenden Zahlen durch 2, 3, 4 usw. geteilt. Die Ergebnisse (Höchstzahlen) stehen jeweils rechts neben dem Teiler. Auf die so gefundenen Höchstzahlen wurden nunmehr in der Reihenfolge ihrer Größe so lange Sitze verteilt, bis die Sitzzahl 496 erreicht war. So fiel der erste Sitz an die SPD auf die Höchstzahl 16 260 677 (Teiler 1), der zweite Sitz an die CDU auf die Höchstzahl 12 989 200 (Teiler 1), der dritte Sitz wieder an die SPD auf die Höchstzahl 8 130 338 (Teiler 2), der vierte Sitz wieder an die CDU auf die Höchstzahl 6 494 600 (Teiler 2) usw. Erst der achte Sitz ging an die F.D.P. auf die Höchstzahl 4 030 999 (Teiler 1) und sogar erst der neunte Sitz an die CSU auf die Höchstzahl 3 908 459 (Teiler 1). Die letzten Höchstzahlen, mit denen die vier in die Sitzverteilung gekommenen Parteien gerade noch Sitze erhielten, stehen in der letzten Zeile der Tabelle 62 über dem Strich. Der 496. und letzte Sitz fiel auf die Höchstzahl 74 650 der CDU und war zugleich ihr 174. Sitz. Der 495. Sitz ging mit der Höchstzahl 74 934 an die SPD und war zugleich ihr 217. Sitz. Der 53. Sitz der F.D.P. wurde mit der Höchstzahl 76 056, der 52. und letzte Sitz der CSU mit der Höchstzahl 75 162 erworben. Wäre noch ein 497. Sitz zu verteilen gewesen, so würde dieser Sitz mit der Höchstzahl 74 648 (die letzte zum Zuge gekommene Höchstzahl war 74 650; sie brachte der CDU den 174. Sitz) als ihr 54. Sitz an die F.D.P. gefallen sein. Sowohl diese Höchstzahl als auch je eine weitere Höchstzahl für die SPD, CDU und CSU, die bei der Sitzverteilung ebenfalls nicht mehr berücksichtigt werden konnten, stehen am Ende der Tabelle 62 unter dem Strich.

62 Berechnung der auf die Landeslistenverbindungen entfallenen Sitze

SPD			CDU			F.D.P.			CSU		
Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge	Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge	Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge	Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge
1	16 260 677 ¹⁾	1	1	12 989 200 ¹⁾	2	1	4 030 999 ¹⁾	8	1	3 908 459 ¹⁾	9
2	8 130 338	3	2	6 494 600	4	2	2 015 499	17	2	1 954 229	18
3	5 420 225	5	3	4 329 733	6
4	4 065 169	7
.
216	75 280	492	173	75 082	494	52	77 519	478	51	76 636	484
217	74 934	495	174	74 650	496	53	76 056	487	52	75 162	493
218	74 590	498	175	74 224	500	54	74 648	497	53	73 744	503

Unter dem Strich jeweils die nächste nicht mehr zum Zuge gekommene Höchstzahl, weil schon 496 Sitze vergeben waren.

1) Gesamtzahl der gültigen Zweitstimmen im Wahlgebiet

Es läßt sich nun mit Hilfe der Höchstzahlen, wie sie Tabelle 62 enthalten, untersuchen, welche Stimmenverschiebungen für die Veränderung der Sitzverteilung um einen Sitz zwischen den in die Sitzverteilung gekommenen Parteien erforderlich gewesen wären. Unter der Annahme, daß sich nur die Stimmen einer Partei verändern und daß die konkurrierenden Höchstzahlen durch die Veränderung auf zwei Kommastellen gleich groß werden, wird dies in Tabelle 63 gezeigt. Stellt man im Hinblick auf die geringe Abweichung der Höchstzahlen zwischen dem 496. und 497. Sitz die Frage, welche Stimmenveränderungen für eine Verschiebung der Sitzverteilung notwendig gewesen wären, so ergibt sich folgendes: Die CDU hat ihren letzten und 174. Sitz mit der Höchstzahl 74 650,57 erhalten, während die F.D.P. auf die Höchstzahl 74 648,12 (Teiler 54) keinen weiteren Sitz mehr bekam. Um statt 53 Sitze 54 Sitze zu erhalten, hätte sich für die F.D.P. beim Teiler 54 die Höchstzahl 74 650,58 ergeben müssen. Der 496. Sitz wäre dann nicht an die CDU, die sich mit 173 Sitzen hätte begnügen müssen, sondern an die F.D.P. gegangen. Voraussetzung dazu wären $74\,650,58 \times 54 = 4\,031\,131$ Stimmen für die F.D.P. und zugleich keine Veränderungen bei den Stimmen der übrigen Parteien gewesen. Die Differenz zu den tatsächlichen Stimmen der F.D.P. beträgt 132. In ähnlicher Weise kann man berechnen, wieviel Stimmen die CDU hätte

63 Für Veränderung der Sitzverteilung um einen Sitz¹⁾ erforderliche Stimmenverschiebung

Verschiebung eines Sitzes		Veränderung der Stimmenzahl	
von	an	bei	um
SPD	CDU	CDU	+ 124 249
		SPD	- 154 070
	F.D.P.	F.D.P.	+ 15 437
		SPD	- 62 036
	CSU	CSU	+ 63 043
		SPD	- 258 122
CDU	SPD	SPD	+ 13 148
		CDU	- 10 496
	F.D.P.	F.D.P.	+ 132
		CDU	- 429
	CSU	CSU	+ 48 022
		CDU	- 157 658
F.D.P.	SPD	SPD	+ 319 658
		F.D.P.	- 77 717
	CDU	CDU	+ 320 702
		F.D.P.	- 97 128
	CSU	CSU	+ 122 541
		F.D.P.	- 122 541
CSU	SPD	SPD	+ 124 786
		CSU	- 29 767
	CDU	CDU	+ 164 268
		CSU	- 48 812
	F.D.P.	F.D.P.	+ 27 786
		CSU	- 26 758

1) Immer unter der Annahme, daß sich nur die Stimmen einer Partei verändern und immer unter der Annahme, daß die konkurrierenden Höchstzahlen durch die Veränderung auf 2 Kommastellen gerade gleich groß werden. Beispiel: Hätte die F.D.P., bei unverändertem Stimmenanteil der anderen Parteien, 132 Stimmen mehr erhalten, oder die CDU, bei unverändertem Stimmenanteil der anderen Parteien, 429 Stimmen weniger, wäre der F.D.P. ein Sitz mehr zugefallen.

weniger haben müssen, damit ein Sitz von der CDU an die F.D.P. gegangen wäre. Dies hätte für die CDU bei Teiler 174 die Höchstzahl 74 648,11 bedingt, was bei Multiplikation mit 174 insgesamt 12 998 771 Stimmen ergibt. 429 Stimmen für die CDU weniger hätten danach bei unveränderten Stimmen für die SPD, F.D.P. und CSU die gleiche Wirkung gehabt wie 132 Stimmen mehr für die F.D.P. bei unveränderten Stimmen für die SPD, CDU und CSU¹⁾.

Die Verteilung der für die Listenverbindungen der SPD, CDU und F.D.P. in der ersten Stufe errechneten Sitze auf die einzelnen Landeslisten dieser Parteien ergibt sich auszugsweise aus Tabelle 64. Die Gesamtzahlen der gültigen Zweitstimmen für die einzelnen Landeslisten dieser Parteien stehen in besonderen Spalten für die einzelnen Parteien jeweils rechts neben dem Teiler 1, darunter folgen in einer Auswahl die Höchstzahlen aus der Teilung der einzelnen Gesamtzahlen durch 2, 3 usw. Für die Zweitstimmen der SPD in Nordrhein-Westfalen ergab sich auch noch beim Teiler 2 eine größere Höchstzahl als für die Zweitstimmen der SPD in den anderen Ländern beim Teiler 1; infolgedessen waren die beiden ersten Sitze der von der SPD insgesamt gewonnenen 217 Sitze der Landesliste der SPD Nordrhein-Westfalen zuzuweisen. Der dritte Sitz kam nach Niedersachsen, der vierte nach Bayern der fünfte nach Baden-Württemberg und der sechste wieder nach Nordrhein-Westfalen. Bei jedem Land stehen über dem Strich die Höchstzahlen, auf die für eine Landesliste gerade noch ein Sitz vergeben werden konnte. Der 217. und letzte Sitz der SPD kam mit der Höchstzahl 72 973 nach Nordrhein-Westfalen und der 216. (vorletzte) Sitz mit der Höchstzahl 74 031 nach Bayern. Wären für die SPD noch weitere Sitze zu verteilen gewesen, wäre z.B. ein 218. Sitz mit der Höchstzahl 72 532 nach Baden-Württemberg, ein 219. Sitz mit der Höchstzahl 72 263 nach Schleswig-Holstein oder ein 220. Sitz mit der Höchstzahl 72 017 nach Niedersachsen gefallen.

Bei der CDU fiel der 174. und letzte Sitz mit der Höchstzahl 72 262 an Niedersachsen und der 173. (vorletzte) Sitz mit der Höchstzahl 73 502 an Baden-Württemberg. Die nächsten nicht mehr zum Zuge gekommenen weiteren Sitze wären z.B. bei einem 175. Sitz mit der Höchstzahl 72 666 nach Nordrhein-Westfalen, bei einem 176. Sitz nach Hessen mit der Höchstzahl 72 395 bzw. bei einem 177. Sitz mit der Höchstzahl 71 515 nach Baden-Württemberg gegangen.

Die F.D.P. hat ihren 53. und letzten Sitz mit der Höchstzahl 70 096 in Nordrhein-Westfalen erhalten; den vorletzten und 52. Sitz erhielt sie mit der Höchstzahl 72 184 in Schleswig-Holstein. Hätte die F.D.P. einen 54. Sitz erhalten, wäre dieser mit einer Höchstzahl von 68 720 von Bremen zu besetzen gewesen. Bremen hätte dann - wie 1961 schon einmal - wieder einen F.D.P.-Abgeordneten in den Deutschen Bundestag entsenden können. Für die CSU erübrigte sich eine Weiterverteilung der insgesamt 52 Sitze, weil sie nur in Bayern vertreten ist.

Von den in der 2. Rechenstufe ermittelten Sitzen der Parteien in den Ländern waren nunmehr, wie bereits ausgeführt, diejenigen Sitze abzuziehen, die sie durch die Erststimmen in den Wahlkreisen errungen hatten. In Nordrhein-Westfalen waren dies z.B. 44 Wahlkreissitze der SPD. Die übrigen 26 von den insgesamt 70 Sitzen blieben für Landeslistenbewerber. Wie Tabelle 64 ausweist, sind der SPD bei der Verteilung der Sitze auf die Länder in Schleswig-Holstein nur 10 Sitze zugefallen. Da sie aber dort alle 11 Wahlkreismandate erringen konnte, erhielt sie in Schleswig-Holstein ein Überhangmandat.

1) Bei den hier vorgenommenen Berechnungen kommt im ersten Fall eine höhere, im zweiten eine geringere Gesamtzahl der gültigen Stimmen heraus, als sie bei der Bundestagswahl 1980 tatsächlich erzielt wurde. Auf eine Berechnung im Rahmen der tatsächlichen Gesamtzahl der Stimmen wurde wegen der großen Zahl der möglichen Annahmen über Stimmenverschiebungen zwischen den Parteien verzichtet.

64 Berechnung der Verteilung der Sitze der SPD, CDU und F.D.P. auf ihre Landeslisten

Landesliste	SPD (217 Sitze)			CDU (174 Sitze)			F.D.P. (53 Sitze)		
	Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge	Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge	Teiler	Höchstzahl	Sitzfolge
Schleswig-Holstein ...	1	794 900 ¹⁾	16	1	662 791 ¹⁾	15	1	216 552 ¹⁾	15
	2	397 450	36	2	331 395	35	2	108 276	33
	10	79 490	201	9	73 643	172	3	72 184	52
	(11)	(72 263)	(219)	(10)	(66 279)	(190)	(4)	(54 138)	(70)
Hamburg	1	572 157 ¹⁾	22	1	345 005 ¹⁾	33	1	155 701 ¹⁾	22
	2	286 078	51	2	172 502	70			
	7	81 736	194	4	86 251	145	2	77 850	46
	(8)	(71 519)	(225)	(5)	(69 001)	(184)	(3)	(51 900)	(74)
Niedersachsen	1	2 232 531 ¹⁾	3	1	1 891 813 ¹⁾	4	1	535 914 ¹⁾	4
	2	1 116 265	9	2	945 906	10	2	267 957	10
	30	74 417	214	26	72 262	174	7	76 559	47
	(31)	(72 017)	(220)	(27)	(70 067)	(180)	(8)	(66 989)	(55)
Bremen	1	238 912 ¹⁾	64	1	131 017 ¹⁾	96			
	2	119 456	130						
	3	79 637	200						
	(4)	(59 728)	(268)	(2)	(65 508)	(195)	(1)	(68 720 ¹⁾)	(54)
Nordrhein-Westfalen ..	1	5 108 147 ¹⁾	1	1	4 432 661 ¹⁾	1	1	1 191 643 ¹⁾	1
	2	2 554 073	2	2	2 216 330	3	2	595 821	3
	70	72 973	217	60	73 877	171	17	70 096	53
	(71)	(71 945)	(222)	(61)	(72 666)	(175)	(18)	(66 202)	(57)
Hessen	1	1 655 513 ¹⁾	7	1	1 447 904 ¹⁾	6	1	377 448 ¹⁾	7
	2	827 756	15	2	723 952	14	2	188 724	17
	22	75 250	210	19	76 205	166	5	75 489	49
	(23)	(71 978)	(221)	(20)	(72 395)	(176)	(6)	(62 908)	(59)
Rheinland-Pfalz	1	1 048 611 ¹⁾	11	1	1 118 216 ¹⁾	8	1	239 921 ¹⁾	12
	2	524 305	27	2	559 108	19	2	119 960	29
	14	74 900	213	15	74 547	170	3	79 973	44
	(15)	(69 907)	(229)	(16)	(69 888)	(181)	(4)	(59 980)	(61)
Baden-Württemberg	1	2 030 919 ¹⁾	5	1	2 646 084 ¹⁾	2	1	654 882 ¹⁾	2
	2	1 015 456	13	2	1 323 042	7	2	327 441	8
	27	75 219	211	36	73 502	173	9	72 764	51
	(28)	(72 532)	(218)	(37)	(71 515)	(177)	(10)	(65 488)	(58)
Bayern	1	2 220 953 ¹⁾	4	-	-	-	1	532 620 ¹⁾	5
	2	1 110 476	10	-	-	-	2	266 310	11
	30	74 031	216	-	-	-	7	76 088	48
	(31)	(71 643)	(223)	-	-	-	(8)	(66 577)	(56)
Saarland	1	358 040 ¹⁾	41	1	313 709 ¹⁾	39			
	2	179 020	87	2	156 854	80			
	3	119 346	131	3	104 569	121			
	4	89 510	176	4	78 427	162			
	(5)	(71 608)	(224)	(5)	(62 741)	(204)	(1)	(57 598 ¹⁾)	(66)

Unter dem Abschußstrich und in Klammern gesetzt jeweils die nächsten nicht mehr zu verteilenden Sitze.

1) Gesamtzahl der gültigen Zweitstimmen im Land.

7.2 Ergebnis der Sitzverteilung 1980 und früher

Das Ergebnis der Sitzverteilung bei der Bundestagswahl 1980 enthält die Tabelle 65. In den Zeilen "zusammen" stehen für jede Partei die Sitze, die ihnen in den Ländern aufgrund der Zweitstimmen zustanden. Zieht man davon die Wahlkreissitze in der zweiten Zeile für jedes Land ab, ergeben sich die Sitze, die für jede Partei aus den Landeslisten zu besetzen waren. Bei dieser Berechnung kann es vorkommen, daß eine Partei in einem Land mehr Wahlkreisabgeordnete stellt, als ihr in diesem Land nach den Zweitstimmen Abgeordnete zuste-
 stehen. In einem solchen Fall ziehen alle im Wahlkreis Ge-
 wählten in den Deutschen Bundestag ein. Die Folge ist, daß
 sich die Gesamtzahl der Abgeordneten des Deutschen Bundes-
 tages durch sogenannte "Überhangmandate" entsprechend er-

höht. Ein solches Überhangmandat gab es erstmals wieder seit
 1961 in der Bundestagswahl 1980. Bei der Verteilung der 217
 Sitze der SPD auf ihre Landeslisten ergab sich nämlich, daß
 der SPD in Schleswig-Holstein insgesamt nur 10 Sitze zufie-
 len, sie aber alle 11 Wahlkreissitze gewann. Demzufolge er-
 höhte sich die Gesamtzahl der von der SPD gewonnenen Sitze
 von 217 um einen auf 218 und die der Gesamtsitze (ohne Berlin)
 von 496 auf 497. Zählt man die Sitze aus allen Ländern zusam-
 men, so ergaben sich für die SPD außer den 127 Wahlkreissitzen
 91 Landeslistensitze, für die CDU außer den 81 Wahlkreissit-
 zen 93 Landeslistensitze, für die CSU außer den 40 Wahlkreis-
 sitzen 12 Landeslistensitze und für die F.D.P. 53 Landesli-
 stensitze. Von den Landeslistenbewerbern der CSU kamen dem-
 nach recht wenige zum Zug. Die Abgeordneten dieser Partei be-
 stehen etwas mehr als zu drei Viertel aus direkt Gewählten.

65 Gewählte bei der Wahl zum 9. Deutschen Bundestag nach Geschlecht

Land	Wahlkreis Landesliste	Insgesamt			SPD			CDU			F.D.P.			CSU		
		ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	zusam- men	männ- lich	weib- lich	zusam- men	männ- lich	weib- lich	zusam- men	männ- lich	weib- lich	zusam- men	männ- lich	weib- lich
Schleswig-Holstein ...	zusammen	23	21	2	11 ¹⁾	10	1	9	8	1	3	3	-	-	-	-
	Wahlkreis	11	10	1	11	10	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Landesliste	12	11	1	-	-	-	9	8	1	3	3	-	-	-	-
Hamburg	zusammen	13	12	1	7	7	-	4	4	-	2	1	1	-	-	-
	Wahlkreis	7	7	-	7	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Landesliste	6	5	1	-	-	-	4	4	-	2	1	1	-	-	-
Niedersachsen	zusammen	63	57	6	30	28	2	26	23	3	7	6	1	-	-	-
	Wahlkreis	31	28	3	23	21	2	8	7	1	-	-	-	-	-	-
	Landesliste	32	29	3	7	7	-	18	16	2	7	6	1	-	-	-
Bremen	zusammen	4	4	-	3	3	-	1	1	-	-	-	-	-	-	-
	Wahlkreis	3	3	-	3	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Landesliste	1	1	-	-	-	-	1	1	-	-	-	-	-	-	-
Nordrhein-Westfalen ..	zusammen	147	134	13	70	65	5	60	55	5	17	14	3	-	-	-
	Wahlkreis	71	69	2	44	42	2	27	27	-	-	-	-	-	-	-
	Landesliste	76	65	11	26	23	3	33	28	5	17	14	3	-	-	-
Hessen	zusammen	46	44	2	22	21	1	19	18	1	5	5	-	-	-	-
	Wahlkreis	22	21	1	19	18	1	3	3	-	-	-	-	-	-	-
	Landesliste	24	23	1	3	3	-	16	15	1	5	5	-	-	-	-
Rheinland-Pfalz	zusammen	32	29	3	14	13	1	15	13	2	3	3	-	-	-	-
	Wahlkreis	16	14	2	6	6	-	10	8	2	-	-	-	-	-	-
	Landesliste	16	15	1	8	7	1	5	5	-	3	3	-	-	-	-
Baden-Württemberg	zusammen	72	65	7	27	23	4	36	34	2	9	8	1	-	-	-
	Wahlkreis	37	36	1	6	6	-	31	30	1	-	-	-	-	-	-
	Landesliste	35	29	6	21	17	4	5	4	1	9	8	1	-	-	-
Bayern	zusammen	89	83	6	30	27	3	-	-	-	7	6	1	52	50	2
	Wahlkreis	45	44	1	5	4	1	-	-	-	-	-	-	40	40	-
	Landesliste	44	39	5	25	23	2	-	-	-	7	6	1	12	10	2
Saarland	zusammen	8	7	1	4	4	-	4	3	1	-	-	-	-	-	-
	Wahlkreis	5	5	-	3	3	-	2	2	-	-	-	-	-	-	-
	Landesliste	3	2	1	1	1	-	2	1	1	-	-	-	-	-	-
Bundesgebiet ohne Berlin	zusammen	497	456	41	218 ¹⁾	201	17	174	159	15	53	46	7	52	50	2
	Wahlkreis	248	237	11	127	120	7	81	77	4	-	-	-	40	40	-
	Landesliste	249	219	30	91	81	10	93	82	11	53	46	7	12	10	2
Berlin (West)	zusammen	22	19	3	10	8	2	11	10	1	1	1	-	-	-	-
Bundesgebiet ... insgesamt		519 ¹⁾	475	44	228 ¹⁾	209	19	185	169	16	54	47	7	52	50	2

1) Einschl. 1 Überhangmandat.

Von den 497 Abgeordneten (einschl. ein Überhangmandat) im Wahlgebiet ohne Berlin entfielen auf die

SPD: 218 Abgeordnete,
CDU: 174 Abgeordnete,
F.D.P.: 53 Abgeordnete,
CSU: 52 Abgeordnete.

Dazu kommen die 22 Abgeordneten aus dem Lande Berlin, von denen die SPD 10, die CDU 11 und die F.D.P. einen stellen.

Die Zahl der Abgeordneten der SPD vergrößerte sich dadurch auf 228, die der CDU auf 185 und die der F.D.P. auf 54. Läßt man die vom Berliner Abgeordnetenhaus hinzugewählten Bundestagsabgeordneten außer Betracht, so hat sich die Zahl der Sitze der SPD seit dem Bestehen der Bundesrepublik - jeweils nach dem Stand bei der Wahl - von 131 im Jahre 1949 von Wahl zu Wahl bis 1972 um 20, 18, 21, 12, 22 und 6 auf 230 stetig erhöht. 1976 mußte sie dagegen erstmals Einbußen von insgesamt 16 Sitzen hinnehmen. 1980 konnte sie wieder 4 Sitze hinzugewinnen.

Die Zahl der Sitze von CDU und CSU war dagegen in diesem Zeitraum schwankend. 1949 erhielten diese beiden Parteien 139 Sitze, acht mehr als die SPD, 1953 haben sie weitere 104 und 1957 noch weitere 27 Sitze hinzugewonnen. Sie erhielten somit bei der Bundestagswahl 1957 weit über die Hälfte aller Sitze. Diese Mehrheit ging dann im Jahre 1961, in dem beide Parteien nur noch 242 Sitze erringen konnten, wieder verloren. 1965 haben CDU und CSU wieder 3 Sitze hinzugewinnen können, die sie bei der Wahl 1969 aber wieder einbüßten. Bei der Wahl 1972 verschlechterten sie ihr Ergebnis um weitere

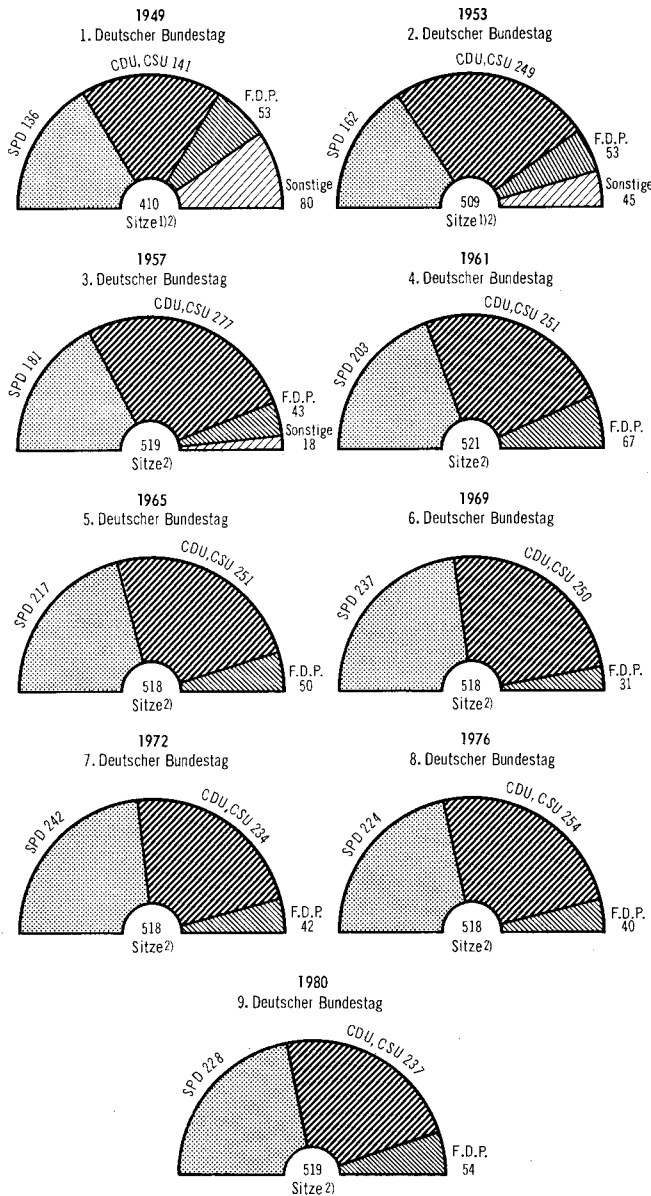
66 Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen
(ohne die Abgeordneten aus dem Lande Berlin)

Partei	1949 ¹⁾	1953 ¹⁾	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980
SPD	131	151	169	190	202	224	230	214	218
CDU	115	191	215	192	196	193	177	190	174
F.D.P. .	52	48	41	67	49	30	41	39	53
CSU	24	52	55	50	49	49	48	53	52
Sonstige	80	45	17	-	-	-	-	-	-
Insgesamt ..	402 ²⁾	487 ³⁾	497 ³⁾	499 ⁴⁾	496	496	496	496	497 ⁵⁾

- 1) Ohne Saarland.
2) Einschl. 2 Überhangmandate.
3) Einschl. 3 Überhangmandate.
4) Einschl. 5 Überhangmandate.
5) Einschl. 1 Überhangmandat.

17 Sitze. Beide Parteien zusammen hatten damals somit 5 Sitze weniger als die SPD. 1976 konnten CDU und CSU insgesamt 18 Sitze hinzugewinnen und damit 29 Sitze mehr als die SPD und nur 10 Sitze weniger als die die Regierung bildenden Parteien SPD und F.D.P. zusammen. Bei der Bundestagswahl 1980 büßten CDU und CSU 17 Sitze ein und hatten damit nur noch einen Sitz mehr als bei der Wahl 1972.

SITZE DER PARTEIEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG 1949 BIS 1980 Stand jeweils bei der Wahl



1) Ohne Saarland, - 2) Einschließlich der Abgeordneten von Berlin(West).

Statistisches Bundesamt 82/0089

Die F.D.P. hat 1980 mit 53 Sitzen ihr zweitbestes Ergebnis bei den Bundestagswahlen seit 1949 erzielt. Bei der Bundestagswahl 1961 kam sie auf 67 Sitze.

Von Wahl zu Wahl waren im Deutschen Bundestag weniger Parteien vertreten. In dem im Jahre 1949 gewählten ersten Deutschen Bundestag mit 402 Abgeordneten - ohne die Abgeordneten aus dem Lande Berlin - gab es neben den Sitzen der SPD, CDU, CSU und F.D.P. noch

- 17 Sitze der Bayernpartei,
- 17 Sitze der Deutschen Partei,
- 15 Sitze der Kommunistischen Partei Deutschlands,
- 12 Sitze der Wirtschaftlichen Aufbauvereinigung,
- 10 Sitze der Deutschen Zentrums Partei,
- 5 Sitze der Deutschen Rechtspartei,
- 1 Sitz des Südschleswigschen Wählerverbandes sowie
- 3 Sitze von Parteilosen und Wählergruppen.

Im 2. Deutschen Bundestag gab es dagegen neben den auch heute noch im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien nur noch

- 27 Sitze des Gesamtdeutschen Blocks/BHE,
- 15 Sitze der Deutschen Partei und
- 3 Sitze des Zentrums.

Bei der 3. Bundestagswahl 1957 blieben davon neben den Sitzen der SPD, CDU, CSU und F.D.P. nur noch die 17 Sitze der Deutschen Partei übrig, die dann 1961 nach vorangegangener Auflösung dieser Partei verschwunden sind.

Parteilose Bewerber kamen nur 1949 in drei Wahlkreisen zum Sieg. Die Zahl der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, die 1949 noch 10 betrug, hat sich im Jahre 1953 auf 6 und im Jahre 1957 auf 5 vermindert. Seit 1961 sind nur noch vier Parteien mit Abgeordneten im Deutschen Bundestag vertreten.

Wie sich bei einer Bundestagswahl die Sitze einer Partei auf Wahlkreissitze und Landeslistensitze verteilen werden, ist nur schwer vorzusagen. Das hängt vor allem damit zusammen, daß eine Zunahme der Stimmen und damit auch der Gesamtzahl der Sitze nicht unbedingt mit einer Zunahme der Wahlkreissitze verbunden sein braucht. Wegen der Verrechnung der Wahlkreissitze mit den Sitzen, die den Parteien aufgrund der Zweitstimmen insgesamt zustehen, kann es also vorkommen, daß bei einer Verringerung der Wahlkreissitze Landeslistenbewerber in den Bundestag kommen, mit denen nicht gerechnet worden ist. Umgekehrt ist es aber auch möglich, daß Landeslistenbewerber, deren Plätze als durchaus aussichtsreich angesehen werden konnten, nicht mehr zum Zuge kommen, weil nach Abzug der Wahlkreissitze von den insgesamt zustehenden Sitzen ein zu kleiner oder gar kein Rest verbleibt. Die Parteien stehen infolgedessen vor jeder Bundestagswahl bei der Aufstellung der Kandidaten vor einer schwierigen Entscheidung. Nach der Wahl stellt sich häufig heraus, daß ein unerwarteter Wahlkreissieg der eigenen Partei die Aussichten eines Landeslistenbewerbers zunichte gemacht hat.

Bei der Bundestagswahl 1980 hat gegenüber 1976 die SPD in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern je einen Sitz hinzugewonnen und in Hamburg einen Sitz abgeben müssen.

Die CDU dagegen hat in Nordrhein-Westfalen sechs, in Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg je zwei und in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Rheinland-Pfalz sowie die CSU in Bayern je einen Sitz eingebüßt. Im Saarland hat die CDU keine Änderung erfahren.

Die F.D.P. hat gegenüber 1976 in Nordrhein-Westfalen fünf, in Niedersachsen und Baden-Württemberg je zwei und in den übrigen Ländern - mit Ausnahme von Bremen und des Saarlandes wo die F.D.P. keinen Sitz bekam - je einen Sitz hinzugewonnen.

7.3 Erfolgswert der Stimmen

Bei der Bundestagswahl 1980 waren - wie seit 1965 - wieder 496 Abgeordnete, ohne die 22 Abgeordneten aus dem Land Berlin, mit dem Stimmzettel zu wählen. Bei insgesamt 43 231 741 Wahlberechtigten kam - läßt man das Überhangmandat außer Betracht - im Durchschnitt auf 87 161 Wahlberechtigte ein Abgeordneter. 1961 waren es 75 791 oder 13,1 % weniger. Diese niedrigere durchschnittliche Zahl erklärt sich u.a. damit, daß damals die 18- bis 21-jährigen noch nicht wahlberechtigt waren.

Der Wahl ferngeblieben sind 4 939 565 oder 11,4 % Wahlberechtigte; das sind etwas über eine Million Wahlberechtigte mehr als 1976 bzw. etwas über 200 000 weniger als bei der Bundestagswahl 1969. Geht man von der Durchschnittszahl der Wahlberechtigten je Abgeordneten (87 161) aus, hätten

67 Wahlberechtigte ohne Einfluß auf die Sitzverteilung

Land	Wahlberechtigte	Nichtwähler und Zweitstimmen, die nicht in die Sitzverteilung einbezogen wurden		Nichtwähler		Wähler mit ungültiger Zweitstimme		Wähler mit Zweitstimmen für die nicht in die Sitzverteilung einbezogenen Parteien	
		Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾
Schleswig-Holstein	1 928 108	253 865	13,2	211 555	11,0	12 636	0,7	29 674	1,5
Hamburg	1 253 335	180 472	14,4	140 136	11,2	6 731	0,5	33 605	2,7
Niedersachsen	5 363 576	703 318	13,1	572 743	10,7	35 691	0,7	94 884	1,8
Bremen	523 161	84 512	16,2	63 953	12,2	3 752	0,7	16 807	3,2
Nordrhein-Westfalen	12 374 314	1 641 863	13,3	1 365 632	11,0	89 233	0,7	186 998	1,5
Hessen	4 001 747	520 882	13,0	403 676	10,1	32 909	0,8	84 297	2,1
Rheinland-Pfalz	2 759 777	353 029	12,8	279 014	10,1	29 203	1,1	44 812	1,6
Baden-Württemberg	6 370 535	1 038 656	16,3	852 473	13,4	64 022	1,0	122 161	1,9
Bayern	7 827 420	1 165 388	14,9	972 640	12,4	68 415	0,9	124 333	1,6
Saarland	829 768	100 341	12,1	77 743	9,4	10 523	1,3	12 075	1,5
Bundesgebiet ohne Berlin ...	43 231 741	6 042 326	14,0	4 939 565	11,4	353 115	0,8	749 646	1,7
dagegen: 1976	42 058 015	4 569 110	10,9	3 892 262	9,3	343 253	0,8	333 595	0,8
1972	41 446 302	4 335 131	10,5	3 684 713	8,9	301 839	0,7	348 579	0,8
1969	38 677 235	7 512 910	19,4	5 154 171	13,3	557 040	1,4	1 801 699	4,7
1965	38 510 395	7 076 402	18,4	5 094 188	13,2	795 765	2,1	1 186 449	3,1
1961	37 440 715	7 686 222	20,5	4 591 091	12,3	1 298 723	3,5	1 796 408	4,8

1) In Prozent der Wahlberechtigten.

sie die Parteizugehörigkeit von nahezu 57 Abgeordneten bestimmen können. Von den für den Wahlausgang entscheidenden Zweitstimmen sind 353 115 ungültig gewesen und damit bei der Berechnung der Sitzverteilung ebenfalls unberücksichtigt geblieben. Diese ungültigen Stimmen entsprechen weiteren vier Abgeordneten. Die Wahl von 61 Abgeordneten ist somit von den Nichtwählern und den Wählern mit ungültigen Zweitstimmen anderen überlassen worden. Bei der Wahl 1976 waren es nur 50 und 1972 sogar nur 47, bei der Bundestagswahl 1969 aber 73 und 1965 sogar 75 Abgeordnete, auf deren Wahl kein Einfluß genommen worden ist.

Von den gültigen Zweitstimmen blieb ein weiterer Teil für die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages ohne Bedeutung, weil sie für Parteien abgegeben wurden, die wegen der 5%-Sperrklausel nicht in die Sitzverteilung einbezogen werden durften. Es handelt sich dabei um insgesamt 749 646 Zweitstimmen, mit denen auf die Wahl von neun Abgeordneten kein Einfluß genommen werden konnte. Die Sitzverteilung bestimmten damit ausschließlich nur die Wähler, die ihre Zweitstimme der SPD, CDU, F.D.P. bzw. der CSU gaben und 86 % der Wahlberechtigten ausmachten. Wie aus der 3. Spalte der Ta-

belle 67 aus der Differenz zu 100 hervorgeht, weichen diese Prozentsätze in den Ländern nur geringfügig voneinander ab. Im Saarland betrug der höchste Prozentsatz 87,9 und in Baden-Württemberg der geringste 83,7. In den übrigen Ländern liegt er zwischen diesen beiden Werten. Da vor 1972 die Wahlbeteiligung erheblich geringer war als von 1972 bis 1980, und früher auch viel mehr Zweitstimmen für die nicht in die Sitzverteilung gekommenen Parteien abgegeben wurden, bestimmten von 1961 bis 1969 nur rd. 80 % der Wahlberechtigten die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages.

Wenn man die durchschnittliche Zahl der gültigen Zweitstimmen je Abgeordneten für die SPD, CDU, F.D.P. und CSU zusammen berechnet, kommt man - ohne Einbeziehung des Überhangmandates in die Berechnung - auf 74 978 Stimmen. 1976 waren es 75 582, 1961 aber nur 60 232. Die entsprechenden Durchschnittszahlen der einzelnen Parteien weichen dabei nicht allzu sehr voneinander ab. Sie liegen im Bundesdurchschnitt zwischen 74 651 für einen Abgeordneten der CDU und 76 057 für einen Abgeordneten der F.D.P. Bei der Bundestagswahl 1961 waren diese Unterschiede aber wesentlich geringer (zwischen 60 131 für einen Abgeordneten der F.D.P. und 60 342 für einen solchen

68 Durchschnittszahlen der Wahlberechtigten und der Zweitstimmen je Abgeordneten

Land	Wahlberechtigte	Gültige Zweitstimmen					
		insgesamt	für SPD, CDU, F.D.P. u. CSU zusammen	und zwar für die			
				SPD	CDU	F.D.P.	CSU
Schleswig-Holstein ¹⁾	87 641 (83 831)	77 451 (74 083)	76 102 (72 793)	79 490 (72 263)	73 643 x	72 184 x	- x
Hamburg	96 410	85 113	82 528	81 737	86 251	77 851	-
Niedersachsen	85 136	75 478	73 972	74 418	72 762	76 559	-
Bremen	130 790	113 864	109 662	79 637	131 017	-	-
Nordrhein-Westfalen	84 179	74 282	73 010	72 974	73 878	70 097	-
Hessen	86 995	77 504	75 671	75 251	76 205	75 490	-
Rheinland-Pfalz	86 243	76 611	75 211	74 901	74 548	79 974	-
Baden-Württemberg	88 480	75 751	74 054	75 219	73 502	72 765	-
Bayern	87 949	76 251	74 854	74 032	-	76 089	75 163
Saarland	103 721	92 678	91 168	89 510	78 427	-	-
Bundesgebiet ohne Berlin ¹⁾ .	87 161 (86 985)	76 490 (76 336)	74 978 (74 828)	74 934 (74 590)	74 651 x	76 057 x	75 163 x
dagegen: 1976	84 794	76 255	75 582	75 229	75 617	76 797	75 990
1972	83 561	75 523	74 820	74 674	74 524	76 341	75 316
1969	77 978	66 464	62 831	62 793	62 588	63 447	63 584
1965	77 642	65 767	63 375	63 431	63 201	63 198	64 010
1961 ¹⁾	75 791 (75 031)	63 868 (63 228)	60 232 (59 628)	60 144 x	60 342 (58 770)	60 131 x	60 289 x

1) Ohne Überhangmandate; mit Überhangmandaten in Klammern darunter.

der CDU). Sehr viel größer sind jedoch die Unterschiede von Land zu Land. Für Nordrhein-Westfalen beträgt z.B. die Zahl der gültigen Zweitstimmen für die in die Sitzverteilung einbezogenen Parteien je Abgeordneten nur 73 010, für Bremen aber 109 662. Noch größer sind die Länderunterschiede bei der CDU allein. Sie bewegen sich dort zwischen 72 762 in Niedersachsen und 131 017 in Bremen. Bei der SPD lagen diese Durchschnitte zwischen 72 974 in Nordrhein-Westfalen und 89 510 im Saarland und bei der F.D.P. zwischen 70 097 in Nordrhein-Westfalen und 79 974 in Rheinland-Pfalz.

7.4 Sitzverteilung nach verschiedenen Berechnungsverfahren

Das d'Hondt'sche Höchstzahlverfahren, das eine sperrklausel-ähnliche Wirkung entfalten kann, spielt bei den unterschiedlich großen Abweichungen der benötigten Stimmenzahl für einen Sitz eine nicht unwesentliche Rolle. Es kann nämlich in der Regel nicht nur die großen Parteien, sondern auch die bevölkerungsmäßig großen Länder begünstigen. Um diese Wirkungen aufzuzeigen, ist in den Tabellen 69 und 70 das Ergebnis der Sitzverteilung, die nach den Systemen d'Hondt bzw. Hare und Niemeyer errechnet worden ist, gegenübergestellt. Den Systemen Hare bzw. Niemeyer liegen voneinander abweichende Berechnungsmethoden zugrunde, beide Methoden kommen aber jeweils zum gleichen Endergebnis.

Wie aus Tabelle 69 zu ersehen ist, hätten sich bei der 1. Rechenstufe nach den Systemen Hare oder Niemeyer (prozentualer Anteil der Zweitstimmen der Parteien im Bundesgebiet ohne Berlin) für die CDU nicht 174, sondern lediglich 173 Sitze, dafür aber für die F.D.P. nicht 53, sondern 54 Sitze ergeben.

69 Sitzverteilung 1980 nach unterschiedlichen Wahlsystemen - Verteilung auf das gesamte Wahlgebiet

Partei	Sitze nach System		Differenz der Systeme Hare oder Niemeyer zu d'Hondt
	d'Hondt	Hare oder Niemeyer	
SPD	217	217	-
CDU	174	173	- 1
F.D.P.	53	54	+ 1
CSU	52	52	-
Insgesamt ...	496	496	-

Noch größer sind - wie aus Tabelle 70 hervorgeht - die Abweichungen von Land zu Land. In der zweiten Rechenstufe entfallen nämlich bei den Systemen Hare oder Niemeyer (prozentuale Verteilung der Zweitstimmen einer jeden Partei auf ihre Landeslisten) bei der SPD auf die kleineren Länder Hamburg und Saarland je ein Sitz mehr und auf das bevölkerungsreichste Land Nordrhein-Westfalen gleich zwei Sitze weniger. Bei der CDU würden die Stadtstaaten Hamburg und Bremen je einen Sitz mehr und die Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg je einen Sitz weniger erhalten. Der F.D.P. würde in Nordrhein-Westfalen ein Sitz weniger zufallen, sie würde aber in Bremen und im Saarland zu wenigstens je einem Sitz kommen.

Der Vergleich der in den Tabellen 69 und 70 nachgewiesenen Sitzzahlen läßt den Schluß zu, daß das d'Hondt'sche Höchstzahlverfahren vor allem unter dem Gesichtspunkt der regionalen Gleichbehandlung der Wähler beachtliche Auswirkungen

70 Sitzverteilung 1980 nach unterschiedlichen Wahlsystemen - Verteilung auf die einzelnen Länder

Land	Sitze nach System		Differenz der Systeme Hare oder Niemeyer zu d'Hondt
	d'Hondt	Hare oder Niemeyer	
SPD			
Schleswig-Holstein ..	10	10	-
Hamburg	7	8	+ 1
Niedersachsen	30	30	-
Bremen	3	3	-
Nordrhein-Westfalen .	70	68	- 2
Hessen	22	22	-
Rheinland-Pfalz	14	14	-
Baden-Württemberg ...	27	27	-
Bayern	30	30	-
Saarland	4	5	+ 1
Insgesamt ...	217	217	-
CDU			
Schleswig-Holstein ..	9	9	-
Hamburg	4	5	+ 1
Niedersachsen	26	25	- 1
Bremen	1	2	+ 1
Nordrhein-Westfalen .	60	59	- 1
Hessen	19	19	-
Rheinland-Pfalz	15	15	-
Baden-Württemberg ...	36	35	- 1
Bayern	-	-	-
Saarland	4	4	-
Insgesamt ...	174	173	- 1

haben kann. Der große Vorteil dieses Verfahrens liegt gegenüber den anderen - hier besprochenen - Berechnungsverfahren jedoch darin, daß sich keine Bruchteile von Sitzen mit dem Zwang zur Auf- oder Abrundung ergeben.

Bei den Bundestagswahlen 1949 und 1953 war die Zahl der zu wählenden Abgeordneten nicht nur für das Wahlgebiet, sondern auch für die einzelnen Länder festgelegt. Wahlbeteiligung, ungültige Stimmen für die Parteien, die nicht in die Sitzverteilung kamen, spielten infolgedessen für die Zahl der Abgeordneten aus jedem Land keine Rolle. Seit 1957 ist die Zahl der Abgeordneten aus einem Land jedoch um so größer, je höher die Wahlbeteiligung, je niedriger der Anteil der ungültigen Zweitstimmen und je niedriger der Anteil der Zweitstimmen für Parteien ist, die wegen der 5 %-Sperrklausel für die Sitzverteilung ausscheiden. Dazu treten die Wirkungen des d'Hondt'schen Höchstzahlverfahrens, bei dem es nicht selten vorkommen kann, daß bei der Verteilung der Gesamtzahl der Sitze einer Partei auf die Länder in den kleineren Ländern besonders viele Parteistimmen für die Sitzverteilung verlorengehen.

8 Die Gewählten

8.1 Allgemeines

Für das Bundesgebiet ohne Berlin sehen die wahlgesetzlichen Bestimmungen 496 Abgeordnete vor, davon 248 auf Grund der Erststimmen nach Kreiswahlvorschlägen in den Wahlkreisen und 248 nach Landeslisten. Tatsächlich setzt sich aber der Deutsche Bundestag ohne die Abgeordneten von Berlin jedoch

aus 497 Abgeordneten zusammen, und zwar deshalb, weil - wie bereits ausgeführt - der SPD bei der Verteilung der insgesamt 217 Sitze auf ihre zehn Landeslisten in Schleswig-Holstein nur 10 Sitze zustanden, sie aber dort alle 11 Wahlkreissitze gewonnen hatte. Dadurch erhöhte sich die Gesamtzahl der von der SPD gewonnenen 217 Sitze um ein sogenanntes "Überhangmandat" auf 218.

71 Abgeordnete, ohne und einschließlich vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählte, nach dem Geschlecht

Tag der Wahl	Abgeordnete							
	ohne				einschließlich			
	vom Berliner Abgeordnetenhaus Gewählte							
	insgesamt	männlich	weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%
14. 8.1949	402	374	28	7,0	410	381	29	7,1
6. 9.1953	487	447	40	8,2	509	464	45	8,8
15. 9.1957	497	454	43	8,7	519	471	48	9,2
17. 9.1961	499	459	40	8,0	521	478	43	8,3
19. 9.1965	496	463	33	6,7	518	482	36	6,9
28. 9.1969	496	465	31	6,3	518	484	34	6,6
19.11.1972	496	469	27	5,4	518	488	30	5,8
3.10.1976	496	461	35	7,1	518	480	38	7,3
5.10.1980	497	456	41	8,2	519	475	44	8,5

Die Abgeordnetensitze verteilen sich nach dem Stand bei der Wahl am 5. Oktober 1980 auf die einzelnen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien wie folgt:

Partei	Ohne die Abgeordneten des Landes Berlin	Einschl. der Abgeordneten des Landes Berlin
SPD	218	228
CDU	174	185
F.D.P.	53	54
CSU	52	52
Insgesamt ...	497	519

Die SPD stellt als stärkste Partei mit 127 Wahlkreisgewinnern - das sind 58,3 % ihrer Sitze - auch die meisten persönlich gewählten Abgeordneten. Relativ betrachtet wird sie aber von der CSU übertroffen, denn 40 oder 76,9 % der 52 Abgeordneten dieser Partei haben ihr Mandat direkt gewonnen. Die CDU hat 81 (oder 46,6 %) Direktmandate erzielt. Die F.D.P. erhielt - wie schon seit 1961 - nur Landeslistensitze.

8.2 Alte und neue Abgeordnete

Von den insgesamt 497 Abgeordneten ohne Berlin (darunter 41 Frauen) wurden am 5. Oktober rund ein Viertel (124 oder 24,9 %), darunter 14 (34,1 %) Frauen, zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag gewählt. Sieht man vom 1. Deutschen Bundestag ab, so lag bei den Bundestagswahlen vor 1980 die Zahl der sogenannten "Neulinge" zwischen 242 oder 49,7 % (1953) und 113 oder 22,8 % (1976). Die wenigsten Neulinge unter den Frauen gab es absolut und auch relativ bei der Bundestagswahl 1965 (6 Abgeordnete oder 18,2 %), die meisten bei der Bundestagswahl 1953 (18 Abgeordnete oder 45 %).

Die Zahl der Abgeordneten im 9. Deutschen Bundestag, die bereits schon früher dem Deutschen Bundestag angehört, verläuft kontinuierlich von 112 (zum zweiten Mal) zu 4 (zum ach-

ten Mal). Von den 27 Frauen (ohne die 14 Neulinge) wurden elf zum zweiten Mal, zwölf zum dritten Mal, drei zum vierten Mal und eine zum achten Mal Mitglied des Deutschen Bun-

72 Abgeordnete nach der Häufigkeit der Zugehörigkeit zu einem Deutschen Bundestag

Häufigkeit der Zugehörigkeit zu einem Deutschen Bundestag	i = insgesamt w = weiblich	Abgeordnete, gewählt bei der Bundestagswahl am ...									
		14.8.	6.9.	15.9.	17.9.	19.9.	28.9.	19.11.	3.10.	5.10.	
		1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	
Mitglied des Deutschen Bundestages zum ...											
ersten Mal	i	402	242	179	128	147	152	140	113	124	
	w	28	18	14	9	6	9	11	13	14	
zweiten Mal	i	-	245	162	134	105	114	140	130	112	
	w	-	22	12	6	7	2	8	12	11	
dritten Mal	i	-	-	156	121	96	90	89	111	106	
	w	-	-	17	12	4	9	2	7	12	
vierten Mal	i	-	-	-	116	80	63	53	71	83	
	w	-	-	-	13	8	3	4	-	3	
fünften Mal	i	-	-	-	-	68	43	42	32	40	
	w	-	-	-	-	8	4	1	1	-	
sechsten Mal	i	-	-	-	-	-	34	20	19	13	
	w	-	-	-	-	-	4	1	1	-	
siebten Mal	i	-	-	-	-	-	-	12	9	10	
	w	-	-	-	-	-	-	-	1	-	
achten Mal	i	-	-	-	-	-	-	-	11	4	
	w	-	-	-	-	-	-	-	-	1	
neunten Mal	i	-	-	-	-	-	-	-	-	5	
	w	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Insgesamt	i	402	487	497	499	496	496	496	496	497	
	w	28	40	43	40	33	31	27	35	41	

1) Jeweils nach dem Stand bei der Wahl, ohne die vom Berliner Abgeordnetenhaus Gewählten.

Häufigkeit der Zugehörigkeit zu einem Deutschen Bundestag	Abgeordnete ¹⁾														
	insgesamt	Männer	Frauen	SPD			CDU			F.D.P.			CSU		
				zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
Mitglied des Deutschen Bundestages zum ...															
ersten Mal	124	110	14	56	49	7	38	36	2	18	14	4	12	11	1
zweiten Mal	112	101	11	40	37	3	46	41	5	13	11	2	13	12	1
dar.: m. Unterbrechung ..	6	6	-	2	2	-	2	2	-	2	2	-	-	-	-
dritten Mal	106	94	12	49	45	4	39	32	7	13	12	1	5	5	-
dar.: m. Unterbrechung ..	5	5	-	2	2	-	3	3	-	-	-	-	-	-	-
vierten Mal	83	80	3	41	39	2	26	25	1	3	3	-	13	13	-
dar.: m. Unterbrechung ..	5	4	1	1	1	-	4	3	1	-	-	-	-	-	-
fünften Mal	40	40	-	16	16	-	18	18	-	3	3	-	3	3	-
dar.: m. Unterbrechung ..	1	1	-	-	-	-	1	1	-	-	-	-	-	-	-
sechsten Mal	13	13	-	6	6	-	3	3	-	2	2	-	2	2	-
dar.: m. Unterbrechung ..	1	1	-	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
siebten Mal	10	10	-	5	5	-	3	3	-	1	1	-	1	1	-
dar.: m. Unterbrechung ..	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
achten Mal	4	3	1	2	1	1	1	1	-	-	-	-	1	1	-
dar.: m. Unterbrechung ..	1	1	-	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
neunten Mal	5	5	-	3	3	-	-	-	-	-	-	-	2	2	-
dar.: m. Unterbrechung ..	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	-
Insgesamt ...	497	456	41	218	201	17	174	159	15	53	46	7	52	50	2
dagegen 1976 zum ersten Mal	113	100	13	36	31	5	54	49	5	10	8	2	13	12	1
zum achten Mal	11	11	-	4	4	-	4	4	-	-	-	-	3	3	-

1) Ohne die 22 Abgeordneten des Landes Berlin.

destages. Bei der Letzteren handelt es sich um die derzeitige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Frau Annemarie Renger, die - ohne Unterbrechung - seit 1953 dem Deutschen Bundestag angehört. Auch bei den vorangegangenen Wahlen zeigt sich bei den Abgeordneten insgesamt - wie Tabelle 72 ausweist -, mit geringen Ausnahmen bei den Wahlen 1953 und 1976, ein kontinuierlich absteigender Verlauf.

Betrachtet man die zum 9. Deutschen Bundestag Gewählten im Hinblick auf die einzelnen Parteien, so hat die F.D.P. mit 34,0 % den verhältnismäßig größten Anteil neuer Abgeordneter (Frauen: 57,1 %). Bei der SPD beträgt dieser Anteil 25,7 % (Frauen: 41,2 %), bei der CDU 23,1 % (Frauen: 50,0 %) und bei der CSU 21,8 % (Frauen: 13,3 %). Von den 112 Abgeordneten, die 1980 zum zweiten Mal in den Deutschen Bundestag einzogen, gehören 46 (darunter fünf Frauen) zur CDU, 40 (darunter 3 Frauen) zur SPD, 13 (darunter zwei Frauen) zur F.D.P. und 13 (darunter eine Frau) zur CSU. Bei den zum neunten Mal in den Deutschen Bundestag gewählten Abgeordneten handelt es sich im einzelnen bei der ... um:

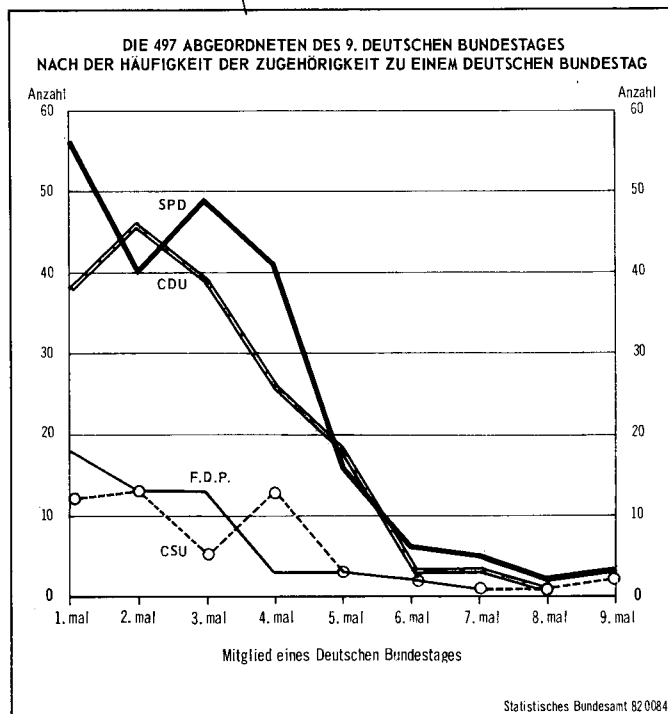
SPD Egon Franke
Dr. R. Martin Schmidt
Herbert Wehner

CSU Franz Josef Strauß¹⁾
Richard Stücklen

Die CDU und die F.D.P. verfügen über keine Abgeordneten, die zum neunten Mal dem Deutschen Bundestag angehören.

1) Mandat nicht angenommen.

Schaubild 25



Die vier, zum achten Mal dem Deutschen Bundestag angehörend, sind im einzelnen bei der

SPD Annemarie Renger
Helmut Schmidt

CDU Dr. Herbert Czaja

CSU Dr. Werner Dollinger

Wie aus der Tabelle 74 und der Tabelle 12 im Anhang für die erste bis einschl. achte Wahlperiode zu ersehen ist, gibt es innerhalb einer jeden Legislaturperiode bei den Abgeordneten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien personelle Veränderungen. So haben sich z.B. innerhalb der achten Legislaturperiode insgesamt 38 Änderungsfälle (Bundesgebiet ohne Berlin: 36, Berlin [West]: 2) bezüglich der am 3. Oktober 1976 Gewählten ergeben. Zwei der Gewählten haben ihr Mandat überhaupt nicht angenommen, weitere 20 Gewählte (darunter eine Frau) haben im Laufe der Legislaturperiode auf ihr Mandat verzichtet und 15 Abgeordnete sind während dieser Zeit verstorben. Ein Abgeordneter trat aus der CDU sowie auch aus der Fraktion der CDU/CSU aus und gehörte für die restliche Legislaturperiode dem Deutschen Bundestag als Parteiloser an.

74 Personelle Veränderungen im 8. Deutschen Bundestag

Gegenstand der Nachweisung	Abgeordnete					
	insgesamt	SPD	CDU	F.D.P.	CSU	Parteilos

Bundesgebiet ohne Berlin

Abgeordnete bei der Wahl am 3.10.1976	496	214	190	39	53	-
dar.: Frauen ...	35	14	15	4	2	-
Abgänge	36	15	13	4	4	-
dar.: Frauen ...	1	-	-	1	-	-
Mandat nicht angenommen ...	2	1	1	-	-	-
dar.: Frauen ..	-	-	-	-	-	-
Mandatsniederlegung	18	4	10	2	2	-
dar.: Frauen ..	1	-	-	1	-	-
Tod	15	10	1	2	2	-
dar.: Frauen ..	-	-	-	-	-	-
Parteiaustritt. dar.: Frauen ..	1	-	1	-	-	-
Zugänge insgesamt	36	15	12	4	4	1
dar.: Frauen ...	4	2	1	-	1	-
Listennachfolger dar.: Frauen ...	35	15	12	4	4	-
	4	2	1	-	1	-
Parteilose	1	-	-	-	-	1

Abgeordnete am Ende der Wahlperiode	496	214	189	39	53	1
dar.: Frauen	38	16	16	3	3	-

Berlin (West)

Abgeordnete bei der Wahl am 3.10.1976	22	10	11	1	-	-
dar.: Frauen ...	3	1	2	-	-	-
Abgänge	2	-	2	-	-	-
dar.: Frauen ...	-	-	-	-	-	-
Mandatsniederlegung	2	-	2	-	-	-
Zugänge	2	-	2	-	-	-
dar.: Frauen	-	-	-	-	-	-
Listennachfolger	2	-	2	-	-	-
Abgeordnete am Ende der Wahlperiode	22	10	11	1	-	-
dar.: Frauen	3	1	2	-	-	-

8.3 Männliche und weibliche Abgeordnete

Unter den am 5. Oktober 1980 von den Wählern beauftragten Kandidaten gibt es - wie bereits ausgeführt - nur 41 Frauen (8,2 %) gegenüber 456 Männern. Einschließlich der Berliner

75 Frauen im Deutschen Bundestag

Wahljahr	Weibliche Abgeordnete ¹⁾					
	insgesamt	SPD	CDU	F.D.P.	CSU	Sonstige
	Anzahl	Anzahl				
	(% 2)					

Bundesgebiet ohne Berlin

1949	28	7,0	12	10	1	1	4 ³⁾
1953	40	8,2	18	15	2	3	2 ⁴⁾
1957	43	8,7	19	18	2	3	1 ⁵⁾
1961	40	8,0	19	13	5	3	-
1965	33	6,7	16	12	2	3	-
1969	31	6,3	16	11	2	2	-
1972	27	5,4	12	12	2	1	-
1976	35	7,1	14	15	4	2	-
1980	41	8,2	17	15	7	2	-

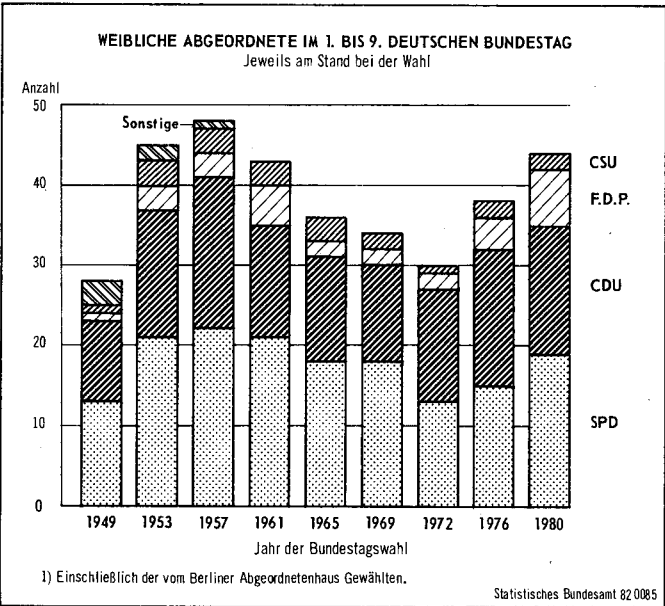
Berlin (West)

1949	1	12,5	1	-	-	-	-
1953	5	22,7	3	1	1	-	-
1957	5	22,7	3	1	1	-	-
1961	3	13,6	2	1	-	-	-
1965	3	13,6	2	1	-	-	-
1969	3	13,6	2	1	-	-	-
1972	3	13,6	1	2	-	-	-
1976	3	13,6	1	2	-	-	-
1980	3	13,6	2	1	-	-	-

- 1) Jeweils nach dem Stand bei der Wahl.
2) Der Abgeordneten insgesamt.
3) DP: 1, KPD: 1, Zentrum: 2.
4) GB/BHG.
5) DP.

Abgeordneten erhöht sich die Zahl der gewählten Frauen auf 44 (8,5 %) und die der Männer auf 475. Obwohl es rd. 3,5 Mill. mehr wahlberechtigte Frauen als Männer gibt, sind Frauen auch im 9. Deutschen Bundestag sehr schwach vertreten. Beachtlich ist auch der Unterschied zwischen der Zahl der männlichen und der weiblichen Wahlbewerber und der Zahl der jeweils Gewählten. Von den 2 361 männlichen Kandidaten wurden knapp 20 % und von 592 Kandidatinnen nur rd. 7 % in den Deutschen Bundestag gewählt. Unter den 1 433 Kandidaten der Parteien, die in die Sitzberechnung einbezogen werden konnten, waren 224 oder 15,6 % Frauen.

Schaubild 26



76 Abgeordnete im 9. Deutschen Bundestag nach Alter, Geschlecht und Partei

Geburts- jahrgänge	Alter Ende 1980 von ... bis ... Jahren	Abgeordnete ¹⁾																			
		insgesamt				SPD				CDU				F.D.P.				CSU			
		insgesamt		Män- ner	Frau- en	insgesamt		Män- ner	Frau- en	insgesamt		Män- ner	Frau- en	insgesamt		Män- ner	Frau- en	insgesamt		Män- ner	Frau- en
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Bundesgebiet ohne Berlin																					
1946 - 1950	30 - 34	13	2,6	13	-	5	2,3	5	-	4	2,3	4	-	1	1,9	1	-	3	5,8	3	-
1941 - 1945	35 - 39	83	16,7	71	12	39	17,9	33	6	24	13,8	23	1	11	20,8	7	4	9	17,3	8	1
1936 - 1940	40 - 44	102	20,5	94	8	49	22,5	47	2	31	17,8	28	3	12	22,6	10	2	10	19,2	9	1
1931 - 1935	45 - 49	96	19,3	95	1	41	18,8	41	-	35	20,1	34	1	10	18,9	10	-	10	19,2	10	-
1926 - 1930	50 - 54	107	21,5	98	9	42	19,3	37	5	43	24,7	39	4	10	18,9	10	-	12	23,1	12	-
1921 - 1925	55 - 59	70	14,1	61	9	30	13,8	27	3	29	16,7	24	5	6	11,3	5	1	5	9,6	5	-
1916 - 1920	60 - 64	18	3,6	16	2	7	3,2	6	1	6	3,4	5	1	3	5,7	3	-	2	3,8	2	-
1911 - 1915	65 - 69	7	1,4	7	-	4	1,8	4	-	2	1,1	2	-	-	-	-	-	1	1,9	1	-
1906 - 1910	70 - 74	1	0,2	1	-	1	0,5	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt ...		497	100	456	41	218	100	201	17	174	100	159	15	53	100	46	7	52	100	50	2
Berlin (West)																					
1941 - 1944	36 - 39	6	27,3	6	-	3	30,0	3	-	3	27,3	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1936 - 1940	40 - 44	3	13,6	2	1	1	10,0	-	1	2	18,2	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1931 - 1935	45 - 49	1	4,5	1	-	1	10,0	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1926 - 1930	50 - 54	6	27,3	6	-	4	40,0	4	-	2	18,2	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1921 - 1925	55 - 59	2	9,1	2	-	-	-	-	-	1	9,1	1	-	1	100	1	-	-	-	-	-
1916 - 1920	60 - 64	3	13,6	1	2	1	10,0	-	1	2	18,2	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-
1912 - 1915	65 - 68	1	4,5	1	-	-	-	-	-	1	9,1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt ...		22	100	19	3	10	100	8	2	11	100	10	1	1	100	1	-	-	-	-	-

1) Nach dem Stand bei der Wahl am 5. Oktober 1980.

Festzustellen ist jedoch, daß die Zahl der weiblichen Abgeordneten, die 1972 mit insgesamt 30 (Bundesgebiet ohne Berlin: 27, Berlin [West]: 3) ihren tiefsten Stand hatte, 1980 weiter zugenommen hat (Bundesgebiet ohne Berlin: 41, Berlin [West]: 3) und nach 1953 und 1957 den dritthöchsten Stand aller neun Bundestagswahlen erzielte. Die höchste Anzahl weiblicher Abgeordneter (insgesamt 48) wurde in den 3. Deutschen Bundestag gewählt. Gemessen an der Gesamtzahl sind absolut - mit Ausnahme bei den Wahlen 1972 und 1976 - die meisten Frauen bei der SPD zu finden. Der Anteil der weiblichen Abgeordneten in der SPD, der 1953, 1957 und 1961 noch über 10 % (13,0, 12,2, 10,3) betrug und 1972 mit 5,4 % seinen tiefsten Stand hatte, macht 1980 - wie 1965 - 8,3 % aus. Bei der CDU betrug nach dem Stand bei der Wahl am 5. Oktober 1980 der Anteil der weiblichen Abgeordneten 8,6 %, bei der F.D.P. 13,0 % und bei der CSU 3,8 %.

Von den bei der Bundestagswahl 1980 gewählten 41 Frauen waren 11 (26,8 %) in einem Wahlkreis (SPD: 7, CDU: 4) erfolgreich. 1976 waren es von den 35 gewählten Frauen 7 oder 20 % (SPD: 5, CDU: 2).

8.4 Alter der Abgeordneten

Voraussetzung für die Wählbarkeit war bei der Bundestagswahl 1980 - wie auch 1976 - die Vollendung des 18. Lebensjahres. Bei der Bundestagswahl 1972 mußte man noch mindestens 21 Jahre alt und bei den vorangegangenen Bundestagswahlen mindestens 25 Jahre alt sein. Während es bei der Bundestagswahl 1976 drei Gewählte im Alter von unter 30 Jahren gab, wurden bei der Bundestagswahl 1980 keine Abgeordneten aus dieser Altersgruppe gewählt. Von den 497 Bundestagsabgeordneten (ohne Berlin) sind am Tage der Wahl 13 (2,6 %) 30 - 34 Jahre, 185 (37,2 %) 35 - 44 Jahre, 203 (40,8 %) 45 - 54 Jahre, 88 (17,7 %) 55 - 64 Jahre und 8 (1,6 %) 65 - 74 Jahre alt gewesen.

77 Abgeordnete im Deutschen Bundestag nach Altersgruppen und Geschlecht

Wahl- jahr	Abgeordnete ¹⁾					
	ins- gesamt	im Alter von ... bis ... Jahren				
		unter	35	45	55	65
		35	44	54	64	und mehr
Anzahl		%				
Insgesamt						
1949	402	3,7	23,1	41,0	25,4	6,7
1953	487	3,3	20,5	39,2	30,4	6,6
1957	497	3,8	19,5	34,4	34,0	8,2
1961	499	2,8	20,4	33,1	34,1	9,6
1965	496	3,6	26,4	30,4	31,5	8,1
1969	496	4,6	28,6	35,3	26,8	4,6
1972	496	9,1	30,6	41,7	16,5	2,0
1976	496	7,9	29,2	43,8	17,7	1,4
1980	497	2,6	37,2	40,8	17,7	1,6
Männer						
1949	374	4,0	22,7	40,6	25,9	6,7
1953	447	3,1	21,5	37,4	31,3	6,7
1957	454	4,0	19,8	35,0	33,5	7,7
1961	459	3,1	21,1	32,5	34,0	9,4
1965	463	3,7	27,4	30,5	30,5	8,0
1969	465	4,9	30,3	34,4	25,4	4,9
1972	469	9,0	32,2	40,5	16,2	2,1
1976	461	7,2	30,2	43,8	17,4	1,5
1980	456	2,9	36,2	42,3	16,9	1,8
Frauen						
1949	28	-	28,6	46,4	17,9	7,1
1953	40	5,0	10,0	60,0	20,0	5,0
1957	43	2,3	16,3	27,9	39,5	14,0
1961	40	-	12,5	40,0	35,0	12,5
1965	33	3,0	12,1	30,3	45,5	9,1
1969	31	-	3,2	48,4	48,4	-
1972	27	11,1	3,7	63,0	22,2	-
1976	35	17,1	17,1	42,9	22,9	-
1980	41	-	48,8	24,4	26,8	-

1) Jeweils nach dem Stand bei der Wahl ohne die vom Berliner Abgeordnetenhaus Gewählten.

Die 41 weiblichen Abgeordneten (ohne Berlin) waren am Tag der Wahl zwischen 35 und 62 Jahre alt und zwar nahezu die Hälfte (20 oder 48,8 %) unter 45 Jahre. Im Alter von 45 - 54 Jahre gab es 10 (24,4 %) und im Alter von 55 bis 62 Jahre weitere 11 (26,8 %) weibliche Abgeordnete.

Von den 22 mittelbar gewählten Abgeordneten aus Berlin waren am Tage der Wahl neun zwischen 36 und 44 Jahre, sieben zwischen 45 und 54 Jahre, weitere fünf zwischen 55 und 63 Jahre alt.

Vergleicht man die Altersstruktur der Abgeordneten des 9. Deutschen Bundestages mit der Altersstruktur der Abgeordneten der vorangegangenen Bundestage, so zeigt sich, daß es bei der Wahl zum 9. Deutschen Bundestag gegenüber allen anderen Wahlperioden sowohl absolut als auch relativ am wenigsten unter 35 Jahre alte und am meisten 45 bis 54 Jahre alte Abgeordnete gab. Bei den einzelnen Parteien ergeben sich solche eindeutigen Aussagen nicht (Tabellen 13 und 14 im Anhang). 1980 gehörten (ohne Berliner Abgeordnete) bei der SPD 88 oder 40,4 % und bei der F.D.P. 23 oder 43,4 % der Altersgruppe der 35 bis 44jährigen an. Bei der CDU, wie auch bei der CSU, waren am Tage der Wahl 44,8 bzw. 42,3 % ihrer Abgeordneten 45 bis 54 Jahre alt.

78 Durchschnittsalter der Bundestagsabgeordneten nach Geschlecht und Partei						
Partei	Durchschnittsalter der Abgeordneten ¹⁾					
	bei der Wahl am					
	5.10.1980			3.10.1976		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Bundesgebiet ohne Berlin						
SPD	47,0	47,1	46,8	47,1	47,2	46,3
CDU	47,9	47,6	50,8	46,9	46,7	49,4
F.D.P.	46,2	46,9	41,1	46,1	46,2	45,5
CSU	46,4	46,6	40,5	47,9	48,2	41,5
Insgesamt .	47,2	47,2	47,0	47,1	47,0	47,3
Berlin (West)						
SPD	46,9	45,9	51,0	48,6	47,7	57,0
CDU	49,8	48,8	60,0	50,7	49,2	57,5
F.D.P.	58,0	58,0	-	54,0	54,0	-
Insgesamt .	48,9	48,1	54,0	49,9	48,7	57,3

1) Jeweils nach dem Stand bei der Wahl.

Das Durchschnittsalter der unmittelbar in den 9. Deutschen Bundestag gewählten Abgeordneten liegt mit 47,2 Jahren um 0,1 Jahre über dem der 1976 Gewählten. Bei den vom Berliner Abgeordnetenhaus in den Deutschen Bundestag gewählten Abgeordneten liegt es dagegen um ein volles Jahr darunter. Gegenüber 1976 hat sich das Durchschnittsalter der 1980 unmittelbar Gewählten bei der SPD kaum (47,1 auf 47,0 Jahre) und bei der CSU von 47,9 Jahre auf 46,4 Jahre vermindert, bei der F.D.P. nur geringfügig (46,1 auf 46,2 Jahre) und bei der CDU um ein volles Jahr (46,9 auf 47,9 Jahre) erhöht. Bei den Berliner Abgeordneten liegt das Durchschnittsalter 1980 gegenüber 1976 bei der SPD um 1,7 Jahre und bei der CDU um 0,9 Jahre niedriger. Für die F.D.P. läßt sich nur die Aussage machen, daß der einzige Abgeordnete dieser Partei, der auch dem 8. Deutschen Bundestag angehörte, im Jahre 1980 um vier Jahre älter war.

Das Durchschnittsalter der in der 1. bis 7. Wahlperiode in den Deutschen Bundestag Gewählten betrug

1949:	49,9 Jahre
1953:	51,5 Jahre
1957:	52,5 Jahre
1961:	52,0 Jahre
1965:	50,8 Jahre
1969:	49,0 Jahre
1972:	46,6 Jahre

Das Durchschnittsalter der Abgeordneten hat sich von der 3. (1957) bis zur 7. (1972) Wahlperiode kontinuierlich verringert. Der 9. Deutsche Bundestag weist mit 47,2 Jahren wie der 8. Deutsche Bundestag (47,1) ein Ansteigen des Durchschnittsalters auf.

Gliedert man die 519 Gewählten nach ihren Geburtsjahren, so ist das Geburtsjahr 1929 mit insgesamt 33 Gewählten am stärksten vertreten, gefolgt vom Geburtsjahrgang 1936, dem 26 Gewählte angehören. Nach Parteien gegliedert sind am häufigsten die Geburtsjahrgänge 1936 mit 14 Gewählten bei der SPD und 1930 sowie 1929 mit ebenfalls jeweils 14 Gewählten besetzt. Bei der F.D.P. ist mit sechs Gewählten der Geburtsjahrgang 1936 der am stärksten vertretene und bei der CSU mit fünf Gewählten der Geburtsjahrgang 1939.

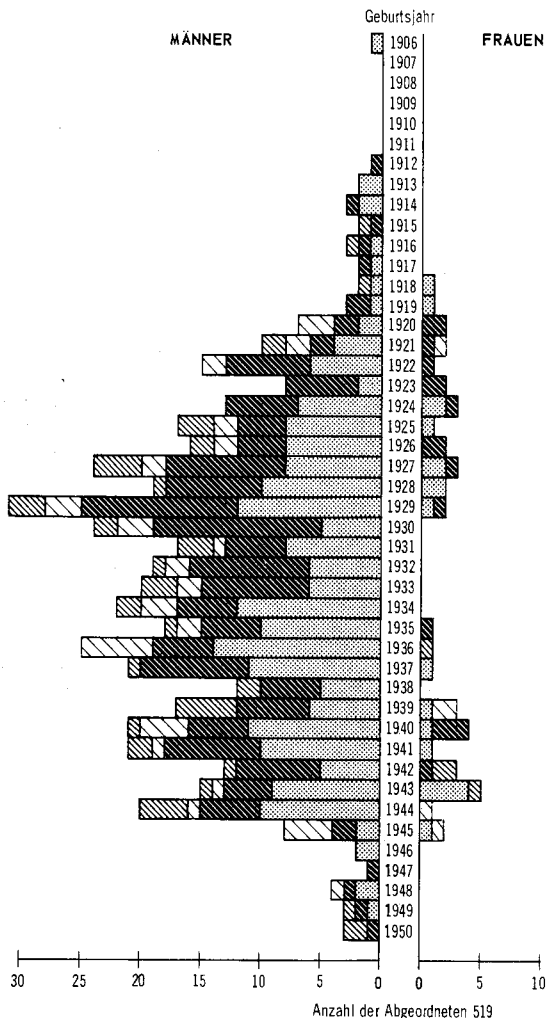
79 Abgeordnete im 9. Deutschen Bundestag nach Geburtsjahrgang und Partei					
Geburtsjahr	Abgeordnete ¹⁾				
	Insgesamt	SPD	CDU	F.D.P.	CSU
1950	3	-	1	-	2
1949	3	1	1	-	1
1948	4	2	1	1	-
1947	1	-	1	-	-
1946	2	2	-	-	-
1945	10	3	2	5	-
1944	21	10	5	2	4
1943	20	13	4	1	2
1942	16	5	8	2	1
1941	22	11	8	1	2
1940	25	12	8	4	1
1939	20	7	6	2	5
1938	12	5	5	-	2
1937	22	12	9	-	1
1936	26	14	5	6	1
1935	19	10	6	2	1
1934	22	12	5	3	2
1933	20	6	9	2	3
1932	19	6	10	2	1
1931	17	8	5	1	3
1930	24	5	14	3	2
1929	33	13	14	3	3
1928	21	12	8	-	1
1927	17	8	3	2	4
1926	18	8	6	2	2
1925	18	9	4	2	3
1924	16	9	7	-	-
1923	10	2	8	-	-
1922	16	6	8	2	-
1921	12	4	3	3	2
1920	9	2	4	3	-
1919	4	2	2	-	-
1918	3	2	-	-	1
1917	2	1	1	-	-
1916	3	1	1	-	1
1915	2	-	1	-	1
1914	3	2	1	-	-
1913	2	2	-	-	-
1912	1	-	1	-	-
1906	1	1	-	-	-

1) Nach dem Stand bei der Wahl; einschl. der 22 vom Berliner Abgeordnetenhaus Gewählten.

IN DEN 9. DEUTSCHEN BUNDESTAG GEWÄHLTE MÄNNER UND FRAUEN NACH GEBURTSJAHREN

Stand bei der Wahl

SPD CDU F.D.P. CSU



Statistisches Bundesamt 82 0086

80 Abgeordnete im 9. Deutschen Bundestag nach Geburtsort und Partei

Geburtsort	Abgeordnete ¹⁾				
	insgesamt	SPD	CDU	F.D.P.	CSU
Bundesgebiet ohne Berlin					
Geboren im/in ...					
Land, in dem die Wahl erfolgte	306	127	116	27	36
Gewählt im Wahlkreis über Landesliste ..	164	71	63	-	30
	142	56	53	27	6
einem anderen Bundesland ohne Berlin	79	38	26	11	4
Berlin	13	7	2	2	2
Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ..	29	11	9	6	3
den deutschen Ostgebieten unter fremder Verwaltung ..	40	23	12	4	1
europäischen Ausland	27	12	7	2	6
dar.: EG-Staaten	3	2	1	-	-
Polen	4	1	1	1	1
Tschechoslowakei	15	8	2	1	4
außereuropäischen Ausland ..	3	-	2	1	-
Insgesamt ...	497	218	174	53	52

Berlin (West)

Berlin	11	5	6	-	-
einem anderen Bundesland ...	3	1	2	-	-
Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik	3	2	1	-	-
den deutschen Ostgebieten unter fremder Verwaltung ..	3	2	-	1	-
der Tschechoslowakei	2	-	2	-	-
Insgesamt ...	22	10	11	1	-

1) Nach dem Stand bei der Wahl.

8.5 Geburtsort der Abgeordneten

Zur Beantwortung der Frage der landsmannschaftlichen Zugehörigkeit stehen für die Abgeordneten nur die Angaben über den Geburtsort zur Verfügung. In der Tabelle 80 sind die Abgeordneten des 9. Deutschen Bundestages nach dem Stand bei der Wahl aufgrund der in den Wahlvorschlägen angegebenen Geburtsorte nach dem Geburtsland bzw. zusammengefaßten Gebieten nachgewiesen. Hieraus lassen sich jedoch nur gewisse Aufschlüsse gewinnen.

Von den 497 unmittelbar Gewählten sind 306 oder 61,6 % (darunter 14 Frauen) in dem Bundesland, in dem sie gewählt wurden, auch geboren. Die größte Übereinstimmung zwischen dem Land, in dem sie gewählt wurden und ihrem Geburtsort besteht im Saarland, denn dort ist von den insgesamt acht saarländischen Bundestagsabgeordneten nur einer außerhalb des Saarlandes geboren. Sieht man, mit allem Vorbehalt, die im Land, in dem sie sich zur Wahl stellten, Geborenen als "Einheimische" an, so ist der Anteil der einheimischen Abgeordneten verhältnismäßig groß (über 50 %) in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern, verhältnismäßig klein (unter 50 %) ist er in Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen. Unter den vier Bundestags-

abgeordneten aus Bremen befinden sich zwei (50 %) gebürtige Bremer. Den höchsten Anteil Einheimischer stellt mit 69,2 % (Frauen 50 %) die CDU. Bei der CDU beträgt der Anteil 66,7 % (Frauen 53,3 %), bei der SPD 58,3 % (Frauen 17,6 %) und bei der F.D.P. 50,9 % (Frauen 28,6 %). Beschränkt man sich auf die Betrachtung der Wahlkreissieger, so vertreten 58 % der CDU-Abgeordneten in ihrem Wahlkreis die Einwohner ihrer Geburtsheimat. Hier folgen die CDU mit 36 % und die SPD mit 33 % mit deutlichem Abstand. Von den 92 Abgeordneten, die in einem anderen Bundesland als demjenigen, in dem sie gewählt wurden, geboren sind, gehört nahezu die Hälfte (48,9 %) der SPD an, 30 % gehören der CDU, 14 % der F.D.P. und 6,5 % der CSU an.

Die Frage, welche Abgeordnete Vertriebene sind, läßt sich annäherungsweise aus Tabelle 80 beantworten, wenn man als Vertriebene alle Personen ansieht, deren Geburtsort in den sogenannten Vertreibungsgebieten liegt. Von den 519 im Jahr 1980 Gewählten gehören neben den in den deutschen Ostgebieten geborenen 43 Abgeordneten (darunter 6 Frauen) vor allem die 21 Abgeordneten (darunter 4 Frauen), deren Geburtsland Polen oder die Tschechoslowakei ist. Sie haben insgesamt 64 Parlamentssitze (12,3 %) inne. Damit sind die Vertriebenen, deren Anteil an der deutschen Bevölkerung derzeit (einschl. der im Bundesgebiet geborenen Kinder von Vertriebenen) um einige Prozentpunkte höher liegt, nicht ganz diesem Anteil entsprechend vertreten. Geht man davon aus, daß einige im Wahlgebiet gewählte Berliner im Ostteil von Berlin geboren sind und es sich ebenso bei vielen, die aus dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik stammen, um Flüchtlinge handeln dürfte, könnten rd. 100 Abgeordnete Vertriebene bzw. Flüchtlinge sein.

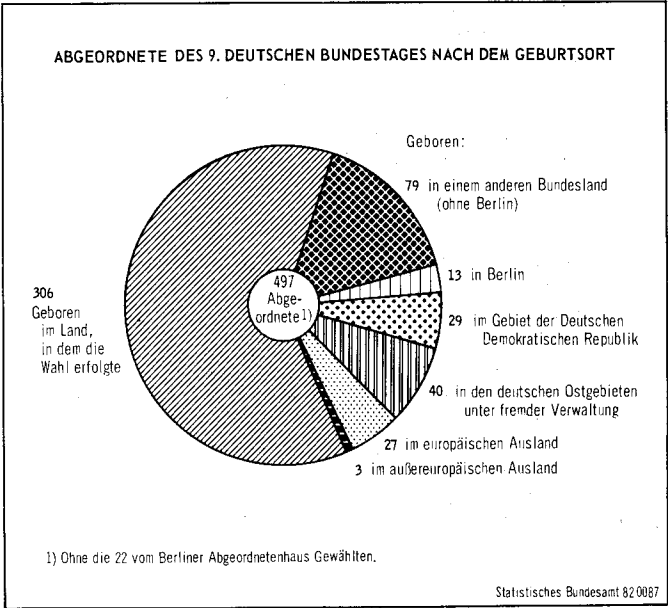
Einer der in Polen, acht der in der Tschechoslowakei, 12 der in Berlin, 13 der im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und schließlich 25 der in den deutschen Ostgebieten jenseits von Oder und Neiße geborenen Abgeordneten gehören der SPD an. Diesen 59 (25,9 %) Abgeordneten der SPD stehen 35 (18,9 %) der CDU, 15 (27,8 %) der F.D.P. und 11 (21,2 %) der CSU gegenüber.

Betrachtet man nur die 22 Berliner Bundestagsabgeordneten, so ist genau die Hälfte in Berlin geboren, je drei haben ihren Geburtsort in einem anderen Bundesland, in dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik sowie in den deutschen Ostgebieten und zwei in der Tschechoslowakei. Die CDU stellt mit sechs von 11 Abgeordneten absolut wie auch relativ die meisten gebürtigen Berliner im Deutschen Bundestag, gefolgt von der SPD mit fünf von insgesamt zehn.

8.6 Beruf oder Stand der Abgeordneten

Eine berufliche und soziale Gliederung der Abgeordneten nach der Berufssystematik der amtlichen Statistik, die eine ausführliche Berufsangabe voraussetzt, ist aufgrund der wenig eindeutigen und teilweise unvollständigen Angaben in den Wahlvorschlägen nicht möglich. Es wurde statt dessen eine Gliederung durch die Auswahl bestimmter "beruflicher Tätigkeiten"

Schaubild 28



81 Abgeordnete des 9. Deutschen Bundestages nach beruflicher Tätigkeit und Partei

Beruf ¹⁾	Abgeordnete ²⁾					
	insgesamt		SPD	CDU	F.D.P.	CSU
	Anzahl	%	Anzahl			
Bundesgebiet ohne Berlin						
Parlamentarier ohne andere Berufsangabe	85	17,1	46	25	9	5
Professoren, Dozenten, Lehrer	55	11,1	29	22	3	1
Andere Beamte des höheren Dienstes	25	5,0	7	7	4	7
Andere Beamte des gehobenen, mittleren und ein- fachen Dienstes	18	3,6	11	4	-	3
Soldaten jeden Dienstgrades	3	0,6	2	1	-	-
Leitende Angestellte (Direktoren, Geschäfts- führer, Verbandsleiter, Funktionäre)	53	10,7	30	17	1	5
Andere Angestellte und wissensch. Mitarbeiter ohne nähere Angaben	54	10,9	28	18	6	2
Rechtsanwälte und Notare, Richter und Staats- anwälte	74	14,9	24	26	9	15
Unternehmer, Selbständige Kaufleute	13	2,6	1	6	4	2
Ärzte aller Art, Apotheker	3	0,6	1	1	1	-
Publizisten, Redakteure, Journalisten, Historiker ...	24	4,8	9	9	1	5
Ingenieure, Architekten, Planer	19	3,8	8	5	5	1
Kaufleute (auch mit Modifikation z.B. Industrie- kaufmann)	13	2,6	3	6	3	1
Pfarrer, Diakon	2	0,4	2	-	-	-
Land- und Forstwirtschaftliche Berufe	26	5,2	3	15	5	3
Handwerkliche Berufe (Meister, Facharbeiter, Arbeiter ohne nähere Angaben)	27	5,4	14	10	1	2
Hausfrauen	3	0,6	-	2	1	-
Insgesamt ...	497	100	218	174	53	52
Berlin (West)						
Bezirks-Stadtrat	1	4,5	-	1	-	-
Professoren, Lehrer	3	13,6	3	-	-	-
Andere Beamte des gehobenen, mittleren und ein- fachen Dienstes	1	4,5	1	-	-	-
Angestellte (ohne Leitende) und wissensch. Mitar- beiter ohne nähere Angaben	3	13,6	2	1	-	-
Rechtsanwälte und Notare, Richter und Staatsanwälte .	8	36,4	1	6	1	-
Unternehmer	1	4,5	-	1	-	-
Redakteure, Journalisten	4	18,2	2	2	-	-
Diplomkaufmann	1	4,5	1	-	-	-
Insgesamt ...	22	100	10	11	1	-

1) Nach den Angaben in den Wahlvorschlägen der Wahlbewerber.

2) Nach dem Stand bei der Wahl.

versucht. In Zweifelsfällen wurden die in den amtlichen Handbüchern des Deutschen Bundestages abgedruckten Lebensläufe mit herangezogen. Wegen der damit verbundenen Problematik können die in Tabelle 81 dargestellten Daten zwangsläufig keinen Anspruch auf absolute Richtigkeit und Vollständigkeit erheben. In etwa dürften diese Zahlen jedoch ein aussagefähiges Bild der sozioökonomischen Zusammensetzung des Deutschen Bundestages widerspiegeln.

Die stärkste Gruppe in der Gliederung nach der beruflichen Tätigkeit bilden bei den unmittelbar Gewählten mit 85 oder 17,1 % die sogenannten Parlamentarier, von denen keine weitere eindeutige Berufsangabe vorliegt. Mit 46 von 85 gehören die meisten der SPD (54 %) an. Bei der CDU und CSU zusammen sind es 30 Abgeordnete oder 35 % und bei der F.D.P. neun (11 %). Dieser folgen mit nur geringem Abstand, nämlich 74 (14,9 %), die Rechtsanwälte und Notare, Richter und Staatsanwälte. Der CDU und CSU gehören von dieser Gruppe 41 (55 %), der SPD 32 % und der F.D.P. 12 % an. An dritter Stelle stehen mit 55 (11,1 %) die Professoren, Dozenten und Lehrer. In dieser Gruppe spielen die Abgeordneten der SPD (53 %) eine weit größere Rolle als die der CDU und CSU zusammen (42 %). Auch die Gruppe "Leitende Angestellte (Direktoren, Geschäftsführer, Verbandsleiter, Funktionäre)" und diejenige der "Anderen Angestellten und wissenschaftlichen Mitarbeiter ohne nähere Angaben" sind mit 53 (10,7 %) bzw. 54 Abgeordneten (10,9 %) relativ stark vertreten. Die SPD stellt auch hier mit 30 Abgeordneten oder rd. 57 % bzw. 28 (rd. 52 %) die meisten Volksvertreter, jeweils gefolgt von der CDU, die in diesen Gruppen 17 (32 %) bzw. 18 (33 %) Abgeordnete aufweist. Mit 27 (5,4 %) bzw. 26 (5,2 %) Abgeordneten sind die handwerklichen Berufe (Meister, Facharbeiter, Arbeiter, sowie alle Arbeiter ohne nähere Angaben), bzw. die Land- und Forstwirtschaftlichen Berufe im Deutschen Bundestag vertreten. Die erste Gruppe gehört zu über der Hälfte (52 %) der SPD an, während bei der zweiten Gruppe

mit 15 Abgeordneten oder 58 % die CDU die meisten Abgeordneten stellt. Die Gruppe der "Andere Beamte des höheren Dienstes" folgt an achter Stelle mit insgesamt 25 Abgeordneten, von denen jeweils sieben Mitglieder der SPD, CDU und CSU und die restlichen vier der F.D.P. sind. Publizisten, Redakteure, Journalisten und Historiker sind in den 9. Deutschen Bundestag insgesamt 24 (4,8 %) gewählt worden, davon gehören je neun der SPD und CDU, fünf der CSU und einer der F.D.P. an. Alle übrigen acht Gruppen beruflicher Tätigkeiten weisen jeweils weniger als 20 Gewählte auf. Nur mit wenigen Abgeordneten vertreten sind die seelsorgerischen Berufe (ein Pfarrer im Wartestand und ein Pfarrdiakon, beide der SPD zugehörig), die Soldaten (SPD zwei, CDU einer), die Ärzte und Apotheker (SPD, CDU, F.D.P. je einer) und diejenigen, die sich im Wahlvorschlag als "Hausfrau" bezeichnet haben (zwei CDU, eine F.D.P.).

Von den vom Berliner Abgeordnetenhaus mittelbar gewählten 22 Abgeordneten gehören insgesamt acht der Gruppe "Rechtsanwälte und Notare, Richter und Staatsanwälte" an, vier sind Redakteure bzw. Journalisten, je drei haben einen Lehrberuf bzw. sind Angestellte oder wissenschaftliche Mitarbeiter ohne nähere Angaben und je einer ist Bezirks-Stadtrat, Beamter, Unternehmer bzw. Diplomkaufmann.

Einzelangaben zu der Person des Gewählten (Name, Vorname, Geburtsdatum, Beruf oder Stand, Anschrift, Partei, ob im Wahlkreis oder auf Landesliste gewählt und ob Doppelkandidatur bestand) sind dem im Februar 1981 in der Fachserie 1 erschienenen Einzelheft 6 "Allgemeine Wahlergebnisse nach Wahlkreisen, Sitzverteilung und Abgeordnete" abgedruckten "Alphabetisches Verzeichnis der Abgeordneten des 9. Deutschen Bundestages nach Parteizugehörigkeit und Art der Kandidatur" zu entnehmen.

Anhang

1 Wahlrechtsgrundlagen

Auszüge aus

1.1 dem Grundgesetz (GG)

Artikel 38

(Wahl)

(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

(2) Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat; wählbar ist, wer das Alter erreicht hat, mit dem die Volljährigkeit eintritt.

(3) Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.

Artikel 39

(Wahlperiode, Zusammentritt, Einberufung)

(1) Der Bundestag wird auf vier Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestages. Die Neuwahl findet frühestens fünfundvierzig, spätestens siebenundvierzig Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Im Falle einer Auflösung des Bundestages findet die Neuwahl innerhalb von sechzig Tagen statt.

(2) Der Bundestag tritt spätestens am dreißigsten Tag nach der Wahl zusammen.

(3) Der Bundestag bestimmt den Schluß und den Wiederbeginn seiner Sitzungen. Der Präsident des Bundestages kann ihn früher einberufen. Er ist hierzu verpflichtet, wenn ein Drittel der Mitglieder, der Bundespräsident oder der Bundeskanzler es verlangen.

1.2 dem Bundeswahlgesetz (BWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975

(Bundesgesetzbl. I S. 2325)

ergänzt um das fünfte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 20. Juli 1979 (Bundesgesetzbl. I S. 1149)

Wahlsystem

§ 1

Zusammensetzung des Deutschen Bundestages und Wahlrechtsgrundsätze

(1) Der Deutsche Bundestag besteht vorbehaltlich der sich aus diesem Gesetz ergebenden Abweichungen aus 518¹⁾ Abgeordneten. Sie werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl von den wahlberechtigten Deutschen nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt.

(2) Von den Abgeordneten werden 259¹⁾ nach Kreiswahlvorschlägen in den Wahlkreisen und die übrigen nach Landeswahlvorschlägen (Landeslisten) gewählt.

§ 3

Wahlkreiskommission und Wahlkreiseinteilung

(1) Der Bundespräsident ernennt eine ständige Wahlkreiskommission. Sie besteht aus dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, einem Richter des Bundesverwaltungsgerichts und fünf weiteren Mitgliedern.

(2) Die Wahlkreiskommission hat die Aufgabe, über Änderungen der Bevölkerungszahlen im Wahlgebiet zu berichten und darzulegen, ob und welche Änderungen der Wahlkreiseinteilung sie mit Hinblick darauf für erforderlich hält. Sie kann in ihrem Bericht auch aus anderen Gründen Änderungsvorschläge machen. Bei ihren Vorschlägen zur Wahlkreiseinteilung hat sie folgende Grundsätze zu beachten:

1) Davon werden 22 Abgeordnete vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. Dadurch vermindert sich die Zahl der unmittelbar zu wählenden Abgeordneten auf 496, von denen die Hälfte in den 248 Wahlkreisen gewählt werden, in die das Bundesgebiet (ohne Berlin) eingeteilt ist (§ 53). Bei der gesetzlichen Mitgliederzahl des Deutschen Bundestages handelt es sich um eine Mindestzahl, die sich erhöhen kann, wenn sog. "Übergangsmandate" entstehen (vgl. § 6 Abs. 3).

1. Die Ländergrenzen sind einzuhalten.

2. Die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises soll von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht um mehr als 25 vom Hundert nach oben oder unten abweichen; beträgt die Abweichung mehr als 33 1/3 vom Hundert, ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen.

3. Die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern soll deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen.

4. Der Wahlkreis soll ein zusammenhängendes Gebiet bilden.

5. Die Grenzen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sollen nach Möglichkeit eingehalten werden.

Bei Ermittlung der Bevölkerungszahlen bleiben Ausländer (§ 1 Abs. 2 des Ausländergesetzes) unberücksichtigt.

(3) Der Bericht der Wahlkreiskommission ist dem Bundesminister des Innern innerhalb von eineinhalb Jahren nach dem Beginn der Wahlperiode des Deutschen Bundestages zu erstatten. Der Bundesminister des Innern leitet ihn unverzüglich dem Deutschen Bundestag zu und veröffentlicht ihn im Bundesanzeiger. Auf Ersuchen des Bundesministers des Innern hat die Wahlkreiskommission einen ergänzenden Bericht zu erstatten; für diesen Fall gilt Satz 2 entsprechend.

(4) Werden Landesgrenzen nach den gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren bei sonstigen Änderungen des Gebietsbestandes der Länder nach Artikel 29 Abs. 7 des Grundgesetzes geändert, so ändern sich entsprechend auch die Grenzen der betroffenen Wahlkreise. Werden im aufnehmenden Land zwei oder mehrere Wahlkreise berührt oder wird eine Exklave eines Landes gebildet, so bestimmt sich die Wahlkreiszugehörigkeit des neuen Landesteiles nach der Wahlkreiszugehörigkeit der Gemeinde, des Gemeindebezirks oder des gemeindefreien Gebietes, denen er zugeschlagen wird.

§ 4

Stimmen

Jeder Wähler hat zwei Stimmen, eine Erststimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten, eine Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste.

§ 5

Wahl in den Wahlkreisen

In jedem Wahlkreis wird ein Abgeordneter gewählt. Gewählt ist der Bewerber, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Kreiswahlleiter zu ziehende Los.

§ 6

Wahl nach Landeslisten

(1) Für die Verteilung der nach Landeslisten zu besetzenden Sitze werden die für jede Landesliste abgegebenen Zweitstimmen zusammengezählt. Nicht berücksichtigt werden dabei die Zweitstimmen derjenigen Wähler, die ihre Erststimme für einen im Wahlkreis erfolgreichen Bewerber abgegeben haben, der gemäß § 20 Abs. 3 oder von einer Partei, für die in dem betreffenden Lande keine Landesliste zugelassen ist, vorgeschlagen ist. Von der Gesamtzahl der Abgeordneten (§ 1 Abs. 1) wird die Zahl der erfolgreichen Wahlkreisbewerber abgezogen, die in Satz 2 genannt oder von einer nach Absatz 4 nicht zu berücksichtigenden Partei vorgeschlagen sind. Die verbleibenden Sitze werden auf die Landeslisten im Verhältnis der Summen ihrer nach den Sätzen 1 und 2 zu berücksichtigenden Zweitstimmen im Höchstzahlverfahren d'Hondt verteilt. Über die Zuteilung des letzten Sitzes entscheidet bei gleichen Höchstzahlen das vom Bundeswahlleiter zu ziehende Los.

(2) Von der für jede Landesliste so ermittelten Abgeordnetenanzahl wird die Zahl der von der Partei in den Wahlkreisen des Landes errungenen Sitze abgerechnet. Die restlichen Sitze werden aus der Landesliste in der dort festgelegten Reihenfolge besetzt. Bewerber, die in einem Wahlkreis gewählt sind, bleiben auf der Landesliste unberücksichtigt. Entfallen auf eine Landesliste mehr Sitze als Bewerber benannt sind, so bleiben diese Sitze unbesetzt.

(3) In den Wahlkreisen errungene Sitze verbleiben einer Partei auch dann, wenn sie die nach Absatz 1 ermittelte Zahl übersteigen. In einem solchen Falle erhöht sich die Gesamtzahl der Sitze (§ 1 Abs. 1) um die Unterschiedszahl; eine erneute Berechnung nach Absatz 1 findet nicht statt.

(4) Bei Verteilung der Sitze auf die Landeslisten werden nur Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 vom Hundert der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder in mindestens drei Wahlkreisen einen Sitz errungen haben. Satz 1 findet auf die von Parteien nationaler Minderheiten eingebrachten Listen keine Anwendung.

§ 7

Listenverbindung

(1) Landeslisten derselben Partei gelten als verbunden, soweit nicht erklärt wird, daß eine oder mehrere beteiligte Landeslisten von der Listenverbindung ausgeschlossen sein sollen.

(2) Verbundene Listen gelten bei der Sitzverteilung im Verhältnis zu den übrigen Listen als eine Liste.

(3) Die auf eine Listenverbindung entfallenden Sitze werden auf die beteiligten Landeslisten im Verhältnis ihrer Zweitstimmen im Höchstzahlverfahren d'Hondt verteilt. § 6 Abs. 1 Satz 1, 2, 4, 5, Abs. 2 und 3 gilt entsprechend.

Wahlorgane

§ 8

Gliederung der Wahlorgane

(1) Wahlorgane sind der Bundeswahlleiter und der Bundeswahlausschuß für das Wahlgebiet, ein Landeswahlleiter und ein Landeswahlausschuß für jedes Land, ein Kreiswahlleiter und ein Kreiswahlausschuß für jeden Wahlkreis, ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlbezirk und mindestens ein Wahlvorsteher und ein Wahlvorstand für jeden Wahlkreis zur Feststellung des Briefwahlergebnisses. Wieviel Briefwahlvorstände zu bilden sind, um das Ergebnis der Briefwahl noch am Wahltag feststellen zu können, bestimmt der Kreiswahlleiter.

(2) Für mehrere benachbarte Wahlkreise kann ein gemeinsamer Kreiswahlleiter bestellt und ein gemeinsamer Kreiswahlausschuß gebildet werden; die Anordnung trifft der Landeswahlleiter.

(3) Zur Feststellung des Briefwahlergebnisses können Wahlvorsteher und Wahlvorstände statt für jeden Wahlkreis für einzelne oder mehrere Gemeinden oder für jeden Kreis innerhalb des Wahlkreises eingesetzt werden; die Anordnung trifft die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle.

§ 9

Bildung der Wahlorgane

(1) Der Bundeswahlleiter und sein Stellvertreter werden vom Bundesminister des Innern, die Landeswahlleiter, Kreiswahlleiter und Wahlvorsteher sowie ihre Stellvertreter von der Landesregierung oder der von ihr bestimmten Stelle ernannt.

(2) Die Wahlausschüsse bestehen aus dem Wahlleiter als Vorsitzendem und sechs von ihm berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern. Die Wahlvorstände bestehen aus dem Wahlvorsteher als Vorsitzendem, seinem Stellvertreter und weiteren drei bis fünf vom Wahlvorsteher berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern; die Landesregierung oder die von ihr bestimmte Stelle kann anordnen, daß die Beisitzer des Wahlvorstandes von der Gemeindebehörde und die Beisitzer des Wahlvorstandes zur Feststellung des Briefwahlergebnisses vom Kreiswahlleiter, im Falle einer Anordnung nach § 8 Abs. 3 von der Gemeindebehörde oder von der Kreisverwaltungsbehörde allein oder im Einvernehmen mit dem Wahlvorsteher berufen werden. Bei Berufung der Beisitzer sind die in dem jeweiligen Bezirk vertretenen Parteien nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

(3) Niemand darf in mehr als einem Wahlorgan Mitglied sein. Wahlbewerber, Vertrauensmänner für Wahlvorschläge und deren Stellvertreter dürfen nicht zu Mitgliedern eines Wahlorgans bestellt werden.

Wahlrecht und Wählbarkeit

§ 12

Wahlrecht

(1) Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag

1. das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben,
2. seit mindestens drei Monaten im Geltungsbereich dieses Gesetzes eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten,
3. nicht nach § 13 vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

(2) Wahlberechtigt sind bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch Beamte, Soldaten, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst, die auf Anordnung ihres Dienstherrn außerhalb des Geltungsbereiches dieses Gesetzes eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten, sowie die Angehörigen ihres Hausstandes. Bei Rückkehr in den Geltungsbereich dieses Gesetzes gilt die Dreimonatsfrist des Absatzes 1 Nr. 2 nicht.

(3) Wohnung im Sinne dieses Gesetzes ist jeder umschlossene Raum, der zum Wohnen oder Schlafen benutzt wird. Wohnwagen und Wohnschiffe sind jedoch nur dann als Wohnungen anzusehen, wenn sie nicht oder nur gelegentlich fortbewegt werden.

(4) Sofern sie im Geltungsbereich dieses Gesetzes keine Wohnung innehaben, gilt als Wohnung im Sinne des Absatzes 1 Nr. 2

1. für Seeleute sowie für die Angehörigen ihres Hausstandes das von ihnen bezogene Schiff, wenn dieses nach dem Flaggenrechtsgesetz vom 8. Februar 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 79), zuletzt geändert durch das Konsulargesetz vom 11. September 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 2317) die Bundesflagge zu führen berechtigt ist,
2. für Binnenschiffer sowie für die Angehörigen ihres Hausstandes das von ihnen bezogene Schiff, wenn dieses in einem Schiffsregister im Geltungsbereich dieses Gesetzes eingetragen ist,
3. für im Vollzug gerichtlich angeordneter Freiheitsentziehung befindliche Personen sowie für andere Untergebrachte die Anstalt oder die entsprechende Einrichtung.

§ 13

Ausschluß vom Wahlrecht

Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist,

1. wer infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzt,
2. wer entmündigt ist oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht, sofern er nicht durch eine Bescheinigung des Vormundschaftsgerichts nachweist, daß die Pflegschaft auf Grund seiner Einwilligung angeordnet ist,
3. wer nach § 63 des Strafgesetzbuches in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht ist,
4. wer infolge Richterspruchs auf Grund landesrechtlicher Vorschriften wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche nicht nur einstweilig in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht ist.

§ 14

Ausübung des Wahlrechts

- (1) Wählen kann nur, wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat.
- (2) Wer im Wählerverzeichnis eingetragen ist, kann nur in dem Wahlbezirk wählen, in dessen Wählerverzeichnis er geführt wird.

(3) Wer einen Wahlschein hat, kann an der Wahl des Wahlkreises, in dem der Wahlschein ausgestellt ist,

a) durch Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk dieses Wahlkreises oder

b) durch Briefwahl

teilnehmen.

(4) Jeder Wahlberechtigte kann sein Wahlrecht nur einmal und nur persönlich ausüben.

§ 15

Wählbarkeit

(1) Wählbar ist, wer am Wahltag

1. seit mindestens einem Jahr Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist und

2. das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat.

(2) Nicht wählbar ist,

1. wer nach § 13 vom Wahlrecht ausgeschlossen ist,
2. wer infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt oder
3. wer, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist und diese Rechtsstellung durch Ausschlagung der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit vom 22. Februar 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 65) erlangt hat.

Vorbereitung der Wahl

§ 17

Wählerverzeichnis und Wahlschein

(1) Die Gemeindebehörden führen für jeden Wahlbezirk ein Verzeichnis der Wahlberechtigten. Das Wählerverzeichnis wird vom zwanzigsten bis fünfzehnten Tage vor der Wahl zur allgemeinen Einsicht öffentlich ausgelegt.

(2) Ein Wahlberechtigter, der verhindert ist, in dem Wahlbezirk zu wählen, in dessen Wählerverzeichnis er eingetragen ist, oder der aus einem von ihm nicht zu vertretenden Grunde in das Wählerverzeichnis nicht aufgenommen worden ist, erhält auf Antrag einen Wahlschein.

Wahlhandlung

§ 34

Stimmabgabe mit Stimmzetteln

(1) Gewählt wird mit amtlichen Stimmzetteln in amtlichen Umschlägen.

(2) Der Wähler gibt

1. seine Erststimme in der Weise ab, daß er durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, welchem Bewerber sie gelten soll,

2. seine Zweitstimme in der Weise ab, daß er durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, welcher Landesliste sie gelten soll.

Stimmabgabe mit Wahlgeräten

(1) Zur Erleichterung der Abgabe und Zählung der Stimmen können anstelle von Stimmzetteln, Wahlumschlägen und Wahlurnen Wahlgeräte mit selbständigen Zählwerken benutzt werden.

(2) Wahlgeräte im Sinne von Absatz 1 müssen die Geheimhaltung der Stimmabgabe gewährleisten. Ihre Bauart muß für die Verwendung bei Wahlen zum Deutschen Bundestag amtlich für einzelne Wahlen oder allgemein zugelassen sein. Über die Zulassung entscheidet der Bundesminister des Innern auf Antrag des Herstellers des Wahlgerätes. Die Verwendung eines amtlich zugelassenen Wahlgerätes bedarf der Genehmigung durch den Bundesminister des Innern. Die Genehmigung kann für einzelne Wahlen oder allgemein ausgesprochen werden.

(3) Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen zu erlassen über

1. die Voraussetzungen für die amtliche Zulassung der Bauart von Wahlgeräten sowie für die Rücknahme und den Widerruf der Zulassung,
2. das Verfahren für die amtliche Zulassung der Bauart,
3. das Verfahren für die Prüfung eines Wahlgerätes auf die der amtlich zugelassenen Bauart entsprechende Ausführung,
4. die öffentliche Erprobung eines Wahlgerätes vor seiner Verwendung,
5. das Verfahren für die amtliche Genehmigung der Verwendung sowie für die Rücknahme und den Widerruf der Genehmigung,
6. die durch die Verwendung von Wahlgeräten bedingten Besonderheiten im Zusammenhang mit der Wahl.

Die Rechtsverordnung ergeht in den Fällen der Nummern 1 und 3 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft.

(4) Für die Betätigung eines Wahlgerätes gilt § 33 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 entsprechend.

§ 36

Briefwahl

(1) Bei der Briefwahl hat der Wähler dem Kreiswahlleiter des Wahlkreises, in dem der Wahlschein ausgestellt worden ist, im verschlossenen Wahlbriefumschlag

- a) seinen Wahlschein,
- b) in einem besonderen verschlossenen Umschlag seinen Stimmzettel

so rechtzeitig zu übersenden, daß der Wahlbrief spätestens am Wahltag bis 18 Uhr eingeht. § 33 Abs. 2 gilt entsprechend.

(2) Auf dem Wahlschein hat der Wähler oder die Person seines Vertrauens gegenüber dem Kreiswahlleiter an Eides Statt zu versichern, daß der Stimmzettel persönlich oder gemäß dem erklärten Willen des Wählers gekennzeichnet worden ist. Der Kreiswahlleiter ist zur Abnahme einer solchen Versicherung an Eides Statt zuständig; er gilt als Behörde im Sinne des § 156 des Strafgesetzbuches.

(3) Im Falle einer Anordnung der Landesregierung oder der von ihr bestimmten Stelle nach § 8 Abs. 3 tritt an die Stelle des Kreiswahlleiters in Absatz 1 Satz 1 und in Absatz 2 die Gemeindebehörde, die den Wahlschein ausgestellt hat, oder die Verwaltungsbehörde des Kreises, in dem diese Gemeinde liegt.

(4) Wahlbriefe können von den Absendern bei der Deutschen Bundespost als Standardbriefe ohne besondere Versendungsform

gebührenfrei eingeliefert werden, wenn sie sich in amtlichen Wahlbriefumschlägen befinden. Bei Inanspruchnahme einer besonderen Versendungsform hat der Absender den die jeweils gültige Briefgebühr übersteigenden Betrag zu tragen. Der Bund entrichtet an die Deutsche Bundespost für jeden von ihr beförderten, unfrei eingelieferten oder durch eine besondere Versendungsform übermittelten amtlichen Wahlbriefumschlag die jeweils gültige Briefgebühr.

Feststellung des Wahlergebnisses

§ 39

Ungültige Stimmen, Zurückweisung von Wahlbriefen, Auslegungsregeln

(1) Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel

1. nicht in einem amtlichen Wahlumschlag abgegeben worden ist,
2. in einem Wahlumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält,
3. nicht amtlich hergestellt ist oder für einen anderen Wahlkreis gültig ist,
4. keine Kennzeichnung enthält,
5. den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen läßt,
6. einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

In den Fällen der Nummern 1 bis 4 sind beide Stimmen ungültig.

(2) Mehrere in einem Wahlumschlag enthaltene Stimmzettel gelten als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; sonst zählen sie als ein Stimmzettel mit zwei ungültigen Stimmen.

(3) Ist der Wahlumschlag leer abgegeben worden, so gelten beide Stimmen als ungültig. Enthält der Stimmzettel nur eine Stimmabgabe, so ist die nicht abgegebene Stimme ungültig.

(4) Bei der Briefwahl sind Wahlbriefe zurückzuweisen, wenn

1. der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
2. dem Wahlbriefumschlag kein oder kein gültiger Wahlschein beiliegt,
3. dem Wahlbriefumschlag kein Wahlumschlag beigelegt ist,
4. weder der Wahlbriefumschlag noch der Wahlumschlag verschlossen ist,
5. der Wahlbriefumschlag mehrere Wahlumschläge aber nicht eine gleiche Anzahl gültiger und mit der vorgeschriebenen Versicherung an Eides Statt versehener Wahlscheine enthält,
6. der Wähler oder die Person seines Vertrauens die vorgeschriebene Versicherung an Eides Statt zur Briefwahl auf dem Wahlschein nicht unterschrieben hat,
7. kein amtlicher Wahlumschlag benutzt worden ist,
8. ein Wahlumschlag benutzt worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält.

Die Einsender zurückgewiesener Wahlbriefe werden nicht als Wähler gezählt; ihre Stimmen gelten als nicht abgegeben.

(5) Die Stimmen eines Wählers, der an der Briefwahl teilgenommen hat, werden nicht dadurch ungültig, daß er vor dem oder am Wahltag stirbt, aus dem Geltungsbereich dieses Gesetzes verzieht oder sein Wahlrecht nach § 13 verliert.

§ 40

Entscheidung des Wahlvorstandes

Der Wahlvorstand entscheidet über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen und über alle bei der Wahlhandlung und bei der Ermittlung des Wahlergebnisses sich ergebenden Anstände. Der Kreiswahlausschuß hat das Recht der Nachprüfung.

§ 41

Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlkreis

(1) Der Kreiswahlausschuß stellt fest, wieviel Stimmen im Wahlkreis für die einzelnen Kreiswahlvorschläge und Landeslisten abgegeben worden sind und welcher Bewerber als Wahlkreisabgeordneter gewählt ist.

(2) Der Kreiswahlleiter benachrichtigt den gewählten Wahlkreisabgeordneten und fordert ihn auf, binnen einer Woche schriftlich zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

§ 42

Feststellung des Ergebnisses der Landeslistenwahl

(1) Der Landeswahlausschuß stellt fest, wieviel Stimmen im Land für die einzelnen Landeslisten abgegeben worden sind.

(2) Der Bundeswahlausschuß stellt fest, wieviel Sitze auf die einzelnen Landeslisten entfallen und welche Bewerber gewählt sind.

(3) Der Landeswahlleiter benachrichtigt die Gewählten und fordert sie auf, binnen einer Woche schriftlich zu erklären, ob sie die Wahl annehmen.

Schlußbestimmungen

§ 51

Wahlstatistik

(1) Das Ergebnis der Wahlen zum Deutschen Bundestag ist statistisch zu bearbeiten.

(2) In den vom Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Landesämtern zu bestimmenden Wahlbezirken sind auch Statistiken über Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler unter Berücksichtigung der Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge zu erstellen. Die Trennung der Wahl nach Altersgruppen und Geschlechtern ist nur zulässig, wenn die Stimmabgabe der einzelnen Wähler dadurch nicht erkennbar wird.

1.3 der Bundeswahlordnung (BWO) vom 8. November 1979 (Bundesgesetzbl. I S. 1805)

§ 16

Eintragung der Wahlberechtigten in das Wählerverzeichnis

(1) Von Amts wegen sind in das Wählerverzeichnis alle Wahlberechtigten einzutragen, die am 35. Tage vor der Wahl (Stichtag) bei der Meldebehörde gemeldet sind

1. für eine Wohnung, es sei denn, daß sie ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre Hauptwohnung im Land Berlin innehaben,
2. auf Grund eines Anstellungs-, Heuer- oder Ausbildungsverhältnisses als Kapitän oder Besatzungsmitglied für ein Seeschiff, das nach dem Flaggenrechtsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 9514-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. Mai 1978 (BGBl. I S. 613), die Bundesflagge zu führen berechtigt ist (§ 12 Abs. 4 Nr. 1 des Gesetzes),
3. für ein Binnenschiff, das in einem Schiffsregister im Geltungsbereich des Gesetzes eingetragen ist (§ 12 Abs. 4 Nr. 2 des Gesetzes),
4. für eine Justizvollzugsanstalt oder die entsprechende Einrichtung (§ 12 Abs. 4 Nr. 3 des Gesetzes).

(2) Auf Antrag sind in das Wählerverzeichnis einzutragen Wahlberechtigte

1. nach § 12 Abs. 1 des Gesetzes,
 - a) die ihre Hauptwohnung im Land Berlin und eine Nebenwohnung im übrigen Geltungsbereich des Gesetzes innehaben,
 - b) die ohne eine Wohnung innezuhaben sich im Wahlgebiet sonst gewöhnlich aufhalten,

2. nach § 12 Abs. 1 und 4 Nr. 1 des Gesetzes,

- a) die nicht nach Absatz 1 Nr. 2 von Amts wegen in das Wählerverzeichnis einzutragen sind, weil der Sitz des Reeders außerhalb des Geltungsbereiches des Gesetzes liegt,
- b) die als Angehörige des Hausstandes von Seeleuten nicht von Amts wegen in das Wählerverzeichnis einzutragen sind,

3. nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes, die nicht nach Absatz 1 Nr. 1 von Amts wegen in das Wählerverzeichnis einzutragen sind.

(3) Verlegt ein Wahlberechtigter, der nach Absatz 1 in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, seine Wohnung und meldet er sich vor Beginn der Auslegungsfrist für das Wählerverzeichnis (§ 17 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes) bei der Meldebehörde des Zuzugsortes an, so wird er in das Wählerverzeichnis der Gemeinde des Zuzugsortes nur auf Antrag eingetragen. Ein nach Absatz 1 in das Wählerverzeichnis eingetragener Wahlberechtigter, der sich innerhalb derselben Gemeinde für eine Wohnung anmeldet, bleibt in dem Wählerverzeichnis des Wahlbezirks eingetragen, für den er am Stichtag gemeldet war. Der Wahlberechtigte ist bei der Anmeldung über die Regelung in den Sätzen 1 und 2 zu belehren. Erfolgt die Eintragung auf Antrag, benachrichtigt die Gemeindebehörde des Zuzugsortes hiervon unverzüglich die Gemeindebehörde des Fortzugsortes, die den Wahlberechtigten in ihrem Wählerverzeichnis streicht. Wenn im Falle des Satzes 1 bei der Gemeindebehörde des Fortzugsortes eine Mitteilung über den Ausschluß vom Wahlrecht vorliegt oder nachträglich eingeht, benachrichtigt sie hiervon unverzüglich die Gemeindebehörde des Zuzugsortes, die den Wahlberechtigten in ihrem Wählerverzeichnis streicht; der Betroffene ist von der Streichung zu unterrichten.

(4) Für Wahlberechtigte, die am Stichtag nicht für eine Wohnung gemeldet sind und sich vor dem Beginn der Auslegungsfrist für das Wählerverzeichnis bei der Meldebehörde für eine Wohnung anmelden, gilt Absatz 3 Satz 1 und 3 entsprechend.

(5) Bezieht ein Wahlberechtigter, der nach Absatz 1 in das Wählerverzeichnis eingetragen ist, in einer anderen Gemeinde eine weitere Wohnung, die seine Hauptwohnung wird, oder verlegt er seine Hauptwohnung in eine andere Gemeinde, so gilt, wenn er sich vor Beginn der Auslegungsfrist für das Wählerverzeichnis bei der Meldebehörde anmeldet, Absatz 3 entsprechend.

(6) Welche von mehreren Wohnungen eines Wahlberechtigten seine Hauptwohnung ist, bestimmt sich nach den Vorschriften des Melderechts.

(7) Bevor eine Person in das Wählerverzeichnis eingetragen wird, ist zu prüfen, ob sie die Wahlrechtsvoraussetzungen des § 12 des Gesetzes erfüllt und ob sie nicht nach § 13 des Gesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen ist. Erfolgt die Eintragung in das Wählerverzeichnis nur auf Antrag, ist außerdem zu prüfen, ob ein frist- und formgerechter Antrag gestellt ist.

(8) Personen, die nicht wahlberechtigt sind, dürfen nicht in das Wählerverzeichnis aufgenommen werden. Gleiches gilt für antragsberechtigte Personen, die keinen frist- oder formgerechten Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis gestellt haben. Gibt eine Gemeindebehörde einem Eintragungsantrag nicht statt oder streicht sie eine in das Wählerverzeichnis eingetragene Person, hat sie den Betroffenen unverzüglich zu unterrichten. Gegen die Entscheidung kann der Betroffene Einspruch einlegen; § 22 Abs. 2 bis 5 gilt entsprechend. Auf die Möglichkeit der Einspracheinlegung ist hinzuweisen.

(9) Wahlberechtigte, die nach Absatz 1 Nr. 2 und 4 von Amts wegen in das Wählerverzeichnis einzutragen sind, werden, solange die hierfür erforderlichen Vorschriften über die Meldepflicht für diesen Personenkreis nicht in allen Ländern in Kraft getreten sind, nur auf Antrag in das Wählerverzeichnis eingetragen. Der Bundesminister des Innern macht den Zeitpunkt, von dem ab die Eintragung in das Wählerverzeichnis von Amts wegen erfolgt, öffentlich bekannt.

(10) Wer wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht, ist in das Wählerverzeichnis einzutragen, wenn er die Voraussetzungen des § 12 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Gesetzes erfüllt und bis spätestens zum 21. Tage vor der Wahl nachweist, daß die Pflegschaft auf Grund seiner Einwilligung angeordnet ist. Der Nachweis ist gegenüber der für die Eintragung zuständigen Gemeinde durch Vorlage einer schriftlichen Bescheinigung des Vormundschaftsgerichts, das die Pflegschaft angeordnet hat, mit Angabe von Familienname, Vornamen, Tag der Geburt, Geburtsort und genauer Anschrift zu führen. Im übrigen gelten, auch für die Zuständigkeit für die Eintragung in das Wählerverzeichnis, die allgemeinen Bestimmungen.

§ 17

Zuständigkeiten für die Eintragung in das Wählerverzeichnis

(1) Zuständig für die Eintragung in das Wählerverzeichnis ist in den Fällen des

1. § 16 Abs. 1 Nr. 1 die für die Wohnung zuständige Gemeinde, bei mehreren Wohnungen die für die Hauptwohnung zuständige Gemeinde,
2. § 16 Abs. 1 Nr. 2 die für den Sitz des Reeders zuständige Gemeinde,
3. § 16 Abs. 1 Nr. 3 die für den Heimort des Binnenschiffes zuständige Gemeinde,
4. § 16 Abs. 1 Nr. 4 die für die Justizvollzugsanstalt oder die entsprechende Einrichtung zuständige Gemeinde.

(2) Zuständig für die Eintragung in das Wählerverzeichnis ist in den Fällen des

1. § 16 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe a die Gemeinde, in der der Wahlberechtigte am 35. Tage vor der Wahl (Stichtag) für eine Nebenwohnung bei der Meldebehörde gemeldet ist; hat der Wahlberechtigte am Stichtag mehrere Nebenwohnungen inne, bleibt es ihm überlassen, bei welcher Gemeinde er den Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis stellen will,
2. § 16 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe b die Gemeinde, in der der Wahlberechtigte am Stichtag übernachtet hat und deren zuständiger Stelle der Aufenthalt angezeigt worden ist,
3. § 16 Abs. 2 Nr. 2 die Gemeinde, in der der Wahlberechtigte zuletzt für eine Wohnung im Geltungsbereich des Gesetzes gemeldet war. Sofern die letzte Wohnung im Land Berlin oder außerhalb des übrigen Geltungsbereiches des Gesetzes lag, ist der Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis bei der Gemeindebehörde in Hamburg zu stellen,
4. § 16 Abs. 2 Nr. 3 eine benachbarte Gemeinde im Geltungsbereich des Gesetzes, sofern der Bedienstete seine Wohnung oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt in nächster Nähe der Bundesgrenze genommen hat und er nicht einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland oder der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik angehört. Sofern der Bedienstete nicht in das Wählerverzeichnis einer benachbarten Gemeinde einzutragen ist oder er einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland oder der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik angehört, ist die Gemeinde zuständig, in der die für ihn zuständige oberste Dienstbehörde ihren Sitz hat; die Aufnahme erfolgt in ein besonderes Wählerverzeichnis. Für die Angehörigen des Hausstandes gelten die Vorschriften entsprechend.

(3) Zuständig für die Eintragung in das Wählerverzeichnis ist in den Fällen des

1. § 16 Abs. 3 die Gemeinde des Zuzugsortes,
2. § 16 Abs. 4 die Gemeinde, in der sich der Wahlberechtigte für eine Wohnung, bei mehreren Wohnungen für die Hauptwohnung, gemeldet hat,
3. § 16 Abs. 5 die Gemeinde der neuen Hauptwohnung,
4. § 16 Abs. 9 die Gemeinde am Sitz des Reeders oder der Justizvollzugsanstalt oder der entsprechenden Einrichtung.

§ 18

Verfahren für die Eintragung in das Wählerverzeichnis auf Antrag

(1) Der Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis ist schriftlich bis spätestens zum 21. Tage vor der Wahl bei der zuständigen Gemeindebehörde zu stellen. Er muß Familienname, Vornamen, Tag der Geburt, Geburtsort und die genaue Anschrift des Wahlberechtigten enthalten. Sammelanträge sind zulässig; sie müssen von allen aufgeführten Wahlberechtigten persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein. Ein behinderter Wahlberechtigter kann sich hierbei einer Person seines Vertrauens bedienen; § 57 gilt entsprechend.

(2) In den Fällen des § 16 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe a hat der Wahlberechtigte zusammen mit seinem Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis der Gemeindebehörde gegenüber durch Abgabe einer Erklärung nach Anlage 1 den Nachweis für das Innehaben einer Wohnung im Sinne des Melderechts zu erbringen. Vordrucke hierfür sind vom Wahlberechtigten bei dem für seine

Hauptwohnung zuständigen Bezirksamt (Bezirkseinswohneramt) im Land Berlin anzufordern. Dieses hat den Antrag auf Vollständigkeit zu prüfen und zu bestätigen, daß der Antragsteller mit Hauptwohnung im Land Berlin gemeldet ist, die Wahlrechtsvoraussetzungen des § 12 des Gesetzes erfüllt und nicht nach § 13 des Gesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen ist, sowie außerdem anzugeben, welche Nebenwohnungen im Melderegister verzeichnet sind. Bestehen Zweifel an den Angaben des Wahlberechtigten, hat die für die Nebenwohnung zuständige Gemeindebehörde den Sachverhalt unverzüglich aufzuklären. Das für die Hauptwohnung zuständige Bezirksamt ist von der Eintragung in das Wählerverzeichnis unverzüglich zu unterrichten, indem ihm eine Ausfertigung des Antrages nach Anlage 1, auf der die Eintragung in das Wählerverzeichnis vermerkt ist, übersandt wird. Erhält das für die Hauptwohnung zuständige Bezirksamt Mitteilungen verschiedener Gemeindebehörden über die Eintragung desselben Antragstellers in das Wählerverzeichnis, so hat es diejenige Gemeindebehörde, deren Unterrichtung über die Eintragung in das Wählerverzeichnis nach der ersten Mitteilung eingeht, unverzüglich von der Eintragung des Wahlberechtigten in das Wählerverzeichnis der zuerst mitteilenden Gemeinde zu benachrichtigen. Die vom Bezirksamt benachrichtigte Gemeindebehörde hat den Wahlberechtigten im Wählerverzeichnis zu streichen und ihn davon zu unterrichten.

(3) In den Fällen des § 16 Abs. 2 Nr. 1 und 2 sind Wahlberechtigte bis zum Wahltag im Wählerverzeichnis der Gemeinde zu führen, die nach § 17 Abs. 2 zuständig ist, auch wenn nach dem Stichtag eine Neuanmeldung bei einer anderen Meldebehörde des Wahlgebietes erfolgt. Sie sind bei der Anmeldung entsprechend zu unterrichten.

(4) In den Fällen des § 16 Abs. 2 Nr. 2 haben die Wahlberechtigten der Gemeindebehörde gegenüber den Nachweis zu erbringen, daß sie zu dem berechtigten Personenkreis gehören.

(5) In den Fällen des § 16 Abs. 2 Nr. 3 haben Wahlberechtigte, die nicht in das Wählerverzeichnis einer benachbarten Gemeinde einzutragen oder die Bedienstete von diplomatischen oder konsularischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland sowie der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik sind, ihren Antrag über die für sie zuständige oberste Dienstbehörde zu leiten. Diese hat zu bestätigen, daß der Antragsteller nach § 12 des Gesetzes wahlberechtigt, nicht nach § 13 des Gesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen und nicht nach § 16 Abs. 1 Nr. 1 von Amts wegen in das Wählerverzeichnis einzutragen ist.

§ 85

Wahlstatistische Auszählungen

(1) Wahlstatistische Auszählungen dürfen, soweit sie nicht nach § 51 des Gesetzes angeordnet sind, nur mit Zustimmung des

Kreiswahlleiters durchgeführt werden. Die Wahlbezirke müssen so ausgewählt und die Auszählungen so durchgeführt werden, daß das Wahlgeheimnis gewahrt ist. Die Auszählungen können unter Verwendung von Stimmzetteln mit Unterscheidungsbezeichnungen, unter Verwendung verschiedener Wahlurnen, unter Verwendung dazu geeigneter Wahlgeräte oder nach § 46 Abs. 2 Satz 1 durchgeführt werden. Durch die Auszählung darf die Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlbezirk nicht verzögert werden. Die Stimmzettel des Wahlbezirks stehen den mit der Auszählung beauftragten Behörden und Personen nur an Amtsstelle und nur so lange zur Verfügung, als es die Aufbereitung erfordert, im übrigen sind die Stimmzettel nach den Vorschriften der §§ 72 und 73 zu behandeln.

(2) Die Veröffentlichung von Ergebnissen der wahlstatistischen Auszählungen auf Grund des § 51 Abs. 2 des Gesetzes ist dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern vorbehalten. Diese Ergebnisse können den Gemeinden, die Auszählungen nach Absatz 1 durchführen, zu deren Ergänzung und zu zusammengefaßter Veröffentlichung überlassen werden. Die Ergebnisse für einzelne Wahlbezirke dürfen nicht bekanntgegeben werden.

§ 86

Öffentliche Bekanntmachungen

(1) Die nach dem Gesetz und dieser Verordnung vorgeschriebenen öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen durch

den Bundesminister des Innern
im Bundesanzeiger,

den Bundeswahlleiter
im Bundesanzeiger,

die Landeswahlleiter
im Staatsanzeiger oder Ministerial- oder Amtsblatt der Landesregierung oder des Innenministeriums,

die Kreiswahlleiter und Verwaltungsbehörden des Kreises
in den Amtsblättern oder Zeitungen, die allgemein für Bekanntmachungen der Kreise und kreisfreien Städte des Wahlkreises bestimmt sind,

die Gemeindebehörden
in ortsüblicher Weise.

(2) Für die öffentliche Bekanntmachung nach § 5 Abs. 3 genügt Aushang am oder im Eingang des Sitzungsgebäudes mit dem Hinweis, daß jedermann Zutritt zu der Sitzung hat.

2 Wahlbewerber
2.1 Zugelassene Landeslisten 1980 nach Parteien und Ländern

Partei (m = männlich, w = weiblich, z = zusammen, i = insgesamt)	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land
Bewerber											
SPD m	385	18	11	75	5	64	65	32	33	53	29
w	74	2	8	14	2	12	15	6	7	7	1
z	459	20	19	89	7	76	80	38	40	60	30
CDU m	348	20	12	32	4	94	83	35	45	-	23
w	79	3	2	3	1	23	19	9	15	-	4
z	427	23	14	35	5	117	102	44	60	-	27
CSU m	50	-	-	-	-	-	-	-	-	50	-
w	9	-	-	-	-	-	-	-	-	9	-
z	59	-	-	-	-	-	-	-	-	59	-
F.D.P. m	269	14	8	28	4	42	61	24	34	45	9
w	57	1	2	3	2	6	22	6	3	11	1
z	326	15	10	31	6	48	83	30	37	56	10
Bürgerpartei ... m	23	-	-	-	3	11	-	-	-	9	-
w	4	-	-	-	-	3	-	-	-	1	-
z	27	-	-	-	3	14	-	-	-	10	-
C.B.V. m	6	-	-	-	-	-	-	-	-	6	-
w	1	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
z	7	-	-	-	-	-	-	-	-	7	-
DKP m	262	16	8	28	9	37	36	24	32	59	13
w	118	8	2	11	4	15	18	8	18	28	6
z	380	24	10	39	13	52	54	32	50	87	19
GRÜNE m	113	5	3	9	6	12	9	11	12	43	3
w	53	4	2	6	3	8	5	4	7	12	2
z	166	9	5	15	9	20	14	15	19	55	5
EAP m	40	2	3	3	2	11	4	2	4	8	1
w	37	1	2	7	1	10	4	3	2	4	3
z	77	3	5	10	3	21	8	5	6	12	4
KBW m	65	7	5	9	2	15	5	5	8	9	-
w	32	4	2	7	1	3	2	4	5	4	-
z	97	11	7	16	3	18	7	9	13	13	-
NPD m	196	8	10	28	4	27	18	16	33	44	8
w	22	2	3	2	1	3	1	-	4	4	2
z	218	10	13	30	5	30	19	16	37	48	10
V m	53	6	9	5	3	4	8	2	6	8	2
w	29	3	5	4	1	5	2	2	4	2	1
z	82	9	14	9	4	9	10	4	10	10	3
Insgesamt ... m	1 810	96	69	217	42	317	289	151	207	334	88
w	515	28	28	57	16	88	88	42	65	83	20
i	2 325	124	97	274	58	405	377	193	272	417	108

Landeslisten

Insgesamt	93	9	9	9	10	10	9	9	9	11	8
-----------------	----	---	---	---	----	----	---	---	---	----	---

Bewerber je Landesliste im Durchschnitt

Insgesamt	25,0	13,8	10,8	30,4	5,8	40,5	41,9	21,4	30,2	37,9	13,5
-----------------	------	------	------	------	-----	------	------	------	------	------	------

2 Wahlbewerber
2.2 Zugelassene Kreiswahlvorschläge 1980 nach Parteien und Ländern

Partei (m = männlich, w = weiblich, z = zusammen, i = insgesamt)	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land
Bewerber											
SPD m	228	10	7	29	3	67	21	15	30	41	5
w	20	1	-	2	-	4	1	1	7	4	-
z	248	11	7	31	3	71	22	16	37	45	5
CDU m	189	11	7	28	3	66	21	14	35	-	4
w	14	-	-	3	-	5	1	2	2	-	1
z	203	11	7	31	3	71	22	16	37	-	5
CSU m	45	-	-	-	-	-	-	-	-	45	-
w	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
z	45	-	-	-	-	-	-	-	-	45	-
F.D.P. m	216	11	5	28	2	64	19	15	34	35	3
w	32	-	2	3	1	7	3	1	3	10	2
z	248	11	7	31	3	71	22	16	37	45	5
Bürgerpartei ... m	2	-	-	-	-	1	-	1	-	-	-
w	1	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-
z	3	-	-	-	-	2	-	1	-	-	-
DFP m	1	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
w	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
z	1	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
DKP m	216	8	5	26	3	62	20	15	34	38	5
w	32	3	2	5	-	9	2	1	3	7	-
z	248	11	7	31	3	71	22	16	37	45	5
DU m	2	-	-	-	-	-	-	-	1	1	-
w	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
z	2	-	-	-	-	-	-	-	1	1	-
GRÜNE m	188	8	4	22	2	60	20	13	25	33	1
w	40	1	2	6	1	7	2	1	9	11	-
z	228	9	6	28	3	67	22	14	34	44	1
EAP m	34	2	2	2	2	12	4	-	4	5	1
w	28	-	1	5	1	9	4	4	2	1	1
z	62	2	3	7	3	21	8	4	6	6	2
KBW m	109	7	4	20	2	33	11	6	16	8	2
w	51	4	3	11	1	13	5	3	9	2	-
z	160	11	7	31	3	46	16	9	25	10	2
UAP m	4	-	-	-	-	4	-	-	-	-	-
w	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
z	4	-	-	-	-	4	-	-	-	-	-
V m	48	5	5	3	2	17	7	-	7	2	-
w	15	1	2	2	1	5	1	-	2	1	-
z	63	6	7	5	3	22	8	-	9	3	-
WGr m	9	1	-	2	-	1	1	-	2	2	-
w	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
z	9	1	-	2	-	1	1	-	2	2	-
Insgesamt ... m	1 291	63	39	160	19	387	124	79	188	211	21
w	233	10	12	37	5	60	19	13	37	36	4
i	1 524	73	51	197	24	447	143	92	225	247	25
Wahlkreise											
Insgesamt	248	11	7	31	3	71	22	16	37	45	5
Bewerber je Wahlkreis im Durchschnitt											
Insgesamt	6,1	6,6	7,3	6,4	8,0	6,3	6,5	5,8	6,1	5,5	5,0

2 Wahlbewerber
2.3 Landeslisten, Kandidaturen und Kandidaten bei den Bundestagswahlen nach Parteien

Bundes- tagswahl	Landes- listen	Kandidaturen				Kandidaten		
		auf Landes- liste	im Wahlkreis	insgesamt	darunter Doppel- kandi- daturen	insgesamt	männlich	weiblich
SPD								
1949	267	242	509	125	384	333	51
1953	9	376	242	618	210	408	360	48
1957	10	407	243	650	221	429	382	47
1961	10	413	247	660	232	428	395	33
1965	10	461	248	709	230	479	431	48
1969	10	480	248	728	230	498	446	52
1972	10	601	248	849	227	622	567	55
1976	10	629	248	877	227	650	586	64
1980	10	459	248	707	224	483	409	74
CDU								
1949	217	187	404	43	361	323	38
1953	8	302	177	479	82	397	345	52
1957	9	315	194	509	102	407	360	47
1961	9	343	200	543	92	451	394	57
1965	9	387	204	591	118	473	404	69
1969	9	381	204	585	118	467	414	53
1972	9	537	204	741	118	623	556	67
1976	9	545	204	749	138	611	533	78
1980	9	427	203	630	137	493	411	82
CSU								
1949	30	47	77	11	66	61	5
1953	1	39	44	83	13	70	65	5
1957	2	60	52	112	10	102	95	7
1961	1	50	47	97	15	82	75	7
1965	1	47	44	91	19	72	68	4
1969	1	53	44	97	15	82	76	6
1972	1	68	44	112	18	94	87	7
1976	1	73	44	117	14	103	96	7
1980	1	59	45	104	15	89	80	9
F.D.P.								
1949	237	236	473	114	359	333	26
1953	9	259	224	483	151	332	303	29
1957	10	273	247	520	179	341	317	24
1961	10	291	247	538	190	348	310	38
1965	10	264	248	512	177	335	312	23
1969	10	282	248	530	199	331	306	25
1972	10	328	248	576	202	374	344	30
1976	10	333	248	581	193	388	351	37
1980	10	326	248	574	206	368	309	59
Sonstige								
1949	557	944	1 501	347	1 154	1 067	87
1953	48	1 113	1 105	2 218	609	1 609	1 471	138
1957	53	1 018	964	1 982	547	1 435	1 352	83
1961	38	893	780	1 673	423	1 250	1 139	111
1965	37	858	689	1 547	421	1 126	1 030	96
1969	45	1 047	662	1 709	453	1 256	1 143	113
1972	31	750	543	1 293	252	1 041	908	133
1976	65	1 120	796	1 916	424	1 492	1 228	264
1980	63	1 054	780	1 834	314	1 520	1 152	368
Insgesamt								
1949	1 308	1 656	2 964	640	2 324	2 117	207
1953	75	2 089	1 792	3 881	1 065	2 816	2 544	272
1957	84	2 073	1 700	3 773	1 059	2 714	2 506	208
1961	68	1 990	1 521	3 511	952	2 559	2 313	246
1965	67	2 017	1 433	3 450	965	2 485	2 245	240
1969	75	2 243	1 406	3 649	1 015	2 634	2 385	249
1972	61	2 284	1 287	3 571	817	2 754	2 462	292
1976	95	2 700	1 540	4 240	996	3 244	2 794	450
1980	93	2 325	1 524	3 849	896	2 953	2 361	592

2 Wahlbewerber

2.4 Landeslisten, Kandidaturen und Kandidaten bei der Bundestagswahl 1980 nach Parteien und Ländern

Land	Landes- listen	Kandidaturen				Kandidaten		
		auf Landes- liste	im Wahlkreis	insgesamt	darunter Doppel- kandi- daturen	insgesamt	männlich	weiblich
SPD								
Schleswig-Holstein	1	20	11	31	11	20	18	2
Hamburg	1	19	7	26	7	19	11	8
Niedersachsen	1	89	31	120	31	89	75	14
Bremen	1	7	3	10	3	7	5	2
Nordrhein-Westfalen	1	76	71	147	49	98	86	12
Hessen	1	80	22	102	22	80	65	15
Rheinland-Pfalz	1	38	16	54	15	39	33	6
Baden-Württemberg	1	40	37	77	36	41	34	7
Bayern	1	60	45	105	45	60	53	7
Saarland	1	30	5	35	5	30	29	1
Bundesgebiet ohne Berlin	10	459	248	707	224	483	409	74
CDU								
Schleswig-Holstein	1	23	11	34	10	24	21	3
Hamburg	1	14	7	21	7	14	12	2
Niedersachsen	1	35	31	66	21	45	41	4
Bremen	1	5	3	8	3	5	4	1
Nordrhein-Westfalen	1	117	71	188	49	139	116	23
Hessen	1	102	22	124	22	102	83	19
Rheinland-Pfalz	1	44	16	60	12	48	38	10
Baden-Württemberg	1	60	37	97	8	89	73	16
Saarland	1	27	5	32	5	27	23	4
Bundesgebiet ohne Bayern und Berlin	9	427	203	630	137	493	411	82
CSU								
Bayern	1	59	45	104	15	89	80	9
F.D.P.								
Schleswig-Holstein	1	15	11	26	7	19	18	1
Hamburg	1	10	7	17	6	11	9	2
Niedersachsen	1	31	31	62	25	37	34	3
Bremen	1	6	3	9	3	6	4	2
Nordrhein-Westfalen	1	48	71	119	47	72	65	7
Hessen	1	83	22	105	22	83	61	22
Rheinland-Pfalz	1	30	16	46	14	32	26	6
Baden-Württemberg	1	37	37	74	34	40	37	3
Bayern	1	56	45	101	45	56	45	11
Saarland	1	10	5	15	3	12	10	2
Bundesgebiet ohne Berlin	10	326	248	574	206	368	309	59
Sonstige								
Schleswig-Holstein	6	66	40	106	26	80	54	26
Hamburg	6	54	30	84	17	67	47	20
Niedersachsen	6	119	104	223	37	186	138	48
Bremen	7	40	15	55	9	46	34	12
Nordrhein-Westfalen	7	164	234	398	70	328	260	68
Hessen	6	112	77	189	30	159	121	38
Rheinland-Pfalz	6	81	44	125	22	103	78	25
Baden-Württemberg	6	135	114	249	42	207	155	52
Bayern	8	242	112	354	57	297	232	65
Saarland	5	41	10	51	4	47	33	14
Bundesgebiet ohne Berlin	63	1 054	780	1 834	314	1 520	1 152	368
Insgesamt								
Schleswig-Holstein	9	124	73	197	54	143	111	32
Hamburg	9	97	51	148	37	111	79	32
Niedersachsen	9	274	197	471	114	357	288	69
Bremen	10	58	24	82	18	64	47	17
Nordrhein-Westfalen	10	405	447	852	215	637	527	110
Hessen	9	377	143	520	96	424	330	94
Rheinland-Pfalz	9	193	92	285	63	222	175	47
Baden-Württemberg	9	272	225	497	120	377	299	78
Bayern	11	417	247	664	162	502	410	92
Saarland	8	108	25	133	17	116	95	21
Bundesgebiet ohne Berlin	93	2 325	1 524	3 849	896	2 953	2 361	592

2 Wahlbewerber
2.5 Kandidaten bei der Bundestagswahl 1980 nach Geburtsjahren und Parteien

Geburts- jahr	Alter in Jahren	Kandidaten												
		ins- gesamt	SPD	CDU	CSU	F.D.P.	Son- stige	Bürger- partei	DKP	GRÜNE	EAP	KBW	NPD	V
1962	18	2	-	-	-	-	2	-	-	1	-	-	1	-
1961	19	6	-	3	-	-	3	-	1	1	-	-	1	-
1960	20	10	-	-	-	1	9	-	2	1	-	-	4	1
1959	21	20	1	4	1	-	14	-	4	5	3	-	2	-
1958	22	31	-	5	-	-	26	-	7	6	2	4	3	4
1957	23	47	-	3	-	1	43	-	11	13	3	5	6	5
1956	24	51	1	3	1	-	46	2	11	13	8	5	2	5
1955	25	60	-	5	1	2	52	1	20	8	5	14	2	2
1954	26	80	5	5	-	4	66	-	22	16	10	11	2	5
1953	27	100	2	3	-	5	90	1	23	10	10	31	5	9
1952	28	84	4	6	-	3	71	-	17	11	6	26	4	7
1951	29	87	4	7	1	4	71	-	28	12	5	17	2	7
1950	30	105	4	5	2	8	86	1	25	13	8	23	3	12
1949	31	85	11	6	1	5	62	-	20	12	6	13	4	7
1948	32	86	7	7	2	11	59	-	18	13	9	9	4	5
1947	33	89	8	5	1	12	63	2	24	17	4	6	4	6
1946	34	66	7	4	1	14	40	-	18	4	2	8	3	5
1945	35	79	13	15	3	15	33	-	13	8	-	2	3	5
1944	36	89	20	13	3	15	38	-	12	12	-	4	5	5
1943	37	98	24	16	5	18	35	-	14	11	-	3	4	3
1942	38	77	11	17	4	16	29	1	12	5	-	4	6	1
1941	39	91	24	21	4	15	27	1	9	8	-	1	3	2
1940	40	100	27	22	6	12	33	-	17	9	1	-	3	2
1939	41	75	22	18	2	10	23	-	9	6	-	1	4	1
1938	42	84	19	26	5	11	23	1	5	7	-	-	9	1
1937	43	81	22	18	1	14	26	-	8	11	-	1	3	1
1936	44	76	22	13	3	14	24	-	13	6	-	-	5	-
1935	45	58	21	14	-	11	12	1	7	1	-	-	3	-
1934	46	68	21	12	5	12	18	-	9	4	-	-	4	-
1933	47	74	23	18	6	9	18	1	10	4	-	-	2	-
1932	48	63	9	17	3	11	23	-	15	4	-	-	4	-
1931	49	76	15	22	4	7	28	1	14	8	-	-	3	-
1930	50	77	14	25	5	9	24	1	17	4	-	-	2	-
1929	51	76	21	15	2	10	28	3	15	3	-	-	6	1
1928	52	65	12	20	3	6	24	1	14	2	-	-	7	-
1927	53	56	16	15	5	9	11	-	8	2	-	-	1	-
1926	54	65	12	13	1	10	29	-	14	6	-	-	8	1
1925	55	57	15	12	3	9	18	2	11	1	-	-	3	-
1924	56	49	14	11	-	12	12	-	5	1	-	-	5	-
1923	57	38	3	13	-	2	20	-	9	1	-	-	9	-
1922	58	52	8	12	-	8	24	2	13	3	-	-	6	-
1921	59	42	5	6	2	8	21	3	7	3	-	-	8	-
1920	60	31	3	6	-	8	14	1	9	-	-	-	4	-
1919	61	13	2	2	1	-	8	-	4	-	-	-	3	-
1918	62	12	1	1	-	2	8	-	3	1	-	-	3	1
1917	63	7	2	1	-	2	2	-	1	-	-	-	1	-
1916	64	12	-	2	1	-	9	-	3	1	-	-	5	-
1915	65	14	-	4	1	2	7	-	-	1	-	-	5	-
1914	66	12	3	1	-	1	7	-	4	-	-	-	3	-
1913	67	17	2	-	-	2	13	-	4	3	-	-	6	-
1912	68	13	1	-	-	2	10	1	4	1	-	-	4	-
1911	69	10	-	-	-	3	7	-	1	-	-	-	6	-
1910	70	4	-	-	-	1	3	-	-	1	-	-	2	-
1909	71	9	-	-	-	1	8	-	5	2	-	-	1	-
1908	72	8	1	-	-	-	7	-	2	4	-	-	1	-
1907	73	4	-	1	-	-	3	1	-	1	-	-	1	-
1906	74	4	1	-	-	-	3	-	-	1	-	-	2	-
1905	75	3	-	-	-	-	3	-	1	-	-	-	2	-
1904	76	3	-	-	-	1	2	-	2	-	-	-	-	-
1903	77	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1902	78	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1901	79	1	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	1	-
1900 u. früher 80 u. mehr		1	-	-	-	-	1	1	-	-	-	-	-	-
Insgesamt ...		2 953	483	493	89	368	1 520	29	574	302	82	188	218	104

Lfd. Nr.	Berufsbereiche, -abschnitte, -gruppen		Kandi					
	Kennziffer	Bezeichnung	ins- gesamt	SPD	CDU	CSU	F.D.P.	Sonstige
1	01 - 06	Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischerei- berufe	97	7	27	4	22	37
		darunter:						
2	01	Landwirte	62	6	25	3	11	17
3	03	Verwalter, Berater in der Landwirtschaft und Tierzucht	7	-	-	-	3	4
4	05	Gartenbauer	15	-	1	-	4	10
5	06	Forst-, Jagdberufe	7	1	1	-	3	2
6	07	Bergleute	10	-	1	-	-	9
7	10 - 54	Fertigungsberufe	441	35	27	1	9	369
		darunter:						
8	14	Chemiearbeiter	10	1	-	-	-	9
9	17	Drucker	33	5	-	-	1	27
10	19 - 24	Metallerzeuger, -bearbeiter	23	5	2	-	-	16
11	25 - 30	Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	162	17	6	-	1	138
12	31	Elektriker	52	3	5	-	2	42
13	32	Montierer und Metallberufe (anderswo nicht genannt)	13	-	-	-	-	13
14	39 - 43	Ernährungsberufe	14	-	6	1	-	7
15	44 - 47	Bauberufe	29	1	1	-	1	26
16	50	Tischler, Modellbauer	13	1	2	-	1	9
17	51	Maler, Lackierer und verwandte Berufe	15	-	1	-	3	11
18	53	Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeits- angabe	45	-	2	-	-	43
19	54	Maschinenisten und zugehörige Berufe	10	-	-	-	-	10
20	60 - 63	Technische Berufe	204	28	33	-	31	112
		davon:						
21	60 - 61	Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	125	16	24	-	29	56
22	62 - 63	Techniker, Technische Sonderfachkräfte	79	12	9	-	2	56
23	68 - 93	Dienstleistungsberufe	1 915	399	354	79	276	807
		darunter:						
24	68	Warenkaufleute	67	4	8	-	10	45
25	69	Bank- und Versicherungskaufleute	44	6	10	-	3	25
26	70	Andere Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	19	1	3	-	1	14
27	71 - 74	Verkehrsberufe	46	2	3	1	-	40
28	75	Unternehmer, Organisatoren, Wirtschafts- prüfer	83	24	20	2	20	17
29	76	Administrativ entscheidende Berufs- tätige	331	139	77	52	46	17
30	77	Rechnungskaufleute, Datenverarbeitungs- fachleute	20	1	2	-	-	17
31	78	Bürofach- und Bürohilfskräfte	398	65	44	6	38	245
32	80	Sicherheitswahrer	55	11	21	4	9	10
33	81	Rechtswahrer, -berater	138	28	46	8	36	20
34	82	Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare ...	88	8	13	1	11	55
35	83	Künstler und zugeordnete Berufe	23	1	2	-	1	19
36	84	Ärzte, Apotheker	52	1	7	-	12	32
37	85	Übrige Gesundheitsdienstberufe	47	4	3	-	1	39
38	86	Sozialpflegerische Berufe	69	7	9	2	1	50
39	87	Lehrer	303	74	55	3	55	116
40	88	Geistes- und naturwissenschaftliche Berufe (anderswo nicht genannt)	107	19	27	-	28	33
41	89	Seelsorger	11	4	3	-	1	3
42	97 - 99	Sonstige Arbeitskräfte und ohne nähere Tätigkeitsangabe	286	14	51	5	30	186
43		Insgesamt ...	2 953	483	493	89	368	1 520

bewerber
 Berufsbereichen, ausgewählten Berufsabschnitten und -gruppen sowie Parteien

daten									Lfd. Nr.
davon									
Bürger- partei	C.B.V.	DKP	GRÜNE	EAP	KBW	NPD	V	DFP, DU, UAP, WGr.	
1	1	11	12	-	4	7	-	1	1
1	1	7	3	-	1	3	-	1	2
-	-	-	2	-	-	2	-	-	3
-	-	3	3	-	2	2	-	-	4
-	-	-	2	-	-	-	-	-	5
-	-	7	-	-	1	-	1	-	6
2	1	185	17	3	85	38	33	5	7
-	-	5	-	-	4	-	-	-	8
-	-	16	3	-	7	-	1	-	9
-	-	8	2	-	4	-	1	1	10
-	-	73	4	2	25	14	18	2	11
-	-	21	2	1	7	7	4	-	12
-	-	3	-	-	8	-	2	-	13
1	-	1	1	-	-	4	-	-	14
-	-	13	-	-	5	6	1	1	15
-	-	5	1	-	2	1	-	-	16
1	-	6	2	-	-	2	-	-	17
-	1	16	2	-	18	1	5	-	18
-	-	7	-	-	1	2	-	-	19
-	1	32	32	7	13	17	10	-	20
-	1	17	23	2	2	9	2	-	21
-	-	15	9	5	11	8	8	-	22
22	4	290	183	56	70	128	45	9	23
2	1	16	5	3	1	14	2	1	24
-	1	6	5	3	-	10	-	-	25
2	-	4	-	-	-	7	1	-	26
-	-	14	5	3	5	8	3	2	27
-	-	2	5	3	-	7	-	-	28
-	-	4	7	1	2	3	-	-	29
-	-	5	3	-	3	5	1	-	30
8	-	126	24	12	18	47	9	1	31
-	-	-	4	-	-	5	-	1	32
4	1	2	8	-	-	5	-	-	33
-	1	40	3	8	1	1	1	-	34
-	-	9	4	2	2	1	1	-	35
1	-	2	9	2	7	3	7	1	36
1	-	9	8	4	11	1	5	-	37
2	-	14	13	5	10	-	6	-	38
-	-	27	65	9	6	3	6	-	39
2	-	9	11	-	4	2	3	2	40
-	-	-	3	-	-	-	-	-	41
4	-	49	58	16	15	28	15	1	42
29	7	574	302	82	188	218	104	16	43

3 Wahlbezirke
3.1 Wahlbezirke nach der Zahl der Wahlberechtigten in den Ländern

Wahlbezirke von ... bis unter ... Wahlberech- tigte		Wahlbezirke 1)												
		Bundesgebiet ohne Berlin			Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land
		ins- gesamt	dagegen											
		1976	1972											
unter 100		1 060	1 307	1 608	85	2	171	1	71	153	274	79	220	4
100 - 200		3 564	3 958	4 268	257	1	666	5	294	386	529	383	1 022	21
200 - 300		3 622	3 796	4 041	276	4	687	4	413	358	413	387	1 048	32
300 - 400		3 367	3 478	3 472	187	12	566	4	569	288	378	417	918	28
400 - 500		3 599	3 580	3 419	173	32	524	4	772	241	271	513	1 031	38
Zusammen ...		15 212	16 119	16 808	978	51	2 614	18	2 119	1 426	1 865	1 779	4 239	123
500 - 600		4 631	4 294	3 820	187	143	506	12	1 135	302	268	730	1 255	93
600 - 700		5 814	5 372	4 714	174	277	623	40	1 429	383	270	971	1 506	141
700 - 800		6 421	6 235	5 764	205	277	725	55	1 718	418	327	1 119	1 387	190
800 - 900		6 319	6 030	5 758	189	256	752	102	1 896	476	317	984	1 173	174
900 - 1 000		5 406	5 260	5 108	175	187	660	90	1 734	477	264	794	900	125
Zusammen ...		28 591	27 191	25 164	930	1 140	3 266	299	7 912	2 056	1 446	4 598	6 221	723
1 000 - 1 100		4 308	4 339	4 180	191	150	528	84	1 373	370	230	618	697	67
1 100 - 1 200		3 133	3 154	3 116	178	109	417	53	959	323	182	398	473	41
1 200 - 1 300		2 169	2 148	2 238	128	56	296	50	721	234	167	267	231	19
1 300 - 1 400		1 422	1 409	1 547	102	12	171	31	504	180	111	173	125	13
1 400 - 1 500		996	941	1 061	77	-	125	6	338	127	97	131	81	14
Zusammen ...		12 028	11 991	12 142	676	327	1 537	224	3 895	1 234	787	1 587	1 607	154
1 500 - 1 600		666	622	720	41	-	73	6	209	115	71	90	56	5
1 600 - 1 700		455	407	461	34	-	55	1	163	82	29	52	28	11
1 700 - 1 800		284	253	300	16	-	31	-	88	59	28	37	22	3
1 800 - 1 900		172	149	167	5	-	22	-	41	33	16	39	12	4
1 900 - 2 000		94	80	109	4	-	12	-	26	17	7	22	4	2
Zusammen ...		1 671	1 511	1 757	100	-	193	7	527	306	151	240	122	25
2 000 - 2 100		48	49	55	1	-	4	-	10	11	4	14	2	2
2 100 - 2 200		34	31	38	-	-	2	-	9	9	3	6	-	5
2 200 - 2 300		16	20	24	-	-	-	-	4	4	-	7	-	1
2 300 - 2 400		15	14	21	-	-	1	-	2	3	1	8	-	-
2 400 - 2 500		11	11	16	-	-	1	-	3	1	1	3	1	1
Zusammen ...		124	125	154	1	-	8	-	28	28	9	38	3	9
2 500 u. mehr		15	16	34	-	-	1	-	6	-	1	7	-	-
Insgesamt ...		57 641	56 953	56 059	2 685	1 518	7 619	548	14 437	5 050	4 259	8 249	12 192	1 034
dagegen: 1976		56 953			2 707	1 555	7 575	542	14 414	4 943	4 206	8 040	11 894	1 077
1972		56 059			2 677	1 487	7 652	538	13 920	4 941	4 203	7 607	11 918	1 116

1) Ohne Briefwahl- und Anstaltswahlbezirke.

3 Wahlbezirke

3.2 Wahlbezirke nach der Zahl der Wahlberechtigten in den Wahlkreisen

Wahlkreis			Wahlbezirke ¹⁾														
Nr.	Name	ins- gesamt	von ... bis unter ... Wahlberechtigte														
			unter 200	200 - 300	300 - 400	400 - 500	500 - 600	600 - 700	700 - 800	800 - 900	900 - 1 000	1 000 - 1 200	1 200 - 1 400	1 400 - 1 600	1 600 - 1 800	1 800 - 2 000	2 000 und mehr
<u>Schleswig-Holstein</u>																	
1	Flensburg - Schleswig .	260	24	27	23	26	32	16	10	9	10	20	24	29	10	-	-
2	Nordfriesland - Dithmarschen-Nord	294	70	37	26	24	23	18	17	17	11	25	16	5	4	-	1
3	Steinburg - Dithmar- schen-Süd	275	62	41	17	19	29	16	23	18	8	18	10	10	4	-	-
4	Rendsburg-Eckernförde .	265	44	34	21	17	16	21	9	14	17	25	22	20	5	-	-
5	Kiel	185	-	1	2	-	2	4	17	28	29	80	22	-	-	-	-
6	Plön - Neumünster	224	16	26	21	12	16	22	29	23	21	27	11	-	-	-	-
7	Pinneberg	185	1	6	3	6	8	12	27	23	13	17	26	20	19	4	-
8	Segeberg - Stormarn-Nord	296	42	33	26	22	20	17	25	15	20	39	28	6	2	1	-
9	Ostholstein	237	27	38	22	27	20	20	24	17	11	16	8	6	1	-	-
10	Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd	309	56	33	25	17	21	26	21	22	13	27	24	16	4	4	-
11	Lübeck	155	-	-	1	3	-	2	3	3	22	75	39	6	1	-	-
1-11	Land insgesamt ...	2 685	342	276	187	173	187	174	205	189	175	369	230	118	50	9	1
<u>Hamburg</u>																	
12	Hamburg-Mitte	224	-	-	1	8	32	45	36	38	32	29	3	-	-	-	-
13	Hamburg-Altona	217	-	-	3	7	23	43	36	38	26	30	11	-	-	-	-
14	Hamburg-Eimsbüttel	210	-	-	1	2	17	39	34	42	22	40	13	-	-	-	-
15	Hamburg-Nord	242	-	-	3	4	28	48	44	44	27	33	11	-	-	-	-
16	Hamburg-Wandsbek	234	-	1	-	2	14	47	49	34	33	44	10	-	-	-	-
17	Hamburg-Bergedorf	211	1	2	2	4	13	28	36	38	28	44	15	-	-	-	-
18	Hamburg-Harburg	180	2	1	2	5	16	27	42	22	19	39	5	-	-	-	-
12-18	Land insgesamt ...	1 518	3	4	12	32	143	277	277	256	187	259	68	-	-	-	-
<u>Niedersachsen</u>																	
19	Aurich - Emden	230	16	20	19	28	17	23	17	25	23	19	15	4	4	-	-
20	Unterems	273	36	25	33	34	19	15	20	17	14	35	12	9	3	-	1
21	Friesland - Wilhelmshaven	176	10	10	16	10	7	10	7	11	22	41	23	6	3	-	-
22	Oldenburg - Ammerland .	252	10	17	18	20	15	17	25	38	22	35	24	7	3	1	-
23	Delmenhorst - Wesermarsch	301	18	36	27	33	26	28	42	35	17	21	15	3	-	-	-
24	Cuxhaven	218	30	26	19	17	12	20	18	11	15	22	16	7	3	2	-
25	Stade	282	40	44	33	23	23	22	15	17	13	21	10	10	5	5	1
26	Mittelems	261	28	30	19	14	25	25	24	22	15	38	12	7	2	-	-
27	Cloppenburg - Vechta ..	232	15	13	25	34	28	35	29	20	13	11	7	1	1	-	-
28	Diepholz	204	24	29	21	15	10	9	13	13	13	31	17	7	2	-	-
29	Verden	224	29	23	15	15	11	11	30	26	24	27	4	4	5	-	-
30	Soltau - Rotenburg	230	50	41	21	19	13	13	10	5	9	11	18	8	9	1	2
31	Lüneburg - Lüchow-Dannenberg	248	68	38	20	14	7	7	11	12	17	41	9	4	-	-	-
32	Osnabrück-Land	246	35	36	18	17	27	23	16	23	12	19	9	2	3	6	-
33	Osnabrück	182	3	-	-	5	8	10	25	26	36	46	10	5	5	3	-
34	Nienburg - Schaumburg .	331	43	38	36	25	32	24	34	23	29	23	12	8	4	-	-
35	Harburg	173	13	14	22	16	10	13	15	10	14	13	9	11	9	3	1
36	Stadt Hannover I	190	-	3	1	1	5	15	22	29	18	42	39	12	2	1	-
37	Stadt Hannover II	204	-	1	2	3	3	22	27	35	22	50	28	11	-	-	-
38	Hannover-Land I	246	10	11	5	15	11	23	33	30	33	36	21	12	5	1	-
39	Celle - Uelzen	349	98	40	22	26	12	14	23	20	24	40	23	5	1	-	1
40	Gifhorn - Peine	286	59	24	19	15	16	27	20	29	28	22	13	6	3	5	-
41	Hameln - Holzminden ...	289	44	38	27	14	16	23	14	22	23	29	17	16	3	2	1
42	Hannover-Land II	231	9	8	17	13	20	13	23	24	27	46	19	6	2	2	2
43	Hildesheim	338	35	17	36	40	45	42	25	32	22	25	12	4	3	-	-
44	Salzgitter - Wolfenbüttel	249	22	26	14	18	16	22	31	24	22	27	17	8	2	-	-
45	Braunschweig	249	-	1	1	-	10	47	70	65	30	24	1	-	-	-	-
46	Helmstedt - Wolfsburg .	218	13	18	15	6	8	7	21	32	42	43	10	2	1	-	-
47	Goslar	172	1	7	6	8	6	11	20	30	27	35	13	5	1	2	-
48	Northeim - Osterode ...	293	50	37	22	18	25	39	22	22	13	34	8	3	-	-	-
49	Göttingen	242	28	16	17	8	23	13	23	24	21	38	24	5	2	-	-
19-49	Land insgesamt ...	7 619	837	687	566	524	506	623	725	752	660	945	467	198	86	34	9

1) Ohne Briefwahl- und Anstaltswahlbezirke.

3 Wahlbezirke
3.2 Wahlbezirke nach der Zahl der Wahlberechtigten in den Wahlkreisen

Wahlkreis			Wahlbezirke ¹⁾														
Nr.	Name	ins- gesamt	von ... bis unter ... Wahlberechtigte														
			unter 200	200 - 300	300 - 400	400 - 500	500 - 600	600 - 700	700 - 800	800 - 900	900 - 1 000	1 000 - 1 200	1 200 - 1 400	1 400 - 1 600	1 600 - 1 800	1 800 - 2 000	2 000 und mehr
Bremen																	
50	Bremen-Ost	194	2	-	2	1	3	10	12	24	30	58	43	9	-	-	-
51	Bremen-West	154	3	2	1	2	2	12	14	25	30	41	21	1	-	-	-
52	Bremerhaven - Bremen-Nord	200	1	2	1	1	7	18	29	53	30	38	17	2	1	-	-
50-52	Land insgesamt ...	548	6	4	4	4	12	40	55	102	90	137	81	12	1	-	-
Nordrhein-Westfalen																	
53	Aachen	152	-	3	2	2	3	7	12	18	20	38	25	21	1	-	-
54	Kreis Aachen	233	9	6	15	21	26	17	14	20	11	26	30	18	16	3	1
55	Heinsberg	193	4	11	19	13	11	9	21	31	19	35	18	2	-	-	-
56	Düren	225	14	16	17	23	20	13	15	17	23	32	22	9	4	-	-
57	Erftkreis I	196	4	3	1	6	10	30	21	15	6	26	35	20	15	4	-
58	Euskirchen - Erftkreis II	312	56	40	36	22	15	17	13	19	24	28	18	14	8	2	-
59	Köln I	198	-	2	2	9	20	42	45	27	28	20	3	-	-	-	-
60	Köln II	196	-	-	4	7	11	36	47	34	35	20	2	-	-	-	-
61	Köln III	232	-	1	3	3	25	34	34	57	45	30	-	-	-	-	-
62	Köln IV	208	-	2	-	1	7	23	55	49	37	31	3	-	-	-	-
63	Bonn	190	-	-	-	-	5	7	17	32	27	60	31	11	-	-	-
64	Rhein-Sieg-Kreis I	198	1	13	12	14	22	23	16	22	8	33	14	10	6	4	-
65	Rhein-Sieg-Kreis II ...	162	2	5	5	6	5	7	11	22	21	33	25	10	9	1	-
66	Oberbergischer Kreis ..	303	8	28	37	51	62	48	26	18	9	5	5	3	3	-	-
67	Rheinisch-Bergischer Kreis I	168	-	1	6	11	16	19	12	19	18	32	27	7	-	-	-
68	Leverkusen - Rheinisch- Bergischer Kreis II ..	152	1	-	3	8	9	14	16	18	14	22	33	13	1	-	-
69	Wuppertal I	166	1	3	1	3	16	9	25	29	30	36	6	7	-	-	-
70	Wuppertal II	160	-	1	3	2	10	16	26	33	29	24	9	7	-	-	-
71	Solingen - Remscheid ..	203	-	-	4	6	13	13	21	27	20	27	34	24	9	5	-
72	Mettmann I	141	-	-	1	-	-	3	1	6	14	37	40	23	15	1	-
73	Mettmann II	212	1	2	6	9	12	38	43	49	28	21	3	-	-	-	-
74	Düsseldorf I	293	-	2	2	14	29	52	71	34	29	55	5	-	-	-	-
75	Düsseldorf II	262	-	1	3	18	31	48	44	38	34	39	6	-	-	-	-
76	Neuss I	141	-	1	1	2	8	15	17	21	17	22	18	14	5	-	-
77	Neuss II	176	2	5	8	17	21	14	23	15	13	25	20	11	1	1	-
78	Mönchengladbach	202	1	1	1	3	8	19	28	28	36	48	22	7	-	-	-
79	Krefeld	163	-	3	1	7	6	10	11	17	23	35	24	15	9	2	-
80	Viersen	204	1	3	2	5	22	19	20	17	18	55	36	6	-	-	-
81	Kleve	225	5	8	22	27	9	15	22	28	34	27	17	9	1	1	-
82	Wesel I	151	1	6	3	8	13	17	9	6	14	25	12	18	10	6	3
83	Wesel II	171	1	2	-	3	6	18	26	36	37	29	12	1	-	-	-
84	Duisburg I	217	-	1	-	-	2	9	19	35	51	74	26	-	-	-	-
85	Duisburg II	202	1	-	-	2	2	11	35	23	41	55	29	3	-	-	-
86	Oberhausen	235	-	-	2	15	38	51	46	43	23	16	-	1	-	-	-
87	Mülheim	181	1	1	2	10	22	28	29	30	29	27	2	-	-	-	-
88	Essen I	161	-	1	-	2	4	7	12	21	21	53	28	9	3	-	-
89	Essen II	152	-	2	1	3	10	12	19	20	20	30	29	5	-	1	-
90	Essen III	197	3	2	4	4	8	11	11	20	29	58	36	9	1	1	-
91	Recklinghausen I	200	-	-	5	6	3	17	38	37	37	48	9	-	-	-	-
92	Recklinghausen II	206	-	3	5	3	10	12	28	39	46	37	20	3	-	-	-
93	Gelsenkirchen I	176	-	1	6	4	12	27	36	33	28	22	6	1	-	-	-
94	Gelsenkirchen II - Recklinghausen III ...	123	-	-	1	3	5	5	11	10	20	28	12	11	4	6	7
95	Bottrop - Recklinghausen IV	154	-	-	-	2	9	5	18	23	24	50	21	2	-	-	-
96	Borken	227	4	8	7	14	19	27	16	23	24	39	22	13	9	2	-
97	Coesfeld - Steinfurt I ..	243	7	16	11	24	25	31	21	25	25	32	19	7	-	-	-
98	Steinfurt II	291	7	25	37	39	24	24	19	38	40	27	6	3	1	1	-
99	Münster	163	-	1	1	1	2	5	7	25	16	53	36	12	3	1	-
100	Warendorf	159	-	2	1	5	2	7	7	16	17	46	30	23	3	-	-
101	Gütersloh	146	-	-	3	3	3	2	4	7	7	27	38	14	15	4	19
102	Bielefeld	165	-	-	-	1	1	1	3	7	4	29	34	39	35	9	2
103	Herford	200	1	-	1	13	17	30	35	23	11	30	30	7	1	1	-
104	Minden-Lübbecke	271	3	8	15	21	40	25	34	27	22	36	25	7	4	4	-

1) Ohne Briefwahl- und Anstaltswahlbezirke.

3 Wahlbezirke
3.2 Wahlbezirke nach der Zahl der Wahlberechtigten in den Wahlkreisen

Wahlkreis		Wahlbezirke ¹⁾																
Nr.	Name	ins- gesamt	von ... bis unter ... Wahlberechtigte															
			unter 200	200 - 300	300 - 400	400 - 500	500 - 600	600 - 700	700 - 800	800 - 900	900 - 1 000	1 000 - 1 200	1 200 - 1 400	1 400 - 1 600	1 600 - 1 800	1 800 - 2 000	2 000 und mehr	
105	Lippe I	178	9	9	8	11	18	12	16	14	8	30	23	12	8	-	-	
106	Höxter - Lippe II	291	45	20	31	20	22	27	15	31	27	22	13	9	9	-	-	
107	Paderborn	168	9	2	4	6	14	19	19	15	13	23	21	15	6	1	1	
108	Hagen	185	-	6	2	1	2	15	23	36	47	51	2	-	-	-	-	
109	Ennepe-Ruhr-Kreis I ...	224	6	6	18	16	7	12	19	47	30	49	12	1	1	-	-	
110	Bochum I	213	-	-	1	6	4	16	24	40	47	53	21	1	-	-	-	
111	Bochum II - Ennepe-Ruhr-Kreis II .	208	-	-	-	-	13	16	24	42	36	58	17	2	-	-	-	
112	Herne	169	-	-	-	2	4	23	46	56	29	8	1	-	-	-	-	
113	Dortmund I	244	4	9	14	38	42	43	48	24	16	5	1	-	-	-	-	
114	Dortmund II	184	2	3	4	15	19	20	33	36	32	20	-	-	-	-	-	
115	Dortmund III	219	2	3	5	17	18	36	40	45	25	25	3	-	-	-	-	
116	Unna I	241	6	7	15	24	37	41	35	23	11	8	12	13	8	1	-	
117	Hamm - Unna II	287	5	9	11	9	29	33	40	48	49	49	5	-	-	-	-	
118	Soest	266	47	21	19	15	24	15	19	20	19	21	20	13	10	2	1	
119	Hochsauerlandkreis	277	26	25	35	12	28	16	25	28	25	23	21	9	4	-	-	
120	Siegen I	208	18	15	21	11	17	13	20	16	9	28	13	16	9	2	-	
121	Olpe - Siegen II	246	30	18	30	27	47	29	22	19	14	10	-	-	-	-	-	
122	Märkischer Kreis I	160	1	3	3	13	6	8	17	16	23	36	22	7	4	1	-	
123	Märkischer Kreis II ...	262	16	17	26	33	55	36	23	13	18	20	5	-	-	-	-	

Hessen

124	Waldeck	247	44	34	28	17	18	17	11	18	15	23	11	7	2	2	-
125	Kassel	224	2	3	4	11	24	42	53	24	27	18	6	5	4	1	-
126	Werra-Meißner	224	48	22	15	8	8	12	14	17	15	31	16	14	3	-	1
127	Schwalm-Eder	287	72	46	26	23	21	25	15	19	11	13	10	5	-	1	-
128	Hersfeld	323	99	47	32	14	24	20	14	13	19	24	11	3	2	1	-
129	Marburg	251	36	25	26	20	20	23	18	14	23	21	12	9	4	-	-
130	Lahn-Dill	216	13	14	16	15	15	13	13	9	16	26	29	23	9	3	2
131	Gießen	258	30	20	24	22	22	26	14	13	14	28	31	6	5	1	2
132	Fulda	405	106	53	42	33	29	32	22	24	17	20	13	5	6	3	-
133	Hochtaunus	236	15	21	7	12	13	14	15	13	18	44	29	17	10	8	-
134	Wetterau	201	10	11	16	12	13	12	10	12	12	30	30	13	18	1	1
135	Rheingau-Taunus - Limburg	223	20	18	18	16	17	9	13	16	17	23	16	23	9	5	3
136	Wiesbaden	199	1	-	1	1	2	8	18	32	52	63	16	4	1	-	-
137	Hanau	177	3	5	2	2	4	5	9	8	12	35	38	30	14	5	5
138	Frankfurt am Main I - Main-Taunus	175	-	-	-	-	6	14	21	37	31	33	19	11	3	-	-
139	Frankfurt am Main II ..	189	-	-	-	-	10	27	44	44	26	33	4	1	-	-	-
140	Frankfurt am Main III ..	179	-	1	-	-	5	15	31	48	38	34	7	-	-	-	-
141	Groß-Gerau	179	1	4	1	2	5	6	9	24	13	48	30	13	13	10	-
142	Offenbach	201	-	-	-	1	5	17	25	30	29	50	21	13	7	3	-
143	Darmstadt	192	3	2	2	4	11	11	13	25	30	44	17	14	10	1	5
144	Odenwald	246	20	23	15	12	15	12	15	19	17	23	32	18	14	2	9
145	Bergstraße	218	16	9	13	16	15	23	21	17	25	29	16	8	7	3	-
124-145	Land insgesamt ...	5 050	539	358	288	241	302	383	418	476	477	693	414	242	141	50	28

Rheinland-Pfalz

146	Neuwied	327	53	32	36	25	33	12	19	23	23	32	20	11	4	2	2
147	Ahrweiler	273	58	29	29	13	12	21	24	13	16	32	14	10	2	-	-
148	Koblenz	230	17	15	13	10	9	22	27	28	28	36	17	5	2	1	-
149	Cochem	330	127	47	42	22	24	12	16	7	6	12	4	7	3	1	-
150	Kreuznach	315	63	46	30	23	26	16	20	16	16	31	16	8	3	1	-
151	Bitburg	488	246	69	56	26	16	12	16	17	8	11	2	7	2	-	-
152	Trier	247	55	18	15	11	12	22	15	18	18	25	18	15	5	-	-
153	Montabaur	423	89	67	58	44	25	26	28	19	11	28	17	6	4	1	-
154	Mainz	213	12	7	9	7	13	5	18	14	25	31	39	19	8	4	2

1) Ohne Briefwahl- und Anstaltswahlbezirke

3 Wahlbezirke
3.2 Wahlbezirke nach der Zahl der Wahlberechtigten in den Wahlkreisen

Nr.	Wahlkreis Name	Wahlbezirke ¹⁾															
		ins- gesamt	von ... bis unter ... Wahlberechtigte														
			unter 200	200 - 300	300 - 400	400 - 500	500 - 600	600 - 700	700 - 800	800 - 900	900 - 1 000	1 000 - 1 200	1 200 - 1 400	1 400 - 1 600	1 600 - 1 800	1 800 - 2 000	2 000 und mehr
155	Worms	188	8	7	19	14	14	15	16	9	12	32	22	10	3	5	2
156	Frankenthal	190	22	23	18	13	13	10	7	17	15	21	17	8	3	2	1
157	Ludwigshafen	153	-	1	-	5	4	6	14	21	22	35	28	17	-	-	-
158	Neustadt - Speyer	164	2	2	1	4	7	18	21	22	19	20	18	20	7	2	1
159	Kaiserslautern	311	28	26	28	21	23	29	42	49	24	19	13	5	1	3	-
160	Pirmasens	211	14	16	13	17	15	33	27	26	16	20	10	3	1	-	-
161	Landau	196	9	8	11	16	22	11	17	18	5	27	23	17	9	1	2
146-161	Land insgesamt ...	4 259	803	413	378	271	268	270	327	317	264	412	278	168	57	23	10

Baden-Württemberg

162	Stuttgart-Süd	236	2	1	2	17	31	31	46	36	25	38	7	-	-	-	-
163	Stuttgart-Nord	243	1	1	2	9	22	48	43	52	29	28	7	1	-	-	-
164	Böblingen	193	-	1	-	4	12	17	22	31	20	34	21	13	9	6	3
165	Esslingen	164	1	-	2	3	10	19	34	29	17	23	14	7	4	1	-
166	Nürtingen	159	1	3	2	5	4	14	28	22	19	23	16	13	3	4	2
167	Göppingen	188	5	5	11	4	6	23	33	36	15	28	9	6	2	4	1
168	Waiblingen	220	10	9	5	11	14	19	24	25	30	49	19	3	-	2	-
169	Ludwigsburg	210	1	-	1	2	20	38	48	30	28	23	13	5	1	-	-
170	Neckar-Zaber	157	1	3	10	7	2	13	19	16	14	31	24	11	4	2	-
171	Heilbronn	237	5	10	14	8	10	18	27	27	29	59	17	6	3	4	-
172	Schwäbisch Hall	287	60	33	34	25	18	19	13	16	19	21	16	5	5	2	1
173	Backnang - Schwäbisch Gmünd	192	17	8	9	8	18	24	30	24	21	17	5	2	3	3	3
174	Aalen - Heidenheim	274	14	9	16	13	23	45	59	34	26	23	3	5	2	2	-
175	Karlsruhe-Stadt	188	-	-	-	1	1	3	9	24	42	84	23	1	-	-	-
176	Karlsruhe-Land	231	1	3	2	9	12	30	42	27	31	41	20	8	3	-	2
177	Rastatt	262	3	5	7	7	11	32	52	47	27	40	14	8	4	2	3
178	Heidelberg	245	1	-	7	34	67	27	26	34	34	15	-	-	-	-	-
179	Mannheim I	174	-	-	-	2	9	20	44	42	37	19	1	-	-	-	-
180	Mannheim II	223	1	2	9	27	51	48	24	29	14	15	2	-	1	-	-
181	Odenwald - Tauber	330	48	48	43	31	27	30	24	20	17	20	11	7	3	-	1
182	Rhein-Neckar	198	8	5	8	14	19	27	27	18	31	25	12	2	1	1	-
183	Pforzheim	231	1	3	-	8	37	47	50	29	11	18	14	9	2	-	2
184	Calw	224	27	25	22	23	14	19	15	14	7	23	14	12	2	4	3
185	Freiburg	193	3	7	3	3	17	21	17	27	9	29	33	18	2	2	2
186	Lörrach - Müllheim	275	20	22	26	28	32	35	35	27	10	26	6	4	-	1	3
187	Emmendingen - Lahr	223	3	7	8	22	26	39	37	13	12	23	11	12	6	4	-
188	Offenburg	200	3	7	6	17	31	27	22	16	16	22	14	6	7	2	4
189	Rottweil	209	6	6	18	14	25	18	24	16	20	34	15	7	3	2	1
190	Schwarzwald-Baar	203	22	8	9	15	24	33	33	23	6	19	5	4	1	1	-
191	Konstanz	224	16	15	11	20	18	23	32	26	26	27	7	-	2	-	1
192	Waldshut	239	50	37	25	20	19	19	23	18	10	8	5	3	-	2	-
193	Reutlingen	224	18	9	8	12	20	34	40	34	20	14	8	4	1	1	1
194	Tübingen	160	2	9	11	11	11	15	20	26	14	17	8	6	4	2	4
195	Ulm	250	31	19	17	12	8	24	34	32	23	27	14	4	1	2	2
196	Biberach	260	28	22	31	26	18	21	16	15	24	23	15	11	3	4	3
197	Ravensburg - Bodensee	245	12	13	18	15	9	20	31	28	39	38	4	11	5	1	1
198	Zollernalb - Sigmaringen	278	40	32	20	26	34	31	16	21	22	12	13	7	2	-	2
162-198	Land insgesamt ...	8 249	462	387	417	513	730	971	1 119	984	794	1 016	440	221	89	61	45

Bayern

199	Altötting	293	3	11	27	26	42	62	33	23	33	24	4	4	1	-	-
200	Freising	322	19	37	26	34	39	57	32	29	16	18	11	2	2	-	-
201	Fürstenfeldbruck	241	19	11	16	14	16	23	20	19	31	44	17	10	1	-	-
202	Ingolstadt	363	69	45	38	31	24	33	51	43	16	10	2	1	-	-	-
203	München-Mitte	135	-	-	-	1	-	4	15	28	46	39	2	-	-	-	-
204	München-Nord	167	-	-	-	1	-	-	3	24	47	80	10	2	-	-	-

1) Ohne Briefwahl- und Anstaltswahlbezirke.

3 Wahlbezirke
3.2 Wahlbezirke nach der Zahl der Wahlberechtigten in den Wahlkreisen

Wahlkreis		Wahlbezirke ¹⁾															
Nr.	Name	ins- gesamt	von ... bis unter ... Wahlberechtigte														
			unter 200	200 - 300	300 - 400	400 - 500	500 - 600	600 - 700	700 - 800	800 - 900	900 - 1 000	1 000 - 1 200	1 200 - 1 400	1 400 - 1 600	1 600 - 1 800	1 800 - 2 000	2 000 und meh.
205	München-Ost	173	-	-	1	-	-	1	6	20	39	85	20	1	-	-	-
206	München-Süd	171	-	-	-	1	-	1	4	15	41	96	10	3	-	-	-
207	München-West	162	-	-	-	1	1	3	6	27	55	62	7	-	-	-	-
208	München-Land	180	2	1	3	3	6	16	37	34	14	41	18	4	-	1	-
209	Rosenheim	279	6	19	27	69	43	41	20	17	19	13	2	2	1	-	-
210	Starnberg	235	12	7	8	15	16	15	20	31	22	47	24	12	4	2	-
211	Traunstein	217	-	1	7	13	23	33	44	37	23	21	10	2	2	1	-
212	Weilheim	260	16	25	18	13	20	32	21	32	35	23	12	6	5	2	-
213	Deggendorf	183	5	9	15	19	22	25	33	19	12	10	5	6	1	1	1
214	Landshut	350	33	37	46	57	58	37	29	30	6	8	7	-	2	-	-
215	Passau	193	1	4	14	21	26	25	15	24	15	26	15	5	1	1	-
216	Rottal-Inn	233	8	24	48	30	26	39	18	10	5	19	5	1	-	-	-
217	Straubing	238	20	20	21	22	24	56	21	18	9	13	9	3	2	-	-
218	Amberg	329	36	55	33	29	36	38	38	36	12	10	4	2	-	-	-
219	Regensburg	267	26	18	12	15	28	22	32	28	23	48	11	-	3	1	-
220	Schwandorf	341	40	46	36	46	50	31	25	21	14	17	9	4	2	-	-
221	Weiden	275	18	27	28	22	55	37	36	18	13	15	6	-	-	-	-
222	Bamberg	296	50	37	21	27	17	18	31	23	18	20	20	11	2	1	-
223	Bayreuth	240	32	42	29	15	21	22	36	23	10	5	2	2	1	-	-
224	Coburg	351	75	52	38	45	43	35	22	17	15	7	1	1	-	-	-
225	Hof	363	49	33	14	25	49	77	61	34	14	7	-	-	-	-	-
226	Kulmbach	278	76	32	28	28	29	19	26	14	13	8	3	2	-	-	-
227	Ansbach	270	51	36	30	25	25	30	20	11	15	15	7	3	1	1	-
228	Erlangen	315	24	32	8	21	26	28	31	49	38	41	11	5	1	-	-
229	Fürth	404	80	44	22	18	38	51	61	42	22	22	3	1	-	-	-
230	Nürnberg-Nord	260	1	1	3	10	37	90	84	34	-	-	-	-	-	-	-
231	Nürnberg-Süd	256	-	1	3	16	44	71	76	40	4	1	-	-	-	-	-
232	Roth	320	73	32	23	32	21	43	47	19	10	17	3	-	-	-	-
233	Aschaffenburg	217	1	6	9	12	32	56	53	27	4	7	8	2	-	-	-
234	Bad Kissingen	455	125	68	51	48	48	32	33	24	9	11	4	1	-	1	-
235	Main-Spessart	264	33	28	22	12	24	32	28	25	21	25	7	3	4	-	-
236	Schweinfurt	321	53	35	35	29	38	36	23	17	18	28	7	1	1	-	-
237	Würzburg	276	26	11	18	25	26	35	39	29	24	31	8	3	-	1	-
238	Augsburg-Stadt	189	1	-	2	4	1	13	26	34	32	58	15	3	-	-	-
239	Augsburg-Land	321	30	42	31	21	36	40	33	32	10	22	14	9	1	-	-
240	Donau-Ries	291	51	46	34	35	29	26	18	18	17	16	-	1	-	-	-
241	Neu-Ulm	291	39	25	28	27	36	46	21	23	13	20	5	3	4	1	-
242	Oberallgäu	257	9	13	14	31	45	26	24	27	23	24	10	8	1	-	2
243	Ostallgäu	350	30	35	31	42	35	49	35	28	24	16	8	8	7	2	-
199-243	Land insgesamt ...	12 192	1 242	1 048	918	1 031	1 255	1 506	1 387	1 173	900	1 170	356	137	50	16	3
<u>Saarland</u>																	
244	Saarbrücken I	166	-	-	-	1	5	20	17	20	38	43	18	2	2	-	-
245	Saarbrücken II	208	2	-	2	4	20	33	48	42	27	26	3	-	-	-	1
246	Saarlouis	220	16	19	11	9	19	24	38	27	15	17	7	5	4	2	7
247	Sankt Wendel	198	3	7	11	8	27	20	24	36	18	15	4	12	8	4	1
248	Homburg	242	4	6	4	16	22	44	63	49	27	7	-	-	-	-	-
244-248	Land insgesamt ...	1 034	25	32	28	38	93	141	190	174	125	108	32	19	14	6	9
<u>Bundesgebiet ohne Berlin</u>																	
1-248	Insgesamt ...	57 641	4 624	3 622	3 367	3 599	4 631	5 814	6 421	6 319	5 406	7 441	3 591	1 662	739	266	139

1) Ohne Briefwahl- und Anstaltswahlbezirke.

4 Wahlberechtigte mit Wahrschein und Wähler mit einfachem und Briefwahrschein

Wahljahr	Wahlberechtigte				Wähler						Wahlbeteiligung der Wähler		
	insgesamt	ohne	mit ¹⁾		insgesamt	ohne Wahlschein	mit		insgesamt	ohne	mit		
							einfachem	Brief-					
		Wahlschein					Wahlschein					Wahlschein	
Anzahl				%	Anzahl		%	Anzahl		% ²⁾	%		
Schleswig-Holstein													
1957	1 548 961	1 467 249	81 712	5,3	1 367 225	1 293 278	94,6	2 255	65 632	4,8	88,3	88,1	90,5
1961	1 626 141	1 531 368	94 773	5,8	1 431 704	1 343 241	93,8	5 242	83 221	5,8	88,0	87,7	93,3
1965	1 687 266	1 571 694	115 572	6,8	1 448 994	1 342 046	92,6	4 097	102 851	7,1	85,9	85,4	92,5
1969	1 711 511	1 596 113	115 398	6,7	1 471 900	1 365 161	92,7	3 473	103 266	7,0	86,0	85,5	92,5
1972	1 839 177	1 710 314	128 863	7,0	1 665 020	1 543 932	92,7	3 410	117 678	7,1	90,5	90,3	94,0
1976	1 864 033	1 658 745	205 288	11,0	1 687 951	1 492 536	88,4	3 755	191 660	11,4	90,6	90,0	95,2
1979 ³⁾	1 899 260	1 756 244	143 016	7,5	1 245 834	1 113 298	89,4	3 216	129 320	10,4	65,6	63,4	92,7
1980	1 928 108	1 711 901	216 207	11,2	1 716 553	1 511 369	88,0	3 745	201 439	11,7	89,0	88,3	94,9
Hamburg													
1957	1 328 657	1 250 737	77 920	5,9	1 185 178	1 110 670	93,7	708	73 800	6,2	89,2	88,8	95,6
1961	1 386 411	1 290 604	95 807	6,9	1 227 787	1 136 371	92,6	606	90 810	7,4	88,6	88,0	95,4
1965	1 392 994	1 274 201	118 793	8,5	1 202 934	1 088 599	90,5	2 880	111 455	9,3	86,4	85,4	96,2
1969	1 341 494	1 230 555	110 939	8,3	1 174 981	1 068 038	90,9	985	105 958	9,0	87,6	86,8	96,4
1972	1 348 617	1 255 358	93 259	6,9	1 242 832	1 152 994	92,8	1 064	88 774	7,1	92,2	91,8	96,3
1976	1 287 473	1 113 130	174 343	13,5	1 173 082	1 004 631	85,6	1 485	166 966	14,2	91,1	90,3	96,6
1979 ³⁾	1 261 369	1 117 359	144 010	11,4	837 865	701 868	83,8	619	135 378	16,2	66,4	62,8	94,4
1980	1 253 325	1 070 981	182 354	14,5	1 113 199	939 817	84,4	818	172 564	15,5	88,8	87,8	95,1
Niedersachsen													
1957	4 438 885	4 204 620	234 265	5,3	3 950 248	3 735 599	94,6	28 407	186 242	4,7	89,0	88,8	91,6
1961	4 613 112	4 372 285	240 827	5,2	4 083 490	3 858 911	94,5	24 053	200 526	4,9	88,5	88,3	93,3
1965	4 748 325	4 447 988	300 337	6,3	4 145 849	3 864 431	93,2	20 984	260 434	6,3	87,3	86,9	93,7
1969	4 760 938	4 428 418	332 520	7,0	4 164 690	3 851 943	92,5	12 023	300 724	7,2	87,5	87,0	94,1
1972	5 126 515	4 763 517	362 998	7,1	4 684 898	4 339 698	92,6	11 036	334 164	7,1	91,4	91,1	95,1
1976	5 205 680	4 632 100	573 580	11,0	4 757 376	4 217 639	88,7	7 051	532 686	11,2	91,4	91,1	94,1
1979 ³⁾	5 290 181	4 911 856	378 325	7,2	3 705 422	3 352 396	90,5	5 551	347 475	9,4	70,0	68,3	93,3
1980	5 363 576	4 799 298	564 278	10,5	4 790 833	4 251 917	88,8	6 907	532 009	11,1	89,3	88,6	95,5
Bremen													
1957	467 250	444 608	22 642	4,8	414 498	392 572	94,7	595	21 331	5,1	88,7	88,3	96,8
1961	507 760	482 141	25 619	5,0	447 936	423 237	94,5	1 094	23 605	5,3	88,2	87,8	96,4
1965	525 730	490 141	35 589	6,8	452 799	419 153	92,6	719	32 927	7,3	86,1	85,5	94,5
1969	524 110	489 894	34 216	6,5	452 373	419 004	92,8	488	32 081	7,1	86,3	85,7	95,2
1972	540 928	502 247	38 681	7,2	492 431	455 661	92,5	712	36 058	7,3	91,0	90,7	95,1
1976	528 346	478 394	49 952	9,5	475 582	427 869	90,0	947	46 766	9,8	90,0	89,4	95,5
1979 ³⁾	523 566	400 868	42 898	8,2	347 370	307 498	88,5	2 151	37 721	10,9	66,3	64,0	92,9
1980	523 161	463 646	59 515	11,4	459 208	402 317	87,6	1 202	55 689	12,1	87,8	86,8	95,6
Nordrhein-Westfalen													
1957	10 407 006	9 796 732	610 274	5,9	9 158 928	8 603 075	93,9	73 345	482 508	5,3	88,0	87,8	91,1
1961	11 085 775	10 384 010	701 765	6,3	9 799 429	9 139 374	93,3	42 776	617 279	6,3	88,4	88,0	94,1
1965	11 322 627	10 410 905	911 722	8,1	9 920 068	9 069 833	91,4	19 942	830 288	8,4	87,6	87,1	93,3
1969	11 259 648	10 480 276	779 372	6,9	9 827 911	9 103 431	92,6	21 744	702 736	7,2	87,3	86,9	93,0
1972	11 992 806	11 144 314	848 492	7,1	11 005 807	10 205 188	92,7	14 526	786 093	7,1	91,8	91,6	94,4
1976	12 118 533	10 801 439	1 317 094	10,9	11 066 546	9 809 842	88,6	12 341	1 244 363	11,2	91,3	90,8	95,4
1979 ³⁾	12 284 767	11 298 972	985 795	8,0	8 275 436	7 363 919	89,0	10 415	901 102	10,9	67,4	65,2	92,5
1980	12 374 314	10 612 051	1 762 263	14,2	11 008 682	9 329 608	84,7	9 669	1 669 405	15,2	89,0	87,9	95,3
Hessen													
1957	3 214 856	3 039 806	175 050	5,4	2 863 092	2 697 699	94,2	17 160	148 233	5,2	89,1	88,7	94,5
1961	3 395 285	3 195 959	199 326	5,9	3 028 241	2 841 030	93,8	15 355	171 856	5,7	89,2	88,9	93,9
1965	3 516 041	3 284 450	231 591	6,6	3 073 037	2 857 086	93,0	14 216	201 735	6,6	87,4	87,0	93,2
1969	3 573 336	3 357 669	215 667	6,0	3 151 868	2 951 804	93,7	14 477	185 587	5,9	88,2	87,9	92,8
1972	3 841 104	3 592 751	248 353	6,5	3 522 483	3 288 212	93,3	8 803	225 468	6,4	91,7	91,5	94,3
1976	3 899 454	3 482 587	416 867	10,7	3 585 275	3 187 778	88,9	7 891	389 606	10,9	91,9	91,5	95,4
1979 ³⁾	3 956 722	3 666 332	290 390	7,3	2 630 503	2 364 556	89,9	4 067	261 880	10,0	66,5	64,5	91,6
1980	4 001 747	3 552 089	449 658	11,2	3 598 071	3 170 512	88,1	5 426	422 133	11,7	89,9	89,3	95,1

4 Wahlberechtigte mit Wahlschein und Wähler mit einfachem und Briefwahlschein

Wahljahr	Wahlberechtigte				Wähler						Wahlbeteiligung der Wähler		
	insgesamt	ohne	mit ¹⁾		insgesamt	ohne Wahlschein	mit		insgesamt	ohne	mit		
							einfachem	Brief-					
												Wahlschein	
	Anzahl		%		Anzahl	%	Anzahl	% ²⁾			%		

Rheinland-Pfalz													
1957	2 237 023	2 123 562	113 461	5,1	1 976 225	1 870 660	94,7	14 381	91 174	4,6	88,3	88,1	93,0
1961	2 348 108	2 211 686	136 422	5,8	2 069 927	1 943 096	93,9	8 643	118 188	5,7	88,2	87,9	93,0
1965	2 403 771	2 237 570	166 201	6,9	2 114 311	1 957 357	92,6	8 270	148 684	7,0	88,0	87,5	94,4
1969	2 410 176	2 241 412	168 764	7,0	2 097 308	1 933 183	92,2	13 530	150 595	7,2	87,0	86,2	97,3
1972	2 623 690	2 436 198	187 492	7,1	2 404 007	2 221 203	92,4	13 063	169 741	7,1	91,6	91,2	97,5
1976	2 676 890	2 442 226	234 664	8,8	2 448 946	2 227 869	91,0	2 553	218 524	8,9	91,5	91,2	94,2
1979 ³⁾	2 726 474	2 494 102	232 372	8,5	2 130 502	1 915 889	89,9	222	214 391	10,1	78,1	76,8	92,4
1980	2 759 777	2 471 079	288 698	10,5	2 480 763	2 207 050	89,0	2 259	271 454	10,9	89,9	89,3	94,8
Baden-Württemberg													
1957	4 857 815	4 607 947	249 868	5,1	4 097 575	3 870 771	94,5	35 233	191 571	4,7	84,4	84,0	90,8
1961	5 211 883	4 925 099	286 784	5,5	4 419 748	4 152 852	94,0	32 896	234 000	5,3	84,8	84,3	93,1
1965	5 425 126	5 082 137	342 989	6,3	4 598 715	4 278 290	93,0	22 842	297 583	6,5	84,8	84,2	93,4
1969	5 510 280	5 144 394	365 886	6,6	4 690 427	4 347 988	92,7	12 655	329 784	7,0	85,1	84,5	93,6
1972	5 960 714	5 566 055	394 659	6,6	5 376 985	5 004 350	93,1	9 844	362 791	6,7	90,2	89,9	94,4
1976	6 118 464	5 568 705	549 759	9,0	5 452 370	4 931 819	90,5	6 494	514 057	9,4	89,1	88,6	94,7
1979 ³⁾	6 271 715	5 922 710	349 005	5,6	3 715 222	3 398 114	91,5	4 810	312 298	8,4	59,2	57,4	90,9
1980	6 370 535	5 693 586	676 949	10,6	5 518 062	4 871 763	88,3	5 023	641 276	11,6	86,6	85,6	95,5
Bayern													
1957	6 240 499	5 913 527	326 972	5,2	5 470 347	5 171 539	94,5	41 850	256 958	4,7	87,7	87,5	91,4
1961	6 551 728	6 170 693	381 035	5,8	5 714 545	5 357 082	93,7	34 466	322 997	5,7	87,2	86,8	93,8
1965	6 752 276	6 287 694	464 582	6,9	5 803 004	5 365 990	92,5	28 694	408 320	7,0	85,9	85,3	94,1
1969	6 851 646	6 382 478	469 168	6,8	5 837 724	5 393 027	92,4	24 132	420 565	7,2	85,2	84,5	94,8
1972	7 375 146	6 783 639	591 507	8,0	6 626 216	6 061 076	91,5	16 339	548 801	8,3	89,8	89,3	95,5
1976	7 547 820	6 780 926	766 894	10,2	6 764 839	6 031 020	89,2	17 071	716 748	10,6	89,6	88,9	95,7
1979 ³⁾	7 714 564	6 996 165	718 399	9,3	4 542 784	3 877 628	85,4	8 265	656 891	14,5	58,9	55,4	92,6
1980	7 827 420	6 841 187	986 233	12,6	6 854 780	5 913 221	86,3	10 073	931 486	13,6	87,6	86,4	95,5
Saarland													
1957	659 971	635 224	24 747	3,7	589 578	565 531	95,9	4 452	19 595	3,3	89,3	89,0	97,2
1961	714 512	680 521	33 991	4,8	626 817	595 045	94,9	2 650	29 122	4,6	87,7	87,4	93,5
1965	736 239	681 581	54 658	7,4	656 496	604 939	92,1	1 899	49 658	7,6	89,2	88,8	94,3
1969	734 096	679 102	54 994	7,5	653 882	601 962	92,1	1 356	50 564	7,7	89,1	88,6	94,4
1972	797 605	740 455	57 150	7,2	740 910	686 541	92,7	1 513	52 856	7,1	92,9	92,7	95,1
1976	811 322	729 947	81 375	10,0	753 786	675 675	89,6	275	77 836	10,3	92,9	92,6	96,0
1979 ³⁾	823 322	748 137	75 185	9,1	667 934	599 112	89,7	638	68 184	10,2	81,1	80,1	91,5
1980	829 768	730 776	98 992	11,9	752 025	656 675	87,3	863	94 487	12,6	90,6	89,9	96,3
Bundesgebiet ohne Berlin													
1957	35 400 923	33 484 012	1 916 911	5,4	31 072 894	29 311 394	94,3	224 406	1 537 094	4,9	87,8	87,5	91,9
1961	37 440 715	35 244 366	2 196 349	5,9	32 849 624	30 790 239	93,7	167 781	1 891 604	5,8	87,7	87,4	93,8
1965	38 510 395	35 768 361	2 742 034	7,1	33 416 207	30 847 729	92,3	124 543	2 443 935	7,3	86,8	86,2	93,7
1969	38 677 235	36 030 311	2 646 924	6,8	33 523 064	31 036 341	92,6	104 863	2 381 860	7,1	86,7	86,1	93,9
1972	41 446 302	38 494 848	2 951 454	7,1	37 761 589	34 958 855	92,6	80 310	2 722 424	7,2	91,1	90,8	95,0
1976	42 058 015	37 688 199	4 369 816	10,4	38 165 753	34 006 678	89,1	59 863	4 099 212	10,7	90,7	90,2	95,2
1979 ³⁾	42 751 940	39 392 545	3 359 395	7,9	28 098 872	24 994 278	89,0	39 954	3 064 640	10,9	65,7	63,4	92,4
1980	43 231 741	37 946 594	5 285 147	12,2	38 292 176	33 254 249	86,8	45 985	4 991 942	13,0	88,6	87,6	95,3

1) Bei Bundestagswahlen einschl. der Wahlberechtigten nach § 22 Abs. 2 bzw. 1980 nach § 25 Abs. 2 Bundeswahlordnung.
Bei der Europawahl einschl. der Wahlberechtigten nach § 24 Abs. 2 Europawahlordnung.

2) Der Wähler insgesamt.
3) Wahl zum Europäischen Parlament.

5 Wahlbeteiligung der Männer und Frauen nach Altersgruppen in den Ländern

Alter von etwa ... bis unter ... Jahren	Wähler von 100 Wahlberechtigten 1)									
	Schleswig-Holstein		Hamburg		Niedersachsen		Bremen		Nordrhein-Westfalen	
	1960	1976	1980	1976	1980	1976	1980	1976	1980	1976
Insgesamt										
18 - 21	80,4	82,1	77,6	85,0	81,9	84,8	83,3	90,6	81,2	85,3
21 - 25	77,6	81,8	78,4	83,2	79,3	83,6	76,1	78,2	79,7	84,4
25 - 30	82,0	85,9	81,3	86,1	82,7	87,2	79,4	82,4	82,4	86,7
30 - 35	87,5	89,0	85,0	86,4	87,3	90,2	84,4	86,9	86,2	90,0
35 - 40	89,8	91,7	87,3	89,2	89,8	92,2	86,2	89,3	88,7	91,4
40 - 45	91,5	91,5	89,3	91,3	91,7	93,7	87,5	91,5	90,2	92,9
45 - 50	92,3	93,2	89,8	93,0	92,7	94,4	89,6	92,9	90,9	93,9
50 - 60	92,5	93,6	92,2	93,7	93,5	94,7	92,5	93,9	92,4	94,0
60 - 70	92,3	93,8	92,8	94,3	93,7	94,6	92,0	94,1	92,4	94,3
70 und mehr ..	37,1	88,7	88,1	90,9	86,2	88,7	85,4	91,0	86,8	89,6
Insgesamt ...	88,3	90,1	87,8	90,5	88,6	91,1	86,8	89,7	87,9	91,0
Männer										
18 - 21	80,9	82,8	78,8	87,6	83,4	86,0	84,5	82,3	82,7	85,8
21 - 25	77,9	81,4	78,9	83,4	80,5	83,2	77,0	78,2	80,1	84,5
25 - 30	81,4	84,4	79,5	85,7	82,1	86,4	77,8	81,7	82,0	86,8
30 - 35	85,9	88,0	84,7	85,5	86,0	89,5	83,6	85,4	85,8	89,3
35 - 40	88,3	91,7	85,7	87,7	89,1	91,5	84,0	86,9	88,1	90,7
40 - 45	91,1	91,3	87,9	90,7	91,0	93,3	86,8	90,6	90,2	93,1
45 - 50	92,6	93,1	89,7	93,9	92,5	94,4	89,5	92,9	91,3	94,2
50 - 60	93,1	94,8	92,9	94,0	94,0	95,3	92,9	94,4	93,3	95,3
60 - 70	93,7	95,0	93,7	94,5	94,9	95,7	93,3	94,4	93,6	95,0
70 und mehr ..	90,2	91,2	89,9	93,6	90,2	91,9	89,1	92,1	90,2	92,5
Zusammen ...	88,4	90,2	87,5	90,5	89,0	91,3	86,8	89,1	88,4	91,4
Frauen										
18 - 21	79,9	81,4	76,4	82,5	80,4	83,6	82,1	78,8	79,7	84,7
21 - 25	77,3	82,2	78,0	83,0	78,1	84,0	75,1	78,2	79,3	84,3
25 - 30	82,7	87,5	83,2	86,5	83,4	88,0	81,1	83,3	82,7	86,6
30 - 35	89,2	90,2	85,4	87,3	88,7	90,8	85,3	88,6	86,5	90,6
35 - 40	91,5	91,8	88,9	90,7	90,5	93,0	88,4	91,8	89,3	92,2
40 - 45	92,0	91,8	90,7	91,9	92,5	94,2	88,1	92,3	90,3	92,7
45 - 50	91,9	93,4	90,0	93,0	92,8	94,3	89,6	92,9	90,5	93,6
50 - 60	92,0	93,0	91,6	93,5	93,1	94,3	92,2	93,5	91,5	93,1
60 - 70	91,5	93,0	92,3	94,2	92,9	93,9	91,0	93,9	91,6	93,8
70 und mehr ..	85,5	87,2	87,1	89,4	83,8	86,6	83,3	90,2	85,0	87,9
Zusammen ...	88,2	90,0	87,9	90,6	88,3	91,0	86,7	90,2	87,5	90,7

Alter von etwa ... bis unter ... Jahren	Wähler von 100 Wahlberechtigten 1)									
	Hessen		Rheinland-Pfalz		Baden-Württemberg		Bayern		Saarland	
	1980	1976	1980	1976	1980	1976	1980	1976	1980	1976
Insgesamt										
18 - 21	83,4	86,3	81,9	85,0	77,0	82,6	79,2	81,6	83,0	87,0
21 - 25	81,1	84,6	81,4	83,5	76,3	80,7	77,8	81,1	82,1	85,1
25 - 30	83,9	87,5	83,1	87,5	81,0	86,4	81,5	85,2	84,2	88,9
30 - 35	87,2	90,0	87,3	90,3	85,0	88,6	85,2	87,9	88,9	90,5
35 - 40	90,1	91,8	90,1	93,5	87,1	91,5	87,6	90,5	90,3	92,3
40 - 45	91,4	93,8	92,1	93,3	88,8	92,2	89,5	91,8	91,3	93,8
45 - 50	93,0	94,6	92,1	94,4	90,7	92,8	90,4	92,3	92,7	94,8
50 - 60	93,5	94,6	93,7	94,5	90,9	92,9	90,9	92,6	94,2	95,6
60 - 70	93,4	94,7	94,1	94,6	89,9	92,1	90,8	92,3	94,6	96,1
70 und mehr ..	87,6	88,6	88,5	89,1	81,9	84,3	83,6	85,7	90,6	93,3
Insgesamt ...	89,3	91,3	89,3	91,4	85,6	89,2	86,4	88,9	89,9	92,4
Männer										
18 - 21	84,9	87,6	83,0	86,5	78,6	82,7	79,7	82,6	83,0	86,8
21 - 25	82,4	84,4	82,6	84,0	77,7	80,6	78,7	81,5	81,9	84,6
25 - 30	84,7	87,3	82,2	87,3	81,0	86,5	81,1	84,9	84,1	88,1
30 - 35	87,1	90,0	86,8	89,9	85,3	88,7	84,8	87,5	89,0	89,7
35 - 40	89,4	91,2	89,7	93,5	87,2	91,5	87,4	90,1	89,9	91,5
40 - 45	91,2	93,7	92,3	93,2	89,8	92,8	89,6	92,1	90,8	93,3
45 - 50	93,1	95,0	92,8	94,9	90,3	93,4	91,1	92,4	93,2	95,1
50 - 60	93,9	95,5	94,3	95,1	92,1	94,1	91,9	93,7	95,1	96,0
60 - 70	94,8	95,8	94,6	95,4	91,9	93,5	92,6	93,9	95,4	96,8
70 und mehr ..	91,2	91,7	91,5	92,7	87,0	88,4	87,9	89,3	93,1	94,9
Zusammen ...	90,0	91,8	89,6	91,9	86,8	90,0	87,2	89,5	90,0	92,1
Frauen										
18 - 21	82,0	85,0	80,8	83,4	75,4	82,4	78,8	80,5	82,9	87,2
21 - 25	80,1	84,8	80,1	83,0	74,8	80,7	76,8	80,7	82,3	85,7
25 - 30	83,2	87,7	84,0	87,7	81,1	86,3	82,0	85,4	84,3	89,7
30 - 35	87,2	90,0	87,8	90,7	84,8	88,5	85,5	88,1	88,9	91,2
35 - 40	90,8	92,4	90,7	93,6	87,1	91,5	87,9	90,9	90,7	93,1
40 - 45	91,6	93,8	91,9	93,4	87,9	91,7	89,5	91,4	91,7	94,3
45 - 50	92,9	94,1	91,4	93,8	89,2	92,2	89,7	92,1	92,2	94,6
50 - 60	93,2	94,0	93,3	94,1	89,8	91,9	90,1	91,8	93,5	95,2
60 - 70	92,5	93,9	93,9	94,1	88,6	91,1	89,7	91,3	94,1	95,7
70 und mehr ..	85,5	86,7	86,8	86,7	79,1	81,8	81,1	83,5	89,3	92,3
Zusammen ...	88,7	90,9	89,0	90,9	84,5	88,5	85,8	88,4	89,8	92,7

1) Ohne Personen mit Wahlschein.

6 Wahlbeteiligung nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen,
der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden
nach Ländern

		Wähler von 100 Wahlberechtigten										
Gemeinden von ... bis unter ... %	a*) b**)	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land

Gemeinden unter 1 000 Einwohnern

Insgesamt	a	90,1	89,9	-	90,2	-	-	92,5	90,8	87,3	88,8	-
	b	3 126	796	-	283	-	-	1	1 693	98	255	-

Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden¹⁾

unter 10	a	90,8	-	-	92,9	-	-	-	91,4	89,6	89,5	-
	b	1 014	-	-	24	-	-	-	754	53	183	-
10 - 20	a	91,4	-	-	-	-	-	-	92,0	89,8	89,9	-
	b	101	-	-	-	-	-	-	79	10	12	-
20 - 30	a	92,0	-	-	-	-	-	-	93,2	88,5	90,3	-
	b	37	-	-	-	-	-	-	29	3	5	-
30 - 40	a	91,6	-	-	-	-	-	-	91,8	-	89,4	-
	b	19	-	-	-	-	-	-	18	-	1	-
40 - 50	a	92,6	-	-	94,9	-	-	-	92,6	-	91,5	-
	b	27	-	-	1	-	-	-	25	-	1	-
50 - 60	a	92,0	-	-	93,6	-	-	92,5	92,0	88,8	-	-
	b	50	-	-	1	-	-	1	46	2	-	-
60 - 70	a	90,2	-	-	87,5	-	-	-	90,5	88,9	87,1	-
	b	95	-	-	2	-	-	-	86	2	5	-
70 - 80	a	90,2	88,8	-	93,9	-	-	-	90,5	83,1	87,5	-
	b	119	6	-	5	-	-	-	99	2	7	-
80 - 90	a	89,7	90,7	-	91,2	-	-	-	89,9	79,6	86,1	-
	b	377	52	-	57	-	-	-	236	12	20	-
90 - 100	a	89,4	89,8	-	89,5	-	-	-	89,2	83,6	85,3	-
	b	1 287	738	-	193	-	-	-	321	14	21	-

Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden¹⁾

unter 10	a	92,0	91,0	-	92,1	-	-	-	92,0	84,6	93,0	-
	b	59	2	-	4	-	-	-	51	1	1	-
10 - 20	a	91,4	91,1	-	92,2	-	-	-	91,2	90,9	92,2	-
	b	339	33	-	30	-	-	-	255	16	5	-
20 - 30	a	90,7	90,8	-	91,2	-	-	92,5	90,9	87,3	89,2	-
	b	647	172	-	57	-	-	1	370	15	32	-
30 - 40	a	90,0	89,9	-	90,2	-	-	-	90,6	87,7	88,1	-
	b	725	234	-	59	-	-	-	366	20	46	-
40 - 50	a	89,3	88,9	-	89,0	-	-	-	90,4	83,2	89,1	-
	b	612	176	-	72	-	-	-	280	17	67	-
50 - 100	a	89,3	89,2	-	89,5	-	-	-	90,3	86,9	88,5	-
	b	744	179	-	61	-	-	-	371	29	104	-

Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden¹⁾

unter 10	a	89,1	89,2	-	89,2	-	-	-	90,0	88,1	88,6	-
	b	458	56	-	27	-	-	-	273	20	32	-
10 - 20	a	89,7	89,3	-	89,8	-	-	92,5	90,4	86,6	88,7	-
	b	1 476	337	-	156	-	-	1	786	54	142	-
20 - 30	a	90,7	90,1	-	91,2	-	-	-	91,1	86,2	89,8	-
	b	946	322	-	89	-	-	-	491	16	28	-
30 - 40	a	91,2	91,1	-	91,1	-	-	-	91,5	90,3	88,5	-
	b	223	72	-	8	-	-	-	133	7	3	-
40 - 50	a	90,4	90,5	-	89,0	-	-	-	90,9	-	-	-
	b	20	8	-	3	-	-	-	9	-	-	-
50 - 80	a	95,8	91,5	-	-	-	-	-	96,3	98,2	-	-
	b	3	1	-	-	-	-	-	1	1	-	-

*) Wahlbeteiligung.

**) Zahl der Gemeinden.

6 Wahlbeteiligung nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen,
der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden
nach Ländern

Gemeinden von ... bis unter ... %		Wähler von 100 Wahlberechtigten										
		a*) b**)	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern

Gemeinden mit 1 000 bis unter 2 000 Einwohnern

Insgesamt	a	89,1	89,9	-	89,8	-	-	93,3	91,4	86,8	88,2	-
	b	1 594	158	-	268	-	-	10	315	178	665	-

Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden¹⁾

unter 10	a	89,0	-	-	92,9	-	-	97,2	91,3	88,2	88,3	-
	b	640	-	-	22	-	-	1	122	49	446	-
10 - 20	a	90,0	-	-	93,2	-	-	-	92,4	87,4	89,7	-
	b	133	-	-	4	-	-	-	37	32	60	-
20 - 30	a	90,3	-	-	93,7	-	-	-	92,9	86,9	89,8	-
	b	32	-	-	2	-	-	-	8	7	15	-
30 - 40	a	89,5	-	-	-	-	-	-	91,9	86,7	89,4	-
	b	27	-	-	-	-	-	-	8	6	13	-
40 - 50	a	89,4	-	-	-	-	-	-	91,7	86,1	87,6	-
	b	22	-	-	-	-	-	-	10	3	9	-
50 - 60	a	90,2	-	-	-	-	-	-	92,3	89,6	86,6	-
	b	33	-	-	-	-	-	-	17	8	8	-
60 - 70	a	90,0	-	-	92,4	-	-	-	91,7	87,2	88,0	-
	b	50	-	-	1	-	-	-	27	10	12	-
70 - 80	a	88,6	-	-	89,6	-	-	95,4	91,2	85,9	87,7	-
	b	91	-	-	13	-	-	1	31	30	16	-
80 - 90	a	88,7	90,5	-	91,1	-	-	90,6	90,7	84,2	86,7	-
	b	198	28	-	47	-	-	3	39	28	53	-
90 - 100	a	89,0	89,7	-	89,0	-	-	93,5	89,5	83,9	85,7	-
	b	368	130	-	179	-	-	5	16	5	33	-

Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden¹⁾

unter 10	a	90,7	90,5	-	88,7	-	-	-	91,5	90,3	90,4	-
	b	23	2	-	6	-	-	-	12	1	2	-
10 - 20	a	90,5	90,0	-	90,9	-	-	96,1	91,9	88,2	89,5	-
	b	269	20	-	45	-	-	1	102	41	60	-
20 - 30	a	89,9	90,3	-	90,6	-	-	93,4	91,1	86,6	89,7	-
	b	419	67	-	71	-	-	3	113	51	114	-
30 - 40	a	89,2	89,8	-	90,2	-	-	92,8	91,5	87,2	88,0	-
	b	363	52	-	66	-	-	6	55	38	146	-
40 - 50	a	87,7	88,2	-	88,3	-	-	-	91,3	84,7	87,6	-
	b	286	17	-	49	-	-	-	20	31	169	-
50 - 80	a	87,7	-	-	87,8	-	-	-	90,1	86,9	87,6	-
	b	234	-	-	31	-	-	-	13	16	174	-

Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden¹⁾

unter 10	a	86,8	-	-	87,9	-	-	-	-	85,7	86,7	-
	b	131	-	-	7	-	-	-	-	5	119	-
10 - 20	a	88,2	88,6	-	88,8	-	-	93,4	90,9	86,5	88,1	-
	b	681	17	-	125	-	-	6	55	90	388	-
20 - 30	a	90,0	89,7	-	90,9	-	-	92,0	91,5	87,0	89,2	-
	b	541	81	-	109	-	-	2	159	65	125	-
30 - 40	a	90,6	90,2	-	90,3	-	-	94,7	91,4	87,5	90,4	-
	b	193	43	-	23	-	-	2	85	13	27	-
40 - 50	a	91,5	91,5	-	90,6	-	-	-	92,2	89,7	90,4	-
	b	36	12	-	2	-	-	-	16	4	2	-
50 - 90	a	89,3	88,7	-	90,6	-	-	-	-	81,3	90,9	-
	b	12	5	-	2	-	-	-	-	1	4	-

*) Wahlbeteiligung.

**) Zahl der Gemeinden.

6 Wahlbeteiligung nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen,
der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden
nach Ländern

Gemeinden von ... bis unter ... %	a*) — b**)	Wähler von 100 Wahlberechtigten									
		Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern

Gemeinden mit 2 000 bis unter 3 000 Einwohnern

Insgesamt	a	89,0	89,6	-	89,4	-	-	92,3	91,3	86,9	88,6	-
	b	821	44	-	101	-	-	32	122	181	341	-

Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden¹⁾

unter 10	a	88,8	-	-	92,9	-	-	95,5	90,8	87,5	88,1	-
	b	305	-	-	5	-	-	4	34	45	217	-
10 - 20	a	89,4	-	-	91,6	-	-	93,5	91,3	86,9	89,8	-
	b	126	-	-	4	-	-	3	29	40	50	-
20 - 30	a	89,3	-	-	-	-	-	92,7	92,3	87,5	89,4	-
	b	40	-	-	-	-	-	1	8	17	14	-
30 - 40	a	90,1	-	-	-	-	-	-	93,2	87,8	89,3	-
	b	11	-	-	-	-	-	-	4	5	2	-
40 - 50	a	88,9	-	-	91,2	-	-	-	93,0	86,2	89,3	-
	b	15	-	-	1	-	-	-	2	5	7	-
50 - 60	a	90,6	-	-	-	-	-	-	92,0	87,6	88,8	-
	b	19	-	-	-	-	-	-	12	5	2	-
60 - 70	a	89,2	-	-	-	-	-	92,4	91,2	87,6	88,5	-
	b	22	-	-	-	-	-	1	7	10	4	-
70 - 80	a	89,1	-	-	90,9	-	-	92,1	91,3	87,5	88,6	-
	b	63	-	-	2	-	-	2	18	30	11	-
80 - 90	a	88,5	89,8	-	90,5	-	-	91,2	90,8	84,2	87,0	-
	b	113	12	-	30	-	-	15	6	21	29	-
90 - 100	a	88,8	89,6	-	88,3	-	-	92,7	88,8	84,2	87,5	-
	b	107	32	-	59	-	-	6	2	3	5	-

Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden¹⁾

unter 10	a	90,4	-	-	-	-	-	-	90,6	-	90,1	-
	b	7	-	-	-	-	-	-	4	-	3	-
10 - 20	a	90,0	90,4	-	90,6	-	-	89,1	91,5	88,0	90,5	-
	b	194	15	-	23	-	-	3	61	60	32	-
20 - 30	a	89,5	89,5	-	89,8	-	-	93,6	91,3	86,6	89,8	-
	b	234	18	-	29	-	-	12	40	59	76	-
30 - 40	a	88,3	88,8	-	88,8	-	-	92,2	91,6	86,3	88,0	-
	b	188	11	-	17	-	-	10	13	41	96	-
40 - 50	a	87,9	-	-	89,1	-	-	91,9	92,7	85,7	87,6	-
	b	132	-	-	24	-	-	7	1	16	84	-
50 - 80	a	87,8	-	-	85,9	-	-	-	86,7	87,0	88,3	-
	b	66	-	-	8	-	-	-	3	5	50	-

Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden¹⁾

unter 10	a	86,6	-	-	80,8	-	-	-	-	85,4	86,9	-
	b	29	-	-	1	-	-	-	-	1	27	-
10 - 20	a	88,0	90,2	-	89,0	-	-	91,8	90,5	85,9	88,1	-
	b	327	2	-	36	-	-	16	12	69	192	-
20 - 30	a	89,5	89,4	-	89,9	-	-	92,6	91,5	87,5	89,7	-
	b	312	14	-	49	-	-	13	48	95	93	-
30 - 40	a	90,4	89,9	-	89,3	-	-	93,6	91,2	88,1	90,3	-
	b	118	22	-	10	-	-	3	46	14	23	-
40 - 50	a	90,3	88,6	-	88,7	-	-	-	91,6	89,4	89,8	-
	b	31	5	-	5	-	-	-	14	2	5	-
50 - 70	a	91,7	92,0	-	-	-	-	-	90,7	-	93,5	-
	b	4	1	-	-	-	-	-	2	-	1	-

*) Wahlbeteiligung.

**) Zahl der Gemeinden.

6 Wahlbeteiligung nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen,
der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden
nach Ländern:

Gemeinden von ... bis unter ... %		Wähler von 100 Wahlberechtigten									
		a*) b**)	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg

Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern

Insgesamt	a)	88,9	89,7	-	89,9	-	92,6	91,6	91,1	86,2	88,6	-
	b)	888	41	-	89	-	7	96	65	230	360	-

Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden¹⁾

unter 10	a)	88,7	-	-	90,9	-	92,6	93,9	91,3	87,0	88,4	-
	b)	265	-	-	11	-	6	6	9	35	198	-
10 - 20	a)	89,1	-	-	90,7	-	92,4	91,5	92,4	86,9	89,6	-
	b)	138	-	-	3	-	1	4	16	49	65	-
20 - 30	a)	88,8	-	-	-	-	-	-	90,8	87,3	90,3	-
	b)	44	-	-	-	-	-	-	3	22	19	-
30 - 40	a)	89,2	-	-	89,4	-	-	91,9	90,9	85,4	90,2	-
	b)	30	-	-	1	-	-	4	3	9	13	-
40 - 50	a)	87,7	-	-	-	-	-	-	90,9	85,8	89,2	-
	b)	20	-	-	-	-	-	-	3	10	7	-
50 - 60	a)	89,1	-	-	-	-	-	93,2	90,5	87,4	88,9	-
	b)	23	-	-	-	-	-	1	6	8	8	-
60 - 70	a)	88,4	-	-	91,6	-	-	90,8	90,7	86,9	90,0	-
	b)	66	-	-	1	-	-	4	12	39	10	-
70 - 80	a)	88,5	92,6	-	92,1	-	-	91,5	90,4	85,8	88,9	-
	b)	86	2	-	4	-	-	14	11	39	16	-
80 - 90	a)	89,4	90,6	-	90,4	-	-	91,5	91,4	81,8	88,4	-
	b)	132	18	-	32	-	-	43	1	18	20	-
90 - 100	a)	89,2	88,8	-	88,7	-	-	91,1	88,9	78,6	89,2	-
	b)	84	21	-	37	-	-	20	1	1	4	-

Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden¹⁾

unter 10	a)	88,9	85,0	-	90,3	-	-	-	-	86,5	89,4	-
	b)	11	1	-	4	-	-	-	-	3	3	-
10 - 20	a)	89,8	90,5	-	90,6	-	-	91,6	91,3	87,8	90,0	-
	b)	260	23	-	28	-	-	26	36	83	64	-
20 - 30	a)	88,9	89,1	-	90,4	-	92,4	91,9	90,7	85,7	89,5	-
	b)	286	15	-	19	-	4	35	24	82	107	-
30 - 40	a)	88,7	87,4	-	89,0	-	92,9	92,1	91,7	85,2	88,6	-
	b)	193	2	-	21	-	3	24	4	34	105	-
40 - 50	a)	87,5	-	-	89,7	-	-	89,5	91,7	84,8	87,6	-
	b)	103	-	-	12	-	-	10	1	21	59	-
50 - 70	a)	86,6	-	-	86,4	-	-	87,8	-	84,0	87,5	-
	b)	35	-	-	5	-	-	1	-	7	22	-

Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden¹⁾

unter 10	a)	86,2	-	-	-	-	-	87,8	-	-	86,0	-
	b)	9	-	-	-	-	-	1	-	-	8	-
10 - 20	a)	87,7	-	-	88,2	-	93,4	91,2	-	85,0	88,2	-
	b)	288	-	-	23	-	2	25	-	71	167	-
20 - 30	a)	89,2	89,3	-	90,4	-	92,3	91,5	91,6	86,5	89,6	-
	b)	369	5	-	39	-	5	47	22	112	139	-
30 - 40	a)	89,8	89,4	-	90,5	-	-	92,3	91,2	87,3	89,5	-
	b)	176	22	-	24	-	-	20	33	43	34	-
40 - 50	a)	90,1	89,9	-	89,6	-	-	91,3	90,3	88,0	90,6	-
	b)	33	5	-	3	-	-	3	9	3	10	-
50 - 80	a)	90,6	90,8	-	-	-	-	-	87,5	91,0	91,0	-
	b)	13	9	-	-	-	-	-	1	1	2	-

*) Wahlbeteiligung.

**) Zahl der Gemeinden.

6 Wahlbeteiligung nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen,
der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden
nach Ländern

		Wähler von 100 Wahlberechtigten										
Gemeinden von ... bis unter ... %	a*) b**)	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land

Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern

Insgesamt	a)	89,3	89,0	-	90,0	-	91,6	91,5	90,7	86,7	88,6	93,6
	b)	941	43	-	118	-	79	140	67	228	256	10

Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden¹⁾

unter 10	a)	89,4	-	-	92,7	-	92,5	93,5	90,2	87,9	87,7	93,4
	b)	150	-	-	6	-	23	7	9	16	84	5
10 - 20	a)	89,4	-	-	92,7	-	91,9	93,2	90,2	86,5	89,0	94,1
	b)	210	-	-	9	-	31	3	16	45	102	4
20 - 30	a)	89,3	-	-	89,7	-	91,6	91,7	91,6	87,3	89,2	-
	b)	78	-	-	3	-	8	6	8	26	27	-
30 - 40	a)	89,9	-	-	89,7	-	90,4	91,6	91,1	85,2	90,3	-
	b)	31	-	-	3	-	1	7	7	7	6	-
40 - 50	a)	90,6	-	-	92,3	-	-	91,3	90,3	89,7	90,9	-
	b)	23	-	-	4	-	-	3	1	12	3	-
50 - 60	a)	89,7	-	-	90,3	-	-	91,4	91,4	88,2	87,4	-
	b)	47	-	-	3	-	-	11	8	22	3	-
60 - 70	a)	88,5	-	-	91,0	-	91,1	91,9	90,4	86,9	88,8	-
	b)	81	-	-	2	-	2	10	13	44	10	-
70 - 80	a)	88,7	91,0	-	90,7	-	89,9	90,8	90,8	85,6	88,6	92,9
	b)	107	5	-	12	-	4	26	4	40	15	1
80 - 90	a)	89,7	88,7	-	90,0	-	89,6	91,5	87,1	83,8	89,2	-
	b)	165	29	-	47	-	9	58	1	15	6	-
90 - 100	a)	88,8	88,8	-	88,0	-	92,3	91,9	-	80,8	-	-
	b)	49	9	-	29	-	1	9	-	1	-	-

Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden¹⁾

unter 10	a)	90,6	85,9	-	-	-	-	92,2	92,5	90,3	89,3	94,4
	b)	22	1	-	-	-	-	4	3	7	6	1
10 - 20	a)	89,8	89,5	-	91,0	-	91,3	91,7	90,7	87,7	89,4	93,4
	b)	409	32	-	39	-	20	59	44	120	88	7
20 - 30	a)	89,1	87,7	-	89,8	-	91,4	91,6	90,6	85,5	88,4	94,4
	b)	310	10	-	44	-	38	50	18	70	79	1
30 - 40	a)	88,6	-	-	88,9	-	92,4	91,1	87,2	84,8	87,6	93,2
	b)	148	-	-	24	-	20	23	2	27	51	1
40 - 50	a)	88,6	-	-	88,7	-	92,0	90,0	-	85,2	88,6	-
	b)	44	-	-	11	-	1	4	-	2	26	-
50 - 70	a)	87,1	-	-	-	-	-	-	-	83,1	88,2	-
	b)	3	-	-	-	-	-	-	-	2	6	-

Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden¹⁾

unter 10	a)	88,7	-	-	-	-	-	-	-	88,7	-	-
	b)	1	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-
10 - 20	a)	88,0	-	-	88,0	-	92,7	91,2	88,1	83,5	88,3	-
	b)	113	-	-	18	-	6	15	1	21	52	-
20 - 30	a)	89,2	89,3	-	90,5	-	91,7	91,5	92,1	86,0	88,4	92,8
	b)	421	1	-	56	-	53	71	10	123	104	3
30 - 40	a)	89,7	88,6	-	90,0	-	91,2	91,6	90,9	87,9	88,8	94,1
	b)	283	13	-	36	-	16	42	34	68	68	6
40 - 50	a)	90,1	89,5	-	89,3	-	91,5	92,1	90,0	90,3	89,4	92,9
	b)	93	19	-	7	-	4	11	16	14	21	1
50 - 70	a)	89,3	88,7	-	91,5	-	-	91,1	89,3	89,0	89,7	-
	b)	30	10	-	1	-	-	1	6	1	11	-

*) Wahlbeteiligung.

**) Zahl der Gemeinden.

6 Wahlbeteiligung nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen,
der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden
nach Ländern

Gemeinden von ... bis unter ... %	a*) ----- b**)	Wähler von 100 Wahlberechtigten									
		Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern

Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern

Insgesamt	a	89,5	90,0	-	89,7	-	90,7	91,2	89,8	87,2	88,0	92,3
	b	630	29	-	95	-	120	100	20	117	123	26

Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden¹⁾

unter 10	a	90,0	-	-	91,3	-	92,1	92,8	89,7	89,2	87,2	92,7
	b	61	-	-	3	-	14	1	1	3	27	12
10 - 20	a	89,4	-	-	91,8	-	91,0	91,9	88,9	86,7	87,7	92,0
	b	140	-	-	6	-	47	12	5	23	43	4
20 - 30	a	89,2	-	-	92,2	-	90,9	91,0	91,1	86,6	88,5	92,1
	b	65	-	-	2	-	12	6	3	16	21	5
30 - 40	a	89,2	-	-	-	-	90,9	91,3	89,8	86,9	89,6	91,1
	b	21	-	-	-	-	1	2	4	6	6	2
40 - 50	a	90,1	-	-	-	-	91,2	91,4	-	88,7	89,1	93,3
	b	25	-	-	-	-	3	6	-	11	3	2
50 - 60	a	89,4	-	-	91,7	-	90,4	91,0	88,3	88,4	89,1	91,4
	b	45	-	-	1	-	7	8	2	20	6	1
60 - 70	a	88,8	-	-	87,6	-	89,8	91,2	90,6	86,8	87,4	-
	b	58	-	-	1	-	4	16	5	26	6	-
70 - 80	a	89,8	90,2	-	91,0	-	89,0	91,6	-	86,5	87,0	-
	b	72	3	-	13	-	9	28	-	12	7	-
80 - 90	a	90,2	89,9	-	90,1	-	90,4	90,5	-	-	89,3	-
	b	106	23	-	42	-	16	21	-	-	4	-
90 - 100	a	88,2	90,6	-	87,6	-	89,8	-	-	-	-	-
	b	37	3	-	27	-	7	-	-	-	-	-

Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden¹⁾

unter 10	a	90,6	91,0	-	88,6	-	92,3	91,5	-	89,4	88,3	91,4
	b	27	2	-	1	-	2	6	-	7	3	6
10 - 20	a	89,9	90,0	-	91,0	-	90,6	91,4	90,2	87,7	88,3	92,6
	b	379	24	-	39	-	67	72	16	72	69	20
20 - 30	a	88,7	89,0	-	88,8	-	90,9	90,3	88,7	86,0	87,6	-
	b	186	3	-	38	-	46	21	4	34	40	-
30 - 40	a	88,0	-	-	88,5	-	90,2	90,9	-	85,9	86,8	-
	b	31	-	-	15	-	3	1	-	3	9	-
40 - 50	a	87,4	-	-	87,8	-	89,1	-	-	86,8	85,4	-
	b	7	-	-	2	-	2	-	-	1	2	-

Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden¹⁾

10 - 20	a	87,3	-	-	87,4	-	87,9	-	-	87,8	86,5	-
	b	12	-	-	6	-	1	-	-	2	3	-
20 - 30	a	89,4	89,3	-	89,6	-	90,7	91,1	-	86,5	88,1	93,4
	b	186	1	-	38	-	58	16	-	37	31	5
30 - 40	a	89,5	90,1	-	89,9	-	90,7	91,1	90,8	87,0	87,4	92,2
	b	282	6	-	35	-	54	53	9	58	50	17
40 - 50	a	89,7	89,6	-	90,1	-	91,6	91,4	88,7	89,0	88,2	91,4
	b	119	14	-	12	-	7	26	9	18	29	4
50 - 70	a	90,2	90,7	-	89,9	-	-	91,2	89,8	89,0	89,7	-
	b	31	8	-	4	-	-	5	2	2	10	-

*) Wahlbeteiligung.

**) Zahl der Gemeinden.

6 Wahlbeteiligung nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen,
der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden
nach Ländern

		Wähler von 100 Wahlberechtigten												
Gemeinden von ... bis unter ... %		a*) b**)	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land	
Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern														
Insgesamt		a)	89,1	88,6	-	89,7	-	90,2	90,1	88,5	86,4	87,4	90,5	
		b)	340	13	-	56	-	124	35	10	59	31	12	
Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden ¹⁾														
unter 10		a)	90,8	-	-	-	-	91,4	-	-	-	89,3	90,6	
		b)	9	-	-	-	-	4	-	-	-	1	4	
10 - 20		a)	89,6	-	-	89,2	-	90,9	-	89,5	88,0	86,1	91,5	
		b)	57	-	-	5	-	32	-	3	6	9	2	
20 - 30		a)	89,1	-	-	93,8	-	90,0	90,3	90,9	86,0	87,9	90,1	
		b)	54	-	-	1	-	27	4	1	10	8	3	
30 - 40		a)	89,2	-	-	89,2	-	90,0	91,9	-	86,1	87,0	91,0	
		b)	31	-	-	1	-	15	4	-	5	4	2	
40 - 50		a)	88,7	-	-	-	-	89,5	90,4	88,7	85,8	-	89,4	
		b)	18	-	-	-	-	7	4	1	5	-	1	
50 - 60		a)	88,2	-	-	-	-	89,4	90,2	88,0	87,1	88,0	-	
		b)	32	-	-	-	-	7	5	3	14	3	-	
60 - 70		a)	88,6	-	-	90,6	-	89,8	89,9	88,0	86,2	88,6	-	
		b)	48	-	-	2	-	14	11	1	16	4	-	
70 - 80		a)	89,0	90,8	-	89,6	-	90,1	88,4	87,5	84,7	88,3	-	
		b)	30	4	-	9	-	5	6	1	3	2	-	
80 - 90		a)	89,6	87,7	-	89,9	-	89,9	93,3	-	-	-	-	
		b)	56	8	-	35	-	12	1	-	-	-	-	
90 - 100		a)	87,6	86,7	-	87,5	-	89,1	-	-	-	-	-	
		b)	5	1	-	3	-	1	-	-	-	-	-	
Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden ¹⁾														
unter 10		a)	89,2	89,8	-	90,1	-	89,3	91,0	-	86,6	-	90,2	
		b)	34	2	-	4	-	12	4	-	7	-	5	
10 - 20		a)	89,1	88,4	-	90,0	-	90,2	90,0	88,5	86,4	87,3	90,8	
		b)	265	11	-	39	-	94	31	10	44	29	7	
20 - 30		a)	89,3	-	-	88,7	-	91,0	-	-	86,6	88,8	-	
		b)	39	-	-	13	-	16	-	-	8	2	-	
30 - 40		a)	89,9	-	-	-	-	89,9	-	-	-	-	-	
		b)	2	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	
Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden ¹⁾														
20 - 30		a)	89,5	-	-	90,8	-	90,4	89,9	-	85,8	86,4	-	
		b)	32	-	-	1	-	23	1	-	5	2	-	
30 - 40		a)	89,3	-	-	89,9	-	90,2	90,9	87,5	85,9	88,8	90,8	
		b)	156	-	-	27	-	70	10	1	31	10	7	
40 - 50		a)	88,8	88,9	-	89,6	-	90,0	89,5	88,7	87,2	86,8	90,1	
		b)	128	4	-	26	-	27	18	9	22	17	5	
50 - 70		a)	89,2	88,5	-	88,5	-	89,6	90,8	-	87,2	88,7	-	
		b)	24	9	-	2	-	4	6	-	1	2	-	
Gemeinden mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern														
Insgesamt		a)	88,1	87,9	-	87,9	-	89,3	88,8	87,0	86,8	86,0	88,4	
		b)	87	3	-	10	-	36	7	6	13	11	1	
Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden ¹⁾														
10 - 20		a)	87,2	-	-	-	-	89,2	-	86,1	-	85,7	-	
		b)	12	-	-	-	-	5	-	1	-	6	-	
20 - 30		a)	88,4	-	-	-	-	89,1	90,1	-	86,3	86,7	-	
		b)	14	-	-	-	-	9	1	-	3	1	-	
30 - 40		a)	87,7	-	-	-	-	89,5	-	-	86,0	88,5	-	
		b)	7	-	-	-	-	3	-	-	3	1	-	
40 - 50		a)	89,0	-	-	-	-	89,5	87,8	89,4	87,4	-	88,4	
		b)	11	-	-	-	-	7	1	1	1	-	1	
50 - 60		a)	88,1	-	-	-	-	89,0	90,0	88,3	87,2	85,3	-	
		b)	13	-	-	-	-	4	2	2	4	1	-	
60 - 70		a)	87,8	-	-	-	-	89,4	88,0	85,6	87,4	86,3	-	
		b)	11	-	-	-	-	4	2	2	2	1	-	
70 - 80		a)	88,2	90,4	-	88,3	-	-	88,3	-	-	84,7	-	
		b)	9	1	-	6	-	-	1	-	-	1	-	
80 - 90		a)	88,0	87,0	-	87,2	-	89,5	-	-	-	-	-	
		b)	10	2	-	4	-	4	-	-	-	-	-	
Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden ¹⁾														
unter 10		a)	88,8	87,0	-	87,5	-	89,9	88,7	-	87,9	-	-	
		b)	20	2	-	3	-	10	3	-	2	-	-	
10 - 20		a)	87,9	90,4	-	88,1	-	89,1	88,8	87,0	86,6	86,0	88,4	
		b)	67	1	-	7	-	26	4	6	11	11	1	
Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden ¹⁾														
30 - 40		a)	88,8	-	-	89,0	-	89,5	90,8	85,6	87,0	85,1	-	
		b)	32	-	-	1	-	23	1	1	4	2	-	
40 - 50		a)	87,9	87,5	-	88,1	-	89,0	88,5	87,6	87,0	86,3	88,4	
		b)	42	1	-	7	-	13	3	4	7	6	1	
50 - 60		a)	87,0	88,1	-	86,9	-	-	88,4	86,1	86,0	86,0	-	
		b)	13	2	-	2	-	-	3	1	2	3	-	

*) Wahlbeteiligung.

**) Zahl der Gemeinden.

6 Wahlbeteiligung nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen,
der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden
nach Ländern

Gemeinden von ... bis unter ... %	a*) b**)	Wähler von 100 Wahlberechtigten										
		Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land
Gemeinden mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern												
Insgesamt	a	88,0	-	-	88,5	84,6	88,7	87,9	88,3	86,0	86,9	87,0
	b	35	-	-	6	1	14	3	3	4	3	1
Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden ¹⁾												
10 - 20	a	86,9	-	-	-	-	88,5	-	-	-	85,6	-
	b	2	-	-	-	-	1	-	-	-	1	-
20 - 30	a	88,4	-	-	-	-	89,0	-	87,9	-	87,0	-
	b	5	-	-	-	-	3	-	1	-	1	-
30 - 40	a	88,1	-	-	-	-	89,0	-	89,2	86,1	-	-
	b	3	-	-	-	-	1	-	1	1	-	-
40 - 50	a	88,0	-	-	-	-	89,0	87,1	-	-	-	87,0
	b	4	-	-	-	-	2	1	-	-	-	1
50 - 60	a	88,1	-	-	88,7	-	88,4	-	87,7	85,6	88,4	-
	b	9	-	-	2	-	4	-	1	1	1	-
60 - 70	a	88,0	-	-	89,2	-	88,7	87,5	-	86,3	-	-
	b	7	-	-	2	-	2	1	-	2	-	-
70 - 80	a	88,1	-	-	87,4	-	88,7	88,7	-	-	-	-
	b	4	-	-	2	-	1	1	-	-	-	-
80 - 90	a	84,6	-	-	-	84,6	-	-	-	-	-	-
	b	1	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-
Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden ¹⁾												
unter 10	a	88,4	-	-	88,8	84,6	89,2	87,9	87,7	-	88,4	-
	b	15	-	-	4	1	5	3	1	-	1	-
10 - 20	a	87,7	-	-	87,9	-	88,5	-	88,7	86,0	86,3	87,0
	b	20	-	-	2	-	9	-	2	4	2	1
Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden ¹⁾												
30 - 40	a	88,8	-	-	89,2	-	88,7	-	-	-	-	-
	b	9	-	-	2	-	7	-	-	-	-	-
40 - 50	a	87,9	-	-	88,7	84,6	88,6	87,1	87,7	86,3	-	-
	b	13	-	-	2	1	6	1	1	2	-	-
50 - 70	a	87,5	-	-	87,4	-	90,2	88,2	88,7	85,9	86,9	87,0
	b	13	-	-	2	-	1	2	2	2	3	1
Gemeinden mit 200 000 und mehr Einwohnern												
Insgesamt	a	87,3	87,8	88,8	88,4	88,5	87,5	86,2	-	86,2	85,1	-
	b	30	2	1	2	1	16	2	-	3	3	-
Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden ¹⁾												
10 - 20	a	88,3	-	-	-	-	88,3	-	-	-	-	-
	b	1	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-
20 - 30	a	85,2	-	-	-	-	85,6	-	-	-	84,8	-
	b	5	-	-	-	-	3	-	-	-	2	-
30 - 40	a	88,0	-	-	-	-	88,0	-	-	-	-	-
	b	2	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-
40 - 50	a	87,0	-	-	-	-	87,5	-	-	85,2	-	-
	b	6	-	-	-	-	4	-	-	2	-	-
50 - 60	a	87,4	-	-	-	-	88,5	86,2	-	87,3	86,2	-
	b	3	-	-	-	-	4	2	-	1	1	-
60 - 70	a	88,0	-	-	87,7	-	88,1	-	-	-	-	-
	b	2	-	-	1	-	1	-	-	-	-	-
70 - 80	a	88,8	88,1	88,8	88,7	-	89,5	-	-	-	-	-
	b	4	1	1	1	-	1	-	-	-	-	-
80 - 90	a	88,2	87,4	-	-	88,5	-	-	-	-	-	-
	b	2	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-
Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden ¹⁾												
unter 10	a	87,6	87,8	-	88,4	88,5	88,0	86,2	-	85,3	85,9	-
	b	16	2	-	2	1	7	1	-	1	2	-
10 - 20	a	87,0	-	88,8	-	-	87,1	86,2	-	86,6	84,7	-
	b	14	-	1	-	-	9	1	-	2	1	-
Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden ¹⁾												
30 - 40	a	87,4	-	-	-	-	87,4	-	-	-	-	-
	b	3	-	-	-	-	3	-	-	-	-	-
40 - 50	a	87,4	87,4	-	87,7	-	87,9	-	-	85,3	85,9	-
	b	13	1	-	1	-	8	-	-	1	2	-
50 - 70	a	87,2	88,1	88,8	88,7	88,5	86,9	86,2	-	86,6	84,7	-
	b	14	1	1	1	1	5	2	-	2	1	-

*) Wahlbeteiligung.
**) Zahl der Gemeinden.

1) Nach dem Ergebnis bei der Volkszählung 1970 umgerechnet auf
den Gebietsstand bei der Bundestagswahl 1980.

7 Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den 1980 gewählten Wahlkreisbewerber

Wahlkreis		Partei- zuge- hörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil an den gültigen Erststimmen		Wahlkreis		Partei- zuge- hörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil an den gültigen Erststimmen	
Nr.	Name		1980	1976 ¹⁾	Nr.	Name		1980	1976 ¹⁾
70 Prozent und mehr					189	Rottweil	CDU	57,6	60,6
213	Deggendorf	CSU	72,0	73,3	12	Hamburg-Mitte	SPD	57,5	57,1
27	Cloppenburg - Vechta	CDU	71,5	77,3	91	Recklinghausen I	SPD	57,5	58,4
196	Biberach	CDU	70,6	73,6	149	Cochem	CDU	57,5	60,5
60 bis unter 70 Prozent					119	Hochsauerlandkreis	CDU	57,4	60,7
216	Rottal-Inn	CSU	69,7	70,1	113	Dortmund I	SPD	57,3	57,8
234	Bad Kissingen	CSU	69,1	70,0	233	Aschaffenburg	CSU	56,7	58,0
243	Ostallgäu	CSU	68,6	70,0	87	Mülheim	SPD	56,5	57,9
217	Straubing	CSU	67,2	69,3	147	Ahrweiler	CDU	56,4	60,0
222	Bamberg	CSU	66,7	68,2	52	Bremerhaven - Bremen-Nord ..	SPD	56,3	56,3
211	Traunstein	CSU	66,7	68,4	201	Fürstenfeldbruck	CSU	56,1	58,2
89	Essen II	SPD	66,6	66,6	132	Fulda	CDU	56,0	58,9
239	Augsburg-Land	CSU	66,4	68,0	11	Lübeck	SPD	55,7	54,1
240	Donau-Ries	CSU	65,7	68,0	188	Offenburg	CDU	55,7	59,1
220	Schwandorf	CSU	65,6	66,4	237	Würzburg	CSU	55,7	57,4
200	Freising	CSU	65,5	68,6	223	Bayreuth	CSU	55,6	55,1
202	Ingolstadt	CSU	65,5	66,2	81	Kleve	CDU	55,5	59,8
215	Passau	CSU	65,4	66,9	177	Rastatt	CDU	55,5	58,0
212	Weilheim	CSU	65,4	66,5	190	Schwarzwald-Baar	CDU	55,4	55,5
85	Duisburg II	SPD	65,3	65,9	179	Mannheim I	SPD	55,3	52,7
151	Bitburg	CDU	65,1	69,7	184	Calw	CDU	55,2	58,3
112	Herne	SPD	64,8	64,7	121	Olpe - Siegen II	CDU	54,8	56,9
199	Altötting	CSU	64,5	67,2	21	Friesland - Wilhelmshaven ..	SPD	54,6	53,2
218	Amberg	CSU	64,4	66,9	16	Hamburg-Wandsbek	SPD	54,5	52,3
114	Dortmund II	SPD	64,1	63,5	65	Rhein-Sieg-Kreis II	CDU	54,5	58,3
107	Paderborn	CDU	63,9	68,6	176	Karlsruhe-Land	CDU	54,5	56,9
198	Zollernalb - Sigmaringen ..	CDU	63,6	66,4	92	Recklinghausen II	SPD	54,4	54,1
219	Regensburg	CSU	63,3	64,6	192	Waldshut	CDU	54,4	58,3
214	Landshut	CSU	63,1	66,1	26	Mittelems	CDU	54,4	60,9
209	Rosenheim	CSU	62,5	63,4	44	Salzgitter - Wolfenbüttel ..	SPD	54,2	53,3
19	Aurich - Emden	SPD	62,4	59,9	157	Ludwigshafen	SPD	54,1	53,1
235	Main-Spessart	CSU	62,3	63,5	48	Northeim - Osterode	SPD	54,1	52,4
93	Gelsenkirchen I	SPD	62,2	63,3	173	Backnang - Schwäbisch Gmünd	CDU	54,0	56,5
96	Borken	CDU	62,0	65,3	109	Ennepe-Ruhr-Kreis I	SPD	54,0	54,4
17	Hamburg-Bergedorf	SPD	61,3	59,7	62	Köln IV	SPD	54,0	55,0
111	Bochum II - Ennepe- Ruhr-Kreis II	SPD	61,3	61,4	117	Ham - Unna II	SPD	54,0	53,4
227	Ansbach	CSU	61,3	64,4	195	Ulm	CDU	53,7	56,6
241	Neu-Ulm	CSU	61,2	61,7	36	Stadt Hannover I	SPD	53,7	52,6
94	Gelsenkirchen II - Recklinghausen III	SPD	61,0	61,6	174	Aalen - Heidenheim	CDU	53,5	57,1
242	Oberallgäu	CSU	60,9	62,5	82	Wesel I	SPD	53,5	52,7
181	Odenwald - Tauber	CDU	60,8	63,4	244	Saarbrücken I	SPD	53,4	48,8
232	Roth	CSU	60,4	60,7	43	Hildesheim	SPD	53,4	51,0
226	Kulmbach	CSU	60,4	61,8	125	Kassel	SPD	53,3	53,7
236	Schweinfurt	CSU	60,3	61,9	37	Stadt Hannover II	SPD	53,3	52,6
210	Starnberg	CSU	60,2	62,5	191	Konstanz	CDU	52,8	54,2
50 bis unter 60 Prozent					194	Tübingen	CDU	52,7	54,4
221	Weiden	CSU	59,98	62,1	100	Warendorf	CDU	52,7	56,7
95	Bottrop - Recklinghausen IV	SPD	59,9	57,9	57	Erftkreis I	SPD	52,7	50,9
110	Bochum I	SPD	59,9	60,1	106	Höxter - Lippe II	CDU	52,6	55,8
86	Oberhausen	SPD	59,9	58,8	159	Kaiserslautern	SPD	52,6	50,8
84	Duisburg I	SPD	59,4	59,3	14	Hamburg-Eimsbüttel	SPD	52,5	52,2
97	Coesfeld - Steinfurt I	CDU	59,3	64,0	34	Nienburg - Schaumburg	SPD	52,3	50,1
18	Hamburg-Harburg	SPD	59,2	58,9	108	Hagen	SPD	52,2	49,4
83	Wesel II	SPD	59,2	57,1	127	Schwalm-Eder	SPD	52,2	50,5
116	Unna I	SPD	59,1	58,5	124	Waldeck	SPD	52,1	49,7
88	Essen I	SPD	59,1	58,3	41	Hameln - Holzminden	SPD	52,1	51,0
197	Ravensburg - Bodensee	CDU	59,0	63,0	103	Herford	SPD	52,1	51,4
115	Dortmund III	SPD	58,6	59,1	61	Köln III	SPD	52,1	53,2
51	Bremen-West	SPD	58,4	59,2	152	Trier	CDU	51,9	56,2
55	Heinsberg	CDU	58,4	61,6	101	Gütersloh	CDU	51,8	54,9
5	Kiel	SPD	58,3	57,2	193	Reutlingen	CDU	51,7	56,1
126	Werra - Meißner	SPD	58,2	58,1	248	Homburg	SPD	51,7	49,1
					229	Fürth	CSU	51,6	52,4
					70	Wuppertal II	SPD	51,5	48,5
					130	Lahn-Dill	SPD	51,5	47,4
					45	Braunschweig	SPD	51,5	51,0

7 Wahlkreise in der Reihenfolge der Erststimmenanteile für den 1980 gewählten Wahlkreisbewerber

Wahlkreis		Partei- zuge- hörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil an den gültigen Erststimmen		Wahlkreis		Partei- zuge- hörigkeit des gewählten Bewerbers	Anteil an den gültigen Erststimmen	
Nr.	Name		1980	1976 ¹⁾	Nr.	Name		1980	1976 ¹⁾
104	Minden-Lübbecke	SPD	51,4	49,7	167	Göppingen	CDU	48,4	50,8
6	Plön - Neumünster	SPD	51,4	49,1	140	Frankfurt am Main III	SPD	48,4	46,9
172	Schwäbisch Hall	CDU	51,4	55,1	148	Koblenz	CDU	48,4	52,3
23	Delmenhorst - Wesermarsch ..	SPD	51,4	49,5	73	Mettmann II	SPD	48,3	49,4
187	Emmendingen - Lahr	CDU	51,2	55,2	225	Hof	SPD	48,3	48,7
155	Worms	SPD	51,1	49,8	169	Ludwigsburg	CDU	48,3	48,9
128	Hersfeld	SPD	51,1	50,3	67	Rheinisch-Bergischer Kreis I	CDU	48,2	51,3
68	Leverkusen - Rheinisch- Bergischer Kreis II	SPD	51,1	50,5	46	Helmstedt - Wolfsburg	SPD	48,2	47,2
123	Märkischer Kreis II	SPD	51,0	49,2	3	Steinburg - Dithmarschen-Süd	SPD	48,1	44,9
20	Unterems	CDU	51,0	56,5	180	Mannheim II	SPD	48,1	47,0
47	Goslar	SPD	51,0	50,0	164	Böblingen	CDU	48,0	51,2
24	Cuxhaven	SPD	50,9	45,9	247	Sankt Wendel	CDU	47,9	50,9
42	Hannover-Land II	SPD	50,8	50,5	49	Göttingen	SPD	47,9	46,3
156	Frankenthal	SPD	50,7	49,5	163	Stuttgart-Nord	SPD	47,9	49,4
238	Augsburg-Stadt	CSU	50,6	51,1	228	Erlangen	CSU	47,7	49,5
245	Saarbrücken II	SPD	50,6	47,7	135	Rheingau-Taunus - Limburg ..	CDU	47,7	52,9
29	Verden	SPD	50,6	49,9	165	Esslingen	SPD	47,6	45,3
141	Groß-Gerau	SPD	50,6	51,3	99	Münster	CDU	47,6	51,8
59	Köln I	SPD	50,5	50,3	246	Saarlouis	CDU	47,5	50,4
208	München-Land	CSU	50,4	54,4	207	München-West	CSU	47,4	50,1
13	Hamburg-Altona	SPD	50,4	51,2	76	Neuss I	CDU	47,3	49,8
231	Nürnberg-Süd	SPD	50,3	51,9	145	Bergstraße	SPD	47,3	45,6
182	Rhein-Neckar	CDU	50,3	53,6	150	Kreuznach	SPD	47,1	44,9
131	Gießen	SPD	50,3	47,3	32	Osnabrück-Land	CDU	47,1	52,9
75	Düsseldorf II	SPD	50,2	50,5	30	Soltan - Rotenburg	CDU	47,0	51,9
56	Düren	CDU	50,1	53,7	168	Waiblingen	CDU	47,0	48,9
204	München-Nord	SPD	50,1	47,4	142	Offenbach	SPD	47,0	46,8
161	Landau	CDU	50,0	53,5	39	Celle - Uelzen	CDU	46,9	51,9
118	Soest	CDU	50,0	53,9	79	Krefeld	SPD	46,9	43,8
38	Hannover-Land I	SPD	50,0	48,9	122	Märkischer Kreis I	CDU	46,8	48,8
unter 50 Prozent					146	Neuwied	CDU	46,7	50,4
4	Rendsburg-Eckernförde	SPD	49,8	47,7	158	Neustadt - Speyer	CDU	46,6	50,6
105	Lippe I	SPD	49,8	49,1	64	Rhein-Sieg-Kreis I	CDU	46,6	51,2
160	Pirmasens	CDU	49,8	51,6	10	Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd	SPD	46,6	45,1
1	Flensburg - Schleswig	SPD	49,7	49,0	154	Mainz	SPD	46,6	46,0
15	Hamburg-Nord	SPD	49,7	49,8	138	Frankfurt am Main I - Main-Taunus	SPD	46,6	44,3
134	Wetterau	SPD	49,6	47,7	133	Hochtaunus	CDU	46,5	50,8
129	Marburg	SPD	49,6	47,3	25	Stade	SPD	46,5	43,2
58	Euskirchen - Erftkreis II ..	CDU	49,6	52,9	171	Heilbronn	CDU	46,3	48,3
120	Siegen I	SPD	49,5	47,6	183	Pforzheim	CDU	46,1	49,0
71	Solingen - Remscheid	SPD	49,5	48,4	28	Diepholz	SPD	46,0	41,9
72	Mettmann I	SPD	49,4	47,4	98	Steinfurt II	CDU	46,0	51,1
80	Viersen	CDU	49,4	53,8	170	Neckar-Zaber	CDU	46,0	49,4
33	Osnabrück	SPD	49,4	46,8	153	Montabaur	CDU	46,0	49,3
63	Bonn	CDU	49,3	54,1	53	Aachen	CDU	45,9	48,2
54	Kreis Aachen	SPD	49,3	48,1	8	Segeberg - Stormarn-Nord ...	SPD	45,9	44,0
144	Odenwald	SPD	49,3	46,9	203	München-Mitte	SPD	45,6	43,5
166	Nürtingen	CDU	49,2	52,8	186	Lörrach - Müllheim	CDU	45,5	49,8
143	Darmstadt	SPD	49,2	48,5	175	Karlsruhe-Stadt	SPD	45,2	44,4
224	Coburg	CSU	49,1	49,0	69	Wuppertal I	SPD	45,1	42,7
66	Oberbergischer Kreis	CDU	49,1	52,6	230	Nürnberg-Nord	SPD	45,1	46,4
137	Hanau	SPD	49,1	47,2	178	Heidelberg	SPD	44,9	43,1
90	Essen III	SPD	49,1	49,3	2	Nordfriesland - Dithmarschen- Nord	SPD	44,9	43,5
22	Oldenburg - Ammerland	SPD	48,8	47,4	205	München-Ost	CSU	44,8	47,9
9	Ostholstein	SPD	48,8	45,9	206	München-Süd	CSU	44,4	47,8
40	Gifhorn - Peine	SPD	48,7	45,8	139	Frankfurt am Main II	SPD	44,4	43,5
102	Bielefeld	SPD	48,7	47,9	35	Harburg	CDU	44,2	49,2
77	Neuss II	CDU	48,7	52,2	60	Köln II	SPD	44,0	43,8
7	Pinneberg	SPD	48,6	46,2	31	Lüneburg - Lüchow-Dannenberg	CDU	43,9	50,5
78	Mönchengladbach	CDU	48,6	52,8	74	Düsseldorf I	CDU	43,8	46,9
50	Bremen-Ost	SPD	48,5	49,0	185	Freiburg	CDU	43,5	48,5
136	Wiesbaden	SPD	48,5	46,0	162	Stuttgart-Süd	CDU	41,9	45,3

1) In der Abgrenzung der Wahlkreise für die Bundestagswahl 1980.

8 Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger
und den Erstunterlegenen

Wahlkreis		1980				1976 ¹⁾			
		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Partei mit den		Abstand von der Partei mit den höchsten Erststimmen	
						höchsten	zweit-höchsten		
Nr.	Name	Gewählten	Erstunterlegenen	Anzahl	§ 2)	Erststimmen		Anzahl	§ 2)

Abstand von unter 1 000 Stimmen³⁾

60	Köln II	SPD	CDU	103	0,1	CDU	SPD	4 001	2,9
162	Stuttgart-Süd	CDU	SPD	237	0,1	CDU	SPD	4 997	3,0
247	Sankt Wendel	CDU	SPD	331	0,2	CDU	SPD	9 581	6,5
230	Nürnberg-Nord	SPD	CSU	350	0,2	SPD	CSU	545	0,3
31	Lüneburg - Lüchow-Dannenberg	CDU	SPD	419	0,4	CDU	SPD	9 352	8,1
98	Steinfurt II	CDU	SPD	630	0,4	CDU	SPD	14 646	8,6
53	Aachen	CDU	SPD	631	0,5	CDU	SPD	1 408	1,0

Abstand von 1 000 bis unter 2 000 Stimmen³⁾

246	Saarlouis	CDU	SPD	1 063	0,7	CDU	SPD	10 036	6,8
2	Nordfriesland - Dithmarschen-Nord ..	SPD	CDU	1 113	0,8	CDU	SPD	6 317	4,6
165	Esslingen	SPD	CDU	1 529	1,2	CDU	SPD	4 728	3,6
178	Heidelberg	SPD	CDU	1 961	1,3	CDU	SPD	7 840	5,3
175	Karlsruhe-Stadt	SPD	CDU	1 993	1,2	CDU	SPD	5 237	3,1

Abstand von 2 000 bis unter 5 000 Stimmen³⁾

35	Harburg	CDU	SPD	2 151	1,8	CDU	SPD	8 797	7,9
74	Düsseldorf I	CDU	SPD	2 164	1,1	CDU	SPD	6 375	3,0
171	Heilbronn	CDU	SPD	2 185	1,2	CDU	SPD	6 172	3,5
30	Soltau - Rotenburg	CDU	SPD	2 378	2,0	CDU	SPD	11 597	9,8
153	Montabaur	CDU	SPD	2 607	1,4	CDU	SPD	10 580	5,6
122	Märkischer Kreis I	CDU	SPD	2 624	2,0	CDU	SPD	5 162	3,9
139	Frankfurt am Main II	SPD	CDU	2 729	2,0	CDU	SPD	2 688	1,8
158	Neustadt - Speyer	CDU	SPD	3 371	2,3	CDU	SPD	11 149	7,8
79	Krefeld	SPD	CDU	3 383	2,3	CDU	SPD	6 339	4,2
225	Hof	SPD	CSU	3 402	1,9	SPD	CSU	3 208	1,8
205	München-Ost	CSU	SPD	3 552	2,4	CSU	SPD	8 630	5,7
203	München-Mitte	SPD	CSU	3 776	3,7	CSU	SPD	2 981	2,7
145	Bergstraße	SPD	CDU	3 783	2,4	CDU	SPD	4 494	2,9
185	Freiburg	CDU	SPD	3 946	2,5	CDU	SPD	15 195	9,8
150	Kreuznach	SPD	CDU	4 142	2,6	SPD	CDU	3 811	2,4
76	Nauss I	CDU	SPD	4 162	3,4	CDU	SPD	8 064	6,8
146	Neuwied	CDU	SPD	4 378	2,3	CDU	SPD	13 498	7,3
32	Osnabrück-Land	CDU	SPD	4 453	3,3	CDU	SPD	15 286	11,6
8	Segeberg - Stormarn-Nord	SPD	CDU	4 554	2,6	CDU	SPD	5 692	3,4
224	Coburg	CSU	SPD	4 595	3,3	CSU	SPD	3 763	2,7
183	Pforzheim	CDU	SPD	4 663	2,9	CDU	SPD	11 646	7,4
206	München-Süd	CSU	SPD	4 792	3,2	CSU	SPD	12 897	8,4

Abstand von 5 000 bis unter 10 000 Stimmen³⁾

28	Diepholz	SPD	CDU	5 013	4,1	CDU	SPD	8 094	6,8
25	Stade	SPD	CDU	5 269	3,4	CDU	SPD	10 212	7,0
135	Rheingau-Taunus - Limburg	CDU	SPD	5 575	3,4	CDU	SPD	20 236	12,6
64	Rhein-Sieg-Kreis I	CDU	SPD	5 929	4,0	CDU	SPD	14 132	10,0
186	Lörrach - Müllheim	CDU	SPD	5 995	4,1	CDU	SPD	12 965	8,9
39	Celle - Uelzen	CDU	SPD	6 097	3,5	CDU	SPD	18 279	10,6
154	Mainz	SPD	CDU	6 249	3,4	SPD	CDU	617	0,3
170	Neckar-Zaber	CDU	SPD	6 308	4,8	CDU	SPD	8 903	7,2
46	Helmstedt - Wolfsburg	SPD	CDU	6 357	4,2	SPD	CDU	17	0,0
9	Ostholstein	SPD	CDU	6 437	5,3	CDU	SPD	1 128	1,0
180	Mannheim II	SPD	CDU	6 804	5,1	SPD	CDU	935	0,7
3	Steinburg - Dithmarschen-Süd	SPD	CDU	6 961	5,2	CDU	SPD	4 694	3,5
148	Koblenz	CDU	SPD	7 036	4,4	CDU	SPD	18 478	11,6
73	Mettmann II	SPD	CDU	7 221	5,0	SPD	CDU	9 047	6,3
138	Frankfurt am Main I - Main-Taunus ..	SPD	CDU	7 260	4,8	SPD	CDU	286	0,2
10	Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd ..	SPD	CDU	7 322	4,0	CDU	SPD	2 450	1,4
160	Pirmasens	CDU	SPD	7 335	5,7	CDU	SPD	13 428	10,3
133	Hochtaunus	CDU	SPD	7 361	3,8	CDU	SPD	17 820	9,5
40	Gifhorn - Peine	SPD	CDU	8 888	5,4	CDU	SPD	4 488	2,9
142	Offenbach	SPD	CDU	8 968	5,0	SPD	CDU	4 118	2,2
33	Osnabrück	SPD	CDU	9 097	5,9	CDU	SPD	758	0,5
169	Ludwigsburg	CDU	SPD	9 153	5,9	CDU	SPD	11 611	7,6
69	Wuppertal I	SPD	CDU	9 447	7,3	SPD	CDU	2 844	2,1
67	Rheinisch-Bergischer Kreis I	CDU	SPD	9 888	7,4	CDU	SPD	13 764	10,6

8 Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger
und den Erstunterlegenen

Nr.	Wahlkreis	Name	1980				1976 ¹⁾			
			Partei des		Abstand der Erst-		Partei mit den		Abstand von der	
			Gewählten	Erst- unter- legenen	Anzahl	§ 2)	höchsten	zweit- höchsten	höchsten	Partei mit den Erststimmen

Abstand von 10 000 bis unter 15 000 Stimmen³⁾

245	Saarbrücken II	SPD	CDU	10 461	7,0	SPD	CDU	2 242	1,5
77	Neuss II	CDU	SPD	10 580	8,1	CDU	SPD	15 099	12,0
182	Rhein-Neckar	CDU	SPD	10 681	7,9	CDU	SPD	20 293	15,5
129	Marburg	SPD	CDU	10 762	7,6	SPD	CDU	2 293	1,6
140	Frankfurt am Main I	SPD	CDU	10 763	8,0	SPD	CDU	5 002	3,5
24	Cuxhaven	SPD	CDU	10 920	8,7	CDU	SPD	2 599	2,1
54	Kreis Aachen	SPD	CDU	11 041	5,8	SPD	CDU	3 041	1,6
66	Oberbergischer Kreis	CDU	SPD	11 064	7,1	CDU	SPD	18 754	12,3
120	Siegen I	SPD	CDU	11 128	7,7	SPD	CDU	4 937	3,4
49	Göttingen	SPD	CDU	11 308	7,1	SPD	CDU	1 599	1,0
168	Waiblingen	CDU	SPD	11 314	7,3	CDU	SPD	14 105	9,2
56	Düren	CDU	SPD	11 416	7,5	CDU	SPD	19 414	12,8
207	München-West	CSU	SPD	11 979	8,9	CSU	SPD	14 372	10,4
4	Rendsburg-Eckernförde	SPD	CDU	12 046	7,5	SPD	CDU	3 143	2,0
167	Göppingen	CDU	SPD	12 556	9,0	CDU	SPD	14 307	10,3
136	Wiesbaden	SPD	CDU	12 660	7,6	SPD	CDU	1 644	1,0
134	Wetterau	SPD	CDU	12 696	7,7	SPD	CDU	4 163	2,6
228	Erlangen	CSU	SPD	12 890	6,5	CSU	SPD	16 527	8,7
78	Mönchengladbach	CDU	SPD	13 005	8,3	CDU	SPD	21 849	13,4
144	Odenwald	SPD	CDU	13 070	6,7	SPD	CDU	1 107	0,6
128	Hersfeld	SPD	CDU	13 146	9,2	SPD	CDU	8 037	5,6
164	Böblingen	CDU	SPD	13 182	7,7	CDU	SPD	19 246	11,9
156	Frankenthal	SPD	CDU	13 202	10,8	SPD	CDU	9 427	7,9
204	München-Nord	SPD	CSU	13 261	9,4	SPD	CSU	3 991	2,8
72	Mettmann I	SPD	CDU	13 377	8,6	SPD	CDU	3 661	2,5
137	Hanau	SPD	CDU	13 476	7,1	SPD	CDU	3 179	1,7
99	Münster	CDU	SPD	13 636	8,7	CDU	SPD	20 911	13,4
47	Goslar	SPD	CDU	13 731	10,2	SPD	CDU	8 139	6,0
20	Unterems	CDU	SPD	13 740	9,1	CDU	SPD	25 160	17,2
231	Nürnberg-Süd	SPD	CSU	13 858	9,3	SPD	CSU	16 584	10,8
80	Viersen	CDU	SPD	13 900	8,4	CDU	SPD	23 732	14,5
163	Stuttgart-Nord	SPD	CDU	13 998	8,4	SPD	CDU	14 389	8,2
166	Nürtingen	CDU	SPD	14 692	11,0	CDU	SPD	18 029	14,0
90	Essen III	SPD	CDU	14 982	8,7	SPD	CDU	11 218	6,3

Abstand von 15 000 bis unter 20 000 Stimmen³⁾

6	Plön - Neumünster	SPD	CDU	15 121	11,4	SPD	CDU	6 777	5,1
68	Leverkusen - Rheinisch-Bergischer Kreis II	SPD	CDU	15 347	11,9	SPD	CDU	11 859	9,2
7	Pinneberg	SPD	CDU	15 391	9,0	SPD	CDU	2 542	1,5
105	Lippe I	SPD	CDU	15 405	11,1	SPD	CDU	10 303	7,5
29	Verden	SPD	CDU	15 425	11,5	SPD	CDU	7 469	5,9
1	Flensburg - Schleswig	SPD	CDU	15 465	9,1	SPD	CDU	8 711	5,2
131	Gießen	SPD	CDU	15 647	9,4	SPD	CDU	4 023	2,4
238	Augsburg-Stadt	CSU	SPD	15 948	10,7	CSU	SPD	14 782	9,5
118	Soest	CDU	SPD	16 003	9,6	CDU	SPD	24 483	14,9
152	Trier	CDU	SPD	16 099	11,0	CDU	SPD	25 416	17,5
123	Märkischer Kreis II	SPD	CDU	16 224	11,8	SPD	CDU	9 466	6,7
248	Homburg	SPD	CDU	16 502	10,7	SPD	CDU	8 328	5,4
127	Schwalm-Eder	SPD	CDU	16 523	13,0	SPD	CDU	10 868	8,7
59	Köln I	SPD	CDU	16 892	13,4	SPD	CDU	12 815	9,8
161	Landau	CDU	SPD	17 069	11,0	CDU	SPD	24 845	16,6
70	Wuppertal II	SPD	CDU	17 337	14,2	SPD	CDU	10 306	8,1
124	Waldeck	SPD	CDU	17 446	13,3	SPD	CDU	10 094	7,8
155	Worms	SPD	CDU	17 545	12,2	SPD	CDU	11 236	8,0
38	Hannover-Land I	SPD	CDU	18 191	9,8	SPD	CDU	8 653	4,9
194	Tübingen	CDU	SPD	18 227	15,5	CDU	SPD	19 478	17,2
71	Solingen - Remscheid	SPD	CDU	18 508	10,1	SPD	CDU	11 013	5,8
192	Waldshut	CDU	SPD	18 760	18,7	CDU	SPD	23 754	23,7
102	Bielefeld	SPD	CDU	18 946	9,3	SPD	CDU	12 699	6,1
208	München-Land	CSU	SPD	18 951	13,1	CSU	SPD	27 901	20,8
223	Bayreuth	CSU	SPD	19 066	17,5	CSU	SPD	18 090	16,7
130	Lahn-Dill	SPD	CDU	19 199	11,4	SPD	CDU	7 528	4,5
121	Olpe - Siegen II	CDU	SPD	19 632	16,4	CDU	SPD	23 031	19,6

Abstand von 20 000 bis unter 30 000 Stimmen³⁾

143	Darmstadt	SPD	CDU	20 291	11,8	SPD	CDU	12 817	7,4
179	Mannheim I	SPD	CDU	20 556	17,1	SPD	CDU	17 135	13,3
108	Hagen	SPD	CDU	20 577	14,3	SPD	CDU	15 462	10,3
244	Saarbrücken I	SPD	CDU	20 590	15,1	SPD	CDU	10 777	7,5
187	Emmendingen - Lahr	CDU	SPD	20 638	13,9	CDU	SPD	27 858	19,0
75	Düsseldorf II	SPD	CDU	20 782	11,8	SPD	CDU	15 650	8,7
141	Groß-Gerau	SPD	CDU	21 065	11,5	SPD	CDU	17 748	10,0
103	Herford	SPD	CDU	21 283	13,5	SPD	CDU	16 506	10,4
82	Wesel I	SPD	CDU	21 294	15,6	SPD	CDU	15 821	12,1
58	Euskirchen - Erftkreis I	CDU	SPD	21 322	12,0	CDU	SPD	24 625	14,3
63	Bonn	CDU	SPD	21 330	11,9	CDU	SPD	36 802	20,0
157	Ludwigshafen	SPD	CDU	21 521	15,6	SPD	CDU	16 470	11,7
191	Konstanz	CDU	SPD	21 531	16,3	CDU	SPD	21 990	16,9
173	Backnang - Schwäbisch Gmünd	CDU	SPD	21 858	17,8	CDU	SPD	23 180	19,3
172	Schwäbisch Hall	CDU	SPD	22 266	15,8	CDU	SPD	27 006	19,5
229	Fürth	CSU	SPD	22 478	11,7	CSU	SPD	21 593	11,5
42	Hannover-Land II	SPD	CDU	22 550	12,9	SPD	CDU	13 692	8,1

8 Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger
und den Erstunterlegenen

Wahlkreis		1980				1976 ¹⁾			
		Partei des		Abstand der Erststimmen von der Partei des Gewählten		Partei mit den		Abstand von der Partei mit den höchsten Erststimmen	
						höchsten	zweit-höchsten		
Nr.	Name	Gewählten	Erstunterlegenen	Anzahl	§ ²⁾	Erststimmen		Anzahl	§ ²⁾
101	Gütersloh	CDU	SPD	22 559	12,7	CDU	SPD	30 576	17,8
57	Erftekreis I	SPD	CDU	23 027	12,9	SPD	CDU	14 674	8,8
61	Köln III	SPD	CDU	23 305	15,0	SPD	CDU	22 866	14,2
34	Nienburg - Schaumburg	SPD	CDU	23 316	12,9	SPD	CDU	10 236	5,8
190	Schwarzwald-Baar	CDU	SPD	23 645	20,6	CDU	SPD	21 572	19,1
13	Hamburg-Altona	SPD	CDU	23 649	15,3	SPD	CDU	20 418	12,4
45	Braunschweig	SPD	CDU	23 868	13,7	SPD	CDU	18 203	10,2
104	Minden-Lübbecke	SPD	CDU	24 288	12,6	SPD	CDU	14 182	7,4
41	Hameln - Holzminden	SPD	CDU	24 309	13,8	SPD	CDU	15 054	8,5
100	Warendorf	CDU	SPD	24 471	15,7	CDU	SPD	31 050	20,5
15	Hamburg-Nord	SPD	CDU	24 486	13,9	SPD	CDU	17 811	9,8
44	Salzgitter - Wolfenbüttel	SPD	CDU	24 563	15,6	SPD	CDU	18 319	11,6
26	Mittelems	CDU	SPD	24 953	15,7	CDU	SPD	40 423	26,8
48	Northeim - Osterode	SPD	CDU	25 000	16,4	SPD	CDU	15 788	10,3
21	Friesland - Wilhelmshaven	SPD	CDU	25 206	19,8	SPD	CDU	17 918	14,2
106	Höxter - Lippe II	CDU	SPD	25 237	14,6	CDU	SPD	32 396	18,9
159	Kaiserslautern	SPD	CDU	25 730	14,2	SPD	CDU	16 493	9,0
184	Calw	CDU	SPD	26 186	20,2	CDU	SPD	30 530	24,2
22	Oldenburg - Ammerland	SPD	CDU	26 293	15,5	SPD	CDU	12 810	7,8
50	Bremen-Ost	SPD	CDU	26 342	14,9	SPD	CDU	22 494	12,5
195	Ulm	CDU	SPD	26 378	17,2	CDU	SPD	27 899	18,4
193	Reutlingen	CDU	SPD	26 433	19,1	CDU	SPD	27 860	20,5
174	Aalen - Heidenheim	CDU	SPD	26 767	15,5	CDU	SPD	34 752	20,3
43	Hildesheim	SPD	CDU	27 301	14,2	SPD	CDU	13 371	7,0
62	Köln IV	SPD	CDU	27 362	18,8	SPD	CDU	27 076	17,5
188	Offenburg	SPD	SPD	27 783	20,1	CDU	SPD	35 578	25,9
92	Recklinghausen II	CDU	SPD	27 863	16,8	SPD	CDU	22 161	13,8
23	Delmenhorst - Wesermarsch	SPD	CDU	27 902	16,8	SPD	CDU	15 430	9,7
226	Kulmbach	CSU	SPD	27 957	24,7	CSU	SPD	30 170	26,8
233	Aschaffenburg	CSU	SPD	28 002	21,1	CSU	SPD	26 499	20,3
147	Ahrweiler	CDU	SPD	28 573	19,6	CDU	SPD	36 757	25,4
117	Hamm - Unna II	SPD	CDU	28 782	14,4	SPD	CDU	23 948	12,0
87	Mülheim	SPD	CDU	28 895	23,1	SPD	CDU	29 798	23,0
11	Lübeck	SPD	CDU	28 916	19,6	SPD	CDU	21 959	14,1
65	Rhein-Sieg-Kreis II	CDU	SPD	29 069	20,3	CDU	SPD	34 268	25,3
176	Karlsruhe-Land	CDU	SPD	29 524	16,6	CDU	SPD	33 064	19,2
149	Cochem	CDU	SPD	29 784	25,5	CDU	SPD	33 718	29,1
81	Kleve	CDU	SPD	29 981	18,9	CDU	SPD	38 248	24,8

8 Wahlkreise in der Reihenfolge der Abstände zwischen den Erststimmen für den Wahlkreissieger
und den Erstunterlegenen

Nr.	Wahlkreis	Name	1980				1976 ¹⁾			
			Partei des		Abstand der Erst- stimmen von der Partei des Gewählten		Partei mit den		Abstand von der Partei mit den höchsten Erststimmen	
			Gewählten	Erst- unter- legenen	Anzahl	% ²⁾	höchsten	zweit- höchsten	Anzahl	% ²⁾
							Erststimmen			
116	Unna I		SPD	CDU	44 106	27,1	SPD	CDU	37 302	23,6
114	Dortmund II		SPD	CDU	44 114	36,1	SPD	CDU	42 183	33,4
241	Neu-Ulm		CSU	SPD	45 006	30,7	CSU	SPD	42 744	29,6
19	Aurich - Emden		SPD	CDU	45 140	32,6	SPD	CDU	32 824	24,7
215	Passau		CSU	SPD	45 641	36,1	CSU	SPD	46 465	37,5
240	Donau-Ries		CSU	SPD	46 321	37,7	CSU	SPD	51 601	42,4
97	Coesfeld - Steinfurt I		CDU	SPD	47 011	28,0	CDU	SPD	53 963	33,9
181	Odenwald - Tauber		CDU	SPD	47 479	30,0	CDU	SPD	52 158	32,7
198	Zollernalb - Sigmaringen		CDU	SPD	48 488	33,7	CDU	SPD	54 733	38,4
209	Rosenheim		CSU	SPD	48 623	34,1	CSU	SPD	44 840	32,5
110	Bochum I		SPD	CDU	48 758	27,9	SPD	CDU	47 146	25,6
89	Essen II		SPD	CDU	49 280	39,6	SPD	CDU	49 546	38,1
151	Bitburg		CDU	SPD	49 843	37,6	CDU	SPD	58 573	44,7

Abstand von 50 000 bis unter 60 000 Stimmen³⁾

197	Ravensburg - Bodensee		CDU	SPD	50 245	30,0	CDU	SPD	56 159	34,0
217	Straubing		CSU	SPD	50 396	41,8	CSU	SPD	50 769	42,1
107	Paderborn		CDU	SPD	50 400	36,7	CDU	SPD	56 996	43,0
216	Rottal-Inn		CSU	SPD	50 406	44,8	CSU	SPD	50 355	44,6
213	Deggendorf		CSU	SPD	50 519	48,4	CSU	SPD	50 022	49,0
17	Hamburg-Bergedorf		SPD	CDU	50 644	31,4	SPD	CDU	42 669	25,9
84	Duisburg I		SPD	CDU	51 001	27,3	SPD	CDU	50 307	25,3
242	Oberallgäu		CSU	SPD	51 790	32,8	CSU	SPD	51 676	33,2
96	Borken		CDU	SPD	52 482	28,7	CDU	SPD	59 613	34,0
219	Regensburg		CSU	SPD	53 185	32,3	CSU	SPD	55 743	34,4
218	Amberg		CSU	SPD	53 544	34,7	CSU	SPD	58 337	38,6
111	Bochum II - Ennepe-Ruhr-Kreis II		SPD	CDU	55 191	32,2	SPD	CDU	52 659	29,9
214	Landshut		CSU	SPD	56 749	35,9	CSU	SPD	59 255	38,0
202	Ingolstadt		CSU	SPD	58 289	36,0	CSU	SPD	58 935	37,5

Abstand von 60 000 bis unter 70 000 Stimmen³⁾

211	Traunstein		CSU	SPD	60 979	40,8	CSU	SPD	62 813	43,0
220	Schwandorf		CSU	SPD	61 102	38,6	CSU	SPD	59 110	37,9
210	Starnberg		CSU	SPD	63 488	35,2	CSU	SPD	63 110	36,0
27	Cloppenburg - Vechta		CDU	SPD	63 607	49,3	CDU	SPD	68 784	57,3
222	Bamberg		CSU	SPD	63 609	38,9	CSU	SPD	64 273	40,4
85	Duisburg II		SPD	CDU	63 939	38,5	SPD	CDU	67 302	37,4
199	Altötting		CSU	SPD	64 706	36,7	CSU	SPD	68 942	40,2
212	Weilheim		CSU	SPD	65 003	39,1	CSU	SPD	63 070	38,9
200	Freising		CSU	SPD	65 562	38,3	CSU	SPD	69 829	42,2
239	Augsburg-Land		CSU	SPD	69 220	39,9	CSU	SPD	68 929	41,8

Abstand von 70 000 bis unter 80 000 Stimmen³⁾

234	Bad Kissingen		CSU	SPD	76 556	44,6	CSU	SPD	76 929	45,4
196	Biberach		CDU	SPD	78 592	49,7	CDU	SPD	81 421	52,8

Abstand 80 000 Stimmen und mehr³⁾

243	Ostallgäu		CSU	SPD	84 721	44,9	CSU	SPD	86 427	45,4
-----	-----------	--	-----	-----	--------	------	-----	-----	--------	------

1) In der Abgrenzung der Wahlkreise für die Bundestagswahl 1980.

2) Von den gültigen Erststimmen insgesamt.

3) Bei der Bundestagswahl 1980.

9 Erststimmenabgabe nach Gemeindegrößenklassen und nach dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen bzw. Beamten und Angestellten in den Gemeinden

Gegenstand der Nachweisung	Ge- meinden	Gültige Erststimmen insgesamt	Von 100 gültigen Erststimmen in nebenstehenden Gemeinden entfielen auf				
			SPD	CDU	F.D.P.	CSU	Sonstige

nach Gemeindegrößenklassen

Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern

unter 1 000	3 126	1 011 434	37,1	44,6	6,4	10,2	1,7
1 000 - 2 000	1 594	1 487 402	33,4	29,9	5,7	29,1	1,8
2 000 - 3 000	821	1 292 600	34,0	30,1	5,7	28,2	2,0
3 000 - 5 000	888	2 220 353	36,1	30,3	5,9	25,8	2,0
5 000 - 10 000	941	4 278 921	39,4	35,8	6,5	16,3	2,1
10 000 - 20 000	630	5 552 185	42,2	37,9	7,0	10,8	2,1
20 000 - 50 000	340	6 499 858	44,6	40,8	7,3	5,0	2,2
50 000 - 100 000	87	3 712 147	47,8	36,6	6,9	6,3	2,4
100 000 - 200 000	35	3 004 230	50,4	35,7	7,6	3,7	2,6
200 000 und mehr	30	8 747 401	51,2	31,9	8,5	5,7	2,7

nach dem Bevölkerungsanteil der Evangelischen in den Gemeinden¹⁾

Anteil der Evangelischen von ... bis unter ... %

unter 10	2 444	3 360 837	26,0	28,5	4,0	39,9	1,6
10 - 20	920	4 655 784	34,1	37,2	5,8	20,9	2,0
20 - 30	374	4 805 295	41,3	32,5	7,8	16,0	2,4
30 - 40	182	1 990 058	42,2	40,8	7,5	7,0	2,4
40 - 50	171	3 385 273	51,7	37,8	7,1	1,3	2,2
50 - 60	279	4 959 405	50,4	34,4	7,6	5,1	2,5
60 - 70	440	3 484 750	47,6	38,3	8,1	3,6	2,4
70 - 80	585	4 683 379	50,8	35,0	8,4	3,0	2,8
80 - 90	1 160	4 715 698	50,8	36,5	7,9	2,5	2,3
90 und mehr	1 937	1 766 052	47,4	41,4	7,2	2,0	2,0

nach dem Bevölkerungsanteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden¹⁾

Anteil der Selbständigen und Mithelfenden
Familienangehörigen von ... bis unter ... %

unter 10	234	7 450 990	54,1	32,7	7,1	3,5	2,5
10 - 20	2 216	20 972 536	45,5	36,8	7,7	7,8	2,3
20 - 30	2 121	5 387 056	38,6	38,7	6,5	14,1	2,1
30 - 40	1 650	2 271 020	32,6	33,6	6,2	25,6	2,0
40 - 50	1 184	1 132 493	26,8	28,5	5,6	37,2	1,9
50 und mehr	1 087	592 436	20,2	24,9	5,1	47,9	1,8

nach dem Bevölkerungsanteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden¹⁾

Anteil der Beamten und Angestellten
von ... bis unter ... %

unter 10	628	279 325	18,9	17,0	4,1	58,4	1,6
10 - 20	2 897	2 840 269	30,0	29,4	4,9	33,8	1,8
20 - 30	2 807	6 274 863	39,9	39,0	5,9	13,2	1,9
30 - 40	1 475	10 501 494	46,7	38,3	6,8	6,1	2,1
40 - 50	528	10 144 996	47,4	35,2	7,5	7,6	2,3
50 und mehr	157	7 765 584	47,5	32,8	9,3	7,4	3,0

1) Nach dem Ergebnis bei der Volkszählung 1970 umgerechnet
auf den Gebietsstand bei der Bundestagswahl 1980.

10 Stimmabgabe der Männer und Frauen

Lfd. Nr.	Partei	Von 100 gültigen								
		insgesamt						der Män		
		im Alter von ... bis								
		insgesamt	18 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 60	60 und mehr	zusammen	18 - 25	25 - 35
entfielen auf										
Schleswig-										
1	SPD	47,3	54,3	54,4	44,0	45,1	44,6	46,7	52,5	53,8
2	CDU	37,7	24,0	25,8	38,5	41,2	47,0	38,0	25,5	26,7
3	F.D.P.	13,3	15,9	16,8	16,6	12,9	7,7	13,3	15,5	16,4
4	Sonstige	1,8	5,8	3,0	1,0	0,9	0,7	2,0	6,5	3,1
5	dar.: DKP	0,2	0,2	0,3	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3	0,3
6	GRÜNE	1,4	5,3	2,5	0,7	0,6	0,3	1,6	6,0	2,5
Ham										
7	SPD	52,9	56,2	56,7	49,0	51,2	53,8	51,5	54,0	56,4
8	CDU	30,3	17,4	19,6	29,8	33,7	36,2	30,9	18,9	19,7
9	F.D.P.	14,0	15,9	17,6	19,4	13,8	9,0	13,9	15,4	16,4
10	Sonstige	2,9	10,5	6,2	1,8	1,3	1,0	3,7	11,7	7,4
11	dar.: DKP	0,5	0,7	0,8	0,3	0,3	0,5	0,6	0,6	0,8
12	GRÜNE	2,2	9,3	5,1	1,3	0,7	0,4	2,7	10,3	6,2
Nieder										
13	SPD	47,3	54,5	52,2	44,1	45,3	45,0	46,3	51,9	51,4
14	CDU	39,9	28,4	30,9	41,3	43,6	46,7	40,5	30,4	31,9
15	F.D.P.	10,9	11,1	14,0	13,6	10,2	7,7	11,0	10,8	13,6
16	Sonstige	1,8	6,0	2,8	1,0	0,9	0,6	2,2	6,9	3,1
17	dar.: DKP	0,1	0,2	0,3	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3
18	GRÜNE	1,5	5,5	2,3	0,9	0,6	0,3	1,8	6,2	2,6
Bre										
19	SPD	51,3	58,4	57,3	50,3	49,5	47,9	50,5	55,6	56,3
20	CDU	29,2	16,9	17,8	27,2	32,0	38,6	29,7	18,1	18,3
21	F.D.P.	16,0	14,3	18,4	20,1	16,7	12,4	15,6	14,3	17,7
22	Sonstige	3,4	10,4	6,5	2,5	1,9	1,1	4,2	12,0	7,7
23	dar.: DKP	0,4	0,3	1,0	0,3	0,3	0,4	0,5	0,5	1,1
24	GRÜNE	2,5	9,3	4,6	1,8	1,1	0,5	3,0	10,7	5,6
Nordrhein-										
25	SPD	47,9	53,3	51,8	44,0	47,1	46,4	47,7	52,3	51,1
26	CDU	39,4	29,5	31,1	41,4	41,7	45,9	39,4	30,5	31,9
27	F.D.P.	11,1	12,6	14,5	13,6	10,4	7,1	10,9	12,1	14,0
28	Sonstige	1,6	4,7	2,6	0,9	0,9	0,6	1,9	5,1	3,0
29	dar.: DKP	0,2	0,3	0,4	0,1	0,2	0,2	0,3	0,2	0,4
30	GRÜNE	1,2	4,0	1,9	0,7	0,4	0,3	1,4	4,4	2,2
Hes										
31	SPD	47,4	53,1	51,7	44,4	45,5	46,2	46,7	52,0	51,3
32	CDU	39,8	28,9	31,2	41,2	43,4	45,2	40,3	30,2	31,5
33	F.D.P.	10,4	10,8	12,9	12,9	9,8	7,8	10,2	10,1	12,4
34	Sonstige	2,4	7,2	4,2	1,5	1,3	0,8	2,8	7,8	4,8
35	dar.: DKP	0,2	0,3	0,5	0,1	0,1	0,2	0,3	0,3	0,5
36	GRÜNE	1,9	6,6	3,5	1,1	0,8	0,4	2,2	7,0	4,0
Rheinland-										
37	SPD	42,9	48,2	46,7	40,3	41,8	40,4	42,9	47,3	46,7
38	CDU	45,7	36,2	39,4	47,7	47,7	51,5	45,5	37,4	39,8
39	F.D.P.	9,7	10,8	11,6	11,0	9,4	7,3	9,5	10,2	10,8
40	Sonstige	1,7	4,7	2,2	1,0	1,1	0,8	2,1	5,1	2,6
41	dar.: DKP	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,3	0,2	0,3
42	GRÜNE	1,2	4,2	1,8	0,7	0,6	0,3	1,4	4,6	2,0
Baden-										
43	SPD	38,0	45,6	41,9	35,6	36,0	35,6	37,3	44,6	40,6
44	CDU	48,0	36,2	39,6	48,3	52,0	55,2	48,3	37,2	41,5
45	F.D.P.	12,0	12,5	15,2	14,9	10,9	8,4	11,9	11,8	14,3
46	Sonstige	2,0	5,7	3,3	1,2	1,1	0,8	2,4	6,4	3,5
47	dar.: DKP	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,3
48	GRÜNE	1,7	5,2	2,8	1,0	0,7	0,5	1,9	5,7	3,0
Bay										
49	SPD	33,1	35,3	33,8	30,8	33,4	32,9	32,9	34,3	32,8
50	CSU	57,5	52,6	54,7	58,4	58,4	60,3	57,6	53,5	55,8
51	F.D.P.	7,7	7,9	9,2	9,5	7,0	5,8	7,5	7,3	8,8
52	Sonstige	1,7	4,2	2,4	1,3	1,2	1,0	2,1	4,8	2,6
53	dar.: DKP	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2
54	GRÜNE	1,2	3,7	1,9	1,0	0,6	0,4	1,4	4,2	2,0
Saar										
55	SPD	49,1	56,5	54,2	49,5	47,1	42,5	49,7	55,9	54,8
56	CDU	41,8	32,6	34,5	40,4	45,0	50,6	40,9	33,0	34,6
57	F.D.P.	7,5	7,0	9,6	8,9	6,8	6,0	7,5	7,3	8,9
58	Sonstige	1,6	3,8	1,7	1,3	1,1	0,8	1,8	3,8	1,8
59	dar.: DKP	0,3	0,2	0,3	0,4	0,4	0,3	0,5	0,2	0,4
60	GRÜNE	1,0	3,5	1,2	0,8	0,4	0,3	1,0	3,4	1,1
Bundesgebiet										
61	SPD	43,5	48,9	47,1	40,5	42,4	42,1	43,1	47,6	46,4
62	CDU	33,8	25,0	26,6	34,9	36,3	39,1	34,0	26,0	27,4
63	F.D.P.	10,6	11,4	13,3	13,1	9,9	7,4	10,5	10,9	12,8
64	CSU	10,2	9,4	10,0	10,3	10,3	10,7	10,2	9,6	10,2
65	Sonstige	1,9	5,4	2,9	1,2	1,1	0,8	2,2	6,0	3,3
66	dar.: DKP	0,2	0,2	0,3	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,4
67	GRÜNE	1,4	4,8	2,4	0,9	0,6	0,4	1,6	5,3	2,6

1) Ohne Stimmen der Briefwähler.

in den Ländern 1980 nach dem Alter

Zweitstimmen 1)										Lfd. Nr.
ner			der Frauen							
unter ... Jahren										
35 - 45	45 - 60	60 und mehr	zusammen	18 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 60	60 und mehr		
nebenstehende Partei										
Holstein										
44,5	44,3	42,6	47,8	56,1	55,0	43,4	45,7	45,9	1	
38,3	41,9	49,5	37,5	22,6	24,9	38,7	40,6	45,5	2	
16,1	12,9	7,1	13,2	16,3	17,2	17,0	12,8	8,1	3	
1,1	0,9	0,9	1,5	5,0	2,9	0,8	0,9	0,6	4	
0,1	0,1	0,3	0,1	0,1	0,3	0,1	0,1	0,1	5	
0,8	0,5	0,3	1,2	4,6	2,4	0,6	0,6	0,3	6	
burg										
48,9	50,4	50,7	54,0	58,4	56,9	49,1	51,8	55,6	7	
30,7	34,4	38,8	29,8	15,9	19,4	28,8	33,2	34,7	8	
18,3	13,5	9,1	14,0	16,4	18,7	20,5	14,0	9,0	9	
2,0	1,6	1,5	2,2	9,3	5,0	1,5	1,1	0,8	10	
0,4	0,4	0,8	0,3	0,8	0,8	0,1	0,2	0,3	11	
1,4	0,8	0,4	1,7	8,3	4,0	1,2	0,7	0,3	12	
sachsen										
43,9	44,3	43,3	48,1	57,1	53,2	44,3	46,1	46,1	13	
41,7	44,4	48,3	39,4	26,4	30,0	40,8	42,9	45,7	14	
13,3	10,2	7,4	10,9	11,4	14,4	13,8	10,2	7,8	15	
1,1	1,0	1,0	1,5	5,1	2,5	1,0	0,8	0,4	16	
0,1	0,1	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	17	
0,9	0,6	0,4	1,3	4,7	2,1	0,9	0,6	0,3	18	
men										
50,4	49,6	45,1	52,0	61,4	58,3	50,2	49,3	49,6	19	
27,6	32,8	41,5	28,9	15,7	17,3	26,8	31,3	36,7	20	
19,5	15,6	11,8	16,4	14,3	19,1	20,7	17,5	12,8	21	
2,5	1,9	1,5	2,8	8,7	5,3	2,4	1,9	0,8	22	
0,3	0,3	0,6	0,3	0,2	0,9	0,3	0,2	0,3	23	
1,6	0,8	0,6	2,1	7,7	3,5	1,9	1,4	0,4	24	
Westfalen										
44,0	47,4	46,1	48,0	54,4	52,5	44,1	46,9	46,6	25	
42,2	41,7	46,2	39,3	28,4	30,3	40,6	41,6	45,6	26	
12,8	10,0	6,8	11,4	13,1	15,0	14,5	10,7	7,3	27	
1,1	1,0	0,9	1,3	4,2	2,2	0,8	0,7	0,4	28	
0,1	0,2	0,3	0,1	0,3	0,3	0,1	0,1	0,1	29	
0,7	0,5	0,3	1,0	3,6	1,7	0,6	0,4	0,2	30	
sen										
44,0	44,8	44,5	48,0	54,2	52,1	44,8	46,1	47,2	31	
41,7	44,1	47,3	39,3	27,6	30,9	40,7	42,7	43,9	32	
12,7	9,6	7,0	10,7	11,5	13,4	13,2	9,9	8,3	33	
1,6	1,4	1,2	2,0	6,7	3,6	1,3	1,2	0,6	34	
0,1	0,2	0,3	0,2	0,2	0,4	0,1	0,1	0,1	35	
1,2	0,9	0,4	1,6	6,1	3,0	1,1	0,8	0,3	36	
Pfalz										
40,2	42,0	40,4	42,8	49,3	46,8	40,4	41,6	40,3	37	
47,9	47,7	51,2	45,8	35,0	39,0	47,4	47,7	51,8	38	
10,7	9,0	7,2	10,0	11,4	12,4	11,4	9,7	7,4	39	
1,2	1,4	1,2	1,4	4,3	1,8	0,8	0,9	0,5	40	
0,2	0,3	0,3	0,1	0,2	0,1	0,0	0,1	0,1	41	
0,7	0,6	0,4	1,1	3,9	1,5	0,6	0,6	0,2	42	
Württemberg										
34,8	35,1	34,7	38,6	46,6	43,2	36,3	36,8	36,1	43	
49,1	52,6	55,9	47,6	35,2	37,7	47,6	51,4	54,8	44	
14,8	11,0	8,2	12,1	18,2	16,1	15,1	10,8	8,5	45	
1,4	1,2	1,2	1,7	4,9	3,0	1,1	1,0	0,6	46	
0,0	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,0	0,1	47	
1,0	0,7	0,7	1,5	4,7	2,7	1,0	0,8	0,4	48	
ern										
30,8	33,6	33,3	33,2	36,4	34,7	30,8	33,1	32,6	49	
58,9	58,3	59,6	57,5	51,5	53,5	58,0	58,6	60,8	50	
8,9	6,7	5,8	7,8	8,6	9,6	10,0	7,2	5,8	51	
1,4	1,3	1,3	1,5	3,6	2,2	1,2	1,1	0,7	52	
0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	53	
0,9	0,5	0,4	1,1	3,2	1,8	1,0	0,7	0,3	54	
land										
49,2	47,9	42,5	48,6	57,1	53,6	49,7	46,4	42,6	55	
40,5	44,3	50,0	42,5	32,3	34,4	40,3	45,6	51,1	56	
8,9	6,4	6,2	7,6	6,8	10,3	8,8	7,2	5,8	57	
1,4	1,4	1,3	1,4	3,9	1,6	1,2	0,9	0,5	58	
0,4	0,7	0,6	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	59	
0,7	0,4	0,3	1,0	3,6	1,3	0,8	0,4	0,3	60	
ohne Berlin										
40,3	42,2	41,2	43,9	50,3	47,9	40,7	42,5	42,6	61	
35,3	36,8	39,9	33,5	23,9	25,9	34,4	35,9	38,7	62	
12,7	9,7	7,1	10,8	11,9	13,9	13,6	10,1	7,5	63	
10,4	10,1	10,7	10,2	9,1	9,7	10,2	10,6	10,6	64	
1,3	1,2	1,1	1,5	4,7	2,6	1,1	0,9	0,6	65	
0,1	0,2	0,3	0,1	0,2	0,3	0,1	0,1	0,1	66	
0,9	0,6	0,4	1,2	4,3	2,1	0,8	0,6	0,3	67	

11 Zweitstimmenabgabe nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden

Gemeinden von ... bis unter ... %	Ge- meinden	Wahl- berechtigte	Wähler	Ungültige Zweitstimmen	Gültige Zweitstimmen												
					ins- gesamt	davon für								darunter:			
						SPD		CDU, CSU		F.D.P.		Sonstige		DKP		GRÜNE	
						Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gemeinden unter 1 000 Einwohnern																	
Insgesamt	3 126	1 140 762	1 028 080	12 141	1,2	1 015 939	369 680	36,4	539 440	53,1	89 732	8,8	17 087	1,7	1 179	0,1	13 223 1,3
Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden ¹⁾																	
unter 10	1 014	365 402	331 692	4 691	1,4	327 001	72 752	22,2	234 419	71,7	15 285	4,7	4 545	1,4	316	0,1	3 538 1,1
10 - 20	101	35 871	32 784	402	1,2	32 382	8 708	26,9	20 986	64,8	2 195	6,8	493	1,5	51	0,2	384 1,2
20 - 30	37	14 560	13 388	175	1,3	13 213	3 862	29,2	8 283	62,7	844	6,4	224	1,7	13	0,1	174 1,3
30 - 40	19	7 119	6 522	86	1,3	6 436	2 147	33,4	3 675	57,1	507	7,9	107	1,7	8	0,1	76 1,2
40 - 50	27	8 996	8 332	92	1,1	8 240	3 343	40,6	3 927	47,7	810	9,8	160	1,9	8	0,1	116 1,4
50 - 60	50	19 362	17 811	217	1,2	17 594	8 116	46,1	7 283	41,4	1 914	10,9	281	1,6	28	0,2	192 1,1
60 - 70	95	36 844	33 218	414	1,2	32 804	15 137	46,1	13 366	40,7	3 754	11,4	547	1,7	50	0,2	375 1,1
70 - 80	119	43 973	39 646	457	1,2	39 189	18 307	46,7	15 055	38,4	5 086	13,0	741	1,9	53	0,1	517 1,3
80 - 90	377	152 402	136 705	1 711	1,1	135 134	64 530	47,8	52 726	39,0	15 525	11,5	2 353	1,7	179	0,1	1 807 1,3
90 - 100	1 287	456 233	407 982	4 036	1,0	403 946	172 778	42,8	179 720	44,5	43 812	10,8	7 636	1,9	473	0,1	6 044 1,5
Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden ¹⁾																	
unter 10	59	21 002	19 312	247	1,3	19 065	7 351	38,6	10 110	53,0	1 327	7,0	277	1,5	17	0,1	217 1,1
10 - 20	339	144 640	132 134	1 672	1,3	130 462	56 130	43,0	62 046	47,6	10 136	7,8	2 150	1,6	258	0,2	1 568 1,2
20 - 30	647	279 665	253 608	2 900	1,1	250 708	106 605	42,5	118 198	47,1	21 966	8,8	3 939	1,6	290	0,1	3 028 1,2
30 - 40	725	282 768	254 471	2 933	1,2	251 538	96 157	38,2	126 529	50,3	24 425	9,7	4 427	1,8	258	0,1	3 497 1,4
40 - 50	612	214 302	191 424	2 250	1,2	189 174	61 875	32,7	106 405	56,2	17 512	9,3	3 382	1,8	210	0,1	2 638 1,4
50 - 100	744	198 385	177 131	2 139	1,2	174 992	41 562	23,8	116 152	66,4	14 366	8,2	2 912	1,7	146	0,1	2 275 1,3
Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden ¹⁾																	
unter 10	458	113 520	101 173	1 342	1,3	99 831	22 131	22,2	69 738	69,9	6 527	6,5	1 435	1,4	95	0,1	1 041 1,0
10 - 20	1 476	521 254	467 460	5 867	1,3	461 593	159 113	34,5	256 385	55,5	38 275	8,3	7 820	1,7	535	0,1	6 017 1,3
20 - 30	946	401 277	363 912	4 020	1,1	359 892	149 589	41,6	169 706	47,2	34 386	9,6	6 211	1,7	439	0,1	4 836 1,3
30 - 40	223	95 531	87 165	835	1,0	86 330	35 361	41,0	39 904	46,2	9 609	11,1	1 456	1,7	101	0,1	1 189 1,4
40 - 50	20	7 847	7 093	68	1,0	7 025	3 156	44,9	2 871	40,9	853	12,1	145	2,1	9	0,1	122 1,7
50 - 80	3	1 333	1 277	9	0,7	1 268	330	26,0	836	65,9	82	6,5	20	1,6	-	-	18 1,4
Gemeinden mit 1 000 bis unter 2 000 Einwohnern																	
Insgesamt	1 594	1 697 093	1 512 460	18 243	1,2	1 494 217	491 595	32,9	861 459	57,7	115 448	7,7	25 715	1,7	1 492	0,1	19 955 1,3
Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden ¹⁾																	
unter 10	640	673 974	599 663	8 318	1,4	591 345	129 876	22,0	426 346	72,1	26 433	4,5	8 690	1,5	499	0,1	6 585 1,1
10 - 20	133	142 954	128 646	1 472	1,1	127 174	35 725	28,1	80 412	63,2	8 778	6,9	2 259	1,8	135	0,1	1 800 1,4
20 - 30	32	37 092	33 482	376	1,1	33 106	9 720	29,4	20 304	61,3	2 560	7,7	522	1,6	27	0,1	408 1,2
30 - 40	27	28 930	25 903	344	1,3	25 559	7 128	27,9	16 253	63,6	1 822	7,1	356	1,4	28	0,1	250 1,0
40 - 50	22	24 496	21 898	270	1,2	21 628	7 643	35,3	11 805	54,6	1 763	8,2	417	1,9	23	0,1	293 1,4
50 - 60	33	38 216	34 489	413	1,2	34 076	13 939	40,9	15 906	46,7	3 631	10,7	598	1,8	43	0,1	434 1,3
60 - 70	50	56 274	50 647	566	1,1	50 081	21 592	43,1	21 673	43,3	5 872	11,7	944	1,9	77	0,2	674 1,3
70 - 80	91	101 698	90 065	1 135	1,3	88 930	38 802	43,6	38 024	42,8	10 316	11,6	1 788	2,0	113	0,1	1 376 1,5
80 - 90	198	209 089	185 502	1 995	1,1	183 507	80 598	43,9	80 356	43,8	19 050	10,4	3 503	1,9	204	0,1	2 651 1,4
90 - 100	368	384 370	342 165	3 354	1,0	338 811	146 572	43,3	150 378	44,4	35 223	10,4	6 638	2,0	343	0,1	5 484 1,6
Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden ¹⁾																	
unter 10	23	21 275	19 292	276	1,4	19 016	7 909	41,6	9 555	50,2	1 233	6,5	319	1,7	26	0,1	246 1,3
10 - 20	269	292 081	264 298	3 130	1,2	261 168	111 094	42,5	124 049	47,5	21 745	8,3	4 280	1,6	293	0,1	3 296 1,3
20 - 30	419	451 880	406 035	4 618	1,1	401 417	157 345	39,2	202 210	50,4	34 898	8,7	6 964	1,7	431	0,1	5 435 1,4
30 - 40	363	394 063	351 323	4 127	1,2	347 196	113 598	32,7	199 558	57,5	28 183	8,1	5 857	1,7	342	0,1	4 586 1,3
40 - 50	286	302 696	265 373	3 395	1,3	261 978	65 585	25,0	173 772	66,3	18 029	6,9	4 592	1,8	217	0,1	3 586 1,4
50 - 80	234	235 098	206 139	2 697	1,3	203 442	36 064	17,7	152 315	74,9	11 360	5,6	3 703	1,8	183	0,1	2 806 1,4
Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden ¹⁾																	
unter 10	131	132 115	114 622	1 627	1,4	112 995	19 933	17,6	86 193	76,3	5 068	4,5	1 801	1,6	107	0,1	1 249 1,1
10 - 20	681	722 634	637 685	8 349	1,3	629 336	169 230	26,9	410 717	65,3	38 899	6,2	10 490	1,7	551	0,1	8 139 1,3
20 - 30	541	583 422	525 327	5 889	1,1	519 438	208 417	40,1	255 180	49,1	46 731	9,0	9 110	1,8	568	0,1	7 044 1,4
30 - 40	193	209 386	189 731	1 919	1,0	187 812	76 892	40,9	87 905	46,8	19 590	10,4	3 425	1,8	227	0,1	2 771 1,5
40 - 50	36	39 476	36 114	376	1,0	35 738	13 948	39,0	16 959	47,5	4 139	11,6	692	1,9	33	0,1	594 1,7
50 - 90	12	10 060	8 981	83	0,9	8 898	3 175	35,7	4 505	50,6	1 021	11,5	197	2,2	6	0,1	158 1,8

11 Zweitstimmenabgabe nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden
Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden

Gemeinden von ... bis unter ... %	Ge- meinden	Wahl- berechtigte	Wähler	Ungültige Zweitstimmen	Gültige Zweitstimmen													
					ins- gesamt	davon: für												
						SPD		CDU, CSU		F.D.P.		Sonstige		darunter				
						Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Gemeinden mit 2 000 bis unter 3 000 Einwohnern																		
Insgesamt	821	1 476 986	1 314 027	15 479	1,2	1 298 548	433 766	33,4	740 557	57,0	101 812	7,8	22 413	1,7	1 186	0,1	17 745	1,4
Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden ¹⁾																		
unter 10	305	546 656	485 328	6 373	1,3	478 955	111 765	23,3	336 392	70,2	23 447	4,9	7 351	1,5	423	0,1	5 726	1,2
10 - 20	126	222 452	198 938	2 267	1,1	196 671	58 674	29,8	119 412	60,7	15 203	7,7	3 382	1,7	152	0,1	2 823	1,4
20 - 30	40	72 867	65 068	755	1,2	64 313	19 513	30,3	37 981	59,1	5 625	8,7	1 194	1,9	63	0,1	965	1,5
30 - 40	11	19 451	17 518	223	1,3	17 295	6 054	35,0	9 490	54,9	1 488	8,6	263	1,5	19	0,1	208	1,2
40 - 50	15	26 389	23 452	313	1,3	23 139	8 214	35,5	12 594	54,4	1 915	8,3	416	1,8	17	0,1	296	1,3
50 - 60	19	33 821	30 634	342	1,1	30 292	12 756	42,1	13 795	45,5	3 122	10,3	619	2,0	47	0,2	461	1,5
60 - 70	22	40 221	35 891	448	1,2	35 443	15 014	42,4	15 535	43,8	4 210	11,9	684	1,9	40	0,1	481	1,4
70 - 80	63	115 566	103 005	1 277	1,2	101 728	45 712	44,9	42 593	41,9	11 444	11,2	1 979	1,9	93	0,1	1 501	1,5
80 - 90	113	204 924	181 378	1 908	1,1	179 470	78 720	43,9	80 305	44,7	17 205	9,6	3 240	1,8	171	0,1	2 562	1,4
90 - 100	107	194 639	172 815	1 573	0,9	171 242	77 344	45,2	72 460	42,3	18 153	10,6	3 285	1,9	161	0,1	2 722	1,6
Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden ¹⁾																		
unter 10	7	11 484	10 380	136	1,3	10 244	3 697	36,1	5 669	55,3	714	7,0	164	1,6	17	0,2	116	1,1
10 - 20	194	352 504	317 374	3 741	1,2	313 633	130 376	41,6	150 364	47,9	27 600	8,8	5 293	1,7	319	0,1	4 163	1,3
20 - 30	234	421 433	377 132	4 415	1,2	372 717	141 181	37,9	193 347	51,9	31 670	8,5	6 519	1,7	372	0,1	5 166	1,4
30 - 40	188	338 800	299 082	3 437	1,1	295 645	87 421	29,6	180 635	61,1	22 525	7,6	5 064	1,7	241	0,1	4 079	1,4
40 - 50	132	231 176	203 290	2 385	1,2	200 905	50 439	25,1	132 804	66,1	13 829	6,9	3 833	1,9	155	0,1	3 037	1,5
50 - 80	66	121 589	106 769	1 365	1,3	105 404	20 652	19,6	77 738	73,8	5 474	5,2	1 540	1,5	82	0,1	1 184	1,1
Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden ¹⁾																		
unter 10	29	52 799	45 739	667	1,5	45 072	7 696	17,1	35 306	78,3	1 458	3,2	612	1,4	41	0,1	430	1,0
10 - 20	327	586 806	516 521	6 585	1,3	509 936	143 442	28,1	326 990	64,1	30 966	6,1	8 538	1,7	413	0,1	702	1,3
20 - 30	312	563 859	504 563	5 754	1,1	498 809	184 550	37,0	262 037	52,5	43 237	8,7	8 985	1,8	489	0,1	7 175	1,4
30 - 40	118	211 389	191 008	1 966	1,0	189 042	76 329	40,4	89 853	47,5	19 631	10,4	3 229	1,7	196	0,1	2 570	1,4
40 - 50	31	54 196	48 916	449	0,9	48 467	19 244	39,7	22 982	47,4	5 347	11,0	894	1,8	37	0,1	728	1,5
50 - 70	4	7 937	7 280	58	0,8	7 222	2 505	34,7	3 389	46,9	1 173	16,2	155	2,1	10	0,1	140	1,9
Gemeinden mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern																		
Insgesamt	888	2 537 368	2 255 012	25 293	1,1	2 229 719	786 242	35,3	1 217 877	54,6	186 674	8,4	38 926	1,7	2 164	0,1	30 640	1,4
Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden ¹⁾																		
unter 10	265	741 439	657 337	8 357	1,3	648 980	160 828	24,8	447 221	68,9	31 235	4,8	9 696	1,5	438	0,1	7 609	1,2
10 - 20	138	391 711	349 124	4 051	1,2	345 073	100 406	29,1	213 529	61,9	25 042	7,3	6 096	1,8	332	0,1	4 738	1,4
20 - 30	44	121 915	108 293	1 165	1,1	107 128	31 906	29,8	62 428	58,3	10 634	9,9	2 160	2,0	89	0,1	1 796	1,7
30 - 40	30	88 479	78 920	877	1,1	78 043	25 853	33,1	43 757	56,1	7 044	9,0	1 389	1,8	68	0,1	1 099	1,4
40 - 50	20	56 072	49 189	586	1,2	48 603	16 820	34,6	26 463	54,4	4 496	9,3	824	1,7	38	0,1	624	1,3
50 - 60	23	65 945	58 730	591	1,0	58 139	23 014	39,6	27 759	47,7	6 262	10,8	1 104	1,9	100	0,2	814	1,4
60 - 70	66	186 844	165 222	1 819	1,1	163 403	71 479	43,7	70 772	43,3	18 138	11,1	3 014	1,8	172	0,1	2 308	1,4
70 - 80	86	254 422	225 163	2 416	1,1	222 747	97 575	43,8	94 675	42,5	26 027	11,7	4 470	2,0	302	0,1	3 522	1,6
80 - 90	132	387 294	346 084	3 389	1,0	342 695	159 380	46,5	143 151	41,8	34 020	9,9	6 144	1,8	367	0,1	4 930	1,4
90 - 100	84	243 247	216 950	2 042	0,9	214 908	98 981	46,1	88 122	41,0	23 776	11,1	4 029	1,9	258	0,1	3 200	1,5
Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden ¹⁾																		
unter 10	11	28 832	25 638	248	1,0	25 390	11 481	45,2	11 162	44,0	2 261	8,9	486	1,9	31	0,1	379	1,5
10 - 20	260	743 109	667 211	7 013	1,1	660 198	277 260	42,0	308 221	46,7	62 811	9,5	11 906	1,8	733	0,1	9 419	1,4
20 - 30	286	827 089	735 619	8 481	1,2	727 138	268 513	36,9	382 660	52,6	63 146	8,7	12 819	1,8	688	0,1	10 164	1,4
30 - 40	193	545 359	483 494	5 429	1,1	478 065	149 047	31,2	284 818	59,6	36 092	7,5	8 108	1,7	438	0,1	6 413	1,3
40 - 50	103	298 792	261 486	3 037	1,2	258 449	64 363	24,9	171 706	66,4	18 031	7,0	4 349	1,7	212	0,1	3 328	1,3
50 - 70	35	94 187	81 564	1 085	1,3	80 479	15 578	19,4	59 310	73,7	4 333	5,4	1 258	1,6	62	0,1	937	1,2
Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden ¹⁾																		
unter 10	9	22 763	19 611	319	1,6	19 292	3 393	17,6	14 843	76,9	784	4,1	272	1,4	20	0,1	184	1,0
10 - 20	288	811 262	711 595	8 825	1,2	702 770	203 046	28,9	445 477	63,4	43 311	6,2	10 936	1,6	594	0,1	8 406	1,2
20 - 30	369	1 062 142	947 522	10 905	1,2	936 617	348 797	37,2	493 189	52,7	78 163	8,3	16 468	1,8	863	0,1	12 997	1,4
30 - 40	176	512 094	459 760	4 291	0,9	455 469	186 286	40,9	211 375	46,4	48 989	10,8	8 819	1,9	529	0,1	7 063	1,6
40 - 50	33	95 098	85 722	754	0,9	84 968	33 565	39,5	39 044	46,0	10 584	12,5	1 775	2,1	122	0,1	1 446	1,7
50 - 80	13	34 009	30 802	199	0,6	30 603	11 155	36,5	13 949	45,6	4 843	15,8	656	2,1	36	0,1	544	1,8

11 Zweitstimmenabgabe nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden

Gemeinden von ... bis unter ... %	Ge- meinden	Wahl- berechtigte	Wähler	Ungültige Zweitstimmen	Gültige Zweitstimmen													
					ins- gesamt	davon für								darunter				
						SPD		CDU, CSU		F.D.P.		Sonstige		DKP		GRÜNE		
						Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern																		
Insgesamt	941	4 860 072	4 340 838	45 632	1,1	4 295 206	1 642 289	38,2	2 170 825	50,5	402 794	9,4	79 298	1,8	4 926	0,1	63 506	1,5
Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden ¹⁾																		
unter 10	150	758 212	677 553	8 498	1,3	669 055	176 168	26,3	448 295	67,0	34 841	5,2	9 751	1,5	614	0,1	7 570	1,1
10 - 20	210	1 075 954	961 588	10 781	1,1	950 807	297 913	31,3	566 918	59,6	69 720	7,3	16 256	1,7	859	0,1	12 954	1,4
20 - 30	78	382 336	341 528	3 394	1,0	338 134	112 254	33,2	183 897	54,4	35 173	10,4	6 810	2,0	352	0,1	5 605	1,7
30 - 40	31	166 995	150 112	1 419	0,9	148 693	54 327	36,5	76 400	51,4	15 136	10,2	2 830	1,9	149	0,1	2 253	1,5
40 - 50	23	122 324	110 774	1 191	1,1	109 583	44 392	40,5	51 167	46,7	11 867	10,8	2 157	2,0	130	0,1	1 757	1,6
50 - 60	47	235 024	210 836	2 432	1,2	208 404	88 158	42,3	91 645	44,0	24 611	11,8	3 990	1,9	208	0,1	3 248	1,6
60 - 70	81	411 675	364 490	3 905	1,1	360 585	155 139	43,0	154 278	42,8	43 640	12,1	7 528	2,1	466	0,1	6 035	1,7
70 - 80	107	556 995	493 972	4 970	1,0	489 002	216 918	44,4	206 174	42,2	56 043	11,5	9 867	2,0	710	0,1	7 704	1,6
80 - 90	165	886 196	795 312	7 007	0,9	788 305	385 791	48,9	301 055	38,2	86 079	10,9	15 380	2,0	1 112	0,1	12 457	1,6
90 - 100	49	264 361	234 673	2 035	0,9	232 638	111 229	47,8	90 996	39,1	25 684	11,0	4 729	2,0	326	0,1	3 923	1,7
Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden ¹⁾																		
unter 10	22	114 929	104 174	1 130	1,1	103 044	46 236	44,9	45 487	44,1	9 421	9,1	1 900	1,8	146	0,1	1 477	1,4
10 - 20	409	2 172 962	1 950 367	19 880	1,0	1 930 487	817 226	42,3	878 537	45,5	198 831	10,3	35 893	1,9	2 445	0,1	28 564	1,5
20 - 30	310	1 608 054	1 432 279	15 342	1,1	1 416 937	530 857	37,5	728 213	51,4	130 735	9,2	27 132	1,9	1 517	0,1	21 887	1,5
30 - 40	148	727 301	644 683	6 999	1,1	637 684	195 754	30,7	380 598	59,7	50 319	7,9	11 013	1,7	626	0,1	8 951	1,4
40 - 50	44	199 722	177 005	1 878	1,1	175 127	45 263	25,8	115 447	65,9	11 654	6,7	2 763	1,6	156	0,1	2 140	1,2
50 - 70	8	37 104	32 330	403	1,2	31 977	6 953	21,8	22 543	70,6	1 834	5,7	597	1,9	36	0,1	487	1,5
Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden ¹⁾																		
unter 10	1	4 628	4 107	57	1,4	4 050	926	22,9	2 856	70,5	207	5,1	61	1,5	3	0,1	50	1,2
10 - 20	113	531 902	468 330	5 562	1,2	462 768	144 187	31,2	281 605	60,9	29 590	6,4	7 386	1,6	457	0,1	5 794	1,3
20 - 30	421	2 167 145	1 932 722	21 547	1,1	1 911 175	722 983	37,8	993 070	52,0	160 648	8,4	34 474	1,8	2 137	0,1	27 546	1,4
30 - 40	283	1 507 070	1 351 715	13 936	1,0	1 337 779	542 990	40,6	631 525	47,2	137 626	10,3	25 638	1,9	1 616	0,1	20 569	1,5
40 - 50	93	480 284	432 936	3 575	0,8	429 361	175 215	40,8	193 418	45,0	52 068	12,1	8 660	2,0	570	0,1	7 030	1,6
50 - 70	30	169 043	151 028	955	0,6	150 073	55 988	37,3	68 351	45,5	22 655	15,1	3 079	2,1	143	0,1	2 517	1,7
Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern																		
Insgesamt	630	6 286 379	5 626 392	55 174 ²⁾	1,0	5 571 148 ²⁾	2 267 434	40,7	2 625 360	47,1	575 179	10,3	103 175	1,9	7 150	0,1	81 550	1,5
Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden ¹⁾																		
unter 10	61	566 090	509 479	6 445	1,3	503 034	166 480	33,1	299 398	59,5	29 358	5,8	7 798	1,6	513	0,1	6 101	1,2
10 - 20	140	1 374 056	1 227 844	12 739	1,0	1 215 105	401 032	33,0	693 835	57,1	99 335	8,2	20 903	1,7	1 140	0,1	16 529	1,4
20 - 30	65	668 854	596 790	6 040 ²⁾	1,0	590 680 ²⁾	211 053	35,7	305 933	51,8	62 388	10,6	11 306	1,9	683	0,1	8 885	1,5
30 - 40	21	229 737	204 979	1 811	0,9	203 168	74 191	36,5	100 226	49,3	24 820	12,2	3 931	1,9	274	0,1	3 075	1,5
40 - 50	25	255 319	229 966	2 398	1,0	227 568	96 580	42,4	100 538	44,2	25 943	11,4	4 507	2,0	350	0,2	3 506	1,5
50 - 60	45	448 192	400 848	3 827	1,0	397 021	171 968	43,3	168 270	42,4	48 949	12,3	7 834	2,0	539	0,1	6 108	1,5
60 - 70	58	563 772	500 446	5 108	1,0	495 338	219 833	44,4	206 725	41,7	58 081	11,7	10 699	2,2	760	0,2	8 346	1,7
70 - 80	72	707 625	635 346	5 895	0,9	629 451	294 779	46,8	247 312	39,3	74 925	11,9	12 435	2,0	1 240	0,2	9 713	1,5
80 - 90	106	1 102 787	994 385	8 008	0,8	986 377	475 454	48,2	379 085	38,4	114 007	11,6	17 831	1,8	1 259	0,1	14 425	1,5
90 - 100	37	369 947	326 309	2 903	0,9	323 406	156 064	48,3	124 038	38,4	37 373	11,6	5 931	1,8	392	0,1	4 862	1,5
Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden ¹⁾																		
unter 10	27	272 333	246 783	2 502	1,0	244 281	115 598	47,3	98 767	40,4	25 487	10,4	4 429	1,8	505	0,2	3 273	1,3
10 - 20	379	3 850 436	3 462 436	33 826 ²⁾	1,0	3 428 540 ²⁾	1 445 358	42,2	1 553 964	45,3	364 613	10,6	64 605	1,9	4 740	0,1	50 653	1,5
20 - 30	186	1 824 977	1 619 634	15 764	1,0	1 603 870	613 106	38,2	804 361	50,2	157 771	9,8	28 632	1,8	1 674	0,1	23 068	1,4
30 - 40	31	277 592	244 176	2 511	1,0	241 665	78 123	32,3	135 532	56,1	23 404	9,7	4 606	1,9	201	0,1	3 771	1,6
40 - 50	7	61 041	53 363	571	1,1	52 792	15 249	28,9	32 736	62,0	3 904	7,4	903	1,7	30	0,1	785	1,5
Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden ¹⁾																		
10 - 20	12	102 198	89 212	1 099	1,2	88 113	31 989	36,3	48 962	55,6	5 657	6,4	1 505	1,7	61	0,1	1 306	1,5
20 - 30	186	1 735 680	1 551 452	16 344	1,1	1 535 108	619 977	40,4	753 053	49,1	136 175	8,9	25 903	1,7	1 692	0,1	20 389	1,3
30 - 40	282	2 869 238	2 567 245	26 410 ²⁾	1,0	2 540 765 ²⁾	1 062 172	41,8	1 177 133	46,3	254 571	10,0	46 889	1,8	3 605	0,1	36 776	1,4
40 - 50	119	1 241 569	1 113 990	9 273	0,8	1 104 717	442 268	40,0	508 185	46,0	131 781	11,9	22 483	2,0	1 471	0,1	17 873	1,6
50 - 70	31	337 694	304 493	2 048	0,7	302 445	111 028	36,7	138 027	45,6	46 995	15,5	6 395	2,1	321	0,1	5 206	1,7

11 Zweitstimmenabgabe nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden

Gemeinden von ... bis unter ... %	Ge- meinder	Wahl- berechtigte	Wähler	Ungültige Zweitstimmen	Gültige Zweitstimmen													
					ins- gesamt	davon für												
						SPD		CDU, CSU		F.D.P.		Sonstige		darunter				
														DKP		GRÜNE		
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		

Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern

Insgesamt | 340 7 383 110 6 578 108 58 389²⁾ 0,9 6 519 709²⁾ 2 794 219 42,9 2 875 534 44,1 727 691 11,2 122 265 1,9 10 244 0,2 94 872 1,5

Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden¹⁾

unter 10	9	180 195	163 143	1 629	1,0	161 914	60 882 37,6	86 874 53,7	11 503 7,1	2 655 1,6	280 0,2	2 064 1,3
10 - 20	57	1 154 031	1 034 076	9 896	1,0	1 024 180	357 554 34,9	565 354 55,2	84 061 8,2	17 211 1,7	1 091 0,1	13 902 1,4
20 - 30	54	1 200 814	1 069 386	10 591	1,0	1 058 795	416 476 39,3	514 900 48,6	109 636 10,4	17 783 1,7	1 560 0,1	13 567 1,3
30 - 40	31	713 614	636 533	5 527 ²⁾	0,9	630 996 ²⁾	260 523 41,3	291 150 46,1	67 720 10,7	11 603 1,8	829 0,1	9 097 1,4
40 - 50	18	402 053	356 787	3 636	1,0	353 151	154 097 43,6	150 464 42,6	41 185 11,7	7 405 2,1	737 0,2	5 448 1,5
50 - 60	32	734 686	648 312	5 808	0,9	642 504	281 304 43,8	261 147 40,6	85 287 13,3	14 766 2,3	1 318 0,2	11 250 1,8
60 - 70	48	1 041 923	922 682	7 651	0,8	915 031	413 000 45,1	367 390 40,2	115 860 12,7	18 781 2,1	1 655 0,2	14 354 1,6
70 - 80	30	660 775	588 384	4 480	0,8	583 904	281 220 48,2	221 024 37,9	70 820 12,1	10 840 1,9	1 075 0,2	8 290 1,4
80 - 90	56	1 195 887	1 071 543	8 346	0,8	1 063 197	523 586 49,2	388 531 36,5	131 651 12,4	19 429 1,8	1 580 0,1	15 426 1,5
90 - 100	5	99 132	86 862	825	0,9	86 037	45 577 53,0	28 700 33,4	9 968 11,6	1 792 2,1	119 0,1	1 474 1,7

Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden¹⁾

unter 10	34	824 410	735 278	7 123	1,0	728 155	360 426 49,5	273 618 37,6	79 919 11,0	14 192 1,9	1 827 0,3	10 427 1,4
10 - 20	265	5 809 119	5 173 091	45 054 ²⁾	0,9	5 128 027 ²⁾	2 200 805 42,9	2 246 686 43,8	584 263 11,4	96 273 1,9	7 782 0,2	74 528 1,5
20 - 30	39	715 948	639 512	5 933	0,9	633 579	220 001 34,7	342 393 54,0	59 770 9,4	11 415 1,8	603 0,1	9 619 1,5
30 - 40	2	33 633	30 227	279	0,9	29 948	12 987 43,4	12 837 42,9	3 739 12,5	385 1,3	32 0,1	298 1,0

Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden¹⁾

20 - 30	32	604 858	541 210	5 330	1,0	535 880	221 174 41,3	262 296 48,9	44 132 8,2	8 278 1,5	645 0,1	6 485 1,2
30 - 40	156	3 226 880	2 881 241	26 164 ²⁾	0,9	2 855 067 ²⁾	1 258 559 44,1	1 241 253 43,5	304 074 10,7	51 181 1,8	4 517 0,2	39 502 1,4
40 - 50	128	2 998 313	2 662 162	23 599	0,9	2 638 563	1 111 679 42,1	1 167 706 44,3	307 056 11,6	52 122 2,0	4 279 0,2	40 327 1,5
50 - 70	24	553 059	493 495	3 296	0,7	490 199	202 807 41,4	204 279 41,7	72 429 14,8	10 684 2,2	803 0,2	8 558 1,7

Gemeinden mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern

Insgesamt | 87 4 263 423 3 755 495 31 858 0,8 3 723 637 1 713 206 46,0 1 534 663 41,2 403 071 10,8 72 697 2,0 7 567 0,2 53 870 1,4

Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden¹⁾

10 - 20	12	580 770	506 482	4 987	1,0	501 495	201 521 40,2	250 869 50,0	40 216 8,0	8 889 1,8	596 0,1	6 784 1,4
20 - 30	14	596 020	526 904	4 710	0,9	522 194	216 913 41,5	245 372 47,0	51 518 9,9	8 391 1,6	522 0,1	6 536 1,3
30 - 40	7	311 278	273 060	2 421	0,9	270 639	117 040 43,2	121 308 44,8	26 981 10,0	5 310 2,0	479 0,2	3 851 1,4
40 - 50	11	602 041	535 998	4 487	0,8	531 511	275 606 51,9	190 676 35,9	55 002 10,3	10 227 1,9	1 492 0,3	7 241 1,4
50 - 60	13	668 172	588 818	4 923	0,8	583 895	268 771 46,0	233 873 40,1	69 024 11,8	12 227 2,1	1 152 0,2	9 089 1,6
60 - 70	11	567 288	497 868	4 232	0,9	493 636	231 129 46,8	194 721 39,4	57 046 11,6	10 740 2,2	1 278 0,3	7 585 1,5
70 - 80	9	425 542	375 357	2 617	0,7	372 740	182 796 49,0	135 840 36,4	45 853 12,3	8 251 2,2	1 229 0,3	6 111 1,6
80 - 90	10	512 312	451 008	3 481	0,8	447 527	219 430 49,0	162 004 36,2	57 431 12,8	8 662 1,9	819 0,2	6 673 1,5

Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden¹⁾

unter 10	20	1 031 376	915 946	6 757	0,7	909 189	472 908 52,0	320 243 35,2	98 580 10,8	17 458 1,9	2 135 0,2	12 941 1,4
10 - 20	67	3 232 047	2 839 549	25 101	0,9	2 814 448	1 240 298 44,1	1 214 420 43,1	304 491 10,8	55 239 2,0	5 432 0,2	40 929 1,5

Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden¹⁾

30 - 40	32	1 576 188	1 398 894	11 904	0,9	1 386 990	673 893 48,6	552 069 39,8	136 794 9,9	24 234 1,7	2 744 0,2	17 207 1,2
40 - 50	42	2 031 541	1 786 008	15 340	0,9	1 770 668	793 422 44,8	746 524 42,2	196 758 11,1	33 964 1,9	3 060 0,2	25 541 1,4
50 - 60	13	655 694	570 593	4 614	0,8	565 979	245 891 43,4	236 070 41,7	69 519 12,3	14 499 2,6	1 763 0,3	11 122 2,0

11 Zweitstimmenabgabe nach Gemeindegrößenklassen in Kombination mit dem Anteil der Evangelischen, der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen sowie der Beamten und Angestellten in den Gemeinden

Gemeinden von ... bis unter ... %	Ge- meinder	Wahl- berechtigte	Wähler	Ungültige Zweitstimmen	Gültige Zweitstimmen													
					ins- gesamt	davon für												
						SPD		CDU, CSU		F.D.P.		Sonstige		darunter				
														DKP		GRÜNE		
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			

Gemeinden mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern

Insgesamt | 35 3 453 651 3 038 088 24 476 0,8 3 013 612 1 455 996 48,3 1 142 916 37,9 348 706 11,6 65 994 2,2 7 851 0,3 49 468 1,6

Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden¹⁾

10 - 20	2	165 456	143 811	1 141	0,8	142 670	44 348 31,1	84 005 58,9	11 915 8,4	2 402 1,7	170 0,1	1 839 1,3
20 - 30	5	441 188	389 916	2 977	0,8	386 939	166 226 43,0	169 238 43,7	44 030 11,4	7 445 1,9	1 118 0,3	5 336 1,4
30 - 40	3	331 711	292 095	2 387	0,8	289 708	135 361 46,7	109 954 38,0	36 354 12,5	8 039 2,8	793 0,3	6 438 2,2
40 - 50	4	469 402	413 227	3 997	1,0	409 230	207 416 50,7	151 109 36,9	43 118 10,5	7 587 1,9	1 007 0,2	5 415 1,3
50 - 60	9	936 296	825 238	6 128	0,7	819 110	420 822 51,4	288 214 35,2	93 281 11,4	16 793 2,1	2 101 0,3	12 218 1,5
60 - 70	7	598 451	526 860	4 452	0,8	522 408	254 470 48,7	196 242 37,6	60 695 11,6	11 001 2,1	1 072 0,2	8 380 1,6
70 - 80	4	409 936	361 333	2 682	0,7	358 651	178 460 49,8	120 877 33,7	49 023 13,7	10 291 2,9	1 352 0,4	7 969 2,2
80 - 90	1	101 211	85 608	712	0,8	84 896	48 893 57,6	23 277 27,4	10 290 12,1	2 436 2,9	238 0,3	1 873 2,2

Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden¹⁾

unter 10	15	1 440 331	1 272 667	10 203	0,8	1 262 464	665 926 52,7	431 698 34,2	135 929 10,8	28 911 2,3	3 559 0,3	21 715 1,7
10 - 20	20	2 013 320	1 765 421	14 273	0,8	1 751 148	790 070 45,1	711 218 40,6	212 777 12,2	37 083 2,1	4 292 0,2	27 153 1,6

Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden¹⁾

30 - 40	9	896 442	795 702	5 811	0,7	789 391	427 215 54,1	270 666 34,3	78 611 10,0	13 399 1,7	2 363 0,3	8 766 1,1
40 - 50	13	1 247 701	1 096 124	8 767	0,8	1 087 357	524 052 48,2	416 786 38,3	124 697 11,5	21 822 2,0	2 237 0,2	16 483 1,5
50 - 70	13	1 309 508	1 146 262	9 898	0,9	1 136 364	504 729 44,4	455 464 40,1	145 398 12,8	30 773 2,7	3 251 0,3	24 219 2,1

Gemeinden mit 200 000 und mehr Einwohnern

Insgesamt | 30 10 131 760 8 843 676 66 430 0,8 8 777 246 4 306 252 49,1 3 189 028 36,31 079 891 12,3 202 075 2,3 27 841 0,3 144 749 1,6

Nach dem Anteil der Evangelischen in den Gemeinden¹⁾

10 - 20	1	158 921	140 310	1 218	0,9	139 092	58 223 41,9	61 183 44,0	16 727 12,0	2 959 2,1	235 0,2	2 370 1,7
20 - 30	5	2 022 859	1 722 960	13 534	0,8	1 709 426	729 613 42,7	724 587 42,4	216 635 12,7	38 591 2,3	4 280 0,3	27 486 1,6
30 - 40	2	372 903	328 283	2 297	0,7	325 986	127 344 39,1	146 107 44,8	46 286 14,2	6 249 1,9	682 0,2	4 723 1,4
40 - 50	6	1 926 657	1 676 179	13 212	0,8	1 662 967	876 630 52,7	576 804 34,7	179 626 10,8	29 907 1,8	5 231 0,3	20 100 1,2
50 - 60	8	2 516 820	2 200 576	17 553	0,8	2 183 023	1 113 659 51,0	776 114 35,6	242 704 11,1	50 546 2,3	6 621 0,3	35 054 1,6
60 - 70	2	487 153	428 473	2 698	0,6	425 775	202 771 47,6	154 398 36,3	60 552 14,2	8 054 1,9	1 167 0,3	5 724 1,3
70 - 80	4	2 053 035	1 823 387	11 775	0,6	1 811 612	931 084 51,4	589 308 32,5	242 053 13,4	49 167 2,7	7 303 0,4	37 289 2,1
80 - 90	2	593 412	523 508	4 143	0,8	519 365	266 928 51,4	160 527 30,9	75 308 14,5	16 602 3,2	2 322 0,4	12 003 2,3

Nach dem Anteil der Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in den Gemeinden¹⁾

unter 10	16	4 779 692	4 185 700	32 120	0,8	4 153 580	2 214 377 53,3	1 405 551 33,8	442 265 10,6	91 387 2,2	13 224 0,3	63 267 1,5
10 - 20	14	5 352 068	4 657 976	34 310	0,7	4 623 666	2 091 875 45,2	1 783 477 38,6	637 626 13,8	110 688 2,4	14 617 0,3	81 482 1,8

Nach dem Anteil der Beamten und Angestellten in den Gemeinden¹⁾

30 - 40	3	814 089	711 844	6 201	0,9	705 643	430 182 61,0	205 684 29,1	58 711 8,3	11 066 1,6	2 226 0,3	6 980 1,0
40 - 50	13	3 423 743	2 993 488	22 238	0,7	2 971 250	1 509 731 50,8	1 083 646 36,5	320 298 10,8	57 575 1,9	8 226 0,3	39 290 1,3
50 - 70	14	5 893 928	5 138 344	37 991	0,7	5 100 353	2 366 339 46,4	1 899 698 37,2	700 882 13,7	133 434 2,6	17 389 0,3	98 479 1,9

1) Nach dem Ergebnis bei der Volkszählung 1970 umgerechnet auf den Gebietsstand bei der Bundestagswahl 1980.

Lfd. Nr.	... Legislaturperiode	Abgänge											
		insgesamt				Nichtannahme bzw. Aberkennung des Mandats				Mandatsniederlegung			
		Bundesgebiet ohne Berlin		Berlin (West)		Bundesgebiet ohne Berlin		Berlin (West)		Bundesgebiet ohne Berlin		Berlin (West)	
		insges.	Frauen	insges.	Frauen	insges.	Frauen	insges.	Frauen	insges.	Frauen	insges.	Frauen
Insge													
1	1. (1949 - 1953)	65	-	1	-	1	-	-	-	24	-	1	-
2	2. (1953 - 1957)	72	1	3	1	1 ³⁾	-	-	-	21	-	1	-
3	3. (1957 - 1961)	61	2	-	-	-	-	-	-	21	-	-	-
4	4. (1961 - 1965)	58	4	4	-	1	-	-	-	21	1	3	-
5	5. (1965 - 1969)	44	3	4	-	2	-	1	-	20	1	1	-
6	6. (1969 - 1972)	45	3	4	-	3	-	-	-	22	2	3	-
7	7. (1972 - 1976)	29	1	3	-	1	-	-	-	20	-	1	-
8	8. (1976 - 1980)	36	1	2	-	2	-	-	-	18	1	2	-
SPD													
9	1. (1949 - 1953)	14	-	1	-	-	-	-	-	3	-	1	-
10	2. (1953 - 1957)	10	-	2	1	-	-	-	-	3	-	1	-
11	3. (1957 - 1961)	20	1	-	-	-	-	-	-	9	-	-	-
12	4. (1961 - 1965)	24	1	4	-	1	-	-	-	10	1	3	-
13	5. (1965 - 1969)	22	2	3	-	2	-	1	-	10	1	-	-
14	6. (1969 - 1972)	16	1	1	-	-	-	-	-	7	1	1	-
15	7. (1972 - 1976)	13	1	3	-	-	-	-	-	10	-	1	-
16	8. (1976 - 1980)	15	-	-	-	1	-	-	-	4	-	-	-
CDU													
17	1. (1949 - 1953)	11	-	-	-	-	-	-	-	6	-	-	-
18	2. (1953 - 1957)	19	-	1	-	1 ³⁾	-	-	-	9	-	-	-
19	3. (1957 - 1961)	16	-	-	-	-	-	-	-	6	-	-	-
20	4. (1961 - 1965)	21	3	-	-	-	-	-	-	7	-	-	-
21	5. (1965 - 1969)	13	-	1	-	-	-	-	-	5	-	1	-
22	6. (1969 - 1972)	15	2	3	-	2	-	-	-	9	1	2	-
23	7. (1972 - 1976)	9	-	-	-	1	-	-	-	5	-	-	-
24	8. (1976 - 1980)	13	-	2	-	1	-	-	-	10	-	2	-
F.D.P.													
25	1. (1949 - 1953)	14	-	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-
26	2. (1953 - 1957)	25	-	-	-	-	-	-	-	6	-	-	-
27	3. (1957 - 1961)	5	-	-	-	-	-	-	-	3	-	-	-
28	4. (1961 - 1965)	5	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-
29	5. (1965 - 1969)	6	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-
30	6. (1969 - 1972)	11	-	-	-	1	-	-	-	5	-	-	-
31	7. (1972 - 1976)	7	-	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-
32	8. (1976 - 1980)	4	1	-	-	-	-	-	-	2	1	-	-
CSU													
33	1. (1949 - 1953)	2	-	x	x	-	-	x	x	-	-	x	x
34	2. (1953 - 1957)	3	-	x	x	-	-	x	x	1	-	x	x
35	3. (1957 - 1961)	3	-	x	x	-	-	x	x	1	-	x	x
36	4. (1961 - 1965)	8	-	x	x	-	-	x	x	3	-	x	x
37	5. (1965 - 1969)	3	1	x	x	-	-	x	x	1	-	x	x
38	6. (1969 - 1972)	3	-	x	x	-	-	x	x	1	-	x	x
39	7. (1972 - 1976)	-	-	x	x	-	-	x	x	-	-	x	x
40	8. (1976 - 1980)	4	-	x	x	-	-	x	x	2	-	x	x
Son													
41	1. (1949 - 1953)	24	-	-	-	1 ³⁾	-	-	-	10	-	-	-
42	2. (1953 - 1957)	15	1	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-
43	3. (1957 - 1961)	17	1	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-
44	4. (1961 - 1965)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
45	8. (1976 - 1980)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Ohne Wechsel innerhalb der Legislaturperiode und ohne Wechsel innerhalb der Gruppe der Sonstigen.

2) Einschl. 11 Bundestagsabgeordnete, die auf Grund des Änderungsgesetzes vom 15.1.1952 vom Berliner Abgeordnetenhaus hinzugewählt wurden.

3) Aberkennung des Mandats.

4) Einschl. 10 Bundestagsabgeordnete, die vom Saarländischen Landtag in den Deutschen Bundestag gewählt wurden.

innerhalb der einzelnen Legislaturperioden

Tod				Parteiwechsel ¹⁾				insgesamt				Zugänge				Nachwahl bzw. Listennachfolge				Parteiwechsel ¹⁾				Lfd. Nr.
Bundesgebiet ohne Berlin		Berlin (West)		Bundesgebiet ohne Berlin		Berlin (West)		Bundesgebiet ohne Berlin		Berlin (West)		Bundesgebiet ohne Berlin		Berlin (West)		Bundesgebiet ohne Berlin		Berlin (West)						
insges.	Frauen	insges.	Frauen	insges.	Frauen	insges.	Frauen	insges.	Frauen	insges.	Frauen	insges.	Frauen	insges.	Frauen	insges.	Frauen	insges.	Frauen					
samt																								
28	-	-	-	12	-	-	-	64	7	12	2	52	7	12 ²⁾	2	12	-	-	-	1				
16	-	2	1	34	1	-	-	80	9	3	-	46 ⁴⁾	8	3	-	34	1	-	-	2				
22	1	-	-	18	1	-	-	61	3	-	-	43	2	-	-	18	1	-	-	3				
34	3	1	-	2	-	-	-	58	9	4	1	56	9	4	1	2	-	-	-	4				
20	2	2	-	2	-	-	-	42	6	4	2	40	6	4	2	2	-	-	-	5				
12	1	1	-	8	-	-	-	45	-	4	1	37	-	4	1	8	-	-	-	6				
8	1	2	-	-	-	-	-	29	6	3	1	29	6	3	1	-	-	-	-	7				
15	-	-	-	1	-	-	-	36	4	2	-	35	4	2	-	1	-	-	-	8				
11	-	-	-	-	-	-	-	13	2	5	-	13	2	5	-	-	-	-	-	9				
7	-	1	1	-	-	-	-	12	2	2	-	12	2	2	-	-	-	-	-	10				
9	1	-	-	2	-	-	-	19	1	-	-	18	1	-	-	1	-	-	-	11				
13	-	1	-	-	-	-	-	25	2	4	1	24	2	4	1	1	-	-	-	12				
9	1	2	-	1	-	-	-	20	1	3	1	20	1	3	1	-	-	-	-	13				
5	-	-	-	4	-	-	-	12	-	1	-	12	-	1	-	-	-	-	-	14				
3	1	2	-	-	-	-	-	13	2	3	1	13	2	3	1	-	-	-	-	15				
10	-	-	-	-	-	-	-	15	2	-	-	15	2	-	-	-	-	-	-	16				
3	-	-	-	2	-	-	-	11	-	3	1	10	-	3	1	1	-	-	-	17				
7	-	1	-	2	-	-	-	28	5	1	-	18	4	1	-	10	1	-	-	18				
9	-	-	-	1	-	-	-	29	2	-	-	16	1	-	-	13	1	-	-	19				
13	3	-	-	1	-	-	-	20	6	-	-	20	6	-	-	-	-	-	-	20				
8	-	-	-	-	-	-	-	15	4	1	1	13	4	1	1	2	-	-	-	21				
4	1	1	-	-	-	-	-	18	-	3	1	13	-	3	1	5	-	-	-	22				
3	-	-	-	-	-	-	-	9	3	-	-	9	3	-	-	-	-	-	-	23				
1	-	-	-	1	-	-	-	12	1	2	-	12	1	2	-	-	-	-	-	24				
6	-	-	-	3	-	-	-	12	2	4	1	10	2	4	1	2	-	-	-	25				
1	-	-	-	18	-	-	-	11	1	-	-	10	1	-	-	1	-	-	-	26				
2	-	-	-	-	-	-	-	7	-	-	-	5	-	-	-	2	-	-	-	27				
3	-	-	-	1	-	-	-	4	1	-	-	4	1	-	-	-	-	-	-	28				
1	-	-	-	1	-	-	-	5	1	-	-	5	1	-	-	-	-	-	-	29				
1	-	-	-	4	-	-	-	7	-	-	-	7	-	-	-	-	-	-	-	30				
2	-	-	-	-	-	-	-	7	1	-	-	7	1	-	-	-	-	-	-	31				
2	-	-	-	-	-	-	-	4	-	-	-	4	-	-	-	-	-	-	-	32				
1	-	x	x	1	-	x	x	6	-	x	x	2	-	x	x	4	-	x	x	33				
-	-	x	x	2	-	x	x	2	-	x	x	1	-	x	x	1	-	x	x	34				
2	-	x	x	-	-	x	x	2	-	x	x	2	-	x	x	-	-	x	x	35				
5	-	x	x	-	-	x	x	8	-	x	x	8	-	x	x	-	-	x	x	36				
2	1	x	x	-	-	x	x	2	-	x	x	2	-	x	x	-	-	x	x	37				
2	-	x	x	-	-	x	x	8	-	x	x	5	-	x	x	3	-	x	x	38				
-	-	x	x	-	-	x	x	-	-	x	x	-	-	x	x	-	-	x	x	39				
2	-	x	x	-	-	x	x	4	1	x	x	4	1	x	x	-	-	x	x	40				
stige																								
7	-	-	-	6	-	-	-	22	3	-	-	17	3	-	-	5	-	-	-	41				
1	-	-	-	12	1	-	-	27	1	-	-	5	1	-	-	22	-	-	-	42				
-	-	-	-	15	1	-	-	4	-	-	-	2	-	-	-	2	-	-	-	43				
-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	44				
-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	45				

13 Abgeordnete im Deutschen Bundestag nach Alter, Geschlecht und Partei

Bundes- tagswahl am ...	Abgeordnete 1)																	
	insgesamt			im Alter von ... bis unter ... Jahren														
				unter 35		35 - 45		45 - 55		55 - 65		65 und mehr						
	ins- gesamt	Männer	Frauer	zusammen	Frauen	zusammen	Frauen	zusammen	Frauen	zusammen	Frauen	zusammen	Frauen	zusammen	Frauen			
				Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl		
Insgesamt																		
14. 8.1949	402	374	28	15	3,7	-	93	23,1	8	165	41,0	13	102	25,4	5	27	6,7	2
6. 9.1953	487	447	40	16	3,3	2	100	20,5	4	191	39,2	24	148	30,4	8	32	6,6	2
15. 9.1957	497	454	43	19	3,8	1	97	19,5	7	171	34,4	12	169	34,0	17	41	8,2	6
17. 9.1961	499	459	40	14	2,8	-	102	20,4	5	165	33,1	16	170	34,1	14	48	9,6	5
19. 9.1965	496	463	33	18	3,6	1	131	26,4	4	151	30,4	10	156	31,5	15	40	8,1	3
28. 9.1969	496	465	31	23	4,6	-	142	28,6	1	175	35,3	15	133	26,8	15	23	4,6	-
19.11.1972	496	469	27	45	9,1	3	152	30,6	1	207	41,7	17	82	16,5	6	10	2,0	-
3.10.1976	496	461	35	39	7,9	6	145	29,2	6	217	43,8	15	88	17,7	8	7	1,4	-
5.10.1980	497	456	41	13	2,6	-	185	37,2	20	203	40,8	10	88	17,7	11	8	1,6	-
SPD																		
14. 8.1949	131	119	12	2	1,5	-	36	27,5	4	54	41,2	8	36	27,5	-	3	2,3	-
6. 9.1953	151	133	18	9	6,0	2	34	22,5	2	61	40,4	11	41	27,2	3	6	4,0	-
15. 9.1957	169	150	19	8	4,7	-	40	23,7	5	54	32,0	5	57	33,7	9	10	5,9	-
17. 9.1961	190	171	19	8	4,2	-	47	24,7	3	60	31,6	9	63	33,2	7	12	6,3	-
19. 9.1965	202	186	16	9	4,5	1	60	29,7	2	56	27,7	4	58	28,7	6	19	9,4	3
28. 9.1969	224	208	16	16	7,1	-	65	29,0	-	85	37,9	10	51	22,8	6	7	3,1	-
19.11.1972	230	218	12	18	7,8	2	78	33,9	-	101	43,9	7	30	13,0	3	3	1,3	-
3.10.1976	214	200	14	16	7,5	4	62	29,0	1	98	45,8	6	35	16,4	3	3	1,4	-
5.10.1980	218	201	17	5	2,3	-	88	40,4	8	83	38,1	5	37	17,0	4	5	2,3	-
CDU																		
14. 8.1949	115	105	10	1	0,9	-	18	15,7	1	51	44,3	3	36	31,3	5	9	7,8	1
6. 9.1953	191	176	15	4	2,1	-	34	17,8	2	71	37,2	6	65	34,0	5	17	8,9	2
15. 9.1957	215	197	18	8	3,7	1	28	13,0	2	74	34,4	3	80	37,2	6	25	11,6	6
17. 9.1961	192	179	13	4	2,1	-	26	13,5	1	56	29,2	3	80	41,7	5	26	13,5	4
19. 9.1965	196	184	12	6	3,1	-	52	26,5	2	51	26,0	5	68	34,7	5	19	9,7	-
28. 9.1969	193	182	11	7	3,6	-	51	26,4	1	60	31,1	4	62	32,1	6	13	6,7	-
19.11.1972	177	165	12	17	9,6	-	49	27,7	-	68	38,4	9	38	21,5	3	5	2,8	-
3.10.1976	190	175	15	16	8,4	1	55	28,9	2	85	44,7	9	31	16,3	3	3	1,6	-
5.10.1980	174	159	15	4	2,3	-	55	31,6	4	78	44,8	5	35	20,1	6	2	1,1	-
F.D.P.																		
14. 8.1949	52	51	1	3	5,8	-	10	19,2	1	23	44,2	-	12	23,1	-	4	7,7	-
6. 9.1953	48	46	2	2	4,2	-	7	14,6	-	19	39,6	2	18	37,5	-	2	4,2	-
15. 9.1957	41	39	2	1	2,4	-	11	26,8	-	15	36,6	1	11	26,8	1	3	7,3	-
17. 9.1961	67	62	5	-	-	-	18	26,9	1	29	43,3	2	14	20,9	1	6	9,0	1
19. 9.1965	49	47	2	1	2,0	-	9	18,4	-	20	40,8	1	17	34,7	1	2	4,1	-
28. 9.1969	30	28	2	-	-	-	8	26,7	-	14	46,7	1	8	26,7	1	-	-	-
19.11.1972	41	39	2	6	14,6	1	10	24,4	-	21	51,2	1	3	7,3	-	1	2,4	-
3.10.1976	39	35	4	5	12,8	1	11	28,2	1	14	35,9	-	9	23,1	2	-	-	-
5.10.1980	53	46	7	1	1,9	-	23	43,4	6	20	37,7	-	9	17,0	1	-	-	-
CSU																		
14. 8.1949	24	23	1	2	8,3	-	6	25,0	-	10	41,7	1	4	16,7	-	2	8,3	-
6. 9.1953	52	49	3	1	1,9	-	15	28,8	-	20	38,5	3	11	21,2	-	5	9,6	-
15. 9.1957	55	52	3	2	3,6	-	15	27,3	-	19	34,5	2	16	29,1	1	3	5,5	-
17. 9.1961	50	47	3	2	4,0	-	11	22,0	-	20	40,0	2	13	26,0	1	4	8,0	-
19. 9.1965	49	46	3	2	4,1	-	10	20,4	-	24	49,0	-	13	26,5	3	-	-	-
28. 9.1969	49	47	2	-	-	-	18	36,7	-	16	32,7	-	12	24,5	2	3	6,1	-
19.11.1972	48	47	1	4	8,3	-	15	31,3	1	17	35,4	-	11	22,9	-	1	2,1	-
3.10.1976	53	51	2	2	3,8	-	17	32,1	2	20	37,7	-	13	24,5	-	1	1,9	-
5.10.1980	52	50	2	3	5,8	-	19	36,5	2	22	42,3	-	7	13,5	-	1	1,9	-
Sonstige																		
14. 8.1949	80	76	4	7	8,8	-	23	28,8	2	27	33,8	1	14	17,5	-	9	11,3	1
6. 9.1953	45	43	2	-	-	-	10	22,2	-	20	44,4	2	13	28,9	-	2	4,4	-
15. 9.1957	17	16	1	-	-	-	3	17,6	-	9	52,9	1	5	29,4	-	-	-	-

1) Jeweils nach dem Stand bei der Wahl ohne die vom Berliner Abgeordnetenhaus Gewählten.

14 Berliner Abgeordnete im Deutschen Bundestag nach Alter, Geschlecht und Partei

Bundes- tagswahl am ...	Abgeordnete 1)													
	insgesamt			im Alter von ... bis unter ... Jahren										
				unter 35		35 - 45		45 - 55		55 - 65		65 und mehr		
	ins- gesamt	Männer	Frauen	zusammen	Frauen	zusammen	Frauen	zusammen	Frauen	zusammen	Frauen	zusammen	Frauen	
	Anzahl					Anzahl		Anzahl		Anzahl		Anzahl		Anzahl

Insgesamt

14. 8.1949	8	7	1	-	-	-	1	12,5	-	4	50,0	-	1	12,5	-	2	25,0	1
6. 9.1953	22	17	5	2	9,1	-	2	9,1	1	6	27,3	1	7	31,8	-	5	22,7	3
15. 9.1957	22	17	5	2	9,1	-	2	9,1	-	8	36,4	3	5	22,7	-	5	22,7	2
17. 9.1961	22	19	3	-	-	-	4	18,2	-	7	31,8	2	9	40,9	1	2	9,1	-
19. 9.1965	22	19	3	-	-	-	3	13,6	-	6	27,3	1	11	50,0	2	2	9,1	-
28. 9.1969	22	19	3	2	9,1	-	5	22,7	-	5	22,7	2	6	27,3	1	4	18,2	-
19.11.1972	22	19	3	3	13,6	-	5	22,7	-	5	22,7	2	6	27,3	1	3	13,6	-
3.10.1976	22	19	3	1	4,5	-	5	22,7	-	7	31,8	-	6	27,3	3	3	13,6	-
5.10.1980	22	19	3	-	-	-	9	40,9	1	7	31,8	-	5	22,7	2	1	4,5	-

SPD

14. 8.1949	5	4	1	-	-	-	1	20,0	-	1	20,0	-	1	20,0	-	2	40,0	1
6. 9.1953	11	8	3	1	9,1	-	2	18,2	1	3	27,3	-	2	18,2	-	3	27,3	2
15. 9.1957	12	9	3	1	8,3	-	1	8,3	-	6	50,0	2	1	8,3	-	3	25,0	1
17. 9.1961	13	11	2	-	-	-	2	15,4	-	7	53,8	2	4	30,8	-	-	-	-
19. 9.1965	15	13	2	-	-	-	2	13,3	-	5	33,3	1	8	53,3	1	-	-	-
28. 9.1969	13	11	2	1	7,7	-	4	30,8	-	3	23,1	1	4	30,8	1	1	7,7	-
19.11.1972	12	11	1	2	16,7	-	3	25,0	-	3	25,0	1	3	25,0	-	1	8,3	-
3.10.1976	10	9	1	-	-	-	3	30,0	-	4	40,0	-	2	20,0	1	1	10,0	-
5.10.1980	10	8	2	-	-	-	4	40,0	1	5	50,0	-	1	10,0	1	-	-	-

CDU

14. 8.1949	2	2	-	-	-	-	-	-	-	2	100	-	-	-	-	-	-	-
6. 9.1953	6	5	1	1	16,7	-	-	-	-	1	16,7	1	3	50,0	-	1	16,7	-
15. 9.1957	7	6	1	1	14,3	-	1	14,3	-	2	28,6	1	2	28,6	-	1	14,3	-
17. 9.1961	9	8	1	-	-	-	2	22,2	-	-	-	-	5	55,6	1	2	22,2	-
19. 9.1965	6	5	1	-	-	-	1	16,7	-	1	16,7	-	3	50,0	1	1	16,7	-
28. 9.1969	8	7	1	1	12,5	-	1	12,5	-	2	25,0	1	2	25,0	-	2	25,0	-
19.11.1972	9	7	2	1	11,1	-	2	22,2	-	1	11,1	1	3	33,3	1	2	22,2	-
3.10.1976	11	9	2	1	9,1	-	2	18,2	-	2	18,2	-	4	36,4	2	2	18,2	-
5.10.1980	11	10	1	-	-	-	5	45,5	-	2	18,2	-	3	27,3	1	1	9,1	-

F.D.P.

14. 8.1949	1	1	-	-	-	-	-	-	-	1	100	-	-	-	-	-	-	-
6. 9.1953	5	4	1	-	-	-	-	-	-	2	40,0	-	2	40,0	-	1	20,0	1
15. 9.1957	2	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	50,0	-	1	50,0	1
17. 9.1961	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
19. 9.1965	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	100	-
28. 9.1969	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	100	-
19.11.1972	1	1	-	-	-	-	-	-	-	1	100	-	-	-	-	-	-	-
3.10.1976	1	1	-	-	-	-	-	-	-	1	100	-	-	-	-	-	-	-
5.10.1980	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	100	-	-	-	-

FDV

15. 9.1957	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	100	-	-	-	-
------------	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	-----	---	---	---	---

1) Jeweils nach dem Stand bei der Wahl.

Lfd. Nr.	Partei ¹⁾		der Europa- wahl 10. 6. 1979	der Bundestags					
	Name	Abkürzung		14. 8. 1949	6. 9. 1953	15. 9. 1957	17. 9. 1961	19. 9. 1965	28. 9. 1969
1	Aktion Demokratischer Fortschritt	ADF							x
2	Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher ..	AUD						x	
3	Aktionsgemeinschaft Vierte Partei	AVP							
4	Alternative Liste - Für Demokratie und Umweltschutz	AL							
5	Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz - Bremen	AL							
6	Badische Christlich-Soziale Volkspartei	BCSV							
7	Badische Zentrums-Partei	Zentrum							
8	Bayerischer Rechtsblock	BRbl							
9	Bayerische Staatspartei	BS							
10	Bayernpartei	BP		x	x				x
11	Block der Heimatvertriebenen								
12	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten	BHE							
13	Block der Vaterländischen Einigung	BVE							
14	Bremer Demokratische Volkspartei	BDV		x					
15	Bremer Grüne Liste	GRÜNE							
16	Bürgerpartei								
17	Bund der Deutschen, Partei für Einheit, Frieden und Freiheit	BdD				x			
18	Bund Deutscher Kommunisten	BDK							
19	Bund Freies Deutschland	BFD							
20	Bunte Liste								
21	Christlich Demokratische Union Deutschlands .	CDU	x	x	x	x	x	x	x
22	Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung)	C.B.V.							
23	Christliche Bayerische Volkspartei - Liga der Volksparteien Europas	C.B.V.	x						
24	Christliche Volkspartei des Saarlandes	CVP						x	
25	Christlich Nationale Gemeinschaft	CNG							
26	Christlich-Sozialer Arbeiterbund	CSAB							
27	Christlich-Soziale Union in Bayern	CSU	x	x	x	x	x	x	x
28	Christlich Soziale Wähler Union	CSWU							
29	Demokratische Linke	DL							
30	Demokratische Partei	DemP							
31	Demokratische Volkspartei	DV							
32	Der Deutsche Block								
33	Deutsche Arbeiterpartei	DAP							
34	Deutsche Demokratische Union	DDU							
35	Deutsche Freiheits Partei	DFP							
36	Deutsche Friedens-Union	DFU					x	x	
37	Deutsche Gemeinschaft	DG				x	x		
38	Deutsche Gemeinschaft - Block der Heimatver- triebenen und Entrechteten (Deutscher Gemeinschaftsblock der Heimatver- triebenen und Entrechteten)	DG-BHE (BHE-DG)							
39	Deutsche Kommunistische Partei	DKP	x						
40	Deutsche Konservative Partei	DKP		x					
41	Deutsche Konservative Partei/Deutsche Rechtspartei	DKP/DRP		x					
42	Deutsche Mittelstandspartei	DMP							
43	Deutsche Partei, Deutsche Partei (Schleswig-Holstein-Block)	DP		x	x				
44	Deutsche Partei (Deutsche Partei/ Freie Volkspartei)	DP				x			
45	Deutsche Rechtspartei	DRP		x					
46	Deutsche Reichspartei	DRP			x	x	x		
47	Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittelstandsparteien - UDM)	Mittelstand				x			
48	Deutsches Landvolk	DLV							
49	Deutsche Soziale Partei	DSP							
50	DEUTSCHE UNION	DU							
51	Deutsche Volkspartei	DV, DVP							
52	Deutsche Zentrums-Partei, Zentrums-Partei	DZP, Z, ZP, Zentrum		x	x				x
53	Deutsche Zentrums-Partei - Aktion demokratische Gemeinde	Zentrum	x						x

Landtagswahlen von 1946 bis 1980 aufgetretenen Parteien und Wählergemeinschaften

Aufgetreten bei												Parteiunterlagen waren gem. § 6 Abs. 3 PartG beim Bundeswahlleiter am 31. 12. 1980 noch hinterlegt	Lfd. Nr.
wahl			vor der 1.	Landtagswahlen									
19. 11. 1972	3. 10. 1976	5. 10. 1980		zwischen der									
				1. u. 2.	2. u. 3.	3. u. 4.	4. u. 5.	5. u. 6.	6. u. 7.	7. u. 8.	8. u. 9.		
				Bundestagswahl									
													1
	x							x	x	x	x	x	2
	x										x	x	3
											x		4
											x		5
			x										6
				x									7
					x								8
						x							9
					x	x	x	x	x	x	x	x	10
					x								11
					x								12
					x								13
			x										14
		x									x		15
											x	x	16
						x	x						17
											x		18
											x		19
												x	20
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	21
	x	x											22
													23
			x	x	x								24
						x							25
				x									26
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	27
											x		28
								x					29
			x										30
				x									31
				x									32
				x									33
					x	x	x						34
		x											35
							x	x	x	x		x	36
				x	x	x	x						37
													38
x	x	x		x					x	x	x	x	39
			x										40
													41
										x		x	42
			x	x	x	x	x	x		x			43
													44
			x										45
			x	x	x	x	x						46
							x						47
					x	x							48
				x									49
		x											50
						x					x		51
			x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	52
													53

Lfd. Nr.	Partei ¹⁾		der Europa- wahl 10. 6. 1979	der Bundestags					
	Name	Abkürzung		14. 8. 1949	6. 9. 1953	15. 9. 1957	17. 9. 1961	19. 9. 1965	28. 9. 1969
1	Deutsch-Hannoversche Partei	DHP							
2	Deutsch-Soziale Union	DSU							
3	DIE GRÜNEN	GRÜNE	x						
4	DIE GRÜNEN Baden-Württemberg	GRÜNE							
5	Europäische Arbeiterpartei	EAP							
6	Europäische Arbeiterpartei im Verband der European Labor Party (ELP)	EAP	x						
7	Europäische Föderalistische Partei, Europa Partei	EFP, EP						x	x
8	Europäische Volksbewegung Deutschland	EVD		x					
9	European Labour Committees	ELC							
10	Föderalistische Union (Bayernpartei-Zentrum)	FU				x			
11	FREIE-BÜRGER-UNION-Landespartei Nordrhein-Westfalen	FBU							
12	Freie Demokratische Partei (Freie Demokratische Partei/Demokratische Partei Saar-FDP/DPS - Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei-FDP/DVP) ..	F.D.P.	x	x	x	x	x	x	x
13	Freie Deutsche Volkspartei	FDV							
14	Freie Opposition								
15	Freier Kulturpolitischer Bund	FKB							
16	Freie Sozialistische Partei	FSP							
17	Freie Union in Niedersachsen	FU							
18	Freie Wählergemeinschaft Rheinland-Pfalz	FWG							
19	Freie Wählervereinigung Rheinland-Pfalz	FW							
20	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei	FAP							
21	Freisoziale Union - Demokratische Mitte	FSU						x	x
22	5 %-BLOCK Partei	5%-BLOCK							
23	Gerechtigkeitspartei Bundesrepublik Deutschland	G							
24	Gesamtdeutsche Partei, Gesamtdeutsche Partei (DP-BHE), Gesamtdeutsche Partei-Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten, Gesamtdeutscher BLOCK/BHE	GPD,GPD/BHE, GDP,GDP/BHE, GB/BHE			x	x	x		x
25	Gesamtdeutsche Volkspartei	GVP		x					
26	Grüne Aktion Zukunft	GAZ							
27	Grüne Liste Hessen - Wählergemeinschaft für Umweltschutz und Demokratie	GLH							
28	Grüne Liste Schleswig-Holstein	Grüne Liste							
29	Grüne Liste Umweltschutz	GLU							
30	Grüne Partei Deutschlands	GPD							
31	Gruppe Internationale Marxisten	GIM							
32	Hamburg Block (CDÜ,FDP,DP)								
33	Hessische Bauern- und Landvolkpartei	HB u. LVP							
34	Königspartei								
35	Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Deutschlands 2)	KP, KPD		x	x				
36	Kommunistische Partei Deutschlands 3)	KPD							
37	Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)	KPD/ML							
38	Kommunistischer Bund Westdeutschland	KBW							
39	Konservative Partei	KonsP							
40	Landwirte Partei	LP							
41	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands	LDP							
42	Nationaldemokratische Partei/ Deutsche Reichspartei	NDP/DRP							
43	Nationaldemokratische Partei Deutschlands ...	NPD						x	x
44	Nationale Sammlung	DNS			x				
45	Nationale Solidarität Deutschlands	NSD							
46	Niederbayerischer Bauern- und Mittelstands- bund	NBM							

Landtagswahlen von 1946 bis 1980 aufgetretenen Parteien und Wählergemeinschaften

Aufgetreten bei												Parteiunterlagen waren gem. § 6 Abs. 3 PartG beim Bundeswahlleiter am 31. 12. 1980 noch hinterlegt	Lfd. Nr.
wahl			Landtagswahlen										
19. 11. 1972	3. 10. 1976	5. 10. 1980	vor der 1.	zwischen der									
				1. u. 2.	2. u. 3.	3. u. 4.	4. u. 5.	5. u. 6.	6. u. 7.	7. u. 8.	8. u. 9.		
			Bundestagswahl										
					x								1
						x							2
		x									x	x	3
											x		4
	x	x								x	x	x	5
													6
x								x	x	x	x	x	7
													8
										x			9
													10
										x		x	11
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	12
						x							13
					x								14
				x									15
							x						16
											x	x	17
						x							18
										x			19
											x	x	20
x			x	x	x		x	x	x	x	x	x	21
	x											x	22
									x	x	x	x	23
													24
				x	x	x	x	x					25
					x								26
											x	x	27
											x		28
											x	x	29
											x	x	30
	x											x	31
						x							32
				x									33
					x								34
													35
	x		x	x	x					x			36
													37
	x	x								x	x	x	38
				x						x	x	x	39
													40
						x							41
													42
x	x	x		x				x	x	x	x	x	43
				x									44
													45
													46

Lfd. Nr.	Partei ¹⁾		der Europa- wahl 10. 6. 1979	der Bundestags					
	Name	Abkürzung		14. 8. 1949	6. 9. 1953	15. 9. 1957	17. 9. 1961	19. 9. 1965	28. 9. 1969
1	Niederdeutsche Union (CDU,DP)								
2	Niedersächsische Landespartei	NLP							
3	Notgemeinschaft Kriegsgeschädigter	NGK							
4	Partei der guten Deutschen	PdgD			x	x			
5	Partei Freier Bürger	PFB							
6	Parteifreie Wählerschaft	Pfr							
7	Radikalsoziale Freiheitspartei	RSF		x					
8	Rechtspartei	RP							
9	RECHT und FREIHEIT PARTEI	RFP							
10	Republikanische Partei Deutschlands	RPD							
11	Rheinische Volks-Partei	RhVP							
12	Rheinisch-Westfälische Volkspartei	RWVP		x					
13	Saarländische Volkspartei, Saarländische Volkspartei/Christliche Volkspartei	SVP/CVP							
14	Schleswig-Holstein Block (DP,SHG)	SHB							
15	Schleswig-Holsteinische Landespartei	SHLP			x				
16	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Sozialdemokratische Partei, Sozial- demokratische Partei Saar)	SPD (SP,SPS)	x	x	x	x	x	x	x
17	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Sozialistische Einheitspartei Deutschlands- Westberlin bzw. Westberlins	SED-W,SEW							
18	Sozialistische Reichspartei ⁴⁾	SRP							
19	Spartacusbund	SpB							
20	Südschleswigscher Verein	SSV							
21	Südschleswigscher Wählerverband	SSW		x	x	x	x		
22	Übernationale Europäische Volkspartei Saar ..	UEPVS							
23	UNABHÄNGIGE ARBEITER-PARTEI (Deutsche Sozialisten)	UAP						x	x
24	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands	USPD							
25	Unabhängige Wählergemeinschaft	UWG							
26	Unabhängige Wählervereinigung der Stadt Weilheim	UWV							
27	Union konkreter Umweltschutz (Partei der Mitte)	UNU							
28	Unpolitische Bäuerliche Notgemeinschaft- Hilfe für den Bayerischen Wald								
29	Vaterländische Union	VU			x	x			
30	Vaterstädtischer Bund Hamburg (CDU, FDP, DKP)	VBH							
31	Verband der freien, unabhängigen und überparteilichen Wählergruppen für das Land Hessen	FWG							
32	VEREINIGTE LINKE	VL							
33	Vereinigung für Frieden und soziale Sicherheit	VFS							
34	Vereinigung wirtschaftlich und politisch Entrechteter								
35	Vierte Partei Deutschlands	VPD							
36	VOLKSFRONT	V							
37	Wahlblock der Kriegsbeschädigten, Heimatvertriebenen, Entrechteten								
38	Wählergemeinschaft für ein neutrales Deutschland-Wählergemeinschaft	WGnD					x		
39	Wählerinitiative Europäische Arbeiterpartei ..								
40	Wählervereinigung gegen atomare Aufrüstung	WV							
41	Wählervereinigung "Kämpft mit der KPD"								
42	Wirtschaftliche Aufbauvereinigung	WAV		x					
43	Wirtschaftliche Vereinigung des Mittel- standes	WVM							

1) Zum Teil handelt es sich um die gleiche Partei unter verschiedenen Namen oder um die besondere Bezeichnung von Landesverbänden.

2) Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17.8.1956 aufgelöst.

3) Neue Partei.

4) Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23.10.1952 aufgelöst.

Landtagswahlen von 1946 bis 1980 aufgetretenen Parteien und Wählergemeinschaften

Aufgetreten bei												Parteiunterlagen waren gem. § 6 Abs. 3 PartG beim Bundeswahlleiter am 31. 12. 1980 noch hinterlegt	Lfd. Nr.	
wahl			Landtagswahlen											
19. 11. 1972	3. 10. 1976	5. 10. 1980	vor der 1.	zwischen der										
				1. u. 2.	2. u. 3.	3. u. 4.	4. u. 5.	5. u. 6.	6. u. 7.	7. u. 8.	8. u. 9.			
			Bundestagswahl											
					x								1	
					x						x		2	
													3	
						x							4	
											x	x	5	
								x					6	
			x	x	x								7	
				x									8	
x												x	9	
			x										10	
			x										11	
													12	
							x	x			x		13	
					x								14	
					x								15	
x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	16	
			x		x	x	x	x	x	x	x		17	
				x									18	
													19	
			x								x		20	
				x	x	x	x	x	x	x	x	x	21	
					x								22	
x	x							x	x	x	x	x	23	
				x	x								24	
				x					x				25	
												x	26	
												x	27	
				x									28	
					x			x					29	
				x									30	
												x	31	
x												x	32	
							x						33	
				x									34	
		x									x		35	
												x	36	
					x								37	
													38	
											x		39	
							x						40	
											x		41	
			x	x									42	
													43	

Lfd. Nr.	Gegenstand der Nachweisung (1 = Erst-, 2 = Zweitstimmen)	Einheit	Bundesgebiet ohne Berlin		Schleswig-Holstein		Hamburg		Niedersachsen	
			1980	1976	1980	1976	1980	1976	1980	1976
1	Wahlberechtigte	Anzahl	43 231 741	42 058 015	1 928 108	1 864 033	1 253 335	1 287 473	5 363 576	5 205 680
2	Wähler	Anzahl	38 292 176	38 165 753	1 716 553	1 687 951	1 113 199	1 173 082	4 790 833	4 757 376
3	Wahlbeteiligung	%	88,6	90,7	89,0	90,6	88,8	91,1	89,3	91,4
4	Ungültige Stimmen	1 Anzahl	485 645	470 109	19 708	14 325	9 918	6 661	47 636	109 778
5		%	1,3	1,2	1,1	0,8	0,9	0,6	1,0	2,3
6		2 Anzahl	353 115 ¹⁾	343 253	12 636	7 865	6 731	4 995	35 621	38 398
7		%	0,9	0,9	0,7	0,5	0,6	0,4	0,7	2,1
8	Gültige Stimmen	1 Anzahl	37 806 531	37 695 644	1 696 845	1 673 626	1 103 281	1 166 421	4 743 197	4 647 598
9		%	98,7	98,8	98,9	99,2	99,1	99,4	99,0	97,7
10		2 Anzahl	37 938 981 ¹⁾	37 822 500	1 703 917	1 680 086	1 106 468	1 168 087	4 755 142	4 658 978
11		%	99,1	99,1	99,3	99,5	99,4	99,6	99,3	97,9
Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfallen auf:										
12	SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschland)	1 Anzahl	16 808 861	16 471 321	843 976	803 601	605 062	632 991	2 313 239	2 182 156
13		%	44,5	43,7	49,7	48,0	54,8	54,3	48,8	47,0
14		2 Anzahl	16 260 677	16 099 019	794 900	779 599	572 157	614 284	2 232 531	2 129 502
15		%	42,9	42,6	46,7	46,4	51,7	52,6	46,9	45,7
16	CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands)	1 Anzahl	13 467 207	14 423 157	691 043	745 302	357 260	420 932	1 968 623	2 147 647
17		%	35,6	38,3	40,7	44,5	32,4	36,1	41,5	46,2
18		2 Anzahl	12 989 200	14 367 302	662 791	740 927	345 005	418 994	1 891 813	2 129 143
19		%	34,2	38,0	38,9	44,1	31,2	35,9	39,8	45,7
20	F.D.P. (Freie Demokratische Partei)	1 Anzahl	2 720 480	2 417 683	132 832	112 007	105 027	94 599	345 591	283 448
21		%	7,2	6,4	7,8	6,7	9,5	8,1	7,3	6,1
22		2 Anzahl	4 030 999	2 995 085	216 552	147 622	155 701	118 969	535 914	369 526
23		%	10,6	7,9	12,7	8,8	14,1	10,2	11,3	7,9
24	CSU (Christlich-Soziale Union in Bayern)	1 Anzahl	3 941 365	4 008 514	-	-	-	-	-	-
25		%	10,4	10,6	-	-	-	-	-	-
26		2 Anzahl	3 908 459	4 027 499	-	-	-	-	-	-
27		%	10,3	10,6	-	-	-	-	-	-
28	Sonstige	1 Anzahl	868 618	374 969	28 994	12 716	35 932	17 899	115 744	34 347
29		%	2,3	1,0	1,7	0,8	3,3	1,5	2,4	0,7
30		2 Anzahl	749 646	333 595	29 674	11 938	33 605	15 840	94 884	30 807
31		%	2,0	0,9	1,7	0,7	3,0	1,4	2,0	0,7
davon für:										
32	Bürgerpartei	1 Anzahl	507	-	-	-	-	-	-	-
33		%	0,0	-	-	-	-	-	-	-
34		2 Anzahl	11 256	-	-	-	-	-	-	-
35		%	0,0	-	-	-	-	-	-	-
36	C.B.V. (Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Partio- tenbewegung))	1 Anzahl	-	4 876	-	-	-	-	-	-
37		%	-	0,0	-	-	-	-	-	-

und Ländern bei den Bundestagswahlen 1980 und 1976

Bremen		Nordrhein-Westfalen		Hessen		Rheinland-Pfalz		Baden-Württemberg		Bayern		Saarland		Lfd. Nr.
1980	1976	1980	1976	1980	1976	1980	1976	1980	1976	1980	1976	1980	1976	
523 161	528 346	12 374 314	12 118 533	4 001 747	3 899 454	2 759 777	2 676 890	6 370 535	6 118 464	7 827 420	7 547 820	829 768	811 322	1
459 208	475 582	11 008 682	11 066 546	3 598 071	3 585 275	2 480 763	2 448 946	5 518 062	5 452 370	6 854 780	6 764 839	752 025	753 786	2
87,8	90,0	89,0	91,3	89,9	91,9	89,9	91,5	86,6	89,1	87,6	89,6	90,6	92,9	3
4 498	3 474	116 614	107 261	47 140	41 244	38 394	27 477	78 753	67 844	110 102	82 213	12 882	9 832	4
1,0	0,7	1,1	1,0	1,3	1,2	1,5	1,1	1,4	1,2	1,6	1,2	1,7	1,3	5
3 752	2 594	89 233	76 984	32 909	27 273	29 203	19 693	64 022	46 836	68 415	51 144	10 523 ¹⁾	7 471	6
0,8	0,5	0,8	0,7	0,9	0,8	1,2	0,8	1,2	0,9	1,0	0,8	1,4	1,0	7
454 710	472 108	10 892 068	10 959 285	3 550 931	3 544 031	2 442 369	2 421 469	5 439 309	5 384 526	6 744 678	6 682 626	739 143	743 954	8
99,0	99,3	98,9	99,0	98,7	98,8	98,5	98,9	98,6	98,8	98,4	98,8	98,3	98,7	9
455 456	472 988	10 919 449	10 989 562	3 565 162	3 558 002	2 451 560	2 429 253	5 454 040	5 405 534	6 786 365	6 713 695	741 422 ¹⁾	746 315	10
99,2	99,5	99,2	99,3	99,1	99,2	98,8	99,2	98,8	99,1	99,0	99,2	98,6	99,0	11
245 074	256 721	5 278 416	5 251 009	1 721 811	1 660 580	1 076 165	1 026 588	2 103 162	2 060 398	2 252 449	2 249 609	369 507	347 668	12
53,9	54,4	48,5	47,9	48,5	46,9	44,1	42,4	38,7	38,3	33,4	33,7	50,0	46,7	13
238 912	255 544	5 108 147	5 153 959	1 655 513	1 626 365	1 048 611	1 013 574	2 030 913	1 980 313	2 220 953	2 201 692	358 040	344 187	14
52,5	54,0	46,8	46,9	46,4	45,7	42,8	41,7	37,2	36,6	32,7	32,8	48,3	46,1	15
137 674	154 642	4 587 267	4 907 990	1 486 212	1 597 948	1 153 871	1 214 976	2 761 909	2 887 782	-	-	323 348	345 938	16
30,3	32,8	42,1	44,8	41,9	45,1	47,2	50,2	50,8	53,6	-	-	43,7	46,5	17
131 017	153 842	4 432 661	4 892 278	1 447 904	1 593 695	1 118 216	1 211 208	2 646 084	2 882 365	-	-	313 709	344 850	18
28,8	32,5	40,6	44,5	40,6	44,8	45,6	49,9	48,5	53,3	-	-	42,3	46,2	19
51 810	51 656	798 323	703 914	249 303	244 232	165 243	157 468	423 523	375 122	408 804	353 354	40 024	41 883	20
11,4	10,9	7,3	6,4	7,0	6,9	6,8	6,5	7,8	7,0	6,1	5,3	5,4	5,6	21
68 720	55 903	1 191 643	860 331	377 448	300 864	239 921	183 575	654 882	489 661	532 620	419 335	57 598	49 299	22
15,1	11,8	10,9	7,8	10,6	8,5	9,8	7,6	12,0	9,1	7,8	6,2	7,8	6,6	23
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3 941 365	4 008 514	-	-	24
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	58,4	60,0	-	-	25
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3 908 459	4 027 499	-	-	26
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	57,6	60,0	-	-	27
20 152	9 089	228 062	96 372	93 605	41 271	47 090	22 437	150 715	61 224	142 060	71 149	6 264	8 465	28
4,4	1,9	2,1	0,9	2,6	1,2	1,9	0,9	2,8	1,1	2,1	1,1	0,8	1,2	29
16 807	7 699	186 998	82 994	84 297	37 078	44 812	20 896	122 161	53 195	124 333	65 169	12 075	7 979	30
3,7	1,6	1,7	0,8	2,4	1,0	1,8	0,9	2,2	1,0	1,8	1,0	1,6	1,1	31
-	-	441	-	-	-	66	-	-	-	-	-	-	-	32
-	-	0,0	-	-	-	0,0	-	-	-	-	-	-	-	33
423	-	7 300	-	-	-	-	-	-	-	3 533	-	-	-	34
0,1	-	0,1	-	-	-	-	-	-	-	0,1	-	-	-	35
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4 876	-	-	36
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,1	-	-	37

Lfd. Nr.	Gegenstand der Nachweisung (1 = Erst-, 2 = Zweitstimmen)	Einheit	Bundesgebiet ohne Berlin		Schleswig-Holstein		Hamburg		Niedersachsen	
			1980	1976	1980	1976	1980	1976	1980	1976
1	noch C.B.V.	2 Anzahl	3 946	6 720	-	-	-	-	-	-
2		%	0,0	0,0	-	-	-	-	-	-
3	DFP (Deutsche Freiheits Partei)	1 Anzahl	96	-	-	-	-	-	-	-
4		%	0,0	-	-	-	-	-	-	-
5	DKP (Deutsche Kommunistische Partei)	1 Anzahl	107 158	170 855	3 182	5 262	6 911	11 650	10 636	16 055
6		%	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	1,0	0,2	0,3
7		2 Anzahl	71 600	118 581	2 474	4 104	5 488	9 028	7 020	11 232
8		%	0,2	0,3	0,1	0,2	0,5	0,8	0,1	0,2
9	DU (DEUTSCHE UNION)	1 Anzahl	421	-	-	-	-	-	-	-
10		%	0,0	-	-	-	-	-	-	-
11	GRÜNE (DIE GRÜNEN)	1 Anzahl	732 619	-	23 314	-	27 161	-	101 049	-
12		%	1,9	-	1,4	-	2,5	-	2,1	-
13		2 Anzahl	569 589	-	23 520	-	25 278	-	77 475	-
14		%	1,5	-	1,4	-	2,3	-	1,6	-
15	EAP (Europäische Arbeiterpartei) ...	1 Anzahl	4 992	3 177	109	-	283	126	364	493
16		%	0,0	0,0	0,0	-	0,0	0,0	0,0	0,0
17		2 Anzahl	7 666	6 811	293	-	201	226	803	1 165
18		%	0,0	0,0	0,0	-	0,0	0,0	0,0	0,0
19	KBW (Kommunistischer Bund West-	1 Anzahl	12 008	21 414	748	1 089	583	1 193	2 648	4 544
20	deutschland)	%	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
21		2 Anzahl	8 174	20 018	421	1 325	403	949	1 486	3 979
22		%	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1
23	NPD (Nationaldemokratische Partei	1 Anzahl	-	136 028	-	4 945	-	2 714	-	12 128
24	Deutschlands)	%	-	0,4	-	0,3	-	0,2	-	0,3
25		2 Anzahl	68 096	122 661	2 290	4 347	1 742	2 724	7 107	12 134
26		%	0,2	0,3	0,1	0,3	0,2	0,2	0,1	0,3
27	UAP (UNABHÄNGIGE ARBEITER-PARTEI	1 Anzahl	159	499	-	-	-	-	-	-
28	[Deutsche Sozialisten])	%	0,0	0,0	-	-	-	-	-	-
29		2 Anzahl	-	765	-	-	-	-	-	-
30		%	-	0,0	-	-	-	-	-	-
31	V (VOLKSFRONT)	1 Anzahl	7 160	-	741	-	994	-	558	-
32		%	0,0	-	0,0	-	0,1	-	0,0	-
33		2 Anzahl	9 319	-	676	-	493	-	993	-
34		%	0,0	-	0,0	-	0,0	-	0,0	-
35	Unabhängige bzw. Wählergruppen	1 Anzahl	3 498	3 706	900	208	-	-	489	86
36		%	0,0	0,0	0,1	0,0	-	-	0,0	0,0
37	Übrige ²⁾ (an der Wahl 1980 nicht	1 Anzahl	-	34 414	-	1 212	-	2 216	-	1 041
38	teilgenommen)	%	-	0,1	-	0,1	-	0,2	-	0,0
39		2 Anzahl	-	58 039	-	2 162	-	2 913	-	2 297
40		%	-	0,2	-	0,1	-	0,2	-	0,0

1) Summe der ungültigen und gültigen Zweitstimmen liegt wegen nicht aufklärbarer Unstimmigkeiten bei eingesetzten Stimmzählgeräten um 80 niedriger als die Zahl der Wähler insgesamt.

2) AUD (Aktiongemeinschaft Unabhängiger Deutscher), AVP (Aktiongemeinschaft Vierte Partei), 5%-BLOCK (5%-BLOCK-Partei),

GIM (Gruppe Internationaler Marxisten), KPD (Kommunistische Partei Deutschlands), RFP (RECHT und FREIHEIT PARTEI) und VL (VEREINIGTE LINKE).

Bremen		Nordrhein-Westfalen		Hessen		Rheinland-Pfalz		Baden-Württemberg		Bayern		Saarland		Lfd. Nr.
1980	1976	1980	1976	1980	1976	1980	1976	1980	1976	1980	1976	1980	1976	
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3 946	6 720	-	-	1
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,1	0,1	-	-	2
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	96	-	-	-	3
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,0	-	-	-	4
2 947	4 498	33 594	56 610	11 734	22 157	6 463	9 525	13 062	19 147	14 870	21 452	3 759	4 499	5
0,6	1,0	0,3	0,5	0,3	0,6	0,3	0,4	0,2	0,4	0,2	0,3	0,5	0,6	6
2 284	3 593	23 115	38 176	8 817	15 732	4 139	6 627	7 634	12 524	8 158	13 511	2 471	4 054	7
0,5	0,8	0,2	0,3	0,2	0,4	0,2	0,3	0,1	0,2	0,1	0,2	0,3	0,5	8
-	-	-	-	-	-	-	-	119	-	302	-	-	-	9
-	-	-	-	-	-	-	-	0,0	-	0,0	-	-	-	10
15 917	-	187 264	-	78 465	-	39 547	-	133 706	-	124 069	-	2 127	-	11
3,5	-	1,7	-	2,2	-	1,6	-	2,5	-	1,8	-	0,3	-	12
12 300	-	136 278	-	65 013	-	33 500	-	99 074	-	89 322	-	7 829	-	13
2,7	-	1,2	-	1,8	-	1,4	-	1,8	-	1,3	-	1,1	-	14
236	242	1 381	1 019	731	452	385	236	554	163	675	446	274	-	15
0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	16
171	189	1 827	1 428	858	731	752	811	1 212	978	1 221	1 283	328	-	17
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-	18
507	2 022	2 454	3 038	1 647	3 908	629	994	2 033	4 626	655	-	104	-	19
0,1	0,4	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	-	0,0	-	20
406	1 647	1 664	3 903	1 263	3 327	532	1 046	1 278	3 842	721	-	-	-	21
0,1	0,3	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	-	-	-	22
-	1 664	-	27 243	-	12 797	-	11 176	-	25 201	-	34 617	-	3 543	23
-	0,4	-	0,2	-	0,4	-	0,5	-	0,5	-	0,5	-	0,5	24
873	1 569	14 407	23 358	7 349	11 988	5 311	10 794	11 475	23 411	16 308	29 085	1 234	3 251	25
0,2	0,3	0,1	0,2	0,2	0,3	0,2	0,4	0,2	0,4	0,2	0,4	0,2	0,4	26
-	-	159	499	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27
-	-	0,0	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28
-	-	-	765	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	29
-	-	-	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	30
545	-	2 252	-	676	-	-	-	939	-	455	-	-	-	31
0,1	-	0,0	-	0,0	-	-	-	0,0	-	0,0	-	-	-	32
350	-	2 407	-	997	-	578	-	1 488	-	1 124	-	213	-	33
0,1	-	0,0	-	0,0	-	0,0	-	0,0	-	0,0	-	0,0	-	34
-	-	517	1 524	352	585	-	-	302	1 303	938	-	-	-	35
-	-	0,0	0,0	0,0	0,0	-	-	0,0	0,0	0,0	-	-	-	36
-	663	-	6 439	-	1 372	-	506	-	10 784	-	9 758	-	423	37
-	0,1	-	0,1	-	0,0	-	0,0	-	0,2	-	0,1	-	0,1	38
-	701	-	15 364	-	5 300	-	1 618	-	12 440	-	14 570	-	674	39
-	0,1	-	0,1	-	0,1	-	0,1	-	0,2	-	0,2	-	0,1	40

17 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1981

sowie bei der Europawahl 1979

17.1 SPD, CDU, CSU, F.D.P. und Sonstige insgesamt

Tag der Wahl (B=Bundestagswahl, E=Europawahl, L=Landtagswahl)	Wahl- berech- tigte	Wähler	Stimmen ¹⁾				Von den gültigen Stimmen ²⁾ entfielen auf								
			ungültig		gültig		SPD		CDU, CSU ³⁾		F.D.P.		Sonstige ⁴⁾		
			Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Schleswig-Holstein															
20. 4.1947 L	1 594 794	1 113 005	69,8	39 801	3,6	1 073 204	43,8	365 534	34,1	53 359	4,97	184 317	17,2	
14. 8.1949 B	1 731 022 ⁵⁾	1 431 020	82,7	33 349	2,3	1 397 671	41,3	428 956	30,7	103 492	7,4	451 966	32,3	
9. 7.1950 L	1 715 604	1 341 780	78,2	30 738	2,3	1 311 042	36,0	233 275	19,8	92 466	7,1	599 382	45,7	
6. 9.1953 B	1 573 480 ³⁾	1 391 768	88,5	39 706	2,9	1 352 062	35,7	798 26,5	636 570	47,1	61 486	4,5	296 208	21,9
12. 9.1954 L	1 548 832 ³⁾	1 217 519	78,6	23 231	1,9	1 194 288	39,6	073 33,2	384 875	32,2	89 415	7,5	323 925	27,1
15. 9.1957 B	1 548 961	1 367 225	88,3	55 180	4,0	1 312 045	40,4	595 308	45,1	73 656	5,6	202 647	15,4	
28. 9.1958 L	1 567 411	1 233 578	78,7	16 563	1,3	1 217 015	43,6	966 35,9	540 774	44,4	65 140	5,4	174 135	14,3
17. 9.1961 B	1 626 141	1 431 704	88,0	68 338	4,8	1 363 366	49,5	728 36,4	569 216	41,8	188 619	13,8	109 803	8,1
23. 9.1962 L	1 653 858	1 160 115	70,1	14 119	1,2	1 145 996	44,9	470 39,2	516 073	45,0	90 310	7,9	90 143	7,9
19. 9.1965 B	1 687 266	1 448 994	85,9	32 252	2,2	1 416 742	54,9	901 38,8	682 626	48,2	132 761	9,4	51 454	3,6
23. 4.1967 L	1 682 328	1 246 003	74,1	12 895	1,0	1 233 108	48,6	274 39,4	566 950	46,0	72 589	5,9	107 295	8,7
26. 9.1969 B	1 711 511	1 471 900	86,0	17 060	1,2	1 454 840	63,3	537 43,5	671 822	46,2	75 871	5,2	73 610	5,1
25. 4.1971 L	1 807 818	1 431 760	79,2	10 726	0,7	1 421 034	58,2	420 41,0	737 120	51,9	54 099	3,8	47 395	3,3
19.11.1972 B	1 839 177	1 665 020	90,5	10 864	0,7	1 654 156	80,4	446 48,6	695 140	42,0	141 497	8,6	13 073	0,8
13. 4.1975 L	1 840 596	1 514 646	82,3	9 963	0,7	1 504 683	60,3	360 40,1	758 227	50,4	107 042	7,1	36 054	2,4
3.10.1976 B	1 864 033	1 687 951	90,6	7 865	0,5	1 680 086	77,9	599 46,4	740 927	44,1	147 622	8,8	11 938	0,7
29. 4.1979 L	1 893 242	1 576 769	83,3	7 936	0,5	1 568 833	65,3	982 41,7	757 664	48,3	90 131	5,7	67 056	4,3
10. 6.1979 E	1 899 260	1 245 834	65,6	5 037	0,4	1 240 797	54,2	360 43,7	593 840	47,9	64 805	5,2	39 792	3,2
5.10.1980 B	1 928 108	1 716 553	89,0	12 636	0,7	1 703 917	79,4	900 46,7	662 791	38,9	216 552	12,7	29 674	1,7
Hamburg															
13.10.1946 L	6)	968 454	765 008	79,0	29 415	3,8	2 807 805 ⁷⁾	1 210 010	749 153	26,7	509 632	18,2	339 010	12,1	
14. 8.1949 B	1 141 214	926 435	81,2	20 991	2,3	905 444	358 873	39,6	178 786	19,7	143 371	15,8	224 414 ⁸⁾	24,8 ⁸⁾
16.10.1949 L	6)	1 151 566	811 778	70,5	22 538	2,8	789 240	337 697	42,8	-	-	-	-	451 543 ⁹⁾	57,2 ⁹⁾
6. 9.1953 B	1 241 880	1 085 279	87,4	25 296	2,3	1 059 983	403 410	38,1	389 335	36,7	108 722	10,3	158 516 ⁹⁾	15,0 ⁹⁾
1.11.1953 L	6)	1 261 352	1 020 220	80,9	12 148	1,2	1 008 072	455 402	45,2	-	-	-	-	552 670 ⁹⁾	54,8 ⁹⁾
15. 9.1957 B	1 328 657	1 185 178	89,2	30 919	2,6	1 154 259	528 645	45,8	432 262	37,4	108 451	9,4	84 901	7,4
10.11.1957 L	6)	1 346 260	1 040 584	77,3	14 060	1,4	1 026 524	553 390	53,9	330 991	32,2	88 201	8,6	53 942	5,3
17. 9.1961 B	1 386 411	1 227 787	88,6	34 050	2,8	1 193 737	560 038	46,9	380 613	31,9	187 255	15,7	65 831	5,5
12.11.1961 L	6)	1 384 546	1 000 784	72,3	11 971	1,2	988 813	567 793	57,4	287 619	29,1	95 061	9,6	38 340	3,9
19. 9.1965 B	1 392 994	1 202 934	86,4	15 855	1,3	1 187 079	572 859	48,3	446 133	37,6	112 047	9,4	56 040	4,7
27. 3.1966 L	6)	1 375 491	959 816	69,8	12 014	1,3	947 802	558 754	59,0	284 501	30,0	64 837	6,8	39 710	4,2
9. 9.1969 B	1 341 494	1 174 981	87,6	8 172	0,7	1 166 809	637 051	54,6	397 246	34,0	73 206	6,3	59 306	5,1
22. 3.1970 L	6)	1 382 265	1 014 622	73,4	11 518	1,1	1 003 104	554 455	55,3	329 337	32,8	70 875	7,1	48 437	4,8
19.11.1972 B	1 348 617	1 242 832	92,2	5 767	0,5	1 237 065	673 517	54,4	411 974	33,3	138 607	11,2	12 967	1,0
3. 3.1974 L	6)	1 313 889	1 056 358	80,4	11 608	1,1	1 044 750	469 656	44,9	423 912	40,6	113 930	10,9	37 252	3,6
3.10.1976 B	1 287 473	1 173 082	91,1	4 995	0,4	1 168 087	614 284	52,6	418 994	35,9	118 969	10,2	15 840	1,4
4. 6.1978 L	6)	1 264 661	969 000	76,6	10 603	1,1	958 397	493 340	51,5	360 409	37,6	45 903	4,8	58 745	6,1
10. 6.1979 E	1 261 369	837 865	66,4	5 267	0,6	832 598	434 385	52,2	307 467	36,9	52 071	6,3	38 675	4,6
5.10.1980 B	1 253 335	1 113 199	88,8	6 731	0,6	1 106 468	572 157	51,7	345 005	31,2	155 701	14,1	33 605	3,0
Niedersachsen															
20. 4.1947 L	3 956 675	2 576 366	65,1	116 887	4,5	2 459 479	1 066 380	43,4	489 322	19,9	215 805	8,8	687 972	28,0
14. 8.1949 B	4 425 610	3 439 964	77,7	73 999	2,2	3 365 965	1 125 295	33,4	593 691	17,6	252 141	7,5	1 394 838	41,4 ¹⁰⁾
6. 5.1951 L	4 475 688	3 393 371	75,8	62 931	1,9	3 330 440	1 123 199	33,7	-	-	-	-	1 929 153 ¹⁰⁾	57,9 ¹⁰⁾
6. 9.1953 B	4 388 818	3 894 742	88,7	114 146	2,9	3 780 596	1 136 522	30,1	1 330 982	35,2	260 894	6,9	1 052 198	27,8
24. 4.1955 L	4 400 635	3 410 330	77,5	52 552	1,5	3 357 778	1 181 963	35,2	894 018	26,6	264 841	7,9	1 016 956	30,3
15. 9.1957 B	4 438 885	3 950 248	89,0	123 835	3,1	3 826 413	1 255 204	32,8	1 495 343	39,1	226 463	5,9	849 403	22,2
19. 4.1959 L	4 477 897	3 493 904	78,0	56 508	1,6	3 437 396	1 356 485	39,5	1 058 687	30,8	179 522	5,2	842 702	24,5
17. 9.1961 B	4 613 112	4 083 490	88,5	140 535	3,4	3 942 955	1 526 824	38,7	1 536 956	39,0	519 139	13,2	360 036	9,1
19. 5.1963 L	4 701 245	3 617 369	76,9	35 125	1,0	3 582 244	1 608 927	44,9	1 351 449	37,7	316 552	8,8	305 316	8,5
19. 9.1965 B	4 748 325	4 145 849	87,3	93 108	2,2	4 052 741	1 614 540	39,8	1 855 124	45,8	440 860	10,9	142 217	3,5
4. 6.1967 L	4 760 327	3 608 656	75,8	37 098	1,0	3 571 558	1 538 776	43,1	1 491 092	41,7	245 318	6,9	296 372	8,3
28. 9.1969 B	4 760 938	4 164 690	87,5	59 060	1,4	4 105 630	1 797 376	43,8	1 854 514	45,2	230 471	5,6	223 269	5,4
14. 6.1970 L	5 085 443	3 902 003	76,7	26 175	0,7	3 875 828	1 792 943	46,3	1 771 698	45,7	169 457	4,4	141 730	3,7
19.11.1972 B	5 126 515	4 684 898	91,4	32 424	0,7	4 652 474	2 235 911	48,1	1 988 720	42,7	393 282	8,5	34 561	0,7
9. 6.1974 L	5 129 254	4 331 273 ¹¹⁾	84,4	33 580 ¹¹⁾	0,8	4 297 693 ¹¹⁾	1 852 797 ¹¹⁾	43,1	2 098 096 ¹¹⁾	48,8	302 165 ¹¹⁾	7,0	44 635 ¹¹⁾	1,0
3.10.1976 B	5 205 680	4 757 376	91,4	98 398	2,1	4 658 978	2 129 502	45,7	2 129 143	45,7	369 526	7,9	30 807	0,7
4. 6.1978 L	5 241 051	4 114 730	78,5	26 547	0,6	4 088 183	1 723 638	42,2	1 989 326	48,7	171 514	4,2	203 705	5,0
10. 6.1979 E	5 290 181	3 705 422	70,0	28 195	0,8	3 677 227	1 642 693	44,7	1 684 330	45,8	195 279	5,3	154 925	4,2
5.10.1980 B	5 363 576	4 790 833	89,3	35 691	0,7	4 755 142	2 232 531	46,9	1 891 813	39,8	535 914	11,3	94 884	2,0
Bremen															
13.10.1946 L	12)	243 410	10 387	4,5	664 330 ¹³⁾	316 457	47,6	125 307	18,9	121 279 ¹⁴⁾	18,3	101 287	15,2
12.10.1947 L	12)	338 011	229 245	67,8	10 387	4,5	218 858	91 235	41,7						

17 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1981

sowie bei der Europawahl 1979

17.1 SPD, CDU, CSU, F.D.P. und Sonstige insgesamt

Tag der Wahl (B=Bundestagswahl, E=Europawahl, L=Landtagswahl)	Wahl- berech- tigte	Wähler	Stimmen ²⁾				Von den gültigen Stimmen ²⁾ entfielen auf							
			ungültig		gültig		SPD		CDU, CSU ³⁾		F.D.P.		Sonstige ⁴⁾	
			Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Nordrhein-Westfalen														
20. 4.1947 L	7 860 608	5 290 598	67,3	261 706	4,9	5 028 892	1 607 487	32,0	1 889 581	37,6	298 995	5,9	1 232 829	24,5
14. 8.1949 B	8 681 794	6 909 719	79,6	183 176	2,7	6 726 543	2 109 172	31,4	2 481 523	36,9	581 456	8,6	1 554 392	23,1
18. 6.1950 L	8 892 305	6 433 003	72,3	231 886	3,6	6 201 117	2 005 312	32,3	2 286 644	36,9	748 926	12,1	1 160 235	18,7
6. 9.1953 B	9 599 109	8 250 961	86,0	242 532	2,9	8 008 429	2 553 014	31,9	3 915 320	48,9	682 902	8,5	857 193	10,7
27. 6.1954 L	9 730 078	7 068 392	72,6	145 323	2,1	6 923 069	2 387 718	34,5	2 855 988	41,3	793 736	11,5	885 627	12,8
15. 9.1957 B	10 407 006	9 158 928	88,0	303 657	3,3	8 855 271	2 965 616	33,5	4 813 996	54,4	554 781	6,3	520 878	5,9
6. 7.1958 L	10 507 956	8 046 198	76,6	98 020	1,2	7 948 178	3 115 738	39,2	4 011 419	50,5	566 258	7,1	254 763	3,2
17. 9.1961 B	11 085 775	9 799 429	88,4	281 183	2,9	9 518 246	3 549 359	37,3	4 530 553	47,6	1 118 460	11,8	319 874	3,4
8. 7.1962 L	11 156 285	8 188 988	73,4	106 421	1,3	8 082 567	3 497 179	43,3	3 752 116	46,4	553 426	6,8	279 846	3,5
19. 9.1965 B	11 322 627	9 920 068	87,6	168 836	1,7	9 751 232	4 149 910	42,6	4 593 281	47,1	739 954	7,6	268 087	2,7
10. 7.1966 L	11 292 041	8 641 646	76,5	99 153	1,1	8 542 493	4 226 604	49,5	3 653 184	42,8	633 765	7,4	28 940	0,3
28. 9.1969 B	11 259 648	9 827 911	87,3	140 798	1,4	9 687 113	4 534 471	46,8	4 222 914	43,6	526 861	5,4	402 867	4,2
14. 6.1970 L	11 890 609	8 739 940	73,5	62 113	0,7	8 677 827	3 996 808	46,1	4 020 186	46,3	478 420	5,5	182 413	2,1
19.11.1972 B	11 992 806	11 005 807	91,8	71 169	0,6	10 934 638	5 509 886	50,4	4 484 657	41,0	856 963	7,8	83 132	0,8
4. 5.1975 L	12 035 289	10 358 108	86,1	95 903	0,9	10 262 205	4 630 995	45,1	4 828 554	47,1	689 623	6,7	113 033	1,1
3.10.1976 B	12 118 533	11 066 546	91,3	76 984	0,7	10 989 562	5 153 959	46,9	4 892 278	44,5	860 331	7,8	82 994	0,8
10. 6.1979 E	12 284 767	8 275 436	67,4	55 885	0,7	8 219 551	3 665 773	44,6	3 765 457	45,8	478 052	5,8	310 269	3,8
11. 5.1980 L	12 342 282	9 874 427	80,0	55 909	0,6	9 818 518	4 756 103	48,4	4 240 885	43,2	489 225	4,982	332 305	3,4
5.10.1980 B	12 374 314	11 008 682	89,0	89 233	0,8	10 919 449	5 108 147	46,8	4 432 661	40,6	1 191 643	10,9	186 998	1,7
Hessen														
1.12.1946 L	2 380 109	1 741 416	73,2	132 028	7,6	1 609 388	687 431	42,7	498 158	31,0	252 207 ⁵⁾	15,7	171 592	10,7
14. 8.1949 B	2 906 239	2 247 390	77,3	119 112	5,3	2 128 278	684 042	32,1	454 437	21,4	597 081	28,1	392 718	18,5
19.11.1950 L	2 985 021	1 936 762	64,9	85 675	4,4	1 851 087	821 268	44,4	348 148	18,8	588 739	31,8	92 932	5,0
6. 9.1953 B	3 081 783	2 672 103	86,7	115 151	4,3	2 556 952	862 701	33,7	849 125	33,2	502 548	19,7	342 578	13,4
28.11.1954 L	3 105 125	2 559 409	82,4	58 136	2,3	2 501 273	1 065 733	42,6	603 691	24,1	513 421	20,5	318 428	12,7
15. 9.1957 B	3 214 856	2 863 092	89,1	135 829	4,7	2 727 263	1 037 166	38,0	1 116 494	40,9	232 872	8,5	340 731	12,5
23.11.1958 L	3 257 513	2 680 548	82,3	46 691	1,7	2 633 857	1 235 361	46,9	843 041	32,0	250 310	9,5	305 145	11,6
11. 9.1961 B	3 395 285	3 028 241	89,2	149 552	4,9	2 878 689	1 233 312	42,8	1 003 279	34,9	438 726	15,2	203 372	7,1
11.11.1962 L	3 451 314	2 681 995	77,7	45 192	1,7	2 636 803	1 340 625	50,8	760 435	28,8	301 783	11,4	233 960	8,9
19. 9.1965 B	3 516 041	3 073 307	87,4	84 585	2,8	2 988 452	1 366 010	45,7	1 130 871	37,8	359 419	12,0	132 152	4,4
6.11.1966 L	3 543 079	2 868 446	81,0	40 813	1,4	2 827 633	1 442 230	51,0	745 409	26,4	293 994	10,4	346 000	12,2
28. 9.1969 B	3 573 336	3 151 868	88,2	53 835	1,7	3 098 033	1 492 916	48,2	1 190 642	38,4	208 325	6,7	206 150	6,7
8.11.1970 L	3 828 701	3 171 227	82,8	29 411	0,9	3 141 816	1 442 201	45,9	1 248 453	39,7	316 270	10,1	134 892	4,3
19.11.1972 B	3 841 104	3 522 483	91,7	23 647	0,7	3 498 836	1 697 322	48,5	1 409 771	40,3	355 558	10,2	36 185	1,0
27.10.1974 L	3 850 223	3 264 209	84,8	33 789	1,0	3 230 420	1 394 123	43,2	1 528 793	47,3	238 726	7,4	68 778	2,1
3.10.1976 B	3 899 454	3 585 275	91,9	27 273	0,8	3 558 002	1 626 365	45,7	1 593 695	44,8	300 864	8,5	37 078	1,0
8.10.1978 L	3 933 990	3 450 090	87,7	27 123	0,8	3 422 967	1 515 953	44,3	1 575 445	46,0	225 044	6,6	106 525	3,1
10. 6.1979 E	3 956 722	2 630 503	66,5	20 623	0,8	2 609 880	1 184 069	45,4	1 167 974	44,8	161 714	6,2	96 123	3,7
5.10.1980 B	4 001 747	3 598 071	89,9	32 909	0,9	3 565 162	1 655 513	46,4	1 447 904	40,6	377 448	10,6	84 297	2,4
Rheinland-Pfalz														
18. 5.1947 L	1 666 547	1 298 567	77,9	137 515	10,6	1 161 052	398 594	34,3	547 875	47,2	113 844	9,8	100 739	8,7
14. 8.1949 B	1 900 797	1 513 756	79,6	82 200	5,4	1 431 556	408 905	28,6	702 125	49,0	226 625	15,8	93 901	6,6
29. 4.1951 L	2 021 104	1 512 643	74,8	75 393	5,0	1 437 250	488 374	34,0	563 274	39,2	240 071	16,7	145 531	10,1
6. 9.1953 B	2 143 337	1 842 707	86,0	67 344	3,7	1 775 363	482 686	27,2	924 932	52,1	214 805	12,1	152 940	8,6
15. 5.1955 L	2 151 228	1 634 750	76,0	50 921	3,1	1 583 829	501 751	31,7	741 384	46,8	201 847	12,7	138 847	8,8
15. 9.1957 B	2 237 023	1 976 225	88,3	77 220	3,9	1 899 005	578 203	30,4	1 019 709	53,7	185 288	9,8	115 805	6,1
19. 4.1959 L	2 266 778	1 749 227	77,2	36 873	2,1	1 712 354	596 984	34,9	829 236	48,4	165 937	9,7	120 197	7,0
17. 9.1961 B	2 348 108	2 069 927	88,2	99 994	4,8	1 969 933	659 830	33,5	964 270	48,9	259 578	13,2	86 255	4,4
31. 3.1963 L	2 363 313	1 784 261	75,5	31 775	1,8	1 752 486	713 469	40,7	777 838	44,4	177 377	10,1	83 802	4,8
19. 9.1965 B	2 403 771	2 114 311	88,0	58 581	2,8	2 055 730	754 175	36,7	1 013 573	49,3	209 028	10,2	78 954	3,8
23. 4.1967 L	2 387 307	1 872 966	78,5	29 007	1,5	1 843 959	679 177	36,8	861 142	46,7	153 089	8,3	150 551	8,2
28. 9.1969 B	2 410 176	2 097 308	87,0	41 208	2,0	2 056 100	825 379	40,1	982 640	47,8	128 650	6,3	119 431	5,8
21. 3.1971 L	2 584 585	2 052 908	79,4	26 536	1,3	2 026 372	821 350	40,5	1 012 847	50,0	120 444	5,9	71 731	3,5
19.11.1972 B	2 623 690	2 404 007	91,6	26 146	1,1	2 377 861	1 067 953	44,9	1 090 339	45,9	193 499	8,1	26 070	1,1
9. 3.1975 L	2 648 336	2 141 144	80,8	20 663	1,0	2 120 481	817 018	38,5	1 143 360	53,9	118 762	5,6	41 341	1,9
3.10.1976 B	2 676 890	2 448 946	91,5	19 693	0,8	2 429 253	1 013 574	41,7	1 211 208	49,9	183 575	7,6	20 896	0,9
18. 3.1979 L	2 717 051	2 111 862	81,4	27 322	1,2	2 184 540	923 965	42,3	1 094 480	50,1	139 248	6,4	26 847	1,2
10. 6.1979 E	2 726 474	2 130 502	78,1	45 166	2,1	2 085 336	856 263	41,1	1 026 042	49,2	133 323	6,4	69 708	3,3
5.10.1980 B	2 759 777	2 480 763	89,9	29 203	1,2	2 451 560	1 048 611	42,8	1 118 216	45,6	239 921	9,8	44 812	1,8
Baden-Württemberg														
24.11.1946 L 6)	1 875 074	1 344 602	71,7	74 838	5,6	1 269 764	404 716	31,9	487 085 ⁷⁾	38,4	247 710 ⁷⁾	19,5	130 253	10,3
18. 5.1947 L 8)	694 953	471 389	67,8	43 565	9,2	427 824	95 829	22,4	239 312 ⁹⁾	55,9	60 980 ¹⁰⁾	14,3	31 703	7,4
18. 5.1947 L 11)	615 812	408 956	66,4	30 623	7,5	378 333	78 707	20,8	205 037					

17 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1981
sowie bei der Europawahl 1979

17.1 SPD, CDU, CSU, F.D.P. und Sonstige insgesamt

Tag der Wahl (B=Bundestagswahl, E=Europawahl, L=Landtagswahl)	Wahl- berech- tigte	Wähler	Stimmen ²⁾				Von den gültigen Stimmen ²⁾ entfielen auf							
			ungültig		gültig		SPD		CDU, CSU ³⁾		F.D.P.		Sonstige ⁴⁾	
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%

Bayern

1.12.1946 L	4 210 636	3 189 552	75,7	141 215	4,4	3 048 337	87,1	760	28,6	1 593 908	52,3	172 242	5,7	410 427	13,5
14. 8.1949 B	5 984 175	4 851 576	81,1	123 953	2,6	4 727 623	78,9	416	22,7	1 380 448	29,2	404 145	8,5	1 867 614	39,5
26.11.1950 L 5)	6 026 641	4 813 528	79,9	383 851	4,0	9 237 840	258,5	549	28,0	2 527 370	27,4	653 741	7,1	3 468 180	37,5
6. 9.1953 B	6 134 820	5 263 817	85,8	190 261	3,6	5 073 556	1 184	262	23,3	2 427 387	47,8	315 494	6,2	1 146 413	22,6
28.11.1954 L 5)	6 102 799	5 030 235	82,4	325 782	3,2	9 724 178	2 733	946	28,1	3 691 954	38,0	703 924	7,2	2 594 354	26,7
15. 9.1957 B	6 240 499	5 470 347	87,7	196 706	3,6	5 273 641	1 394	811	26,4	3 015 892	57,2	240 695	4,6	622 243	11,8
23.11.1958 L 5)	6 254 214	4 787 763	76,6	353 397	3,7	9 203 820	2 839	300	30,8	4 192 904	45,6	512 344	5,6	1 659 272	18,0
17. 9.1961 B	6 551 728	5 714 545	87,2	227 583	4,0	5 486 962	1 652	642	30,1	3 014 471	54,9	479 830	8,7	340 019	6,2
25.11.1962 L 5)	6 599 417	5 051 684	76,5	285 545	2,8	9 816 377	3 465	168	35,3	4 663 528	47,5	577 836	5,9	1 109 845	11,3
19. 9.1965 B	6 752 276	5 803 004	85,9	161 513	2,8	5 641 491	1 869	467	33,1	3 136 506	55,6	413 744	7,3	221 774	3,9
20.11.1966 L 5)	6 717 225	5 416 375	80,6	290 604	2,7	10 540 680	3 768	973	35,8	5 074 342	48,1	539 131	5,1	1 158 234	11,0
28. 9.1969 B	6 851 646	5 837 724	85,2	107 236	1,8	5 730 488	1 983	020	34,6	3 115 652	54,4	232 880	4,1	398 936	7,0
22.11.1970 L 5)	7 253 205	5 765 850	79,5	287 247	2,5	11 243 107	3 742	760	33,3	6 344 599	56,4	624 560	5,6	531 188	4,7
19.11.1972 B	7 375 146	6 626 216	89,8	62 426	0,9	6 563 790	2 483	136	37,8	3 615 183	55,1	399 554	6,1	65 917	1,0
27.10.1974 L 5)	7 415 892	5 765 145	77,7	249 858	2,2	11 278 586	3 409	126	30,2	7 001 551	62,1	586 533	5,2	281 376	2,5
3.10.1976 B	7 547 820	6 764 839	89,6	51 144	0,8	6 713 695	2 201	692	32,8	4 027 499	60,0	419 335	6,2	65 169	1,0
15.10.1978 L 5)	7 651 716	5 863 069	76,6	256 781	2,2	11 468 095	3 599	479	31,4	6 782 091	59,1	711 348	6,2	375 177	3,3
10. 6.1979 E	7 714 564	4 542 784	58,9	35 118	0,8	4 507 666	1 314	020	29,2	2 817 120	62,5	211 531	4,7	164 995	3,7
5.10.1980 B	7 827 420	6 854 780	87,6	68 415	1,0	6 786 365	2 220	953	32,7	3 908 459	57,6	532 620	7,8	124 333	1,8

Saarland

5.10.1947 L	520 822	498 625	95,7	49 060	9,8	449 565	147 292 ⁶⁾	32,8	-	-	34 255 ⁷⁾	7,6	268 018	59,6
30.11.1952 L	622 428	579 226	93,1	141 876	24,5	437 350	141 876 ⁶⁾	32,4	-	-	-	-	295 478	67,6
18.12.1955 L	664 388	600 196	90,3	11 017	1,8	589 179	118 699 ⁸⁾	20,1	153 320 ³⁾	26,0	142 602 ⁹⁾	24,2	174 558	29,6
15. 9.1957 B	659 971	589 578	89,3	38 487	6,5	551 091	138 309	25,1	300 591 ³⁾	54,5	100 080 ⁹⁾	18,2	12 111	2,2
4.12.1960 L	718 963	568 560	79,1	35 728	6,3	532 832	159 698	30,0	195 060	36,6	73 718 ⁹⁾	13,8	104 356	19,6
17. 9.1961 B	714 512	626 817	87,7	47 208	7,5	579 609	194 003	33,5	284 255	49,0	74 893 ⁹⁾	12,9	26 458	4,6
27. 6.1965 L	746 532	610 836	81,8	15 880	2,6	594 956	241 954	40,7	254 143	42,7	49 524 ⁹⁾	8,3	49 335	8,3
19. 9.1965 B	736 239	656 496	89,2	25 965	4,0	630 531	250 797	39,8	295 257	46,8	54 119 ⁹⁾	8,6	30 358	4,8
28. 9.1969 B	734 096	653 882	89,1	18 997	2,9	634 885	253 485	39,9	292 986	46,1	42 254 ⁹⁾	6,7	46 160	7,3
14. 6.1970 L	787 409	653 669	83,1	9 766	1,5	643 903	262 492	40,8	308 107	47,8	28 167 ⁹⁾	4,4	45 137	7,0
19.11.1972 B	797 605	740 910	92,9	10 998	1,5	729 912	349 801	47,9	316 955	43,4	51 762 ⁹⁾	7,1	11 394	1,6
4. 5.1975 L	803 669	714 039	88,8	7 801	1,1	706 238	295 406	41,8	347 094	49,1	52 100 ⁹⁾	7,4	11 638	1,6
3.10.1976 B	811 322	753 786	92,9	7 471	1,0	746 315	344 187	46,1	344 850	46,2	49 295 ⁹⁾	6,6	7 979	1,1
10. 6.1979 E	823 322	667 934	81,1	21 266	3,2	646 668	284 560	44,0	299 763	46,4	37 467 ⁹⁾	5,8	24 878	3,8
27. 4.1980 L	826 219	702 466	85,0	7 721	1,1	694 745	315 432	45,4	305 584	44,0	47 977 ⁹⁾	6,9	25 752	3,7
5.10.1980 B	829 768	752 025	90,6	10 523 ¹⁰⁾	1,4	741 422 ¹⁰⁾	358 040	48,3	313 709	42,3	57 598 ⁹⁾	7,8	12 075	1,6

Bundesgebiet ohne Berlin (West)¹¹⁾

14. 8.1949 B	31 207 620	24 495 614	78,5	763 216	3,1	23 732 398	6 934 975	29,2	7 359 084 ¹²⁾	31,0	2 829 920	11,9	6 608 419	27,8
6. 9.1953 B	33 120 940	28 479 550	86,0	928 278	3,3	27 551 272	7 944 943	28,8	12 443 981 ¹²⁾	45,2	2 629 163	9,5	4 533 185	16,5
15. 9.1957 B	35 400 923	31 072 894	87,8	1 167 466	3,8	29 905 428	9 495 571	31,8	15 008 399 ¹²⁾	50,2	2 307 135	7,7	3 094 323	10,3
17. 9.1961 B	37 440 715	32 849 624	87,7	1 298 723	4,0	31 550 901	11 427 355	36,2	14 298 372 ¹²⁾	45,3	4 028 766	12,8	1 796 408	5,7
19. 9.1965 B	38 510 395	33 416 207	86,8	795 765	2,4	32 620 442	12 813 186	39,3	15 524 068 ¹²⁾	47,6	3 096 739	9,5	1 186 449	3,6
28. 9.1969 B	38 677 235	33 523 064	86,7	557 040	1,7	32 966 024	14 065 716	42,7	15 195 187 ¹²⁾	46,1	1 903 422	5,8	1 801 699	5,5
19.11.1972 B	41 446 302	37 761 589	91,1	301 839	0,8	37 459 750	17 175 169	45,8	16 806 020 ¹²⁾	44,9	3 129 982	8,4	348 579	0,9
3.10.1976 B	42 058 015	38 165 753	90,7	343 253	0,9	37 822 500	16 099 019	42,6	18 394 801 ¹²⁾	48,6	2 995 085	7,9	333 595	0,9
10. 6.1979 E	42 751 940	28 098 872	65,7	251 763	0,9	27 847 109	11 370 045	40,8	13 700 205 ¹²⁾	49,2	1 662 621	6,0	1 114 238	4,0
5.10.1980 B	43 231 741	38 292 176	88,6	353 115 ¹⁰⁾	0,9	37 938 981 ¹⁰⁾	16 260 677	42,9	16 897 659 ¹²⁾	44,5	4 030 999	10,6	749 646	2,0

Berlin (West)²⁾

20.10.1946 13)	1 453 016	1 327 585	91,4	24 614	1,9	1 302 971	674 209	51,7	316 205	24,3	133 433 ¹⁴⁾	10,2	179 124	13,7
5.12.1948 13)	1 586 461	1 369 492	86,3	38 222	2,8	1 331 270	858 461	64,5	258 664	19,4	214 145 ¹⁴⁾	16,1	-	-
3.12.1950 15)	1 664 221	1 504 580	90,4	40 110	2,7	1 464 470	654 211	44,7	361 050	24,7	337 589	23,1	111 620	7,6
5.12.1954 15)	1 694 896	1 555 511	91,8	19 618	1,3	1 535 893	684 906	44,6	467 117	30,4	197 204	12,8	186 666	12,2
7.12.1958 15)	1 757 842	1 632 540	92,9	16 032	1,0	1 616 508	850 127	52,6	609 097	37,7	61 119	3,8	96 165	5,9
17. 2.1963 15)	1 748 588	1 572 027	89,9	17 060	1,1	1 554 967	962 197	61,9	448 459	28,8	123 382	7,9	20 929	1,3
12. 3.1967 15)	1 718 435	1 481 674	86,2	22 630	1,5	1 459 044	829 694	56,9	479 945	32,9	103 973	7,1	45 432	3,1
14. 3.1971 15)	1 652 916	1 469 633	88,9	20 680	1,4	1 448 953	730 240	50,4	553 422	38,2	122 310	8,4	42 981	3,0
2. 3.1975 15)16)	1 579 924	1 387 471	87,8	11 949	0,9	1 375 522	585 605	42,6	604 007	43,9	97 969	7,1	87 941	6,4
18. 3.1979 15)	1 533 728	1 310 553	85,4	25 957 ¹⁷⁾	2,0	1 284 596	548 060	42,7	570 174	44,4	103 609	8,1	62 753	4,9
10. 5.1981 15)	1 514 642	1 291 842	85,3	29 676 ¹⁸⁾	2,3	1 262 166	483 778	38,3	605 265	48,0	70 529	5,6	102 594	8,1

1) Wahlbeteiligung.

2) Für die Bundestagswahlen 1953 bis 1980 Zweitstimmen; für die Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin ab 1980 Zweitstimmen.

3) CSU nur in Bayern; im Saarland CSU auch bei der Landtagswahl 1955 (3 795) und bei der Bundestagswahl 1957 (117 168) neben der CDU.

4) Einzelnachweise s. Übersicht 17.2.

5) Die hohe Zahl der Stimmen hängt mit dem Wahlsystem zusammen, nach dem jeder Wähler zwei Stimmen hat.

6) Sozialdemokratische Partei Saar (SPS).

7) Demokratische Partei Saar (DPS).

8) Sozialdemokratische Partei Deutschlands - Landesverband Saar (SPD) = 84 414, Sozialdemokratische Partei Saar (SPS) = 34 285.

9) Freie Demokratische Partei/Demokratische Partei Saar (F.D.P./DPS).

10) Summe der ungültigen und gültigen Zweitstimmen liegt wegen nicht aufklärbarer Unstimmigkeiten bei eingesetzten Stimmzählgeräten im Wahlkreis 247 (Sankt Wendel) um 80 niedriger als die Zahl der Wähler insgesamt.

Anmerkung: Bei der Bundestagswahl 1953 konnte mit Wahrscheinlichkeit im ganzen Bundesgebiet gewählt werden. Für eine genaue Berechnung der Wahlbeteiligung in den Ländern wurde daher die Zahl der Wahlberechtigten wie folgt "konstruiert": Im Wählerverzeichnis eingetragene Personen abzüglich Wahl-

11) 1949 und 1953 auch ohne Saarland

12) 1949 davon: CDU 5 978 636 = 25,2 %, CSU 1 380 448 = 5,8 %; 1953 davon: CDU 10 016 594 = 36,4 %, CSU 2 427 387 = 8,8 %; 1957 davon: CDU 11 875 339 = 39,7 %, CSU 3 133 060 = 10,5 %; 1961 davon: CDU 11 283 901 = 35,8 %, CSU 3 014 471 = 9,6 %; 1965 davon: CDU 12 387 562 = 38,0 %, CSU 3 136 506 = 9,6 %; 1969 davon: CDU 12 079 535 = 36,6 %, CSU 3 115 652 = 9,5 %; 1972 davon: CDU 13 190 837 = 35,2 %, CSU 3 615 183 = 9,7 %; 1976 davon: CDU 14 367

17 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1981
sowie bei der Europawahl 1979

17.2 Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wählergemeinschaften¹⁾

Art und Zeitpunkt der Wahl (B = Bundestagswahl, E = Europawahl, L = Landtagswahl)	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land	Berlin (West)
Aktion Demokratischer Fortschritt - ADF												
B 28. 9. 1969	197 331	6 381	13 653	17 183	6 535	64 824	22 137	11 651	21 927	25 431	7 609	x
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher - AUD												
B 19. 9. 1965	52 637	2 887	1 423	5 460	699	11 428	4 755	2 636	11 470	11 238	641	x
L zw. B 1965 u. B 1969	11 030	-	-	-	-	-	-	-	11 030	-	-	15 507
L 14. 3. 1971	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9 136
L 3. 3. 1974	521	-	521	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 3. 10. 1976	22 202	1 088	831	-	-	4 928	2 113	-	7 509	5 242	491	x
L zw. B 1976 u. B 1980	x	-	592	1 293	-	-	-	-	-	-	-	-
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher - DIE GRÜNEN												
L 15. 10. 1978	210 977	-	-	-	-	-	-	-	-	210 977	-	-
Aktionsgemeinschaft VIERTE PARTEI - AVP												
B 3. 10. 1976	4 723	241	-	-	117	1 786	619	-	-	1 777	183	x
L 8. 10. 1978	12	-	-	-	-	-	12	-	-	-	-	-
Alternative Liste - Für Demokratie und Umweltschutz - AL												
L 18. 3. 1979	x	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	47 642
L 10. 5. 1981	x	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	90 653
Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz - Bremen - AL												
L 7. 10. 1979	5 516	-	-	-	5 516	-	-	-	-	-	-	-
Bayerischer Rechtsblock - BRbl												
L 28. 11. 1954	54 522	-	-	-	-	-	-	-	-	54 522	-	-
Bayerische Staatspartei - BSP												
L 27. 10. 1974	19 505	-	-	-	-	-	-	-	-	19 505	-	-
L 15. 10. 1978	10 205	-	-	-	-	-	-	-	-	10 205	-	-
Bayernpartei - BP												
B 14. 8. 1949	986 478	-	-	-	-	-	-	-	-	986 478	-	x
L 26. 11. 1950	1 657 713	-	-	-	-	-	-	-	-	1 657 713	-	-
B 6. 9. 1953	465 641	-	-	-	-	-	-	-	-	465 641	-	x
L 28. 11. 1954	1 286 937	-	-	-	-	-	-	-	-	1 286 937	-	-
L 23. 11. 1958	742 424	-	-	-	-	-	-	-	-	742 424	-	-
L 25. 11. 1962	469 877	-	-	-	-	-	-	-	-	469 877	-	-
L 20. 11. 1966	361 172	-	-	-	-	-	-	-	-	361 172	-	-
B 28. 9. 1969	49 694	-	-	-	-	-	-	-	-	49 694	-	x
L 22. 11. 1970	147 381	-	-	-	-	-	-	-	-	147 381	-	-
L 27. 10. 1974	87 435	-	-	-	-	-	-	-	-	87 435	-	-
L 15. 10. 1978	50 004	-	-	-	-	-	-	-	-	50 004	-	-
Block der Vaterländischen Einigung - BVE												
L 19. 11. 1950	765	-	-	-	-	-	765	-	-	-	-	-
Bremer Grüne Liste - GRÜNE												
L 7. 10. 1979	20 909	-	-	-	20 909	-	-	-	-	-	-	-
Bürgerpartei												
L 11. 5. 1980	5 410	-	-	-	-	5 410	-	-	-	-	-	-
B 5. 10. 1980	11 256	-	-	-	423	7 300	-	-	-	3 533	-	x
Bund der Deutschen, Partei für Einheit, Frieden und Freiheit - BdD												
L zw. B 1953 u. B 1957	x	10 009	-	8 600	3 988	19 515	12 047	10 527	18 077	43 720	-	-
B 15. 9. 1957	58 725	2 527	4 950	6 812	1 254	9 890	6 086	4 788	9 320	10 675	2 423	x
L zw. B 1957 u. B 1961	x	6 037	3 469	4 947	1 337	176	-	6 613	15 333	-	-	-
Bund Deutscher Kommunisten - BDK												
L 27. 10. 1974	352	-	-	-	-	-	352	-	-	-	-	-
Bund Freies Deutschland - BFD												
L 2. 3. 1975	x	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	46 691
Bunte Liste												
L 4. 6. 1978	33 279	-	33 279	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Christliche Bayerische Volkspartei (Bayerische Patriotenbewegung) - C.B.V. ²⁾												
B 3. 10. 1976	6 720	-	-	-	-	-	-	-	-	6 720	-	x
E 10. 6. 1979	45 311	1 169	878	3 971	644	7 447	3 886	3 840	5 782	15 916	1 778	x
B 5. 10. 1980	3 946	-	-	-	-	-	-	-	-	3 946	-	x

1) Für die Bundestagswahlen 1953 bis 1980 Zweitstimmen.

2) Bei der Europawahl 1979 "Christliche Bayerische Volkspartei C.B.V. - Liga der Volksparteien Europas - C.B.V."

17 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1981
sowie bei der Europawahl 1979

17.2 Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wählergemeinschaften¹⁾

Art und Zeitpunkt der Wahl (B = Bundestagswahl, E = Europawahl, L = Landtagswahl)	Baden- Württemberg Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Elbe- Lauenburg	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saar- land	Berlin (West)
Christliche Volkspartei - CVP												
B 19. 9. 1965	19 832	-	-	-	-	10 830	-	-	-	-	9 002	x
Christliche Volkspartei des Saarlandes - CVP, Saarländische Volkspartei - SVP, Saarländische Volkspartei/Christliche Volkspartei - SVP/CVP												
L 5. 10. 1947	230 082	-	-	-	-	-	-	-	-	-	230 082	-
L 30. 11. 1952	239 405	-	-	-	-	-	-	-	-	-	239 405	-
L 18. 12. 1955	128 658 ²⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-	128 658 ²⁾	-
L 4. 12. 1960	60 557 ³⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-	60 557 ³⁾	-
L 27. 6. 1965	30 750 ³⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-	30 750 ³⁾	-
L 14. 6. 1970	5 773 ³⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5 773 ³⁾	-
Christlich-Nationale Gemeinschaft - CNG												
L 4. 12. 1960	13 731	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13 731	-
Christlich-Sozialer Arbeiterbund - CSAB												
L 18. 6. 1950	107	-	-	-	-	107	-	-	-	-	-	-
Christlich Soziale Wähler Union - CSWU												
L 27. 4. 1980	2 104	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2 104	-
Demokratische Linke - DL												
L 28. 4. 1968	88 187	-	-	-	-	-	-	-	88 187	-	-	-
Demokratische Volkspartei - DV												
L 30. 11. 1952	14 669	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14 669	-
Der Deutsche Block												
L 26. 11. 1950	82 038	-	-	-	-	-	-	-	-	82 038	-	-
Deutsche Arbeiterpartei - DAP												
L 29. 4. 1951	3 598	-	-	-	-	-	-	3 598	-	-	-	-
Deutsche Demokratische Union - DDU												
L 18. 12. 1955	5 121	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5 121	-
L 4. 12. 1960	26 743	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26 743	-
L 27. 6. 1965	18 585	-	-	-	-	-	-	-	-	-	18 585	-
Deutsche Friedens-Union - DFU												
B 17. 9. 1961	609 918	17 951	43 442	50 380	12 639	188 442	65 989	29 867	95 137	87 388	18 683	x
L zw. B 1961 u. B 1965	x	13 758	28 511	19 749	10 607	164 333	64 956	23 585	49 191	84 879	-	-
B 19. 9. 1965	434 182	14 503	32 051	31 653	12 115	125 202	53 316	25 081	70 209	60 561	9 491	x
L zw. B 1965 u. B 1969	x	11 517	-	29 273	17 240	-	-	22 871	-	-	-	-
L 23. 4. 1972	587	-	-	-	-	-	-	-	587	-	-	-
L 4. 4. 1976	557	-	-	-	-	-	-	-	557	-	-	-
Deutsche Gemeinschaft - DG												
L 9. 3. 1952	5 433	-	-	-	-	-	-	-	5 433	-	-	-
L 4. 3. 1956	11 747	-	-	-	-	-	-	-	11 747	-	-	-
B 15. 9. 1957	17 490	-	-	3 320	-	-	-	2 194	6 102	4 991	883	x
L zw. B 1957 u. B 1961	x	-	485	2 775	-	220	1 093	2 453	5 326	31 919	-	-
B 17. 9. 1961	27 308	1 469	-	4 186	-	4 369	-	1 978	6 901	7 772	633	x
L zw. B 1961 u. B 1965	x	1 043	784	2 190	-	4 917	1 433	4 062	10 322	30 663	-	-
Deutsche Gemeinschaft - Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten - DG - BHE												
L 19. 11. 1950 ⁴⁾	212 431	-	-	-	-	-	-	-	212 431	-	-	-
L 9. 3. 1952	84 026	-	-	-	-	-	-	-	84 026	-	-	-
Deutsche Kommunistische Partei - DKP												
L zw. B 1969 u. B 1972	x	5 278	17 228	15 076	13 828	76 964	36 712	17 849	21 973	40 255	17 344	-
B 19. 11. 1972	113 891	3 528	6 944	9 467	3 335	37 600	13 214	7 749	13 289	13 607	5 158	x
L zw. B 1972 u. B 1976	x	5 926	23 185	16 753	9 233	54 777	28 699	11 101	18 762	45 890	6 864	-
B 3. 10. 1976	118 581	4 104	9 028	11 232	3 593	38 176	15 732	6 627	12 524	13 511	4 054	x
L zw. B 1976 u. B 1980	x	3 123	9 373	12 700	3 340	30 441	14 531	9 024	11 738	33 182	3 703	-
E 10. 6. 1979	112 055	3 508	7 112	10 860	3 055	37 247	12 926	8 442	12 828	10 574	5 501	x
B 5. 10. 1980	71 600	2 474	5 488	7 020	2 284	23 115	8 817	4 139	7 634	8 158	2 471	x
Deutsche Konservative Partei - DKP, Deutsche Rechtspartei - DRP, Deutsche Konservative Partei/Deutsche Rechtspartei - DKP/DRP												
L vor B 1949	x	32 848	9 625	7 245 ⁵⁾	-	24 879 ⁶⁾	-	-	-	-	-	-
B 14. 8. 1949	429 031	27 066	10 838	273 129 ⁵⁾	-	117 998 ⁶⁾	-	-	-	-	-	x
Deutsche Mittelstandspartei - DMP												
L 13. 4. 1975	472	472	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Für die Bundestagswahlen 1953 bis 1980 Zweitstimmen.

2) SVP.

3) SVP/CVP.

4) Ehemaliges Bundesland Württemberg - Baden.

5) DRP.

6) DKP/DRP.

17 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1981
sowie bei der Europawahl 1979

17.2 Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wählergemeinschaften ¹⁾

Art und Zeitpunkt der Wahl (B = Bundestagswahl, E = Europawahl, L = Landtagswahl)	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land	Berlin (West)
Deutsche Partei - DP, Deutsche Partei (Deutsche Partei/Freie Volkspartei) - DP, Deutsche Partei (Schleswig-Holstein-Block) - DP, Deutsche Partei, Landesverband Niedersachsen - DP, Deutsche Partei des Landes Bremen - DP												
L vor B 1949	x	-	-	440 467	8 442	-	-	-	-	-	-	-
B 14. 8. 1949	939 934	169 240	118 583	597 542	54 569	-	-	-	-	-	-	x
L zw. B 1949 u. B 1953	x	125 697	104 728	-	49 007	106 351	-	-	-	-	-	53 810
B 6. 9. 1953 2)	896 128	54 170	62 123	449 203	60 464	80 034	70 704	19 731	56 268	43 431	-	x
L zw. B 1953 u. B 1957	x	-	-	415 183	60 557	1 898	29 309	-	-	-	-	75 321
B 15. 9. 1957	1 007 282	49 339	54 144	435 936	55 118	141 330	148 792	29 698	50 050	38 806	4 069	x
L zw. B 1957 u. B 1961	x	33 994 ³⁾	42 285	424 524	55 647 ⁴⁾	125 696	93 260	-	47 410	34 437	-	53 912
L zw. B 1961 u. B 1965	x	-	-	97 764 ⁴⁾	20 448 ⁵⁾	-	-	-	-	-	-	-
L 1. 10. 1967	3 594	-	-	-	3 594	-	-	-	-	-	-	-
L 3. 3. 1974	877	-	877	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deutsche Rechtspartei - DRP												
L 20. 4. 1947	32 124	-	-	7 245	-	24 879	-	-	-	-	-	-
Deutsche Reichspartei - DRP												
L zw. B 1949 u. B 1953	x	37 115	-	74 017	-	107 104	-	7 185	-	-	-	-
B 6. 9. 1953	295 739	12 794	17 101	132 057	10 552	-	-	45 073	-	78 162	-	x
L zw. B 1953 u. B 1957	x	17 318	7 466	126 692	-	-	-	-	-	-	-	-
B 15. 9. 1957	308 564	9 009	9 050	88 963	5 488	57 755	33 881	51 350	24 896	24 902	3 270	x
L zw. B 1957 u. B 1961	x	12 950	4 109	122 062	14 689	43 299	16 178	87 349	-	56 864	3 325	-
B 17. 9. 1961	262 977	12 114	10 541	63 251	4 922	43 932	18 418	44 644	31 052	28 699	5 404	x
L zw. B 1961 u. B 1965	x	-	9 045	52 785	-	-	-	56 155	-	-	-	-
Deutscher Gemeinschaftsblock der Heimatvertriebenen und Entrechteten - BHE - DG												
L 26. 11. 1950	1 136 148	-	-	-	-	-	-	-	-	1 136 148	-	-
Deutscher Mittelstand (Union Deutscher Mittelstandsparteien - UDM) - Mittelstand												
B 15. 9. 1957	36 592	-	-	9 660	-	14 412	-	-	-	12 520	-	x
L 10. 11. 1957	3 594	-	3 594	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deutsches Landvolk - DLV												
L 15. 5. 1955	841	-	-	-	-	-	-	841	-	-	-	-
L 19. 4. 1959	529	-	-	-	-	-	-	529	-	-	-	-
Deutsche Soziale Partei - DSP												
L 6. 5. 1951	25 546	-	-	25 546	-	-	-	-	-	-	-	-
Deutsche Volkspartei - DV, DVP												
L zw. B 1957 u. B 1961	x	-	-	183	-	-	466	-	-	-	-	-
Deutsche Zentrumsparlei ⁶⁾ , Badische Zentrumsparlei, Zentrumsparlei - DZP, Z, ZP, Zentrum												
L vor B 1949	x	1 082	-	101 283	-	491 138	-	-	-	-	-	-
B 14. 8. 1949	727 505	12 606	-	113 464	-	601 435	-	-	-	-	-	x
L zw. B 1949 u. B 1953	x	-	-	110 473	-	466 497	-	29 816	23 356	-	-	-
B 6. 9. 1953	217 078	-	-	-	-	217 078	-	-	-	-	-	x
L zw. B 1953 u. B 1957	x	-	-	37 563	-	278 863	-	-	-	-	-	-
L zw. B 1957 u. B 1961	x	-	-	955	-	83 720	-	-	-	-	-	-
L 8. 7. 1962	75 291	-	-	-	-	75 291	-	-	-	-	-	-
L 10. 7. 1966	16 181	-	-	-	-	16 181	-	-	-	-	-	-
B 28. 9. 1969	15 933	-	-	-	-	15 114	-	-	-	-	819	x
L 14. 6. 1970	9 902	-	-	-	-	9 902	-	-	-	-	-	-
L 4. 5. 1975	10 487	-	-	-	-	10 487	-	-	-	-	-	-
E 10. 6. 1979	31 367	478	435	3 373	351	14 120	2 159	2 717	3 575	2 883	1 276	x
L 11. 5. 1980	1 562	-	-	-	-	1 562	-	-	-	-	-	-
Deutsch-Hannoversche Partei - DHP												
L 24. 4. 1955	10 823	-	-	10 823	-	-	-	-	-	-	-	-
Deutsch-Soziale Union - DSU												
L 6. 7. 1958	540	-	-	-	-	540	-	-	-	-	-	-
DIE GRÜNEN ⁷⁾ - GRÜNE												
E 10. 6. 1979	893 683	33 689	29 417	133 088	16 382	242 644	74 118	50 883	167 453	130 797	15 212	x
L zw. E 1979 u. B 1980	x	-	-	-	-	291 379	-	-	241 303	-	19 945	-
B 5. 10. 1980	569 589	23 520	25 278	77 475	12 300	136 278	65 013	33 500	99 074	89 322	7 829	x
Europäische Arbeiterparlei - EAP ⁸⁾												
L zw. B 1972 u. B 1976	x	-	-	-	-	311	-	-	191	-	-	-
B 3. 10. 1976	6 811	-	226	1 165	189	1 428	731	811	978	1 283	-	x
L zw. B 1976 u. B 1980	x	-	269	186	167	649	511	630	152	335	-	-
E 10. 6. 1979	31 822	948	833	3 633	523	8 811	3 032	3 826	4 280	4 825	1 111	x
B 5. 10. 1980	7 666	293	201	803	171	1 827	858	752	1 212	1 221	328	x

1) Für die Bundestagswahlen 1953 bis 1980 Zweitstimmen.

2) Deutsche Partei (Deutsche Partei/Freie Volkspartei).

3) Deutsche Partei (Schleswig-Holstein-Block).

4) Deutsche Partei, Landesverband Niedersachsen.

5) Deutsche Partei des Landes Bremen.

6) Bei der Europawahl 1979 "Deutsche Zentrumsparlei - Aktion demokratische Gemeinde - Zentrum".

7) Bei der Europawahl 1979 "Sonstige politische Vereinigung DIE GRÜNEN".

8) Bei der Europawahl 1979 "Europäische Arbeiterparlei (EAP) im Verband der European Labor Party (ELP) - EAP".

17 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1981
sowie bei der Europawahl 1979

17.2 Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wählergemeinschaften¹⁾

Art und Zeitpunkt der Wahl (B = Bundestagswahl E = Europawahl, L = Landtagswahl)	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land	Berlin (West)
Europäische Volksbewegung Deutschland - EVD												
B 14. 8. 1949	26 162	-	-	-	-	-	-	-	26 162	-	-	x
Europa Partei - EP, Europäische Föderalistische Partei - EFP, Europäische Föderalistische Partei Deutschlands - EFP,												
Europäische Föderalistische Partei Bayerns (Bayerische Staatspartei - Europapartei) - EFP												
B 19. 9. 1965	1 015	-	-	-	1 015	-	-	-	-	-	-	x
L 4. 6. 1967	2 101	-	-	2 101	-	-	-	-	-	-	-	-
B 28. 9. 1969	49 650	3 046	3 329	5 394	1 897	10 588	6 550	-	8 174	9 044	1 628	x
L zw. B 1969 u. B 1972	x	3 575	2 743	1 256	-	-	3 649	-	-	17 906	-	-
B 19. 11. 1972	24 057	1 010	910	2 187	318	5 218	3 204	-	5 453	5 170	587	x
L zw. B 1972 u. B 1976	x	-	866	-	-	-	-	-	29 850	-	-	-
L 11. 5. 1980	92	-	-	-	-	92	-	-	-	-	-	-
European Labour Committee's - ELC												
L 27. 10. 1974	23	-	-	-	-	-	23	-	-	-	-	-
Föderalistische Union (Bayernpartei - Zentrum) - FU												
B 15. 9. 1957	254 322	-	-	13 549	-	72 563	-	-	-	168 210	-	x
Freie Deutsche Volkspartei - FDV												
L 7. 12. 1958	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	10 681
Freie Opposition												
L 28. 11. 1954	416	-	-	-	-	-	416	-	-	-	-	-
Freier Kulturpolitischer Bund - FKP												
L 16. 10. 1949	353	-	353	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Freie Sozialistische Partei - FSP												
L 11. 11. 1962	481	-	-	-	-	-	481	-	-	-	-	-
Freie Union in Niedersachsen - FU												
L 4. 6. 1978	10 855	-	-	10 855	-	-	-	-	-	-	-	-
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei - FAP												
L 16. 3. 1980	69	-	-	-	-	-	-	-	69	-	-	-
Freisoziale Union - Demokratische Mitte - FSU												
L 12. 10. 1947	2 410	-	-	-	2 410	-	-	-	-	-	-	-
L zw. B 1949 u. B 1953	4 262	-	-	-	4 262	-	-	-	-	-	-	4 157
L 5. 12. 1954	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2 366
L 19. 5. 1963	243	-	-	243	-	-	-	-	-	-	-	-
B 19. 9. 1965	10 631	-	1 628	2 634	-	6 369	-	-	-	-	-	x
L zw. B 1965 u. B 1969	x	108	3 056	1 082	-	9 584	-	-	441	-	-	-
B 28. 9. 1969	16 371	-	1 510	2 688	450	6 735	-	-	2 534	2 454	-	x
L 22. 3. 1970	1 154	-	1 154	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 19. 11. 1972	3 166	-	480	-	-	2 686	-	-	-	-	-	x
L 3. 3. 1974	810	-	810	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L 4. 6. 1978	371	-	371	-	-	-	-	-	-	-	-	-
5 %-BLOCK Partei - 5 %-BLOCK												
B 3. 10. 1976	2 940	-	-	-	-	-	-	-	-	2 940	-	x
Gerechtigkeitspartei Bundesrepublik Deutschland - G												
L 23. 4. 1972	172	-	-	-	-	-	-	-	172	-	-	-
L 4. 4. 1976	178	-	-	-	-	-	-	-	178	-	-	-
L 8. 10. 1978	39	-	-	-	-	-	39	-	-	-	-	-
Gesamtdeutscher Block - GB/BHE, Gesamtdeutsche Partei (DP - BHE) - GDP, Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen												
und Entrechteten - GB/BHE, Block der Heimatvertriebenen - BHE, Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten - BHE												
L zw. B 1949 u. B 1953	x	306 660	-	496 569	18 744	-	-	27 573	170 751	20 777	-	31 918
B 6. 9. 1953	1 616 953	157 100	26 133	406 971	11 604	213 951	163 499	26 210	193 532	417 953	-	x
L zw. B 1953 u. B 1957	x	167 320	-	370 407	10 570	320 676	192 390	28 271	204 335	990 109	-	39 236
B 15. 9. 1957	1 374 066	109 510	16 757	291 163	8 162	224 928	151 972	27 775	185 214	357 119	1 466	x
L zw. B 1957 u. B 1961	x	84 262	-	285 942	7 238	-	193 996	23 253	194 402	793 628	-	-
B 17. 9. 1961	870 756	52 820	11 848	242 219	17 498	83 131	118 965	9 766	116 611	216 160	1 738	x
L zw. B 1961 u. B 1965	x	48 459	-	132 446	705	34 526	167 090	-	65 759	498 809	-	-
L zw. B 1965 u. B 1969	x	-	-	-	-	-	121 326	-	-	15 249	-	-
B 28. 9. 1969	45 401	1 271	-	9 732	-	4 325	18 758	-	2 830	8 485	-	x
Gesamtdeutsche Volkspartei - GVP												
B 6. 9. 1953	318 475	6 015	12 881	23 876	5 616	117 538	44 438	20 836	55 616	31 659	-	x
L 4. 3. 1956	50 618	-	-	-	-	-	-	-	50 618	-	-	-
Grüne Aktion Zukunft - GAZ												
L 8. 10. 1978	30 787	-	-	-	-	-	30 787	-	-	-	-	-
Grüne Liste Berlin - GLB												
L 10. 5. 1981	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3 765
Grüne Liste Hessen - Wählergemeinschaft für Umweltschutz und Demokratie - GLH, Grüne Liste Schleswig-												
Holstein - Grüne Liste												
L zw. B 1976 u. B 1980	x	38 009	-	-	-	-	37 758	-	-	-	-	-
Grüne Liste Umweltschutz - GLU												
L zw. B 1976 u. B 1980	x	-	10 061	157 733	-	-	274	-	-	-	-	-

1) Für die Bundestagswahlen 1953 bis 1980 Zweitstimmen.

17 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1981
sowie bei der Europawahl 1979

17.2 Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wählergemeinschaften¹⁾

Art und Zeitpunkt der Wahl (B = Bundestagswahl, E = Europawahl, L = Landtagswahl)	Bundes- gebiet Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land	Berlin (West)
Grüne Partei Deutschlands - GPD												
L 11. 5. 1980	38	-	-	-	-	38	-	-	-	-	-	-
Gruppe Internationale Marxisten - GIM												
B 3. 10. 1976	4 759	-	939	-	-	1 770	-	-	2 050	-	-	x
Hamburg Block (CDU, FDP, DP)												
L 1. 11. 1953	504 084	-	504 084	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hessische Bauern- und Landvolkpartei - HB u. LVP												
L 19. 11. 1950	1 219	-	-	-	-	-	1 219	-	-	-	-	-
Königspartei												
L 26. 11. 1950	71 089	-	-	-	-	-	-	-	-	71 089	-	-
Kommunistische Partei Deutschlands - KPD ²⁾												
L vor B 1949	x	50 398	291 701	138 977	19 290	702 410	171 592	100 739	130 253 ³⁾ 59 274 ⁴⁾ 70 368 ⁵⁾	185 023	37 936	-
B 14. 8. 1949	1 361 706	43 744	76 747	104 132	20 530	513 225	142 539	89 026	175 911	195 852	-	x
L zw. B 1949 u. B 1953	x	28 319	58 134	61 364	21 244	338 862	87 878	62 483	119 604	177 768	41 404	-
B 6. 9. 1953	607 860	16 810	40 278	40 091	13 885	228 592	63 937	41 090	81 635	81 542	-	x
L zw. B 1953 u. 9. 10. 1955 ..	x	24 731	32 433	44 788	18 229	264 083	84 013	50 896	104 652	205 206	38 698	-
Kommunistische Partei Deutschlands - KPD (neu) ⁶⁾												
L zw. B 1972 u. B 1976	x	699	-	-	1 413	7 711	4 168	-	296	6 801	-	10 125
B 3. 10. 1976	22 714	833	1 143	2 297	584	6 179	2 568	1 618	2 881	4 611	-	x
Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten - KPD/ML												
L zw. B 1972 u. B 1976	x	-	3 001	-	-	1 731	-	-	-	-	-	-
L 4. 6. 1978	880	-	880	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kommunistischer Bund Westdeutschland - KBW												
L zw. B 1972 u. B 1976	x	-	-	-	2 425	-	2 732	-	5 751	-	-	786
B 3. 10. 1976	20 018	1 325	949	3 979	1 647	3 903	3 327	1 046	3 842	-	-	x
L zw. B 1976 u. B 1980	x	806	689	2 779	533	2 282	2 638	2 278	2 076	2 913	-	1 367
B 5. 10. 1980	8 174	421	403	1 486	406	1 664	1 263	532	1 278	721	-	x
Konservative Partei - KonsP												
L 3. 12. 1950	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11 953
Landwirte Partei - LP												
L 24. 4. 1955	2 768	-	-	2 768	-	-	-	-	-	-	-	-
Nationaldemokratische Partei/Deutsche Reichspartei - NDP/DRP												
L 19. 11. 1950	1 989	-	-	-	-	-	1 989	-	-	-	-	-
Nationaldemokratische Partei Deutschlands - NPD												
B 19. 9. 1965	664 193	34 064	20 938	102 470	12 118	110 299	74 081	51 237	97 787	149 975	11 224	x
L zw. B 1965 u. B 1969	x	72 093	36 654	249 197	35 894	-	224 674	127 680	381 569	781 813	-	-
B 28. 9. 1969	1 422 010	62 912	40 814	188 272	19 723	295 972	158 705	107 780	207 900	303 828	36 104	x
L zw. B 1969 u. B 1972	x	18 822	27 312	124 675	12 561	94 043	94 531	53 882	-	325 646	22 020	-
B 19. 11. 1972	207 465	8 535	4 633	22 907	2 305	37 628	19 767	18 321	40 580	47 140	5 649	x
L zw. B 1972 u. B 1976	x	8 123	7 992	27 581	4 781	36 281	32 713	22 942	42 927	121 745	4 774	-
B 3. 10. 1976	122 661	4 347	2 724	12 134	1 569	23 358	11 988	10 794	23 411	29 085	3 251	x
L zw. B 1976 u. B 1980	x	2 825	3 231	17 613	1 602	-	12 507	14 915	2 341	66 926	-	-
B 5. 10. 1980	68 096	2 290	1 742	7 107	873	14 407	7 349	5 311	11 475	16 308	1 234	x
Nationale Sammlung - DNS												
L 29. 4. 1951	4 864	-	-	-	-	-	-	4 864	-	-	-	-
B 6. 9. 1953	70 726	4 734	-	-	-	-	-	-	37 967	28 025	-	x
Nationale Solidarität Deutschlands - NSD												
L 1. 11. 1953	2 741	-	2 741	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Niederbayerischer Bauern- und Mittelstandsbund - NBM												
L 25. 11. 1962	5 698	-	-	-	-	-	-	-	-	5 698	-	-
Niederdeutsche Union (CDU, DP)												
L 6. 5. 1951	790 766	-	-	790 766	-	-	-	-	-	-	-	-
Niedersächsische Landespartei - NLP												
L 14. 6. 1970	671	-	-	671	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Für die Bundestagswahlen 1953 bis 1980 Zweitstimmen.

2) Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. 8. 1956 aufgelöst.

3) Ehemaliges Bundesland Württemberg-Baden am 24. 11. 1946.

4) Ehemalige Bundesländer Baden und Württemberg-Hohenzollern am 18. 5. 1947.

5) Ehemaliges Bundesland Württemberg-Baden am 19. 11. 1950.

6) Am 9.3.1980 aufgelöst.

17 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1981
sowie bei der Europawahl 1979

17.2 Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wählergemeinschaften¹⁾

Art und Zeitpunkt der Wahl (B = Bundestagswahl, E = Europawahl, L = Landtagswahl)	Bundes- gebiet Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land	Berlin (West)
Notgemeinschaft Kriegsgeschädigter - NGK												
L 29. 4. 1951	10 012	-	-	-	-	-	-	10 012	-	-	-	-
Partei der guten Deutschen - PgdD												
L 15. 5. 1955	3 092	-	-	-	-	-	-	3 092	-	-	-	-
Partei Freier Bürger - PFB												
L 28. 9. 1975	1 516	-	-	-	1 516	-	-	-	-	-	-	-
Radikalsoziale Freiheitspartei - RSF												
L 13. 10. 1946	20 034	-	20 034	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 14. 8. 1949	216 749	18 122	13 830	33 275	6 446	142 648	-	-	2 428	-	-	x
L zw. B 1949 u. B 1953	x	-	15 505	-	-	122 878	-	-	-	-	-	-
L 1. 11. 1953	5 915	-	5 915	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Rechtspartei - RP												
L 6. 5. 1951	3 406	-	-	3 406	-	-	-	-	-	-	-	-
Republikanische Partei Deutschlands - RPD												
L 13. 10. 1946	3 769	-	3 769	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Rheinische Volks-Partei - RhVP												
L 20. 4. 1947	13 547	-	-	-	-	13 547	-	-	-	-	-	-
Rheinisch-Westfälische Volkspartei - RWVP												
B 14. 8. 1949	21 931	-	-	-	-	21 931	-	-	-	-	-	x
Schleswig-Holstein-Block (DP, SHG) - SHB												
L 12. 9. 1954	61 277	61 277	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schleswig-Holsteinische Landespartei - SHLP												
L 12. 9. 1954	1 028	1 028	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sozialistische Einheitspartei Westberlins - SED-W												
L 20. 10. 1946	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	179 124
L 5. 12. 1954	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	41 375
L 7. 12. 1958	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	31 572
L 17. 2. 1963	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	20 929
L 12. 3. 1967	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	29 925
L 14. 3. 1971	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	33 845
L 2. 3. 1975	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	25 105
L 18. 3. 1979	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13 744
L 10. 5. 1981	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	8 176
Sozialistische Reichspartei - SRP ²⁾												
L zw. B 1949 u. B 1953	x	21 049	-	366 793	25 813	11 359	-	-	65 787	-	-	-
Spartacusbund - SpB												
L zw. B 1972 u. B 1976	x	-	-	-	117	-	-	-	94	-	-	-
Südschleswigscher Verein - SSV, Südschleswigscher Wählerverband - SSW												
L 20. 4. 1947	99 500 ³⁾	99 500 ³⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 14. 8. 1949	75 388	75 388	-	-	-	-	-	-	-	-	-	x
L 9. 7. 1950	71 864	71 864	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 6. 9. 1953	44 585	44 585	-	-	-	-	-	-	-	-	-	x
L 12. 9. 1954	42 242	42 242	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B 15. 9. 1957	32 262	32 262	-	-	-	-	-	-	-	-	-	x
L 28. 9. 1958	34 136	34 136	-	-	-	-	-	-	-	-	-	x
B 17. 9. 1961	25 449	25 449	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L 23. 9. 1962	26 883	26 883	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L 23. 4. 1967	23 577	23 577	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L 25. 4. 1971	19 720	19 720	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L 13. 4. 1975	20 703	20 703	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
L 29. 4. 1979	22 293	22 293	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Übernationale Europäische Volkspartei Saar - ÜEPVS												
L 18. 12. 1955	2 081	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2 081	-

1) Für die Bundestagswahlen 1953 bis 1980 Zweitstimmen.

3) SSV.

2) Durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. 10. 1952 aufgelöst.

17 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe in Bund und Ländern bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1946 bis 1981
sowie bei der Europawahl 1979

17.2 Gültige Stimmen für sonstige Parteien und Wählergemeinschaften¹⁾

Art und Zeitpunkt der Wahl (B = Bundestagswahl, E = Europawahl, L = Landtagswahl)	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land	Berlin (West)
UNABHÄNGIGE ARBEITER-PARTEI (Deutsche Sozialisten) - UAP												
L 8. 7. 1962	426	-	-	-	-	426	-	-	-	-	-	-
B 19. 9. 1965	3 959	-	-	-	-	3 959	-	-	-	-	-	x
L 10. 7. 1966	3 175	-	-	-	-	3 175	-	-	-	-	-	-
B 28. 9. 1969	5 309	-	-	-	-	5 309	-	-	-	-	-	x
L 14. 6. 1970	1 504	-	-	-	-	1 504	-	-	-	-	-	-
L 4. 5. 1975	648	-	-	-	-	648	-	-	-	-	-	-
B 3. 10. 1976	765	-	-	-	-	765	-	-	-	-	-	x
L 11. 5. 1980	180	-	-	-	-	180	-	-	-	-	-	-
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD												
L 3. 12. 1950	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	9 782
L 5. 12. 1954	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1 482
Unabhängige Wählervereinigung der Stadt Weilheim - UWV												
L 15. 10. 1978	635	-	-	-	-	-	-	-	-	635	-	-
Union Konkreter Umweltschutz (Partei der Mitte) - UNU												
L 11. 5. 1980	200	-	-	-	-	200	-	-	-	-	-	-
Unpolitische Bäuerliche Notgemeinschaft - Hilfe für den Bayerischen Wald												
L 26. 11. 1950	1 382	-	-	-	-	-	-	-	-	1 382	-	-
Vaterländische Union - VU												
L 28. 11. 1954	13 860	-	-	-	-	-	-	-	-	13 860	-	-
B 15. 9. 1957	5 020	-	-	-	-	-	-	-	-	5 020	-	x
L 25. 11. 1962	5 206	-	-	-	-	-	-	-	-	5 206	-	-
Vaterstädtischer Bund Hamburg (CDU, F.D.P., DKP) - VBH												
L 16. 10. 1949	272 649	-	272 649	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verband der freien, unabhängigen und überparteilichen Wählergruppen für das Land Hessen - FWG												
L 8. 10. 1978	7 452	-	-	-	-	-	7 452	-	-	-	-	-
VEREINIGTE LINKE - VL												
B 3. 10. 1976	701	-	-	-	-	701	-	-	-	-	-	x
Vereinigung für Frieden und soziale Sicherheit - VFS												
L 15. 5. 1960	14 918	-	-	-	-	-	-	-	14 918	-	-	-
Vereinigung wirtschaftlich und politisch Entrechteter												
L 26. 11. 1950	9 339	-	-	-	-	-	-	-	-	9 339	-	-
Vierte Partei Deutschlands - VPD												
L 4. 6. 1978	472	-	-	472	-	-	-	-	-	-	-	-
VOLKSPRONT - V												
B 5. 10. 1980	9 319	676	493	993	350	2 407	997	578	1 488	1 124	213	x
Wählerinitiative Europäische Arbeiterpartei												
L 28. 9. 1975	59	-	-	-	59	-	-	-	-	-	-	-
Wählervereinigung gegen atomare Aufrüstung - WV												
L 11. 10. 1959	10 153	-	-	-	10 153	-	-	-	-	-	-	-
Wahlblock der Kriegsbeschädigten, Heimatvertriebenen, Entrechteten												
L 26. 11. 1950	52 239	-	-	-	-	-	-	-	-	52 239	-	-
Wirtschaftliche Aufbauvereinigung - WAV												
L 1. 12. 1946	225 404	-	-	-	-	-	-	-	-	225 404	-	-
B 14. 8. 1949	681 888	-	-	-	-	-	-	-	-	681 888	-	x
L 26. 11. 1950	259 687	-	-	-	-	-	-	-	-	259 687	-	-
Wirtschaftliche Vereinigung des Mittelstandes - WVM												
L 5. 12. 1954	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26 886
Einzelbewerber, Parteilose, Unabhängige												
L 13. 10. 1946	24 876	-	-	-	24 876	-	-	-	-	-	-	-
L vor B 1949	x	489	13 881	-	6 824	855	-	-	-	-	-	-
B 14. 8. 1949	1 141 647	105 800	4 416	273 296	27 293	157 155	250 179	4 875	315 237	3 396	-	x
L zw. B 1949 u. B 1953	x	8 678	174	219	14 355	7 077	1 081	-	22 393	-	-	-
L zw. B 1953 u. B 1957	x	-	31	132	-	592	253	45 220	152	-	-	-
L zw. B 1957 u. B 1961	x	2 756	-	1 314	-	1 112	152	-	-	-	-	-
L zw. B 1961 u. B 1965	x	-	-	139	-	353	-	-	149	14 713	-	-
L zw. B 1965 u. B 1969	x	-	-	14 719	-	-	-	-	318	-	-	-
L zw. B 1969 u. B 1972	x	-	-	52	-	-	-	-	4 996	-	-	-
L zw. B 1972 u. B 1976	x	131	-	301	-	1 087	91	7 298	1 266	-	-	5 234
L zw. B 1976 u. B 1980	x	-	-	74	-	72	16	-	4 026	-	-	-

1) Für die Bundestagswahlen 1953 bis 1980 Zweitstimmen.

**18 Stimmabgabe der Briefwähler, der übrigen Wähler und der Wähler insgesamt
in den Ländern 1957 bis 1980**

Wahl- jahr	Gegenstand der Nachweisung	Abgegebene Zweitstimmen				Von den abgegebenen Zweitstimmen entfielen auf									
		insgesamt		ungültig		gültig		SPD		CDU, CSU ¹⁾		F.D.P.		Sonstige ²⁾	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
Schleswig-Holstein															
1957	Briefwähler	65 682	2 042	3,1	63 640	13 382	21,0	36 571	57,5	4 991	7,8	8 696	13,7		
	übrige Wähler	1 301 543	53 138	4,1	1 248 405	391 213	31,3	594 576	47,6	68 665	5,5	193 951	15,5		
	Wähler insgesamt ...	1 367 225	55 180	4,0	1 312 045	404 595	30,8	631 147	48,1	73 656	5,6	202 647	15,4		
1961	Briefwähler	83 221	1 641	2,0	81 580	22 221	27,2	38 403	47,1	14 493	17,8	6 463	7,9		
	übrige Wähler	1 348 483	66 697	4,9	1 281 786	473 507	36,9	530 813	41,4	174 126	13,6	103 340	8,1		
	Wähler insgesamt ...	1 431 704	68 338	4,8	1 363 366	495 728	36,4	569 216	41,8	188 619	13,8	109 803	8,1		
1965	Briefwähler	102 851	702	0,7	102 149	32 994	32,3	53 582	52,5	11 092	10,9	4 481	4,4		
	übrige Wähler	1 346 143	31 550	2,3	1 314 593	516 907	39,3	629 044	47,9	121 669	9,3	46 973	3,6		
	Wähler insgesamt ...	1 448 994	32 252	2,2	1 416 742	549 901	38,8	682 626	48,2	132 761	9,4	51 454	3,6		
1969	Briefwähler	103 266	686	0,7	102 580	41 043	40,0	48 284	47,1	8 145	7,9	5 108	5,0		
	übrige Wähler	1 368 634	16 374	1,2	1 352 260	592 494	43,8	623 538	46,1	67 726	5,0	68 502	5,1		
	Wähler insgesamt ...	1 471 900	17 060	1,2	1 454 840	633 537	43,5	671 822	46,2	75 871	5,2	73 610	5,1		
1972	Briefwähler	117 678	614	0,5	117 064	50 874	43,5	50 807	43,4	14 270	12,2	1 113	1,0		
	übrige Wähler	1 547 342	10 250	0,7	1 537 092	753 572	49,0	644 333	41,9	127 227	8,3	11 960	0,8		
	Wähler insgesamt ...	1 665 020	10 864	0,7	1 654 156	804 446	48,6	695 140	42,0	141 497	8,6	13 073	0,8		
1976	Briefwähler	191 660	523	0,3	191 137	75 208	39,3	94 084	49,2	19 776	10,3	2 069	1,1		
	übrige Wähler	1 496 291	7 342	0,5	1 488 949	704 391	47,3	646 843	43,4	127 846	8,6	9 869	0,7		
	Wähler insgesamt ...	1 687 951	7 865	0,5	1 680 086	779 599	46,4	740 927	44,1	147 622	8,8	11 938	0,7		
1980	Briefwähler	201 439	785	0,4	200 654	82 316	41,0	87 260	43,5	25 389	12,7	5 689	2,8		
	übrige Wähler	1 515 114	11 851	0,8	1 503 263	712 584	47,4	575 531	38,3	191 163	12,7	23 985	1,6		
	Wähler insgesamt ...	1 716 553	12 636	0,7	1 703 917	794 900	46,7	662 791	38,9	216 552	12,7	29 674	1,7		
Hamburg															
1957	Briefwähler	73 800	992	1,3	72 808	22 359	30,7	36 193	49,7	8 566	11,8	5 690	7,8		
	übrige Wähler	1 111 378	29 927	2,7	1 081 451	506 286	46,8	396 069	36,6	99 885	9,2	79 211	7,3		
	Wähler insgesamt ...	1 185 178	30 919	2,6	1 154 259	528 645	45,8	432 262	37,4	108 451	9,4	84 901	7,4		
1961	Briefwähler	90 810	1 291	1,4	89 519	31 382	35,1	35 311	39,4	19 050	21,3	3 776	4,2		
	übrige Wähler	1 136 977	32 759	2,9	1 104 218	528 656	47,9	345 302	31,3	168 205	15,2	62 055	5,6		
	Wähler insgesamt ...	1 227 787	34 050	2,8	1 193 737	560 038	46,9	380 613	31,9	187 255	15,7	65 831	5,5		
1965	Briefwähler	111 455	661	0,6	110 794	43 939	39,7	49 221	44,4	12 514	11,3	5 120	4,6		
	übrige Wähler	1 091 479	15 194	1,4	1 076 285	528 920	49,1	396 912	36,9	99 533	9,2	50 920	4,7		
	Wähler insgesamt ...	1 202 934	15 855	1,3	1 187 079	572 859	48,3	446 133	37,6	112 047	9,4	56 040	4,7		
1969	Briefwähler	105 958	563	0,5	105 395	48 996	46,5	41 900	39,8	8 971	8,5	5 528	5,2		
	übrige Wähler	1 069 023	7 609	0,7	1 061 414	588 055	55,4	355 346	33,5	64 235	6,1	53 778	5,1		
	Wähler insgesamt ...	1 174 981	8 172	0,7	1 166 809	637 051	54,6	397 246	34,0	73 206	6,3	59 306	5,1		
1972	Briefwähler	88 774	346	0,4	88 428	40 380	45,7	34 413	38,9	12 658	14,3	977	1,1		
	übrige Wähler	1 154 058	5 421	0,5	1 148 637	633 137	55,1	377 561	32,9	125 949	11,0	11 990	1,0		
	Wähler insgesamt ...	1 242 832	5 767	0,5	1 237 065	673 517	54,4	411 974	33,3	138 607	11,2	12 967	1,0		
1976	Briefwähler	166 966	499	0,3	166 467	73 148	43,9	72 451	43,5	18 581	11,2	2 287	1,4		
	übrige Wähler	1 006 116	4 496	0,4	1 001 620	541 136	54,0	346 543	34,6	100 388	10,0	13 553	1,4		
	Wähler insgesamt ...	1 173 082	4 995	0,4	1 168 087	614 284	52,6	418 994	35,9	118 969	10,2	15 840	1,4		
1980	Briefwähler	172 564	1 002	0,6	171 562	78 465	45,7	64 560	37,6	22 853	13,3	5 684	3,3		
	übrige Wähler	940 635	5 729	0,6	934 906	493 692	52,8	280 445	30,0	132 848	14,2	27 921	3,0		
	Wähler insgesamt ...	1 113 199	6 731	0,6	1 106 468	572 157	51,7	345 005	31,2	155 701	14,1	33 605	3,0		
Niedersachsen															
1957	Briefwähler	186 242	2 145	1,2	184 097	41 509	22,5	90 205	49,0	15 665	8,5	36 718	19,9		
	übrige Wähler	3 764 006	121 690	3,2	3 642 316	1 213 695	33,3	1 405 138	38,6	210 798	5,8	812 685	22,3		
	Wähler insgesamt ...	3 950 248	123 835	3,1	3 826 413	1 255 204	32,8	1 495 343	39,1	226 463	5,9	849 403	22,2		
1961	Briefwähler	200 526	2 543	1,3	197 983	59 061	29,8	89 486	45,2	34 994	17,7	14 442	7,3		
	übrige Wähler	3 882 964	137 992	3,6	3 744 972	1 467 763	39,2	1 447 470	38,7	484 145	12,9	345 594	9,2		
	Wähler insgesamt ...	4 083 490	140 535	3,4	3 942 955	1 526 824	38,7	1 536 956	39,0	519 139	13,2	360 036	9,1		
1965	Briefwähler	260 434	1 889	0,7	258 545	86 603	33,5	126 258	48,8	34 815	13,5	10 869	4,2		
	übrige Wähler	3 885 415	91 219	2,3	3 794 196	1 527 937	40,3	1 728 866	45,6	406 045	10,7	131 348	3,5		
	Wähler insgesamt ...	4 145 849	93 108	2,2	4 052 741	1 614 540	39,8	1 855 124	45,8	440 860	10,9	142 217	3,5		
1969	Briefwähler	300 724	2 015	0,7	298 709	122 880	41,1	134 955	45,2	26 094	8,7	14 780	4,9		
	übrige Wähler	3 863 966	57 045	1,5	3 806 921	1 674 496	44,0	1 719 559	45,2	204 377	5,4	208 489	5,5		
	Wähler insgesamt ...	4 164 690	59 060	1,4	4 105 630	1 797 376	43,8	1 854 514	45,2	230 471	5,6	223 269	5,4		
1972	Briefwähler	334 164	1 768	0,5	332 396	146 254	44,0	142 474	42,9	40 619	12,2	3 049	0,9		
	übrige Wähler	4 350 734	30 656	0,7	4 320 078	2 089 657	48,4	1 846 246	42,7	352 663	8,2	31 512	0,7		
	Wähler insgesamt ...	4 684 898	32 424	0,7	4 652 474	2 235 911	48,1	1 988 720	42,7	393 282	8,5	34 561	0,7		
1976	Briefwähler	532 686	5 306	1,0	527 380	210 605	39,9	262 449	49,8	48 712	9,2	5 614	1,1		
	übrige Wähler	4 224 690	93 092	2,2	4 131 598	1 918 897	46,4	1 866 694	45,2	320 814	7,8	25 193	0,6		
	Wähler insgesamt ...	4 757 376	98 398	2,1	4 658 978	2 129 502	45,7	2 129 143	45,7	369 526	7,9	30 807	0,7		
1980	Briefwähler	532 009	1 978	0,4	530 031	228 766	43,2	223 123	42,1	60 364	11,4	17 778	3,4		
	übrige Wähler	4 258 824	33 713	0,8	4 225 111	2 003 765	47,4	1 668 690	39,5	475 550	11,3	77 106	1,8		
	Wähler insgesamt ...	4 790 833	35 691	0,7	4 755 142	2 232 531	46,9	1 891 813	39,8	535 914	11,3	94 884	2,0		

18 Stimmabgabe der Briefwähler, der übrigen Wähler und der Wähler insgesamt
in den Ländern 1957 bis 1980

Wahl- jahr	Gegenstand der Nachweisung	Abgegebene Zweitstimmen				Von den abgegebenen Zweitstimmen entfielen auf							
		insgesamt		ungültig	gültig	SPD		CDU, CSU ¹⁾		F.D.P.		Sonstige	
		Anzahl	%			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Bremen													
1957	Briefwähler	21 331	540	2,5	20 791	5 936	28,6	8 751	42,1	2 056	9,9	4 048	19,5
	Übrige Wähler	393 167	15 358	3,9	377 809	178 067	47,1	112 513	29,8	21 255	5,6	65 974	17,5
	Wähler insgesamt ...	414 498	15 898	3,8	398 600	184 003	46,2	121 264	30,4	23 311	5,8	70 022	17,6
1961	Briefwähler	23 605	470	2,0	23 135	7 703	33,3	8 366	36,2	5 220	22,6	1 846	8,0
	Übrige Wähler	424 331	19 225	4,5	405 106	205 031	50,6	107 127	26,4	59 735	14,7	33 213	8,2
	Wähler insgesamt ...	447 936	19 695	4,4	428 241	212 734	49,7	115 493	27,0	64 955	15,2	35 059	8,2
1965	Briefwähler	32 927	218	0,7	32 709	11 904	36,4	13 844	42,3	5 181	15,8	1 780	5,4
	Übrige Wähler	419 872	8 364	2,0	411 508	203 583	49,5	137 045	33,3	46 713	11,4	24 167	5,9
	Wähler insgesamt ...	452 799	8 582	1,9	444 217	215 487	48,5	150 889	34,0	51 894	11,7	25 947	5,8
1969	Briefwähler	32 081	129	0,4	31 952	13 669	42,8	11 896	37,2	4 358	13,6	2 029	6,4
	Übrige Wähler	420 292	4 884	1,2	415 408	219 110	52,7	132 526	31,9	37 196	9,0	26 576	6,4
	Wähler insgesamt ...	452 373	5 013	1,1	447 360	232 779	52,0	144 422	32,3	41 554	9,3	28 605	6,4
1972	Briefwähler	36 058	284	0,8	35 774	17 665	49,4	12 110	33,9	5 516	15,4	483	1,4
	Übrige Wähler	456 373	3 262	0,7	453 111	266 363	58,8	132 361	29,2	48 912	10,8	5 475	1,2
	Wähler insgesamt ...	492 431	3 546	0,7	488 885	284 028	58,1	144 471	29,6	54 428	11,1	5 958	1,2
1976	Briefwähler	46 766	169	0,4	46 597	20 517	44,0	19 241	41,3	5 848	12,6	991	2,1
	Übrige Wähler	428 816	2 425	0,6	426 391	235 027	55,1	134 601	31,6	50 055	11,7	6 708	1,6
	Wähler insgesamt ...	475 582	2 594	0,5	472 988	255 544	54,0	153 842	32,5	55 903	11,8	7 699	1,6
1980	Briefwähler	55 689	218	0,4	55 471	24 951	45,0	19 389	35,0	8 387	15,1	2 744	4,9
	Übrige Wähler	403 519	3 534	0,9	399 985	213 961	53,5	111 628	27,9	60 333	15,1	14 063	3,5
	Wähler insgesamt ...	459 208	3 752	0,8	455 456	238 912	52,5	131 017	28,8	68 720	15,1	16 807	3,7
Nordrhein-Westfalen													
1957	Briefwähler	482 508	9 469	2,0	473 039	93 142	19,7	316 470	66,9	38 558	8,2	24 869	5,3
	Übrige Wähler	8 676 420	294 188	3,4	8 382 232	2 872 474	34,3	4 497 526	53,7	516 223	6,2	496 009	5,9
	Wähler insgesamt ...	9 158 928	303 657	3,3	8 855 271	2 965 616	33,5	4 813 996	54,4	554 781	6,3	520 878	5,9
1961	Briefwähler	617 279	6 513	1,1	610 766	158 200	25,9	344 769	56,4	92 004	15,1	15 793	2,6
	Übrige Wähler	9 182 150	274 670	3,0	8 907 480	3 391 159	38,1	4 185 784	47,0	1 026 456	11,5	304 081	3,4
	Wähler insgesamt ...	9 799 429	281 183	2,9	9 518 246	3 549 359	37,3	4 530 553	47,6	1 118 460	11,8	319 874	3,4
1965	Briefwähler	830 288	4 762	0,6	825 526	267 205	32,4	458 039	55,5	76 492	9,3	23 790	2,9
	Übrige Wähler	9 089 780	164 074	1,8	8 925 706	3 882 705	43,5	4 135 242	46,3	663 462	7,4	244 297	2,7
	Wähler insgesamt ...	9 920 068	168 836	1,7	9 751 232	4 149 910	42,6	4 593 281	47,1	739 954	7,6	268 087	2,7
1969	Briefwähler	702 736	4 119	0,6	698 617	270 694	38,7	347 973	49,8	51 794	7,4	28 156	4,0
	Übrige Wähler	9 125 175	136 679	1,5	8 988 496	4 263 777	47,4	3 874 941	43,1	475 067	5,3	374 711	4,2
	Wähler insgesamt ...	9 827 911	140 798	1,4	9 687 113	4 534 471	46,8	4 222 914	43,6	526 861	5,4	402 867	4,2
1972	Briefwähler	786 093	3 550	0,5	782 543	323 119	41,3	373 137	47,7	79 573	10,2	6 714	0,9
	Übrige Wähler	10 219 714	67 619	0,7	10 152 095	5 186 767	51,1	4 111 520	40,5	777 390	7,7	76 418	0,8
	Wähler insgesamt ...	11 005 807	71 169	0,6	10 934 638	5 509 886	50,4	4 484 657	41,0	856 963	7,8	83 132	0,8
1976	Briefwähler	1 244 363	4 189	0,3	1 240 174	487 184	39,3	639 610	51,6	100 857	8,1	12 523	1,0
	Übrige Wähler	9 822 183	72 795	0,7	9 749 388	4 666 775	47,9	4 252 668	43,6	759 474	7,8	70 471	0,7
	Wähler insgesamt ...	11 066 546	76 984	0,7	10 989 562	5 153 959	46,9	4 892 278	44,5	860 331	7,8	82 994	0,8
1980	Briefwähler	1 669 405	5 734	0,3	1 663 671	699 177	42,0	745 071	44,8	179 650	10,8	39 773	2,4
	Übrige Wähler	9 339 277	83 499	0,9	9 255 778	4 408 970	47,6	3 687 590	39,8	1 011 993	10,9	147 225	1,6
	Wähler insgesamt ...	11 008 682	89 233	0,8	10 919 449	5 108 147	46,8	4 432 661	40,6	1 191 643	10,9	186 998	1,7
Hessen													
1957	Briefwähler	148 233	2 369	1,6	145 864	39 916	27,4	76 289	52,3	15 034	10,3	14 625	10,0
	Übrige Wähler	2 714 859	133 460	4,9	2 581 399	997 250	38,6	1 040 205	40,3	217 838	8,4	326 106	12,6
	Wähler insgesamt ...	2 863 092	135 829	4,7	2 727 263	1 037 166	38,0	1 116 494	40,9	232 872	8,5	340 731	12,5
1961	Briefwähler	171 856	2 992	1,7	168 864	56 799	33,6	72 677	43,0	30 301	17,9	9 087	5,4
	Übrige Wähler	2 896 385	146 560	5,1	2 709 825	1 176 513	43,4	930 602	34,3	408 425	15,1	194 285	7,2
	Wähler insgesamt ...	3 028 241	149 552	4,9	2 878 689	1 233 312	42,8	1 003 279	34,9	438 726	15,2	203 372	7,1
1965	Briefwähler	201 735	2 442	1,2	199 293	74 537	37,4	88 831	44,6	27 158	13,6	8 767	4,4
	Übrige Wähler	2 871 302	82 143	2,9	2 789 159	1 291 473	46,3	1 042 040	37,4	332 261	11,9	123 385	4,4
	Wähler insgesamt ...	3 073 037	84 585	2,8	2 988 452	1 366 010	45,7	1 130 871	37,8	359 419	12,0	132 152	4,4
1969	Briefwähler	185 587	1 174	0,6	184 413	79 919	43,3	77 106	41,8	17 162	9,3	10 226	5,5
	Übrige Wähler	2 966 281	52 661	1,8	2 913 620	1 412 997	48,5	1 113 536	38,2	191 163	6,6	195 924	6,7
	Wähler insgesamt ...	3 151 868	53 835	1,7	3 098 033	1 492 916	48,2	1 190 642	38,4	208 325	6,7	206 150	6,7
1972	Briefwähler	225 468	943	0,4	224 525	98 285	43,8	95 055	42,3	28 878	12,9	2 307	1,0
	Übrige Wähler	3 297 015	22 704	0,7	3 274 311	1 599 037	48,8	1 314 716	40,2	326 680	10,0	33 878	1,0
	Wähler insgesamt ...	3 522 483	23 647	0,7	3 498 836	1 697 322	48,5	1 409 771	40,3	355 558	10,2	36 185	1,0
1976	Briefwähler	389 606	1 691	0,4	387 915	153 179	39,5	190 627	49,1	38 721	10,0	5 388	1,4
	Übrige Wähler	3 195 669	25 582	0,8	3 170 087	1 473 186	46,5	1 403 068	44,3	262 143	8,3	31 690	1,0
	Wähler insgesamt ...	3 585 275	27 273	0,8	3 558 002	1 626 365	45,7	1 593 695	44,8	300 864	8,5	37 078	1,0
1980	Briefwähler	422 133	2 578	0,6	419 555	176 324	42,0	180 984	43,1	48 010	11,4	14 237	3,4
	Übrige Wähler	3 175 938	30 331	1,0	3 145 607	1 479 189	47,0	1 266 920	40,3	329 438	10,5	70 060	2,2
	Wähler insgesamt ...	3 598 071	32 909	0,9	3 565 162	1 655 513	46,4	1 447 904	40,6	377 448	10,6	84 297	2,4

18 Stimmabgabe der Briefwähler, der übrigen Wähler und der Wähler insgesamt
in den Ländern 1957 bis 1980

Wahl- jahr	Gegenstand der Nachweisung	Abgegebene Zweitstimmen				Von den abgegebenen Zweitstimmen entfielen auf											
		insgesamt		ungültig		gültig		SPD		CDU, CSU ¹⁾		F.D.P.		Sonstige			
		Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl		%		Anzahl		%	
Rheinland-Pfalz																	
1957	Briefwähler	91 174	1 885	2,1	89 289	18 826	21,1	57 172	64,0	8 975	10,1	4 316	4,8				
	Übrige Wähler	1 885 051	75 335	4,0	1 809 716	559 377	30,9	962 537	53,2	176 313	9,7	111 489	6,2				
	Wähler insgesamt ...	1 976 225	77 220	3,9	1 899 005	578 203	30,4	1 019 709	53,7	185 288	9,8	115 805	6,1				
1961	Briefwähler	118 188	1 761	1,5	116 427	29 866	25,7	65 678	56,4	17 325	14,9	3 558	3,1				
	Übrige Wähler	1 951 739	98 233	5,0	1 853 506	629 964	34,0	898 592	48,5	242 253	13,1	82 697	4,5				
	Wähler insgesamt ...	2 069 927	99 994	4,8	1 969 933	659 830	33,5	964 270	48,9	259 578	13,2	86 255	4,4				
1965	Briefwähler	148 684	1 135	0,8	147 549	44 700	30,3	81 523	55,3	16 253	11,0	5 073	3,4				
	Übrige Wähler	1 965 627	57 446	2,9	1 908 181	709 475	37,2	932 050	48,8	192 775	10,1	73 881	3,9				
	Wähler insgesamt ...	2 114 311	58 581	2,8	2 055 730	754 175	36,7	1 013 573	49,3	209 028	10,2	78 954	3,8				
1969	Briefwähler	150 595	1 042	0,7	149 553	53 907	36,0	78 149	52,3	11 406	7,6	6 091	4,1				
	Übrige Wähler	1 946 713	40 166	2,1	1 906 547	771 472	40,5	904 491	47,4	117 244	6,1	113 340	5,9				
	Wähler insgesamt ...	2 097 308	41 208	2,0	2 056 100	825 379	40,1	982 640	47,8	128 650	6,3	119 431	5,8				
1972	Briefwähler	169 741	941	0,6	168 800	67 850	40,2	83 276	49,3	16 173	9,6	1 501	0,9				
	Übrige Wähler	2 234 266	25 205	1,1	2 209 061	1 000 103	45,3	1 007 063	45,6	177 326	8,0	24 569	1,1				
	Wähler insgesamt ...	2 404 007	26 146	1,1	2 377 861	1 067 953	44,9	1 090 329	45,9	193 499	8,1	26 070	1,1				
1976	Briefwähler	218 524	988	0,5	217 536	81 766	37,6	116 471	53,5	17 213	7,9	2 086	1,0				
	Übrige Wähler	2 230 422	18 705	0,8	2 211 717	931 808	42,1	1 094 737	49,5	166 362	7,5	18 810	0,9				
	Wähler insgesamt ...	2 448 946	19 693	0,8	2 429 253	1 013 574	41,7	1 211 208	49,9	183 575	7,6	20 896	0,9				
1980	Briefwähler	271 454	1 448	0,5	270 006	107 786	39,9	127 922	47,4	26 755	9,9	7 543	2,8				
	Übrige Wähler	2 209 309	27 755	1,3	2 181 554	940 825	43,1	990 294	45,4	213 166	9,8	37 269	1,7				
	Wähler insgesamt ...	2 480 763	29 203	1,2	2 451 560	1 048 611	42,8	1 118 216	45,6	239 921	9,8	44 812	1,8				
Baden-Württemberg																	
1957	Briefwähler	191 571	2 362	1,2	189 209	32 443	17,1	116 498	61,6	29 582	15,6	10 686	5,6				
	Übrige Wähler	3 906 004	187 373	4,8	3 718 631	976 576	26,3	1 945 203	52,3	531 956	14,3	264 896	7,1				
	Wähler insgesamt ...	4 097 575	189 735	4,6	3 907 840	1 009 019	25,8	2 061 701	52,8	561 538	14,4	275 582	7,1				
1961	Briefwähler	234 000	3 128	1,3	230 872	57 214	24,8	117 763	51,0	43 940	19,0	11 955	5,2				
	Übrige Wähler	4 185 748	227 457	5,4	3 958 291	1 285 671	32,5	1 781 503	45,0	653 371	16,5	237 746	6,0				
	Wähler insgesamt ...	4 419 748	230 585	5,2	4 189 163	1 342 885	32,1	1 899 266	45,3	697 311	16,6	249 701	6,0				
1965	Briefwähler	297 583	2 022	0,7	295 561	84 147	28,5	153 184	51,8	44 836	15,2	13 394	4,5				
	Übrige Wähler	4 301 132	144 466	3,4	4 156 666	1 385 893	33,3	2 066 624	49,7	538 077	12,9	166 072	4,0				
	Wähler insgesamt ...	4 598 715	146 488	3,2	4 452 227	1 470 040	33,0	2 219 808	49,9	582 913	13,1	179 466	4,0				
1969	Briefwähler	329 784	1 967	0,6	327 817	116 751	35,6	160 757	49,0	34 877	10,6	15 432	4,7				
	Übrige Wähler	4 360 643	103 694	2,4	4 256 949	1 558 951	36,6	2 161 592	50,8	308 473	7,2	227 933	5,4				
	Wähler insgesamt ...	4 690 427	105 661	2,3	4 584 766	1 675 702	36,5	2 322 349	50,7	343 350	7,5	243 365	5,3				
1972	Briefwähler	362 791	1 726	0,5	361 065	127 364	35,3	177 643	49,2	52 130	14,4	3 928	1,1				
	Übrige Wähler	5 014 194	53 126	1,1	4 961 068	1 941 805	39,1	2 471 167	49,8	492 702	9,9	55 394	1,1				
	Wähler insgesamt ...	5 376 985	54 852	1,0	5 322 133	2 069 169	38,9	2 648 810	49,8	544 832	10,2	59 322	1,1				
1976	Briefwähler	514 057	1 845	0,4	512 212	170 635	33,3	282 039	55,1	52 424	10,2	7 114	1,4				
	Übrige Wähler	4 938 313	44 991	0,9	4 893 322	1 809 678	37,0	2 600 326	53,1	437 237	8,9	46 081	0,9				
	Wähler insgesamt ...	5 452 370	46 836	0,9	5 405 534	1 980 313	36,6	2 882 365	53,3	489 661	9,1	53 195	1,0				
1980	Briefwähler	641 276	2 623	0,4	638 653	225 255	35,3	305 068	47,8	85 382	13,4	22 948	3,6				
	Übrige Wähler	4 876 786	61 399	1,3	4 815 387	1 805 658	37,5	2 341 016	48,6	569 500	11,8	99 213	2,1				
	Wähler insgesamt ...	5 518 062	64 022	1,2	5 454 040	2 030 913	37,2	2 646 084	48,5	654 882	12,0	122 161	2,2				
Bayern																	
1957	Briefwähler	256 958	3 202	1,2	253 756	46 751	18,4	162 035	63,9	18 392	7,2	26 578	10,5				
	Übrige Wähler	5 213 389	193 504	3,7	5 019 885	1 348 060	26,9	2 853 857	56,9	222 303	4,4	595 665	11,9				
	Wähler insgesamt ...	5 470 347	196 706	3,6	5 273 641	1 394 811	26,4	3 015 892	57,2	240 695	4,6	622 243	11,8				
1961	Briefwähler	322 997	3 749	1,2	319 248	76 099	23,8	182 540	57,2	41 141	12,9	19 468	6,1				
	Übrige Wähler	5 391 548	223 834	4,2	5 167 714	1 576 543	30,5	2 831 931	54,8	438 689	8,5	320 551	6,2				
	Wähler insgesamt ...	5 714 545	227 583	4,0	5 486 962	1 652 642	30,1	3 014 471	54,9	479 830	8,7	340 019	6,2				
1965	Briefwähler	408 320	2 940	0,7	405 380	114 730	28,3	225 761	55,7	44 868	11,1	20 021	4,9				
	Übrige Wähler	5 394 684	158 573	2,9	5 236 111	1 754 737	33,5	2 910 745	55,6	368 876	7,0	201 753	3,9				
	Wähler insgesamt ...	5 803 004	161 513	2,8	5 641 491	1 869 467	33,1	3 136 506	55,6	413 744	7,3	221 774	3,9				
1969	Briefwähler	420 565	2 258	0,5	418 307	138 871	33,2	224 385	53,6	28 585	6,8	26 466	6,3				
	Übrige Wähler	5 417 159	104 978	1,9	5 312 181	1 844 149	34,7	2 891 267	54,4	204 295	3,8	372 470	7,0				
	Wähler insgesamt ...	5 837 724	107 236	1,8	5 730 488	1 983 020	34,6	3 115 652	54,4	232 880	4,1	398 936	7,0				
1972	Briefwähler	548 801	1 975	0,4	546 826	180 391	33,0	315 220	57,6	46 372	8,5	4 843	0,9				
	Übrige Wähler	6 077 415	60 451	1,0	6 016 964	2 302 745	38,3	3 299 963	54,8	353 182	5,9	61 074	1,0				
	Wähler insgesamt ...	6 626 216	62 426	0,9	6 563 790	2 483 136	37,8	3 615 183	55,1	399 554	6,1	65 917	1,0				
1976	Briefwähler	716 748	2 119	0,3	714 629	204 959	28,7	445 412	62,3	56 743	7,9	7 515	1,1				
	Übrige Wähler	6 048 091	49 025	0,8	5 999 066	1 996 733	33,3	3 582 087	59,7	362 592	6,0	57 654	1,0				
	Wähler insgesamt ...	6 764 839	51 144	0,8	6 713 695	2 201 692	32,8	4 027 499	60,0	419 335	6,2	65 169	1,0				
1980	Briefwähler	931 486	4 545	0,5	926 941	282 078	30,4	533 185	57,5	88 440	9,5	23 238	2,5				
	Übrige Wähler	5 923 294	63 870	1,1	5 859 424	1 938 875	33,1	3 375 274	57,6	444 180	7,6	101 095	1,7				
	Wähler insgesamt ...	6 854 780	68 415	1,0	6 786 365	2 220 953	32,7	3 908 459	57,6	532 620	7,8	124 333	1,8				

18 Stimmabgabe der Briefwähler, der übrigen Wähler und der Wähler insgesamt
in den Ländern 1957 bis 1980

Wahl- jahr	Gegenstand der Nachweisung	Abgegebene Zweitstimmen				Von den abgegebenen Zweitstimmen entfielen auf									
		insgesamt		ungültig		gültig		SPD		CDU, CSU ¹⁾		F.D.P.		Sonstige	
		Anzahl	%	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Saarland															
1957	Briefwähler	19 595	495	2,5	19 100	3 073	16,1	11 480	60,1	4 209	22,0			338	1,8
	übrige Wähler	569 983	37 992	6,7	531 991	135 236	25,4	289 111	54,3	95 871	18,0			11 773	2,2
	Wähler insgesamt ...	589 578	38 487	6,5	551 091	138 309	25,1	300 591	54,5	100 080	18,2			12 111	2,2
1961	Briefwähler	29 122	646	2,2	28 476	6 677	23,4	16 430	57,7	4 542	16,0			827	2,9
	übrige Wähler	597 695	46 562	7,8	551 133	187 326	34,0	267 825	48,6	70 351	12,8			25 631	4,7
	Wähler insgesamt ...	626 817	47 208	7,5	579 609	194 003	33,5	284 255	49,0	74 893	12,8			26 458	4,6
1965	Briefwähler	49 658	716	1,4	48 942	16 031	32,8	26 073	53,3	4 954	10,1			1 834	3,8
	übrige Wähler	606 838	25 249	4,2	581 589	234 766	40,4	269 184	46,3	49 165	8,5			28 474	4,9
	Wähler insgesamt ...	656 496	25 965	4,0	630 531	250 797	39,8	295 257	46,8	54 119	8,6			30 358	4,8
1969	Briefwähler	50 564	635	1,3	49 929	17 627	35,3	25 334	50,7	4 337	8,7			2 631	5,3
	übrige Wähler	603 318	18 362	3,0	584 956	235 858	40,3	267 652	45,8	37 917	6,5			43 529	7,4
	Wähler insgesamt ...	653 882	18 997	2,9	634 885	253 485	39,9	292 986	46,1	42 254	6,7			46 160	7,3
1972	Briefwähler	52 856	395	0,7	52 461	21 670	41,3	25 624	48,8	4 527	8,6			640	1,2
	übrige Wähler	688 054	10 603	1,5	677 451	328 131	48,4	291 331	43,0	47 235	7,0			10 754	1,6
	Wähler insgesamt ...	740 910	10 998	1,5	729 912	349 801	47,9	316 955	43,4	51 762	7,1			11 394	1,6
1976	Briefwähler	77 815	445	0,6	77 370	30 682	39,7	40 336	52,1	5 490	7,1			862	1,1
	übrige Wähler	675 971	7 026	1,0	668 945	313 505	46,9	304 514	45,5	43 809	6,5			7 117	1,1
	Wähler insgesamt ...	753 786	7 471	1,0	746 315	344 187	46,1	344 850	46,2	49 299	6,6			7 979	1,1
1980	Briefwähler	94 487	663	0,7	93 824 ²⁾	42 439	45,2	42 242	45,0	7 123	7,6			2 020	2,2
	übrige Wähler	657 538	9 860 ²⁾	1,5	647 598 ²⁾	315 601	48,7	271 467	41,9	50 475	7,8			10 055	1,6
	Wähler insgesamt ...	752 025	10 523 ²⁾	1,4	741 422 ²⁾	358 040	48,3	313 709	42,3	57 598	7,8			12 075	1,6

Bundesgebiet ohne Berlin

1957	Briefwähler	1 537 094	25 501	1,7	1 511 593	317 337	21,0	911 664	60,3	146 028	9,7			136 564	9,0
	übrige Wähler	29 535 800	1 141 965	3,9	28 393 835	9 178 234	32,3	14 096 735	49,6	2 161 107	7,6			2 957 759	10,4
	Wähler insgesamt ...	31 072 894	1 167 466	3,8	29 905 428	9 495 571	31,8	15 008 399	50,2	2 307 135	7,7			3 094 323	10,3
1961	Briefwähler	1 891 604	24 734	1,3	1 866 870	505 222	27,1	971 423	52,0	303 010	16,2			87 215	4,7
	übrige Wähler	30 958 020	1 273 989	4,1	29 684 031	10 922 133	36,8	13 326 949	44,9	3 725 756	12,6			1 709 193	5,8
	Wähler insgesamt ...	32 849 624	1 298 723	4,0	31 550 901	11 427 355	36,2	14 298 372	45,3	4 028 766	12,8			1 796 408	5,7
1965	Briefwähler	2 443 935	17 487	0,7	2 426 448	776 790	32,0	1 276 316	52,6	278 163	11,5			95 179	3,9
	übrige Wähler	30 972 272	778 278	2,5	30 193 994	12 036 396	39,9	14 247 752	47,2	2 818 576	9,3			1 091 270	3,6
	Wähler insgesamt ...	33 416 207	795 765	2,4	32 620 442	12 813 186	39,3	15 524 068	47,6	3 096 739	9,5			1 186 449	3,6
1969	Briefwähler	2 381 860	14 588	0,6	2 367 272	904 357	38,2	1 150 739	48,6	195 729	8,3			116 447	4,9
	übrige Wähler	31 141 204	542 452	1,7	30 598 752	13 161 359	43,0	14 044 448	45,9	1 707 693	5,6			1 685 252	5,5
	Wähler insgesamt ...	33 523 064	557 040	1,7	32 965 024	14 065 716	42,7	15 195 187	46,1	1 903 422	5,8			1 801 699	5,5
1972	Briefwähler	2 722 424	12 542	0,5	2 709 882	1 073 852	39,6	1 309 759	48,3	300 716	11,1			25 555	0,9
	übrige Wähler	35 039 165	289 297	0,8	34 749 868	16 101 317	46,3	15 496 261	44,6	2 829 266	8,1			323 024	0,9
	Wähler insgesamt ...	37 761 589	301 839	0,8	37 459 750	17 175 169	45,8	16 806 020	44,9	3 129 982	8,4			348 579	0,9
1976	Briefwähler	4 099 191	17 774	0,4	4 081 417	1 507 883	36,9	2 162 720	53,0	364 365	8,9			46 449	1,1
	übrige Wähler	34 066 562	325 479	1,0	33 741 083	14 591 136	43,2	16 232 081	48,1	2 630 720	7,8			287 146	0,9
	Wähler insgesamt ...	38 165 753	343 253	0,9	37 822 500	16 099 019	42,6	18 394 801	48,6	2 995 085	7,9			333 595	0,9
1980	Briefwähler	4 991 942	21 574 ²⁾	0,4	4 970 368 ²⁾	1 947 557	39,2	2 328 804	46,9	552 353	11,1			141 654	2,8
	übrige Wähler	33 300 234	331 541 ²⁾	1,0	32 968 613 ²⁾	14 313 120	43,4	14 568 855	44,2	3 478 646	10,6			607 992	1,8
	Wähler insgesamt ...	38 292 176	353 115 ²⁾	0,9	37 938 981 ²⁾	16 260 677	42,9	16 897 659	44,5	4 030 999	10,6			749 646	2,0

1) CSU nur in Bayern, 1957 auch im Saarland.

2) Summe der ungültigen und gültigen Stimmen liegt wegen nicht

aufklärbarer Unstimmigkeiten bei eingesetzten Stimmenzählge-
räten um 80 niedriger als die Zahl der Wähler insgesamt.

19 Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Wähler insgesamt		Zweitstimmen		
	Nr.	Name		Anzahl	%	ungültig		gültig
						Anzahl	%	Anzahl
Schleswig-								
1	1	Flensburg - Schleswig	a	153 252	80,1	1 211	0,8	152 041
2			b	18 821	10,9	49	0,3	18 772
3			c	172 073	100	1 260	0,7	170 813
4	2	Nordfriesland - Dithmarschen-Nord	a	120 395	85,9	1 078	0,9	119 317
5			b	19 777	14,1	60	0,3	19 717
6			c	140 172	100	1 138	0,8	139 034
7	3	Steinburg - Dithmarschen-Süd	a	122 910	90,3	1 184	1,0	121 726
8			b	13 169	9,7	73	0,6	13 096
9			c	136 079	100	1 257	0,9	134 822
10	4	Rendsburg-Eckernförde	a	144 219	89,3	1 046	0,7	143 173
11			b	17 262	10,7	69	0,4	17 193
12			c	161 481	100	1 115	0,7	160 366
13	5	Kiel	a	138 750	85,9	796	0,6	137 954
14			b	22 864	14,1	91	0,4	22 773
15			c	161 614	100	887	0,5	160 727
16	6	Plön - Neumünster	a	119 249	88,6	923	0,8	118 326
17			b	15 363	11,4	109	0,7	15 254
18			c	134 612	100	1 032	0,8	133 580
19	7	Pinneberg	a	152 786	88,3	1 280	0,8	151 506
20			b	20 331	11,7	76	0,4	20 255
21			c	173 117	100	1 356	0,8	171 761
22	8	Segeberg - Stormarn-Nord	a	160 180	90,0	1 118	0,7	159 062
23			b	17 794	10,0	50	0,3	17 744
24			c	177 974	100	1 168	0,7	176 806
25	9	Ostholstein	a	107 669	86,9	891	0,8	106 778
26			b	16 169	13,1	68	0,4	16 101
27			c	123 838	100	959	0,8	122 879
28	10	Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd	a	164 161	88,4	1 297	0,8	162 864
29			b	21 524	11,6	64	0,3	21 460
30			c	185 685	100	1 361	0,7	184 324
31	11	Lübeck	a	131 543	87,7	1 027	0,8	130 516
32			b	18 365	12,3	76	0,4	18 289
33			c	149 908	100	1 103	0,7	148 805
34	1	Land insgesamt ...	a	1 515 114	88,3	11 851	0,8	1 503 263
35	-		b	201 439	11,7	785	0,4	200 654
36	11		c	1 716 553	100	12 636	0,7	1 703 917
Ham								
37	12	Hamburg-Mitte	a	127 202	84,3	884	0,7	126 318
38			b	23 733	15,7	208	0,9	23 525
39			c	150 935	100	1 092	0,7	149 843
40	13	Hamburg-Altona	a	129 531	83,1	824	0,6	128 707
41			b	26 431	16,9	352	1,3	26 079
42			c	155 962	100	1 176	0,8	154 786
43	14	Hamburg-Eimsbüttel	a	132 342	83,6	835	0,6	131 507
44			b	26 025	16,4	79	0,3	25 946
45			c	158 367	100	914	0,6	157 453
46	15	Hamburg-Nord	a	145 813	82,0	816	0,6	144 997
47			b	31 984	18,0	112	0,4	31 872
48			c	177 797	100	928	0,5	176 869
49	16	Hamburg-Wandsbek	a	149 348	84,4	777	0,5	148 571
50			b	27 519	15,6	91	0,3	27 428
51			c	176 867	100	868	0,5	175 999
52	17	Hamburg-Bergedorf	a	141 109	87,0	847	0,6	140 262
53			b	21 084	13,0	103	0,5	20 981
54			c	162 193	100	950	0,6	161 243
55	18	Hamburg-Harburg	a	115 290	88,0	746	0,6	114 544
56			b	15 788	12,0	57	0,4	15 731
57			c	131 078	100	803	0,6	130 275
58	12	Land insgesamt ...	a	940 635	84,5	5 729	0,6	934 906
59	-		b	172 564	15,5	1 002	0,6	171 562
60	18		c	1 113 199	100	6 731	0,6	1 106 468

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschließlich Briefwahl.

2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1980

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU ²⁾		F.D.P.		Sonstige		darunter				
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	DKP		GRÜNE		
								Anzahl	%	Anzahl	%	
Holstein												
72 450	47,7	58 174	38,3	18 984	12,5	2 433	1,6	138	0,1	2 015	1,3	1
7 961	42,4	7 921	42,2	2 268	12,1	622	3,3	18	0,1	558	3,0	2
80 411	47,1	66 095	38,7	21 252	12,4	3 055	1,8	156	0,1	2 573	1,5	3
52 332	43,9	50 330	42,2	14 828	12,4	1 827	1,5	72	0,1	1 501	1,3	4
7 723	39,2	8 713	44,2	2 637	13,4	644	3,3	40	0,2	558	2,8	5
60 055	43,2	59 043	42,5	17 465	12,6	2 471	1,8	112	0,1	2 059	1,5	6
57 029	46,9	49 641	40,8	13 196	10,8	1 860	1,5	141	0,1	1 409	1,2	7
5 396	41,2	5 870	44,8	1 462	11,2	368	2,8	26	0,2	305	2,3	8
62 425	46,3	55 511	41,2	14 658	10,9	2 228	1,7	167	0,1	1 714	1,3	9
66 561	46,5	56 949	39,8	17 601	12,3	2 062	1,4	136	0,1	1 684	1,2	10
6 745	39,2	7 772	45,2	2 190	12,7	486	2,8	13	0,1	446	2,6	11
73 306	45,7	64 721	40,4	19 791	12,3	2 548	1,6	149	0,1	2 130	1,3	12
76 241	55,3	42 876	31,1	16 273	11,8	2 564	1,9	279	0,2	1 837	1,3	13
10 483	46,0	8 941	39,3	2 652	11,6	697	3,1	39	0,2	578	2,5	14
86 724	54,0	51 817	32,2	18 925	11,8	3 261	2,0	318	0,2	2 415	1,5	15
58 658	49,6	44 604	37,7	13 194	11,2	1 870	1,6	183	0,2	1 450	1,2	16
6 372	41,8	6 815	44,7	1 671	11,0	396	2,6	32	0,2	320	2,1	17
65 030	48,7	51 419	38,5	14 865	11,1	2 266	1,7	215	0,2	1 770	1,3	18
69 370	45,8	56 573	37,3	22 682	15,0	2 881	1,9	412	0,3	2 170	1,4	19
8 173	40,4	8 649	42,7	2 890	14,3	543	2,7	56	0,3	440	2,2	20
77 543	45,1	65 222	38,0	25 572	14,9	3 424	2,0	468	0,3	2 610	1,5	21
68 787	43,2	63 777	40,1	23 995	15,1	2 503	1,6	193	0,1	2 002	1,3	22
7 059	39,8	7 658	43,2	2 580	14,5	447	2,5	34	0,2	383	2,2	23
75 846	42,9	71 435	40,4	26 575	15,0	2 950	1,7	227	0,1	2 385	1,3	24
50 490	47,3	43 058	40,3	11 963	11,2	1 267	1,2	106	0,1	979	0,9	25
6 151	38,2	7 632	47,4	1 876	11,7	442	2,7	19	0,1	385	2,4	26
56 641	46,1	50 690	41,3	13 839	11,3	1 709	1,4	125	0,1	1 364	1,1	27
71 838	44,1	64 314	39,5	23 765	14,6	2 947	1,8	230	0,1	2 429	1,5	28
8 172	38,1	9 737	45,4	2 967	13,8	584	2,7	31	0,1	495	2,3	29
80 010	43,4	74 051	40,2	26 732	14,5	3 531	1,9	261	0,1	2 924	1,6	30
68 828	52,7	45 235	34,7	14 682	11,2	1 771	1,4	226	0,2	1 215	0,9	31
8 081	44,2	7 552	41,3	2 196	12,0	460	2,5	50	0,3	361	2,0	32
76 909	51,7	52 787	35,5	16 878	11,3	2 231	1,5	276	0,2	1 576	1,1	33
712 584	47,4	575 531	38,3	191 163	12,7	23 985	1,6	2 116	0,1	18 691	1,2	34
82 316	41,0	87 260	43,5	25 389	12,7	5 689	2,8	358	0,2	4 829	2,4	35
794 900	46,7	662 791	38,9	216 552	12,7	29 674	1,7	2 474	0,1	23 520	1,4	36
burg												
72 621	57,5	34 443	27,3	15 024	11,9	4 230	3,3	797	0,6	3 061	2,4	37
11 886	50,5	8 166	34,7	2 627	11,2	846	3,6	117	0,5	666	2,8	38
84 507	56,4	42 609	28,4	17 651	11,8	5 076	3,4	914	0,6	3 727	2,5	39
64 573	50,2	40 979	31,8	18 759	14,6	4 396	3,4	685	0,5	3 329	2,6	40
10 502	40,3	10 878	41,7	3 784	14,5	915	3,5	95	0,4	760	2,9	41
75 075	48,5	51 857	33,5	22 543	14,6	5 311	3,4	780	0,5	4 089	2,6	42
67 214	51,1	39 355	29,9	19 800	15,1	5 138	3,9	900	0,7	3 887	3,0	43
11 392	43,9	9 761	37,6	3 722	14,3	1 071	4,1	152	0,6	871	3,4	44
78 606	49,9	49 116	31,2	23 522	14,9	6 209	3,9	1 052	0,7	4 758	3,0	45
67 973	46,9	48 075	33,2	24 300	16,8	4 649	3,2	814	0,6	3 546	2,4	46
13 053	41,0	12 813	40,2	4 844	15,2	1 162	3,6	153	0,5	930	2,9	47
81 026	45,8	60 888	34,4	29 144	16,5	5 811	3,3	967	0,5	4 476	2,5	48
77 054	51,9	45 009	30,3	22 891	15,4	3 617	2,4	563	0,4	2 725	1,8	49
12 892	47,0	10 098	36,8	3 669	13,4	769	2,8	102	0,4	595	2,2	50
89 946	51,1	55 107	31,3	26 560	15,1	4 386	2,5	665	0,4	3 320	1,9	51
77 435	55,2	40 720	29,0	18 764	13,4	3 343	2,4	568	0,4	2 444	1,7	52
10 555	50,3	7 337	35,0	2 544	12,1	545	2,6	65	0,3	434	2,1	53
87 990	54,6	48 057	29,8	21 308	13,2	3 888	2,4	633	0,4	2 878	1,8	54
66 822	58,3	31 864	27,8	13 310	11,6	2 548	2,2	422	0,4	1 759	1,5	55
8 185	52,0	5 507	35,0	1 663	10,6	376	2,4	55	0,3	271	1,7	56
75 007	57,6	37 371	28,7	14 973	11,5	2 924	2,2	477	0,4	2 030	1,6	57
493 692	52,8	280 445	30,0	132 848	14,2	27 921	3,0	4 749	0,5	20 751	2,2	58
78 465	45,7	64 560	37,6	22 853	13,3	5 684	3,3	739	0,4	4 527	2,6	59
572 157	51,7	345 005	31,2	155 701	14,1	33 605	3,0	5 488	0,5	25 278	2,3	60

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Wähler insgesamt		Zweitstimmen		
	Nr.	Name		Anzahl	%	ungültig		gültig
						Anzahl	%	Anzahl
Nieder								
1	19	Aurich - Emden	a	124 765	89,1	1 525	1,2	123 240
2			b	15 280	10,9	54	0,4	15 226
3			c	140 045	100	1 579	1,1	138 466
4	20	Unterems	a	138 769	90,5	1 360	1,0	137 409
5			b	14 590	9,5	52	0,4	14 538
6			c	153 359	100	1 412	0,9	151 947
7	21	Friesland - Wilhelmshaven	a	113 110	88,1	1 030	0,9	112 080
8			b	15 214	11,9	60	0,4	15 154
9			c	128 324	100	1 090	0,8	127 234
10	22	Oldenburg - Ammerland	a	154 666	90,2	1 226	0,8	153 440
11			b	16 842	9,8	42	0,2	16 800
12			c	171 508	100	1 268	0,7	170 240
13	23	Delmenhorst - Wesermarsch	a	153 894	91,7	1 206	0,8	152 688
14			b	13 978	8,3	51	0,4	13 927
15			c	167 872	100	1 257	0,7	166 615
16	24	Cuxhaven	a	114 572	89,9	902	0,8	113 670
17			b	12 938	10,1	63	0,5	12 875
18			c	127 510	100	965	0,8	126 545
19	25	Stade	a	140 941	91,0	1 300	0,9	139 641
20			b	13 946	9,0	51	0,4	13 895
21			c	154 887	100	1 351	0,9	153 536
22	26	Mittelems	a	146 038	91,3	1 052	0,7	144 986
23			b	13 914	8,7	39	0,3	13 875
24			c	159 952	100	1 091	0,7	158 861
25	27	Cloppenburg - Vechta	a	120 110	92,1	1 194	1,0	118 916
26			b	10 317	7,9	53	0,5	10 264
27			c	130 427	100	1 247	1,0	129 180
28	28	Diepholz	a	111 825	91,7	821	0,7	111 004
29			b	10 143	8,3	32	0,3	10 111
30			c	121 968	100	853	0,7	121 115
31	29	Verden	a	123 680	91,4	942	0,8	122 738
32			b	11 683	8,6	44	0,4	11 639
33			c	135 363	100	986	0,7	134 377
34	30	Soltau - Rotenburg	a	110 335	90,2	887	0,8	109 448
35			b	12 030	9,8	49	0,4	11 981
36			c	122 365	100	936	0,8	121 429
37	31	Lüneburg - Lüchow-Dannenberg	a	106 723	88,8	898	0,8	105 825
38			b	13 481	11,2	53	0,4	13 428
39			c	120 204	100	951	0,8	119 253
40	32	Osnabrück-Land	a	124 703	90,6	1 119	0,9	123 584
41			b	13 013	9,4	40	0,3	12 973
42			c	137 716	100	1 159	0,8	136 557
43	33	Osnabrück	a	139 096	89,5	1 010	0,7	138 086
44			b	16 389	10,5	64	0,4	16 325
45			c	155 485	100	1 074	0,7	154 411
46	34	Nienburg - Schaumburg	a	162 502	89,2	1 163	0,7	161 339
47			b	19 656	10,8	77	0,4	19 579
48			c	182 158	100	1 240	0,7	180 918
49	35	Harburg	a	108 460	88,9	664	0,6	107 796
50			b	13 594	11,1	38	0,3	13 556
51			c	122 054	100	702	0,6	121 352
52	36	Stadt Hannover I	a	145 393	85,8	1 060	0,7	144 333
53			b	24 104	14,2	115	0,5	23 989
54			c	169 497	100	1 175	0,7	168 322
55	37	Stadt Hannover II	a	146 796	84,4	1 107	0,8	145 689
56			b	27 156	15,6	105	0,4	27 051
57			c	173 952	100	1 212	0,7	172 740
58	38	Hannover-Land I	a	167 605	89,1	1 407	0,8	166 198
59			b	20 473	10,9	82	0,4	20 391
60			c	188 078	100	1 489	0,8	186 589

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschließlich Briefwahl.

2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1980

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU ²⁾		F.D.P.		Sonstige		darunter				
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	DKP		GRÜNE		
								Anzahl	%	Anzahl	%	
sachsen												
75 445	61,2	34 244	27,8	11 273	9,1	2 278	1,8	264	0,2	1 767	1,4	1
7 986	52,4	5 204	34,2	1 470	9,7	566	3,7	49	0,3	474	3,1	2
83 431	60,3	39 448	28,5	12 743	9,2	2 844	2,1	313	0,2	2 241	1,6	3
57 155	41,6	67 959	49,5	10 120	7,4	2 175	1,6	169	0,1	1 823	1,3	4
6 077	41,8	6 716	46,2	1 221	8,4	524	3,6	43	0,3	454	3,1	5
63 232	41,6	74 675	49,1	11 341	7,5	2 699	1,8	212	0,1	2 277	1,5	6
60 008	53,5	36 655	32,7	13 270	11,8	2 147	1,9	133	0,1	1 717	1,5	7
7 173	47,3	5 675	37,4	1 739	11,5	567	3,7	27	0,2	483	3,2	8
67 181	52,8	42 330	33,3	15 009	11,8	2 714	2,1	160	0,1	2 200	1,7	9
75 802	49,4	48 985	31,9	25 076	16,3	3 577	2,3	593	0,4	2 546	1,7	10
7 199	42,9	6 188	36,8	2 625	15,6	788	4,7	66	0,4	650	3,9	11
83 001	48,8	55 173	32,4	27 701	16,3	4 365	2,6	659	0,4	3 196	1,9	12
77 360	50,7	49 880	32,7	22 635	14,8	2 813	1,8	243	0,2	2 189	1,4	13
6 501	46,7	5 008	36,0	1 900	13,6	518	3,7	34	0,2	440	3,2	14
83 861	50,3	54 888	32,9	24 535	14,7	3 331	2,0	277	0,2	2 629	1,6	15
55 340	48,7	43 742	38,5	12 211	10,7	2 377	2,1	141	0,1	1 978	1,7	16
5 714	44,4	5 114	39,7	1 434	11,1	613	4,8	32	0,2	533	4,1	17
61 054	48,2	48 856	38,6	13 645	10,8	2 990	2,4	173	0,1	2 511	2,0	18
63 474	45,5	57 573	41,2	15 822	11,3	2 772	2,0	146	0,1	2 218	1,6	19
6 089	43,8	5 579	40,2	1 678	12,1	549	4,0	32	0,2	449	3,2	20
69 563	45,3	63 152	41,1	17 500	11,4	3 321	2,2	178	0,1	2 667	1,7	21
53 274	36,7	77 102	53,2	12 504	8,6	2 106	1,5	145	0,1	1 712	1,2	22
5 225	37,7	6 723	48,5	1 370	9,9	557	4,0	35	0,3	470	3,4	23
58 499	36,8	83 825	52,8	13 874	8,7	2 663	1,7	180	0,1	2 182	1,4	24
27 101	22,8	82 758	69,6	7 116	6,0	1 941	1,6	59	0,0	1 762	1,5	25
2 654	25,9	6 374	62,1	765	7,5	471	4,6	23	0,2	426	4,2	26
29 755	23,0	89 132	69,0	7 881	6,1	2 412	1,9	82	0,1	2 188	1,7	27
47 562	42,8	44 366	40,0	17 093	15,4	1 983	1,8	119	0,1	1 610	1,5	28
4 085	40,4	4 248	42,0	1 425	14,1	353	3,5	21	0,2	319	3,2	29
51 647	42,6	48 614	40,1	18 518	15,3	2 336	1,9	140	0,1	1 929	1,6	30
58 534	47,7	44 878	36,6	16 245	13,2	3 081	2,5	164	0,1	2 571	2,1	31
5 021	43,1	4 625	39,7	1 490	12,8	503	4,3	37	0,3	435	3,7	32
63 555	47,3	49 503	36,8	17 735	13,2	3 584	2,7	201	0,1	3 006	2,2	33
46 397	42,4	48 851	44,6	12 098	11,1	2 102	1,9	123	0,1	1 700	1,6	34
4 822	40,2	5 312	44,3	1 383	11,5	464	3,9	19	0,2	387	3,2	35
51 219	42,2	54 163	44,6	13 481	11,1	2 566	2,1	142	0,1	2 087	1,7	36
45 157	42,7	43 946	41,5	12 980	12,3	3 742	3,5	137	0,1	3 307	3,1	37
5 189	38,6	5 916	44,1	1 633	12,2	690	5,1	22	0,2	624	4,6	38
50 346	42,2	49 862	41,8	14 613	12,3	4 432	3,7	159	0,1	3 931	3,3	39
52 221	42,3	55 615	45,0	13 663	11,1	2 085	1,7	113	0,1	1 782	1,4	40
4 876	37,6	6 288	48,5	1 405	10,8	404	3,1	21	0,2	366	2,8	41
57 097	41,8	61 903	45,3	15 068	11,0	2 489	1,8	134	0,1	2 148	1,6	42
64 753	46,9	55 873	40,5	15 096	10,9	2 364	1,7	173	0,1	1 855	1,3	43
6 669	40,9	7 353	45,0	1 799	11,0	504	3,1	25	0,2	442	2,7	44
71 422	46,3	63 226	40,9	16 895	10,9	2 868	1,9	198	0,1	2 297	1,5	45
80 277	49,8	61 697	38,2	16 956	10,5	2 409	1,5	136	0,1	1 958	1,2	46
9 116	46,6	7 797	39,8	2 071	10,6	595	3,0	32	0,2	502	2,6	47
89 393	49,4	69 494	38,4	19 027	10,5	3 004	1,7	168	0,1	2 460	1,4	48
43 720	40,6	44 785	41,5	17 117	15,9	2 174	2,0	135	0,1	1 809	1,7	49
4 996	36,9	6 167	45,5	1 982	14,6	411	3,0	20	0,1	349	2,6	50
48 716	40,1	50 952	42,0	19 099	15,7	2 585	2,1	155	0,1	2 158	1,8	51
75 991	52,6	47 872	33,2	17 544	12,2	2 926	2,0	345	0,2	2 306	1,6	52
10 794	45,0	9 411	39,2	3 021	12,6	763	3,2	65	0,3	621	2,6	53
86 785	51,6	57 283	34,0	20 565	12,2	3 689	2,2	410	0,2	2 927	1,7	54
76 783	52,7	47 796	32,8	17 937	12,3	3 173	2,2	450	0,3	2 426	1,7	55
12 223	45,2	10 707	39,6	3 345	12,4	776	2,9	98	0,4	629	2,3	56
89 006	51,5	58 503	33,9	21 282	12,3	3 949	2,3	548	0,3	3 055	1,8	57
80 082	48,2	62 047	37,3	21 392	12,9	2 677	1,6	169	0,1	2 249	1,4	58
8 999	44,1	8 405	41,2	2 465	12,1	522	2,6	49	0,2	433	2,1	59
89 081	47,7	70 452	37,8	23 857	12,8	3 199	1,7	218	0,1	2 682	1,4	60

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Wähler insgesamt		Zweitstimmen		
	Nr.	Name		Anzahl	%	ungültig		gültig
						Anzahl	%	Anzahl
Nieder								
1	39	Celle - Uelzen	a	158 186	89,3	1 223	0,8	156 963
2			b	18 985	10,7	86	0,5	18 899
3			c	177 171	100	1 309	0,7	175 862
4	40	Gifhorn - Peine	a	149 457	90,6	1 166	0,8	148 291
5			b	15 514	9,4	33	0,2	15 481
6			c	164 971	100	1 199	0,7	163 772
7	41	Hameln - Holzminden	a	155 941	87,6	1 188	0,8	154 753
8			b	22 063	12,4	71	0,3	21 992
9			c	178 004	100	1 259	0,7	176 745
10	42	Hannover-Land II	a	155 674	88,3	1 269	0,8	154 405
11			b	20 656	11,7	81	0,4	20 575
12			c	176 330	100	1 350	0,8	174 980
13	43	Hildesheim	a	171 453	88,6	1 234	0,7	170 219
14			b	22 102	11,4	70	0,3	22 032
15			c	193 555	100	1 304	0,7	192 251
16	44	Salzgitter - Wolfenbüttel	a	140 951	88,5	1 010	0,7	139 941
17			b	18 375	11,5	95	0,5	18 280
18			c	159 326	100	1 105	0,7	158 221
19	45	Braunschweig	a	150 080	85,4	892	0,6	149 188
20			b	25 586	14,6	84	0,3	25 502
21			c	175 666	100	976	0,6	174 690
22	46	Helmstedt - Wolfsburg	a	132 724	87,3	972	0,7	131 752
23			b	19 276	12,7	83	0,4	19 193
24			c	152 000	100	1 055	0,7	150 945
25	47	Goslar	a	115 955	85,2	902	0,8	115 053
26			b	20 145	14,8	52	0,3	20 093
27			c	136 100	100	954	0,7	135 146
28	48	Northeim - Osterode	a	136 116	88,3	1 134	0,8	134 982
29			b	17 964	11,7	93	0,5	17 871
30			c	154 080	100	1 227	0,8	152 853
31	49	Göttingen	a	138 304	86,0	850	0,6	137 454
32			b	22 602	14,0	66	0,3	22 536
33			c	160 906	100	916	0,6	159 990
34	19	Land insgesamt ...	a	4 258 824	88,9	33 713	0,8	4 225 111
35	-		b	532 009	11,1	1 978	0,4	530 031
36	49		c	4 790 833	100	35 691	0,7	4 755 142
Bre								
37	50	Bremen-Ost	a	152 330	85,7	1 249	0,8	151 081
38			b	25 519	14,3	110	0,4	25 409
39			c	177 849	100	1 359	0,8	176 490
40	51	Bremen-West	a	112 313	88,9	1 029	0,9	111 284
41			b	14 018	11,1	51	0,4	13 967
42			c	126 331	100	1 080	0,9	125 251
43	52	Bremerhaven - Bremen-Nord	a	138 876	89,6	1 256	0,9	137 620
44			b	16 152	10,4	57	0,4	16 095
45			c	155 028	100	1 313	0,8	153 715
46	50	Land insgesamt ...	a	403 519	87,9	3 534	0,9	399 985
47	-		b	55 689	12,1	218	0,4	55 471
48	52		c	459 208	100	3 752	0,8	455 456

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschließlich Briefwahl.

2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1980

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU ²⁾		F.D.P.		Sonstige		darunter				
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	DKP		GRÜNE		
								Anzahl	%	Anzahl	%	
sachsen												
65 707	41,9	70 428	44,9	17 982	11,5	2 846	1,8	194	0,1	2 189	1,4	1
7 045	37,3	8 909	47,1	2 281	12,1	664	3,5	29	0,2	582	3,1	2
72 752	41,4	79 337	45,1	20 263	11,5	3 510	2,0	223	0,1	2 771	1,6	3
70 423	47,5	61 382	41,4	14 144	9,5	2 342	1,6	149	0,1	1 854	1,3	4
7 033	45,4	6 593	42,6	1 417	9,2	438	2,8	35	0,2	376	2,4	5
77 456	47,3	67 975	41,5	15 561	9,5	2 780	1,7	184	0,1	2 230	1,4	6
80 398	52,0	56 205	36,3	15 674	10,1	2 476	1,6	121	0,1	2 071	1,3	7
9 868	44,9	9 280	42,2	2 217	10,1	627	2,9	34	0,2	538	2,4	8
90 266	51,1	65 485	37,1	17 891	10,1	3 103	1,8	155	0,1	2 609	1,5	9
77 107	49,9	55 387	35,9	19 501	12,6	2 410	1,6	161	0,1	2 056	1,3	10
9 459	46,0	8 080	39,3	2 528	12,3	508	2,5	20	0,1	462	2,2	11
86 566	49,5	63 467	36,3	22 029	12,6	2 918	1,7	181	0,1	2 518	1,4	12
88 356	51,9	63 322	37,2	15 896	9,3	2 645	1,6	159	0,1	2 210	1,3	13
9 909	45,0	9 464	43,0	2 006	9,1	653	3,0	32	0,1	579	2,6	14
98 265	51,1	72 786	37,9	17 902	9,3	3 298	1,7	191	0,1	2 789	1,5	15
74 049	52,9	51 223	36,6	12 724	9,1	1 945	1,4	159	0,1	1 489	1,1	16
8 557	46,8	7 407	40,5	1 827	10,0	489	2,7	35	0,2	407	2,2	17
82 606	52,2	58 630	37,1	14 551	9,2	2 434	1,5	194	0,1	1 896	1,2	18
75 437	50,6	52 246	35,0	18 688	12,5	2 817	1,9	313	0,2	2 157	1,4	19
11 415	44,8	10 150	39,8	3 261	12,8	676	2,7	55	0,2	556	2,2	20
86 852	49,7	62 396	35,7	21 949	12,6	3 493	2,0	368	0,2	2 713	1,6	21
61 460	46,6	55 515	42,1	12 772	9,7	2 005	1,5	147	0,1	1 494	1,1	22
8 486	44,2	8 361	43,6	1 822	9,5	524	2,7	32	0,2	442	2,3	23
69 946	46,3	63 876	42,3	14 594	9,7	2 529	1,7	179	0,1	1 936	1,3	24
58 272	50,6	43 926	38,2	11 404	9,9	1 451	1,3	149	0,1	1 082	0,9	25
8 132	40,5	9 328	46,4	2 165	10,8	468	2,3	29	0,1	388	1,9	26
66 404	49,1	53 254	39,4	13 569	10,0	1 919	1,4	178	0,1	1 470	1,1	27
71 461	52,9	48 632	36,0	12 812	9,5	2 077	1,5	140	0,1	1 714	1,3	28
8 201	45,9	7 405	41,4	1 698	9,5	567	3,2	35	0,2	480	2,7	29
79 662	52,1	56 037	36,7	14 510	9,5	2 644	1,7	175	0,1	2 194	1,4	30
64 659	47,0	53 800	39,1	15 805	11,5	3 190	2,3	234	0,2	2 662	1,9	31
9 253	41,1	9 336	41,4	2 921	13,0	1 026	4,6	51	0,2	916	4,1	32
73 912	46,2	63 136	39,5	18 726	11,7	4 216	2,6	285	0,2	3 578	2,2	33
2 003 765	47,4	1 668 690	39,5	475 550	11,3	77 106	1,8	5 883	0,1	62 263	1,5	34
228 766	43,2	223 123	42,1	60 364	11,4	17 778	3,4	1 137	0,2	15 212	2,9	35
2 232 531	46,9	1 891 813	39,8	535 914	11,3	94 884	2,0	7 020	0,1	77 475	1,6	36
men												
72 172	47,8	46 150	30,5	26 838	17,8	5 921	3,9	804	0,5	4 419	2,9	37
9 800	38,6	9 843	38,7	4 423	17,4	1 343	5,3	152	0,6	1 061	4,2	38
81 972	46,4	55 993	31,7	31 261	17,7	7 264	4,1	956	0,5	5 480	3,1	39
63 803	57,3	27 478	24,7	16 058	14,4	3 945	3,5	789	0,7	2 522	2,3	40
7 228	51,8	4 226	30,3	1 839	13,2	674	4,8	110	0,8	488	3,5	41
71 031	56,7	31 704	25,3	17 897	14,3	4 619	3,7	899	0,7	3 010	2,4	42
77 986	56,7	38 000	27,6	17 437	12,7	4 197	3,0	363	0,3	3 232	2,3	43
7 923	49,2	5 320	33,1	2 125	13,2	727	4,5	66	0,4	578	3,6	44
85 909	55,9	43 320	28,2	19 562	12,7	4 924	3,2	429	0,3	3 810	2,5	45
213 961	53,5	111 628	27,9	60 333	15,1	14 063	3,5	1 956	0,5	10 173	2,5	46
24 951	45,0	19 389	35,0	8 387	15,1	2 744	4,9	328	0,6	2 127	3,8	47
238 912	52,5	131 017	28,8	68 720	15,1	16 807	3,7	2 284	0,5	12 300	2,7	48

19 Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Wähler insgesamt		Zweitstimmen		
	Nr.	Name				ungültig		gültig
				Anzahl	%	Anzahl	%	
Nordrhein-								
1	53	Aachen	a	115 071	82,0	1 131	1,0	113 940
2			b	25 239	18,0	87	0,3	25 152
3			c	140 310	100	1 218	0,9	139 092
4	54	Kreis Aachen	a	164 392	86,1	1 789	1,1	162 603
5			b	26 553	13,9	116	0,4	26 437
6			c	190 945	100	1 905	1,0	189 040
7	55	Heinsberg	a	119 250	86,8	1 463	1,2	117 787
8			b	18 108	13,2	92	0,5	18 016
9			c	137 358	100	1 555	1,1	135 803
10	56	Düren	a	132 425	85,4	1 457	1,1	130 968
11			b	22 655	14,6	104	0,5	22 551
12			c	155 080	100	1 561	1,0	153 519
13	57	Erftkreis I	a	155 308	85,9	1 393	0,9	153 915
14			b	25 391	14,1	83	0,3	25 308
15			c	180 699	100	1 476	0,8	179 223
16	58	Euskirchen - Erftkreis II	a	155 077	85,8	1 852	1,2	153 225
17			b	25 609	14,2	142	0,6	25 467
18			c	180 686	100	1 994	1,1	178 692
19	59	Köln I	a	102 690	80,7	1 023	1,0	101 667
20			b	24 507	19,3	58	0,2	24 449
21			c	127 197	100	1 081	0,8	126 116
22	60	Köln II	a	105 690	78,0	911	0,9	104 779
23			b	29 842	22,0	86	0,3	29 756
24			c	135 532	100	997	0,7	134 535
25	61	Köln III	a	130 369	82,8	1 375	1,1	128 994
26			b	27 113	17,2	79	0,3	27 034
27			c	157 482	100	1 454	0,9	156 028
28	62	Köln IV	a	122 786	83,1	1 306	1,1	121 480
29			b	24 999	16,9	96	0,4	24 903
30			c	147 785	100	1 402	0,9	146 383
31	63	Bonn	a	139 289	76,8	1 079	0,8	138 210
32			b	42 130	23,2	140	0,3	41 990
33			c	181 419	100	1 219	0,7	180 200
34	64	Rhein-Sieg-Kreis I	a	130 267	87,1	1 209	0,9	129 058
35			b	19 348	12,9	60	0,3	19 288
36			c	149 615	100	1 269	0,8	148 346
37	65	Rhein-Sieg-Kreis II	a	123 780	85,2	1 105	0,9	122 675
38			b	21 467	14,8	117	0,5	21 350
39			c	145 247	100	1 222	0,8	144 025
40	66	Oberbergischer Kreis	a	136 947	87,2	1 252	0,9	135 695
41			b	20 155	12,8	80	0,4	20 075
42			c	157 102	100	1 332	0,8	155 770
43	67	Rheinisch-Bergischer Kreis I	a	114 105	84,3	926	0,8	113 179
44			b	21 241	15,7	67	0,3	21 174
45			c	135 346	100	993	0,7	134 353
46	68	Leverkusen - Rheinisch-Bergischer Kreis II	a	108 589	83,2	904	0,8	107 685
47			b	21 932	16,8	62	0,3	21 870
48			c	130 521	100	966	0,7	129 555
49	69	Wuppertal I	a	108 833	84,0	786	0,7	108 047
50			b	20 771	16,0	61	0,3	20 710
51			c	129 604	100	847	0,7	128 757
52	70	Wuppertal II	a	104 608	84,9	828	0,8	103 780
53			b	18 595	15,1	47	0,3	18 548
54			c	123 203	100	875	0,7	122 328
55	71	Solingen - Remscheid	a	158 419	85,7	1 213	0,8	157 206
56			b	26 368	14,3	83	0,3	26 285
57			c	184 787	100	1 296	0,7	183 491
58	72	Mettmann I	a	134 214	85,3	1 161	0,9	133 053
59			b	23 052	14,7	73	0,3	22 979
60			c	157 266	100	1 234	0,8	156 032

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschließlich Briefwahl.

2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1980

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU ²⁾		F.D.P.		Sonstige		darunter				
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	DKP		GRÜNE		
								Anzahl	%	Anzahl	%	
Westfalen												
49 363	43,3	48 692	42,7	13 682	12,0	2 203	1,9	190	0,2	1 734	1,5	1
8 860	35,2	12 491	49,7	3 045	12,1	756	3,0	45	0,2	636	2,5	2
58 223	41,9	61 183	44,0	16 727	12,0	2 959	2,1	235	0,2	2 370	1,7	3
79 604	49,0	67 704	41,6	13 278	8,2	2 017	1,2	191	0,1	1 479	0,9	4
11 892	45,0	12 239	46,3	1 867	7,1	439	1,7	25	0,1	338	1,3	5
91 496	48,4	79 943	42,3	15 145	8,0	2 456	1,3	216	0,1	1 817	1,0	6
40 846	34,7	66 603	56,5	8 764	7,4	1 574	1,3	104	0,1	1 280	1,1	7
6 529	36,2	9 989	55,4	1 149	6,4	349	1,9	13	0,1	300	1,7	8
47 375	34,9	76 592	56,4	9 913	7,3	1 923	1,4	117	0,1	1 580	1,2	9
55 146	42,1	62 971	48,1	11 199	8,6	1 652	1,3	140	0,1	1 313	1,0	10
8 743	38,8	11 735	52,0	1 686	7,5	387	1,7	20	0,1	329	1,5	11
63 889	41,6	74 706	48,7	12 885	8,4	2 039	1,3	160	0,1	1 642	1,1	12
76 968	50,0	57 400	37,3	17 625	11,5	1 922	1,2	164	0,1	1 499	1,0	13
11 378	45,0	11 049	43,7	2 469	9,8	412	1,6	24	0,1	325	1,3	14
88 346	49,3	68 449	38,2	20 094	11,2	2 334	1,3	188	0,1	1 824	1,0	15
58 731	38,3	75 142	49,0	17 423	11,4	1 929	1,3	166	0,1	1 553	1,0	16
9 266	36,4	12 845	50,4	2 850	11,2	506	2,0	33	0,1	404	1,6	17
67 997	38,1	87 987	49,2	20 273	11,3	2 435	1,4	199	0,1	1 957	1,1	18
50 159	49,3	35 061	34,5	13 868	13,6	2 579	2,5	386	0,4	1 903	1,9	19
9 977	40,8	10 405	42,6	3 282	13,4	785	3,2	98	0,4	604	2,5	20
60 136	47,7	45 466	36,1	17 150	13,6	3 364	2,7	484	0,4	2 507	2,0	21
43 388	41,4	42 045	40,1	17 230	16,4	2 116	2,0	267	0,3	1 606	1,5	22
10 022	33,7	14 229	47,8	4 797	16,1	708	2,4	66	0,2	555	1,9	23
53 410	39,7	56 274	41,8	22 027	16,4	2 824	2,1	333	0,2	2 161	1,6	24
66 911	51,9	44 321	34,4	15 058	11,7	2 704	2,1	344	0,3	1 935	1,5	25
12 004	44,4	11 165	41,3	3 112	11,5	753	2,8	78	0,3	543	2,0	26
78 915	50,6	55 486	35,6	18 170	11,6	3 457	2,2	422	0,3	2 478	1,6	27
66 002	54,3	39 224	32,3	13 968	11,5	2 286	1,9	312	0,3	1 686	1,4	28
11 448	46,0	10 041	40,3	2 852	11,5	562	2,3	69	0,3	410	1,6	29
77 450	52,9	49 265	33,7	16 820	11,5	2 848	1,9	381	0,3	2 096	1,4	30
47 728	34,5	66 532	48,1	21 321	15,4	2 629	1,9	317	0,2	1 998	1,4	31
12 884	30,7	21 064	50,2	6 910	16,5	1 132	2,7	92	0,2	919	2,2	32
60 612	33,6	87 596	48,6	28 231	15,7	3 761	2,1	409	0,2	2 917	1,6	33
52 909	41,0	57 172	44,3	17 221	13,3	1 756	1,4	119	0,1	1 397	1,1	34
7 029	36,4	9 509	49,3	2 352	12,2	398	2,1	30	0,2	322	1,7	35
59 938	40,4	66 681	44,9	19 573	13,2	2 154	1,5	149	0,1	1 719	1,2	36
40 037	32,6	63 894	52,1	17 010	13,9	1 734	1,4	123	0,1	1 418	1,2	37
6 024	28,2	11 971	56,1	2 818	13,2	537	2,5	33	0,2	455	2,1	38
46 061	32,0	75 865	52,7	19 828	13,8	2 271	1,6	156	0,1	1 873	1,3	39
57 507	42,4	59 959	44,2	16 302	12,0	1 927	1,4	175	0,1	1 462	1,1	40
7 227	36,0	9 956	49,6	2 372	11,8	520	2,6	38	0,2	418	2,1	41
64 734	41,6	69 915	44,9	18 674	12,0	2 447	1,6	213	0,1	1 880	1,2	42
43 470	38,4	50 239	44,4	17 528	15,5	1 942	1,7	154	0,1	1 554	1,4	43
7 125	33,6	10 346	48,9	3 222	15,2	481	2,3	37	0,2	389	1,8	44
50 595	37,7	60 585	45,1	20 750	15,4	2 423	1,8	191	0,1	1 943	1,4	45
52 144	48,4	39 852	37,0	13 768	12,8	1 921	1,8	178	0,2	1 510	1,4	46
9 642	44,1	8 920	40,8	2 809	12,8	499	2,3	37	0,2	390	1,8	47
61 786	47,7	48 772	37,6	16 577	12,8	2 420	1,9	215	0,2	1 900	1,5	48
49 553	45,9	39 072	36,2	17 422	16,1	2 000	1,9	367	0,3	1 318	1,2	49
8 352	40,3	8 859	42,8	3 003	14,5	496	2,4	47	0,2	358	1,7	50
57 905	45,0	47 931	37,2	20 425	15,9	2 496	1,9	414	0,3	1 676	1,3	51
49 868	48,1	36 574	35,2	15 659	15,1	1 679	1,6	332	0,3	1 054	1,0	52
8 146	43,9	7 497	40,4	2 519	13,6	386	2,1	53	0,3	281	1,5	53
58 014	47,4	44 071	36,0	18 178	14,9	2 065	1,7	385	0,3	1 335	1,1	54
75 087	47,8	57 787	36,8	21 614	13,7	2 718	1,7	582	0,4	1 724	1,1	55
10 641	40,5	11 641	44,3	3 350	12,7	653	2,5	115	0,4	444	1,7	56
85 728	46,7	69 428	37,8	24 964	13,6	3 371	1,8	697	0,4	2 168	1,2	57
58 964	44,3	51 566	38,8	19 977	15,0	2 546	1,9	249	0,2	1 879	1,4	58
8 840	38,5	10 285	44,8	3 189	13,9	665	2,9	55	0,2	524	2,3	59
67 804	43,5	61 851	39,6	23 166	14,8	3 211	2,1	304	0,2	2 403	1,5	60

19 Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Wähler insgesamt		Zweitstimmen		
	Nr.	Name				ungültig		gültig
				Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Nordrhein-								
1	73	Mettmann II	a	123 659	84,1	994	0,8	122 665
2			b	23 326	15,9	91	0,4	23 235
3			c	146 985	100	1 085	0,7	145 900
4	74	Düsseldorf I	a	159 557	77,8	1 171	0,7	158 386
5			b	45 558	22,2	151	0,3	45 407
6			c	205 115	100	1 322	0,6	203 793
7	75	Düsseldorf II	a	145 759	81,8	1 266	0,9	144 493
8			b	32 422	18,2	89	0,3	32 333
9			c	178 181	100	1 355	0,8	176 826
10	76	Neuss I	a	104 283	84,7	792	0,8	103 491
11			b	18 899	15,3	66	0,3	18 833
12			c	123 182	100	858	0,7	122 324
13	77	Neuss II	a	114 319	86,2	936	0,8	113 383
14			b	18 252	13,8	66	0,4	18 186
15			c	132 571	100	1 002	0,8	131 569
16	78	Mönchengladbach	a	138 946	87,2	1 389	1,0	137 557
17			b	20 375	12,8	66	0,3	20 309
18			c	159 321	100	1 455	0,9	157 866
19	79	Krefeld	a	114 634	78,1	991	0,9	113 643
20			b	32 230	21,9	87	0,3	32 143
21			c	146 864	100	1 078	0,7	145 786
22	80	Viersen	a	145 498	87,4	1 390	1,0	144 108
23			b	21 041	12,6	79	0,4	20 962
24			c	166 539	100	1 469	0,9	165 070
25	81	Kleve	a	138 335	86,4	1 488	1,1	136 847
26			b	21 831	13,6	77	0,4	21 754
27			c	160 166	100	1 565	1,0	158 601
28	82	Wesel I	a	120 798	87,8	1 029	0,9	119 769
29			b	16 708	12,2	51	0,3	16 657
30			c	137 506	100	1 080	0,8	136 426
31	83	Wesel II	a	116 577	86,5	1 012	0,9	115 565
32			b	18 146	13,5	58	0,3	18 088
33			c	134 723	100	1 070	0,8	133 653
34	84	Duisburg I	a	159 798	84,7	1 492	0,9	158 306
35			b	28 952	15,3	136	0,5	28 816
36			c	188 750	100	1 628	0,9	187 122
37	85	Duisburg II	a	145 536	86,4	1 404	1,0	144 132
38			b	22 863	13,6	96	0,4	22 767
39			c	168 399	100	1 500	0,9	166 899
40	86	Oberhausen	a	132 333	87,2	1 183	0,9	131 150
41			b	19 366	12,8	63	0,3	19 303
42			c	151 699	100	1 246	0,8	150 453
43	87	Mülheim	a	106 512	84,4	694	0,7	105 818
44			b	19 741	15,6	72	0,4	19 669
45			c	126 253	100	766	0,6	125 487
46	88	Essen I	a	123 554	84,5	1 087	0,9	122 467
47			b	22 698	15,5	50	0,2	22 648
48			c	146 252	100	1 137	0,8	145 115
49	89	Essen II	a	107 573	85,6	817	0,8	106 756
50			b	18 145	14,4	47	0,3	18 098
51			c	125 718	100	864	0,7	124 854
52	90	Essen III	a	142 091	81,6	1 005	0,7	141 086
53			b	32 113	18,4	96	0,3	32 017
54			c	174 204	100	1 101	0,6	173 103
55	91	Recklinghausen I	a	133 603	85,6	1 104	0,8	132 499
56			b	22 417	14,4	79	0,4	22 338
57			c	156 020	100	1 183	0,8	154 837
58	92	Recklinghausen II	a	140 211	83,8	993	0,7	139 218
59			b	27 038	16,2	97	0,4	26 941
60			c	167 249	100	1 090	0,7	166 159

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschließlich Briefwahl.

2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1980

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU ²⁾		F.D.P.		Sonstige		darunter				
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	DKP		GRÜNE		
								Anzahl	%	Anzahl	%	
Westfalen												
58 836	48,0	46 243	37,7	15 586	12,7	2 000	1,6	288	0,2	1 368	1,1	1
9 497	40,9	10 295	44,3	2 901	12,5	542	2,3	112	0,5	354	1,5	2
68 333	46,8	56 538	38,8	18 487	12,7	2 542	1,7	400	0,3	1 722	1,2	3
69 812	44,1	62 802	39,7	22 470	14,2	3 302	2,1	509	0,3	2 409	1,5	4
16 525	36,4	21 415	47,2	6 342	14,0	1 125	2,5	171	0,4	799	1,8	5
86 337	42,4	84 217	41,3	28 812	14,1	4 427	2,2	680	0,3	3 208	1,6	6
72 772	50,4	52 065	36,0	16 906	11,7	2 750	1,9	586	0,4	1 786	1,2	7
14 168	43,8	13 626	42,1	3 651	11,3	888	2,7	121	0,4	649	2,0	8
86 940	49,2	65 691	37,2	20 557	11,6	3 638	2,1	707	0,4	2 435	1,4	9
43 999	42,5	45 983	44,4	11 900	11,5	1 609	1,6	177	0,2	1 189	1,1	10
6 684	35,5	9 592	50,9	2 102	11,2	455	2,4	29	0,2	361	1,9	11
50 683	41,4	55 575	45,4	14 002	11,4	2 064	1,7	206	0,2	1 550	1,3	12
44 632	39,4	52 642	46,4	14 478	12,8	1 631	1,4	124	0,1	1 256	1,1	13
6 186	34,0	9 284	51,1	2 326	12,8	390	2,1	34	0,2	297	1,6	14
50 818	38,6	61 926	47,1	16 804	12,8	2 021	1,5	158	0,1	1 553	1,2	15
56 656	41,2	63 610	46,2	15 180	11,0	2 111	1,5	275	0,2	1 531	1,1	16
6 626	32,6	11 177	55,0	2 036	10,0	470	2,3	36	0,2	373	1,8	17
63 282	40,1	74 787	47,4	17 216	10,9	2 581	1,6	311	0,2	1 904	1,2	18
53 748	47,3	43 868	38,6	14 258	12,5	1 769	1,6	209	0,2	1 262	1,1	19
12 984	40,4	14 643	45,6	3 797	11,8	719	2,2	64	0,2	544	1,7	20
66 732	45,8	58 511	40,1	18 055	12,4	2 488	1,7	273	0,2	1 806	1,2	21
57 371	39,8	68 180	47,3	16 289	11,3	2 268	1,6	176	0,1	1 715	1,2	22
6 778	32,3	11 482	54,8	2 233	10,7	469	2,2	32	0,2	364	1,7	23
64 149	38,9	79 662	48,3	18 522	11,2	2 737	1,7	208	0,1	2 079	1,3	24
49 046	35,8	73 731	53,9	11 893	8,7	2 177	1,6	79	0,1	1 896	1,4	25
7 264	33,4	12 162	55,9	1 769	8,1	559	2,6	28	0,1	486	2,2	26
56 310	35,5	85 893	54,2	13 662	8,6	2 736	1,7	107	0,1	2 382	1,5	27
60 401	50,4	43 186	36,1	14 446	12,1	1 736	1,4	187	0,2	1 323	1,1	28
7 401	44,4	6 809	40,9	2 016	12,1	431	2,6	39	0,2	348	2,1	29
67 802	49,7	49 995	36,6	16 462	12,1	2 167	1,6	226	0,2	1 671	1,2	30
65 341	56,5	36 470	31,6	12 060	10,4	1 694	1,5	154	0,1	1 229	1,1	31
8 851	48,9	6 852	37,9	1 897	10,5	488	2,7	30	0,2	399	2,2	32
74 192	55,5	43 322	32,4	13 957	10,4	2 182	1,6	184	0,1	1 628	1,2	33
93 595	59,1	46 911	29,6	15 382	9,7	2 418	1,5	479	0,3	1 557	1,0	34
15 104	52,4	10 297	35,7	2 811	9,8	604	2,1	93	0,3	411	1,4	35
108 699	58,1	57 208	30,6	18 193	9,7	3 022	1,6	572	0,3	1 968	1,1	36
94 036	65,2	36 180	25,1	11 931	8,3	1 985	1,4	384	0,3	1 231	0,9	37
13 169	57,8	7 448	32,7	1 734	7,6	416	1,8	53	0,2	295	1,3	38
107 205	64,2	43 628	26,1	13 665	8,2	2 401	1,4	437	0,3	1 526	0,9	39
78 910	60,2	39 196	29,9	11 252	8,6	1 792	1,4	315	0,2	1 194	0,9	40
9 932	51,5	7 437	38,5	1 529	7,9	405	2,1	50	0,3	281	1,5	41
88 842	59,0	46 633	31,0	12 781	8,5	2 197	1,5	365	0,2	1 475	1,0	42
58 456	55,2	31 859	30,1	13 732	13,0	1 771	1,7	284	0,3	1 195	1,1	43
9 430	47,9	7 367	37,5	2 460	12,5	412	2,1	49	0,2	303	1,5	44
67 886	54,1	39 226	31,3	16 192	12,9	2 183	1,7	333	0,3	1 498	1,2	45
71 401	58,3	36 909	30,1	12 286	10,0	1 871	1,5	422	0,3	1 162	0,9	46
11 756	51,9	8 291	36,6	2 167	9,6	434	1,9	89	0,4	280	1,2	47
83 157	57,3	45 200	31,1	14 453	10,0	2 305	1,6	511	0,4	1 442	1,0	48
69 943	65,5	26 987	25,3	8 444	7,9	1 382	1,3	370	0,3	773	0,7	49
10 815	59,8	5 685	31,4	1 234	6,8	364	2,0	74	0,4	217	1,2	50
80 758	64,7	32 672	26,2	9 678	7,8	1 746	1,4	444	0,4	990	0,8	51
67 736	48,0	52 012	36,9	18 994	13,5	2 344	1,7	365	0,3	1 648	1,2	52
12 788	39,9	14 316	44,7	4 201	13,1	712	2,2	100	0,3	528	1,6	53
80 524	46,5	66 328	38,3	23 195	13,4	3 056	1,8	465	0,3	2 176	1,3	54
75 175	56,7	43 749	33,0	11 554	8,7	2 021	1,5	267	0,2	1 411	1,1	55
11 479	51,4	8 619	38,6	1 775	7,9	465	2,1	59	0,3	351	1,6	56
86 654	56,0	52 368	33,8	13 329	8,6	2 486	1,6	326	0,2	1 762	1,1	57
73 435	52,7	51 399	36,9	11 926	8,6	2 458	1,8	276	0,2	1 873	1,3	58
13 932	51,7	10 251	38,0	2 167	8,0	591	2,2	40	0,1	477	1,8	59
87 367	52,6	61 650	37,1	14 093	8,5	3 049	1,8	316	0,2	2 350	1,4	60

19 Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,
nach Wahl

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Wähler insgesamt		Zweitstimmen		
	Nr.	Name		Anzahl	%	ungültig		gültig
						Anzahl	%	Anzahl
Nordrhein-								
1	93	Gelsenkirchen I	a	107 003	85,4	1 188	1,1	105 815
2			b	18 289	14,6	73	0,4	18 216
3			c	125 292	100	1 261	1,0	124 031
4	94	Gelsenkirchen II - Recklinghausen III ...	a	106 217	85,7	815	0,8	105 402
5			b	17 686	14,3	56	0,3	17 630
6			c	123 903	100	871	0,7	123 032
7	95	Bottrop - Recklinghausen IV	a	113 107	84,5	908	0,8	112 199
8			b	20 773	15,5	81	0,4	20 692
9			c	133 880	100	989	0,7	132 891
10	96	Borken	a	164 791	89,1	1 366	0,8	163 425
11			b	20 066	10,9	79	0,4	19 987
12			c	184 857	100	1 445	0,8	183 412
13	97	Coesfeld - Steinfurt I	a	148 019	87,2	1 188	0,8	146 831
14			b	21 631	12,8	98	0,5	21 533
15			c	169 650	100	1 286	0,8	168 364
16	98	Steinfurt II	a	158 060	89,1	1 409	0,9	156 651
17			b	19 288	10,9	67	0,3	19 221
18			c	177 348	100	1 476	0,8	175 872
19	99	Münster	a	127 747	80,7	893	0,7	126 854
20			b	30 607	19,3	76	0,2	30 531
21			c	158 354	100	969	0,6	157 385
22	100	Warendorf	a	137 663	87,5	1 276	0,9	136 387
23			b	19 609	12,5	84	0,4	19 525
24			c	157 272	100	1 360	0,9	155 912
25	101	Gütersloh	a	156 317	87,1	1 414	0,9	154 903
26			b	23 064	12,9	76	0,3	22 988
27			c	179 381	100	1 490	0,8	177 891
28	102	Bielefeld	a	172 130	83,9	1 650	1,0	170 480
29			b	32 995	16,1	120	0,4	32 875
30			c	205 125	100	1 770	0,9	203 355
31	103	Herford	a	139 198	87,0	1 539	1,1	137 659
32			b	20 749	13,0	82	0,4	20 667
33			c	159 947	100	1 621	1,0	158 326
34	104	Minden-Lübbecke	a	172 132	88,1	1 851	1,1	170 281
35			b	23 246	11,9	90	0,4	23 156
36			c	195 378	100	1 941	1,0	193 437
37	105	Lippe I	a	122 422	87,0	1 223	1,0	121 199
38			b	18 356	13,0	46	0,3	18 310
39			c	140 778	100	1 269	0,9	139 509
40	106	Höxter - Lippe II	a	151 405	86,7	1 451	1,0	149 954
41			b	23 291	13,3	75	0,3	23 216
42			c	174 696	100	1 526	0,9	173 170
43	107	Paderborn	a	121 712	87,6	1 072	0,9	120 640
44			b	17 301	12,4	69	0,4	17 232
45			c	139 013	100	1 141	0,8	137 872
46	108	Hagen	a	121 125	83,1	1 140	0,9	119 985
47			b	24 605	16,9	87	0,4	24 518
48			c	145 730	100	1 227	0,8	144 503
49	109	Ennepe-Ruhr-Kreis I	a	138 835	83,9	994	0,7	137 841
50			b	26 674	16,1	81	0,3	26 593
51			c	165 509	100	1 075	0,6	164 434
52	110	Bochum I	a	145 425	82,4	1 093	0,8	144 332
53			b	30 965	17,6	101	0,3	30 864
54			c	176 390	100	1 194	0,7	175 196

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschließlich Briefwahl.

2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1980

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU ²⁾		F.D.P.		Sonstige		darunter				
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	DKP		GRÜNE		
								Anzahl	%	Anzahl	%	
Westfalen												
66 569	62,9	30 119	28,5	7 319	6,9	1 808	1,7	451	0,4	1 054	1,0	1
10 680	58,6	5 983	32,8	1 167	6,4	386	2,1	143	0,8	186	1,0	2
77 249	62,3	36 102	29,1	8 486	6,8	2 194	1,8	594	0,5	1 240	1,0	3
63 841	60,6	31 698	30,1	8 144	7,7	1 719	1,6	347	0,3	1 079	1,0	4
10 508	59,6	5 539	31,4	1 240	7,0	343	1,9	53	0,3	241	1,4	5
74 349	60,4	37 237	30,3	9 384	7,6	2 062	1,7	400	0,3	1 320	1,1	6
67 173	59,9	34 834	31,0	8 244	7,3	1 948	1,7	789	0,7	913	0,8	7
11 553	55,8	7 369	35,6	1 316	6,4	454	2,2	148	0,7	265	1,3	8
78 726	59,2	42 203	31,8	9 560	7,2	2 402	1,8	937	0,7	1 178	0,9	9
51 429	31,5	99 753	61,0	10 316	6,3	1 927	1,2	135	0,1	1 558	1,0	10
5 758	28,8	12 228	61,2	1 476	7,4	525	2,6	38	0,2	445	2,2	11
57 187	31,2	111 981	61,1	11 792	6,4	2 452	1,3	173	0,1	2 003	1,1	12
48 075	32,7	84 134	57,3	12 538	8,5	2 084	1,4	92	0,1	1 744	1,2	13
6 373	29,6	12 873	59,8	1 736	8,1	551	2,6	34	0,2	454	2,1	14
54 448	32,3	97 007	57,6	14 274	8,5	2 635	1,6	126	0,1	2 198	1,3	15
69 955	44,7	68 789	43,9	15 704	10,0	2 203	1,4	166	0,1	1 767	1,1	16
7 212	37,5	9 455	49,2	1 987	10,3	567	2,9	57	0,3	432	2,2	17
77 167	43,9	78 244	44,5	17 691	10,1	2 770	1,6	223	0,1	2 199	1,3	18
48 485	38,2	56 784	44,8	18 512	14,6	3 073	2,4	429	0,3	2 360	1,9	19
10 054	32,9	15 486	50,7	3 928	12,9	1 063	3,5	123	0,4	844	2,8	20
58 539	37,2	72 270	45,9	22 440	14,3	4 136	2,6	552	0,4	3 204	2,0	21
52 417	38,4	68 941	50,5	12 891	9,5	2 138	1,6	246	0,2	1 608	1,2	22
6 406	32,8	10 808	55,4	1 753	9,0	558	2,9	54	0,3	459	2,4	23
58 823	37,7	79 749	51,2	14 644	9,4	2 696	1,7	300	0,2	2 067	1,3	24
58 665	37,9	76 031	49,1	17 723	11,4	2 484	1,6	138	0,1	2 010	1,3	25
7 995	34,8	11 654	50,7	2 712	11,8	627	2,7	35	0,2	505	2,2	26
66 660	37,5	87 685	49,3	20 435	11,5	3 111	1,7	173	0,1	2 515	1,4	27
82 890	48,6	62 546	36,7	21 429	12,6	3 615	2,1	455	0,3	2 757	1,6	28
13 522	41,1	14 154	43,1	4 151	12,6	1 048	3,2	84	0,3	857	2,6	29
96 412	47,4	76 700	37,7	25 580	12,6	4 663	2,3	539	0,3	3 614	1,8	30
69 520	50,5	49 818	36,2	16 135	11,7	2 186	1,6	144	0,1	1 727	1,3	31
9 018	43,6	8 988	43,5	2 144	10,4	517	2,5	22	0,1	435	2,1	32
78 538	49,6	58 806	37,1	18 279	11,5	2 703	1,7	166	0,1	2 162	1,4	33
84 119	49,4	62 994	37,0	21 014	12,3	2 154	1,3	225	0,1	1 636	1,0	34
9 801	42,3	9 875	42,6	2 852	12,3	628	2,7	42	0,2	517	2,2	35
93 920	48,6	72 869	37,7	23 866	12,3	2 782	1,4	267	0,1	2 153	1,1	36
59 041	48,7	44 418	36,6	15 773	13,0	1 967	1,6	163	0,1	1 490	1,2	37
7 752	42,3	7 737	42,3	2 289	12,5	532	2,9	42	0,2	415	2,3	38
66 793	47,9	52 155	37,4	18 062	12,9	2 499	1,8	205	0,1	1 905	1,4	39
55 917	37,3	76 385	50,9	15 473	10,3	2 179	1,5	113	0,1	1 721	1,1	40
7 664	33,0	12 375	53,3	2 414	10,4	763	3,3	51	0,2	625	2,7	41
63 581	36,7	88 760	51,3	17 887	10,3	2 942	1,7	164	0,1	2 346	1,4	42
32 956	27,3	75 946	63,0	10 164	8,4	1 574	1,3	74	0,1	1 273	1,1	43
4 406	25,6	10 853	63,0	1 485	8,6	488	2,8	25	0,1	415	2,4	44
37 362	27,1	86 799	63,0	11 649	8,4	2 062	1,5	99	0,1	1 688	1,2	45
63 385	52,8	41 703	34,8	12 934	10,8	1 963	1,6	349	0,3	1 180	1,0	46
11 191	45,6	10 257	41,8	2 570	10,5	500	2,0	53	0,2	328	1,3	47
74 576	51,6	51 960	36,0	15 504	10,7	2 463	1,7	402	0,3	1 508	1,0	48
72 784	52,8	45 674	33,1	17 126	12,4	2 257	1,6	413	0,3	1 439	1,0	49
12 832	48,3	10 120	38,1	3 085	11,6	556	2,1	86	0,3	395	1,5	50
85 616	52,1	55 794	33,9	20 211	12,3	2 813	1,7	499	0,3	1 834	1,1	51
86 183	59,7	43 096	29,9	12 530	8,7	2 523	1,7	392	0,3	1 699	1,2	52
16 415	53,2	11 378	36,9	2 463	8,0	608	2,0	75	0,2	424	1,4	53
102 598	58,6	54 474	31,1	14 993	8,6	3 131	1,8	467	0,3	2 123	1,2	54

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Wähler insgesamt		Zweitstimmen		
	Nr.	Name		Anzahl	%	ungültig		gültig
						Anzahl	%	Anzahl
Nordrhein-								
1	111	Bochum II - Ennepe-Ruhr-Kreis II	a	144 736	83,6	1 305	0,9	143 431
2			b	28 385	16,4	78	0,3	28 307
3			c	173 121	100	1 383	0,8	171 738
4	112	Herne	a	103 977	84,8	858	0,8	103 119
5			b	18 586	15,2	66	0,4	18 520
6			c	122 563	100	924	0,8	121 639
7	113	Dortmund I	a	111 639	83,5	864	0,8	110 775
8			b	22 091	16,5	80	0,4	22 011
9			c	133 730	100	944	0,7	132 786
10	114	Dortmund II	a	107 518	87,0	829	0,8	106 689
11			b	16 103	13,0	48	0,3	16 055
12			c	123 621	100	877	0,7	122 744
13	115	Dortmund III	a	124 196	83,2	830	0,7	123 366
14			b	25 004	16,8	86	0,3	24 918
15			c	149 200	100	916	0,6	148 284
16	116	Unna I	a	140 428	85,4	1 232	0,9	139 196
17			b	24 079	14,6	87	0,4	23 992
18			c	164 507	100	1 319	0,8	163 188
19	117	Hamm - Unna II	a	171 438	84,8	1 492	0,9	169 946
20			b	30 666	15,2	88	0,3	30 578
21			c	202 104	100	1 580	0,8	200 524
22	118	Soest	a	145 839	86,3	1 383	0,9	144 456
23			b	23 167	13,7	92	0,4	23 075
24			c	169 006	100	1 475	0,9	167 531
25	119	Hochsauerlandkreis	a	147 933	84,5	1 412	1,0	146 521
26			b	27 207	15,5	82	0,3	27 125
27			c	175 140	100	1 494	0,9	173 646
28	120	Siegen I	a	127 440	87,8	1 286	1,0	126 154
29			b	17 648	12,2	64	0,4	17 584
30			c	145 088	100	1 350	0,9	143 738
31	121	Olpe - Siegen II	a	104 719	86,3	981	0,9	103 738
32			b	16 559	13,7	50	0,3	16 509
33			c	121 278	100	1 031	0,9	120 247
34	122	Märkischer Kreis I	a	115 341	85,4	1 041	0,9	114 300
35			b	19 716	14,6	64	0,3	19 652
36			c	135 057	100	1 105	0,8	133 952
37	123	Märkischer Kreis II	a	115 080	82,9	1 116	1,0	113 964
38			b	23 803	17,1	58	0,2	23 745
39			c	138 883	100	1 174	0,8	137 709
40	53	Land insgesamt ...	a	9 339 277	84,8	83 499	0,9	9 255 778
41	-		b	1 669 405	15,2	5 734	0,3	1 663 671
42	123		c	11 008 682	100	89 233	0,8	10 919 449
Hes								
43	124	Waldeck	a	118 164	88,6	1 121	0,9	117 043
44			b	15 279	11,4	70	0,5	15 209
45			c	133 443	100	1 191	0,9	132 252
46	125	Kassel	a	132 490	83,7	1 128	0,9	131 362
47			b	25 759	16,3	152	0,6	25 607
48			c	158 249	100	1 280	0,8	156 969
49	126	Werra-Meißner	a	127 294	88,5	997	0,8	126 297
50			b	16 538	11,5	140	0,8	16 398
51			c	143 832	100	1 137	0,8	142 695
52	127	Schwalm-Eder	a	116 583	90,4	1 172	1,0	115 411
53			b	12 330	9,6	53	0,4	12 277
54			c	128 913	100	1 225	1,0	127 688
55	128	Hersfeld	a	129 772	88,9	1 274	1,0	128 498
56			b	16 197	11,1	85	0,5	16 112
57			c	145 969	100	1 359	0,9	144 610
58	129	Marburg	a	129 145	89,9	1 286	1,0	127 859
59			b	14 445	10,1	67	0,5	14 378
60			c	143 590	100	1 353	0,9	142 237
61	130	Lahn-Dill	a	154 303	90,5	1 386	0,9	152 917
62			b	16 153	9,5	86	0,5	16 067
63			c	170 456	100	1 472	0,9	168 984
64	131	Gießen	a	152 029	90,4	1 496	1,0	150 533
65			b	16 229	9,6	122	0,8	16 107
66			c	168 258	100	1 618	1,0	166 640

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschließlich Briefwahl

2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1980

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU ²⁾		F.D.P.		Sonstige		darunter				
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	DKP		GRÜNE		
								Anzahl	%	Anzahl	%	
Westfalen												
87 838	61,2	38 843	27,1	14 283	10,0	2 467	1,7	296	0,2	1 722	1,2	1
15 635	55,2	9 335	33,0	2 689	9,5	648	2,3	60	0,2	494	1,7	2
103 473	60,3	48 178	28,1	16 972	9,9	3 115	1,8	356	0,2	2 216	1,3	3
65 957	64,0	28 234	27,4	7 385	7,2	1 543	1,5	357	0,3	856	0,8	4
10 366	56,0	6 462	34,9	1 314	7,1	378	2,0	62	0,3	239	1,3	5
76 323	62,7	34 696	28,5	8 699	7,2	1 921	1,6	419	0,3	1 095	0,9	6
64 522	58,2	34 283	30,9	9 456	8,5	2 514	2,3	439	0,4	1 614	1,5	7
10 804	49,1	8 564	38,9	2 036	9,2	607	2,8	101	0,5	408	1,9	8
75 326	56,7	42 847	32,3	11 492	8,7	3 121	2,4	540	0,4	2 022	1,5	9
68 089	63,8	28 559	26,8	8 239	7,7	1 802	1,7	292	0,3	1 182	1,1	10
9 560	59,5	4 970	31,0	1 194	7,4	331	2,1	41	0,3	230	1,4	11
77 649	63,3	33 529	27,3	9 433	7,7	2 133	1,7	333	0,3	1 412	1,2	12
72 148	58,5	36 320	29,4	12 607	10,2	2 291	1,9	356	0,3	1 556	1,3	13
12 896	51,8	8 697	34,9	2 693	10,8	632	2,5	76	0,3	454	1,8	14
85 044	57,4	45 017	30,4	15 300	10,3	2 923	2,0	432	0,3	2 010	1,4	15
80 123	57,6	42 379	30,4	14 561	10,5	2 133	1,5	227	0,2	1 468	1,1	16
12 503	52,1	8 457	35,2	2 524	10,5	508	2,1	45	0,2	384	1,6	17
92 626	56,8	50 836	31,2	17 085	10,5	2 641	1,6	272	0,2	1 852	1,1	18
91 714	54,0	62 051	36,5	13 859	8,2	2 322	1,4	247	0,1	1 607	0,9	19
14 606	47,8	12 719	41,6	2 651	8,7	602	2,0	55	0,2	450	1,5	20
106 320	53,0	74 770	37,3	16 510	8,2	2 924	1,5	302	0,2	2 057	1,0	21
58 761	40,7	69 011	47,8	14 784	10,2	1 900	1,3	128	0,1	1 395	1,0	22
7 983	34,6	12 142	52,6	2 356	10,2	594	2,6	31	0,1	496	2,1	23
66 744	39,8	81 153	48,4	17 140	10,2	2 494	1,5	159	0,1	1 891	1,1	24
51 935	35,4	81 877	55,9	11 122	7,6	1 587	1,1	98	0,1	1 247	0,9	25
8 258	30,4	15 845	58,4	2 381	8,8	641	2,4	46	0,2	525	1,9	26
60 193	34,7	97 722	56,3	13 503	7,8	2 228	1,3	144	0,1	1 772	1,0	27
58 691	46,5	50 514	40,0	15 203	12,1	1 746	1,4	229	0,2	1 204	1,0	28
7 245	41,2	7 776	44,2	2 121	12,1	442	2,5	53	0,3	314	1,8	29
65 936	45,9	58 290	40,6	17 324	12,1	2 188	1,5	282	0,2	1 518	1,1	30
39 473	38,1	54 496	52,5	8 792	8,5	977	0,9	108	0,1	712	0,7	31
5 645	34,2	9 117	55,2	1 372	8,3	375	2,3	21	0,1	310	1,9	32
45 118	37,5	63 613	52,9	10 164	8,5	1 352	1,1	129	0,1	1 022	0,8	33
51 068	44,7	49 734	43,5	11 860	10,4	1 638	1,4	98	0,1	1 150	1,0	34
7 302	37,2	9 844	50,1	2 057	10,5	449	2,3	37	0,2	330	1,7	35
58 370	43,6	59 578	44,5	13 917	10,4	2 087	1,6	135	0,1	1 480	1,1	36
55 561	48,8	41 834	36,7	14 989	13,2	1 580	1,4	185	0,2	954	0,8	37
9 836	41,4	10 727	45,2	2 693	11,3	489	2,1	44	0,2	349	1,5	38
65 397	47,5	52 561	38,2	17 682	12,8	2 069	1,5	229	0,2	1 303	0,9	39
4 408 970	47,6	3 687 590	39,8	1 011 993	10,9	147 225	1,6	18 967	0,2	105 992	1,1	40
699 177	42,0	745 071	44,8	179 650	10,8	39 773	2,4	4 148	0,2	30 286	1,8	41
5 108 147	46,8	4 432 661	40,6	1 191 643	10,9	186 998	1,7	23 115	0,2	136 278	1,2	42
sen												
58 827	50,3	43 992	37,6	12 207	10,4	2 017	1,7	169	0,1	1 570	1,3	43
6 924	45,5	6 087	40,0	1 714	11,3	484	3,2	26	0,2	430	2,8	44
65 751	49,7	50 079	37,9	13 921	10,5	2 501	1,9	195	0,1	2 000	1,5	45
70 731	53,8	42 000	32,0	15 147	11,5	3 484	2,7	427	0,3	2 822	2,1	46
11 796	46,1	9 568	37,4	3 139	12,3	1 104	4,3	104	0,4	952	3,7	47
82 527	52,6	51 568	32,9	18 286	11,6	4 588	2,9	531	0,3	3 774	2,4	48
72 321	57,3	40 630	32,2	11 152	8,8	2 194	1,7	207	0,2	1 804	1,4	49
8 603	52,5	5 702	34,8	1 565	9,5	528	3,2	33	0,2	462	2,8	50
80 924	56,7	46 332	32,5	12 717	8,9	2 722	1,9	240	0,2	2 266	1,6	51
58 508	50,7	43 690	37,9	10 929	9,5	2 284	2,0	167	0,1	1 933	1,7	52
5 865	47,8	4 850	39,5	1 113	9,1	449	3,7	35	0,3	394	3,2	53
64 373	50,4	48 540	38,0	12 042	9,4	2 733	2,1	202	0,2	2 327	1,8	54
63 577	49,5	52 676	41,0	9 989	7,8	2 256	1,8	184	0,1	1 838	1,4	55
7 286	45,2	6 670	41,4	1 525	9,5	631	3,9	37	0,2	569	3,5	56
70 863	49,0	59 346	41,0	11 514	8,0	2 887	2,0	221	0,2	2 407	1,7	57
61 585	48,2	51 508	40,3	11 430	8,9	3 336	2,6	830	0,6	2 218	1,7	58
6 296	43,8	5 699	39,6	1 619	11,3	764	5,3	190	1,3	548	3,8	59
67 881	47,7	57 207	40,2	13 049	9,2	4 100	2,9	1 020	0,7	2 766	1,9	60
76 239	49,9	59 094	38,6	15 044	9,8	2 540	1,7	246	0,2	1 932	1,3	61
7 186	44,7	6 669	41,5	1 751	10,9	461	2,9	36	0,2	382	2,4	62
83 425	49,4	65 763	38,9	16 795	9,9	3 001	1,8	282	0,2	2 314	1,4	63
72 905	48,4	60 083	39,9	14 555	9,7	2 990	2,0	333	0,2	2 309	1,5	64
7 493	46,5	6 317	39,2	1 701	10,6	596	3,7	51	0,3	489	3,0	65
80 398	48,2	66 400	39,8	16 256	9,8	3 586	2,2	384	0,2	2 798	1,7	66

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Wähler insgesamt		Zweitstimmen		
	Nr.	Name		Anzahl	%	ungültig		gültig
						Anzahl	%	Anzahl
Hes								
1	132	Fulda	a	172 501	90,3	1 989	1,2	170 512
2			b	18 567	9,7	87	0,5	18 480
3			c	191 068	100	2 076	1,1	188 992
4	133	Hochtaunus	a	167 207	86,0	1 289	0,8	165 918
5			b	27 282	14,0	105	0,4	27 177
6			c	194 489	100	1 394	0,7	193 095
7	134	Wetterau	a	150 375	89,9	1 236	0,8	149 139
8			b	16 818	10,1	104	0,6	16 714
9			c	167 193	100	1 340	0,8	165 853
10	135	Rheingau-Taunus - Limburg	a	147 945	88,3	1 511	1,0	146 434
11			b	19 521	11,7	234	1,2	19 287
12			c	167 466	100	1 745	1,0	165 721
13	136	Wiesbaden	a	145 026	86,4	1 503	1,0	143 523
14			b	22 793	13,6	118	0,5	22 675
15			c	167 819	100	1 621	1,0	166 198
16	137	Hanau	a	170 646	89,6	1 268	0,7	169 378
17			b	19 760	10,4	98	0,5	19 662
18			c	190 406	100	1 366	0,7	189 040
19	138	Frankfurt am Main I - Main-Taunus	a	133 277	87,8	1 206	0,9	132 071
20			b	18 507	12,2	182	1,0	18 325
21			c	151 784	100	1 388	0,9	150 396
22	139	Frankfurt am Main II	a	115 032	83,3	1 040	0,9	113 992
23			b	23 081	16,7	123	0,5	22 958
24			c	138 113	100	1 163	0,8	136 950
25	140	Frankfurt am Main III	a	116 365	85,4	1 158	1,0	115 207
26			b	19 938	14,6	107	0,5	19 831
27			c	136 303	100	1 265	0,9	135 038
28	141	Groß-Gerau	a	164 537	89,0	1 540	0,9	162 997
29			b	20 343	11,0	108	0,5	20 235
30			c	184 880	100	1 648	0,9	183 232
31	142	Offenbach	a	159 172	87,1	1 414	0,9	157 758
32			b	23 639	12,9	123	0,5	23 516
33			c	182 811	100	1 537	0,8	181 274
34	143	Darmstadt	a	153 173	87,5	1 743	1,1	151 430
35			b	21 962	12,5	155	0,7	21 807
36			c	175 135	100	1 898	1,1	173 237
37	144	Odenwald	a	178 811	90,0	2 037	1,1	176 774
38			b	19 965	10,0	123	0,6	19 842
39			c	198 776	100	2 160	1,1	196 616
40	145	Bergstraße	a	142 091	89,3	1 537	1,1	140 554
41			b	17 027	10,7	136	0,8	16 891
42			c	159 118	100	1 673	1,1	157 445
43	124	Land insgesamt ...	a	3 175 938	88,3	30 331	1,0	3 145 607
44	-		b	422 133	11,7	2 578	0,6	419 555
45	145		c	3 598 071	100	32 909	0,9	3 565 162
Rheinland-								
46	146	Neuwied	a	168 910	88,4	1 808	1,1	167 102
47			b	22 177	11,6	119	0,5	22 058
48			c	191 087	100	1 927	1,0	189 160
49	147	Ahrweiler	a	131 639	88,8	1 428	1,1	130 211
50			b	16 594	11,2	56	0,3	16 538
51			c	148 233	100	1 484	1,0	146 749
52	148	Koblenz	a	139 151	86,7	1 327	1,0	137 824
53			b	21 269	13,3	101	0,5	21 168
54			c	160 420	100	1 428	0,9	158 992
55	149	Cochem	a	109 769	91,6	1 482	1,4	108 287
56			b	10 070	8,4	34	0,3	10 036
57			c	119 839	100	1 516	1,3	118 323
58	150	Kreuznach	a	146 527	90,1	1 536	1,0	144 991
59			b	16 076	9,9	51	0,3	16 025
60			c	162 603	100	1 587	1,0	161 016
61	151	Bitburg	a	124 765	92,0	1 991	1,6	122 774
62			b	10 846	8,0	49	0,5	10 797
63			c	135 611	100	2 040	1,5	133 571
64	152	Trier	a	134 720	89,9	2 074	1,5	132 646
65			b	15 133	10,1	96	0,6	15 037
66			c	149 853	100	2 170	1,4	147 683

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschließlich Briefwahl.

2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1980

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU ²⁾		F.D.P.		Sonstige		darunter				
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	DKP		GRÜNE		
								Anzahl	%	Anzahl	%	
sen												
61 818	36,3	94 231	55,3	12 186	7,1	2 277	1,3	226	0,1	1 727	1,0	1
6 147	33,3	10 142	54,9	1 602	8,7	589	3,2	47	0,3	502	2,7	2
67 965	36,0	104 373	55,2	13 788	7,3	2 866	1,5	273	0,1	2 229	1,2	3
66 956	40,4	73 127	44,1	22 208	13,4	3 627	2,2	249	0,2	2 895	1,7	4
9 430	34,7	13 029	47,9	3 882	14,3	836	3,1	66	0,2	693	2,5	5
76 386	39,6	86 156	44,6	26 090	13,5	4 463	2,3	315	0,2	3 588	1,9	6
71 110	47,7	60 146	40,3	14 929	10,0	2 954	2,0	204	0,1	2 216	1,5	7
7 343	43,9	7 026	42,0	1 864	11,2	481	2,9	32	0,2	389	2,3	8
78 453	47,3	67 172	40,5	16 793	10,1	3 435	2,1	236	0,1	2 605	1,6	9
60 857	41,6	67 742	46,3	15 024	10,3	2 811	1,9	180	0,1	2 219	1,5	10
6 737	34,9	9 972	51,7	2 035	10,6	543	2,8	28	0,1	457	2,4	11
67 594	40,8	77 714	46,9	17 059	10,3	3 354	2,0	208	0,1	2 676	1,6	12
66 077	46,0	55 560	38,7	18 794	13,1	3 092	2,2	259	0,2	2 288	1,6	13
8 588	37,9	10 226	45,1	3 211	14,2	650	2,9	70	0,3	500	2,2	14
74 665	44,9	65 786	39,6	22 005	13,2	3 742	2,3	329	0,2	2 788	1,7	15
79 795	47,1	68 757	40,6	17 140	10,1	3 686	2,2	583	0,3	2 546	1,5	16
8 770	44,6	8 301	42,2	1 970	10,0	621	3,2	54	0,3	504	2,6	17
88 565	46,8	77 058	40,8	19 110	10,1	4 307	2,3	637	0,3	3 050	1,6	18
60 571	45,9	52 398	39,7	15 951	12,1	3 151	2,4	363	0,3	2 194	1,7	19
7 565	41,3	8 030	43,8	2 177	11,9	553	3,0	44	0,2	443	2,4	20
68 136	45,3	60 428	40,2	18 128	12,1	3 704	2,5	407	0,3	2 637	1,8	21
49 979	43,8	45 212	39,7	14 950	13,1	3 851	3,4	465	0,4	2 830	2,5	22
8 512	37,1	10 509	45,8	3 142	13,7	795	3,5	89	0,4	621	2,7	23
58 491	42,7	55 721	40,7	18 092	13,2	4 646	3,4	554	0,4	3 451	2,5	24
53 396	46,3	44 131	38,3	13 668	11,9	4 012	3,5	445	0,4	2 911	2,5	25
8 001	40,3	8 599	43,4	2 439	12,3	792	4,0	72	0,4	628	3,2	26
61 397	45,5	52 730	39,0	16 107	11,9	4 804	3,6	517	0,4	3 539	2,6	27
79 883	49,0	61 348	37,6	17 144	10,5	4 622	2,8	455	0,3	3 614	2,2	28
9 322	46,1	8 106	40,1	2 141	10,6	666	3,3	51	0,3	533	2,6	29
89 205	48,7	69 454	37,9	19 285	10,5	5 288	2,9	506	0,3	4 147	2,3	30
72 527	46,0	62 878	39,9	18 264	11,6	4 089	2,6	416	0,3	3 172	2,0	31
9 801	41,7	10 201	43,4	2 797	11,9	717	3,0	55	0,2	589	2,5	32
82 328	45,4	73 079	40,3	21 061	11,6	4 806	2,7	471	0,3	3 761	2,1	33
74 146	49,0	54 610	36,1	18 262	12,1	4 412	2,9	436	0,3	3 566	2,4	34
9 482	43,5	8 520	39,1	2 924	13,4	881	4,0	59	0,3	765	3,5	35
83 628	48,3	63 130	36,4	21 186	12,2	5 293	3,1	495	0,3	4 331	2,5	36
82 802	46,8	73 346	41,5	16 895	9,6	3 731	2,1	501	0,3	2 713	1,5	37
8 532	43,0	8 671	43,7	2 023	10,2	616	3,1	55	0,3	509	2,6	38
91 334	46,5	82 017	41,7	18 918	9,6	4 347	2,2	556	0,3	3 222	1,6	39
64 579	45,9	59 761	42,5	13 570	9,7	2 644	1,9	208	0,1	1 934	1,4	40
6 645	39,3	8 090	47,9	1 676	9,9	480	2,8	30	0,2	403	2,4	41
71 224	45,2	67 851	43,1	15 246	9,7	3 124	2,0	238	0,2	2 337	1,5	42
1 479 189	47,0	1 266 920	40,3	329 438	10,5	70 060	2,2	7 553	0,2	53 251	1,7	43
176 324	42,0	180 984	43,1	48 010	11,4	14 237	3,4	1 264	0,3	11 762	2,8	44
1 655 513	46,4	1 447 904	40,6	377 448	10,6	84 297	2,4	8 817	0,2	65 013	1,8	45
Pfalz												
71 966	43,1	75 123	45,0	17 736	10,6	2 277	1,4	176	0,1	1 854	1,1	46
8 343	37,8	10 920	49,5	2 233	10,1	562	2,5	46	0,2	476	2,2	47
80 309	42,5	86 043	45,5	19 969	10,6	2 839	1,5	222	0,1	2 330	1,2	48
46 737	35,9	71 870	55,2	9 900	7,6	1 704	1,3	130	0,1	1 414	1,1	49
5 755	34,8	9 040	54,7	1 411	8,5	332	2,0	18	0,1	289	1,7	50
52 492	35,8	80 910	55,1	11 311	7,7	2 036	1,4	148	0,1	1 703	1,2	51
56 819	41,2	64 051	46,5	15 042	10,9	1 912	1,4	150	0,1	1 536	1,1	52
7 957	37,6	10 514	49,7	2 188	10,3	509	2,4	30	0,1	435	2,1	53
64 776	40,7	74 565	46,9	17 230	10,8	2 421	1,5	180	0,1	1 971	1,2	54
34 204	31,6	61 228	56,5	11 456	10,6	1 399	1,3	126	0,1	1 070	1,0	55
3 311	33,0	5 202	51,8	1 147	11,4	376	3,7	20	0,2	334	3,3	56
37 515	31,7	66 430	56,1	12 603	10,7	1 775	1,5	146	0,1	1 404	1,2	57
71 133	49,1	55 601	38,3	15 995	11,0	2 262	1,6	331	0,2	1 507	1,0	58
7 032	43,9	6 635	41,4	1 929	12,0	429	2,7	30	0,2	354	2,2	59
78 165	48,5	62 236	38,7	17 924	11,1	2 691	1,7	361	0,2	1 861	1,2	60
34 742	28,3	77 630	63,2	8 429	6,9	1 973	1,6	133	0,1	1 560	1,3	61
3 144	29,1	6 287	58,2	1 011	9,4	355	3,3	13	0,1	326	3,0	62
37 886	28,4	83 917	62,8	9 440	7,1	2 328	1,7	146	0,1	1 886	1,4	63
53 564	40,4	66 790	50,4	10 144	7,6	2 148	1,6	158	0,1	1 749	1,3	64
5 088	33,8	8 209	54,6	1 247	8,3	493	3,3	24	0,2	443	2,9	65
58 652	39,7	74 999	50,8	11 391	7,7	2 641	1,8	182	0,1	2 192	1,5	66

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Wähler insgesamt		Zweitstimmen		
	Nr.	Name				ungültig		gültig
				Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Rheinland-								
1	153	Montabaur	a	174 373	89,4	2 029	1,2	172 344
2			b	20 585	10,6	86	0,4	20 499
3			c	194 958	100	2 115	1,1	192 843
4	154	Mainz	a	162 514	86,7	1 615	1,0	160 899
5			b	25 033	13,3	164	0,7	24 869
6			c	187 547	100	1 779	0,9	185 768
7	155	Worms	a	129 288	88,6	1 414	1,1	127 874
8			b	16 710	11,4	87	0,5	16 623
9			c	145 998	100	1 501	1,0	144 497
10	156	Frankenthal	a	110 226	88,8	1 493	1,4	108 733
11			b	13 867	11,2	93	0,7	13 774
12			c	124 093	100	1 586	1,3	122 507
13	157	Ludwigshafen	a	119 913	86,0	1 422	1,2	118 491
14			b	19 482	14,0	108	0,6	19 374
15			c	139 395	100	1 530	1,1	137 865
16	158	Neustadt - Speyer	a	129 957	87,7	1 699	1,3	128 258
17			b	18 309	12,3	112	0,6	18 197
18			c	148 266	100	1 811	1,2	146 455
19	159	Kaiserslautern	a	168 005	91,0	2 419	1,4	165 586
20			b	16 605	9,0	112	0,7	16 493
21			c	184 610	100	2 531	1,4	182 079
22	160	Pirmasens	a	119 582	91,1	1 939	1,6	117 643
23			b	11 730	8,9	72	0,6	11 658
24			c	131 312	100	2 011	1,5	129 301
25	161	Landau	a	139 970	89,2	2 079	1,5	137 891
26			b	16 968	10,8	108	0,6	16 860
27			c	156 938	100	2 187	1,4	154 751
28	146	Land insgesamt ...	a	2 209 309	89,1	27 755	1,3	2 181 554
29	-		b	271 454	10,9	1 448	0,5	270 006
30	161		c	2 480 763	100	29 203	1,2	2 451 560
Baden-								
31	162	Stuttgart-Süd	a	134 593	82,9	1 120	0,8	133 473
32			b	27 713	17,1	91	0,3	27 622
33			c	162 306	100	1 211	0,7	161 095
34	163	Stuttgart-Nord	a	146 922	86,9	1 299	0,9	145 623
35			b	22 086	13,1	53	0,2	22 033
36			c	169 008	100	1 352	0,8	167 656
37	164	Böblingen	a	154 993	89,0	1 670	1,1	153 323
38			b	19 068	11,0	67	0,4	19 001
39			c	174 061	100	1 737	1,0	172 324
40	165	Esslingen	a	116 906	88,2	1 053	0,9	115 853
41			b	15 584	11,8	44	0,3	15 540
42			c	132 490	100	1 097	0,8	131 393
43	166	Nürtingen	a	121 746	89,7	1 252	1,0	120 494
44			b	14 048	10,3	48	0,3	14 000
45			c	135 794	100	1 300	1,0	134 494
46	167	Göppingen	a	125 743	89,6	1 307	1,0	124 436
47			b	14 648	10,4	43	0,3	14 605
48			c	140 391	100	1 350	1,0	139 041
49	168	Waiblingen	a	141 591	89,5	1 623	1,1	139 968
50			b	16 551	10,5	76	0,5	16 475
51			c	158 142	100	1 699	1,1	156 443
52	169	Ludwigsburg	a	137 524	88,2	1 308	1,0	136 216
53			b	18 409	11,8	68	0,4	18 341
54			c	155 933	100	1 376	0,9	154 557
55	170	Neckar-Zaber	a	120 737	91,4	1 388	1,1	119 349
56			b	11 370	8,6	48	0,4	11 322
57			c	132 107	100	1 436	1,1	130 671
58	171	Heilbronn	a	161 748	89,4	1 893	1,2	159 855
59			b	19 191	10,6	75	0,4	19 116
60			c	180 939	100	1 968	1,1	178 971
61	172	Schwäbisch Hall	a	130 286	91,4	1 723	1,3	128 563
62			b	12 200	8,6	23	0,2	12 177
63			c	142 486	100	1 746	1,2	140 740
64	173	Backnang - Schwäbisch Gmünd	a	112 413	90,4	1 320	1,2	111 093
65			b	11 997	9,6	65	0,5	11 932
66			c	124 410	100	1 385	1,1	123 025

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschließlich Briefwahl.

2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1980

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU ²⁾		F.D.P.		Sonstige		darunter				
								DKP		GRÜNE		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Pfalz												
76 725	44,5	76 325	44,3	16 697	9,7	2 597	1,5	206	0,1	2 066	1,2	1
8 252	40,3	9 761	47,6	1 961	9,6	525	2,6	26	0,1	455	2,2	2
84 977	44,1	86 086	44,6	18 658	9,7	3 122	1,6	232	0,1	2 521	1,3	3
71 112	44,2	65 495	40,7	21 234	13,2	3 058	1,9	380	0,2	2 251	1,4	4
9 655	38,8	11 416	45,9	3 074	12,4	724	2,9	60	0,2	600	2,4	5
80 767	43,5	76 911	41,4	24 308	13,1	3 782	2,0	440	0,2	2 851	1,5	6
63 625	49,8	48 320	37,8	13 519	10,6	2 410	1,9	289	0,2	1 607	1,3	7
7 759	46,7	6 885	41,4	1 581	9,5	398	2,4	29	0,2	314	1,9	8
71 384	49,4	55 205	38,2	15 100	10,5	2 808	1,9	318	0,2	1 921	1,3	9
54 918	50,5	40 706	37,4	10 966	10,1	2 143	2,0	196	0,2	1 405	1,3	10
6 500	47,2	5 535	40,2	1 328	9,6	411	3,0	29	0,2	327	2,4	11
61 418	50,1	46 241	37,7	12 294	10,0	2 554	2,1	225	0,2	1 732	1,4	12
61 558	52,0	43 384	36,6	11 297	9,5	2 252	1,9	326	0,3	1 549	1,3	13
9 624	49,7	7 596	39,2	1 690	8,7	464	2,4	58	0,3	339	1,7	14
71 182	51,6	50 980	37,0	12 987	9,4	2 716	2,0	384	0,3	1 888	1,4	15
55 474	43,3	57 517	44,8	12 753	9,9	2 514	2,0	294	0,2	1 822	1,4	16
7 047	38,7	8 836	48,6	1 816	10,0	498	2,7	44	0,2	384	2,1	17
62 521	42,7	66 353	45,3	14 569	9,9	3 012	2,1	338	0,2	2 206	1,5	18
84 102	50,8	62 950	38,0	15 066	9,1	3 468	2,1	351	0,2	2 206	1,3	19
7 840	47,5	6 628	40,2	1 493	9,1	532	3,2	38	0,2	433	2,6	20
91 942	50,5	69 578	38,2	16 559	9,1	4 000	2,2	389	0,2	2 639	1,4	21
50 159	42,6	56 325	47,9	8 925	7,6	2 234	1,9	197	0,2	1 417	1,2	22
4 421	37,9	5 948	51,0	904	7,8	385	3,3	19	0,2	317	2,7	23
54 580	42,2	62 273	48,2	9 829	7,6	2 619	2,0	216	0,2	1 734	1,3	24
53 987	39,2	66 979	48,6	14 007	10,2	2 918	2,1	190	0,1	2 189	1,6	25
6 058	35,9	8 510	50,5	1 742	10,3	550	3,3	22	0,1	472	2,8	26
60 045	38,8	75 489	48,8	15 749	10,2	3 468	2,2	212	0,1	2 661	1,7	27
940 825	43,1	990 294	45,4	213 166	9,8	37 269	1,7	3 633	0,2	27 202	1,2	28
107 786	39,9	127 922	47,4	26 755	9,9	7 543	2,8	506	0,2	6 298	2,3	29
1 048 611	42,8	1 118 216	45,6	239 921	9,8	44 812	1,8	4 139	0,2	33 500	1,4	30

Württemberg

52 435	39,3	51 698	38,7	26 052	19,5	3 288	2,5	255	0,2	2 583	1,9	31
9 513	34,4	11 872	43,0	5 225	18,9	1 012	3,7	59	0,2	880	3,2	32
61 948	38,5	63 570	39,5	31 277	19,4	4 300	2,7	314	0,2	3 463	2,1	33
65 775	45,2	55 082	37,8	21 809	15,0	2 957	2,0	384	0,3	2 068	1,4	34
9 054	41,1	8 778	39,8	3 459	15,7	742	3,4	66	0,3	609	2,8	35
74 829	44,6	63 860	38,1	25 268	15,1	3 699	2,2	450	0,3	2 677	1,6	36
56 639	36,9	69 927	45,6	23 842	15,6	2 915	1,9	136	0,1	2 402	1,6	37
6 916	36,4	8 165	43,0	3 261	17,2	659	3,5	21	0,1	603	3,2	38
63 555	36,9	78 092	45,3	27 103	15,7	3 574	2,1	157	0,1	3 005	1,7	39
46 344	40,0	51 192	44,2	16 026	13,8	2 291	2,0	153	0,1	1 877	1,6	40
5 637	36,3	6 949	44,7	2 337	15,0	617	4,0	46	0,3	531	3,4	41
51 981	39,6	58 141	44,2	18 363	14,0	2 908	2,2	199	0,2	2 408	1,8	42
44 733	37,1	55 970	46,5	17 452	14,5	2 339	1,9	114	0,1	1 866	1,5	43
4 945	35,3	6 263	44,7	2 301	16,4	491	3,5	20	0,1	410	2,9	44
49 678	36,9	62 233	46,3	19 753	14,7	2 830	2,1	134	0,1	2 276	1,7	45
49 194	39,5	57 108	45,9	16 126	13,0	2 008	1,6	145	0,1	1 576	1,3	46
5 268	36,1	6 813	46,6	2 100	14,4	424	2,9	19	0,1	376	2,6	47
54 462	39,2	63 921	46,0	18 226	13,1	2 432	1,7	164	0,1	1 952	1,4	48
54 244	38,8	60 685	43,4	22 194	15,9	2 845	2,0	150	0,1	2 283	1,6	49
6 138	37,3	7 010	42,5	2 765	16,8	562	3,4	21	0,1	498	3,0	50
60 382	38,6	67 695	43,3	24 959	16,0	3 407	2,2	171	0,1	2 781	1,8	51
54 026	39,7	58 426	42,9	20 969	15,4	2 795	2,1	147	0,1	2 180	1,6	52
6 924	37,8	7 828	42,7	2 969	16,2	620	3,4	20	0,1	530	2,9	53
60 950	39,4	66 254	42,9	23 938	15,5	3 415	2,2	167	0,1	2 710	1,8	54
47 432	39,7	51 975	43,5	17 530	14,7	2 412	2,0	127	0,1	1 882	1,6	55
4 473	39,5	4 667	41,2	1 748	15,4	434	3,8	23	0,2	385	3,4	56
51 905	39,7	56 642	43,3	19 278	14,8	2 846	2,2	150	0,1	2 267	1,7	57
65 650	41,1	71 065	44,5	19 946	12,5	3 194	2,0	144	0,1	2 551	1,6	58
7 242	37,9	8 588	44,9	2 613	13,7	673	3,5	33	0,2	584	3,1	59
72 892	40,7	79 653	44,5	22 559	12,6	3 867	2,2	177	0,1	3 135	1,8	60
46 207	35,9	62 925	48,9	16 936	13,2	2 495	1,9	111	0,1	2 000	1,6	61
4 339	35,6	5 521	45,3	1 806	14,8	511	4,2	20	0,2	455	3,7	62
50 546	35,9	68 446	48,6	18 742	13,3	3 006	2,1	131	0,1	2 455	1,7	63
40 723	36,7	55 200	49,7	12 939	11,6	2 231	2,0	129	0,1	1 790	1,6	64
3 994	33,5	5 876	49,2	1 613	13,5	449	3,8	19	0,2	393	3,3	65
44 717	36,3	61 076	49,6	14 552	11,8	2 680	2,2	148	0,1	2 183	1,8	66

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Wähler insgesamt		Zweitstimmen		
	Nr.	Name		Anzahl	%	ungültig		gültig
						Anzahl	%	Anzahl
Baden-								
1	174	Aalen - Heidenheim	a	158 201	90,1	1 983	1,3	156 218
2			b	17 339	9,9	100	0,6	17 239
3			c	175 540	100	2 083	1,2	173 457
4	175	Karlsruhe-Stadt	a	136 012	83,5	1 326	1,0	134 686
5			b	26 974	16,5	115	0,4	26 859
6			c	162 986	100	1 441	0,9	161 545
7	176	Karlsruhe-Land	a	164 035	90,0	3 174	1,9	160 861
8			b	18 179	10,0	98	0,5	18 081
9			c	182 214	100	3 272	1,8	178 942
10	177	Rastatt	a	172 935	88,0	2 859	1,7	170 076
11			b	23 525	12,0	103	0,4	23 422
12			c	196 460	100	2 962	1,5	193 498
13	178	Heidelberg	a	128 276	86,6	1 565	1,2	126 711
14			b	19 896	13,4	123	0,6	19 773
15			c	148 172	100	1 688	1,1	146 484
16	179	Mannheim I	a	104 058	85,8	1 083	1,0	102 975
17			b	17 273	14,2	75	0,4	17 198
18			c	121 331	100	1 158	1,0	120 173
19	180	Mannheim II	a	116 995	86,1	1 205	1,0	115 790
20			b	18 896	13,9	74	0,4	18 822
21			c	135 891	100	1 279	0,9	134 612
22	181	Odenwald - Tauber	a	146 132	90,5	2 035	1,4	144 097
23			b	15 358	9,5	69	0,4	15 289
24			c	161 490	100	2 104	1,3	159 386
25	182	Rhein-Neckar	a	124 739	90,8	1 702	1,4	123 037
26			b	12 705	9,2	70	0,6	12 635
27			c	137 444	100	1 772	1,3	135 672
28	183	Pforzheim	a	143 313	88,6	1 867	1,3	141 446
29			b	18 408	11,4	78	0,4	18 330
30			c	161 721	100	1 945	1,2	159 776
31	184	Calw	a	116 287	88,4	1 639	1,4	114 648
32			b	15 200	11,6	47	0,3	15 153
33			c	131 487	100	1 686	1,3	129 801
34	185	Freiburg	a	137 347	85,2	1 470	1,1	135 877
35			b	23 915	14,8	98	0,4	23 817
36			c	161 262	100	1 568	1,0	159 694
37	186	Lörrach - Müllheim	a	132 391	88,3	1 916	1,4	130 475
38			b	17 550	11,7	74	0,4	17 476
39			c	149 941	100	1 990	1,3	147 951
40	187	Emmendingen-Lahr	a	136 961	90,1	2 596	1,9	134 365
41			b	15 091	9,9	76	0,5	15 015
42			c	152 052	100	2 672	1,8	149 380
43	188	Offenburg	a	125 968	89,5	2 311	1,8	123 657
44			b	14 764	10,5	55	0,4	14 709
45			c	140 732	100	2 366	1,7	138 366
46	189	Rottweil	a	130 483	89,1	1 972	1,5	128 511
47			b	15 969	10,9	81	0,5	15 888
48			c	146 452	100	2 053	1,4	144 399
49	190	Schwarzwald-Baar	a	102 298	88,0	1 324	1,3	100 974
50			b	13 946	12,0	69	0,5	13 877
51			c	116 244	100	1 393	1,2	114 851
52	191	Konstanz	a	114 490	85,3	1 423	1,2	113 067
53			b	19 784	14,7	116	0,6	19 668
54			c	134 274	100	1 539	1,1	132 735
55	192	Waldshut	a	88 766	87,1	1 221	1,4	87 545
56			b	13 090	12,9	52	0,4	13 038
57			c	101 856	100	1 273	1,2	100 583
58	193	Reutlingen	a	126 185	89,8	1 337	1,1	124 848
59			b	14 374	10,2	51	0,4	14 323
60			c	140 559	100	1 388	1,0	139 171
61	194	Tübingen	a	106 387	89,2	1 112	1,0	105 275
62			b	12 874	10,8	48	0,4	12 826
63			c	119 261	100	1 160	1,0	118 101
64	195	Ulm	a	138 654	88,8	2 025	1,5	136 629
65			b	17 407	11,2	79	0,5	17 328
66			c	156 061	100	2 104	1,3	153 957
67	196	Biberach	a	143 012	88,7	2 004	1,4	141 008
68			b	18 157	11,3	54	0,3	18 103
69			c	161 169	100	2 058	1,3	159 111

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschließlich Briefwahl.

2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1980

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU ²⁾		F.D.P.		Sonstige		darunter				
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	DKP		GRÜNE		
								Anzahl	%	Anzahl	%	
Württemberg												
60 361	38,6	79 264	50,7	13 932	8,9	2 661	1,7	196	0,1	2 146	1,4	1
6 272	36,4	8 206	47,6	2 072	12,0	689	4,0	40	0,2	611	3,5	2
66 633	38,4	87 470	50,4	16 004	9,2	3 350	1,9	236	0,1	2 757	1,6	3
56 788	42,2	56 758	42,1	18 439	13,7	2 701	2,0	237	0,2	2 021	1,5	4
9 621	35,8	12 895	48,0	3 552	13,2	791	2,9	65	0,2	622	2,3	5
66 409	41,1	69 653	43,1	21 991	13,6	3 492	2,2	302	0,2	2 643	1,6	6
61 375	38,2	83 372	51,8	13 421	8,3	2 693	1,7	249	0,2	1 944	1,2	7
6 251	34,6	9 669	53,5	1 697	9,4	464	2,6	19	0,1	380	2,1	8
67 626	37,8	93 041	52,0	15 118	8,4	3 157	1,8	268	0,1	2 324	1,3	9
60 807	35,8	90 782	53,4	15 601	9,2	2 886	1,7	187	0,1	2 346	1,4	10
7 780	33,2	12 439	53,1	2 518	10,8	685	2,9	50	0,2	578	2,5	11
68 587	35,4	103 221	53,3	18 119	9,4	3 571	1,8	237	0,1	2 924	1,5	12
55 545	43,8	53 272	42,0	14 621	11,5	3 273	2,6	187	0,1	2 680	2,1	13
7 779	39,3	8 738	44,2	2 464	12,5	792	4,0	39	0,2	686	3,5	14
63 324	43,2	62 010	42,3	17 085	11,7	4 065	2,8	226	0,2	3 366	2,3	15
55 429	53,8	36 161	35,1	9 204	8,9	2 181	2,1	528	0,5	1 240	1,2	16
7 656	44,5	7 528	43,8	1 542	9,0	472	2,7	91	0,5	325	1,9	17
63 085	52,5	43 689	36,4	10 746	8,9	2 653	2,2	619	0,5	1 565	1,3	18
52 299	45,2	47 373	40,9	13 784	11,9	2 334	2,0	217	0,2	1 686	1,5	19
7 566	40,2	8 366	44,4	2 355	12,5	535	2,8	38	0,2	432	2,3	20
59 865	44,5	55 739	41,4	16 139	12,0	2 869	2,1	255	0,2	2 118	1,6	21
46 140	32,0	83 892	58,2	11 671	8,1	2 394	1,7	104	0,1	1 975	1,4	22
4 949	32,4	8 344	54,6	1 426	9,3	570	3,7	10	0,1	522	3,4	23
51 089	32,1	92 236	57,9	13 097	8,2	2 964	1,9	114	0,1	2 497	1,6	24
47 698	38,8	60 267	49,0	12 801	10,4	2 271	1,8	107	0,1	1 763	1,4	25
4 602	36,4	6 135	48,6	1 504	11,9	394	3,1	12	0,1	353	2,8	26
52 300	38,5	66 402	48,9	14 305	10,5	2 665	2,0	119	0,1	2 116	1,6	27
58 831	41,6	62 115	43,9	17 656	12,5	2 844	2,0	150	0,1	2 310	1,6	28
6 720	36,7	8 583	46,8	2 435	13,3	592	3,2	28	0,2	509	2,8	29
65 551	41,0	70 698	44,2	20 091	12,6	3 436	2,2	178	0,1	2 819	1,8	30
38 413	33,5	60 712	53,0	13 215	11,5	2 308	2,0	121	0,1	1 906	1,7	31
5 060	33,4	7 429	49,0	2 141	14,1	523	3,5	8	0,1	471	3,1	32
43 473	33,5	68 141	52,5	15 356	11,8	2 831	2,2	129	0,1	2 377	1,8	33
54 850	40,4	56 966	41,9	19 321	14,2	4 740	3,5	282	0,2	4 125	3,0	34
8 646	36,3	10 182	42,8	3 658	15,4	1 331	5,6	54	0,2	1 212	5,1	35
63 496	39,8	67 148	42,0	22 979	14,4	6 071	3,8	336	0,2	5 337	3,3	36
54 481	41,8	56 332	43,2	15 931	12,2	3 731	2,9	204	0,2	3 120	2,4	37
6 607	37,8	7 856	45,0	2 309	13,2	704	4,0	29	0,2	634	3,6	38
61 088	41,3	64 188	43,4	18 240	12,3	4 435	3,0	233	0,2	3 754	2,5	39
51 962	38,7	65 265	48,6	13 753	10,2	3 385	2,5	203	0,2	2 924	2,2	40
5 343	35,6	7 250	48,3	1 831	12,2	591	3,9	34	0,2	516	3,4	41
57 305	38,4	72 515	48,5	15 584	10,4	3 976	2,7	237	0,2	3 440	2,3	42
44 040	35,6	66 858	54,1	10 463	8,5	2 296	1,9	117	0,1	1 875	1,5	43
5 059	34,4	7 657	52,1	1 492	10,1	501	3,4	17	0,1	441	3,0	44
49 099	35,5	74 515	53,9	11 955	8,6	2 797	2,0	134	0,1	2 316	1,7	45
41 700	32,4	72 654	56,5	11 903	9,3	2 254	1,8	161	0,1	1 654	1,3	46
4 948	31,1	8 635	54,3	1 752	11,0	553	3,5	22	0,1	484	3,0	47
46 648	32,3	81 289	56,3	13 655	9,5	2 807	1,9	183	0,1	2 138	1,5	48
36 015	35,7	51 848	51,3	10 847	10,7	2 264	2,2	81	0,1	1 726	1,7	49
4 677	33,7	6 990	50,4	1 675	12,1	535	3,9	19	0,1	458	3,3	50
40 692	35,4	58 838	51,2	12 522	10,9	2 799	2,4	100	0,1	2 184	1,9	51
39 973	35,4	58 053	51,3	12 625	11,2	2 416	2,1	157	0,1	1 966	1,7	52
6 474	32,9	9 965	50,7	2 486	12,6	743	3,8	46	0,2	650	3,3	53
46 447	35,0	68 018	51,2	15 111	11,4	3 159	2,4	203	0,2	2 616	2,0	54
29 183	33,3	47 034	53,7	9 229	10,5	2 099	2,4	96	0,1	1 816	2,1	55
4 056	31,1	6 907	53,0	1 577	12,1	498	3,8	13	0,1	457	3,5	56
33 239	33,0	53 941	53,6	10 806	10,7	2 597	2,6	109	0,1	2 273	2,3	57
43 953	35,2	62 292	49,9	16 363	13,1	2 240	1,8	200	0,2	1 716	1,4	58
5 007	35,0	6 754	47,2	2 135	14,9	427	3,0	37	0,3	351	2,5	59
48 960	35,2	69 046	49,6	18 498	13,3	2 667	1,9	237	0,2	2 067	1,5	60
37 233	35,4	52 709	50,1	12 658	12,0	2 675	2,5	187	0,2	2 237	2,1	61
4 576	35,7	5 681	44,3	1 933	15,1	636	5,0	47	0,4	564	4,4	62
41 809	35,4	58 390	49,4	14 591	12,4	3 311	2,8	234	0,2	2 801	2,4	63
47 813	35,0	71 930	52,6	14 008	10,3	2 878	2,1	198	0,1	2 143	1,6	64
5 855	33,8	8 644	49,9	2 206	12,7	623	3,6	34	0,2	530	3,1	65
53 668	34,9	80 574	52,3	16 214	10,5	3 501	2,3	232	0,2	2 673	1,7	66
30 053	21,3	98 432	69,8	9 771	6,9	2 752	2,0	84	0,1	2 415	1,7	67
4 540	25,1	11 150	61,6	1 724	9,5	689	3,8	14	0,1	624	3,4	68
34 593	21,7	109 582	68,9	11 495	7,2	3 441	2,2	98	0,1	3 039	1,9	69

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Wähler insgesamt		Zweitstimmen		
	Nr.	Name		Anzahl	%	ungültig		gültig
						Anzahl	%	Anzahl
Baden-								
1	197	Ravensburg - Bodensee	a	145 790	86,0	1 692	1,2	144 098
2			b	23 736	14,0	83	0,3	23 653
3			c	169 526	100	1 775	1,0	167 751
4	198	Zollernalb - Sigmaringen	a	131 869	90,4	1 602	1,2	130 267
5			b	14 001	9,6	34	0,2	13 967
6			c	145 870	100	1 636	1,1	144 234
7	162	Land insgesamt ...	a	4 876 786	88,4	61 399	1,3	4 815 387
8			b	641 276	11,6	2 623	0,4	638 653
9	198		c	5 518 062	100	64 022	1,2	5 454 040
Bay								
10	199	Altötting	a	153 988	86,1	1 397	0,9	152 591
11			b	24 903	13,9	94	0,4	24 809
12			c	178 891	100	1 491	0,8	177 400
13	200	Freising	a	155 759	89,0	1 765	1,1	153 994
14			b	19 194	11,0	121	0,6	19 073
15			c	174 953	100	1 886	1,1	173 067
16	201	Fürstenfeldbruck	a	146 357	87,5	1 136	0,8	145 221
17			b	20 885	12,5	139	0,7	20 746
18			c	167 242	100	1 275	0,8	165 967
19	202	Ingolstadt	a	145 782	88,7	1 573	1,1	144 209
20			b	18 547	11,3	77	0,4	18 470
21			c	164 329	100	1 650	1,0	162 679
22	203	München-Mitte	a	81 503	78,7	747	0,9	80 756
23			b	22 106	21,3	59	0,3	22 047
24			c	103 609	100	806	0,8	102 803
25	204	München-Nord	a	117 579	82,3	950	0,8	116 629
26			b	25 310	17,7	63	0,2	25 247
27			c	142 889	100	1 013	0,7	141 876
28	205	München-Ost	a	123 304	81,4	964	0,8	122 340
29			b	28 132	18,6	71	0,3	28 061
30			c	151 436	100	1 035	0,7	150 401
31	206	München-Süd	a	123 723	81,1	902	0,7	122 821
32			b	28 925	18,9	132	0,5	28 793
33			c	152 648	100	1 034	0,7	151 614
34	207	München-West	a	111 335	81,5	935	0,8	110 400
35			b	25 249	18,5	89	0,4	25 160
36			c	136 584	100	1 024	0,7	135 560
37	208	München-Land	a	119 191	81,8	724	0,6	118 467
38			b	26 574	18,2	105	0,4	26 469
39			c	145 765	100	829	0,6	144 936
40	209	Rosenheim	a	125 062	86,4	1 147	0,9	123 915
41			b	19 652	13,6	104	0,5	19 548
42			c	144 714	100	1 251	0,9	143 463
43	210	Starnberg	a	148 999	81,6	1 289	0,9	147 710
44			b	33 533	18,4	129	0,4	33 404
45			c	182 532	100	1 418	0,8	181 114
46	211	Traunstein	a	127 317	83,6	1 377	1,1	125 940
47			b	25 042	16,4	113	0,5	24 929
48			c	152 359	100	1 490	1,0	150 869
49	212	Weilheim	a	144 000	85,5	1 628	1,1	142 372
50			b	24 454	14,5	294	1,2	24 160
51			c	168 454	100	1 922	1,1	166 532
52	213	Deggendorf	a	93 730	88,1	1 300	1,4	92 430
53			b	12 673	11,9	103	0,8	12 570
54			c	106 403	100	1 403	1,3	105 000
55	214	Landshut	a	143 800	88,3	2 169	1,5	141 631
56			b	18 965	11,7	91	0,5	18 874
57			c	162 765	100	2 260	1,4	160 505
58	215	Passau	a	110 483	86,1	1 422	1,3	109 061
59			b	17 815	13,9	90	0,5	17 725
60			c	128 298	100	1 512	1,2	126 786
61	216	Rottal-Inn	a	100 635	87,8	1 478	1,5	99 157
62			b	14 033	12,2	69	0,5	13 964
63			c	114 668	100	1 547	1,3	113 121
64	217	Straubing	a	109 166	88,6	1 813	1,7	107 353
65			b	13 992	11,4	43	0,3	13 949
66			c	123 158	100	1 856	1,5	121 302

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschließlich Briefwahl.

2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1980

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU ²⁾		F.D.P.		Sonstige		darunter				
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	DKP		GRÜNE		
								Anzahl	%	Anzahl	%	
Württemberg												
40 587	28,2	84 740	58,8	15 657	10,9	3 114	2,2	125	0,1	2 645	1,8	1
6 757	28,6	12 698	53,7	3 223	13,6	975	4,1	28	0,1	893	3,8	2
47 344	28,2	97 438	58,1	18 880	11,3	4 089	2,4	153	0,1	3 538	2,1	3
36 727	28,2	80 682	61,9	10 805	8,3	2 053	1,6	83	0,1	1 689	1,3	4
4 011	28,7	8 037	57,5	1 478	10,6	441	3,2	17	0,1	391	2,8	5
40 738	28,2	88 719	61,5	12 283	8,5	2 494	1,7	100	0,1	2 080	1,4	6
1 805 658	37,5	2 341 016	48,6	569 500	11,8	99 213	2,1	6 456	0,1	79 126	1,6	7
225 255	35,3	305 068	47,8	85 382	13,4	22 948	3,6	1 178	0,2	19 948	3,1	8
2 030 913	37,2	2 646 084	48,5	654 882	12,0	122 161	2,2	7 634	0,1	99 074	1,8	9
ern												
39 633	26,0	99 286	65,1	11 197	7,3	2 475	1,6	108	0,1	1 891	1,2	10
6 502	26,2	15 662	63,1	2 116	8,5	529	2,1	17	0,1	419	1,7	11
46 135	26,0	114 948	64,8	13 313	7,5	3 004	1,7	125	0,1	2 310	1,3	12
40 774	26,5	100 351	65,2	10 046	6,5	2 823	1,8	105	0,1	2 271	1,5	13
5 125	26,9	12 026	63,1	1 478	7,7	444	2,3	13	0,1	368	1,9	14
45 899	26,5	112 377	64,9	11 524	6,7	3 267	1,9	118	0,1	2 639	1,5	15
46 422	32,0	80 489	55,4	16 063	11,1	2 247	1,5	120	0,1	1 628	1,1	16
6 524	31,4	10 961	52,8	2 778	13,4	483	2,3	20	0,1	394	1,9	17
52 946	31,9	91 450	55,1	18 841	11,4	2 730	1,6	140	0,1	2 022	1,2	18
43 034	29,8	91 942	63,8	7 550	5,2	1 683	1,2	223	0,2	1 052	0,7	19
5 184	28,1	11 700	63,3	1 241	6,7	345	1,9	23	0,1	235	1,3	20
48 218	29,6	103 642	63,7	8 791	5,4	2 028	1,2	246	0,2	1 287	0,8	21
35 621	44,1	32 241	39,9	10 354	12,8	2 540	3,1	289	0,4	1 767	2,2	22
7 804	35,4	10 325	46,8	3 149	14,3	769	3,5	69	0,3	571	2,6	23
43 425	42,2	42 566	41,4	13 503	13,1	3 309	3,2	358	0,3	2 338	2,3	24
52 384	44,9	47 636	40,8	14 095	12,1	2 514	2,2	274	0,2	1 629	1,4	25
9 586	38,0	11 267	44,6	3 705	14,7	689	2,7	58	0,2	485	1,9	26
61 970	43,7	58 903	41,5	17 800	12,5	3 203	2,3	332	0,2	2 114	1,5	27
51 001	41,7	52 764	43,1	15 951	13,0	2 624	2,1	271	0,2	1 708	1,4	28
9 792	34,9	13 630	48,6	3 957	14,1	682	2,4	46	0,2	504	1,8	29
60 793	40,4	66 394	44,1	19 908	13,2	3 306	2,2	317	0,2	2 212	1,5	30
49 899	40,6	52 475	42,7	17 821	14,5	2 626	2,1	277	0,2	1 728	1,4	31
10 050	34,9	13 840	48,1	4 208	14,6	695	2,4	66	0,2	484	1,7	32
59 949	39,5	66 315	43,7	22 029	14,5	3 321	2,2	343	0,2	2 212	1,5	33
44 337	40,2	49 347	44,7	14 355	13,0	2 361	2,1	201	0,2	1 598	1,4	34
8 486	33,7	12 630	50,2	3 401	13,5	643	2,6	58	0,2	448	1,8	35
52 823	39,0	61 977	45,7	17 756	13,1	3 004	2,2	259	0,2	2 046	1,5	36
39 363	33,2	57 779	48,8	19 085	16,1	2 240	1,9	104	0,1	1 664	1,4	37
7 772	29,4	13 626	51,5	4 427	16,7	644	2,4	32	0,1	492	1,9	38
47 135	32,5	71 405	49,3	23 512	16,2	2 884	2,0	136	0,1	2 156	1,5	39
33 837	27,3	79 189	63,9	8 900	7,2	1 989	1,6	101	0,1	1 426	1,2	40
4 900	25,1	12 495	63,9	1 718	8,8	435	2,2	18	0,1	341	1,7	41
38 737	27,0	91 684	63,9	10 618	7,4	2 424	1,7	119	0,1	1 767	1,2	42
40 375	27,3	87 683	59,4	17 194	11,6	2 458	1,7	142	0,1	1 774	1,2	43
7 849	23,5	20 261	60,7	4 537	13,6	757	2,3	36	0,1	563	1,7	44
48 224	26,6	107 944	59,6	21 731	12,0	3 215	1,8	178	0,1	2 337	1,3	45
31 623	25,1	83 416	66,2	8 596	6,8	2 305	1,8	135	0,1	1 623	1,3	46
6 230	25,0	15 954	64,0	2 119	8,5	626	2,5	26	0,1	461	1,8	47
37 853	25,1	99 370	65,9	10 715	7,1	2 931	1,9	161	0,1	2 084	1,4	48
37 461	26,3	92 176	64,7	10 677	7,5	2 058	1,4	118	0,1	1 421	1,0	49
6 102	25,3	15 396	63,7	2 170	9,0	492	2,0	21	0,1	366	1,5	50
43 563	26,2	107 572	64,6	12 847	7,7	2 550	1,5	139	0,1	1 787	1,1	51
23 153	25,0	65 044	70,4	2 980	3,2	1 253	1,4	59	0,1	921	1,0	52
2 981	23,7	8 737	69,5	584	4,6	268	2,1	4	0,0	233	1,9	53
26 134	24,9	73 781	70,3	3 564	3,4	1 521	1,4	63	0,1	1 154	1,1	54
38 522	27,2	92 651	65,4	8 072	5,7	2 386	1,7	146	0,1	1 685	1,2	55
5 014	26,6	12 162	64,4	1 217	6,4	481	2,5	25	0,1	371	2,0	56
43 536	27,1	104 813	65,3	9 289	5,8	2 867	1,8	171	0,1	2 056	1,3	57
31 838	29,2	71 183	65,3	4 188	3,8	1 852	1,7	65	0,1	1 493	1,4	58
4 445	25,1	12 020	67,8	825	4,7	435	2,5	12	0,1	371	2,1	59
36 283	28,6	83 203	65,6	5 013	4,0	2 287	1,8	77	0,1	1 864	1,5	60
23 416	23,6	70 069	70,7	4 238	4,3	1 434	1,4	72	0,1	1 028	1,0	61
3 361	24,1	9 649	69,1	680	4,9	274	2,0	10	0,1	209	1,5	62
26 777	23,7	79 718	70,5	4 918	4,3	1 708	1,5	82	0,1	1 237	1,1	63
28 444	26,5	73 105	68,1	4 207	3,9	1 597	1,5	129	0,1	1 083	1,0	64
3 361	24,1	9 595	68,8	689	4,9	304	2,2	17	0,1	226	1,6	65
31 805	26,2	82 700	68,2	4 896	4,0	1 901	1,6	146	0,1	1 309	1,1	66

Lfd. Nr.	Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Wähler insgesamt		Zweitstimmen		
	Nr.	Name				ungültig		gültig
				Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Bay								
1	218	Amberg	a	140 740	89,8	1 582	1,1	139 158
2			b	15 994	10,2	116	0,7	15 878
3			c	156 734	100	1 698	1,1	155 036
4	219	Regensburg	a	144 251	86,1	1 816	1,3	142 435
5			b	23 382	13,9	98	0,4	23 284
6			c	167 633	100	1 914	1,1	165 719
7	220	Schwandorf	a	144 550	89,1	2 804	1,9	141 746
8			b	17 744	10,9	133	0,7	17 611
9			c	162 294	100	2 937	1,8	159 357
10	221	Weiden	a	128 424	87,7	1 783	1,4	126 641
11			b	18 048	12,3	174	1,0	17 874
12			c	146 472	100	1 957	1,3	144 515
13	222	Bamberg	a	147 613	89,1	1 522	1,0	146 091
14			b	17 979	10,9	93	0,5	17 886
15			c	165 592	100	1 615	1,0	163 977
16	223	Bayreuth	a	97 512	88,0	917	0,9	96 595
17			b	13 280	12,0	54	0,4	13 226
18			c	110 792	100	971	0,9	109 821
19	224	Coburg	a	128 182	90,0	1 189	0,9	126 993
20			b	14 208	10,0	58	0,4	14 150
21			c	142 390	100	1 247	0,9	141 143
22	225	Hof	a	156 100	87,7	1 745	1,1	154 355
23			b	21 881	12,3	95	0,4	21 786
24			c	177 981	100	1 840	1,0	176 141
25	226	Kulmbach	a	103 373	89,6	1 169	1,1	102 204
26			b	12 042	10,4	35	0,3	12 007
27			c	115 415	100	1 204	1,0	114 211
28	227	Ansbach	a	110 013	88,0	1 341	1,2	108 672
29			b	15 002	12,0	55	0,4	14 947
30			c	125 015	100	1 396	1,1	123 619
31	228	Erlangen	a	173 065	86,4	1 590	0,9	171 475
32			b	27 260	13,6	125	0,5	27 135
33			c	200 325	100	1 715	0,9	198 610
34	229	Fürth	a	170 955	88,2	1 731	1,0	169 224
35			b	22 896	11,8	85	0,4	22 811
36			c	193 851	100	1 816	0,9	192 035
37	230	Nürnberg-Nord	a	125 452	82,3	997	0,8	124 455
38			b	26 911	17,7	94	0,3	26 817
39			c	152 363	100	1 091	0,7	151 272
40	231	Nürnberg-Süd	a	129 788	86,0	1 053	0,8	128 735
41			b	21 140	14,0	66	0,3	21 074
42			c	150 928	100	1 119	0,7	149 809
43	232	Roth	a	126 659	88,1	1 563	1,2	125 096
44			b	17 061	11,9	63	0,4	16 998
45			c	143 720	100	1 626	1,1	142 094
46	233	Aschaffenburg	a	118 987	88,1	1 585	1,3	117 402
47			b	16 067	11,9	102	0,6	15 965
48			c	135 054	100	1 687	1,2	133 367
49	234	Bad Kissingen	a	152 037	87,3	1 582	1,0	150 455
50			b	22 118	12,7	101	0,5	22 017
51			c	174 155	100	1 683	1,0	172 472
52	235	Main-Spessart	a	131 954	87,1	1 560	1,2	130 394
53			b	19 540	12,9	129	0,7	19 411
54			c	151 494	100	1 689	1,1	149 805
55	236	Schweinfurt	a	137 738	87,3	1 490	1,1	136 248
56			b	20 055	12,7	108	0,5	19 947
57			c	157 793	100	1 598	1,0	156 195
58	237	Würzburg	a	137 496	81,8	1 381	1,0	136 115
59			b	30 558	18,2	138	0,5	30 420
60			c	168 054	100	1 519	0,9	166 535

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschließlich Briefwahl.

2) CSU nur in Bayern.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1980

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU ²⁾		F.D.P.		Sonstige		darunter				
								DKP		GRÜNE		
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
ern												
41 361	29,7	88 507	63,6	7 219	5,2	2 071	1,5	133	0,1	1 355	1,0	1
4 220	26,6	10 172	64,1	1 122	7,1	364	2,3	17	0,1	279	1,8	2
45 581	29,4	98 679	63,6	8 341	5,4	2 435	1,6	150	0,1	1 634	1,1	3
43 761	30,7	88 763	62,3	7 907	5,6	2 004	1,4	148	0,1	1 443	1,0	4
6 537	28,1	14 687	63,1	1 570	6,7	490	2,1	35	0,2	370	1,6	5
50 298	30,4	103 450	62,4	9 477	5,7	2 494	1,5	183	0,1	1 813	1,1	6
41 532	29,3	93 392	65,9	4 995	3,5	1 827	1,3	165	0,1	1 165	0,8	7
4 890	27,8	11 482	65,2	898	5,1	341	1,9	12	0,1	272	1,5	8
46 422	29,1	104 874	65,8	5 893	3,7	2 168	1,4	177	0,1	1 437	0,9	9
44 393	35,1	75 588	59,7	5 275	4,2	1 385	1,1	96	0,1	952	0,8	10
5 965	33,4	10 613	59,4	1 014	5,7	282	1,6	7	0,0	227	1,3	11
50 358	34,8	86 201	59,6	6 289	4,4	1 667	1,2	103	0,1	1 179	0,8	12
41 819	28,6	93 819	64,2	8 344	5,7	2 109	1,4	151	0,1	1 454	1,0	13
4 849	27,1	11 183	62,5	1 423	8,0	431	2,4	13	0,1	358	2,0	14
46 668	28,5	105 002	64,0	9 767	6,0	2 540	1,5	164	0,1	1 812	1,1	15
37 511	38,8	51 720	53,5	6 020	6,2	1 344	1,4	130	0,1	872	0,9	16
4 479	33,9	7 324	55,4	1 089	8,2	334	2,5	22	0,2	266	2,0	17
41 990	38,2	59 044	53,8	7 109	6,5	1 678	1,5	152	0,1	1 138	1,0	18
58 021	45,7	60 683	47,8	6 835	5,4	1 454	1,1	109	0,1	989	0,8	19
5 512	39,0	7 085	50,1	1 208	8,5	345	2,4	8	0,1	259	1,8	20
63 533	45,0	67 768	48,0	8 043	5,7	1 799	1,3	117	0,1	1 248	0,9	21
74 878	48,5	68 477	44,4	8 545	5,5	2 455	1,6	188	0,1	1 716	1,1	22
8 795	40,4	10 907	50,1	1 524	7,0	560	2,6	16	0,1	463	2,1	23
83 673	47,5	79 384	45,1	10 069	5,7	3 015	1,7	204	0,1	2 179	1,2	24
36 316	35,5	60 370	59,1	4 353	4,3	1 165	1,1	67	0,1	791	0,8	25
3 778	31,5	7 216	60,1	745	6,2	268	2,2	13	0,1	205	1,7	26
40 094	35,1	67 586	59,2	5 098	4,5	1 433	1,3	80	0,1	996	0,9	27
32 374	29,8	65 312	60,1	8 929	8,2	2 057	1,8	117	0,1	1 512	1,4	28
4 591	30,7	8 399	56,2	1 498	10,0	459	3,1	15	0,1	382	2,6	29
36 965	29,9	73 711	59,6	10 427	8,4	2 516	2,0	132	0,1	1 894	1,5	30
68 074	39,7	80 960	47,2	19 047	11,1	3 394	2,0	199	0,1	2 435	1,4	31
9 471	34,9	13 131	48,4	3 748	13,8	785	2,9	28	0,1	644	2,4	32
77 545	39,0	94 091	47,4	22 795	11,5	4 179	2,1	227	0,1	3 079	1,6	33
67 353	39,8	83 814	49,5	14 564	8,6	3 493	2,1	302	0,2	2 327	1,4	34
8 447	37,0	11 472	50,3	2 294	10,1	598	2,6	26	0,1	450	2,0	35
75 800	39,5	95 286	49,6	16 858	8,8	4 091	2,1	328	0,2	2 777	1,4	36
55 360	44,5	52 282	42,0	13 314	10,7	3 499	2,8	425	0,3	2 316	1,9	37
9 682	36,1	13 105	48,9	3 179	11,9	851	3,2	80	0,3	604	2,3	38
65 042	43,0	65 387	43,2	16 493	10,9	4 350	2,9	505	0,3	2 920	1,9	39
62 920	48,9	51 066	39,7	11 715	9,1	3 034	2,4	370	0,3	1 841	1,4	40
9 220	43,8	9 363	44,4	1 899	9,0	592	2,8	54	0,3	401	1,9	41
72 140	48,2	60 429	40,3	13 614	9,1	3 626	2,4	424	0,3	2 242	1,5	42
42 936	34,3	70 647	56,5	9 257	7,4	2 256	1,8	160	0,1	1 632	1,3	43
5 641	33,2	9 360	55,1	1 576	9,3	421	2,5	22	0,1	327	1,9	44
48 577	34,2	80 007	56,3	10 833	7,6	2 677	1,9	182	0,1	1 959	1,4	45
42 902	36,5	64 922	55,3	7 363	6,3	2 215	1,9	84	0,1	1 699	1,4	46
5 185	32,5	9 108	57,0	1 132	7,1	540	3,4	15	0,1	475	3,0	47
48 087	36,1	74 030	55,5	8 495	6,4	2 755	2,1	99	0,1	2 174	1,6	48
37 516	24,9	102 537	68,2	8 412	5,6	1 990	1,3	98	0,1	1 457	1,0	49
5 595	25,4	14 272	64,8	1 631	7,4	519	2,4	19	0,1	445	2,0	50
43 111	25,0	116 809	67,7	10 043	5,8	2 509	1,5	117	0,1	1 902	1,1	51
41 930	32,2	78 966	60,6	7 426	5,7	2 072	1,6	142	0,1	1 564	1,2	52
5 783	29,8	11 860	61,1	1 246	6,4	522	2,7	14	0,1	459	2,4	53
47 713	31,9	90 826	60,6	8 672	5,8	2 594	1,7	156	0,1	2 023	1,4	54
44 969	33,0	80 249	58,9	8 472	6,2	2 558	1,9	112	0,1	1 782	1,3	55
6 454	32,4	11 474	57,5	1 502	7,5	517	2,6	15	0,1	406	2,0	56
51 423	32,9	91 723	58,7	9 974	6,4	3 075	2,0	127	0,1	2 188	1,4	57
48 376	35,5	73 590	54,1	11 514	8,5	2 635	1,9	143	0,1	1 971	1,4	58
9 426	31,0	17 376	57,1	2 802	9,2	816	2,7	60	0,2	635	2,1	59
57 802	34,7	90 966	54,6	14 316	8,6	3 451	2,1	203	0,1	2 606	1,6	60

19 Stimmabgabe der Wähler ohne Briefwähler,
nach Wahl

		Wahlkreis		Gegenstand der Nachweisung ¹⁾	Wähler insgesamt		Zweitstimmen		
Lfd. Nr.	Nr.	Name	Anzahl		%	ungültig		gültig	
						Anzahl	%	Anzahl	
Bay									
1	238	Augsburg-Stadt	a	130 823	87,1	1 188	0,9	129 635	
2			b	19 300	12,9	76	0,4	19 224	
3			c	150 123	100	1 264	0,8	148 859	
4	239	Augsburg-Land	a	157 342	89,3	1 496	1,0	155 846	
5			b	18 919	10,7	85	0,4	18 834	
6			c	176 261	100	1 581	0,9	174 680	
7	240	Donau-Ries	a	111 361	88,9	1 351	1,2	110 010	
8			b	13 891	11,1	115	0,8	13 776	
9			c	125 252	100	1 466	1,2	123 786	
10	241	Neu-Ulm	a	132 028	88,7	1 464	1,1	130 564	
11			b	16 815	11,3	89	0,5	16 726	
12			c	148 843	100	1 553	1,0	147 290	
13	242	Oberallgäu	a	134 000	83,3	1 414	1,1	132 586	
14			b	26 959	16,7	188	0,7	26 771	
15			c	160 959	100	1 602	1,0	159 357	
16	243	Ostallgäu	a	171 138	88,4	1 841	1,1	169 297	
17			b	22 452	11,6	84	0,4	22 368	
18			c	193 590	100	1 925	1,0	191 665	
19	199	Land insgesamt ...	a	5 923 294	86,4	63 870	1,1	5 859 424	
20	-		b	931 486	13,6	4 545	0,5	926 941	
21	243		c	6 854 780	100	68 415	1,0	6 786 365	
Saar									
22	244	Saarbrücken I	a	116 130	83,7	1 673	1,4	114 457	
23			b	22 662	16,3	137	0,6	22 525	
24			c	138 792	100	1 810	1,3	136 982	
25	245	Saarbrücken II	a	132 278	87,2	2 088	1,6	130 190	
26			b	19 374	12,8	170	0,9	19 204	
27			c	151 652	100	2 258	1,5	149 394	
28	246	Saarlouis	a	135 474	89,2	2 074	1,5	133 400	
29			b	16 416	10,8	110	0,7	16 306	
30			c	151 890	100	2 184	1,4	149 706	
31	247	Sankt Wendel	a	137 128	89,4	1 901 ³⁾	1,4	135 147 ³⁾	
32			b	16 288	10,6	112 ³⁾	0,7	16 176 ³⁾	
33			c	153 416	100	2 013 ³⁾	1,3	151 323 ³⁾	
34	248	Homburg	a	136 528	87,4	2 124	1,6	134 404	
35			b	19 747	12,6	134	0,7	19 613	
36			c	156 275	100	2 258	1,4	154 017	
37	244	Land insgesamt ...	a	657 538	87,4	9 860	1,5	647 598	
38	-		b	94 487	12,6	663	0,7	93 824	
39	248		c	752 025	100	10 523	1,4	741 422	
Bundesgebiet									
40	1	Insgesamt ...	a	33 300 234	87,0	331 541 ³⁾	1,0	32 968 613 ³⁾	
41	-		b	4 991 942	13,0	21 574 ³⁾	0,4	4 970 368 ³⁾	
42	248		c	38 292 176	100	353 115 ³⁾	0,9	37 938 981 ³⁾	

1) a = ohne Briefwahl, b = Briefwahl, c = einschließlich Briefwahl.
2) CSU nur in Bayern.

3) Summe der ungültigen und gültigen Zweitstimmen liegt wegen nicht aufklärbarer Unstimmigkeiten bei eingesetzten Stimmzählgeräten um 80 niedriger als die Zahl der Wähler insgesamt.

der Briefwähler und der Wähler insgesamt
kreisen 1980

Gültige Zweitstimmen für												Lfd. Nr.
SPD		CDU, CSU ²⁾		F.D.P.		Sonstige		darunter				
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	DKP		GRÜNE		
								Anzahl	%	Anzahl	%	
ern												
52 775	40,7	63 936	49,3	10 171	7,8	2 753	2,1	155	0,1	1 855	1,4	1
6 146	32,0	10 948	56,9	1 645	8,6	485	2,5	33	0,2	359	1,9	2
58 921	39,6	74 884	50,3	11 816	7,9	3 238	2,2	188	0,1	2 214	1,5	3
41 210	26,4	102 078	65,5	10 010	6,4	2 548	1,6	114	0,1	1 932	1,2	4
5 136	27,3	11 769	62,5	1 448	7,7	481	2,6	10	0,1	400	2,1	5
46 346	26,5	113 847	65,2	11 458	6,6	3 029	1,7	124	0,1	2 332	1,3	6
29 983	27,3	72 477	65,9	6 019	5,5	1 531	1,4	56	0,1	1 172	1,1	7
3 736	27,1	8 714	63,3	968	7,0	358	2,6	10	0,1	302	2,2	8
33 719	27,2	81 191	65,6	6 987	5,6	1 889	1,5	66	0,1	1 474	1,2	9
41 417	31,7	76 894	58,9	9 898	7,6	2 355	1,8	104	0,1	1 776	1,4	10
4 956	29,6	9 716	58,1	1 570	9,4	484	2,9	15	0,1	402	2,4	11
46 373	31,5	86 610	58,8	11 468	7,8	2 839	1,9	119	0,1	2 178	1,5	12
37 948	28,6	80 724	60,9	11 341	8,6	2 573	1,9	116	0,1	2 056	1,6	13
7 341	27,4	15 820	59,1	2 759	10,3	851	3,2	34	0,1	684	2,6	14
45 289	28,4	96 544	60,6	14 100	8,8	3 424	2,1	150	0,1	2 740	1,7	15
40 103	23,7	114 675	67,7	11 666	6,9	2 853	1,7	155	0,1	1 834	1,1	16
5 175	23,1	14 693	65,7	1 951	8,7	549	2,5	16	0,1	419	1,9	17
45 278	23,6	129 368	67,5	13 617	7,1	3 402	1,8	171	0,1	2 253	1,2	18
1 938 875	33,1	3 375 274	57,6	444 180	7,6	101 095	1,7	6 978	0,1	71 288	1,2	19
282 078	30,4	533 185	57,5	88 440	9,5	23 238	2,5	1 180	0,1	18 034	1,9	20
2 220 953	32,7	3 908 459	57,6	532 620	7,8	124 333	1,8	8 158	0,1	89 322	1,3	21
Land												
58 554	51,2	41 601	36,3	12 367	10,8	1 935	1,7	479	0,4	1 133	1,0	22
10 705	47,5	9 015	40,0	2 261	10,0	544	2,4	70	0,3	408	1,8	23
69 259	50,6	50 616	37,0	14 628	10,7	2 479	1,8	549	0,4	1 541	1,1	24
64 415	49,5	53 823	41,3	10 024	7,7	1 928	1,5	523	0,4	1 132	0,9	25
8 556	44,6	9 053	47,1	1 207	6,3	388	2,0	87	0,5	249	1,3	26
72 971	48,8	62 876	42,1	11 231	7,5	2 316	1,6	610	0,4	1 381	0,9	27
61 270	45,9	60 613	45,4	9 536	7,1	1 981	1,5	264	0,2	1 431	1,1	28
6 665	40,9	7 924	48,6	1 365	8,4	352	2,2	19	0,1	300	1,8	29
67 935	45,4	68 537	45,8	10 901	7,3	2 333	1,6	283	0,2	1 731	1,2	30
63 013	46,6	62 237	46,1	8 023	5,9	1 874	1,4	375	0,3	1 211	0,9	31
7 001	43,3	8 056	49,8	795	4,9	324	2,0	36	0,2	254	1,6	32
70 014	46,3	70 293	46,5	8 818	5,8	2 198	1,5	411	0,3	1 465	1,0	33
68 349	50,9	53 193	39,6	10 525	7,8	2 337	1,7	547	0,4	1 426	1,1	34
9 512	48,5	8 194	41,8	1 495	7,6	412	2,1	71	0,4	285	1,5	35
77 861	50,6	61 387	39,9	12 020	7,8	2 749	1,8	618	0,4	1 711	1,1	36
315 601	48,7	271 467	41,9	50 475	7,8	10 055	1,6	2 188	0,3	6 333	1,0	37
42 439	45,2	42 242	45,0	7 123	7,6	2 020	2,2	283	0,3	1 496	1,6	38
358 040	48,3	313 709	42,3	57 598	7,8	12 075	1,6	2 471	0,3	7 829	1,1	39
ohne Berlin												
14 313 120	43,4	14 568 855	44,2	3 478 646	10,6	607 992	1,8	60 479	0,2	455 070	1,4	40
1 947 557	39,2	2 328 804	46,9	552 353	11,1	141 654	2,8	11 121	0,2	114 519	2,3	41
16 260 677	42,9	16 897 659	44,5	4 030 999	10,6	749 646	2,0	71 600	0,2	569 589	1,5	42

Lfd. Nr.	Wahlberechtigte Stimmen Parteien	Ergebnisse				
		I.	II.	III.	IV.	Legis
		1871	1874 1)	1874 2)	1877	1878

Bevölkerung, Wahlberechtigte

1	Bevölkerung nach der letzten Volkszählung	39 460,4	39 460,4	41 010,2	42 727,4	42 727,4
2	Wahlberechtigte ³⁾	7 656,3	8 204,0	8 523,4	8 943,0	9 124,3
3	Wähler	3 907,1	4 975,7	5 219,9	5 422,6	5 780,9
4	Wahlbeteiligung in %	51,0	60,6	61,2	60,6	63,4
5	Ungültige Stimmen	19,0	27,3	29,6	21,6	20,0
6	in %	0,5	0,5	0,6	0,4	0,3
7	Gültige Stimmen	3 888,1	4 948,4	5 190,3	5 401,0	5 760,9
Von den gültigen Stimmen entfielen auf:						
8	(Deutsch-) Konservativ	548,9	360,0	360,0	526,0	749,5
9	Deutsche Reichspartei (freikonservativ)	345,7	375,5	375,5	426,6	785,8
10	Nationalliberal	1 171,1	1 537,4	1 542,5	1 469,5	1 330,6
11	Liberale o. näh. Bez.	281,5	53,0	53,9	134,8	156,1
12	Liberale Vereinigung	Deutsch Frei- sinnig	Freisinnige Vereinigung, Freisinnige Volkspartei	Fortschritt- liche Volks- partei	-	-
13	Fortschrittspartei				342,4	447,5
14	Deutsche Volkspartei				18,7	21,7
15	Zentrum	724,2	1 446,0	1 446,0	1 341,3	1 328,1
16	Polen	176,3	198,4	198,4	216,2	210,1
17	Sozialdemokraten	124,0	351,3	352,0	493,3	437,2
18	Antisemiten (Deutsche Reformpartei, christlich-sozial) ..	-	-	-	-	-
19	Welfen	60,9	92,1	92,1	85,6	100,3
20	Elsaß-Lothringer	-	-	234,5	200,0	178,9
21	Dänen	18,2	19,9	19,9	17,3	16,1
22	Andere Parteien	-	-	-	11,6	2,3
23	Unbestimmt und zerplittert	76,2	44,7	46,3	16,1	14,7

Zusammensetzung des Reichstags

24	Gesamtzahl der Abgeordneten	382	382	397	397	397
25	(Deutsch-) Konservativ	57	22	22	40	59
26	Deutsche Reichspartei (freikonservativ)	37	33	33	38	57
27	Nationalliberal	125	155	155	128	99
28	Liberale o. näh. Bez.	30	3	3	13	10
29	Liberale Vereinigung	Deutsch Frei- sinnig	Freisinnige Vereinigung, Freisinnige Volkspartei	Fortschritt- liche Volks- partei	-	-
30	Fortschrittspartei				46	49
31	Deutsche Volkspartei				1	1
32	Zentrum	63	91	91	93	94
33	Polen	13	14	14	14	14
34	Sozialdemokraten	2	9	9	12	9
35	Antisemiten (Deutsche Reformpartei, christlich-sozial)	-	-	-	-	-
36	Welfen	7	4	4	4	10
37	Dänen	1	1	1	1	1
38	Elsaß-Lothringer	-	-	15	15	15
39	Andere und unbest. Parteistellung	-	-	-	-	-

1) Ohne Elsaß-Lothringen.
2) Mit Elsaß-Lothringen.

3) Wahlberechtigte: Männer nach Vollendung des 25. Lebens-
jahres.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1923,
S. 346 u. 347

Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen
bis 1912

der Reichstagswahlen									Lfd. Nr.
V.	VI.	VII.	VIII.	IX.	X.	XI.	XII.	XIII.	
Legislaturperiode									
1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912	

und Stimmen in 1 000

45 234,1	45 234,1	46 855,7	46 855,7	49 428,5	52 279,9	56 367,2	60 641,3	64 926,0	1
9 090,4	9 383,1	9 769,8	10 145,0	10 628,3	11 441,1	12 531,2	13 352,9	14 442,4	2
5 118,4	5 681,7	7 570,7	7 261,6	7 702,3	7 786,7	9 533,8	11 293,5	12 260,7	3
56,3	60,6	77,5	71,6	72,5	68,1	76,1	84,6	84,9	4
20,8	18,7	29,8	33,1	28,3	34,0	38,2	30,7	53,1	5
0,4	0,3	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3	0,4	6
5 097,8	5 663,0	7 540,9	7 228,5	7 674,0	7 752,7	9 495,6	11 262,8	12 207,6	7
830,8	861,1	1 147,2	895,1	1 038,4	859,2	948,5	1 060,2	1 126,3	8
379,3	387,7	736,4	182,3	438,4	343,7	333,4	471,9	367,2	9
746,6	997,0	1 678,0	1 177,8	997,0	971,3	1 317,4	1 630,6	1 662,7	10
-				258,5	195,7	243,2	359,3		11
429,2	997,0	973,1	1 159,0					1 497,0	12
649,3				666,4	558,3	538,2	736,0		13
103,4	95,9	88,8	147,6	166,8	108,5	91,2	138,6		14
1 182,0	1 282,0	1 516,2	1 342,1	1 468,5	1 455,1	1 875,3	2 179,8	1 996,8	15
194,9	203,2	220,0	246,8	229,5	244,1	347,8	453,9	441,7	16
312,0	550,0	763,1	1 427,3	1 786,7	2 107,1	3 010,8	3 259,0	4 250,4	17
-	-	11,6	47,5	263,9	284,3	244,5	248,5	51,9	18
86,7	96,4	112,8	112,7	101,8	105,2	94,3	78,2	84,6	19
153,0	165,6	233,7	101,1	114,7	107,4	101,9	103,6	162,0	20
14,4	14,4	12,4	13,7	14,4	15,4	14,8	15,4	17,3	21
-	-	-	-	70,3	290,9	267,1	319,1	428,0	22
15,3	12,7	47,6	74,6	58,7	106,5	67,2	208,7	121,7	23

bei Beginn der Legislaturperioden

397	397	397	397	397	397	397	397	397	24
50	78	80	73	72	56	54	60	43	25
28	28	41	20	28	23	21	24	14	26
47	51	99	42	53	46	51	54	45	27
-				13	12	9	14		28
46	67	32	66					42	29
60				24	29	21	28		30
9	7	-	10	11	8	6	7		31
100	99	98	106	96	102	100	105	91	32
18	16	13	16	19	14	16	20	18	33
12	24	11	35	44	56	81	43	110	34
-	-	1	5	16	13	11	16	3	35
10	11	4	11	7	9	6	1	5	36
2	1	1	1	1	1	1	1	1	37
15	15	15	10	8	10	9	7	9	38
-	-	2	2	5	18	11	17	16	39

20 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei den Reichstagswahlen
20. 2. 1919 bis 1933

Wahlberechtigte Stimmen Parteien	Ergebnis der Wahlen								
	zur National- versammlung 19. Januar 1919	zum Reichstag							
		I.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.
		Wahlperiode am							
		1920/22 ¹⁾	4. Mai 1924	7. Dez. 1924	20. Mai 1928	14. Sept. 1930	31. Juli 1932	6. Nov. 1932	5. März 1933
Bevölkerung, Wahlberechtigte und Stimmen in 1 000									
Bevölkerung nach der letzten Volkszählung	63 052,0 ²⁾	59 198,8	59 198,8	59 198,8	62 410,6	62 410,6	62 410,6	62 410,6	62 410,6
Wahlberechtigte ³⁾	36 766,5	35 949,8	38 375,0	38 987,3	41 224,7	42 957,7	44 226,8	44 373,7	44 685,8
Wähler	30 524,8	28 463,5	29 709,4	30 705,0	31 165,8	35 225,8	37 162,1	35 759,1	39 655,0
Wahlbeteiligung in %	83,0	79,2	77,4	78,8	75,6	82,0	84,0	80,6	88,7
Ungültige Stimmen	124,5	267,2	427,6	414,9	412,5	254,9	279,7	287,3	311,7
in %	0,4	0,9	1,4	1,4	1,3	0,7	0,8	0,8	0,8
Gültige Stimmen	30 400,3	28 196,3	29 281,8	30 290,1	30 753,3	34 970,9	36 882,4	35 471,8	39 343,3
Von den gültigen Stimmen entfielen auf:									
Deutschnationale Volkspartei	3 121,5	4 249,1	5 696,5	6 205,8	4 381,6	2 458,3	2 177,4	2 959,0	3 136,8
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)	-	-	1 918,3 ⁴⁾	907,3 ⁴⁾	810,1	6 409,6	13 745,8	11 737,0	17 277,2
Deutsche Volkspartei	1 345,6	3 919,4	2 694,4	3 049,1	2 679,7	1 578,2	436,0	661,8	432,3
Zentrum	5 980,2	3 845,0	3 914,4	4 118,9	3 712,2	4 127,9	4 589,3	4 230,6	4 424,9
Deutsche Staatspartei	5 641,8 ⁵⁾	2 333,7 ⁵⁾	1 655,1 ⁵⁾	1 919,8 ⁵⁾	1 505,7 ⁶⁾	1 322,4	371,8	336,5	334,2
Sozialdemokratische Partei	11 509,1	6 104,4	6 008,9	7 881,0	9 153,0	8 577,7	7 959,7	7 248,0	7 181,6
Unabhängige sozialdemokr. Partei	2 317,3	5 046,8							
Kommunistische Partei	-	589,5	3 693,3	2 709,1	3 264,8	4 592,1	5 282,6	5 980,2	4 848,1
Bayerische Volkspartei	-	1 238,6 ⁷⁾	946,7	1 134,0	945,6	1 059,1	1 192,7	1 094,6	1 073,6
Deutsches Landvolk	-	-	-	-	581,8 ⁸⁾	1 108,7	90,6	46,4	-
Deutsche Bauernpartei	-	-	-	-	481,3	339,6	137,1	149,0	114,0
Landbund	-	-	574,9	499,4	199,5 ⁹⁾	194,0 ¹⁰⁾	96,9 ⁹⁾	105,2 ⁹⁾	83,8 ⁹⁾
Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)	275,1 ¹¹⁾	218,6 ¹¹⁾	693,6 ¹¹⁾	1 005,4 ¹¹⁾	1 397,1	1 362,4	146,9	110,3	-
Deutsch-Hannoversche Partei	77,2	319,1	319,8	262,7	195,6	144,3	46,9	64,0	47,7
Andere Parteien	132,5	332,1	1 165,9	597,6	1 445,3	1 696,6	608,7	749,2	389,1

Zusammensetzung des Reichstags bei Beginn der Legislaturperioden

Gesamtzahl der Abgeordneten	421 ¹²⁾	459	472	493	491	577	608	584	647
Deutschnationale Volkspartei	44	71	95	103	73	41	37	52	52
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)	-	-	32 ⁴⁾	14 ⁴⁾	12	107	230	196	288
Deutsche Volkspartei	19	65	45	51	45	30	7	11	2
Zentrum	91	64	65	69	62	68	75	70	74
Deutsche Staatspartei	75 ⁵⁾	39 ⁵⁾	28 ⁵⁾	32 ⁵⁾	25 ⁵⁾	20	4	2	5 ¹³⁾
Sozialdemokratische Partei	163 ¹²⁾	102	100	131	153	143	133	121	120 ¹⁴⁾
Unabhängige sozialdemokr. Partei	22	84							
Kommunistische Partei	-	4	62	45	54	77	89	100	81 ¹⁵⁾
Bayerische Volkspartei	-	21 ⁷⁾	16	19	16	19	22	20	18
Deutsches Landvolk	-	-	-	-	10 ¹⁶⁾	19	1	-	-
Deutsche Bauernpartei	-	-	-	-	8	6	2	3	2
Landbund	-	-	10	8	3 ⁹⁾	3	2	2	1
Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)	4 ¹¹⁾	4 ¹¹⁾	10 ¹¹⁾	17 ¹¹⁾	23	23	2	1	-
Deutsch-Hannoversche Partei	1	5	5	4	3	3	-	1	-
Andere Parteien	2	-	4 ¹⁷⁾	-	4 ¹⁸⁾	18 ¹⁹⁾	4 ²⁰⁾	5 ²¹⁾	4 ²¹⁾

- 1) Ergebnis der Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920 mit den Ergebnissen der Wahlen am 20. Februar 1921 in den Wahlkreisen Nr. 1 (Ostpreußen) und Nr. 14 (Schleswig-Holstein) und am 19. November 1922 im Wahlkreis Nr. 10 (Oppeln).
- 2) Nach der Zählung von 1910, jedoch ohne Elsaß-Lothringen.
- 3) Wahlberechtigte: Männer und Frauen nach Vollendung des 20. Lebensjahres.
- 4) Nationalsozialistische Freiheitsbewegung.
- 5) Deutsche Demokratische Partei.
- 6) Darunter: Volksrecht-Partei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung), angeschlossen an den Reichswahlvorschlag der Deutschen Demokratischen Partei 26,3.
- 7) Einschl. Christliche Volkspartei.
- 8) Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei.
- 9) Württ. Bauern- und Weingärtnerbund.
- 10) Davon: Bauern- und Weingärtnerbund 180,8; Nationale Volksgemeinschaft 13,1.
- 11) Einschl. Bayerischer Bauernbund.
- 12) Außerdem 2 Abgeordnete, die nachträglich am 2. Februar 1919 von den im Osten stehenden Truppenverbänden gewählt worden sind.

- 13) Gewählt auf dem Reichswahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei. Vgl. Anmerkung 14.
- 14) Die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge der Sozialdemokratischen Partei war auf Grund der "Verordnung zur Sicherheit der Staatsführung vom 7. Juli 1933 (Reichsgesetzblatt I S. 462)" unwirksam.
- 15) Die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei war auf Grund des "Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 (Reichsgesetzblatt I S. 153)" unwirksam.
- 16) Darunter 1 Abgeordneter der Deutsch-Hannoverschen Partei auf dem gemeinsamen Reichswahlvorschlag Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei.
- 17) Deutschsoziale Partei.
- 18) Davon: Sächsisches Landvolk 2, Volksrecht-Partei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung) 2.
- 19) Davon: Christlich-Sozialer Volksdienst 14, Konservative Volkspartei 4.
- 20) Davon: Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung) 3, Volksrecht-Partei 1.
- 21) Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung).

Quelle: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933, S. 359

Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Reihe 1: Gebiet und Bevölkerung

1.1: Stand und Entwicklung der Bevölkerung

Vierteljährliche Berichte mit fortgeschriebenen Einwohnerzahlen, gegliedert nach Geschlecht und Ländern; ferner Bevölkerungsbilanz der Länder.

1.2: Bevölkerung nach Verwaltungseinheiten

1.2.1: Bevölkerung der kreisfreien Städte und Landkreise

In jährlichen Berichten wird die Wohnbevölkerung nach Geschlecht nachgewiesen; ferner Angabe der Fläche und Bevölkerungsdichte in den Kreisen (ab 1980 in Reihe 1.2.2 enthalten).

Ab Berichtsjahr 1980 eingestellt.

1.2.2: Bevölkerung der Gemeinden — mit Schlüsselnummern der Gemeinden und Verwaltungsbezirke

Jährliche Darstellung der Wohnbevölkerung aller Gemeinden in systematischer und alphabetischer Ordnung mit Schlüsselnummern und Postleitzahlen. Ferner Angaben über Bevölkerungsdichte und Fläche sowie über Gemeinden nach Größenklassen.

1.3: Bevölkerung nach Alter und Familienstand

Jahresberichte, gegliedert nach Geschlecht und Ländern.

1.4: Ausländer

Die Ausländer im Bundesgebiet werden jährlich nach Staatsangehörigkeit, Alter, Familienstand, Geschlecht und Aufenthaltsdauer nachgewiesen; weitere Untergliederungen nach Ländern und z. T. nach Großstädten.

1.5: Staatsangehörigkeit

Jährlicher Nachweis der eingebürgerten sowie der aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassenen Personen; Gliederung nach Ländern, Geschlecht und Rechtsgrund.

Ab Berichtsjahr 1981 eingestellt.

1.S: Sonderbeiträge (unregelmäßige Folge)

1.S.1: Vorausschätzung der Bevölkerung für die Jahre 1972 bis 2000, gegliedert nach Geschlecht und Altersjahren.

Reihe 2: Bevölkerungsbewegung

Vierteljährliche und jährliche Berichte mit den Ergebnissen der natürlichen Bevölkerungsbewegung, z.T. mit langen Reihen und kreisweiser Gliederung. Die Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle nach Geschlecht, Altersjahren und Familienstand; Ehelösungen nach Art des Urteils, Scheidungsgründe, Ehedauer, Kinderzahl und Religionszugehörigkeit der Ehegatten; Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes nach Herkunfts- und Zielländern sowie innerhalb des Bundesgebietes nach Geschlecht; z.T. nach Alter, Religionszugehörigkeit und Familienstand.

2.S: Sonderbeiträge (unregelmäßige Folge)

2.S.1: Allgemeine Sterbetafel für die Bundesrepublik Deutschland. Ausführliche textliche und tabellarische Erläuterungen der Berechnungsmethode und der Ergebnisse.

Reihe 3: Haushalte und Familien

In jährlicher Folge werden (nach Ländern gegliedert) auf Haushalte und Familien bezogene Ergebnisse verschiedener Statistiken zusammengeführt und in den Abschnitten Privathaushalte; Haushaltsmitglieder; Familien; Frauen und Mütter; Ausländer; Kinder und Jugendliche nachgewiesen.

Reihe 4: Erwerbstätigkeit

4.1: Struktur der Erwerbsbevölkerung

4.1.1: Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit

Jahresberichte, vorwiegend mit Mikrozensus-Ergebnissen, informieren über nahezu alle wichtigen Merkmale der Erwerbstätigen, Erwerbspersonen und Erwerbslosen einschl. entsprechender Bezugswerte zur Wohnbevölkerung (regional z. T. nach Regierungsbezirken gegliedert).

4.1.2: Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen

Ergebnisse des Mikrozensus mit den nur alle 2 bzw. alle 4 Jahre anfallenden Tatbeständen.

4.2: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer

Vierteljahresberichte in wirtschaftssystematischer Unterteilung einschl. Nachweisungen über Ausländer; regionale Unterteilungen bis zu Regierungsbezirken. Ferner ausführliche Jahresberichte.

4.3: Streiks und Aussperrungen

In unregelmäßiger Folge (in jedem Fall jährlich) Nachweisungen über beteiligte bzw. betroffene Arbeitnehmer und verlorene Arbeitstage nach Wirtschaftsgruppen.

4.S: Sonderbeiträge (vorgesehen)

Ergebnisse von Einzelveröffentlichungen

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen sowie Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments erscheinen in folgender Gliederung:

Wahlen zum Deutschen Bundestag Heft 1: Ergebnisse früherer Bundestags- und Landtagswahlen; Heft 2: Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise; Heft 3: Vergleichszahlen aus früheren Wahlen für die Bundestagswahlkreise; Heft 4: Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen; Heft 5: Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen; Heft 6: Allgemeine Wahlergebnisse nach Wahlkreisen, Sitzverteilung und Abgeordnete; Heft 7: Wahlergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen; Heft 8: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter; Heft 9: Textliche Auswertung der Wahlergebnisse; Sonderheft: Die Wahlbewerber für die Wahl zum ... Deutschen Bundestag.

Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland Heft 1: Zusammensetzung des derzeitigen Europäischen Parlaments sowie Ergebnisse der letzten Wahlen zu den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften und der Bundes- und Landtagswahlen seit 1946; Heft 2: Strukturdaten für die kreisfreien Städte und Landkreise; Heft 3: Vergleichszahlen aus früheren Wahlen für die kreisfreien Städte und Landkreise; Heft 4: Vorläufige Ergebnisse nach Ländern, Sitzverteilung und vorläufig Gewählte; Heft 5: Endgültige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen, Sitzverteilung und Abgeordnete; Heft 6: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter; Heft 7: Textliche Auswertung der Wahlergebnisse; Sonderheft: Die Bewerber und Ersatzbewerber für die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland.

Volkszählung vom 27. Mai 1970

Hierzu wurden insgesamt 26 thematisch gegliederte Hefte veröffentlicht.

Systematiken

Systematik der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen, Ausgabe 1979
Klassifizierung der Berufe (Systematisches und alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen)
Verzeichnis der Religionsbenennungen



STATISTISCHES BUNDESAMT
GUSTAV-STRESEMANN-RING 11
6200 WIESBADEN 1

Veröffentlichungen und Prospekte sind durch den Verlag
W. Kohlhammer GmbH, Philipp-Reis-Straße 3, Postfach
421120, 6500 Mainz 42, Tel.: (06131) 59094/95, erhältlich.